UNIV. OF
TORONTO
LIBRARY

Zur europäischen Politik 1897—1914

Unveröffentlichte Dokumente

In amtlichem Auftrage herausgegeben

unter Leitung von

Bernhard Schwertfeger

Band 4 (1912—1914)

1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

HMod
S4157z

1912—1914

Kriegstreibereien und Kriegsrüstungen

In amtlichem Auftrage

bearbeitet von

Alfred Doren

Mit einem Faksimile

261866
2:12:31

1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

VORWORT

Bei der Durchsicht der Aktenbestände des belgischen Ministeriums des Äußern zu Brüssel wurde seinerzeit unter der Bezeichnung P 6016 eine große Anzahl mechanisch vervielfältigter Berichte aus den Jahren 1897 bis 1914 aufgefunden, deren sich die belgische Regierung bedient hatte, um ihre diplomatischen Vertreter im Auslande wechselseitig über die Berichterstattung ihrer Kollegen auf den anderen Gesandtschaftsposten zu unterrichten. Aktenmäßig bezeichnete das belgische Ministerium des Äußern diesen Schriftverkehr als „correspondance politique". Er verdankte seine Entstehung dem Generaldirektor Arendt, der 1897 die politische Abteilung des belgischen Außenministeriums leitete. Einem Schreiben vom 17. März 1897 an den Minister, dem gegenüber er die Notwendigkeit der Versendung eines Zirkulars begründen mußte, entnehmen wir die Grundsätze, nach denen die Auswahl der „circulaires" oder „extraits" erfolgte.

„Ich möchte", heißt es dort, „die Gelegenheit benutzen, Ihnen, Herr Minister, die Grundsätze darzulegen, nach denen ich bei der Herstellung der politischen Korrespondenz zu verfahren mich bemühe.

1. Auszuschließen sind tatsächliche Neuigkeiten in eigentlichem Sinne. Der Telegraph unterrichtet darüber jedermann.

2. Was uns unmittelbar angeht, sind die Absichten der Mächte, ihre Haltung, ihr Einvernehmen oder ihre Uneinigkeit. Der Friede Europas hängt davon ab. Das studiere ich in den Depeschen ganz besonders.

3. Unsere Vertreter auf Posten zweiten Ranges, Belgrad, Bukarest, Athen, geben uns sonst nicht veröffentlichte und

wenig bekannte Auskünfte, die an Ort und Stelle geschöpft sind, einen tatsächlichen Wert besitzen, und die unsere Gesandten mit großer Freude aufnehmen. Aber ich bestrebe mich, nur Dinge zu schreiben, die ein dauerndes Interesse im Verlauf der Ereignisse behaupten. Auf diese Auswahl richte ich meine ganze Aufmerksamkeit."

Die Art der Bearbeitung der Zirkulare war nicht immer gleichmäßig. Anfangs wurden nur wenige Berichte zu Zirkularen verwendet, häufig auch mehrere Berichte verschiedener Herkunft zu einem Gesamtüberblick über eine bestimmte Frage vereinigt. Bald darauf wird das Verfahren bevorzugt, einen, mitunter auch mehrere Berichte desselben Gesandten als Grundlage für ein Zirkular zu nehmen. Während anfangs die verschiedenen, zu einer Mitteilung zusammengefaßten Berichte gelegentlich nicht unerheblich umgeändert wurden, zeigt sich nun das Bestreben, den ausgewählten Bericht möglichst unverändert zu lassen. Kürze wird vor allem angestrebt, alles Entbehrliche fortgelassen und alles unterdrückt, was durch seinen vertraulichen Charakter zur Weitergabe nicht geeignet erscheint. Wo der Originalbericht die Quelle für eine vertrauliche Mitteilung nennt, wird ein allgemeiner, unverfänglicher Ausdruck dafür eingesetzt. Aus den Zirkularen verschwindet ferner alles, was man im Brüsseler Ministerium als eine rein persönliche Meinungsäußerung des berichtenden Gesandten über Personen und Dinge, oder was man als von anderer Seite nicht genügend bestätigt ansah. Die Zirkulare wachsen in ihrer Bedeutung dadurch wesentlich über den Wert der Originalberichte hinaus, zumal da das belgische Ministerium häufig in Einzelfällen erwog, ob die von seinen Gesandten mitgeteilte Beurteilung politischer Vorgänge auch als objektiv genug gelten konnte, um zu einem Zirkular verwendet zu werden. So war beispielsweise Ende November 1908 nach einem Gesandtschaftsbericht aus Rom vom 20. November, der eine scharfe Kritik der Ährenthalschen Politik enthielt, ein Zirkularentwurf hergestellt worden. Arendt verhinderte am 27. November die Vervielfältigung dieses Zirkulars mit der an den Bearbeiter gerichteten Bemerkung: „Der Ton dieses Berichts, der eine nicht objektive Würdigung darstellt,

scheint mir für eine Mitteilung an unsere Gesandtschaften nicht geeignet, obwohl Sie die Stellen ausgesucht haben, die unter diesem Gesichtspunkt am wenigsten zur Kritik herausfordern."

Die somit von größter Vorsicht bestimmten Grundsätze der Bearbeitung verleihen diesem amtlichen politischen Schriftwechsel zwischen dem belgischen Ministerium des Äußern und seinen Gesandtschaften einen besonderen Wert. Natürlich wurden manche wertvollen Bemerkungen der Originalberichte durch eine derartige Überarbeitung verwischt, das Anekdotische tritt in den Hintergrund, temperamentvolle, subjektive Urteile verschwinden oder werden wesentlich gemildert. Der hierdurch entstehende Verlust wird aber überreichlich ausgeglichen durch den Gewinn an objektiver Zuverlässigkeit und vor allem dadurch, daß die Zirkulare in der vorliegenden Form von den für die Außenpolitik verantwortlichen amtlichen Stellen sozusagen dienstlich abgestempelt wurden. Betrachten wir die Zirkulare in ihrer Gesamtheit, so ergeben sie ein deutliches Bild davon, wie ein zu neutraler unparteiischer Stellungnahme verpflichtetes Ministerium die politischen Ereignisse der letzten 18 Jahre vor dem Beginn des Weltkrieges aufgefaßt, und in welchem Lichte es sie seinen Vertretern im Auslande dargestellt hat. Sie zeigen, daß Deutschland während dieses ganzen Zeitraums von belgischer Seite — und die Diplomaten des kleinen Landes waren im allgemeinen gut unterrichtet — niemals als Störenfried des europäischen Friedens angesehen worden ist. Vielmehr erscheint in ihnen der Weltkrieg als ein unabwendbares Verhängnis, dem selbst die Friedensliebe des deutschen Kaisers einen hinreichend festen Damm nicht entgegenzusetzen vermag.

Die Veröffentlichung der vorliegenden, nahezu 18 Jahre umfassenden Zirkulare bildet nach mehreren Richtungen hin eine unparteiische Ergänzung der im Jahre 1915 vom Auswärtigen Amt in Berlin herausgegebenen „Belgischen Aktenstücke 1905—1914"[1]). Diese beschränkten sich auf im ganzen 119 nach bestimmten Gesichtspunkten ausgewählte und nur von den

[1]) In französischer Ausgabe unter dem Titel „Documents Diplomatiques 1905—1914" erschienen.

Gesandtschaften in Berlin, London und Paris erstattete Originalberichte. Die Zirkulare hingegen umfassen sämtliche Gesandtschaften und auch den Zeitraum von 1897 bis 1904; sie schaffen dadurch eine breitere Grundlage für die Beurteilung der politischen Vorgänge, die zum Weltkriege hingeführt haben.

Für die hier vorliegende Herausgabe der Zirkulare sind nur solche Stücke ausgewählt worden, die Deutschlands Stellung inmitten der europäischen Politik kennzeichnen. Die Auswahl selbst ist ohne jede Tendenz erfolgt. Als Hauptgrundsatz ist dabei festgehalten worden, überall möglichst nur die Sprache der Dokumente zu Worte kommen zu lassen. Die geschichtlichen Einleitungen in deutscher Sprache, die vorausgeschickt werden, stellen nur eine Zusammenfassung des wesentlichsten Inhalts der Zirkulare dar, wobei auf eine möglichst wortgetreue Verdeutschung der zitierten Stellen Wert gelegt wurde. Herausgeber und Bearbeiter haben hierbei strengste Objektivität angestrebt und jeder Versuchung widerstanden, den belgischen Dokumenten etwa eine nicht in den Stücken selbst enthaltene deutsch-freundliche Auslegung zu geben.

Die Zirkulare selbst sind nach den vorliegenden Originalstücken, die in Brüssel als Makulatur aufgefunden wurden, ohne irgendwelche Abänderungen oder Überarbeitungen wörtlich zum Abdruck gebracht. Nur gelegentlich, wo es wichtig erschien, sind seinerzeit die Originalberichte, nach denen die Zirkulare hergestellt waren, zum Vergleich herangezogen worden.

Die Beigabe einer deutschen Übersetzung schien entbehrlich, da ohnehin die weitere Auswertung der mitgeteilten inhalts- und bedeutungsreichen Schriftstücke dem Publikum überlassen bleiben muß.

Berlin, den 5. November 1918.

Bernhard Schwertfeger

Das kritische Jahr 1911 war unter verhältnismäßig friedlichen Anzeichen zu Ende gegangen, wenn auch die Fortdauer des türkisch-italienischen Krieges und die der albanischen und mazedonischen Wirren eine gewisse Spannung und Beunruhigung in die große europäische Politik hineintrugen. Die durch die deutsche Flottenexpedition nach Agadir aufs äußerste geschärfte Spannung zwischen Deutschland und Frankreich war durch den Verzicht Deutschlands auf eine aktive Marokkopolitik und die Abtretung von Neukamerun an Deutschland beseitigt worden; in England, wo man nach der Ansicht des belgischen Gesandten in London päpstlicher als der Papst gewesen war und einen dauernden Druck auf Frankreich im Sinne einer unnachgiebigen Haltung gegenüber berechtigten deutschen Ausgleichungsforderungen ausgeübt hatte, hatte man sich mit dem Geschehenen abgefunden; ein energischer Protest der englischen Arbeiterpartei gegen ein solches Einstehen Englands für fremde Interessen, das die Gefahr eines Krieges mit Deutschland in unmittelbare Nähe gerückt hatte, gibt der in radikalen Kreisen Englands gegen die Greysche Politik gerichteten Stimmung noch nachträglich deutlichen Ausdruck. — Anl. 1. Anl. 3.

Nur im Wetterwinkel im Südosten, im ewig unruhig brodelnden Kessel der Balkanstaaten, die seit der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich und der damaligen Niederlage der russischen Orientpolitik nicht mehr zur Ruhe gekommen waren, blitzt und grollt es dauernd weiter.

Die belgische Regierung widmet gerade diesen Dingen ständig ihre besondere Aufmerksamkeit; die Mehrzahl der während des Jahres 1912 versandten Zirkulare ist mit Mitteilungen

über sie ausgefüllt; man ahnt in Brüssel, daß diese, scheinbar örtlich begrenzten, Strömungen allmählich breitere Wellen schlagen und bis an das eigene Land branden könnten, das im Sommer 1911 schon alle ängstlichen Ahnungen einer kaum mehr abwendbaren Katastrophe durchgekostet hatte; und schärft, als die Lage sich zuspitzt, in einem besonderen
Anl. 22. Rundschreiben vom 3. Oktober 1912 den Gesandten deshalb erhöhte Aufmerksamkeit diesen Dingen gegenüber ein.

Die Stellung der nächstbeteiligten Großmächte zu den Balkanfragen war in den albanisch-montenegrinischen Wirren des Jahres 1911 mit ziemlicher Deutlichkeit zutage getreten. Hinter Montenegros Vergrößerungsplänen, die von den belgischen Gesandten gelegentlich als Größenwahn bezeichnet werden, steht die italienische Politik, die während des Tripolisunternehmens mit Eifer und Geschick auf die Schwächung der Türkei auf allen gefährdeten Außenposten ihres politischen Systems hinarbeitet; steht Rußland, das den, allerdings vergeblichen, Versuch macht, sein Prestige auf dem Balkan auf diese Weise zu festigen und nach dem Fehlschlagen dieses Versuchs mit der Zusammenfügung eines neuen Balkanblocks unter russischer Führung eine zuerst deutlich gegen Österreich gerichtete, bald aber auf die Zertrümmerung der Türkei als nächstes Ziel ausgehende Politik treibt. Österreich, mit der Befestigung seiner Herrschaft in den neu gewonnenen Provinzen beschäftigt, beobachtet diese Politik mit begreiflichem Mißtrauen und arbeitet nach Kräften dagegen; Deutschland und die beiden Westmächte stehen einstweilen abseits, aber auf der Wacht, zugleich ihre Interessen zu wahren und ein Umsichgreifen einer aus der ewig glimmenden Asche emporschlagenden Flamme im richtigen Augenblick zu verhüten.

Die Wurzeln dieser den europäischen Frieden bedrohenden Gefahr — das lassen die belgischen Berichte mit aller Deutlichkeit erkennen — lagen in der Tatsache, daß in allen Ländern mehr oder minder einflußreiche Gruppen von Elementen bestanden, die aus den verschiedensten Beweggründen eine ungemein rege, nach außen gerichtete, aggressive Politik ver-

folgten und im Dienste ihrer hochgeschraubten, oft bis ins völlig Uferlose sich verlierenden Ziele auch vor den verhängnisvollsten Folgen ihres Tuns nicht zurückscheuten. — Die Aufmerksamkeit der belgischen Regierung gilt diesen Kreisen und ihrem Tun in hervorragendem Maße; das wechselnde Spiel ihres wachsenden und sinkenden Einflusses auf die Träger der politischen Verantwortung in den einzelnen Ländern wird von den belgischen Gesandten eifrig verfolgt und kommt auch in den aus ihren Berichten zusammengestellten Zirkularen zum deutlichen Ausdruck. — Die Berliner Berichte aber gewinnen in diesen Jahren schon dadurch eine besondere Bedeutung, daß im Mai 1912 Baron Greindl durch den Baron Beyens auf dem Berliner Gesandtschaftsposten abgelöst wird; daß an Stelle eines Mannes, der aus seiner in langjährigem gründlichem Einleben erwachsenen Kenntnis deutschen Wesens ein wahrhaftes Verständnis unseres Strebens und eine tiefe Liebe zur deutschen Kultur sich gewonnen hatte, ein äußerlich scheinbar kühler Beobachter getreten war, dessen in Wahrheit deutschfeindliche Gesinnung durch seine Veröffentlichungen während der Kriegszeit aller Welt bekannt geworden ist. Um so wertvoller für die wahre Erkenntnis der Dinge mag es sein, wenn ein so gearteter Mann den Deutschen und vor allem dem deutschen Kaiser ein Zeugnis ausstellt, das, über alle trübe Wirrnis der Gegenwart hinaus, vor einer unparteiisch wertenden Zukunft und dem Urteil der Weltgeschichte wird bestehen können.

Die Kriegsparteien aller unmittelbar beteiligten Länder finden wir schon in der ersten Hälfte des Jahres 1912, vor Ausbruch des Balkankrieges, am Werke, um den immer noch unter der Asche der niedergedrückten albanischen Aufstände fortglimmenden Brand im gegebenen Augenblick wiederaufzuschüren und daran die eigenen Töpfe zu wärmen. Der „Größenwahn" Montenegros ist durch das Mißlingen des Abenteuers von 1911 nicht gedämpft; die serbische Regierung steht hinter der mächtigen Organisation der großserbischen Pro- Anl. 8.
paganda, die die irredentistische Bewegung in den Nachbarstaaten schürt und sie durch Lieferung von Geld und Waffen Anl. 9.

stützt; sie baut auf den Panslawismus in Rußland[1]) und auf
Anl. 23. die innere Uneinigkeit der Großmächte. In Bulgarien besteht, nach Pariser Berichten, eine stark zum Krieg drängende Volksströmung, die die Gewinnung der großbulgarischen Grenzen und die Erwerbung Mazedoniens zum Ziel hat. Rumänien,
Anl. 4. in seiner Stellung als stärkste Balkanmacht bedroht, rüstet ebenfalls, um auf alles gefaßt zu sein. Ein langer Bericht
Anl. 7. aus Bukarest vom 19. März schildert die Lage der Türkei, gegenüber der vor wenigen Monaten, als gebessert, verzeichnet aber eben deshalb auch hier ein Anwachsen des „kriegerischen Geistes der Osmanen" und prophezeit als Folge einer Niederlage Italiens in Tripolis den Ruin des europäischen Einflusses am Bosporus. Nach der Abberufung des russischen türkenfreundlichen Gesandten in Konstantinopel, Tcharykoff, befürchtet
Anl. 12. man dort eine für die Türkei gefährliche Wendung der russischen Politik, die eine völlige Erschöpfung der Türkei infolge der
Anl. 14. Fortdauer des tripolitanischen Krieges nicht ungern sehen würde; die ewigen Unruhen in Albanien stellen die Türkei vor neue
Anl. 13, große Schwierigkeiten.
15. Das Verhalten der beiden auf dem Balkan rivalisierenden und an dessen Zukunftsgestaltung vor allem interessierten Großstaaten, Österreich-Ungarn und Rußland, wird in den Zirkularen natürlich mit besonderer Spannung verfolgt.

In Österreich besteht wie in allen anderen Ländern eine
Anl. 42, Militärpartei, die für ein energisches Eingreifen im Südosten
43. ist, vor allem als nach Ausbruch des Balkankrieges nicht nur die Errungenschaften von 1909, der Besitz Bosniens und der Herzegowina, sondern auch der Bestand der österreichischen Monarchie selbst bedroht erscheinen. In den Zeitungen, vor allem in der von den belgischen Gesandten sehr scharf beurteilten „Neuen Freien Presse", kommt die Erregung, mit der man den Verlauf der Dinge im Südosten begleitet, oft in übertriebener, aufreizender Form zum Ausdruck. — Das Urteil über die Regierungspolitik der Doppelmonarchie ist in
Anl. 5. unseren Zirkularen kein einheitliches. Ein Zirkular vom 6. März 1912, das, nach einem Belgrader Bericht vom 25. Februar,

[1]) S. u. S. 9ff.

von einer nach dem Tode des Grafen Aehrenthal und der Übernahme des Ministeriums des Äußeren durch den Grafen Berchtold sich vollziehenden russisch-österreichischen Annäherung zu berichten weiß, wird durch die Ereignisse bald Lügen gestraft. — Das Mißtrauen, das gegenüber der aktiven österreichischen Politik im Südosten zu Anfang unserer Periode herrscht — damals wegen angeblicher Kulturpropaganda in Albanien und Unterstützung großmontenegrinischer Bestrebungen — macht sich auch im weiteren Verlaufe der Dinge wiederholt bemerkbar; es fehlt nicht an sehr scharfen Beurteilungen der österreichischen Politik, der einmal von Baron Beyens „Ungeschicklichkeit und Zerfahrenheit" vorgehalten wird; vor allem begegnet die einseitige Unterstützung Bulgariens im Balkankriege durch die österreichische Diplomatie, die in erster Linie gegen die serbischen Expansionsbestrebungen gerichtet war, um deswillen einer ziemlich energischen Ablehnung von belgischer Seite, weil sie die alte Freundschaft mit Rumänien zu zerstören drohte. — Auf der anderen Seite aber wird betont, daß die Regierung auch gegenüber dem Drängen der starken Militärpartei im eigenen Lande die Ruhe nicht verliere, daß Österreich-Ungarn die einzige Großmacht sei, welche zur Förderung einer Politik der Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan durch ihre eigenen Interessen getrieben werde. Die weit verbreitete Anschauung, daß der Thronfolger Anhänger des Kriegsgedankens und geheimer Förderer der Militärpartei sei, wird als alte, unbegründete Legende charakterisiert. Des mäßigenden Einflusses, den Kaiser Wilhelms Freundschaft und seine „von Weisheit und Erfahrung diktierten Mahnungen zur Vorsicht" auf den Jüngeren und sein oft undisziplinliertes Wesen ausgeübt hätten, wird in einem erst nach der Ermordung des Erzherzogs geschriebenen Überblick über seine politische Tätigkeit besonders gedacht. Gewiß beobachtet man in Belgien besonders zu Anfang mit ängstlicher Spannung die militärischen Vorkehrungen auf österreichischer Seite; aber man verkennt nicht die Gründe, die Österreich zu dieser Bereitschaft gezwungen haben und ist selbst in Paris geneigt, ihren rein defensiven, gegen großserbische

Anl. 2. Anl. 74. Anl. 89. Anl. 19, 20,28,39. Anl. 34. Anl. 97. Anl. 34, 36,42,43. 45,46,49,

und panslawistische Treibereien gerichteten Charakter anzuerkennen. — Und als die Balkankrise nach dem zweiten Balkankriege mit der Bukarester Konferenz ihr Ende findet,
Anl. 72. da wird es Österreich ausdrücklich bezeugt, daß es, obwohl sein Schicksal am engsten von allen Großmächten mit der Gestaltung der Dinge auf dem Balkan verknüpft sei, durch seine besonnene Haltung den europäischen Frieden gerettet habe. „Anstatt böswillig — heißt es in einem Berliner Bericht vom 6. August 1913 — die von der österreichischen Diplomatie während der Dauer des Balkankonfliktes gespielte Rolle zu kritisieren, wo sie, ausgenommen was das zukünftige Albanien betrifft, nichts als Mißerfolge erlitten hat, sollte man Österreich-Ungarn für sein Zögern und sein Zurückweichen (ses hésitations et ses reculs) dankbar sein; hätte es als diejenige unter den Großmächten, die in erster Linie an dem an der Balkangrenze sich abwickelnden Spiel interessiert war, sich zu einer Intervention entschlossen, so wäre ein europäischer Krieg daraus entstanden. Dank der Unentschiedenheit des Grafen Berchtold und zweifellos auch der friedliebenden Gesinnung seines ehrwürdigen Souveräns sind wir einem allgemeinen Brande entgangen[1])."

Diese dem Frieden dienende Zurückhaltung der amtlichen Politik Österreichs aber wird nach dem belgischen Zeugnis in erster Linie ermöglicht und gestützt durch den festen Rückhalt, den es an seinem Bündnis mit Deutschland besitzt,
Anl. 33. — obwohl man dort durchaus nicht stets und in allen Kreisen mit seinem Vorgehen einverstanden ist —, und durch
Anl. 41, 43, 65, 74. dessen aufrichtige Friedensliebe, die gegenüber aggressiven Strömungen in Österreich zurückhaltend wirkt. Sie findet allerdings dort ihre Grenze, wo österreichische Interessen durch großserbische Propaganda oder einen Krieg mit Rußland
Anl. 26, 38, 65. unmittelbar bedroht sind; aber auch da sind es, wie 1909,

Anl. 84. [1]) Später, im Februar 1914, wird allerdings der Wiener Presse der Vorwurf gemacht, daß sie die angebliche Erneuerung des Balkanbundes durch Rußland tendenziös aufbausche.

einzig nur der Gedanke an die Wahrung des allgemeinen europäischen Friedens und die Hoffnung, durch schnelles Eingreifen einen etwa ausbrechenden Brand zu lokalisieren und bald zu ersticken, die Deutschland zu energischem präventivem Eingreifen an der Seite seines Verbündeten veranlassen könnten. Die traditionelle Freundschaft mit der Türkei aber hindert es Anl. 26.
nicht, auch nach dieser Seite im Interesse des Friedens energische Warnungen zu erteilen[1]) und seine Unzufriedenheit über Anl. 41.
eine allzu aggressive Sprache der türkischen Diplomatie deutlich zu verstehen zu geben. Es mag auch hier besonders hervorgehoben werden, daß gerade in Pariser Berichten des Kaisers unwandelbare Friedensliebe mit besonderer Emphase betont wird: „Alle Mächte wollen aufrichtig den Frieden, und Kaiser Wilhelm zeichnet sich ganz besonders durch seine friedlichen Absichten aus." — Er ist es, der immer wieder Anl. 36, 38.
zur Mäßigung mahnt, wenn die Dinge sich allzusehr zuzuspitzen drohen. Die Kandidatur des Prinzen von Wied für den alba- Anl. 73.
nischen Thron findet bei ihm nur eine sehr laue Unterstützung.

Frankreichs Interessen gehen hier mit denen Deutschlands insofern parallel, als es, mit der Festigung und Ausbreitung seiner Macht in Marokko nach der Einigung mit Deutschland be- Anl. 25, 26, 36.
schäftigt, ebenfalls eine Störung des allgemeinen Friedens durch die Balkanunruhen nach Kräften zu verhindern sucht[2]); England steht — nach dem Urteil der Zirkulare wenigstens — Anl. 25, 33.
den Dingen scheinbar gleichgültig gegenüber; nachdem ein Gerücht, daß Lord Kitchener als Gesandter nach Konstantinopel gehen und eine vorsichtigere Politik (un jeu plus serré) dort ein- Anl. 20.
leiten sollte, sich nicht bewahrheitet hat; während die öffentliche Meinung der Sache des Balkanbundes den Sieg wünscht, Anl. 25,
befürchtet die Regierung von einem solchen Ausgang des 26, 30.
Kampfes eine Störung des allgemeinen Friedens, in sicherer Erwartung von Zwistigkeiten, die sich notwendig bei der Teilung der Beute einstellen würden. — Später bemüht es sich Anl. 83.

[1]) Nur im Anfang wird von dem belgischen Gesandten in Berlin bemängelt, daß es diese Mahnungen nicht mit der nötigen Energie erteilt habe. Anl. 25.

[2]) Die französischen Zeitungen allerdings werfen sich im Oktober 1913 Anl. 74.
zu warmen Verteidigern großserbischer Wünsche auf.

eifrig um die Lösung des griechisch-türkischen Konflikts, ohne für seine Vorschläge bei dem Dreibund Zustimmung zu finden.

Gegen all diese friedlichen Stimmungen, gegen all die mehr oder minder aufrichtigen und energischen, egoistischen oder idealistischen Bestrebungen, die der Erhaltung des europäischen Friedens dienen, steht nun die russische Politik jener Zeit in scharfem Gegensatz; in Rußland ist die Heimat aller jener Quertreibereien, Hetzereien und Intrigen, die den Balkan nicht zur Ruhe kommen lassen, und die im Dienste einer nur durch einen allgemeinen Krieg und völligen Umsturz zu verwirklichenden Idee vor keiner Konsequenz, auch nicht vor der Schürung eines allgemeinen Weltbrandes zurückscheuen[1]).

Anl. 22, 24, 34, 35, 36, 43, 48, 64. Gewiß, dieser Strömung gegenüber wird besonders zu Anfang noch die Friedensliebe der russischen Regierung, insbesondere Sasonoffs betont; einen Krieg mit Österreich will er verhindern, — bei welchem Entschluß allerdings die mangelnde Bereitschaft des russischen Heeres eine ebenso bedeutsame Rolle spielt wie die Furcht vor einem Eingreifen Deutschlands, mit dem man nach unzweideutigen deutschen Erklärungen rechnen muß. Aber man sieht auf der anderen Seite die starken, durch alle Vorwände nicht abzuleugnenden militärischen Rüstungen an den Grenzen gegen Österreich und Deutschland und weiß, daß im geheimen noch weiter gerüstet wird; man hat Kenntnis von der Tatsache, daß alle großserbischen Tendenzen, alle maßlosen Ansprüche und verstiegenen Vergrößerungswünsche Serbiens bei dem offiziellen Vertreter der russischen Regierung in Belgrad ihren Mittelpunkt haben, und daß von dort aus immer aufs neue in die schwelende Flamme geblasen wird; man hegt schon im Mai 1912 in Konstantinopel, vor allem wegen der Rüstungen an der russischen Südgrenze, starkes Mißtrauen, und wenn man auch nicht an der Aufrichtigkeit der Sasonoffschen Friedenspolitik zweifeln will, so wirft man ihr doch Unklarheit und Zweideutigkeit vor. Daß der Balkanbund, der nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen Öster-

Anl. 40. Anl. 35, 45. Anl. 40. Anl. 34, 36, 68. Anl. 12. Anl. 35, 43, 68.

Anl. 10. [1]) Die Neigung Rußlands zum Zusammengehen mit Italien, die wir schon in den letzten Jahren konstatieren konnten (vgl. Europ. Politik, Bd. 3), besteht weiter, ohne daß es zu einer eigentlichen Entente kommt.

reich gerichtet erscheint, wie ein Erzeugnis so auch ein Werkzeug der russischen Politik war, daß er seinen Einheitspunkt jenseits der Grenze der Balkanländer fand, und alle Fäden, an denen er gelenkt wurde, in den Händen russischer Diplomaten lagen, Anl. 58, kommt in den Zirkularen deutlich zum Ausdruck. Zwar bemüht 77. sich die russische Diplomatie, wie die Zirkulare meinen, zunächst Anl. 34, ehrlich um die Verhütung der Ausbreitung des am Balkan 35,36,43, ausgebrochenen Brandes; aber man zweifelt auf der anderen 64. Seite, wie ein Wiener Bericht vom 12. Oktober 1912 meldet, Anl. 28. nicht daran, daß der russische Gesandte Hartwig der Urheber des serbisch-bulgarischen Bündnisses und damit des Balkankonfliktes sei, und daß er schwerlich ohne Wissen seiner Regierung gehandelt haben könne. Aber selbst wenn dem nicht so sei, so müsse man doch anerkennen, daß die russische Politik „einen wenig klaren und widerspruchsvollen Charakter" trage. Auch in Konstantinopel glaubt man Ende März 1913 nicht mehr, wie Anl. 58. wenige Wochen zuvor, an die Aufrichtigkeit der russischen Friedensversicherungen. — Dieses Urteil ergab sich mit Notwendigkeit aus dem fortdauernden Ringen zweier Tendenzen: der Furcht Rußlands vor dem Ausbruch eines allgemeinen europäischen Konfliktes, den siegreich zu bestehen man sich in keiner Weise gewachsen fühlte, und jenen seit 1910 immer stärker anschwellenden Strömungen der panslawistischen Idee, die ihr letztes und höchstes Ziel: Zusammenfassung aller slawischen Kräfte unter Führung Rußlands zu einem ungeheuren, die Welt beherrschenden Weltreiche nur auf dem Wege über die Gewinnung Konstantinopels, die Zerstörung der europäischen Türkei und die Zersprengung der österreichisch-ungarischen Monarchie erreichen zu können meinte. Diese panslawistische Strömung aber wird bereits gelegentlich als „öffentliche Meinung Anl. 47, Rußlands" bezeichnet; mit immer stärkerer Gewalt brandet 59. sie gegen das immer noch scheinbar auf friedlicher Bahn dahinziehende Staatsschiff Rußlands und sucht es in ihre unergründ- Anl. 51. lichen Strudel hinabzuziehen. Als eigentliche Trägerin dieser Idee und als Führerin der Nation auf diesen gefährlichen Wegen erscheint „eine intransigente Militärpartei", die mit ihrem Anl. 45. starken Einfluß bei Hofe den Bemühungen der Regierung um

Erhaltung des Friedens unablässig und mit steigenden Erfolgen
Anl. 68, 95. entgegenarbeitet; erscheinen einige Mitglieder der kaiserlichen Familie, deren Namen dann der Weltkrieg als die der Haupttreiber zum unheilvollen Ende aller Welt bekannt gegeben hat. Von einzelnen Persönlichkeiten aber begegnen wir — neben Hart-
Anl. 34, 57, 76. wig und über ihm als seinem Auftraggeber und Berater — vor allem Iswolski, der für seine Niederlage in der bosnischen Krise nicht nur an seinem siegreichen Gegenspieler Aehrenthal, dessen
Anl. 76. „Theatercoup" von 1909 nach belgischem Urteil bis zum Jahre 1913 weiterwirkt, sondern auch an dem Lande Österreich eine persönliche Rache zu üben hat. Für alle diese Kreise und Bestrebungen sind die Balkanstaaten nur Steine, die sie nach eigener Willkür in ihrem waghalsigen Spiele hin und her schieben, um den Gegner, also vor allem Österreich, mattzusetzen, dessen
Anl. 64. Heer man ebenso verachtet, wie man vor dem japanischen Kriege das japanische verachtete. Sie sind es, die mit dauernden Wühlereien durch panslawistische Ausschüsse die slawischen
Anl. 34. Völker Österreich-Ungarns, nicht nur die der 1909 neu annektierten Gebiete im Südosten, sondern auch die polnischen und ruthenischen Bevölkerungen Galiziens gegen die Regierung aufhetzen; die serbischen Großmachtspläne, die von ihnen eifrig unterstützt werden, sind ihnen in letzter Linie Mittel
Anl. 34, 68. zu ihren eigenen Zwecken: man braucht einen bestimmten Vorwand, um den alten, in allen Kreisen der Bevölkerung verbreiteten Haß gegen Österreich, um die Begeisterung des Heeres
Anl. 34. für einen Krieg gegen das militärisch gering geschätzte Nachbarland praktisch wirksam werden zu lassen; den soll die serbische Frage bieten. Und so unterstützt man auch die montenegrinischen Ansprüche auf Skutari; hetzt als „öffentliche Mei-
Anl. 48. nung" zu Anfang 1913 Bulgarien gegen Rumänien und zu-
Anl. 60, vgl. Anl. 1. gleich gegen Konstantinopel, um dort die Meerengenfrage aufzurollen; sieht nach der Eroberung Adrianopels den Marsch
Anl. 59. auf Konstantinopel in beglückende Nähe gerückt. Jede den Frieden fördernde Annäherung Serbiens an Österreich ist in diesen Kreisen verhaßt und wird mit allen Mitteln ver-
Anl. 28. hindert. — So ist man dauernd mit unterirdischen Treibereien
Anl. 68. am Werke; das Vertrauen der Balkanstaaten aber gehört diesen

Männern, und vor allem baut Serbien darauf, daß seine verstiegenen Pläne durch solche mächtigen Einflüsse allmählich auch die offizielle russische Politik gewinnen und auf die gefährliche Bahn fortreißen könnten. — Ende November 1912 scheint es nach der allgemeinen Anschauung der Diplomaten so weit gekommen zu sein, daß Sasonoff nachgibt; bald darauf hat er aber noch einmal gesiegt, Hartwig zur Ordnung gerufen und Serbien zu vorläufigem Nachgeben gezwungen. Unter der Asche aber glimmen die gefährlichen Funken weiter; immer mehr gewinnt Sasonoffs Politik einen zweideutigen, undurchsichtigen Charakter; man sagt, daß sie heimlich den Balkanbund unterstütze und damit die Schwierigkeiten einer Lösung der Balkanfragen erhöhe; sie billigt zwar auch im zweiten Balkankrieg Serbiens rücksichtsloses Vorgehen nicht, wagt aber aus Furcht vor den panslawistischen Einflüssen nicht, es energisch zurückzurufen. — So bleibt am Schlusse die Befürchtung, daß, wenn es diesmal noch glücklich gelungen ist, ein Umsichgreifen der Balkanwirren und damit die Aufrollung der großen europäischen Gegensätze zu verhindern, der Panslawismus doch weiter am Werke sei und des Augenblicks harre, da er endlich über die Ufer treten und den schwachen Widerstand der Regierung gegen seine phantastischen Pläne werde hinwegschwemmen können. —

Anl. 28, 30. Anl. 37, 38,40,43. Anl. 68. Anl. 45. Anl. 70.

Das Verhältnis der großen Mächte zueinander, wie es in den beiden gegeneinander auf der Wacht stehenden Bünden zum Ausdruck kam[1]), ist durch die Balkanwirren der Jahre 1912/13 — wie schon aus dem Gesagten hervorgeht — an keinem Punkte wesentlich berührt oder gar erschüttert worden. Ein gelegentlicher heftiger Ausfall einer russischen Zeitung gegen England, „das alle Meerengen der Welt als von Gott England geschenkt ansieht", bleibt ohne alle Bedeutung. Fest stehen auf der einen Seite die gemeinsamen Bemühungen aller Mächte,

Anl. 59.

[1]) Ein Petersburger Bericht vom 28. Februar 1912 (Zirkular vom 18. 3. 1912) gibt ein in der Petersburger Zeitung Rjetsch veröffentlichtes Interview mit Graf Witte wieder, das interessante Einblicke in die Entstehungsgeschichte der englisch-russischen Entente enthält. Anl. 6.

von denen nur diejenigen Rußlands der letzten Klarheit und Ehrlichkeit entbehren, den auf dem Balkan entstandenen Brand zu lokalisieren; fest steht auf der anderen Seite die trotzdem fortdauernde, durch den Verlauf der Krise eher noch vertiefte Gegnerschaft zwischen Rußland und Österreich. — Im übrigen hat nach den Berichten der belgischen Gesandten, die die belgische Regierung sich zu eigen macht, die gemeinsame Friedensaktion, ähnlich wie im Jahre 1909, gelegentlich besondere Brücken der Verständigung zwischen den beiden großen Gruppen der europäischen Mächte geschlagen: Poincarés
Anl. 26. Bemühungen um Erhaltung des Friedens werden in Deutschland mit Freuden begrüßt. Englands Zurückhaltung während des Balkankrieges geht so weit, daß es sich selbst im Augenblick der höchsten serbisch-österreichischen Spannung und eines im Dezember 1912 drohenden allgemeinen Konflikts nicht aus
Anl. 20, 26, 30. seiner kühlen Reserve locken läßt, wobei die Rücksicht auf seine indischen Interessen, die Furcht vor einer allgemeinen muselmanischen Erhebung eine bedeutsame Rolle spielt. Die Freiheit der Aktion scheint ihm auch jetzt gewahrt.

Dennoch lassen die Zirkulare keinen Zweifel, daß, auch abgesehen von den Balkanwirren, dem österreichisch-russischen Gegensatz und dem aggressiven Treiben der panslawistischen Kreise der europäische Friede keineswegs gesichert ist, und daß die von Eduard VII. eingeleitete Einkreisungspolitik[1]) gegen das Deutsche Reich weiter ihre verhängnisvolle Wirkung übt. Wir hören von den immer wieder erneuten Versuchen Deutschlands, den eisernen Ring zu sprengen, den man ihm umgelegt hat, um seine für englische Wirtschaftsmonopole und russische Expansionsbestrebungen immer unbequemer und gefährlicher sich entwickelnde nationale Kraft lahmzulegen. Allen diesen Versuchen gegenüber verhalten die in den Zirkularen zur Sprache kommenden belgischen Gesandtschaftsberichte sich überaus skeptisch und zurückhaltend. So schon zu Beginn unseres Zeitraums gegenüber

Anl. 21, 31. [1]) Die Madrider Nachricht von einer bevorstehenden Annäherung Spaniens an die Entente wird im September 1912 von der Brüsseler Regierung nur mit Vorbehalt weitergegeben.

jener Zusammenkunft der beiden Kaiser in Baltisch-Port, die zunächst wohl als nicht völlig aussichtslos bezeichnet wird, von der aber doch angesichts der in der Presse und deutlicher noch bei der Beratung der Flottenvorlage in der Duma zutage tretenden Ausbrüche des Deutschenhasses in Rußland durchgreifende Änderungen in den deutsch-russischen Beziehungen nicht erwartet werden. — Und dies um so weniger, als der Begegnung der beiden Monarchen sehr bald das französisch-russische Flottenabkommen folgt, durch das — nach englischer Auffassung — ein beträchtlicher Teil der deutschen Seestreitkräfte von der Nordsee nach der Ostsee abgezogen und die für England bedrohliche Entwicklung der deutschen Nordseeflotte unterbunden wird, und das zugleich, politisch betrachtet, als „Antwort auf tendenziöse Nachrichten" gelten mochte, die in gewissen Organen der kontinentalen Presse ihr Echo fanden, „über eine Abschwächung des Zweibundes und eine Lockerung der Bande, die seit 21 Jahren Frankreich an Rußland knüpfen". Völlig wettgemacht und in ihren etwaigen günstigen Folgen für eine Besserung der deutsch-russischen Beziehungen aufgehoben wird jene Zusammenkunft durch den in der russischen wie in der französischen Öffentlichkeit mit gleicher Begeisterung gefeierten Besuch des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in Petersburg zu Anfang August 1912, dessen eigentliche Bedeutung, von Poincaré nach seiner Rückkehr hartnäckig verschwiegen, der Welt und auch den belgischen Gesandten erst zwei Jahre später bekanntgegeben wird; sie bestand in der schon im Sommer 1912 angebahnten, jetzt glücklich erreichten Vertiefung des französisch-russischen Bündnisses, wie sie in der durch französisches Geld erwirkten Verpflichtung Rußlands zu einer gewaltigen Verstärkung seiner Kriegsrüstung zum Ausdruck kommt. — Wenige Monate später aber finden wir den Großfürsten Nikolaus, begleitet von seiner montenegrinischen Gemahlin, auf einer Inspektionsreise an der französischen Ostgrenze, von wo aus letztere die „eroberten Provinzen" grüßen konnte; gipfelnd in einer von der Presse reklamehaft gefeierten militärischen Parade und Kundgebung gegen die Annexion Elsaß-Lothringens! —

Anl. 16.

Anl. 18.

Anl. 23.

Anl. 96.

Anl. 29.

Günstiger als für jene Annäherungsversuche gegenüber Rußland schien die Weltlage sich für die Besserung der englisch-deutschen Beziehungen zu gestalten, die durch die Marokkokrise von 1911 aufs äußerste gespannt waren. In beiden Ländern bestanden starke Strömungen, die zueinander hindrängten; man versuchte ehrlich, Brücken über die tiefe trennende Kluft zu schlagen; Friedensbeteuerungen und Versicherungen, daß ein Nebeneinanderarbeiten überall in der Welt möglich sei, wurden ausgetauscht. In England ist es vor allem der linke Flügel der liberalen Partei, der seit der Versetzung Marschalls auf den Botschafterposten in London, unterstützt von einem Teil der Presse und der Gesellschaft, einer solchen Politik die Wege zu bahnen sucht und vor einer
Anl. 44. allzu engen Fesselung an Frankreich und einem abenteuernden Eintreten Englands für fremde Interessen warnt. In sehr scharfen Ausdrücken wendet sich die englische Arbeiterpartei
Anl. 3. schon im Januar 1912 auf ihrer Konferenz zu Birmingham gegen die antideutsche Politik Greys, die nur übermäßige Rüstungen, ein Gefühl internationaler Antipathie und den Verrat an den unterdrückten Nationen zur unmittelbaren Folge habe. Deutschlands Regierung, sagte damals Keir Hardie in einer Rede, sei immer noch der russischen Autokratie vorzuziehen; Grey, meinte ein anderer, trete Englands Tradition, den Unterdrückten zu helfen, mit Füßen. Diese antideutsche Politik müsse ein Ende haben! — Die Ersetzung des Grafen Metternich
Anl. 11. durch Baron Marschall auf dem Londoner Botschafterposten (Mai 1912) aber wird dort zwar als Ausdruck deutscher Annäherungsbestrebungen gedeutet, aber doch nicht ohne Mißtrauen aufgenommen. Mit brutaler Hand zerreißt, wie er es stets zu tun pflegt, sehr bald der Marineminister Churchill
Anl. 17, den aus allgemein-humanitärer Gesinnung und unklaren Gefühlen
18, 44. völkischer Verwandtschaft gewobenen dünnen Schleier chimärischer Hoffnungen: die Gegensätze sind, so sagt er in seiner großen Flottenrede im Unterhaus am 22. Juli, in Wirklichkeit unüberbrückbar; das neue englische Flottenprojekt ist die selbstverständliche Antwort auf die neuen deutschen Rüstungen zur See. Deutschland wird als der einzige Feind Englands bezeichnet, damit,

nach Ansicht des belgischen Gesandten, die französische Revanche-Idee zum Paroxysmus gesteigert, und der Brand, auf den man sich auf beiden Seiten vorbereitet, geschürt. Nicht nur die Nordsee-, sondern auch die Mittelmeerflotte Englands soll verstärkt werden. Das Zusammenwirken der englischen und französischen Flotte im Mittelmeer ist gesichert. — Weniger durch den Inhalt, als durch die schroffe Form, die Churchill ohne die geringste Vorsicht oder Abschwächung seinen Erklärungen gegeben hat, ist das deutsche Empfinden tief verletzt; alle Befürchtungen sind übertroffen. — Der belgische Gesandte macht allerdings in dem gleichen Bericht den Deutschen zum Vorwurf, daß sie Anl. 17. nicht einsehen wollen, wie neben den ehrgeizigen Bestrebungen Frankreichs in Marokko es Deutschlands dauernde Flottenvermehrungen gewesen sind, die, indem sie England zu Verteidigungsmaßnahmen zwangen, den Weltfrieden bedrohten und einen Konflikt unvermeidlich machten. Für jene vitalen Bedürfnisse, die Deutschland zur Schaffung einer starken Seerüstung veranlaßten, zeigt der belgische Gesandte Beyens in Berlin — wenigstens an dieser Stelle — kein Verständnis.

Trotz der energischen Absage Churchills läßt Deutschland in seinen Bemühungen um eine Verständigung mit England nicht nach, und allmählich scheinen ihm bessere Erfolge zu winken; Tirpitz' Reden über die Beschränkung der Flotten- Anl. 50. rüstungen bezeugen nach belgischem Urteil ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber England. Die englische Re- Anl. 53. gierung zeigt, im Gegensatz zu der Presse des Landes, Verständnis für die Gründe der großen deutschen Militärvorlage von 1913 und gibt zugleich nach Frankreich hin deut- Anl. 54. liche Winke, den Bogen nicht zu überspannen. An die freund- Anl. 67. liche Aufnahme des Königs Georg in Berlin bei seinem Besuch zur Hochzeit der Prinzessin Viktoria Luise knüpfen sich neue Hoffnungen, und zu Ende des Jahres 1913 scheinen diese ihrer Verwirklichung nahe: indem die deutsche Diplomatie den Engländern ein volles Jahr lang „den Hof macht", hat sie, so scheint es, das englische Ministerium und die in erster Linie durch innerpolitische Fragen in Anspruch genommene Presse Anl. 78. endlich gewonnen und „eingewickelt" (enguirlandé). —

Selbstverständlich aber war das nicht so zu verstehen und wurde von der belgischen Regierung nach den Berichten ihrer Gesandten nicht so verstanden, als ob es den Deutschen dadurch gelungen sei, Englands Stellung in der Entente zu lockern oder es von dem Dreiverbande weg auf die Seite des Dreibunds zu ziehen. England hatte — nach belgischem Urteil — Frankreichs Rücken während der Marokkokrise von 1911 gestärkt und es damals eben durch diese Haltung beinahe in den Krieg getrieben[1]) Im übrigen aber ist England bemüht, so wie wir es schon bei Betrachtung der Balkanfragen feststellen konnten, sich, soweit wie irgend möglich, die Freiheit der Handlung zu wahren und sich nicht stärker zu binden, als es seine eigenen Interessen zulassen. Das stets von England befolgte Prinzip: Erhaltung
Anl. 54. des europäischen Gleichgewichts, d. h. des Gleichgewichts auf dem Kontinent, ist auch jetzt maßgebende Richtschnur seines Handelns. Daß es einem grundlos durch Deutschland
Anl. 44. 54. angegriffenen Frankreich beispringen, daß es dessen Vernichtung durch deutsche Übermacht verhindern muß, steht ihm schon um deswillen fest, weil — wenigstens nach Ansicht der Konservativen — England selbst dann bald Frankreichs Schicksal teilen werde. Aber von weitergehenden Verpflichtungen ist scheinbar nicht die Rede; das Bestehen einer Militärkonvention wird im Mai 1914 von einem guten Kenner der Verhältnisse auf
Anl. 91. französischer Seite bezweifelt und betont, daß verständige Leute der Unterstützung, die Frankreich im Falle eines europäischen Konflikts von England zu erwarten habe, sehr skeptisch gegenüberständen, ja nicht einmal an eine ernste Hilfe zur See glauben wollten; England kokettiere unaufhörlich mit Deutschland.

Das eine geht aus alledem mit völliger Klarheit hervor — und auch der im Vergleich zu den Berichten aus anderen europäischen Hauptstädten dürftige Inhalt der belgischen Gesandtschaftsberichte aus London mag zum Beweise dafür dienen — daß es die englische Diplomatie trefflich verstanden hatte, sich nicht in die Karten sehen zu lassen und die Trümpfe, die sie im Spiele hatte, verdeckt zu halten.

[1]) Vgl. darüber Bd. 3.

Im Jahre 1913 und der ersten Hälfte des Jahres 1914 gilt die Aufmerksamkeit der belgischen Diplomatie, wie zuvor dem russisch-österreichischen Gegensatz und dem Wirken der Militärparteien in beiden Ländern, so jetzt den französisch-deutschen Beziehungen, nachdem die Beilegung der Marokkokrise von 1911 einen scheinbaren Ausgleich und eine Minderung der Spannung herbeigeführt hatte. Sie hat sich bald von neuem verschärft und erhält in den Augen der belgischen Diplomatie einen mehr und mehr gefährlichen und den europäischen Frieden bedrohenden Charakter. Auf beiden Seiten sind Kräfte am Werke, die den heimlich glimmenden Brand schüren und ihn, wenn die Gelegenheit günstig, zu heller, verzehrender Flamme emporflackern lassen wollen. Die Frage ist nur, auf welcher Seite diese Kräfte stärker, die Leidenschaften heißer, die Hoffnungen höherfliegend und vor allem, wo die Gegenkräfte eifriger an der Arbeit sind, die das letzte, die kriegerische Lösung, verhindern wollen. Die belgischen Berichte lassen gerade wegen ihrer gleichmäßigen, leidenschaftslosen Verteilung von Licht und Schatten dem ruhig Prüfenden keinen Zweifel, daß sich die Wage nach der französischen Seite neigt: die Aufschlüsse, die uns während des Weltkrieges zuteil wurden, vor allem die Enthüllungen des Suchomlimow-Prozesses, sind nur geeignet, das aus jenen Quellen zu gewinnende Urteil zu bekräftigen. —

In Frankreich war die Lösung der Marokkokrise von 1911 trotz der Opfer, die man hatte bringen müssen, im allgemeinen als ein Erfolg gebucht worden, und man war gewillt, ihn rücksichtslos, selbst über die vertragsmäßig gezogenen Grenzen hinaus, auszunutzen. — In dieser Atmosphäre konnten jene chauvinistischen Revanche-Ideen gut gedeihen und sich schnell und üppig entwickeln, die seit dem Wiedererscheinen Delcassés auf der politischen Bühne, der Potsdamer Zusammenkunft und der vorübergehenden russisch-deutschen Annäherung sich wieder verstärkt geltend machten und in letzter Linie darauf hinausgingen, das Land innerlich und äußerlich zu stärken und es zur Erreichung des einen großen Ziels, dem seit

1871 die Gedanken aller Patrioten galten, reif zu machen. Schon im März 1911 hatten die belgischen Zirkulare auf das Bedenkliche dieser Wendung auf Grund eines Greindlschen Berichtes hingewiesen[1]). Seitdem hatte diese Strömung beträchtlichen Boden
Anl. 32. gewonnen. Zwar haben die Balkanwirren eine gewisse Annäherung der beiden Mächte durch die dortige gemeinsame Friedensaktion herbeigeführt. Ein Zirkular vom 28. Oktober
Anl. 29. 1912 (Pariser Bericht vom 1. Oktober) weist auf die Ende 1911 allgemein herrschende Friedensstimmung hin, auf die allgemein bekannte Friedensliebe des Kaisers Wilhelm, darauf, daß Deutschland sich nicht vor Durchführung seines Flottenprogramms in einen großen Krieg stürzen werde, und daß auf der anderen Seite die Regierung der Republik damals trotz aller lärmenden Manifestationen alle deutschen Forderungen hätte annehmen müssen. „Die englische Regierung aber" — so heißt es dann — „sprach ihr ‚quos ego', und damit stellte sich in der französischen öffentlichen Meinung ein Umschwung von der Art ein, wie er nur bei einem so leicht zu beeinflussenden Volke wie dem französischen eintreten kann. Diese Wandlung in der Einstellung der öffentlichen Meinung (tendances de l'esprit public) springt in die Augen. Zu behaupten, daß die französische Nation im ganzen kriegslustig geworden sei, hieße vielleicht zu weit gehen; der Landmann, der Bourgeois, der Kaufmann, der Industrielle und der Geschäftsmann wissen, was eine kriegerische Verwicklung sie kosten würde; in Anbetracht der allgemeinen Wehrpflicht muß jeder für die Seinen zittern. Aber immerhin ist es gelungen, dem Lande das Vertrauen in den Erfolg zu geben; man muß ferner mit der stürmischen Jugend, den militärischen Kreisen und den Leuten rechnen, die nichts zu verlieren haben." Die aufrichtige Friedensliebe der französischen Regierung wird anerkannt; sie will Frankreich nur den ihm gebührenden Rang im europäischen Konzert, d. h. „den sie vor 1870 innehatte", wiedergewinnen; auf der anderen Seite aber sei es gewiß, daß ihre Tätigkeit das Maß überschreite; es sei gut, der Nation das nötige Selbstgefühl zu geben, aber gefährlich, ihren Chauvinismus aufzustacheln.

[1]) Vgl. Europ. Politik, Bd. 3, Anl. 101.

Als Beweis dafür wird auf die militärischen Paraden, auf allwöchentliche Umzüge (retraites) in den Pariser Straßen, auf die endlosen patriotischen Feste, auf das ungewöhnliche Zeremoniell bei dem Besuch Poincarés in Petersburg und der Reise des Großfürsten Nikolaus nach Frankreich[1]), auf deren Abschluß durch die Parade in Nancy, auf den Stapellauf eines neuen Panzerschiffs von gewaltigen Dimensionen in Anwesenheit Delcassés zu Toulon, auf die Bestellung zahlreicher militärischer Flugzeuge hingewiesen. All das diente dazu, die öffentliche Meinung immer mehr zu erregen, und wenn auch, von den Balkanwirren abgesehen, keine unmittelbare Gefahr bestehe, daß ein deutsch-französischer Konflikt entstände, so könnten doch unerwartete Zwischenfälle eintreten: „Die öffentliche Meinung, die Napoleon III. im Jahre 1870 das Steuer entrissen hat und die wieder nervös und reizbar geworden ist, kann unter diesem Gesichtspunkt eines Tages die Geschichte revidieren (recommencer l'histoire), so daß den beiden Regierungen keine andere Lösung bleibt, als der Appell an die Waffen." —

Wir sehen: neben Kräften, die aus der französischen Nation selbst heraus der lange Zeit fast erstorbenen Bewegung neue Nahrung gaben, sind es auch Einwirkungen von außen, zunächst von England her, die sie anfachten und belebten, so die Hilfe, die Frankreich bei England während der Marokkokrise gefunden hatte, und vor allem jene große Flottenrede Churchills, die nach dem Urteil eines belgischen Diplomaten geeignet war, die Revanchelust der Franzosen „zum Kochen zu bringen und zum Paroxysmus zu steigern"[2]). Wenn später von englischer Seite gelegentlich allzu hoch getriebenen Hoffnungen ein Dämpfer aufgesetzt, wenn die Zusage englischer Hilfe auf den Fall eines unprovozierten Angriffs von seiten Deutschlands beschränkt wurde[3]), so blieb das ohne tiefere Wirkung. Man durfte sich für den Ernstfall Englands Hilfe sicher glauben und ging, durch dieses Vertrauen gestärkt, auf dem einmal beschrittenen gefährlichen Wege weiter. —

[1]) Vgl. o. S. 13.
[2]) Vgl. o. S. 15.
[3]) Vgl. u. S. 33, Anl. 91.

Die weiteren belgischen Zirkulare lassen dieses Fortschreiten mit aller Deutlichkeit erkennen; sie zeigen zugleich, wie als Folgeerscheinung auf der anderen Seite der Vogesen nun auch an die Stelle ruhig-freundlicher oder gleichgültiger Gesinnung gegenüber dem Nachbarland allmählich eine mehr und mehr nervöse Reizbarkeit tritt und gewisse lange Zeit schlummernde Antipathien wieder lebendig zu werden beginnen. — Der nächste Schritt auf dem betretenen Wege ist auf französischer Seite, nach der Wahl Poincarés zum Präsidenten der französischen Republik (17. Januar 1913), die Ernennung Delcassés zum
Anl. 52. Botschafter in Petersburg. Schon die Mitteilung der bevorstehenden Ernennung hat, wie der belgische Gesandte in Paris am 21. Februar schreibt, „wie eine Bombe eingeschlagen" und durch ihr wohl nicht zufälliges Zusammentreffen mit der Botschaft des neuen Präsidenten, unter dessen Ministerium die militaristischen Strömungen in Frankreich eingesetzt hatten,
Anl. 23. und der durch seinen mit dem Schleier des Geheimnisses umhüllten Petersburger Besuch bereits die Fäden mit Rußland fester geknüpft hatte, die Gefahr einer scharf antideutschen Wendung der französischen Politik nahegerückt. Von dem
Anl. 52. „politischen, praktischen und kühlen Sinn Poincarés" wird allerdings erwartet, daß er ihn vor einem „Zuweitgehen auf diesem Wege" behüte. Deutschfeindliche Zwischenfälle in Frankreich, wie sie schon in den letzten Monaten des Jahres 1912 sich gehäuft und die Besorgnis des französischen Botschafters in Berlin wachgerufen hatten, gewinnen jetzt einen bedrohlichen Charakter und lösen auf der deutschen Seite Gegenäußerungen von einer früher nicht gekannten Energie und Schärfe aus; so vor allem das Abenteuer dreier deutscher
Anl. 62, 63. Handlungsreisender in Nancy, das dank der nach Ansicht von Beyens allzu heftigen Reaktion auf deutscher Seite und der Aufbauschung durch deutsche Zeitungen einen diplomatischen Charakter angenommen und zu Gegenbeschwerden von französischer Seite Anlaß gegeben hat. Die bulgarischen
Anl. 56. Siege über die Türken im ersten Balkankrieg werden in Frankreich als „französische Siege" und Niederlagen deutscher Rüstungsmethoden, als Siege Creuzots über Krupp gebucht;

eine Ausdeutung, die allerdings dem energischen Widerspruch des belgischen Gesandten in Paris begegnet. —

Weiter verschärft wird die Lage durch die Vorlage und Annahme des deutschen Wehrgesetzes. In englischen Regierungskreisen ist man allerdings geneigt, die Gründe, die zu diesem Schritte geführt haben, von Anfang an richtig zu würdigen: Anl. 53.
nicht als eine Herausforderung, sondern als die Feststellung einer militärischen Lage, die durch die Ereignisse auf dem Balkan geschwächt sei und die man deshalb wieder verstärken müsse. Man glaube in Berlin, nicht mehr im gleichen Maße wie früher auf die Hilfe aller österreichischen Kräfte zählen zu können, seitdem in Südosteuropa in dem Balkanbunde eine neue Macht in den Flanken der Doppelmonarchie sich gebildet habe. Infolgedessen müsse von nun an Deutschland, statt auf die Hilfe seines Bundesgenossen zählen zu können, ihm seinerseits Hilfe leisten und damit im Fall eines europäischen Konflikts seine Kräfte auf zwei Grenzen, die östliche und die südwestliche, verteilen. Berlin habe freimütig dem Pariser Kabinett die genannten Gründe für seine Handlungsweise bekanntgegeben. — Ganz anders war die Wirkung auf die englische Presse, die Deutschland wegen des Einbringens seiner Wehrvorlage die Schuld an der Verschärfung der europäischen Spannungen zuschieben will. — In Frankreich aber antwortete die Regierung fast unmittelbar mit der Vorlage eines Gesetzes über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, das trotz aller schweren Bedenken mit einer Zweidrittelmajorität angenommen, dessen ungeheure Gefährlichkeit für Frankreich und den europäischen Frieden von den belgischen Beobachtern von Anfang an mit voller Klarheit erkannt und immer wieder mit großer Energie betont wird. Denn wenn, nach einem Pariser Bericht vom 5. Mai 1913, die Anzeichen für ein Umsichgreifen Anl. 66.
der chauvinistischen Tendenzen, trotz der Friedensliebe des französischen Volkes, seiner Furcht vor einem Kriege mit dem Deutschen Reiche und der gemäßigten Sprache der Minister, sich mehren, wenn die Zeitungen und die Theater, die Revuen und die Chansons in den Kaffeekonzerten die nationalen Leidenschaften systematisch immer mehr auf-

peitschen, so bringt das neue Gesetz die ungeheure Gefahr
Anl. 69. mit sich, daß die schweren Lasten, die es dem Volke auferlegt, binnen kurzem das Land vor die verhängnisvolle Wahl stellen: einen für das Volksempfinden unerträglichen Rückzug anzutreten oder binnen kurzem einen Krieg wagen zu müssen. Die unmittelbare Folge des Gesetzes in Frankreich aber ist eine neue Stärkung der chauvinistischen Bewegung und der Revanche-Idee. Gewiß — so urteilt der belgische Gesandte —
Anl. 75. habe es zur Überwindung der starken Widerstände der Radikalen und der Sozialisten gegen das Dienstpflichtgesetz einer künstlichen Erhitzung der nationalen Leidenschaften, eines kräftigen Rührens der Alarmtrommel und eines Hinweises auf die kriegerischen Absichten der linksrheinischen Nationalisten bedurft: einige in Deutschland viel gelesene Organe, wie z. B. der ‚Temps' und das ‚Echo de Paris', hätten sich indessen dieser Aufgabe mit einer wahrhaft außerordentlichen Meisterschaft unterzogen. Die Atmosphäre von Haß und Mißtrauen, die von beiden Seiten auf den deutsch-französischen Beziehungen laste, sei dadurch noch schwerer und dicker geworden; so daß jetzt auch in versöhnlichem Geiste von beiden Seiten geführte Verhandlungen über einen besonderen Gegenstand nicht mehr genügten, sie zu zerstreuen. —

Das Echo dieser Stimmung von der anderen Seite des Rheins
Anl. 55. bleibt nicht aus. Schon im März 1913 weist Beyens darauf hin, daß man in Berlin an die nahe Möglichkeit eines Konflikts mit Frankreich glaube, obwohl es sich nur um Mißverständnisse auf beiden Seiten handle: in Deutschland wolle z. B. Schiemann der französisch-russischen Allianz einen aggressiven Charakter unterschieben, in Frankreich lege man zu wenig Gewicht auf den „tief religiösen und friedliebenden Charakter des Kaisers", dessen Mystizismus aus seinen zahlreichen Reden des letzten Jahres zu sprechen scheine. Auch die Erinnerungen an die Freiheitskriege weckten in ihm nur den Gedanken an einen „Fingerzeig Gottes", der das deutsche Volk für seinen religiösen Glauben durch die Befreiung von fremdem Joch belohnt habe. „Das ist nicht die Sprache eines Mannes, der über Pläne von

Krieg und Eroberung sinnt." Andrerseits — fährt Beyens fort — ist der Geist der herrschenden Klassen allerdings lange nicht so friedlich. Ihnen ist der Haß gegen Frankreich in der Schule zugleich mit dem Gefühl für Deutschlands Größe, das zur Herrschaft über Europa bestimmt sei, eingepflanzt worden. Diese Feindseligkeit und dieser Stolz läßt sie einen Krieg mit dem westlichen Nachbarn als ein notwendiges, unvermeidliches Übel ansehen, um Deutschlands Suprematie zu sichern und alle Hindernisse zu brechen, mit Hilfe deren die Diplomatie der Republik die Entwicklung des deutschen Reiches zu hindern sucht. Wird das Land sich erst auf dies gewaltigste jemals gesehene Heer stützen können, wie es das neue Wehrgesetz ihm zur Verfügung stellt, so mag man sich fragen, ob die friedliebenden Ideen des Staatsoberhaupts nicht eine zu schwache Wehr bilden werden, um die Erregung und den kriegerischen Eifer der höheren Klassen der Nation zurückzudämmen. —

Die Rechtfertigung des neuen deutschen Heeresgesetzes, die Anl. 61.
der Kanzler in seiner großen Rede am 7. April 1913 zu geben suchte, findet bei dem belgischen Vertreter in Berlin nur bedingten Glauben; jener stütze sich dabei, meint er, mehr auf Hypothesen als auf Tatsachen und könne natürlich seine geheimen Beweggründe vor ganz Europa nicht offen darlegen. Auch vermißt er in der Rede des Kanzlers, bei der Darstellung der deutsch-französischen Beziehungen und den Anklagen gegen die chauvinistische Presse Frankreichs, das Bekenntnis eigener deutscher Sünden: einer unnützen Brüskierung Frankreichs in der Marokkoaffäre, die dort die, vielleicht ohnedies längst wieder beruhigte, nationale Leidenschaft sich haßerfüllt habe gegen Deutschland kehren lassen, und der Sprache der eigenen alldeutschen Presse, die ein — allerdings gemäßigtes — Echo jener chauvinistischen Hetzblätter darstelle. — Von dem Umsichgreifen einer aggressiven, eine kommende Auseinandersetzung mit Frankreich als unvermeidlich ansehenden Stimmung, die, von der Presse vielfach angefacht, jedenfalls den belgischen Gesandten und der Regierung in Brüssel nur als Widerspiel der in Frankreich angeschürten und immer aufs neue künstlich genährten Erregung erscheint, ist auch in den folgenden Berichten Anl. 62, 63.

wiederholt die Rede. Daher jene schon erwähnte[1]) Aufbauschung des an und für sich ziemlich harmlosen Nancyer Zwischenfalls, die von dem an sich zur Versöhnung geneigten französischen Botschafter Cambon sofort mit allerlei Beschwerden über angebliche Beeinträchtigung französischer Untertanen in Berlin usw. beantwortet wird. Auch der Reichstag wird jetzt zum erstenmal von dieser antifranzösischen Welle berührt, und es entsteht die große Gefahr, daß er, auf die Verstärkung des Heeres vertrauend, sich bei irgendeinem der sich in letzter Zeit bedenklich häufenden, die deutsche Empfindlichkeit verletzenden Zwischenfälle unzugänglich (intraitable) zeigen werde. Diese Gefahr scheint allerdings einigermaßen dadurch gemildert, daß die
Anl. 67. anläßlich der Heirat der Prinzessin Viktoria Luise und der Versöhnung zwischen Hohenzollern und Welfen erfolgende Zusammenkunft zwischen den Herrschern von Deutschland, Rußland und England als eine Bestätigung der während des Balkankrieges vollzogenen Annäherung zwischen Deutschland und England und der trotz des Balkankrieges seit Potsdam und Baltisch-Port unverändert guten Beziehungen zu Rußland gedeutet werden darf. Die allgemeinen Huldigungen aber,
Anl. 71. die dem Kaiser anläßlich seines fünfundzwanzigjährigen Regierungsjubiläums aus allen Kreisen des Volkes bis in die Reihen der Sozialisten hinein dargebracht werden, können zwar als Beweis für einen gerade in letzter Zeit erfolgten Umschlag der öffentlichen Meinung zugunsten des Kaisers gelten, den er — neben seinen häuslichen Tugenden — vor allem seiner Friedensliebe und der Zurückdrängung einstiger kriegerischer Neigungen zu danken hat; trotzdem tauchen auch jetzt wieder bei dem belgischen Gesandten die Zweifel auf, ob Kaiser Wilhelm immer der „Friedenskaiser" bleiben wird, welchen schönen Titel ihn Hanotaux in einem „Figaro"-Artikel mit etwas allzuviel Eindringlichkeit anzunehmen gebeten hatte; ob er sich nicht eines Tages genötigt sehen würde, dem Drängen nicht nur der Alldeutschen, sondern auch der Liberalen auf „Brechung der Widerstände, die sich der kolonialen und kommerziellen Ausbreitung ihres Landes entgegenstellen, nachzugeben, und damit den Wunsch

[1]) Vgl. o. S. 20.

der öffentlichen Meinung ebenso zu befriedigen gezwungen ist, wie er es bisher als Wächter des Friedens getan hat". —

Unterdessen geht in Frankreich die Hetze weiter, deren Formen immer schärfer, deren Mittel immer brutaler werden. Die wunderbar vorbereitete und durchgeführte Propaganda für das Heeresgesetz, die schon Poincaré auf den Stuhl des Präsidenten der Republik verholfen hat, führt ihr Werk fort, unbekümmert um die Gefahren, die sie entstehen läßt. — Und zugleich wird es immer deutlicher, daß das allein machtlose Frankreich bei seinem Bundesgenossen im Osten die Hilfe finden wird, die es braucht; daß der französische Revancheruf bei den Panslawisten ein freudiges Echo findet und beide gegen den Dreibund gerichtete Tendenzen zu gemeinsamer Arbeit, zu gleichen hohen Zielen bereit sind. Gewiß ist man in Paris trotz der durch Poincarés Besuch und Delcassés Mission geschlagenen festeren und breiteren Brücke nach Petersburg mit der schwankenden und unklaren Politik der russischen Regierung nicht immer zufrieden; der Besuch des Zaren in Berlin wird als Zeichen für ein Doppelspiel dieser Politik schmerzlich empfunden und heftig getadelt; Serbiens unaufrichtige und ausschweifende Politik findet bei den französischen Blättern die Unterstützung, die ihnen die offizielle russische Regierung verweigert; gegen Österreich ergeht man sich im Gegensatz zur damaligen Haltung des offiziellen Rußlands in den heftigsten Ausfällen. Allmählich aber ändert sich das Bild, und es scheint nach den belgischen Zirkularen, als ob es vor allem die Aussendung der deutschen Militärmission nach der Türkei gewesen sei, die einen entscheidenden Umschwung in den Anschauungen der leitenden Kreise Rußlands und damit eine größere Einheitlichkeit der russischen und der französischen Politik herbeigeführt habe. Deutsche Wünsche auf Wiedergewinnung der Vormachtstellung am Bosporus trafen sich dabei mit denen der Jungtürken auf militärische Sicherung ihrer Stellung. Den heftigen Protest Rußlands schätzt man in Berlin angesichts des dauernden Schwankens der russischen Politik auf dem Balkan nicht allzu hoch ein; die französische Regierung aber, deren vorsichtigem Vorgehen in Konstantinopel man in Berlin mit vollem Vertrauen begegnet, ist

Anl. 69.

Anl. 57, 60.

Anl. 74.

Anl. 78, 79.

ebenso wie England entschlossen, Rußland als meist interessierter Macht freie Hand zu lassen, seine Schritte bedingungslos zu unterstützen, aber sich vor gefährlicher Initiative zu hüten. Bei aller Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Krise — so fährt der
Anl. 79. Pariser Bericht vom 20. Dezember 1913 fort — hegt man doch den Gedanken, „daß die Schwierigkeiten des Tages für Frankreich, vom nationalistischen Standpunkt aus, den Vorteil hätten, zwischen Rußland und Deutschland eine Kluft sich auftun zu lassen, die auszufüllen ein langes und schwieriges Werk sein werde", und auch die traditionelle Freundschaft der beiden Höfe ernstlich und auf die Dauer zu trüben.

Vorübergehende Annäherungen zwischen Paris und Berlin,
Anl. 75. wie z. B. bei den Besprechungen über die Bagdadbahn, flößen Baron Beyens in Anbetracht der in Deutschland gegenüber Frankreich herrschenden Stimmung und der durch falsche Berichte der deutschen und den herausfordernden Ton der französischen Zeitungen genährten Meinung, daß das französische Heeresgesetz nicht defensiven, sondern offensiven, gegen Deutschland gerichteten, also provokatorischen Charakter habe, kein allzu großes Vertrauen ein; und wenn auch die Affäre Forstner in Zabern nicht imstande ist „den Krieg zu entketten", so ist auch sie doch ein bezeichnendes Symptom für die im deutschen Heere und einem großen Teil des Volkes herrschende Stimmung, die man von oben her nicht verletzen möchte.

So beginnt trotz des friedlichen Tons der großen Rede des
Anl. 78. Reichskanzlers vom 9. Dezember 1913 über die auswärtige Politik und der guten Aufnahme, die das neue französische Kabinett Doumergue in der deutschen Presse aller Richtungen gefunden hat, für die belgischen Beobachter an den verschiedenen Höfen das Jahr 1914 unter wenig hoffnungsvollen Zeichen. Ihre Sorge um den Bestand des europäischen Friedens wird, während die deutsche öffentliche Meinung sich allmählich eher wieder zu beruhigen scheint, durch die Entwicklung auf französischer wie auf russischer Seite dauernd wach gehalten. Deutlicher als bisher entschleiern sich die inneren Zusammen-

hänge, erkennen wir aus den belgischen Berichten die Ursachenverkettung, die zu der allgemeinen europäischen Hochspannung geführt hat, und werden in den Stand gesetzt, die Frage nach der Schuld aus neutralem Quellenmaterial zu beantworten.

Ein Artikel des „Temps“ vom 4. Januar 1914, als dessen Anl. 80.
Verfasser Tardieu, als dessen geistiger Urheber Iswolski angegeben wird und der sich gegen Lloyd Georges Abrüstungstheorien und gegen die Angriffe Miljukoffs auf Frankreich und England wendet, gibt dem belgischen Gesandten in Paris Veranlassung, einen „im allgemeinen gut unterrichteten russischen Diplomaten“ über die Frage zu sondieren, inwieweit Iswolski damit die „Absichten oder zum mindesten die Dispositionen“ seiner Regierung vertrete. Die Antwort lautet beruhigend: Frankreich und Deutschland seien im Begriff, sich über die kleinasiatischen Fragen zu verständigen; die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien besserten sich täglich, und zwischen Deutschland und Rußland herrsche „über viele Punkte Übereinstimmung“. Wenn die Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel auch noch einige „leichte Änderungen und Besserungen“ vertragen könne, so sei Rußland doch entschlossen, ihr um so weniger eine größere Bedeutung beizumessen, als am Bosporus auch ein englischer General weile, dessen Rolle eines Tags weit bedeutender werden könne als die des Generals Sanders. Rußland sei mit inneren Reformen beschäftigt, erfreue sich augenblicklich eines außerordentlichen Wohlstandes und einer gewaltigen Volksvermehrung und werde eine so günstige Lage nicht gefährden, um Frankreich gefällig zu sein. Es halte fest an seinem Bündnis mit Frankreich, das ihm sichere materielle Vorteile bringe; am Tage der Gefahr aber werde seine Hilfe weniger wirksam sein, als man in Paris vermute. —

Die weiteren Berichte lassen von dieser im allgemeinen optimistischen Auffassung des russischen Diplomaten wenig erkennen. Die Aktion der „neuen Föderation der Linken“ in Paris wird von dem belgischen Gesandten in Paris mit ge- Anl. 81.
mischten Gefühlen begrüßt; insofern sie geeignet sei, die Wirkungen des neuen Heeresgesetzes zu erhalten und zu verewigen,

verfolge man sie in Paris mit Sympathie. Vom belgischen Standpunkt allerdings müsse man eher den Radikalen und Radikalsozialisten Erfolg wünschen. „Denn in der Tat sind es die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde, die die nationalistische, militaristische (cocardière) und chauvinistische Politik erfunden haben, deren Wiederaufleben wir festgestellt haben. Diese Politik stellt eine Gefahr für Europa und für Belgien dar; ja man kann in ihr die größte Gefahr erblicken, die heute den europäischen Frieden bedroht. Nicht als ob die republikanische Regierung geneigt wäre, diesen in vorgefaßter Absicht zu stören — das Gegenteil scheint gewiß —, sondern weil die Haltung, die das Kabinett Barthou eingenommen hat, die entscheidende Ursache für ein Anschwellen der militaristischen Tendenzen in Deutschland gewesen ist.“ Frankreich könne, so heißt es weiter, sowohl vom finanziellen Standpunkt aus wie von dem der persönlichen Lasten die Bürde der dreijährigen Dienstzeit nicht lange aushalten; eine Zurücknahme des Gesetzes sei nicht zu erwarten, zumal in Marokko General Liautey auf weitere ansehnliche Verstärkung dränge. Auf der andern Seite sei allerdings Caillaux, vertrauend auf die große Mehrzahl der arbeitstätigen Franzosen, die das Anwachsen der Ausgaben und der persönlichen Lasten mit Ungeduld ertrügen, für eine Annäherung an Deutschland und für eine Abänderung des Gesetzes; aber er werde mit allen Mitteln bekämpft. Belgien könne seinen Sturz nicht wünschen, weil seine Machtstellung in Frankreich geeignet sei, die Schärfe der internationalen Rivalitäten zu mildern und eine bessere Basis für die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu schaffen. —

Erkennt man in diesem Bericht, den sich die belgische Regierung durch wörtliche Verwendung zu einem Zirkular zu eigen macht, deutlich die treibenden Kräfte, die in gefährlicher Weise das nationale Empfinden in Frankreich aufpeitschen und, von der Regierung nicht genügend zurückgedämmt, das Land auf eine abschüssige Bahn zu drängen suchen; wird die

in Deutschland hochkommende militaristische Strömung mit aller Deutlichkeit als Reaktionserscheinung, hervorgerufen durch die Vorgänge in Frankreich, gekennzeichnet, so lauten die Berichte über die russischen Verhältnisse aus den ersten Monaten des Jahres 1914 womöglich noch besorgter und alarmierender. Aus Stockholm wird im Februar von der Anl. 82. gewaltigen Erregung berichtet, die angesichts der dauernden Enthüllungen über russische Spionage, über Landungs- und Besetzungspläne, über technische Arbeiten in Finnland und die dort betriebene schrankenlose Russifizierungspolitik in weiten Kreisen Schwedens herrsche; die gesamte konservative Partei, ein großer Teil der Liberalen und die ganze Geschäftswelt sähen darin eine gefährliche unmittelbare Bedrohung Schwedens. Es sei im Prinzip wahr, fügt der Gesandte hinzu, daß diese Gefahr bestehe; nur brauche man nicht an ihr unmittelbares Bevorstehen und ihre Unabwendbarkeit zu glauben; denn Rußlands Blicke seien augenblicklich auf die Balkanfragen gerichtet und ebenso auf die Verhältnisse in Kleinasien, in Persien und im fernen Osten. Auch sei es durch die Neuordnung seiner inneren Verhältnisse zu sehr in Anspruch genommen, um sich auf gefährliche Abenteuer im Norden einlassen und dadurch den Widerspruch anderer Länder, vor allem Englands, herausfordern zu können. Das Interesse dieser anderen Mächte sei jedenfalls für Schweden ein besserer Schutz als die eigene innere Kraft. — Dieses entscheidende Argument aber, so fügt der Gesandte hinzu, flöße in Schweden kein Vertrauen ein; vielmehr baue es einzig auf die Kraft seines Heeres, so sehr, daß man in Rußland auf den — sicher irrigen — Gedanken gekommen sei, daß die schwedischen Rüstungen auf deutsche Machenschaften zurückzuführen seien, indem Deutschland Schweden damit in den Kreis seiner Allianzen ziehen wolle[1]).

Durch die Aussprengung dieser Gerüchte versuchte Rußland — so dürfen wir annehmen —, die Aufmerksamkeit der Welt von den eigenen Rüstungen gegen Schweden ab- und auf Deutsch-

[1]) Berichte ähnlichen Inhalts aus Stockholm finden sich auch sonst in den Zirkularen, z. B. in einem hier nicht gebrachten vom 25. März 1912.

land als den angeblichen Störer des europäischen Gleichgewichts
Anl. 85. hinzulenken. Wenn ein Bericht aus Berlin vom 14. März in Besprechung einer schnell vorübergegangenen scharfen Polemik zwischen deutschen und russischen Zeitungen und einer ebenfalls vorübergehenden Trübung des persönlichen Verhältnisses zwischen den beiden Monarchen nicht nur von der Befürchtung zu erzählen weiß, den damaligen russischen Minister des Auswärtigen durch einen extremen Panslawisten, etwa Hartwig, ersetzt zu sehen, sondern auch auf die beunruhigende Kriegslust der deutschen Militärpartei, des jungen Deutschlands und der Intellektuellen hinweist, die durch den allgemein überraschenden Erfolg der Wehrsteuer neue Nahrung bekomme, so zeigen die Berichte der nächsten Zeit mit erschreckender Deutlichkeit, wo die wahre Gefahr für den europäischen Frieden
Anl. 87. lag. Aus Rußland werden Anfang April Heeresverstärkungen gemeldet, die noch über das schon erwartete hohe Maß hinausgehen. Gegenüber einer Sensationsnachricht der „Nowoje-Wremja" von einem angeblichen Bunde zwischen Rußland, Deutschland, Frankreich und England zum Zweck der Aufteilung Österreich-Ungarns betont ein Berliner Bericht vom 4. April
Anl. 88. die unveränderliche Festigkeit des Bündnisses mit Österreich-Ungarn als der Grundlage der Verteidigungspolitik des „Deutschen Reiches, das durch seine geographische Lage den Angriffen seiner Nachbarn im Osten und Westen ausgesetzt sei"; einer Politik, die durch die engen persönlich-dynastischen Beziehungen noch eine weitere Stütze bekommen habe[1]). Daneben widme sich Kaiser Wilhelm mit Erfolg der Beseitigung der durch entgegengesetzte Interessen in Albanien und der Adria verursachten Differenzen zwischen seinen beiden Verbündeten[2]). — Wie wenig Wahrscheinlichkeit

Anl. 86. [1]) In einem Petersburger Bericht vom 24. März 1914 (Zirkular vom 2. 4. 1914) begegnet die gleiche, von einem anderen russischen Blatt bestätigte Sensationsnachricht dem gleichen, ähnlich begründeten Mißtrauen des belgischen Gesandten in Petersburg.

Anl. 94. [2]) Der gefährlich sich zuspitzende italienisch-österreichische Gegensatz in Albanien wird noch einmal kurz vor Ausbruch des Weltkriegs in einem Bericht aus Wien vom 27. Mai 1914 (Zirkular vom 5. Juni) hervorgehoben.

jenem angeblichen Bündnisplan zuzusprechen sei, gehe wohl schon am besten aus den Mitteilungen einer nach kurzem Aufenthalt in Petersburg in Berlin eingetroffenen japanischen Militärmission hervor, die von der dort herrschenden deutschfeindlichen Stimmung der russischen Offiziere aufs höchste betroffen war. Sie hatten in den Offiziersmessen offen von einem nahe bevorstehenden Krieg gegen Österreich-Ungarn und gegen Deutschland sprechen hören; die Armee sei bereit, ins Feld zu ziehen, und der Augenblick sei ebenso günstig für die Russen wie für ihre Verbündeten, die Franzosen. Diese Gereiztheit der russischen Offiziere gegen ihre germanischen Nachbarn, mit denen sie seit 150 Jahren in Frieden lebten, und diese Ausbrüche kriegslustiger Stimmungen haben bei den Japanern den Eindruck erweckt, daß ihre Gastfreunde jetzt, da sie sich stark und kampfbereit fühlten, ihren wahren Seelenzustand enthüllten, und daß man darin den Haß gegen Deutschland lese. Zwar wisse man, daß die Regierung des Zaren immer mit Deutschland gute Beziehungen unterhalten habe und sich ihre Politik nicht von dem militärischen und nationalistischen Element diktieren lasse; man müsse sich aber des heute ja allgemein bekannten Ursprunges des russisch-japanischen Krieges erinnern. Damals seien es die Klique des Großherzogs Wladimir und die an Korea-unternehmungen interessierten Finanzleute gewesen, denen es gelungen sei, den Zaren gegen seinen Willen in dieses Abenteuer hineinzuziehen. So könne auch die jetzt in Rußland sich zeigende Feindseligkeit gegen Deutschland der Aufrechterhaltung des Friedens gefährlich werden, wenn sie einen Dolmetsch in der Umgebung des Zaren fände. —

Die letzten Berichte über die deutsch-russischen Beziehungen im Frühjahr 1914 zeigen uns die Dinge dann allerdings in etwas verändertem Lichte: Sasonoff gibt dem deutschen Geschäftsträger v. Lucius — im Anschluß an den Zwischenfall der deutschen in Rußland niedergegangenen und festgenommenen Luftschiffer — durchaus beruhigende Versicherungen; aber der Eindruck des deutschen Diplomaten ist, daß sie bestimmt seien, von der deutschen Reichstagstribüne wiederholt zu Anl. 90.

werden und deshalb absichtlich optimistisch gehalten seien. War dem so, so hatten sie jedenfalls ihren Zweck verfehlt.
Anl. 93. Die große Rede, die der deutsche Staatssekretär v. Jagow am 14. Mai 1914 über die äußere Politik im Reichstag hielt, wendete sich im Gegensatz zu der optimistischen Beurteilung der Gesamtlage mit großer Schärfe gegen die russische Presse, ebenso wie es kurz zuvor in einem offenbar fingierten Interview
Anl. 92. mit einem der Ententediplomaten der offiziöse „Lokalanzeiger" getan hatte; und wenn jene Rede auch der russischen Regierung — im Gegensatz zu ihrer Presse — friedliche Absichten gegenüber Deutschland zuschreibt, so glaubt man doch in diplomatischen Kreisen in diesem heftigen Ausfall eine Warnung auch an das Petersburger Kabinett erkennen zu müssen. — Baron
Anl. 93. Beyens, der am 16. Mai darüber ausführlich berichtet, macht dabei der deutschen Regierung zum Vorwurf, daß sie von der Heftigkeit der Sprache deutscher Blätter, z. B. der „Kreuzzeitung", gegenüber Rußland keine Notiz nehme; daß sie dagegen die Rüstungen der anderen Nationen, bald Frankreichs, bald Rußlands, nicht ertragen könne, obwohl sie beide nur dem Beispiel Deutschlands folgten; und daß die deutsche Politik Rußland „bald schone, um es zur früheren Freundschaft zurückzuführen, bald den Ton verschärfe, wie um ihm das Rasseln des deutschen Säbels bemerkbar zu machen". —

Ist dieser Bericht des belgischen Diplomaten über die deutsch-russischen Beziehungen nicht nur mit manchen seiner eigenen früheren Berichte, sondern auch mit denen seiner Kollegen an anderen Höfen schwer in Einklang zu bringen[1]), so gewinnt die deutsche Politik aus den die französisch-deutschen Verhältnisse in dieser Zeit behandelnden Berichten der belgischen Diplomaten eine völlig andere Beleuchtung. — Sie fügen zwar den uns schon bekannten Anschauungen über die internationale Lage, deren Spannungen und gefährliche Stimmungen kaum ein neues Moment hinzu; aber sie sind geeignet, unsere Kenntnis dieser Lage noch weiter zu klären und die Frage nach Verursachung und Schuld am Ausbruch

[1]) Vgl. o. S. 27 f.

des Weltkrieges noch einwandfreier zu beantworten. Ein Bericht aus Paris vom 8. Mai, der die schon erwähnte Anl. 91.
skeptische Auffassung über die Bereitschaft Englands zu einer aktiven Mitwirkung im Fall eines europäischen Konflikts betont und zugleich auf die geringe Bedeutung hinweist, die man in Frankreich einem Eingreifen Italiens in den Kampf auf seiten Deutschlands zumißt, spricht noch einmal von dem Anwachsen des Chauvinismus in Frankreich während der letzten Monate; die frühere Furcht vor einem möglichen Konflikt mit Deutschland sei völlig gewichen und habe dank den großen Fortschritten des Heeres einer festen Siegeszuversicht Platz gemacht; zum mindesten könne man die deutsche Armee lange genug im Schach halten, um Rußland Zeit zur Mobilisation und Konzentration seiner Truppen und zum Angriff auf seinen westlichen Nachbarn zu lassen. Gewiß wolle keines der beiden Länder den Anstoß zum Kriege geben, aber bei dem französischen Charakter könnte ein kleiner Zwischenfall in schiefer Darstellung die Bevölkerung, oder, besser gesagt, die niedrigsten Elemente darunter zur Schaffung einer Lage fortreißen, die den Krieg unvermeidlich mache. — Noch einmal wird dann auf die — in gleicher Weise schon früher betonten — Gefahren des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit hingewiesen, das, wenn seine Abmilderung nicht gelänge, Frankreich binnen zweier Jahre in den Krieg treibe. — Die deutschen Zeitungen legen, nach einem Berliner Bericht vom Anl. 95.
12. Juni, diesem Gesetz eine große, fast übertriebene Bedeutung bei; deshalb habe man in den Organen aller politischen Richtungen die französischen Neuwahlen und die Ministerkrise mit besonderem Interesse verfolgt, sei nun durch die Bildung des Ministeriums Ribot enttäuscht und sagte ihm ein kurzes Leben voraus. Die deutschen Zeitungen hätten insofern recht, als die überstürzte Einführung der dreijährigen Dienstzeit tatsächlich den französischen „Kräften und Empfindungen" Unmögliches zugemutet hätte: überstürzt, weil man den wahren Gründen für die deutsche Heeresvermehrung, wie sie Bethmann-Hollweg auf der Reichstagstribüne vorgetragen hätte, nicht Rech-

nung getragen habe. — Nachdem einmal das französische Wehrgesetz und in dessen Folge eine erregte Rede- und Pressekampagne gegen Deutschland erfolgt sei, habe Deutschland, auch nach der Zersprengung des Balkanbundes, angesichts dieser neuen Gefahr nicht zurück gekonnt. Die französische Agitation habe zu einer stärkeren Spannung der Beziehungen zu Deutschland geführt und zu der irrigen, aber von den besten Geistern Deutschlands angenommenen Idee, daß der Krieg in absehbarer Zeit unvermeidlich sei, weil ihn Frankreich heftig wünsche und sich darauf vorbereite. In Frankreich hege man — dank vor allem einiger unglücklicher Äußerungen des preußischen Kriegsministers — die gleiche Meinung über Deutschland. Bei alledem handle es sich um Mißverständnisse von beiden Seiten; die Mehrheit des französischen Volkes wolle keinen Krieg; Deutschland brauche nur in Frieden die weitere Entwicklung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Macht und seines starken Geburtenüberschusses abzuwarten, um kampflos in Mitteleuropa zu herrschen. Vom französischen Standpunkt aus sei das Dreijahresgesetz keinesfalls das richtige Mittel gewesen, den Frieden zu sichern; dazu habe man in diese innerfranzösische Frage dauernd Rußland hineinreden lassen, „dessen Politik undurchsichtig bleibt, das den Zweibund zu seinem ausschließlichen Nutzen lenkt und das, ohne von Deutschland bedroht zu sein, seine Rüstungen in erschreckendem Maße steigert". —

Anl. 96. Und ein letzter Pariser Bericht, datiert am Tage des Attentates von Serajewo und von Brüssel erst nach dessen Verübung weitergegeben, faßt noch einmal, rück- und vorschauend, die Situation scharf ins Auge, spricht in ernstester Besorgnis von den alles Maß übersteigenden russischen Rüstungen, von dem falschen Vertrauen Rußlands auf seine angeblich vollständige Kriegsbereitschaft — in Wahrheit fehle daran noch recht vieles —, von den Vorbereitungen der französischen Armee, um während einer eventuellen russischen Mobilisation den ersten Stoß der deutschen Heere aufzufangen; von der ängstlichen Aufmerksamkeit, mit der man in Berlin

die Entwicklung der französisch-russischen Beziehungen seit dem ersten Besuche Poincarés in Petersburg verfolge. „Rußland und Frankreich", heißt es, „spielen in diesem Augenblick ein gar gefährliches Spiel. Sie spornen sich wechselseitig auf den Weg höchstgesteigerter Rüstungen und geben sich — vor allem Rußland — einem Bluff hin, der die verhängnisvollsten Folgen haben könnte." Noch sei Kaiser Wilhelm dem Frieden geneigt; „wie lange aber wird man noch auf diese Geistesverfassung bauen können angesichts der drohenden Haltung Frankreichs und Rußlands und deren Rückwirkung auf die chauvinistischen und militaristischen Geister im Reich?" —

Der Deutsche mag sich für seine Auffassung von Verursachung und Verschuldung des Weltkrieges keinen besseren Kronzeugen wünschen als diesen belgischen Diplomaten, der sicherlich deutschfreundlicher Gesinnung nicht verdächtig ist, und seinen letzten, von der belgischen Regierung weitergegebenen Bericht, der mit grellen Schlaglichtern in die dunklen Gründe der russisch-französischen Politik in den Jahren vor dem Weltkrieg noch einmal hineinleuchtet. Hätte er bei seinen Betrachtungen noch weiter zurückgegriffen, so hätte er wohl in erster Linie auf jene Einkreisungspolitik Eduards VII. hinweisen müssen, die, indem sie Deutschlands aus eigner Kraft geschaffene ökonomisch-politische Entwicklung in die Welt und in der Welt zu unterbinden sich zum Ziel setzte, bei Deutschlands Nachbarn alle schlummernden Triebe politischer Rache und Wiedervergeltung auf der einen, nationalistisch-verstiegener Expansionsgelüste auf der anderen Seite weckte und jenen Zustand dauernder Unruhe, steigender Nervosität und stetig vermehrter Rüstungen schuf, unter dem alle Nationen, in der Masse ihrer Bevölkerung friedlich gesinnt, in gleicher Weise litten, ohne ein Mittel zur Abhilfe finden zu können. Der deutsche „Militarismus" ist nach den belgischen Berichten nichts anderes als eine Reaktionserscheinung, eine mit innerer Notwen-

digkeit durch jene Strömungen hervorgerufene Gegenströmung; er gewinnt allerdings neuen Zustrom aus gewissen nationalen, nach einem der Berichte auch in der Schule genährten Instinkten und aus den natürlichen Bedürfnissen der in rastloser Arbeit des ganzen Volkes zu weltwirtschaftlicher Betätigung entwickelten deutschen Wirtschaftskraft, deren vollwertiger Auswirkung in der Welt vor allem die englische Politik dauernd entgegenarbeitete. So entsteht eine Atmosphäre internationalen Mißtrauens, in der die einzelnen Mächte sich gegenseitig zu immer schärferen Spannungen emporsteigern. Mehrere Male, vor allem während der Balkankämpfe der Jahre 1912 und 1913, droht der breit gelagerte Zündstoff in Flammen aufzugehen und Europa in Brand zu setzen: die immer wieder betonte Friedensliebe des Deutschen Kaisers ist es in erster Linie stets aufs neue, die nach der Ansicht der belgischen Zirkulare das letzte Unheil beschworen hat. Auch sie droht allmählich allerdings von den von allen Seiten auf sie einstürmenden, zum Kriege drängenden Kräften übermannt zu werden; aber im Sommer 1914 steht sie noch fest und sammelt um sich alle friedlich gesinnten Elemente. Die Situation, wie sie in den letzten belgischen Berichten in einwandfreier Klarheit geschildert wird, ist damals folgende: Frankreich muß bald losschlagen, weil es die Lasten des Dreijahrgesetzes auf die Dauer nicht zu ertragen imstande ist; Rußland will den Krieg gegen das verhaßte Deutschland mit allen Mitteln beschleunigen, weil es sich „archiprêt" glaubt; Deutschland allein kann und will friedlich und in Ruhe den weiteren Gang der Ereignisse abwarten, weil jedes Jahr ihm an Volks- und Wirtschaftskraft einen beträchtlichen Zuwachs bringt, und weil es erst in einigen Jahren die Früchte seiner Heeres- und Flottenvermehrung ernten wird. — So die belgischen Zirkulare. Und da soll die Welt glauben, daß es Deutschland war, das aus reiner Lust am Zerstören und Erobern die Lunte ans Pulverfaß legte, die Welt in Brand setzte und sich wie ein wildes Tier beutegierig auf friedliche Nachbarn gestürzt hat? —

Der Deutsche wird in Ruhe der Antwort entgegensehen können, die die Weltgeschichte auf diese Frage einst, wenn alle Archive sich öffnen, geben wird. Täuscht nicht alles, so wird sie lauten: Deutschland ist sicher nicht ohne Schuld am Weltkriege; im Deutschen Reiche gab es, wie in den Nachbarländern, Kräfte, die zu kriegerischer Lösung des unerträglich gewordenen Spannungszustandes drängten; noch aber hielten die Dämme, die ihr vernichtendes Überfluten hemmten, fester als in den anderen Staaten. Der Baum des Unheils, der die Weltkultur überschattete und ihr Wachstum für lange Zeit zu vernichten drohte, senkt seine ungeheuer verästelten Wurzeln tief in das Erdreich der letzten Jahrzehnte der Weltgeschichte hinab; aber wenn es auch schwer oder gar unmöglich sein dürfte, die einzelnen Wurzelstränge, aus denen er Kraft und Nahrung sog, bis aufs letzte freizulegen, so wird man doch einen auf Grund der belgischen Berichte und Zirkulare als die Urkraft alles Bösen und den Träger schlechtester Säfte erkennen dürfen: es ist der englische wirtschaftspolitische Imperialismus und die aus ihm geborene Einkreisungspolitik. —

ANLAGEN

39

VORBEMERKUNG

Alle Hervorhebungen durch fetten Druck rühren, wo es nicht ausdrücklich anders bemerkt ist, vom Bearbeiter her.

1.

BRUXELLES, 16. 1. 1912.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 4 janvier 1912, No. 4.)

Craintes de complications en Orient.

Des hommes d'État dont l'autorité est très grande, considèrent la paix comme assurée pour plusieurs années. D'après eux, l'Allemagne n'est animée d'aucune intention belliqueuse: elle a besoin de paix pour consolider ses finances et pour exécuter son propramme naval; d'ailleurs elle a assez de populations non allemandes pour ne pas en désirer d'autres. Ses relations avec l'Angleterre ne tarderont pas à s'améliorer; et la France, sachant qu'elle ne peut compter sur la Russie dans une guerre offensive, ne hasardera pas une lutte par les armes.

La situation générale de l'Europe est donc envisagée avec optimisme par les personnalités les mieux informées des vues qui prévalent dans les hautes sphères gouvernementales. Malheureusement, il est impossible de ne pas éprouver d'inquiétudes au sujet du développement possible des événements dans la péninsule balkanique.

En effet, la question d'Orient évolue vers une nouvelle crise. Depuis la chute du régime hamidien, la Turquie n'a rien ou presque rien fait pour améliorer son organisation intérieure. L'homme malade ne guérit pas. Repoussée de l'Extrême-Orient, la Russie entend reprendre à Constantinople sa politique traditionelle. Son très actif ambassadeur était parvenu, malgré la résistance de l'Autriche, à créer un courant sympathique au projet d'union balkanique. Parmi d'autres avantages, la Turquie eût obtenu, à la frontière de l'Iran, une bande de territoire de

300 kilomètres de long que la Perse lui conteste. En compensation, elle eût accordé à la Russie le libre passage pour les navires de guerre dans les détroits. Il est à peine nécessaire d'ajouter que l'Union balkanique eût été placée sous l'hégémonie de la Russie. L'Autriche-Hongrie aurait-elle supporté cette atteinte à l'accord de 1910? Heureusement, M. Tcharykoff ayant été désavoué, il a dû retirer ses projets, provisoirement du moins.

Aux délégations austro-hongroises, le discours pacifique du Comte d'Aehrenthal a été entouré de tant de réticences, qu'il n'a donné aucune sécurité aux pays balkaniques. La Serbie s'arme et elle est décidée à s'opposer le cas échéant, à l'annexion par l'Autriche du district de Novi-Bazar. La Bulgarie soudoie les bandes en Macédoine et y favorise ouvertement l'anarchie dans le but de provoquer une intervention des Puissances. Le Monténégro guette le moment de susciter de nouveaux troubles en Albanie.

Dans ces circonstances, la Roumanie prend des précautions en vue des événements qu'elle redoute pour le printemps prochain. Elle a affecté plus de 50 millions, pris sur la réserve du trésor, à l'achat de matériel de guerre, et elle organise rapidement sa X^{e} division d'armée. Dès l'année dernière, on a vu s'esquisser une entente turco-roumaine; et tout ce qui affaiblit la Turquie touche indirectement le Royaume danubien. Aussi suit-il avec une attention passionnée les moindres indices qui révéleraient chez les Puissances des visées agressives sur la Turquie. On doit reconnaître que les perspectives, sans être rassurantes, sont peut-être un peu moins mauvaises qu'il y a six semaines. Les Puissances parviennent à localiser les opérations de la guerre italo-turque; l'Autriche a fait officiellement démentir à Bucarest le bruit d'après lequel elle favoriserait une campagne de la Bulgarie en Macédoine; M. Sazonoff a répété à plusieurs diplomates que la Russie veut le maintien du «statu quo» en Orient, et ici, on a confiance dans sa loyauté et dans ses promesses.

2.

BRUXELLES, 29. 1. 1912.

Bulgarie et Autriche. Essai d'entente serbo-bulgare.

J'ai reçu du Ministre de Belgique à Belgrade un rapport confidentiel; je crois utile de vous faire part, au même titre, des intéressantes informations qu'il contient.

«Les visites fréquentes que, depuis quelques mois le Roi Ferdinand fait à Vienne, — où chaque fois il est reçu par l'Empereur et a des entretiens avec des personnages politiques, — ont éveillé, l'attention des gouvernants serbes. On appréhende qu'il n'y ait des échanges de vues ayant pour objet la distribution des rôles que la Bulgarie et l'Autriche-Hongrie auraient à jouer dans l'éventualité, prévue pour le printemps, d'un bouleversement de l'état des choses dans la péninsule balkanique.

D'autre part on observe qu'en ces derniers temps, la diplomatie autrichienne a été très active au Monténégro. Par l'entremise du Cabinet de Vienne, le Roi Nicolas a contracté récemment, avec des financiers de cette capitale, un emprunt d'environ 3 millions de francs, dont l'emploi n'est ni spécifié ni contrôlé. On en conclut ici que cet argent est destiné à être répandu en Albanie, dans un but d'agitation politique. D'après des renseignements transmis de Cettigné, on croit également qu'une entente austro-monténégrine aurait été concertée pour l'établissement d'une ligne de chemin de fer qui, partant d'un point de la frontière de l'Herzégovine, se dirigerait sur Podgoritza, et de là vers l'Albanie. Une telle voie de communication offrirait à l'Autriche de réels avantages politiques, stratégiques et économiques, en favorisant ses visées spéciales sur l'Albanie et sa poussée générale vers Salonique. Le Roi Nicolas ne ferait pas une concession de cette espèce sans se faire promettre, comme compensation, un arrondissement territorial, en cas de remaniement de l'état de possession actuel; et l'accroissement qui lui écherrait ne pourrait lui être attribué qu'aux dépens des contrées sur lesquelles portent les convoitises de la Serbie.

Par cet enchaînement de déductions, le cabinet de Belgrade se voit déjà pris entre les deux branches d'un étau forgé par

la diplomatie autrichienne pour l'enserrer. Dans cette extrémité, il semble s'être décidé à tenter un grand effort pour réaliser une alliance serbo-bulgare, offensive et défensive, avec convention militaire.

Il y a longtemps que cette question est discutée. Dans ces dernières années, à travers des alternatives de brouilles et de réconciliations, elle était au fond de la pensée des hommes politiques des deux pays; mais la jalousie et la méfiance réciproques au sujet du partage éventuel des dépouilles de l'Empire Ottoman, ont constamment fait échouer toutes les tentatives d'accord dans ce sens. La Serbie, plus exposée d'un certain côté que la Bulgarie, se montre aussi plus désireuse d'aboutir à une entente. M. Pachitch est particulièrement attaché à cette idée, qui a également pour partisan M. Milovanovitch, ainsi que la plupart des hommes politiques serbes.

On a beaucoup remarqué ces dernières semaines les fréquentes visites que M. Spalaïkovitch, Ministre de Serbie à Sofia, a faites à Belgrade. A chacune de ces visites, il a été reçu par le Roi et a eu de longs entretiens avec le Ministre de Russie, M. de Hartwig. En effet, la Russie travaille depuis longtemps à opérer un rapprochement intime entre la Serbie et la Bulgarie.

Il semble qu'on puisse conclure de ces divers indices que des négociations aux fins indiquées sont actuellement en cours. Cette hypothèse est corroborée par un artifice employé, du côté serbe, pour détourner l'attention de la diplomatie ottomane.

Il y a quelque temps, le Ministère des affaires Etrangères à Belgrade, auquel fit écho la légation de Russie, répandit complaisamment, tout en affectant des airs de mystère, le bruit qu'il avait été pressenti par des chefs albanais pour savoir si ceux-ci, en cas de soulèvement, pourraient recevoir des secours de la Serbie, et, au besoin, y trouver un asile. On ajoutait que la réponse avait été négative.

Selon toute apparence, ce racontar n'a été mis en circulation que pour être répété à la légation de Turquie, donner ainsi un nouveau témoignage des dispositions amicales du Gouvernement serbe vis-à-vis de la Porte et détourner l'attention des tractations actuellement en cours entre Belgrade et Sofia.

De toutes parts affluent ici les nouvelles représentant la Turquie d'Europe comme tombée dans un état d'anarchie bien pire que celui qui y régnait à la fin du régime hamidien. Les signes de désagrégation se multiplient; et déjà ceux qui se disent les héritiers naturels de l'Empire Ottoman se préparent à se disputer les lambeaux de ce grand corps en décomposition, en invoquant leurs prétendus droits historiques.»

3.

BRUXELLES, 3. 2. 1912.

(Extrait d'un rapport de Londres du 27 janvier 1912, No. 58.)

Le parti ouvrier anglais et la politique extérieure.

La conférence du parti ouvrier anglais, dans sa séance de clôture à Birmingham, a voté une résolution protestant énergiquement contre «la politique anti-allemande de Sir Edward Grey, qui ne peut avoir pour résultats immédiats que des armements excessifs, un sentiment d'antipathie internationale et la trahison des nationalités opprimées». Cette politique, estime la conférence, a conduit le Gouvernement actuel à «risquer une guerre avec l'Allemagne au seul profit des intérêts financiers de la France au Maroc, à fermer les yeux sur les outrages de l'Italie en Tripolitaine, sur le vol de la Russie en Mongolie, et, par dessus tout, à violer, d'accord avec la Russie, l'indépendance nationale de la Perse».

M. Keir Hardie, dans un discours violent, a attaqué la politique extérieure du Gouvernement et le voyage récent de parlementaires anglais à St. Pétersbourg: «sans aimer le Gouvernement allemand», s'est écrié l'orateur, «je le préfère à l'autocratie russe, dont l'esprit est caractérisé par la composition de la députation anglaise qui est allée lui rendre hommage.»

«La tradition britannique de venir en aide aux opprimés est foulée aujourd'hui aux pieds, grâce à la politique de Sir Edward Grey, a ajouté un membre de la Conférence. Cette politique anti-allemande doit cesser, et l'ouvrier allemand doit être convaincu que tous les efforts de son camerade anglais tendent à unir les travailleurs de tous les pays par des liens d'amitié et de sympathie.»

4.

BRUXELLES, 15. 2. 1912.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 3 février 1912, No. 29.)

Roumanie et Bulgarie.

Le Prince Ferdinand, héritier du Trône, s'est rendu à Sofia pour y représenter la Roumanie à la célébration de la majorité du Prince Boris.

Il ne faut pas voir dans cette marque de haute courtoisie, un indice de la cordialité des rapports qui uniraient les deux Cours ou les deux Gouvernements. Le Roi Carol s'est simplement conformé à l'exemple donné par les autres États des Balkans, la Turquie, la Serbie, la Grèce et le Monténégro, qui ont tenu à rehausser l'éclat des fêtes par l'envoi d'un Prince du sang. Proche voisin de la Bulgarie, et souverain d'un État dans lequel vivent et prospèrent des milliers de Bulgares, le Roi Charles n'aurait pu agir autrement sans froisser la susceptibilité de la Cour de Sofia.

On a remarqué l'extrême réserve de la presse officieuse du Gouvernement et de celle de l'opposition à l'égard d'un évènement auquel les voisins attachent une si grande importance. C'est à peine si elle l'a mentionné, en adressant quelques paroles d'une amabilité banale au Roi Ferdinand.

Ici l'inquiétude augmente à mesure que le printemps approche, et elle se traduit par des préparatifs militaires qui ne peuvent être dirigés que contre la Bulgarie. Récemment M. Guéchoff a déclaré à un correspondent de la «Novoie Vremia» qui l'a répété à plusieurs hommes politiques roumains, qu'il démissionnerait dans quelques semaines, parce qu'il était incapable de résister plus longtemps à la poussée belliqueuse de l'opinion publique. Ces déclarations auraient impressionné le Roi Carol, déjà alarmé par les mille indices qui révèlent une effervescence extraordinaire dans les Balkans. Puis, si Sa Majesté a tous ses apaisements quant à l'attitude de la Russie et aux conseils de modération qu'elle donnera au Roi Ferdinand, Elle ne sait pas encore quel langage le successeur du Comte d'Aehrenthal tiendra à Sofia. Le Chancelier austro-hongrois ne sera plus en état, pense-t-on, de reprendre la direction des affaires, même après un long

congé. Son successeur pourrait, en effet, parler autrement que son collègue de St. Pétersbourg, c'est-à-dire laisser à la Bulgarie toute liberté de diriger des actes d'hostilité contre le Sultan.

Or, c'est une maxime proférée par tous les hommes d'État roumains, qu'une descente de la Bulgarie en Macédoine doit amener une intervention armée du Royaume Danubien. A la vérité, le sort de la Macédoine, — on le sait bien ici, — ne dépend pas d'une guerre entre Turcs et Bulgares: il sera réglé par les Grandes Puissances; mais la Roumanie entend participer efficacement à la prochaine conférence et y réclamer, éventuellement, des compensations pour tout agrandissement de sa voisine. Telle est la cause de ses armements actuels.

5.

BRUXELLES, 6. 3. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 25 février 1912, No. 30.)

Rapprochement austro-russe.

La mort du Comte d'Aehrenthal a été enregistrée par la presse serbe, sauf une ou deux exceptions, d'une façon décente. Le Gouvernement avait, du reste, pris des mesures pour qu'il en fût ainsi.

Quant aux conséquences que doit entraîner cet événement, suivi de la désignation du Comte Berchthold comme successeur du Ministre défunt, elles sont envisagées diversement.

L'on s'accorde généralement à dire que nous sommes à la veille d'une entente austro-russe au sujet des Balkans; mais l'on diffère d'avis sur les effets, qu'il y a lieu d'en attendre. D'un côté une partie de l'opinion publique s'inquiète déjà d'une intimité de vues qu'elle soupçonne ne pouvoir être obtenue qu'au détriment des intérêts serbes; de l'autre, — et c'est l'avis du monde officiel, — on considère un tel rapprochement comme un gage de tranquillité pour les Balkans. Cette dernière manière de voir est entièrement partagée par les diplomates accrédités à Belgrade.

Vers la fin de la vie du Comte d'Aehrenthal, on avait pu recueillir de nombreux indices des tentatives faites par le Ministre austro-hongrois pour améliorer les relations de la Monarchie avec

l'Empire moscovite, notamment les voyages répétés du Comte Berchthold en Russie, et, tout récemment, l'accueil si cordial qui fut fait au Grand-Duc André Vladimirovitch, lorsqu'il s'arrêta pendant deux jours à Vienne, en revenant de Sofia, où il avait représenté le Tzar aux fêtes données pour la proclamation de la majorité du Prince Boris. Mais l'évolution complète ne pouvait s'accomplir qu'après qu'aurait disparu de la scène politique l'homme qui avait opéré l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine; et nul n'est plus propre à sceller la réconciliation que le diplomate qui, pendant la période critique des rapports austro-russes a su, comme ambassadeur d'Autriche à St. Pétersbourg, à force de sang-froid et de courtoisie, éviter une rupture et rester même «persona grata» auprès de la Cour et de la société russe.

Il est vraisemblable que l'accord à intervenir entre les deux empires revêtira une forme concrète. Toutefois, il est trop tôt pour parler du retour à un partage de zones d'influences, et **l'on peut augurer que la Russie ne consentira pas, sans d'amples compensations, à céder la situation politique privilégiée qu'elle occupe maintenant en Serbie.** Il s'agit de courir au plus pressé et d'empêcher la propagation de l'incendie que l'on s'attend à voir éclater en Albanie au printemps prochain.

Le fait seul d'une entente austro-russe, sincère et publiquement manifestée, serait de nature à écarter toute éventualité de complications de la part des petits Etats balkaniques, dont les velléités agressives spéculent toujours sur la rivalité de l'Autriche et de la Russie. La Serbie est réellement animée du désir d'entretenir des rapports amicaux avec la Turquie. Ses intérêts économiques bien entendus l'y obligent. Elle ne se départirait de son attitude prudente, que si elle se sentait menacée dans les conditions essentielles de sa vie nationale, par les entreprises de ses voisins.

Dans les cercles bien informés de Belgrade, on estime que la Bulgarie ne se laissera pas entraîner à des aventures belliqueuses. Les dispositions du Roi Ferdinand sont pacifiques, et l'opinion publique bulgare commence à rendre davantage justice à sa politique prévoyante. On sait que toute agression du jeune

royaume à l'égard de l'Empire ottoman, provoquerait immédiatement une intervention armée de la Roumanie, à moins d'arrangements pris en commun avec l'Autriche. Si celle-ci s'abstient, la Bulgarie est forcément immobilisée.

Enfin, l'on dit que le Roi Nicolas de Monténégro, lors de sa récente visite à St. Pétersbourg, a reçu du Tzar des conseils pacifiques.

En résumé, si, comme tout porte à le croire, l'Autriche et la Russie s'entendent franchement pour le maintien de la paix dans le Sud-Est de l'Europe, il n'y aura pas à redouter de complications dans les Balkans.

Que des soulèvements se produisent en Albanie et en Macédoine, l'armée turque, qui n'a été affaiblie en rien par la guerre avec l'Italie est assez forte pour les réprimer. L'Europe n'aura à assister qu'à des désordres localisés dans l'Empire Ottoman.

6.

BRUXELLES, 18. 3. 1912.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 28 février 1912.)

Le Comte Witte et l'entente anglo-russe.

Le «Rjetsch» vient de publier, sur les origines de l'entente anglo-russe relative à la Perse, une interview dont il ne nomme pas l'auteur. Il résulte toutefois des déclarations d'un diplomate très bien informé que ce serait le Comte Witte lui même qui aurait fait au rédacteur du «Rjetsch» le récit dont voici le résumé:

«Revenant de Portsmouth, après la signature du traité de paix entre la Russie et le Japon, le Comte Witte s'arrêta à Paris pour conférer avec le Gouvernement français. M. Poklewski-Kosel, 1er secrétaire russe à Londres, aujourd'hui Ministre à Téhéran, obtint une audience du Comte Witte. Il était envoyé, d'accord avec l'Ambassadeur de Russie à Londres, pour inviter l'homme d'Etat à se rendre dans la capitale anglaise pour faire la connaissance du Roi. Le Comte Witte pria le diplomate russe de transmettre ses remerciements au Roi, mais déclina l'invitation.

Il partit pour Rominten, où il se rencontra avec l'Empereur d'Allemagne. Mais M. Poklewski, toujours avec l'assentiment du Comte Benckendorff, transmit à M. Witte le projet écrit d'une entente anglo-russe relative à l'Afghanistan, au Thibet, à la Perse et au golfe persique. Le Comte déclina encore cette proposition, déclarant sa mission diplomatique épuisée, mais on lui répondit que comme il deviendrait peut-être Ministre des Affaires Etrangères, il pourrait avoir à décider la question.

«Tout en refusant de nouveau, le Comte Witte fit savoir au Roi Edouard qu'il n'avait jamais été un ennemi de l'Angleterre mais qu'il ne souscrirait jamais aux propositions qu'on lui présentait. Il ajouta:

«Malgré sa défaite dans la guerre japonaise, la Russie est encore suffisamment grande Puissance pour garder les mains libres.» Et l'alliance française?» demanda M. Poklewski.

«Elle est faite pour durer vingt ans. Il est inutile de la critiquer, ni de la louer.»

«Le Comte Witte fut en effet chargé de la direction de la politique extérieure. Il ne fut plus question d'une entente avec l'Angleterre. Ce ne fut qu'après la chute du Ministre que l'Angleterre et la Russie signèrent l'entente dont on lui avait proposé le texte en septembre 1905 à l'Hôtel Bristol à Paris.

«Le Comte Witte développe ensuite devant son interlocuteur tous les progrès faits par la Russie en Perse avant l'entente Anglo-Russe. Aujourd'hui, nous y avons perdu toute influence, ou du moins nous avons cédé à l'Angleterre la moitié des régions où s'exerçait cette influence. Nous avons gardé la sphère dans laquelle les difficultés sont les plus considérables.

«L'Allemagne, entrant en scène, déclara que les deux Pays avaient partagé ce qui ne leur appartenait pas, et réclama comme compensation le raccordement de la ligne de Bagdad et l'égalité économique. Je suis convaincu, dit-il, que nous perdrons tout en Perse, y compris nos importations, qui seront supplantées par les importations allemandes.

«En Afghanistan, l'Angleterre nous a enlevé le droit de maintenir un représentant dans ce pays-tampon, et nous ne pouvons

plus savoir ce qui s'y passe. Pour le Thibet et le Golfe Persique, ils ne nous intéressent guère.

«Devant l'incohérence de notre action en Perse on peut juger de la difficulté qu'offre l'éxécution de l'entente anglo-russe. Le but véritable de l'Angleterre a été de nous séparer de l'Allemagne.»

7.

BRUXELLES, 4. 4. 1912.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 19 mars 1912, No. 65.)

Guerre italo-turque. Situation internationale de la Turquie.

J'ai eu avec des personnages occupant de hautes situations à Constantinople des entretiens dont je crois intéressant de vous faire connaître le résumé.

Durant l'automne dernier la situation a été fort grave; on s'attendait non seulement à des complications balkaniques mais on croyait que la question d'Orient évoluait vers une nouvelle solution. Les tribus arabes de Jahia Pacha tenaient en échec 40 bataillons ottomans; l'Italie se ruait sur la Tripolitaine; en Albanie, en Macédoine on aurait cherché en vain les organes d'un Gouvernement régulier et les populations excédées par les méfaits des bandes, par l'impunité des crimes et par le manque de sécurité n'attendaient qu'une occasion favorable pour se soulever. Les dispositions du Monténégro étaient suspectes. A Constantinople, le pouvoir affaibli par les dissensions entre le Comité «Union et Progrès» et l'«Entente libérale» était en outre déçu dans toutes ses illusions. En fondant un régime constitutionnel, copié sur le patron des institutions de l'Occident, la Jeune Turquie espérait créer en sa faveur, dans toute l'Europe, un courant d'opinion assez fort pour s'opposer aux empiètements des Gouvernements. Au moment du danger elle s'agitait dans le vide. L'Ambassadeur d'Allemagne, qui avait invité son Gouvernement à soutenir au moins moralement la Sublime Porte contre l'Italie, fut rappelé à la modération. L'Empereur entendait rester fidèle au Roi Victor Emmanuel et à la Triple Alliance. M. Tcharikoff, turcophile idéologue, était désavoué dans l'éla-

boration de ses projets chimériques. Les préparatifs militaires de l'Autriche-Hongrie en Bosnie éveillaient les défiances. Le Grand Vizir aux abois offrait à l'Italie, par l'intermédiaire du Baron Marschall, la Tripolitaine et la Cyrénaïque à la seule condition de retenir la suzeraineté et se heurtait néanmoins à un refus péremptoire.

Dans des circonstances aussi adverses, Mahmoud Chefket seul ne perdit pas courage. Il fonda le salut de l'Empire sur la force de son armée. Les progrès réalisés en quelques mois en ce qui concerne l'accroissement de l'armée, sa préparation et son équipement sont énormes et frappent les observateurs les moins perspicaces. D'après les attachés militaires on aurait rappelé sous les armes depuis le mois de novembre dernier 250 000 hommes, rédifs et recrues, et en cas de mobilisation, la Turquie pourrait mettre sur pied de guerre 600 000 hommes bien équipés et pourvus d'un matériel moderne. De nombreux régiments occupent la Macédoine et l'Albanie de façon à pouvoir réprimer immédiatement tout mouvement insurrectionnel. Les corps d'armée de la Roumélie ont été renforcés. On ne croit pas à Constantinople à une coalition des armées bulgares, grecques et serbes; mais même si cette hypothèse bien invraisemblable se réalisait, les troupes ottomanes l'emporteraient facilement sur leurs adversaires. En même temps, la Sublime Porte a compris qu'il était de son intérêt de rétablir le subside que le Sultan Abdul Hamid accordait au Roi de Monténégro et qui avait été supprimé en 1908. Il sera moins disposé que l'année dernière à rompre avec la Turquie et à écouter les suggestions de l'Italie.

Ainsi s'évanouit le spectre des complications balkaniques qui avait inspiré de si fortes inquiétudes au commencement de l'hiver dernier. A la vérité le Roi de Roumanie continue à paraître pessimiste; mais c'est moins par conviction que par calcul afin d'amener la réconciliation qui lui tient tant à cœur des différentes nuances du parti conservateur et de constituer un Gouvernement fort.

La guerre avec l'Italie cause peu de préjudices à la Turquie mais inquiète, et est destinée par sa prolongation même, à inquiéter de plus en plus les Puissances. Les échanges de vues

entre les différents cabinets n'ont pas permis de trouver une formule d'accord susceptible d'être acceptée par les belligérants. Le Baron Marschall a désapprouvé la proposition russe du mois de janvier et n'a pas consenti à la soumettre à la Sublime Porte. Il y a peu d'apparence que l'intervention des ambassadeurs auprès du Quirinal ait plus de succès. Les concessions dont les agences télégraphiques nous ont fait part sont insuffisantes (indemnité pécuniaire, dispense pour la Turquie de reconnaître l'annexion, liberté réligieuse) et ne sauraient, dans les circonstances actuelles, constituer une base sérieuse de négociations. M. de San Giuliano a bien dit à l'ambassadeur d'Allemagne à titre confidentiel qu'il irait plus loin dans la voie de la conciliation si les puissances le jugaient nécessaire, mais il s'expose à une nouvelle déception en regardant comme possible de conclure la paix sans admettre la suzeraineté du Sultan.

Ainsi l'Italie s'est jetée dans des difficultés pour ainsi dire inextricables et dont, en effet, elle ne sortira pas aussi longtemps que les opérations seront limitées. Sans parler des sacrifices d'argent qui altéreront bientôt l'ordre de ses finances elle perd chaque jour quelque chose de son prestige militaire: 150 000 Italiens sont tenus en échec et réduits à l'immobilité par 5000 réguliers ottomans et quelques tribus arabes estimées au maximum à 30 000 hommes. D'après des renseignements de bonne source, les Senoussistes de Kufra ne se sont pas encore joints aux Turco-Arabes mais ils y sont fort incités par le Sultan et ils ne paraissent pas inaccessibles à la séduction. En outre l'approche du printemps, presque toujours accompagné du «Khamsin» le vent brûlant du désert, rendra excessivement pénible la marche en avant des Italiens vers l'intérieur et celle-ci est même considérée comme une pure folie par les Européens qui connaissent ces régions désertiques, tant elle serait meurtrière. L'insuccès relatif des Italiens, les nouvelles tendancieuses lancées par les journaux de Stamboul sur de prétendues victoires turques excitent à un point extrême l'esprit guerrier des Ottomans. Ceux-ci se montrent de moins en moins dociles aux conseils de l'Europe. Là réside le danger; la jalousie, les compétitions peuvent aveugler momentanément les Puissances sur leurs véritables intérêts, mais

elles ne doivent pas s'y tromper: la défaite de l'Italie en Tripolitaine entraînera la ruine de l'influence européenne sur le Bosphore. L'Angleterre et les Etats-Unis n'ont pas lieu de se féliciter d'avoir permis au Japon de battre la Russie car du traité de Washington date l'effacement de la race blanche en Extrême-Orient.

Apparemment ce danger commence à préoccuper le Cabinet de St. Pétersbourg d'où la disgrace et le rappel de M. Tcharikoff. Cet ambassadeur intelligent et actif poursuivait une politique personnelle dans la pensée que, puisqu'il était malaisé de se mettre en travers des progrès de la Turquie, il convenait de l'aider à renaître de ses ruines à la condition qu'elle gravite, avec les pays balkaniques, dans l'orbite de la Russie. Il a caressé, cajolé, la Jeune Turquie, lui promettant la suppression des capitulations, un accroissement de territoire au préjudice de la Perse, l'hégémonie sur les pays voisins. Ses projets grandioses n'ont pas été goûtés par son Gouvernement qui ne croit pas que l'existence d'une Turquie forte, même subordonnée, soit utile à l'Empire. Celui-ci entend sans doute en revenir à la politique traditionnelle de Nelidoff et de Zinokiew qui consistait à énerver tous les rouages de l'administration à la seule exception de l'autorité du Sultan. Dans les cercles politiques c'est l'interprétation que l'on donne à la nomination de M. de Giers. Pondéré, modéré et conciliant, le nouvel Ambassadeur à Constantinople est en même temps très souple et exécutera fidèlement la politique de M. Sasonow. Sa mission ne sera pas hérissée de difficultés. Si, depuis l'instauration du nouveau régime l'armée s'est prodigieusement développée, les autres branches de l'administration, justice, intérieur, travaux publics se trouvent à peu près dans l'état où Abdul Hamid les a laissées. Le comité jeune turc a des troupes sans état major. Les ministres les plus en vue, Djavid Bey et Talaat Bey, sont dépourvus à ce point de l'esprit d'initiative et de décision qu'ils laissent au Conseil des Ministres, c'est-à-dire au Grand Vizir, le soin de trancher toutes les questions qui sont de leur ressort respectif même lorsqu'elles n'intéressent ni l'ordre intérieur, ni les relations internationales. Seul un homme d'Etat jeune et actif pourrait affronter une tâche aussi lourde

et Said Pacha est octogénaire. Kiamil Pacha, dont on parle pour le remplacer, a 86 ans. Tous les deux d'ailleurs n'inspirent aucune sympathie aux Jeunes-Turcs; ceux-ci maintiennent Said Pacha au pouvoir en raison du prestige dont il jouit vis-à-vis de l'étranger. Si l'Europe refusait d'accorder à la Turquie les crédits qui sont nécessaires à l'entretien de son armée, le but poursuivi par la Russie ne tarderait pas à être atteint.

8.

BRUXELLES, 4. 4. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 25 Mars 1912, No. 36.)

Turquie et Balkans.

Deux hauts fonctionnaires de l'empire ottoman, Chukri Bey, Secrétaire Général du Ministère de l'Intérieur, et Abdul Kerim Bey, Inspecteur au Ministère de l'Instruction publique, à Constantinople, ont accompli, la semaine dernière, un voyage en Bulgarie et en Serbie, dans le but avoué de s'y aboucher avec des représentants des bandes bulgares et serbes en Macédoine, et de rechercher avec eux les moyens de mettre un terme aux crimes et aux déprédations qui désolent cette malheureuse province.

Aucun de ces deux fonctionnaires n'était investi d'un mandat officiel; et, à Sofia, pas plus qu'ici ils n'ont point cherché à se mettre en rapports avec les autorités gouvernementales. Dans la capitale bulgare ils ont voulu avoir une entrevue avec l'agent principal de l'organisation révolutionnaire macédonienne; mais celui-ci leur a fait savoir que l'organisation ne désire pas entrer en pourparlers avec les Turcs et qu'elle continuera son action jusqu'à ce qu'elle ait provoqué l'intervention des Puissances en vue d'établir l'autonomie de la Macédoine.

A Belgrade ces émissaires n'ont pas eu plus de succès que de l'autre côté du Timok. En prévision de leur visite, le Gouvernement Serbe s'était mis d'accord avec le Président du Comité de la défense nationale sur la réponse que celui-ci aurait à faire aux ouvertures qu'il recevrait.

L'Association de la défense nationale est une Société privée, créée dans un but patriotique pour favoriser le développement du serbisme au dedans et au dehors du Royaume. Elle se défend d'entreprendre rien contre la sûreté des Etats voisins où vivent des populations de race serbe; mais il n'est pas douteux qu'elle n'y soutienne et même n'y sollicite des menées irrédentistes.

La réponse concertée était, en substance, celle-ci: Le Gouvernement serbe dirige seul la politique extérieure du pays et en est responsable; la société se conforme aux vues officielles que d'ailleurs elle approuve; elle reconnait qu'il est de l'intérêt de la Serbie de vivre en bonne intelligence avec l'Empire Ottoman; elle ne fait donc rien et ne veut rien faire qui puisse exciter les frères serbes, sujets ottomans, à se révolter contre les autorités impériales; mais, si celles-ci se livraient à des mesures d'oppression, aucune contrainte ne pourrait empêcher les Serbes du Royaume de voler au secours de leurs frères persécutés.

Les deux fonctionnaires turcs, après avoir passé deux ou trois jours, ici comme à Sofia, sont partis pour Salonique.

On se demande quel était le but véritable d'une démarche aussi insolite; les uns y voient un aveu de faiblesse de la part de la Porte; d'autres, une manœuvre destinée à faire ostentation, vis-à-vis de l'Europe, des sentiments bienveillants de la Turquie envers les populations chrétiennes de l'Empire; une troisième opinion, qui paraît plus vraisemblable, considère les deux fonctionnaires comme des émissaires du Comité jeune-turc, accomplissant une tournée de brigue électorale, dans l'espoir de gagner aux candidats qui se réclament du Comité quelques suffrages auprès des sujets ottomans de race serbe et bulgare.

9.

BRUXELLES, 26. 4. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 11 avril 1912, No. 47.)

Relations serbo-bulgares.

On s'entretient beaucoup des tentatives faites par le Cabinet de Belgrade pour conclure une alliance étroite avec la Bulgarie.

Les relations serbo-bulgares ont été, dans ces dernières années, sous la dépendance d'un sort bizarre: chaque fois que l'une des parties cherchait un rapprochement, l'autre avait des raisons pour le rejeter. Toutefois il semble que dans la présente occurrence les ouvertures de la Serbie n'ont pas rencontré un accueil décourageant, à Sofia.

On parait en être arrivé, en effet à envisager certaines éventualités où pourrait se produire une action commune. Mais on est encore loin de cette union intime que l'on poursuit, en ce moment, du côté Serbe, et il est peu vraisemblable qu'on y atteigne.

En effet, s'il y a de nombreux points de contact entre les deux pays, il y a aussi des différences essentielles dans les perspectives de leur avenir politique.

Pour la Serbie toutes les combinaisons diplomatiques ont pour but premier d'augmenter sa force de résistance à la poussée autrichienne. Il n'en va pas de même, à Sofia, où l'on a surtout en vue de fortifier la situation du Royaume de façon à le rendre capable d'accomplir en Macédoine les destinées qu'il s'est assignées à titre de mission historique. Une alliance offensive et défensive avec la Serbie pourrait au contraire dans certains cas qu'il n'est pas difficile d'imaginer, être une cause de faiblesse pour la puissance d'attaque de la Bulgarie. Il n'est pas probable que le Roi Ferdinand, qui est un esprit opportuniste, ne se réserve pas sa liberté d'action afin d'en profiter pour prendre, le cas échéant, des dispositions lui permettant d'agir simultanément avec un autre Etat intéressé, pour le bien exclusif de son pays, comme il le fit en 1908.

D'autre part, l'expérience du passé démontre, que la rivalité serbo-bulgare en Macédoine est la pierre d'achoppement de toute entente durable entre les deux pays. Précisément, en ces tout derniers temps, les bandes serbes ont recommencé leurs tristes exploits dans le vilayet de Kossovo, au détriment des populations bulgares qui habitent cette province. **Le Cabinet de Belgrade a beau protester qu'il n'est pour rien dans l'accomplissement de ces méfaits; on sait à Sofia, que ce ne sont pas seulement les sociétés patriotiques serbes qui arment leurs frères, sujets otto-**

mans, mais que ceux-ci trouvent un appui efficace auprès des autorités du Royaume qui leur distribuent des armes et des subsides.

Tous les sujets ottomans de race serbe, dans le Sandjak de Novi-Bazar et en vieille-Serbie, ont été pourvus de fusils Mauser du modèle le plus récent, indirectement, par les soins du Gouvernement du Roi Pierre. Cette situation n'est sûrement pas ignorée à Sofia et elle n'est pas de nature à favoriser le maintien de rapports cordiaux entre les deux pays.

L'ensemble de ces circonstances incite à admettre que l'accord soupçonné doit être d'une portée très limitée et que l'on ne peut rien augurer de durable qui soit fondé sur une base aussi fragile.

10.

BRUXELLES, 7. 5. 1912.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 26 avril 1912, No. 208.)

Russie et Italie.

Le 24 avril dernier, au cours de la réception diplomatique, le Ministre des Affaires Etrangères a expliqué de la manière suivante l'attitude du Gouvernement Impérial, en ce qui concerne la protestation adressée à la Sublime Porte au sujet de la fermeture des Détroits: «Les plaintes du commerce ont été si vives et si nombreuses, a déclaré M. Sazonow, que le Gouvernement russe a dû protester contre la fermeture des Dardanelles. Il a réclamé l'application de l'article 3 du traité de Londres de 1871; mais il n'a fait cette demande que par acquit de conscience, car il serait vraiment difficile de contester à la Turquie le droit de se défendre comme elle l'entend contre les attaques de son adversaire.»

«La réponse de la Porte à cette protestation ne donne pas lieu à réplique. En effet, le Gouvernement ottoman a fourni les assurances les plus formelles que les Détroits seraient ouverts aussitôt que les circonstances le permettraient, c'est-à-dire dès que les navires italiens se seraient éloignés. C'est ce qui a eu lieu: et déjà les autorités ottomanes ont commencé à

enlever les mines qui défendaient l'entrée du détroit, de sorte que l'on peut s'attendre à ce que la navigation soit rétablie dans quelques jours.»

«Comme il est hors de doute que l'Italie s'est rendu compte du mécontentement général provoqué en Europe par sa démonstration navale, il est à peu près certain que le commerce international sera à l'abri d'un nouveau blocus de cette importante voie maritime.»

Depuis que M. Sazonow a fait ces déclarations optimistes, les Italiens ont occupé l'île d'Astropalia, dans la mer Egée, s'assurant ainsi un gage en même temps qu'une base éventuelle pour les opérations futures de leur flotte. Une nouvelle attaque contre les Dardanelles n'est donc pas aussi invraisemblable que le Ministre semble le croire.

Le Ministre des Affaires Etrangères déclara que les bruits concernant la conclusion prochaine d'une entente entre l'Italie et la Russie, ou même un échange de promesses et une action diplomatique commune ayant pour but de soutenir le cabinet de Rome, sont dénués de tout fondement. L'attitude du Cabinet de St. Pétersbourg est uniquement dictée par l'intérêt de la Russie de voir se terminer rapidement la guerre.

Il n'en est pas moins évident que, depuis le commencement de la guerre, la politique de la Russie s'est constamment montrée favorable à l'Italie: les personnes les mieux informées en concluent avec raison qu'un rapprochement s'est produit récemment entre les deux pays; elles ne croient pas toutefois à une véritable entente: il ne s'agirait que d'une politique commune basée sur des intérêts communs. Il paraît en effet peu vraisemblable que l'Italie conclue un accord avec une tierce puissance, sans consulter ses alliées; d'autre part, la Russie hésiterait sans doute à s'engager avec l'Italie, au moment précis où elle cherche à se concilier les bonnes grâces du Cabinet de Vienne. Seule, une attitude moins conciliante de la Turquie dans la question d'Ourmia pourrait rendre une entente italo-russe effective et dangereuse.

11.

BRUXELLES, 23. 5. 1912.

(Extrait d'un rapport de Londres du 13 mai 1912, No. 284.)

Le Baron Marschall von Bieberstein, Ambassadeur à Londres.

La nouvelle de la démission du Comte de Metternich et de son remplacement par le Baron Marschall de Bieberstein, pour n'être pas officielle, n'en semble pas moins certaine.

Le nouveau représentant de l'Empereur, qui a été Ministre des Affaires Etrangères, Délégué à la Conférence de la Haye et Ambassadeur à Constantinople sera, sans doute, accueilli avec le respect que lui valent ses remarquables états de service, mais aussi avec une certaine méfiance. Il est de style d'admettre qu'il a pour mission d'améliorer les relations anglo-allemandes; mais on a l'impression qu'il ne connait pas l'Angleterre et que ses méthodes seront nouvelles. Comme on le sait intelligent, on estime dans certains milieux qu'il y aura lieu de se mettre en garde contre ses menées, notamment auprès des journalistes qu'il a la réputation de flatter beaucoup. On paraît préoccupé de savoir si cette nomination n'est pas faite dans le but d'affaiblir la triple entente, en créant dans ce pays un courant d'idées défavorable à la politique extérieure actuelle du Gouvernement.

Certains organes de la presse ont prétendu que la retraite du Comte de Metternich avait été amenée à la suite de plaintes de Sir E. Grey, quant au ton adopté par l'Ambassadeur lors des discussions sur le Maroc et sur l'épisode d'Agadir, ton qui aurait dépassé la mesure. Cela est inexact.

D'après la version la plus accréditée ici, l'on estimerait à Berlin que le Comte de Metternich n'avait pas bien diagnostiqué la mentalité du Gouvernement Britannique et que ses prédictions optimistes ont été démenties par l'attitude énergique, inattendue en Allemagne, du Cabinet anglais. La tension des relations qui est résultée de cette situation l'an dernier aurait été attribuée, à tort ou à raison en Allemagne aux rapports de l'Ambassade à Londres. D'après la version officielle, le Comte de Metternich

aurait voulu quitter Londres il y a un an; vu la visite de l'Empereur et les fêtes du couronnement il aurait consenti à rester à son poste jusqu'en 1912.

12.

BRUXELLES, 28. 5. 1912.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 15 mai 1912, No. 178.)

Rappel du Baron Marschall — Rapports turco-russes — Révolte albanaise.

Les appréhensions que cause chez certains hommes politiques ottomans le déplacement du Baron Marschall n'ont guère trouvé d'écho dans la presse locale turque, qui s'est généralement bornée à reproduire les réflexions publiées dans les journaux d'Europe au sujet du départ du diplomate allemand. Les regrets qu'elle exprime ne sont pas aussi vifs ni aussi spontanés que lors du rappel de M. Tcharykoff.

Ce dernier avait toujours été considéré comme un adepte sincère et convaincu d'un rapprochement entre l'Empire Ottoman et la Russie; ses allures accessibles et communicatives lui avaient acquis une certaine popularité parmi les Turcs.

Les sentiments amicaux du Baron Marschall envers la Turquie étaient bien connus; toutefois, on les a trouvés trop platoniques en certaines circonstances qu'il est inutile de rappeler.

L'attitude de la Russie commence à inquiéter assez sérieusement la Sublime-Porte.

L'initiative de la médiation, prise par le Gouvernement russe, le rappel de M. Tcharykoff, le discours de M. Sazonoff à la Douma, les termes dans lesquels M. de Giers a insisté pour la réouverture des Dardanelles à la navigation commerciale, la réception de la députation bulgare à Livadia ont produit ici une fâcheuse impression qui s'est manifestée le 11 de ce mois à l'occasion de la réception des autorités ottomanes à l'ambassade de Russie.

La liste des hauts fonctionnaires, des sénateurs, députés, officiers de l'armée et de la marine invités à cette réception

comprenait environ 500 personnes: fort peu d'entre elles s'y sont rendues.

Les préoccupations sont devenues plus vives encore depuis qu'est arrivée la nouvelle de la mobilisation dans le sud de la Russie.

En outre, il paraît que, le 13 de ce mois, M. de Giers s'est plaint des lenteurs apportées à la réouverture des Dardanelles sur un ton presque menaçant de nature à causer ici quelque anxiété.

Les journaux s'efforcent d'atténuer le caractère de la révolte albanaise. Ce nouveau mouvement insurrectionnel a éclaté sur deux points de l'Albanie musulmane. Les habitants réclament les avantages que les Malissores ont obtenus l'année dernière.

Le voyage récent du Ministre de l'Intérieur, loin de pacifier l'Albanie, a augmenté son mécontentement. La situation semble donc y être plus sérieuse que ne le disent les journaux. Des troupes ont déjà été envoyées contre les révoltés; mais le gouvernement, se rendant compte, après l'expérience de l'année dernière, de l'extrême difficulté d'une répression par les armes dans des regions aussi montagneuses, s'est enfin décidé à faire de larges concessions.

Plusieurs clans mirdites catholiques prennent également part au soulèvement, tandis que les Malissores restent tranquilles, grâce, dit-on, à l'attitude du Monténégro qui, jusqu'à présent, serait restée correcte à l'égard de la Turquie.

13.

BRUXELLES, 13. 6. 1912.

(Extrait d'un rapport de Belgrade du 24 mai 1912, No. 63.)

Troubles en Albanie.

Malgré les dénégations du gouvernement turc, qui s'efforce de farder la vérité et a même réussi, dit-on, à donner le change à quelques représentants des grandes puissances à Constantinople, sur la nature et l'étendue de la rébellion qui a éclaté

en Albanie, la situation dans cette partie de la péninsule balkanique, est considérée, ici, comme très grave.

Si l'on ne tenait compte que des désordres dont les environs d'Ipek et de Djakova sont le théâtre, on serait porté à croire que la Sublime Porte en viendrait facilement à bout. Mais l'avenir semble recéler plus de menaces que le présent. L'effervescence est générale chez les musulmans comme chez les chrétiens. L'attitude de la jeune Turquie qui n'a cessé, depuis qu'elle dirige les destinées de l'Empire, de comprimer les populations albanaises sous un rouleau niveleur, a allumé au cœur de tous des sentiments de colère et de vengeance qu'il sera difficile d'apaiser.

L'attachement basé sur la religion était, naguère encore, envisagé à Constantinople, comme la plus sûre garantie contre toute défection possible des albanais musulmans, à l'égard du commandeur des croyants. Cè lien tend tous les jours à se relacher et le régime jeune-turc a accompli, en Albanie, le prodige de substituer au fanatisme religieux, un sentiment vague de communauté nationale. Ce qui manque encore à ces populations disséminées dans des contrées montagneuses, presque inaccessibles, et qui ont été longtemps séparées par des préjugés ancestraux, c'est un trait d'union à établir entre elles par une direction unique qui les conduirait vers le but national auquel elles commencent à aspirer. Vienne l'homme qui saura réunir en un faisceau toutes ces forces dispersées qui s'ignorent, et la séparation d'avec l'Empire ottoman, sous une forme quelconque, entrera dans le cercle des possibilités.

Le gouvernement turc ne doit pas, d'ailleurs, ressentir la confiance qu'il affecte de partager et qu'il cherche à inspirer autour de lui, car il s'efforce d'accumuler des troupes dans toute la haute Albanie.

Les renseignements parvenus à Belgrade, indiquent que la fermentation des esprits dans la région de Dibra, quoique contenue jusqu'à présent, est aussi profonde qu'aux environs d'Ipek et de Djakova. Les malissores vis-à-vis desquels la Porte n'a pas tenu les promesses faites au mois d'août dernier, frémissent d'impatience de secouer le joug que fait peser sur

eux le comité de Salonique. On observe même des signes d'agitation chez les mirdites qui jusqu'ici s'étaient montrés fidèles.

Bien que l'anarchie en Macédoine soit toujours aussi complète, on estime, ici, que c'est l'Albanie qui, en ce moment, offre le plus grand danger pour la paix dans les Balkans.

A juger les choses par le dehors, les gouvernants et l'opinion publique, en Serbie, sont parfaitement calmes; il en est de même, dit-on, en Bulgarie. Mais, sous ces apparences se cache une anxiété réelle. S'il ne se passe rien d'anormal, l'atmosphère politique est, toutefois, chargée d'électricité qui sous l'influence d'un choc peut déchaîner la tempête.

14.

BRUXELLES, 29. 6. 1912.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 20 juin 1912, No. 235.)

Guerre italo-turque.

Les échanges de vues qui ont eu lieu entre Vienne et les autres capitales européennes, pour arriver à mettre fin à la guerre, sont complètement suspendus pour le moment; il a été impossible, vu la divergence absolue des prétentions des belligérants, de trouver une base pour les préliminaires de paix.

En effet, les hommes d'état ottomans se montrent de plus en plus intransigeants. Le général Mahmoud Chefket Pacha, a déclaré à un diplomate qu'il ne voyait aucune raison de faire à présent, quand tant d'argent a été dépensé et tant de sang versé, les concessions qui ont été refusées il y a huit mois; l'Empire n'a subi depuis lors aucun revers militaire qui puisse les justifier.

Néanmoins la situation générale de la Turquie paraît sérieuse.

Les finances sont dans un état précaire; le mouvement revolutionnaire albanais, bien qu'il soit loin d'être aussi dangereux qu'on le prétend en Bulgarie et en Serbie, persiste d'une façon assez inquiétante; les nouvelles reçues tout dernièrement de

Macédoine sont mauvaises également; enfin des symptômes de mécontentement ont été constatés dans certains corps d'armée.

Dans les cercles diplomatiques, on estime que les belligérants ne sont arrivés ni l'un ni l'autre au degré d'épuisement qui les forcera à faire la paix. Il faudra donc qu'ils se décident à se faire des concessions réciproques. L'Italie rapportera le décret d'annexion pure et simple; la Turquie, de son côté, devra renoncer à la domination effective sur sa province d'Afrique, sur laquelle elle ne gardera qu'une sorte de suzeraineté. On en arrivera ainsi à un régime analogue à celui de la Bosnie durant la periode de transition qui s'est écoulée de 1878 à 1908.

On prévoit que la question des îles deviendra plus dangereuse que celle de la Tripolitaine. L'Italie, n'ayant pu faire aucun progrès sur la terre ferme, a organisé son administration dans les îles turques de la mer Egée.

Elle ne pourra cependant les garder sans violer le principe du Statu quo qui est la base du système politique européen dans le proche Orient.

D'autre part, la population en grande majorité chrétienne de ces îles, ayant essayé d'une administration régulière dont l'Italie semble s'ingénier à lui faire apprécier les bienfaits, mettra tout en œuvre pour éviter de retomber sous la domination ottomane.

Sur la question de la Crète viendra donc se greffer celle des autres îles de la mer Egée. Le Mémoire envoyé aux représentants des Puissances étrangères par le Comité d'Athènes, est, à ce point de vue, déjà significatif.

L'opinion s'était répandue ici que, dès que l'exode des Italiens expulsés du territoire ottoman serait terminé, l'armée du Roi Victor Emmanuel tenterait un coup décisif sur un point quelconque de l'Empire.

Certains indices indiquant que cette action se produirait sur Smyrne, l'administration militaire a procédé à la mobilisation de 9 divisions de rédifs, et y a réuni ainsi au moins 70000 hommes.

Les hommes compétents prévoient maintenant que l'état-major italien renoncera à porter son effort sur ce point. Un

débarquement nécessiterait des forces énormes; un bombardement n'offrirait aucune difficulté, mais ne produirait aucun résultat décisif; c'est la population chrétienne et étrangère de la métropole commerciale de l'Asie Mineure qui en souffrirait le plus.

Certains attachés militaires pensent, d'ailleurs, que la tactique de l'Italie consiste précisément à faire une feinte sur un point quelconque, et lorsqu'elle a ainsi amené les Turcs à y masser à grand frais une armée de défense, à simuler des préparatifs d'attaque d'un autre côté.

Elle arriverait ainsi à épuiser financièrement son ennemi.

Les ambassadeurs des grandes Puissances sont unanimes à dire qu'une nouvelle fermeture des Dardanelles est hors de question, vu le Conseil amical donné à Rome de ne pas porter les hostilités assez près du détroit pour obliger les Turcs à prendre de nouveau une mesure si grave au point de vue des intérêts économiques de l'Europe, et de nature à entraîner les plus dangereuses complications au point de vue international.

Pourtant, et c'est là une preuve de l'état de complète incertitude où l'on se trouve ici, un homme politique extrêmement bien informé et dont les prévisions se sont souvent réalisées depuis le commencement de la guerre, affirmait tout récemment qu'il s'attendait à ce que les forces italiennes se portent de nouveau sur les Dardanelles, non pas en essayant de forcer le détroit au moyen de la flotte, mais en prenant celui-ci à revers par un débarquement de troupes sur le versant opposé de la presqu'île de Gallipoli.

Quoiqu'il en soit, le Gouvernement actuel est obligé de continuer la lutte jusqu'à la dernière extrémité. La nation se résignerait à sacrifier la Tripolitaine, mais les hommes du Comité se rendent compte que c'en serait fait alors de leur pouvoir. L'opposition, bien que battue aux élections, est encore vivace. Elle rendra le Comité responsable de la perte des provinces d'Afrique, venant s'ajouter à celle de la Bosnie et de l'Herzégovine, et du vestige de suzeraineté qui restait encore sur la Bulgarie à l'avènement de la Constitution.

D'après une opinion qui commence à se répandre ici, la Russie. bien qu'elle ait pris il y a quatre mois l'initiative des pourparlers en vue de la paix, verrait maintenant sans déplaisir les hostilités se prolonger de manière à épuiser la Turquie.

15.

BRUXELLES, 5. 7. 1912.

(Extraits de rapports de Constantinople du 13 juin 1912, No. 228; du 25 juin 1912, No. 242 et du 26 juin 1912, No. 246.)

Révolte militaire en Albanie.

Au cours de son récent voyage en Albanie, le Ministre de l'Intérieur Hadji Adil Bey semblait s'être rendu compte de la situation réelle de cette province et des fautes qui y ont été commises par le Gouvernement jeune-turc; et il avait élaboré, un certain nombre de projets de réformes destinés à remédier aux principaux griefs des révoltés (imposition de taxes, défense de porter des armes, service militaire obligatoire), et à ramener le calme et la prospérité en Albanie.

Malheureusement, la sédition militaire qui vient d'éclater à Monastir rend impossible l'application de ce programme.

Un communiqué officiel du gouvernement, publié le 25 juin, avait réduit ce mouvement à des proportions insignifiantes.

Mais, le soir du même jour, des nouvelles plus alarmantes sont parvenues ici. A Monastir, des officiers et des soldats du sixième corps d'armée, en nombre bien plus considérable que ne l'avoue le communiqué officiel, ont déserté et ont gagné la montagne, emmenant, paraît-il, avec eux plusieurs mitrailleuses.

Un symptôme assez grave est que, parmi les officiers révoltés se trouvent Tayar Bey et Fehmi Stassan Bey, deux lieutenants bien connus du fameux Niazi Bey, dit le Héros de la Liberté, à l'époque où celui-ci, précisément dans les mêmes parages, menait, il y a quatre ans, la campagne qui aboutit à la chute d'Abdul Hamid et à l'avènement de la Jeune Turquie. Le mouvement militaire actuel commence d'ailleurs d'une manière analogue à celui de 1908.

On se demande si les officiers insurgés rejoindront les Albanais ou s'ils feront campagne séparément.

Dans les deux hypothèses la situation peut devenir grave.

En effet, il n'a manqué aux Albanais qu'un commandement expérimenté pour devenir des adversaires fort sérieux.

D'autre part, si les troupes rebelles ne font pas cause commune avec les montagnards de l'Albanie du Nord, leur sédition n'en reste pas moins fort dangereuse vu l'état général fort précaire en Roumélie.

Les mutins proclament qu'ils n'attaquent pas l'autorité du Padishah mais qu'ils exigent la démission du Cabinet. Ils en veulent surtout à Talaat Bey, Djavid Bey et Stalil Bey, formant l'élément ultra-jeune Turc de la combinaison ministérielle actuelle. C'est, en d'autres termes, la guerre au Comité de Salonique qui s'étant rendu odieux par sa tyrannie a fait déborder la coupe par la pression inqualifiable qu'il a exercée sur les dernières élections législatives.

Le Conseil des Ministres s'est réuni précipitamment le 25 juin au soir. On annonce que le Grand Vézir a conseillé à ses collègues du Cabinet de démissionner; mais ceux-ci n'ont pu se résoudre jusqu'à présent à abandonner le pouvoir.

La presse de Constantinople, réduite au silence par l'état de siège et la crainte de la Cour martiale, ne fait pas même mention de la révolte militaire à Monastir.

Quant à la Macédoine, elle se trouve dans des conditions d'anarchie déplorables, par suite de la mauvaise organisation de la gendarmerie, dont (on) a écarté les officiers de nationalité étrangère.

Pour remédier à cette situation, le Ministre de l'Intérieur, Hadji Adil Bey, vient de développer, sous forme d'une interview avec un rédacteur du «Tanine», un projet de formation d'un corps d'inspection destiné à pacifier l'Albanie et la Macédoine, à la tête duquel il placerait un spécialiste étranger. Le haut fonctionnaire serait de nationalité anglaise.

Il est probable qu'en faisant ce choix, le gouvernement ottoman veut parer aux attaques du Comité Balkanique de Londres qui semble vouloir jouer à propos de l'Albanie le rôle

dont s'était chargé le Congo Reform Association à l'égard de l'Etat Indépendant du Congo.

Il se produit d'ailleurs ici une évolution, vers l'Angleterre, dont les symptômes sont encore vagues et assez imperceptibles, mais que l'on peut lire entre les lignes des articles parus depuis quelques semaines dans le «Tanine».

16.

BRUXELLES, 13. 7. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 4 juillet 1912, No. 859.)

Entrevue de Port-Baltique. Russie et Allemagne.

Tous les cercles politiques européens ont les yeux fixés sur l'entrevue qui a lieu aujourd'hui entre l'Empereur d'Allemagne et le Tzar. Le secret de leurs conversations sera sans doute bien gardé et nous n'en connaîtrons que plus tard le résultat. La presse allemande, toujours circonspecte dans ses appréciations quand elle ne peut pas percer le nuage dont s'entourent à dessein les dirigeants de la politique de l'Empire, se borne à émettre l'opinion ou à exprimer l'espoir que l'entrevue aura des effets bienfaisants pour la tranquillité de l'Europe, en ajoutant, comme le fait la «Vossische Zeitung», que cet espoir dût-il être déçu, l'Allemagne est assez forte pour contempler l'avenir avec sérénité.

Qu'il soit question entre les deux Souverains de la guerre italo-turque et la possibilité d'y mettre un terme, cela n'est guère douteux. Mais tant qu'une base pratique sur laquelle on entamerait des pourparlers, tant qu'un moyen concret d'intervenir entre les belligérants feront défaut, la bonne volonté des amis de la Turquie ou de l'Italie ne pourra pas s'exercer utilement. Il y a deux jours, avant de partir pour Dantzig où il a rejoint l'Empereur, le Chancelier disait à l'Ambassadeur d'Autriche qu'il prierait instamment les Ministres russes Sasonoff et Kokotsoff de s'abstenir de toute nouvelle démarche auprès des grandes puissances, en vue de les pousser à offrir leur médiation et à agir simultanément à Constantinople et à Rome, si un incident nouveau ne rendait pas cette intervention en faveur du rétablisse-

ment de la paix tout-à-fait efficace. En procédant autrement, on risquerait d'affaiblir l'action des Grandes Puissances, quand elles jugeront que le moment d'entrer en scène sera venu.

A côté de la question du conflit italo-turc, il y a celle des gouvernements russe et allemand et entre les deux nations qui préoccupe ici l'opinion publique. Elle a gardé tout son sang-froid **dans l'affaire d'espionnage** où est impliqué actuellement le **Colonel Kostewitch;** mais les journaux de tous les partis ont souligné **l'explosion de germanophobie qui s'est produite dans la presse russe à la nouvelle de l'arrestation de cet officier, et dont les principaux organes anglais et français se sont faits complaisamment l'écho. Ces sentiments à l'égard de l'Allemagne se sont manifestés d'une façon plus grave à l'occasion de l'adoption par la Douma du projet de loi concernant la flotte de guerre, voté le 19 juin dernier à la grosse majorité de 228 voix contre 71.** Comme le fait remarquer le Docteur Schiemann, dans sa revue hebdomadaire de la politique extérieure que publie la Gazette de la Croix (Preussische Zeitung), l'amiral Gregorivich a déclaré que l'état des relations entre la Russie et l'Allemagne était la raison fondamentale de l'élaboration du nouveau programme naval, et le Ministre des Affaires Etrangères, M. Sasonoff s'est exprimé dans le même sens avec beaucoup d'énergie; il a parlé du danger toujours imminent d'une coalition hostile à la Russie. Aussi la création d'une flotte de guerre dans la Baltique ne laisse-t-elle aucun doute, aux yeux du «Times» sur la ferme volonté de la Russie d'être fidèle à ses alliances et à ses engagements. Le «Temps» de son côté, reproduit les déclarations de M. Kokotsoff, d'après lesquelles le trésor russe dispose aujourd'hui d'une réserve de 400 millions de roubles, ce qui permet de satisfaire facilement aux premières dépenses nécessitées pour l'exécution du programme naval. **Le journal parisien ajoute que le but purement défensif assigné à la nouvelle flotte doit, suivant les exigences de la guerre moderne, se transformer et devenir aussi offensif.**

Il est vrai que le départ de M. Iswolski, envoyé comme ambassadeur à Paris, a été le signal d'une détente dans la tension qui existait entre les deux Empires depuis la campagne malheureuse menée par la diplomatie russe contre l'annexion de la Bosnie-

Herzégovine. L'éloignement de M. Iswolski a été suivi de l'entrevue de Potsdam en 1910, premier indice d'un rapprochement entre les deux Gouvernements et surtout entre les deux Cours. La Russie n'a pas tardé à recueillir le fruit de ce revirement dans sa politique. L'Allemagne s'est désintéressée complètement de la Perse; elle y a laissé les coudées franches à sa voisine, en échange d'une liberté d'action analogue pour l'exécution du chemin de fer de Bagdad. Mais il reste beaucoup à faire en vue de transformer ce rapprochement en une entente future et de museler définitivement, comme on dit ici, l'ours moscovite.

Il n'est pas défendu de supposer que c'est là la véritable tâche qu'entreprend aujourd'hui personnellement l'Empereur Guillaume, ni de penser que l'entrevue dans la Baltique, conséquence de la visite à Potsdam sera la répétition d'une scène qui sera jouée désormais périodiquement par les mêmes acteurs, le Tzar et l'Empereur. Un parti allemand s'est toujours maintenu très puissant à la Cour de St. Pétersbourg; il y a acquis une nouvelle force sous le règne de Nicolas II, en s'appliquant à mettre en lumière les fautes et les maladresses commises par les Ambassadeurs de la République et à exciter l'antipathie latente, la défiance bien naturelle que les tendances de plus en plus radicales de la nation alliée devaient nécessairement éveiller chez un Souverain autocrate.

L'Empereur Guillaume a cherché à détacher l'Angleterre de la France; il va tenter maintenant la même chose du côté de la Russie. Les chances de succès de Guillaume II semblent plus grandes auprès du Tzar; car les relations les plus étroites et les plus confiantes ont existé dans le passé entre les familles régnant à Berlin et à Saint-Pétersbourg. Elles n'ont pris fin qu'à l'avènement d'Alexandre III; aujourd'hui rien ne paraît empêcher que la tradition ne soit renouée et que l'intimité d'Alexandre II avec Guillaume 1er ne se renouvelle entre leurs petits fils.

Opposer à l'animosité qui éloigne la race slave de la race allemande l'union des deux Cours, annuler les effets de l'alliance franco-russe par une politique de rapprochement des deux Souverains, tel pourrait être très vraisemblablement le rêve de Guillaume II. Ce projet a déjà reçu un commencement d'exécution

et les liens forgés entre la Russie et la France tendent visiblement à se relâcher. Si l'Empereur réussit à obtenir un jour du Tzar la promesse de l'inaction des armées russes en cas de conflit européen, il n'y aura pas trop lieu de s'en étonner.

17.

BRUXELLES, 2. 8. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 25 juillet 1912, Nr. 967.)

Allemagne et Angleterre. Discours de M. Winston Churchill.

Il y a quelques semaines, au moment de l'arrivée du Baron de Marschall à Londres, on pouvait croire à une amélioration dans les relations futures entre l'Allemagne et l'Angleterre. Les premiers pas vers un rapprochement avaient été faits du côté allemand. Les Anglais, partisans d'une entente s'étaient aussitôt remués, et la presse germanique avait reproduit avec satisfaction le speech où Lord Haldane, au banquet de la société allemande de Londres, avait qualifié l'Empereur Guillaume de «Grand homme».

Il a suffi du discours prononcé tout dernièrement par M. Winston Churchill à la Chambre des Communes pour dissiper les rêves pacifiques que quelques esprits chimériques se plaisaient à former sur les deux rives de la mer du Nord. Le premier Lord de l'Amirauté est coutumier du fait. Ce n'est pas la première fois qu'il déchire brusquement en quelques phrases la toile de Pénélope que la diplomatie des deux Pays avait péniblement tissée. Après son dernier discours, si net et si brutal, l'ouvrage sera plus difficile encore à réparer. M. Churchill, avec la clarté et la franchise qui sont le propre de son talent, sans la moindre précaution ou atténuation oratoire, a posé la question telle qu'elle est: «La cause directe des crédits supplémentaires que je demande, a-t-il dit en commençant, est le nouveau projet naval allemand.»

On attendait ici avec grand intérêt les déclarations du Ministre anglais. Elles ont dépassé tout ce qu'on pouvait craindre. La forme qu'il leur a donnée et les considérations qu'il a fait valoir ont profondément froissé le sentiment allemand. Quant

au renforcement même des escadres britanniques, il n'a surpris personne.

Tous les journaux politiques ont reproduit in extenso et en première page le texte du discours tel qu'il était transmis par les agences. Les commentaires sont venus ensuite. Ils dureront vraisemblablement plusieurs jours encore. La presse belge en a cité déjà quelques uns [1]).

En désignant ainsi qu'il l'a fait l'Allemagne, comme le seul adversaire de l'Angleterre, M. Churchill va mettre en ébullition, porter à son paroxysme, le désir de revanche des Français. Il fournit lui-même la matière à l'embrasement auquel de part et d'autre on se prépare.

Un point est acquis désormais, d'après les déclarations officielles du Ministre anglais, c'est la collaboration future des escadres anglaises et françaises dans la Méditerrannée; réunies elles seront supérieures à n'importe quelle combinaison de leurs adversaires. Quand la question de l'abandon éventuel de la Méditerranée par la flotte anglaise s'est posée récemment dans la presse de Londres et de Paris, les journaux allemands avaient exprimé l'opinion que cet abandon était impossible, car l'Angleterre ne devait pas laisser sans protection la route des Indes. M. Churchill leur répond aujourd'hui. L'Angleterre renforcera à la fois ses flottes de la mer du Nord et de la Méditerranée et de plus, dans cette dernière, elle compte sur le concours de la France.

Les Allemands ne prononcent pas de mea culpa, ils n'avouent pas que l'augmentation continue de leurs forces navales est la cause première des mesures de défense et des préparatifs de combat de l'Angleterre. Si la France a sur la conscience ses ambitions marocaines dont la réalisation a menacé et menace encore la paix de l'Europe, l'Allemagne, en voulant rivaliser sur mer avec l'Angleterre, a également travaillé à rendre un conflit inévitable. Toute l'explication du discours de M. Churchill est là, mais c'est précisément ce qu'on ne veut pas reconnaître à Berlin.

---

[1]) Hier ist aus dem Originalbericht ausgelassen: «Je me permettrai seulement de vous signaler ceux qui me paraissent le mieux refléter l'opinion des hommes politiques de ce pays.»

18.

BRUXELLES, 21. 8. 1912.

(Extraits d'un rapport de Londres du 3 août 1912, No. 460.)

L'Allemagne et l'Angleterre. Convention navale franco-russe.

Le fait que le discours de M. Winston Churchill, relatif à l'armement de la flotte anglaise, ait pu froisser le sentiment allemand et surtout dissiper les rêves pacifiques entretenus par certains esprits sur les deux rives de la Mer du Nord, semble assez étonnant. Le 1er Lord de l'Amirauté a parlé en Ministre anglais, et après le discours qu'il avait prononcé à la séance de la Chambre des Communes du 18 mars dernier, son exposé du 22 juillet n'a pu causer aucune surprise. Il avait déclaré alors très nettement que l'extension du programme naval anglais dépendrait entièrement des projets de l'amirauté allemande — mais que l'Angleterre entendait maintenir une supériorité de 60% sur la flotte germanique.

L'Allemagne ayant cru devoir créer une 3e escadre de 8 bâtiments, Mr. Churchill se vit dans l'obligation, afin de tenir ses engagements, vis-à-vis des Chambres et du pays, d'accélérer les constructions anglaises et d'augmenter le personnel de la flotte. Le 1er Lord de l'Amirauté a même eu à subir les attaques violentes de l'opposition, qui trouve que la puissance navale britannique n'a pas une supériorité assez marquée sur celle de sa rivale.

L'Allemagne peut être certaine que le jour où les Conservateurs reviendront au pouvoir, la marine anglaise ne se contentera vraisemblablement pas d'une supériorité de 60%, qui d'ailleurs ne sera pas atteinte. Elle peut se considérer comme très heureuse d'avoir à faire aux Libéraux, qui dans l'opposition ont toujours critiqué les dépenses navales et déploré les énormes sacrifices imposés à la nation — et qui ne marchent dans la voie des augmentations de la flotte que contraints et forcés.

C'est pour l'Angleterre une question vitale sur laquelle aucun parti ne pourra jamais céder, car le jour où elle aura perdu sa suprématie navale, c'en sera fait de la puissance et du prestige britanniques — et comme l'a très bien dit Lord Haldane, dont

les sympathies allemandes ne sont un secret pour personne «nous dépendons de notre puissance sur mer et c'est sur mer que nous voulons conserver notre supériorité». C'est là le pivot de la politique anglaise — et c'est ce qu'on ne semble pas comprendre à Berlin.

Cela n'empêche pas l'Angleterre d'être essentiellement pacifique — et les Ministres ainsi que les membres de l'opposition, qui ont pris la parole au cours des récents débats, l'ont répété à satiété. Les armements anglais ne sont une menace pour personne — et ils ont pour but unique d'assurer la sécurité de l'Empire britannique. C'est à mon sens l'expression exacte de la vérité.

Une preuve des sentiments qui animent le Gouvernement anglais peut être trouvée dans la satisfaction avec laquelle la nouvelle convention navale franco-russe a été accueillie dans les cercles politiques londoniens. On espère ici qu'elle obligera l'Allemagne, dans un avenir plus au moins rapproché, à reporter une partie de sa flotte dans la Baltique, qu'elle avait fort dégarnie au cours des dernières années où tous ses efforts ont consisté à réunir des forces imposantes dans la Mer du Nord — car il ne faut pas perdre de vue que dans quatre ans, bien qu'il soit difficile d'apprécier la valeur de la nouvelle flotte créée par l'Amiral Gregorowitch, la Russie disposera dans la Baltique de 11 Dreadnoughts.

L'Angleterre entrevoit déjà une réduction des escadres allemandes qui constituent pour elle une menace permanente, réduction qui lui permettrait de diminuer les forces qu'elle a été obligée de concentrer dans ses eaux métropolitaines.

On insiste sur l'importance politique tout autant que sur la signification stratégique de la convention franco-russe. Elle est considérée comme une réponse aux nouvelles tendancieuses, dont certains organes de la presse continentale s'étaient fait l'écho, relatives à l'affaiblissement de la double alliance et au relâchement des liens qui unissent depuis 21 ans la France à la Russie.

On veut voir ici dans l'événement annoncé par le Temps d'avant hier une réponse à l'entrevue de Port-Baltique, qui avait été qualifiée d'essai de rapprochement germano-russe. On n'a pas manqué d'insister sur ce fait que la nouvelle convention

n'a aucun caractère agressif et n'est dirigée contre aucune Puissance, mais qu'elle a seulement pour but de fortifier et de compléter la double alliance.

19.

BRUXELLES, 6. 9. 1912.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 24 août 1912, No. 144.)

Visite à Sinaïa du Comte et de la Comtesse Berchtold. L'opinion roumaine et la proposition autrichienne.

Le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie et la Comtesse Berchtold sont arrivés ce matin à Sinaïa pour être pendant deux jours les hôtes de Sa Majesté le Roi de Roumanie.

Cette visite était préparée depuis trois mois. Le Comte Berchtold qui possède un domaine en Transylvanie, avait exprimé, lors d'une entrevue qu'il eût à Vienne au printemps dernier, avec M. Maïoresco, le désir de ne pas tarder à présenter ses hommages au Roi Carol, alors qu'il était amené à approcher fréquemment et de si près de la frontière de Roumanie.

La Comtesse Berchtold ayant manifesté le désir d'accompagner son mari, le couple fut invité au château royal de Sinaïa.

La démarche du Ministre des Affaires Etrangères constitue le troisième acte de courtoisie dont le Roi de Roumanie a été l'objet, dans l'espace d'un mois et demi, de la part de ses voisins du nord-ouest. Ce fut d'abord une délégation du corps des officiers en garnison le long de la frontière, puis le chef d'état-major général, qui firent le voyage de Sinaïa. Aujourd'hui, le chef suprême de la diplomatie austro-hongroise vient rendre ses hommages au Souverain que d'étroits liens d'amitié unissent à l'Empereur François-Joseph.

Bien qu'elle n'ait aucune connexion avec la proposition qu'il a soumise aux grandes puissances, la visite du Comte Berchtold emprunte aux circonstances un intérêt particulier pour la Roumanie: étant donné la situation géographique du royaume

danubien à côté des peuples balkaniques entre lesquels le Comte Berchtold cherche à assurer des rapports meilleurs; étant donné aussi la politique turcophile de la Roumanie et la politique de décentralisation que vise la proposition du «Ballplatz», il est certain qu'au cours de ces deux journées le Comte Berchtold ne manquera pas d'exposer à son hôte, qui est un des diplomates les plus avisés et les plus autorisés qui soient, son programme considéré jusqu'ici comme un peu obscur.

Dans les cercles officiels roumains on explique de la façon suivante l'initiative du Comte Berchtold. L'Autriche, dit-on, qui se sentait un peu isolée après l'entrevue de Port-Baltique et le voyage de M. Poincaré à Saint-Pétersbourg, a voulu à son tour appeler et retenir l'attention de l'Europe. Dans le but de ramener au calme les nationalités et les religions unies sous la domination ottomane, elle propose un échange de vues entre grandes Puissances, ou, dans un langage moins diplomatique, elle promet, à ces populations énervées qu'on va s'occuper d'elles.

C'est là un geste élégant et sympathique, début d'un homme politique arrivé récemment aux affaires.

On ne se rend pas encore axactement compte de la portée pratique de cet échange de vues. Mais on souhaite que le premier de ses effets soit de hâter la conclusion de la paix entre la Turquie et l'Italie.

Cette appréciation roumaine s'accorde avec ce que l'on a toujours affirmé, au cours de la crise turque, des intentions de l'Autriche-Hongrie, — à savoir qu'elle désirait le «statu quo», — commandé par ses intérêts: Mais pour que ce désir se réalise, il importe que les affaires de la Turquie ne se gâtent pas irrémédiablement; il faut donc écarter les causes de trouble en améliorant la situation des populations balkaniques, qui considèrent comme le pire despotisme tout essai de centralisation à l'occidentale.

La Roumanie suit avec intérêt les progrès que l'idée du Comte Berchtold fait à travers les chancelleries européennes. Egalement bien disposée vers l'Autriche-Hongrie et la Turquie, elle verra favorablement ce que le succès de l'une apportera

de bienfaits à l'autre; car elle aussi a tout intérêt au maintien du «statu quo».

Malheureusement on ne peut se dissimuler qu'un échange de vues sur le principe duquel se fait l'accord des puissances se transforme en source de désaccords dès qu'il s'agit d'établir le programme de l'entente.

20.

BRUXELLES, 6. 9. 1912.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 28 août 1912, No. 145.)

Visite du Comte Berchtold à Sinaïa.
La proposition du Comte Berchtold.

Au cours de la visite du Comte Berchtold à Sinaïa, — visite dont on se montre ici unanimement flatté — la «Neue Freie Presse», parlant de l'amitié qui lie la Roumanie et l'Autriche-Hongrie, est allée jusqu'à employer à diverses reprises pour la qualifier le terme d'alliance. Le Comte Berchtold, sous les yeux duquel cet article fut placé, affirma qu'il n'était point inspiré par le Ballplatz et qu'il arrivait souvent que la «Neue Freie Presse» essayât de l'engager plus avant qu'il ne l'entendait.

«L'Universul» du 15/28 août oppose au journal viennois un démenti qui a une allure officieuse. Le Ministre des Affaires Etrangères, en effet, dans ses conversations avec le corps diplomatique, s'est exprimé sur ce sujet dans des termes identiques à ceux de l'organe roumain. Toutes les conjectures politiques faites sur la visite du Comte Berchtold sont inexactes. Le Ministre des Affaires Etrangères de la monarchie austro-hongroise n'a pas remis au Roi de Roumanie de lettre de l'Empereur. Il ne peut être question entre les deux nations ni d'alliance, ni de convention secrète. La Roumanie a des rapports étroits avec l'Autriche-Hongrie; mais elle tient à entretenir les mêmes relations avec la Russie et la Turquie. Cet équilibre d'amitiés lui est indispensable.

Le Roi de Roumanie, qui ne se déplace plus et qui ne connais-

sait pas personnellement le Comte Berchtold, alors qu'il avait été en rapports suivis avec ses prédécesseurs, le Comte d'Aehrenthal et le Comte Goluchovsky, depuis le temps où, l'un après l'autre, ils avaient dirigé la Légation d'Autriche à Bucarest, désirait entrer en relations avec le chef du Foreign Office viennois. C'est dans ce but qu'eut lieu la visite à Sinaïa.

On dit que le Comte Berchtold n'a apporté ici aucune précision sur son programme. Il attend d'avoir trouvé un terrain d'entente entre la France, l'Angleterre, l'Allemagne et la Russie pour pousser plus avant ses propositions. Comme on lui demandait s'il estimait qu'une des premières conséquences de son initiative devait être de hâter la conclusion de la paix entre l'Italie et la Turquie, il répondit négativement. Il se montre même assez pessimiste à ce sujet.

Il parut également soucieux de l'accueil que la Porte faisait à son projet et questionna à cet égard diverses hautes personnalités. (Les Turcs ne voient pas d'un bon œil la proposition de l'Autriche qu'ils considèrent comme une menace d'intervention dans leurs affaires intérieures.) Le Comte Berchtold fit ensuite télégraphier au Marquis Pallavicini de rassurer la Porte sur ses intentions. Il n'aurait en vue que de garantir la Turquie contre les velléités d'indépendance des nationalités qui la composent et d'éloigner le retour du régime centralisateur qui fut l'erreur du comité jeune Turc.

Une nouvelle d'Athènes, et qui provient de la Légation d'Allemagne en Grèce, annonce que Sir Gerald Lowther, ambassadeur d'Angleterre à Constantinople, dont on jugeait depuis assez longtemps l'action insuffisante, allait être remplacé et que son successeur désigné était Lord Kitchener.

Si ce bruit se vérifie, la réputation de Lord Kitchener est telle qu'on ne peut s'empêcher d'en conclure que la Grande Bretagne est décidée à jouer désormais en Orient un jeu plus serré.

21[1]).

SAINT-SEBASTIEN, 6. 9. 1912.

Situation internationale de l'Espagne. Bruit d'adhésion à la Triple-Entente.

Quoiqu'il soit encore impossible de déterminer avec précision la date de la signature du traité franco-espagnol destiné à régler la question marocaine, il est déjà question d'un voyage d'Alphonse XIII à Paris. Cette nouvelle n'a pas encore reçu de confirmation officielle, on peut néanmoins la considérer aujourd'hui comme certaine. Cette visite aura une grande importance politique: elle aboutira vraisemblablement à l'adhésion de l'Espagne à la Triple-Entente. L'Espagne est soucieuse de conserver son rang parmi les nations riveraines de la Méditerranée: elle désire en outre garantir le sort des Baléares et des Canaries.

Il y a un peu plus d'une année, l'état-major général allemand désira connaître la valeur de l'armée espagnole au point de vue d'une collaboration eventuelle; l'enquête de l'attaché militaire allemand à Madrid aboutit à la conclusion que l'Allemagne n'a, au point de vue militaire, aucun intérêt à une alliance avec l'Espagne, alliance qui semblait cependant devoir être utile aux deux pays, grâce à leur situation géographique.

Le soldat espagnol est par son endurance, sa confiance dans ses chefs et son courage un des meilleurs soldats du monde; les officiers sont animés du meilleur esprit, seulement les généraux ne sont pas à la hauteur de leur mission; ils n'ont pas l'habitude du maniement des masses; pour des raisons d'écomomie il n'y a pas de grandes manœuvres en Espagne et les manœuvres partielles se réduisent le plus souvent à des spectacles militaires. Quant aux forteresses elles n'assurent que très imparfaitement la défense des côtes; elles sont en trop petit nombre, leur artillerie est insuffisante. L'Espagne a du renoncer à l'idée d'une alliance avec l'Allemagne, qui répondait aux sympathies de l'armée et d'une grande partie de la nation.

[1]) Dieser Bericht des belgischen Gesandten in Madrid, Lejeune, fand sich, in der gewöhnlichen Art vervielfältigt, unter den Zirkularen. Ob er tatsächlich als Zirkular versandt wurde, erscheint fraglich.

Les négociations marocaines lui ont fait comprendre d'une façon cruelle les inconvénients de son isolement. Maintenant elle tourne les yeux du côté de l'Angleterre; pour arriver à l'Angleterre dont les intérêts politiques sont actuellement d'accord avec ceux de la Russie et de la France, l'Espagne oubliant ses rancunes passera par Paris. De cette façon elle espère neutraliser les ambitions d'un pays d'où elle a plus à craindre qu'à espérer.

22.

BRUXELLES, 3. 10. 1912.

(Rundschreiben an die Gesandten.)

Le télégraphe vous a appris que la mobilisation de l'armée décrétée le 30 septembre par la Bulgarie, le fut le lendemain par la Serbie, la Grèce et le Monténégro.

Si la tension des rapports bulgaro-turcs et l'effervescence des esprits à Sophia nous faisaient appréhender le danger de voir la Bulgarie tirer parti des difficultés dans lesquelles se débat l'Empire ottoman, nous ne nous doutions pourtant pas de l'existence d'une convention militaire qui unissait contre la Turquie les différents pays des Balkans, on inclinait plutôt à penser que les différences ethniques, les rivalités des nationalités en ce qui concerne la Macédoine, élevaient une barrière contre un rapprochement politique ou militaire de ces pays.

Il semble d'ailleurs que le secret, au sujet de cette convention, ait été bien gardée et que les événements des derniers jours aient pris les grandes Puissances au dépourvu.

D'après les renseignements qui me sont parvenus, l'approche de l'hiver et les démarches pressantes des Cabinets en faveur du maintien de la paix permettent d'espérer que la mobilisation n'est pas le prélude nécessaire de la guerre.

Toutefois, on ne saurait se dissimuler que, d'une part, la surexcitation des esprits rend fort délicat la tâche de la diplomatie et que, de l'autre, un incident de minime importance peut provoquer un engagement, même contre le gré des chefs des troupes rivales qui sont déjà en présence.

Si cette éventualité se produisait, les efforts des Gouvernements tendraient à circonscrire et à localiser le conflit aux Balkans, mais nul ne saurait en prévoir le résultat.

En raison de l'opposition des grands intérêts qui seront en jeu, il est à redouter que les grandes Puissances ne cherchent à les défendre par la force des armes. Ainsi l'incendie allumé dans les Balkans se propagerait au dehors.

Ce danger ne saurait nous laisser indifférent et on peut même envisager certaines complications qui rapprocheraient de notre territoire le théâtre des hostilités.

Aussi n'ai-je pas besoin de stimuler votre vigilance et de vous prier de noter avec le plus grand soin tous les symptômes relatifs à des complications susceptibles d'entraîner les grandes Puissances dans le conflit.

23.

BRUXELLES, 4. 10. 1912.

(Extraits des rapports de Paris des 28 et 29 août 1912, No. 2637 et 2642.)

Agitation bulgare hostile à la Turquie. Voyage Poincaré. Le maintien du statu quo international dans l'intention des Puissances.

Le Quai d'Orsay ne doute pas des intentions pacifiques des Gouvernements balkaniques, mais il craint une poussée de l'opinion publique en Bulgarie pouvant renverser le Cabinet actuel qui ne veut pas la guerre.

Mais serait-il possible pour la Bulgarie de faire la guerre à la Turquie sans le concours même moral de la Russie et ayant l'armée roumaine contre elle? Il résulte de rapports militaires reçus au Quai d'Orsay que l'armée bulgare est supérieurement organisée et très forte et qu'elle peut lutter contre l'armée turque. Nul ne peut prévoir le vainqueur. Il n'est pas d'ailleurs certain que la Roumanie entrerait en conflit par le seul fait d'une guerre turco-bulgare et il ne faut pas oublier le concours que l'armée bulgare pourrait trouver dans celle de Serbie.

En ce qui concerne les résultats du voyage du Président du Conseil à St. Pétersbourg, celui-ci est décidé, même dans le

cas d'une interpellation au Parlement, à ne jamais sortir du cadre de son discours de Dunkerque et du communiqué officiel.

La Russie n'a nullement l'intention de discuter la question des Dardanelles; à St. Pétersbourg comme à Port-Baltique on s'est engagé à ne faire naître aucune question internationale et à s'efforcer de mettre fin par un long armistice à la guerre italo-turque. Le maintien de la paix, le statu quo international, voilà le mot d'ordre. L'Angleterre et la France viennent de le prouver en envoyant chacun un navire de guerre dans les eaux de Samos pour empêcher les Crétois et les Grecs d'y débarquer dans le dessein d'y fomenter une révolution contre la domination ottomane.

24.

BRUXELLES, 10. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 3 octobre 1912, No. 407.)

La crise balkanique et la répercussion financière à la Bourse de St. Pétersbourg.

On est persuadé dans les cercles diplomatiques de St. Pétersbourg que la guerre est inévitable dans les Balkans. Les avis sont partagés sur la possibilité ou la probabilité de complications qui entraîneraient la Russie et des Puissances de l'Est dans le conflit.

L'effet de ce pessimisme s'est immédiatement fait sentir sur le marché financier de St. Pétersbourg. Une panique s'est emparée de la Bourse et a influencé toutes les valeurs. Depuis des mois, la spéculation avait congestionné le marché; aussi n'est-il point étonnant de voir tomber en 3 jours certains titres de près d'un tiers de leur cote récente. Il n'est pas une valeur métallurgique qui ne soit atteinte.

Le Gouvernement s'est ému de cet état de choses et a fait paraître dans les journaux d'hier et d'aujourd'hui des communiqués par lesquels il s'efforce de rassurer le monde financier et de couper court aux entreprises de quelques spéculateurs hardis, en affirmant que les craintes de la Bourse sont vaines car aucune Grande Puissance ne se laissera entraîner à la guerre;

au contraire, on s'efforcera d'empêcher les populations slaves d'attaquer la Turquie et, en cas d'insuccès, de localiser le conflit.

A la suite de cette déclaration les représentants des grandes banques ont décidé de lutter contre la baisse et de mettre en garde le public contre les manœuvres de quelques spéculateurs.

Une information que le «Novoie Vrémia» prétend avoir reçue du Ministre des Affaires Etrangères est conçue en ces termes:

«Nous avons reçu aujourd'hui des communications plus rassurantes sur la situation dans les Balkans. L'information que l'Empereur d'Allemagne avait répondu négativement à la requête du Comte Berchtold au sujet d'une intervention de l'Autriche-Hongrie dans la guerre possible des Balkans, donne le droit d'espérer que la double monarchie ne se jetera pas si facilement dans le conflit général des Balkans. Ce communiqué, qui mérite d'être confirmé, peut être rapproché des déclarations des journaux officieux d'Autriche-Hongrie affirmant que le Gouvernement austro-hongrois s'abstiendrait d'une intervention dans la guerre balkanique et conservera toutes ses forces pour une prochaine conférence internationale.

Les cercles diplomatiques de St. Pétersbourg sont beaucoup moins rassurés. On y redoute les effets de la campagne de presse acharnée que les grands quotidiens panslavistes mènent contre la Turquie et en faveur des jougo-slaves opprimés. Le succès de la levée de boucliers de leurs frères des Balkans contre le Croissant ne fait pour eux l'ombre d'aucun doute; c'est là un encouragement qui prévaudra peut-être contre les conseils de prudence donnés impérativement par le cabinet de St. Pétersbourg.

25.

BRUXELLES, 10. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 3 octobre 1912, No. 1266.)

La crise balkanique et les grandes puissances.

Le désir des grandes Puissances d'empêcher l'explosion du conflit en Orient est manifeste; mais l'action commune qu'elles ont entreprise dans ce sens est délicate à régler dans les détails. Il y a des susceptibilités à éviter et l'on ne sait avec

exactitude, dans quelle forme les divers Gouvernements ont exprimé les conseils de calme qu'ils se sont engagés à donner aux Etats Balkaniques.

A Berlin, les Ambassadeurs de France, d'Espagne et d'Italie considèrent que le Gouvernement Impérial appuie d'une force insuffisante l'action commune. Ils critiquent, entre autres, que M. de Kiderlen-Waechter se soit tout récemment, borné à un entretien avec l'Ambassadeur de Turquie en Allemagne, entretien qui est susceptible d'être rapporté de façon bien diverse, au lieu de donner des instructions formelles au Baron de Wangenheim, Ambassadeur d'Allemagne en Turquie. Il est, d'autre part, certain aux yeux des représentants des Grandes Puissances à Berlin, que l'attitude de l'Allemagne à l'égard de la Turquie a subi, depuis le début de la guerre avec l'Italie, une modification considérable. L'Allemagne abandonne peu à peu la Porte; sans intérêt politique direct en Turquie, elle semble vouloir s'effacer devant l'Autriche et est, certes, désireuse de ne pas déplaire à l'Italie. Ses forces doivent rester concentrées dans l'ouest de l'Europe. Avant hier encore l'Ambassadeur de Turquie se plaignait avec amertume de ne pas trouver ici l'appui escompté.

On se défie aussi de la Russie: celle-ci n'a-t-elle pas, en réalité, encouragé longtemps la Serbie qu'elle doit maintenant retenir, et qu'elle regrette sans doute d'avoir poussée en avant?

La France absorbée dans l'Europe occidentale et au Maroc, n'est pas disposée à endosser de nouvelles responsabilités en Orient; l'Angleterre a des raisons analogues d'abstention prudente et n'a pas d'intérêt, dans la situation politique actuelle, à se solidariser avec une Puissance qui ne représente déjà plus une force de 1er ordre.

Les Ambassadeurs de Russie, d'Autriche et d'Angleterre à Berlin sont depuis longtemps absents de leur poste. On peut en conclure que le centre de gravité de l'action des Puissances en Orient ne se trouve pas en Allemagne et qu'en dernière analyse, c'est la volonté de l'Autriche-Hongrie et celle de la Russie qui déterminent l'attitude des autres pays, faisant partie de leur groupement respectif.

26.

BRUXELLES, 19. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 14 octobre 1912, No. 1315.)

La crise balkanique. Attitude de l'Allemagne.

La panique subie par la bourse de Berlin dans les derniers jours de la semaine dernière, à l'imitation de celles qui ont bouleversé les bourses de Vienne et de Paris, a péniblement impressionné le public. Si les marchés financiers de l'Europe centrale témoignent une pareille inquiétude et une si grande nervosité avant l'ouverture des véritables hostilités, c'est évidemment qu'au delà du conflit balkanique ils en voient poindre un autre, beaucoup plus grave et capable d'embraser toute l'Europe entre l'Autriche et la Russie.

Les déclarations du Comte Berchtold aux délégations d'une part, les attaques de la presse panslaviste, de l'autre, contre M. Sassonow, à qui son entente avec l'ennemi naturel de la race slave est amèrement reprochée, expliquent les craintes, ou du moins l'extrême agitation du monde des affaires, sans parler des pertes inévitables que subit la spéculation à l'annonce de toute guerre capable de léser fortement les intérêts européens. Cependant il faut se défendre aujourd'hui d'être très pessimiste et de voir l'Europe déjà en feu, alors que les Grandes Puissances sont animées, sans exception, d'un sincère désir de circonscrire le futur incendie à la Péninsule des Balkans.

Les hommes politiques allemands ne manifestent pas des appréhensions bien vives. La situation est très sérieuse, mais il y a encore à espérer que l'antagonisme entre l'Autriche-Hongrie et la Russie, réveillé et surexcité par les événements balkaniques, ne les amènera pas à intervenir dans la lutte, ou tout au moins que l'intervention autrichienne, si elle se produit pour empêcher l'occupation du Sandjak de Novi Bazar par les Monténégrins et les Serbes, restera limitée à cette province et ne provoquera pas l'entrée en scène de la Russie.

L'impression dominante à Berlin dans le monde diplomatique est franchement défavorable à la Turquie qui n'a pas non plus ici une bonne presse. On lui reproche les fautes qu'elle n'a cessé

de commettre depuis qu'elle est menacée d'une guerre européenne et avant même qu'elle l'ait été, c'est-à-dire son attitude intransigeante et presque arrogante vis-à-vis des Puissances dans la question des réformes à introduire en Macédoine, ainsi que les retards qu'elle met à conclure la paix avec l'Italie.

La lutte des Etats balkaniques semble devoir revêtir cette fois-ci plus que dans les campagnes précédentes menées par la Russie, suspecte de grandes ambitions aux yeux de l'Europe, le caractère d'une croisade. Si la guerre prend cette tournure, il sera difficile à l'Autriche-Hongrie, plus difficile encore à la Roumanie, de sauvegarder les apparences en venant au secours de l'Islam contre les nations chrétiennes. C'est un point qui mérite de n'être pas perdu de vue.

Le Gouvernement impérial continue à se tenir sur une grande réserve. La presse allemande enregistre avec une certaine bienveillance les efforts tentés par M. Poincaré pour empêcher la rupture de la paix européenne. Tout au plus a-t-elle quelque plaisir à constater le peu d'accord qui règne entre le Cabinet de Paris et celui de Londres, soucieux de ménager les Turcs, par crainte de l'effervescence qui se manifeste chez les Musulmans de l'Inde, sujets britanniques.

Il ne faudrait pas en conclure que le Gouvernement allemand persévéra dans cette attitude, si la lutte prend des proportions inquiétantes, et qu'à un moment donné il ne jouera pas le premier rôle dans le drame près de commencer. Rien ne permet, d'ailleurs, de supposer qu'il n'agirait pas avec la ferme volonté d'imposer une pacification générale. En 1909, lorsque les difficultés soulevées par l'annexion à l'Autriche de la Bosnie et de l'Herzégovine atteignaient leur point culminant, c'est une démarche de l'Ambassadeur d'Allemagne auprès du Gouvernement russe qui y a mis fin. L'effacement trop complet de la diplomatie allemande dans les circonstances actuelles pourrait n'être qu'une préparation à un prochain coup de théâtre.

27.

BRUXELLES, 19. 10. 1912.

(Extrait d'un rapport de Paris du 16 octobre 1912, No. 3090.)

Signature de la paix entre l'Italie et la Turquie. Les Puissances et la crise balkanique.

Dans les sphères officielles françaises on considère que la signature de la paix entre l'Italie et la Turquie ne peut être accueillie qu'avec satisfaction. Celle-ci dégage un peu la situation. Il est toutefois difficile de présumer quelles peuvent en être les conséquences pour la suite du conflit balkanique. Ce qui est certain, c'est que le Cabinet de Rome est à présent franchement turcophile; il redoute par dessus tout une modification dans le statu quo balkanique qui pourrait amener des avantages pour l'Autriche. La Porte n'a, désormais, pas d'ami plus sincère que l'Italie.

L'état de guerre existe déjà entre la Turquie et les États Balkaniques. Il sera officiel à bref délai. Les adversaires ont chacun la même foi dans leurs forces et dans les succès qu'ils vont remporter, mais ils ont aussi conscience de l'importance de la partie qu'ils jouent. Il n'y a cependant plus aucun moyen d'arrêter les événements, et les Puissances ne tentent plus rien dans ce but. Il faut maintenant laisser parler les armes, quitte à intervenir, un peu plus tard, après certains résultats acquis, pour arrêter les belligérants par voie de médiation.

En ce qui concerne les rapports des Puissances entre elles en face des événements balkaniques, ils sont excellents; les Puissances montrent toutes beaucoup de bonne volonté. Dans la pensée de M. le Président du Conseil il faut en profiter pour maintenir le contact entre elles et jeter déjà les bases de la médiation que l'on espère pouvoir offrir plus tard ainsi que celles des arrangements que l'on désire faire prévaloir. Il y a certes plus de chances d'entente aujourd'hui qu'il pourrait y en avoir dans quinze jours ou trois semaines; il faut saisir l'occasion pour établir un accord qui liera ensuite, jusqu'à un certain point, les Puissances dans l'avenir.

Rien ne fait croire — au moins jusqu'ici — que M. Sasonoff aurait perdu la confiance du Tsar.

28.

BRUXELLES, 21. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 12 octobre 1912, No. 237.)

La Russie et l'Autriche-Hongrie dans la crise balkanique.

A la nouvelle des mobilisations dans les Etats Balkaniques et de la brusque déclaration de guerre du Monténégro, n'attendant même pas la démarche imminente des Puissances, on s'est demandé comment pareilles décisions auraient pu être prises sans que la Russie en ait eu connaissance et les ait plus ou moins encouragées. **M. de Hartwig, Ministre du Tzar à Belgrade aurait été — assure-t-on d'assez bonne source — le principal artisan de l'alliance serbo-bulgare; s'il en est ainsi, ce diplomate n'aurait pas pu diriger ses efforts dans ce sens sans y avoir été autorisé par son Gouvernement.**

On peut ne pas partager cette impression tout en reconnaissant qu'il semble y avoir dans la politique russe quelque chose de peu clair et de contradictoire. Il est possible, en effet, que le Cabinet de St. Pétersbourg n'ait pas prévu que les petits Etats balkaniques cherchaient dès maintenant à s'affranchir de la tutelle moscovite. De plus il faut distinguer entre la Russie non officielle et c'est sans doute sur l'appui de cette dernière que les Etats Balkaniques croient pouvoir compter.

Quoiqu'il en soit, le récent rapprochement entre l'Autriche-Hongrie et la Russie à l'occasion des démarches collectives des Puissances ne peut avoir qu'un caractère momentané et superficiel. Les vues et les tendances des deux Etats dans la presqu'île balkanique sont trop opposées pour que ce rapprochement puisse reposer sur une base solide. **C'est l'Autriche-Hongrie seule qui est sincère dans son désir de maintenir le statu quo.** C'est elle qui, avant d'adhérer à la démarche commune des Puissances, a mis comme condition que les réformes demandées à la Turquie

ne porteraient aucune atteinte à l'intégrité de l'Empire Ottoman. Dans une toute récente séance des délégations hongroises M. le Ministre des Affaires Etrangères répétait que tous les efforts de sa politique avaient eu pour but de maintenir la paix. Le Comte Berchtold ajoutait: «Notre politique dans les Balkans n'est pas une politique de conquête, mais ceci ne signifie pas que nous ne soyons pas intéressés dans les événements qui y surviennent. Nous avons dans les Balkans des intérêts vitaux et nous sommes résolus à les sauvegarder en toutes circonstances.»

Ces dernières paroles ont fait sensation; elles contiennent évidemment un avis, presqu'une menace d'intervention éventuelle dans la lutte qui se prépare et devient de jour en jour plus difficile à empêcher. La «Neue Freie Presse» s'empresse d'interprêter ainsi le langage du Ministre:

«Nous ne voulons pas, dit-elle, que la Serbie qui nous est si hostile obtienne une extension de territoire. Nous ne voulons pas que, s'emparant du Sandjak de Novi-Bazar, elle vienne nous barrer la route commerciale de Salonique.»

En annexant la Bosnie-Herzégovine, l'Autriche-Hongrie a retiré ses troupes du Sandjak en question et celui-ci est entièrement retourné à la Turquie. Les Etats Balkaniques étant en guerre avec l'Empire Ottoman, il serait tout naturel que Serbes et Monténégrins, désireux de se donner la main, envahissent précisément le Sandjak de Novi-Bazar. L'Autriche-Hongrie ne voudra pas tolérer qu'on se batte sur sa frontière et à moins que les Etats slaves prennent sous ce rapport des engagements positifs à son égard (ce qui serait fort possible, mais assez difficilement exécutable) on s'attend à la voir occuper militairement le Sandjak en temps opportun. Il ne paraît pas douteux que pareille action serait fort mal vue à Saint-Pétersbourg. **D'autre part, à supposer que les petits Etats soient battus ou sortent victorieux, le Gouvernement du Tzar, subissant la pression de l'opinion publique en Russie, ne pourra pas abandonner les frères slaves. Il sera obligé d'intervenir en leur faveur et de suivre une ligne de conduite diamétralement opposée à celle poursuivie par l'Autriche-Hongrie.**

Il est donc à craindre que loin d'accentuer ce rapprochement qui vient d'avoir lieu entre la Russie et l'Autriche, la future guerre produira un effet tout-à-fait contraire.

29.

BRUXELLES, 28. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Paris du 1er octobre 1912, No. 2954.)

Regain du nationalisme français et les rapports franco-allemands.

Durant la crise longue et grave de 1911 qui a suivi l'incident d'Agadir, on pouvait garder une certaine confiance dans le maintien de la paix franco-allemande, malgré les bruits alarmants qui arrivaient de toutes parts. **En effet les sentiments pacifiques de Guillaume II étaient connus et le moment était peu favorable pour l'Allemagne de se lancer dans une grande guerre avant l'accomplissement de son programme naval. D'autre part du côté du Gouvernement de la République, on sentait bien, en dépit de manifestations bruyantes que celui-ci aurait passé par toutes les exigences de l'Allemagne.**

Mais le Gouvernement britannique prononça son «quos ego» et il survint dans l'opinion française un de ces revirements comme n'en peut offrir qu'un peuple aussi impressionnable que le peuple de France.

Cette transformation des tendances de l'esprit public est saisissante. Dire que dans son ensemble la nation française est devenue belliqueuse, ce serait peut-être aller trop loin. L'agriculteur, le bourgeois, le commerçant, l'industriel et l'homme d'affaires savent ce que leur coûterait une conflagration; le service militaire étant général, chacun a à trembler pour les siens. Toutefois, on est parvenu à donner au pays la confiance du succès; il faut de plus compter avec la jeunesse turbulente, le monde militaire et les gens qui n'ont rien à perdre.

Il y a bien à la tête de l'armée française quelques chefs qui se rendent compte des difficultés qu'offrirait une campagne contre la puissante Allemagne; malheureusement ils se taisent comme le font trop souvent les gens calmes et réfléchis tandis que

les autres parlent tant qu'ils finissent par se faire entendre des masses.

Les hommes qui sont à la tête du Gouvernement de la France sont sincèrement pacifiques et n'ont d'autre but que de rendre à leur pays, dans le concert européen la place qu'il avait avant 1870; il n'en est cependant pas moins certain que leur action est excessive; il est bon de rendre à la nation une dignité nécessaire; il est dangereux d'exalter son chauvinisme. On a commencé par des parades militaires, des retraites hebdomadaires se promenant dans les rues de Paris. Le champ s'est bientôt élargi; les solennités patriotiques ne cessent plus. Le cérémonial extraordinaire dont on a entouré la visite de M. Poincaré en Russie et le récent voyage du Grand Duc Nicolas en France n'avait d'autre rôle que d'exciter le nationalisme du pays. M. Millerand qui avait inspecté minutieusement, il y a quelques semaines, les troupes et les fortifications de la frontière de l'Est vient de recommencer sommairement cette inspection en compagnie du Grand Duc Nicolas tandis que la Grande Duchesse se faisait conduire aux limites du territoire français pour saluer les provinces conquises. Ce voyage s'est terminé par une parade à Nancy, à laquelle la presse avait eu soin de faire une telle réclame qu'elle devint le prétexte d'une véritable manifestation contre l'annexion de l'Alsace-Lorraine. A Toulon, après un grand nombre de manifestations patriotiques navales, M. Delcassé vient d'assister au lancement d'un nouveau cuirassé d'une puissance énorme.

Tout cela exalte l'opinion publique d'autant plus convaincue de la supériorité militaire et d'une future victoire française que le Gouvernement ne cesse de commander des aéroplanes militaires.

En dehors des complications balkaniques, il n'est certes aucun nuage qui puisse faire craindre, pour un avenir prochain, un conflit franco-allemand, mais des incidents peuvent surgir inopinément; **l'opinion publique qui a forcé la main en 1870 à Napoléon III et qui est redevenue nerveuse et susceptible pourra un jour «recommencer l'histoire» à ce point de vue et mettre brusquement les deux Gouvernements devant une situation n'ayant d'autre issue que l'appel aux armes.**

30.

BRUXELLES, 30. 10. 1912.

(Extrait d'un rapport de Londres du 23 octobre 1912, No. 613.)

Inquiétudes causées par la guerre dans les Balkans.

Au point de vue des complications européennes éventuelles, on continue à redouter ici l'effet d'une poussée possible de l'opinion publique à Vienne et surtout à Saint-Pétersbourg. L'entente entre les deux Gouvernements ne suffit pas, en admettant qu'elle perdure, pour calmer toute appréhension, car il peut arriver un moment où les deux Cabinets soient débordés par l'émotion nationale. Si les sujets de l'Empereur François-Joseph se montrent soupçonneux des visées serbes dans le Sandjak et rebelles à l'idée indépendante, ceux de l'Empereur de Russie s'enflamment en songeant à la cause slave et aux frères de religion orthodoxe luttant contre les forces de l'Islam.

On peut distinguer dans ce pays-ci deux courants qui se dessinent de plus en plus. Le Foreign Office, le monde des hauts fonctionnaires, les gens rassis et expérimentés font plutôt des vœux pour le succès des armées turques. Ils envisagent les choses à un point de vue égoiste, personnel et ne souhaitent pas le démembrement actuel de l'Empire Ottoman, dans la crainte de voir sombrer la paix de l'Europe dans un déchaînement de convoitises. Ce n'est pas qu'ils désirent l'écrasement des alliés. Des succès partiels de part et d'autre rendraient les combattants plus disposés à écouter la voix des Puissances et à terminer la guerre sans trop de modifications à la carte des Balkans.

En revanche, l'opinion publique est généralement favorable à la cause des alliés, qui représentent, pour la masse, les champions du progrès moderne, les défenseurs des populations chrétiennes opprimées par des siècles de domination musulmane. Certain Ministre de la Couronne, connu pour son impétuosité, M. Lloyd George, a même dévoilé dans un meeting son penchant pour les quatre petits Etats, dans un speech qui a été critiqué.

Le mouvement anti-turc eut été bien plus accentué encore dans ce pays, si l'Empire s'était trouvé sans le régime hamidien.

Bien que le parti jeune turc ait déçu les espérances du monde libéral anglais, on note cependant un désir latent de lui faire crédit encore, parce qu'il représente, tant bien que mal, les idées libérales en Orient et que son premier programme, au moins donnait satisfaction aux progressistes anglais.

On n'accepte qu'avec scepticisme l'avertissement des grandes Puissances qui ont annoncé qu'aucun agrandissement territorial, aux dépens de la Turquie, n'était à espérer par les alliés après la fin de cette guerre et on n'attache pas plus d'importance aux protestations des petits Etats qui ne viseraient aucun accroissement et ne songeraient qu' à la délivrance de leurs frères opprimés.

C'est dire que l'inquiétude persiste.

31.

BRUXELLES, 31. 10. 1912.

(Extraits d'un rapport de Madrid du 16 septembre 1912, No. 154.)

L'Espagne et la Triple-Entente.

Le Comte de Romanones, Président de la Chambre des Députés, dans une réunion du parti libéral, a prononcé le 15 septembre à Santander un remarquable discours dans lequel il a fait allusion à la politique internationale: «L'Espagne est près, très près d'entrer dans une période complètement nouvelle de sa vie internationale: je ne possède, pour parler, d'un sujet aussi délicat, que les données qui sont dans le domaine public; aussi puis-je m'exprimer avec une entière liberté. Au parti libéral sera réservée la mission glorieuse de fixer d'une façon définitive la position de l'Espagne dans les combinaisons futures de la politique mondiale. Le principe qui jusqu'ici a dirigé la politique internationale de l'Espagne a définitivement fait faillite; l'aphorisme: **«Avec tout le monde et avec personne»** est désormais vide de sens.»

Quand le Comte de Romanones prétend ne pas être initié aux secrets de la politique internationale espagnole, il ne faut y voir qu'un artifice oratoire lui permettant d'appuyer la

campagne de presse qui se fait en faveur d'une alliance avec la triple-entente. Si, comme c'est probable, cette combinaison avec la France et ses alliés se fait, elle sera due à la pression des circonstances.

Un journaliste, collaborateur de la Correspondencia de España, a écrit plusieurs articles très remarqués à cause de leur ton autoritaire et presque menaçant, d'aucuns y ont vu une inspiration étrangère: cette opinion n'est pas invraisemblable.

L'A-B-C de Madrid, qui depuis le commencement des événements marocains a été un des seuls journaux de Madrid qui se placèrent à un point de vue purement national, attaque avec violence l'idée d'une alliance française. Parlant du traité de 1904 ce journal dit «qu'au moment de tenir sa parole et de faire honneur à sa signature, la France ignora ses engagements»; il ajoute «les Français ont toujours considéré l'amitié de l'Espagne comme un titre pour elle à la servitude: nous ne voulons pas être les ennemis de nos voisins, mais nous ne voulons pas être les signataires d'un traité d'alliance ne liant que nous seuls.»

L'A-B-C exprime l'opinion générale en Espagne à savoir qu'il ne faut pas compter sur la bonne foi de la France quand elle se trouve en présence de moins forts qu'elle.

32[1]).

BRUXELLES, 8. 11. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 18 octobre 1912, No. 1342.)

Relations franco-allemandes.

Les relations entre la France et l'Allemagne ne s'étaient pas améliorés durant l'été dernier.

La campagne entreprise par une partie de la presse germanique à propos de la concentration de la flotte française dans la Méditerranée et, d'autre part, certains incidents sur lesquels il a fallu donner des explications à la Wilhelmstrasse, tels qu'un discours du Général d'Amade et le traitement infligé par la population de Nancy à l'automobile de la Princesse

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 93, S. 110.

Colloredo d'où un drapeau allemand avait eté arraché et foulé aux pieds, avaient contribué à entretenir et même augmenter l'aigreur entre les deux peuples voisins. M. de Kiderlen-Waechter ne semblait y attacher aucune importance, mais, M. Cambon, chargé d'aplanir les difficultés à mesure qu'elles se produisaient se préoccupait de leur fréquence et de l'état de tension qui en résultait.

Le premier effet de la crise balkanique a été d'opérer un rapprochement entre le Gouvernement Impérial et celui de la République. Également désireux de voir le conflit localisé dans la péninsule et d'éviter une guerre européenne, ils se sont entendus pour agir dans le même sens sur leurs alliés respectifs, la Russie et l'Autriche, et ils ont pris part en même temps aux démarches tentées, un peu tardivement, à Constantinople et dans les capitales des Balkans.

L'initiative prise personnellement par M. Poincaré en vue du rétablissement de la paix a reçu l'approbation et même les éloges de la presse allemande, quoiqu'elle ait trouvé qu'il était trop tôt pour parler d'une Conférence. Enfin le «Matin» a chanté les louanges de M. de Kiderlen, si l'on peut qualifier ainsi l'article qu'il lui a consacré.

Il était naturel que l'attention et les préoccupations du public des deux côtés des Vosges se détournassent des sujets habituels de discussion et de polémique pour se concentrer sur les événements balkaniques. Sans vouloir exagérer la portée de cette détente dans les relations de ces deux Puissances rivales, il est permis toutefois d'espérer que la communauté de vues existant entre elles servira puissament au rétablissement de la paix.

33.

BRUXELLES, 19. 11. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 12 novembre 1912, No. 1447.)

Affaires d'Orient.

La nouvelle des préparatifs militaires faits par l'Autriche-Hongrie et de la réunion d'un conseil de guerre à Budapest

à la suite de la décision prise par le Gouvernement serbe d'envoyer une colonne de troupes se saisir de Durazzo a provoqué hier une nouvelle panique, facile à prévoir, dans les bourses de Vienne et de Berlin.

Le Gouvernement impérial est parfaitement résolu à soutenir son alliée dans son opposition irréductible aux prétentions de la Serbie. Mais il s'en faut que cette fidélité à tenir les engagements soit du goût de tous les allemands. Les hommes d'affaires notamment observent avec une certaine irritation que les intérêts de la Triple-Alliance paraissent subordonnés aujourd'hui à ceux de l'Autriche-Hongrie, que c'est la diplomatie de cette Puissance qui mène en réalité la Triplice et qu'elle a, d'ailleurs, manqué de prévoyance dans la crise actuelle, car il eût été facile de donner à la Serbie, dès ses premiers succès, de sérieux avertissements qui auraient borné son ambition à la conquête de la vieille Serbie, voire même de faire occuper par des vaisseaux austro-hongrois les ports de l'Adriatique, objet de ses convoitises. L'entente parfaite avec l'Italie permettait l'exécution d'une semblable mesure de précaution. Ce qui paraît inquiétant ici c'est que le véritable meneur de la politique de l'Autriche-Hongrie n'est pas le Comte Berchtold, mais bien l'Archiduc héritier, auquel on attribue des sentiments belliqueux et intransigeants.

La presse de tous les pays est en grande partie responsable du manque de sangfroid du public et elle entrave au lieu de la faciliter, l'action des Gouvernements par les nouvelles sensationnelles et par les articles tendancieux qu'elle ne cesse de publier. Les Ambassadeurs s'en plaignent amèrement.

Un autre danger pour la paix européenne c'est l'activité des agents de la Russie, officiels ou secrets, qui sont soupçonnés à Berlin de faire une politique panslaviste dans les Balkans et d'exciter les vainqueurs d'aujourd'hui contre l'Autriche et l'Allemagne.

Néanmoins l'opinion personnelle des Ambassadeurs de la Triple-Entente reste très rassurante quant aux complications européennes que pourrait faire naître le conflit austro-serbe. Le langage de M. Asquith au Guildhall a obtenu l'approbation,

non seulement de toute la presse britannique, mais aussi celle de Berlin et de Paris. Le premier Ministre anglais a été l'organe plein de bon sens et de mesure de l'opinion publique générale. Un autre symptôme favorable, c'est le désir manifeste de la Bulgarie d'arriver à une entente avec l'Autriche pour la solution de toutes les questions soulevées par la guerre. C'est dans ce sens qu'on interprête ici le voyage de M. Danor à Budapest.

34.

BRUXELLES, 2. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 22 novembre 1912, No. 281.)

Relations austro-serbes.

La presse austro-hongroise a été pendant quelques jours extrêmement nerveuse par suite de l'incident relatif au Consul de Prizrend. En supposant que M. Kochaska ait commis les fautes qu'on lui reproche, l'isolement dans lequel il a été placé peut très difficilement se justifier; il semble que la Serbie ait manqué de prudence en provoquant ce conflit et en envenimant, pour une cause relativement peu importante, une situation déjà fort tendue. L'affaire est réglée pour le moment, le Cabinet de Belgrade ayant consenti à ce qu'un fonctionnaire du Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères fasse une enquête sur place. Il reste à connaître le résultat de cette démarche et si celle-ci n'amènera pas le Gouvernement Austro-Hongrois à formuler une demande d'excuses et de réparation qu'il serait peut-être difficile à faire accepter.

En ce qui concerne la question posée par l'Autriche au sujet de la prétention serbe d'obtenir un port sur l'Adriatique, le Cabinet de Belgrade ne paraît vouloir y répondre que lorsque la conclusion de la paix nécessitera le règlement définitif de toutes les questions soulevées par la présente guerre. Toutefois, il est bien décidé à maintenir cette prétention. L'expérience de ces dernières années a démontré l'insuffisance d'un port sur la mer Egée. En effet, le bétail embarqué à Salonique sur de petits bateaux à marche fort lente arrivait en Italie en

fort mauvais état, et une partie de la cargaison périssait en route. Il n'en serait pas de même pendant une courte traversée de l'Adriatique. Quant à un port sur la côte dalmate, on craint d'y voir l'exportation soumise aux mêmes difficultés et vexations qu'elle le fut à la frontière hongroise. La question a un intérêt vital pour les Serbes.

Comme l'Autriche a également besoin d'obtenir de la Serbie des facilités et des garanties pour l'exportation de ses marchandises vers Salonique, un esprit réciproque de bienveillance serait tout indiqué et avec un peu de bonne volonté une solution satisfaisante pourrait être trouvée. Elle consisterait peut-être à construire une ligne de chemin der fer Danube-Adriatique à travers la partie sud d'un Monténégro agrandi, de donner en outre à ce petit royaume le port de San Giovanni de Medua et de dire aux Serbes qu'ils aient à s'entendre avec leurs frères slaves. D'après une assez bonne source le Cabinet de Vienne serait disposé à se rallier à ce projet. Si la question du port pouvait être résolue de façon satisfaisante, on croit que la Serbie se résignerait à l'autonomie de l'Albanie.

Les critiques que les prétentions de la Serbe subissent de toutes parts, l'isolement dans lequel elle se trouve, doivent lui donner à réfléchir et la disposer à la conciliation. **Malheureusement le Gouvernement serbe paraît être quelque peu débordé par le parti militaire grisé de succès. On compte à Belgrade sur le soutien de la Russie. On va même jusqu'à espérer que dans la partie sud de la Monarchie un soulèvement se produirait en faveur des frères slaves. Il est certain qu'il existe dans ces contrées une certaine agitation fomentée par l'influence des comités panslavistes de la Russie. Il est d'ailleurs intéressant de constater que depuis quelque temps la Galicie est également sillonnée d'émissaires et d'espions cherchant à exciter les Polonais et Ruthènes contre le Gouvernement Autrichien, faisant entrevoir aux uns la possibilité du rétablissenent d'une Pologne indépendante et promettant aux autres le retour à la Russie. Ce n'est pas le Gouvernement du Czar qui provoque, dit-on, cette agitation. L'attitude de Mr. Sazonow, dont l'état de santé est malheureusement redevenue très précaire, reste parfaitement correcte. Ce**

ne serait pas à Saint-Pétersbourg, mais à Paris qu'il faudrait chercher l'auteur de ces intrigues. Mr. Iswolsky, ne pouvant oublier l'échec que le Comte Aerenthal lui a fait subir lors de l'annexion de la Bosnie-Herzégovine, serait sans cesse préoccupé de prendre une revanche.

On ne peut nier qu'il existe ici une certaine préoccupation. Comme toujours ce sont les articles à sensation de la presse et son langage exagéré qui excitent les esprits. Toutefois les cercles officiels se montrent très calmes; le Comte Berchtold a prononcé devant les deux délégations des discours très réservés et très prudents. On voudrait évidemment pouvoir éviter la guerre; quant aux dispositions particulièrement belliqueuses de l'Archiduc héritier, il y a là une vieille légende que rien ne vient justifier. Il est vrai qu'on procède sous main à certains préparatifs militaires et qu'on renforce les garnisons aussi bien dans les provinces du sud qu'en Galicie, mais il n'y a pas là de mobilisation proprement dite: on ne veut pas être pris au dépourvu.

35.

BRUXELLES, 2. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 24 novembre 1912, No. 284.)

Tension des relations austro-serbes.

L'Archiduc héritier vient de passer quarante huit heures auprès de l'Empereur d'Allemagne. Il s'agissait d'une partie de chasse prévue et le fait n'avait rien d'anormal. Mais la rapide excursion que le chef de l'état major de l'armée austro-hongroise a fait au même moment à Berlin pour y conférer avec son collègue de l'armée allemande a produit ici une véritable sensation. La démarche du Lieutenant-Général Chemna devait rester ignorée. Elle a été connue par une indiscrétion. On prétend maintenant que ce n'était que la répétition toute naturelle de l'entrevue qui a lieu tous les ans entre ces généraux, mais cette explication paraît fort improbable et on attribue au contraire à la dite entrevue une grande importance, démontrant la gravité de la situation politique actuelle. Déjà

vers la fin de l'été il avait été question d'un essai de mobilisation en Russie auquel il fallait, disait-on, n'attacher aucune importance. **Depuis lors et notamment depuis quelques jours les journaux autrichiens parlaient, en termes d'ailleurs assez vagues, de rassemblements de troupes dans la Pologne russe et constataient le ton haineux et agressif de la presse moscovite à l'égard de l'Autriche-Hongrie. Depuis hier on est ici beaucoup plus précis. On affirme que des forces russes très importantes sont massées le long des frontières allemandes et autrichiennes et que trois divisions de cavalerie, fortes chacune de six régiments, sont prêtes, à la première alerte, à entrer en Galicie.**

Quoique défense sévère soit donnée à la presse par les deux Gouvernements de la Monarchie de publier une nouvelle quelconque relative à des dispositions militaires, on ne cache plus ici qu'on a recours à des mesures du même genre. Les congés sont révoqués, les officiers renvoyés à leurs régiments et les trois corps d'armée du Nord considérablement renforcés.

Toutes ces dispositions ne cadrent guère avec les affirmations pacifiques du Ministre russe des Affaires Etrangères et l'ordre donné tout récemment par l'Empereur Nicolas à son Ministre de la Guerre de déclarer faux tout bruit de mobilisation. **Mais il semble que le Gouvernement du Czar serait sur le point de se sentir débordé par l'opinion publique et qu'il se croirait obligé de prendre certaines précautions préventives. D'aucuns même émettent l'avis que la question serbe serait refoulée au second plan et que l'agitation des Comités panslavistes aurait pour but une attaque directe contre l'Autriche-Hongrie.**

Quelque malveillantes que les dispositions régnant dans le monde panslaviste puissent être à l'égard de l'Autriche-Hongrie, il est cependant impossible de provoquer une guerre devant presque nécessairement mener à une conflagration générale, sans une cause ou tout au moins un prétexte plausible. Ce serait évidemment la question serbe qui devrait le fournir.

Un compromis paraît encore parfaitement réalisable. D'après certains renseignements, en effet, une nouvelle proposition émanant de Mr. l'Ambassadeur d'Italie à Paris et de Mr. le Président du Conseil des Ministres français aurait reçu ici un

accueil assez favorable. Elle consisterait à internationaliser une bande de terrain et un port sur l'Adriatique et de mettre le tout à la disposition de la Serbie.

Le Ministère de la Guerre austro-hongrois, toutefois, vient de décréter la mobilisation (rappel de trois classes de réservistes) de neuf corps d'armées, soit les 1r, 2e, 6e, 10e et 11e pour la Galicie et les 7e, 10e, 13e et 16e pour le sud de la Monarchie.

36.

BRUXELLES, 2. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Paris du 24 novembre 1912, No. 3485.)

Affaires d'Orient. Conflit austro-serbe.

Le Gouvernement français paraît soucieux de la situation internationale, bien qu'il continue à croire qu'aucune grande puissance ne désire la guerre.

Il est difficile de prévoir comment finira le conflit austro-serbe. Les deux parties paraissent également décidées à ne pas reculer: l'on ne voit pourtant pas bien d'où vient l'insistance de l'Autriche, s'il ne s'agit pas uniquement d'une raison d'amour-propre.

Ce qui inquiète le monde politique français, c'est que la guerre entre l'Autriche et la Serbie entraînerait vraisemblablement la guerre générale, attendu que l'Allemagne a promis à son alliée le concours de ses armes, et que, dans ces conditions, l'opinion publique russe pousserait sans doute le Gouvernement de St. Pétersbourg à entrer en ligne, — et cela, avec une telle force qu'il lui serait difficile de résister.

Le Cabinet de Vienne explique ses mouvements de troupes par des nécessités intérieures; et il est incontestable que les Slaves de l'Empire se remuent beaucoup et sont assez menaçants.

On prétend même que les Serbes reçoivent de ces congénères des encouragements incessants, et que ces démarches doivent avoir une certaine influence sur l'opiniâtreté du Cabinet de Belgrade.

Si la guerre n'éclate pas, on est convaincu à Paris que la situation balkanique ne pourra se régler que par un congrès. Dès le mois d'octobre dernier, le Gouvernement français avait fait une proposition en ce sens; à cette époque, le Gouvernement allemand avait réservé sa réponse: il semble que, depuis lors, il ait reconnu la nécessité d'un congrès, car on croit savoir qu'il s'est entretenu déjà avec ses alliés du programme que l'on pourrait assigner à cette réunion: différend austro-serbe, limites de l'Albanie, le sort à faire à Constantinople et à Salonique, les îles de la Mer Egée.

La visite que vient de faire à Berlin l'héritier de l'Empire d'Autriche peut être considérée, jusqu'à un certain point, comme une affirmation de l'entente des deux Gouvernements; mais elle était inutile, car l'Empire d'Allemagne a fait savoir à Belgrade qu'il se tiendrait à côté de son allié. **D'autre part, on ne peut douter que l'Empereur Guillaume n'ait engagé son hôte à se montrer conciliant et aussi pacifique que possible.**

Si la question d'Asie se mêlait aux problèmes devant lesquels se trouve aujourd'hui l'Europe, il en résulterait une terrible complication. Une certaine agitation se manifeste déjà en Arménie où l'on tourne les yeux vers St. Pétersbourg: il est à souhaiter que ce mouvement ne s'étende pas.

37.

BRUXELLES, 5. 12. 12.

(Extraits d'un rapport de Belgrade du 26 novembre 1912, No. 134.)

Conflit austro-serbe. Albanie.

Le point de vue autrichien a beaucoup varié depuis le commencement de la guerre balkanique. Le Cabinet de Vienne avait toujours considéré comme un intérêt essentiel de maintenir une séparation géographique entre les royaumes de Serbie et de Monténégro, en ne permettant à aucun d'eux la prise de possession du Sandjak de Novi-Bazar.

Les Serbes et les Monténégrins, au début des hostilités, en vue de ménager les susceptibilités de la Monarchie voisine,

se tinrent éloignés de sa frontière, dont ils ne se rapprochèrent que lorsqu'ils s'aperçurent qu'on les laissât faire.

La première Puissance qui reconnut publiquement la faillite du principe du statu quo balkanique fut l'Autriche-Hongrie; et elle abandonna en même temps ses préventions contre la formation d'un bloc slave au sud de l'Empire. Mais, à Vienne, on insistait sur les garanties que la Serbie aurait à donner pour la sauvegarde des intérêts économiques de la Double-Monarchie.

Dès que le succès des armes serbes laissa entrevoir, pour le royaume, la possibilité de s'ouvrir une voie vers l'Adriatique en annexant une partie de l'Albanie, tout l'effort de l'Autriche tendit à faire à ce projet une opposition irréductible.

En fait, la chancellerie viennoise a obtenu, sous ce rapport, l'appui direct ou indirect de toutes les grandes Puissances. La Russie elle-même, pour ne pas troubler l'entente européenne, a fait déclarer à Belgrade qu'elle ne pourrait pas soutenir jusqu'au bout les prétentions serbes en Albanie.

On a été déçu ici de voir la Russie se joindre aux autres Puissances pour empêcher la réalisation des aspirations nationales; mais on ne croit pas, pour cela, que tout espoir soit perdu. On se dit sans doute que le sentiment panslaviste fort excité en ce moment, ne permettra pas aux Russes de laisser violenter la Serbie. On trouve un autre motif d'encouragement dans l'expérience toute récente qui a démonté la fragilité de la volonté de l'Europe. Pourquoi, suggère-t-on, les faits accomplis n'auraient-ils pas la même éloquence en Albanie qu'en Macédoine?

On semble donc espérer que, sous l'influence des événements, il se produira dans l'opinion européenne un revirement favorable aux revendications serbes. On se rend bien compte à Belgrade que l'union des Puissances est purement formelle et qu'elle ne résisterait pas à l'action séparée de l'une d'entre elles. Si l'Italie s'est associée à l'Autriche dans la question albanaise, c'est surtout pour éviter que son alliée ne soit tentée d'intervenir isolément. On soupçonne que toutes deux se réservent l'Albanie pour se la partager entre elles, dans le cas

d'une liquidation générale de l'Empire Ottoman qui procurerait, en Asie, aux autres Puissances, des avantages territoriaux auxquels elles ne pourraient pas prétendre.

Dans les milieux balkaniques, on considère l'érection de l'Albanie en Etat indépendant comme une création artificielle destinée à perpétuer, dans la péninsule, la situation troublée qui existait sous le régime turc. Ce serait un foyer d'agitation où les passions nationales seraient constamment tenues en éveil par les intrigues étrangères et, par conséquent, un voisinage dangereux, pour les autres Etats balkaniques. C'est pourquoi ceux-ci envisageraient une telle solution comme provisoire, au même titre que la constitution d'une Macédoine autonome. L'Europe aurait ainsi travaillé à entretenir un état de malaise dont elle a souffert depuis longtemps, et qui ne serait appelé à disparaître qu'au moyen d'une nouvelle guerre, laquelle pourrait entraîner une conflagration générale.

En résumé, jusqu'à présent, la diplomatie autrichienne a abandonné, l'un après l'autre, les principes sur lesquels elle prétendait baser sa politique orientale. Il ne serait donc pas impossible que la Serbie finît par gagner sa cause, si l'Europe trouvait une formule propre à sauvegarder la dignité de l'Empire austro-hongrois.

38[1]).

BRUXELLES, 7. 12. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 30 novembre 1912, No. 1500.)

Conflit austro-serbe.

Le voyage de l'Archiduc Héritier d'Autriche en Allemagne, bien qu'il ait eu pour prétexte un déplacement de chasse motivé par une invitation de l'Empereur a eu cette année une importance particulière, étant donnés la guerre balkanique et le conflit entre l'Autriche-Hongrie et la Serbie. L'Archiduc a dit à Berlin que la monarchie austro-hongroise était arrivée à la limite des concessions qu'elle pouvait faire à sa voisine. L'Em-

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, Nr. 96, S. 112.

pereur et ses conseillers ne lui ont pas moins prodigué des conseils de modération.

Peu de jours après le départ de François Ferdinand, a paru dans la Norddeutsche Allgemeine Zeitung un communiqué officieux, rédigé à la Wilhelmstrasse et destiné à rassurer les esprits que la nouvelle des préparatifs militaires de l'Autriche avait affolés. Il n'y a pas de doute que l'Empereur, le chancelier et le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères ne soient passionnément pacifiques. L'article de la Norddeutsche a causé un certain mécontentement à la Cour de Vienne. L'Archiduc-Héritier ne s'attendait pas, au lendemain de son voyage, à une déclaration aussi nette de la part de l'Allemagne et il s'en est plaint ici. Quels que soient les projets de M. de Kiderlen-Wächter destinés à concilier à son pays les sympathies des jeunes Puissances balkaniques, un fait absolument certain c'est qu'il veut fermement éviter une conflagration européenne. La politique allemande se rapproche sur ce point de celle de l'Angleterre et de la France, toutes deux résolument pacifiques et, si les sujets de polémique continuent d'être journaliers entre la presse de Paris et celle de Berlin, celle-ci a adopté un ton beaucoup plus conciliant à l'égard de la Grande Bretagne et de Sir Edward Grey en particulier.

Les relations entre les Gouvernements allemand et britannique sont meilleures qu'elles n'avaient été depuis longtemps et même, à ce qu'assure l'Ambassadeur de France, une détente très favorable au maintien de la paix se produit aussi entre les Cabinets de Berlin et de Paris.

Amener l'Autriche à se montrer plus traitable, comme on croit ici que le Gouvernement Impérial y a réussi, cela ne suffirait pas pour apaiser le conflit. Il faut encore faire fléchir la résistance opiniâtre de la Serbie à une diminution de ses prétentions. A la fin de la semaine dernière, le bruit courait dans les chancelleries européennes que M. Sassonow renonçait à lutter contre le parti de la Cour qui veut entraîner la Russie dans une guerre, quoique le sol de l'Empire russe soit miné par la révolution et sa préparation militaire encore insuffisante. Mais depuis que le Czar a reçu en audience

particulière l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie une impression de confiance a succédé à l'énervement de la semaine passée. M. Sassonow s'est, paraît-il, ressaisi et il joue activement auprès de la Cour de Belgrade le même rôle que la diplomatie allemande auprès de la Cour de Vienne. Sous l'influence des conseils russes l'intransigeance serbe va-t-elle se plier à un compromis dans la question du port de l'Adriatique? Or c'est là le nœud de la question. On est donc optimiste dans le monde diplomatique de Berlin. Mais on s'attend encore à recevoir de temps en temps des nouvelles, très alarmistes, auxquelles on devra d'autant moins ajouter foi qu'elles seront probablement l'œuvre des diplomates turcs. Le projet d'une conférence d'ambassadeurs qui aurait pour but de déblayer le terrain en amenant une entente préalable entre les six grandes Puissances pour la solution des questions importantes, telles que celle des îles de la Mer Egée et celle de l'Albanie, à laquelle est fatalement liée la question d'un port serbe sur l'Adriatique, a trouvé un accueil favorable à Berlin. L'idée de Sir Edward Grey répond à une préoccupation de M. de Kiderlen-Wächter qui s'est plaint à diverses reprises de perdre un temps précieux et de n'aboutir à aucun résultat par des échanges de vues de Cabinet à Cabinet. En les concentrant dans une seule capitale et en les confiant à diplomates expérimentés, on arriverait sans doute à un accord qui rendrait plus facile la tâche du Congrès appelé plus tard à régler les questions soulevées par la guerre actuelle.

39.

BRUXELLES, 7. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 4 novembre 1912, No. 194.)

L'interview de M. Sazonow au sujet de la Roumanie.

Les déclarations contenues dans l'interview que M. Sazonow a accordée à un rédacteur du «Ruskoie Slavo» ont causé ici une vive satisfaction. L'approbation donnée à l'attitude qu'ob-

serve la Roumanie depuis le début de la guerre constitue un succès pour elle non seulement en ce qui concerne l'appui que ce «satisfacit» laisse présager de la part de la Russie, mais encore en ce qu'il justifie le Gouvernement (et par gouvernement il faut entendre la Couronne qui l'inspirait directement et exclusivement) vis-à-vis de l'opposition qui critiquait sa passivité.

Le Représentant de la Russie assurait récemment le Gouvernement Roumain que l'on était disposé à Saint-Pétersbourg à seconder ses efforts pour obtenir les compensations auxquelles le pays pourrait éventuellement prétendre. Même initiative était venue de Paris, en dépit de remarques assez désobligeantes du «Journal des Débats», auxquelles M. Poincaré fit d'ailleurs mettre fin immédiatement. De l'inquiétude où l'on était plongé, il y a peu de temps encore, on a donc passé à la confiance. Le point noir que l'on apercevait du côté de la Néva s'est à tel point effacé qu'un de mes collègues, reçu tout dernièrement en audience par Sa Majesté, m'a assuré s'être laissé dire par Elle qu'«il n'y a plus de point noir que du côté de l'Autriche». Singulier et soudain revirement des choses où l'on voit les rapports russo-roumains empreints de méfiance évoqués par le Ministre des Affaires Etrangères de Russie pour affirmer qu'ils sont de nouveau consolidés et que la Roumanie ne peut qu'y gagner, alors que l'Autriche-Hongrie dont on assurait que la Roumanie recevait tous ses conseils, est toujours restée muette depuis le début de la guerre.

Quoiqu'il en soit, le contact entre les Puissances sur l'objet et les conséquences de leur intervention est ininterrompu; et de ce qu'il se prolonge, M. Poincaré qui, paraît-il, n'osait pas trop l'espérer, en tire un heureux augure. M. Sazonow semble confirmer cette impression dans son interview.

Au pont des Chantres comme ailleurs, on prévoit que le retour à l'ancien état de choses est impossible. Mais sur le «statu quo» une nouvelle théorie a pris naissance au Ballplatz, où l'on entendait plus désormais donner à cette formule l'acceptation ministérielle et l'initiative du maintien des frontières des Etats balkaniques telles qu'elles existaient avant les hosti-

lités, mais bien un sens plus large qui serait le maintien de l'équilibre politique tel qu'il était établi avant la guerre. On pourrait, de la sorte, concéder des agrandissements territoriaux dans la mesure où, par exemple, la Bulgarie augmentée d'un vilayet turc ne renverserait pas à son profit l'équilibre tel qu'il existait jusqu'ici par rapport à la Roumanie.

Un journal étranger croit pouvoir publier les prétentions de la Roumanie en cas de remaniements territoriaux assurant des avantages à la Bulgarie et à la Serbie; ce sont les suivantes: Garanties pour les Koutzo-Valaques de Macédoine au cas où cette province serait partagée entre la Serbie et la Bulgarie; renonciation de la Bulgarie à ses anciennes aspirations sur la Dobroudja; cession du fort de Silistrie et rectification de la frontière. Cette rectification, partant du fort de Silistrie, suivrait la route, établie sur une crête de montagnes, qui aboutit à Baleik au nord de la mer Noire. Elle augmenterait le territoire roumain d'une façon insignifiante; mais en revanche elle aurait une importance stratégique évidente par la cession de Silistrie, et elle apporterait une grande amélioration dans les relations de voisinage entre les deux pays.

Ces prétentions, modestes d'ailleurs, concordent absolument avec ce qu'on a dit, il y a plus de quinze jours déjà, des ambitions de la Roumanie. Il y a donc quelque raison de croire qu'elles peuvent correspondre à peu près à la réalité.

L'interview de M. Sazonow contient enfin une sorte d'assurance au profit de la Roumanie de la part des Etats balkaniques. Le Ministre des Affaires Etrangères, en effet, exprime la certitude que «ces Etats comptent avec elle comme un facteur politique important» et que la Bulgarie, notamment, «ne créera pas une situation qui lui rendrait difficile le maintien de son attitude loyale». De la part de l'Empire, protecteur des Etats balkaniques, ces paroles spontanées ont un prix dont on est justifié de se réjouir ici.

40.

BRUXELLES, 13. 12. 1912.

(Extrait d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 6 décembre 1912, No. 494.)

Relations austro-russes.

Les mesures militaires qui se poursuivent en Russie, avec autant d'activité que de mystère, prouvent qu'on peut se préparer à toutes les éventualités, tout en souhaitant ardemment la paix, et même en y croyant. Ce désir et cette confiance sont également sincères dans l'esprit du Gouvernement russe — et cela pour différentes raisons.

Le Ministre de l'Intérieur a dit récemment qu'il ne pouvait répondre des événements, si la guerre éclatait. M. de Bethmann-Hollweg a déclaré d'autre part la résolution de l'Allemagne d'aider l'Autriche si elle était attaquée. Le Gouvernement russe qui pensait naguère encore que l'Allemagne ne se lancerait pas dans une guerre pour la question des Balkans a dû se rendre à l'évidence. Enfin, bien des officiers et parmi eux plusieurs des plus sérieux, estiment que le matériel de l'armée n'est pas à la hauteur des circonstances. D'ailleurs l'impression prévaut ici que la Serbie modère insensiblement ses prétentions. Les propos récents de M. Pachitch en témoignent: les exhortations de M. de Hartwig devenu enfin plus docile aux instructions de Pétersbourg y contribuent.

L'armée, cependant, souhaite la guerre. Elle y voit l'occasion de racheter la campagne russo-japonaise. L'enjeu de cette dernière laissait le peuple russe indifférent: l'animosité contre l'Autriche, au contraire, unit toutes les classes de la nation. Cette rancune remonte jusqu'au commencement du XIXe siècle, à l'occupation par les troupes autrichiennes de Cattaro, évacué par l'Empereur Alexandre; pour le grand public, au Congrès de Berlin, qui valut à l'Autriche plus d'avantages territoriaux qu'à la Russie et aux épisodes de la rivalité austro-russe dans les Balkans. **On exprime moins le désir de soutenir la Serbie que de «régler les comptes».**

41.

BRUXELLES, 24. 12. 1912.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 16 décembre 1912, No. 1560.)

Négociations de paix. Osman Nizami Pacha à Berlin.

Osman Nizami Pacha, Ambassadeur de Turquie à Berlin s'est arrêté quelques heures en cette ville en se rendant à Londres. Il a été reçu par M. de Kiderlen-Waechter qui a été mécontent du langage que lui a tenu le délégué ottoman à la conférence de la paix.

Nizami Pacha, en sa qualité de militaire est partisan de la reprise des hostilités, si les alliées persistent dans leurs prétentions. Il a vanté la réorganisation de l'armée ottomane qui a soif d'une revanche et s'est dit persuadé qu'elle l'obtiendra. M. de Kiderlen s'est appliqué à modérer ces sentiments belliqueux. **L'Allemagne désire fermement la conservation de la paix européenne et la première condition de son maintien, c'est le rétablissement de la paix balkanique.** La Turquie n'aurait rien à gagner à une conflagration générale. Si elle s'est fortifiée de façon à pouvoir soutenir une guerre défensive, on croit à Berlin qu'elle n'est pas en état de prendre l'offensive contre un ennemi qui occupe lui aussi de très fortes positions; la reprise des hostilités n'amènerait vraisemblablement que des sacrifices inutiles et coûterait des torrents de sang dépensés en pure perte. C'est là le thème que le Secrétaire d'Etat a développé à Nizami Pacha avec une conviction qui a dû faire impression sur l'esprit de son interlocuteur.

A la légation de Bulgarie on croit à des négociations longues et difficiles, mais on a bon espoir dans leur résultat. Il m'a semblé que cette espérance était faite surtout du désir que les pourparlers ne soient pas rompus. L'armée bulgare semble être épuisée par ses victoires. Elle sera obligée, si elle doit lutter encore, de mettre en ligne des conscrits de 18 à 19 ans, n'ayant que quelques semaines de préparation militaire.

En ce qui concerne l'attitude de l'Autriche-Hongrie, la même incertitude continue de régner ici. A l'Ambassade Impériale on assure que le Gouvernement austro-hongrois est disposé à

faire à la Serbie de larges concessions dans le règlement de leurs rapports économiques, mais qu'il se montrera inflexible dans la question du port de l'Adriatique et dans celle de l'intégrité du territoire destiné à composer la principauté d'Albanie ce qui exclu toute idée d'abandonner à la Serbie une bande de terrain pour la construction d'un chemin de fer la reliant à l'Adriatique. On se demande si le Cabinet de Vienne résistera au désir de donner une leçon à la Serbie dont l'attitude a lassé sa patience.

42.

BRUXELLES, 24. 12. 1912.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 16 décembre 1912, No. 303.)

La question albanaise. Les relations austro-serbes.

Les Etats alliés balkaniques auront non seulement à vaincre les difficultés relatives à la conclusion de la paix avec la Turquie et au partage des contrées conquises, mais ils devront aussi se défendre contre les tendances qui vont se faire jour pour la constitution d'une Albanie autonome. On paraît décidé à déclarer ce nouvel Etat neutre sous la garantie des Puissances. Mais quelles en seront les limites et comment pourra-t-on s'entendre pour les établir? Déjà une carte a été publiée qui comprendrait Janina au Sud-ouest, Prizrend et même Uskub au Nord-est. En ce qui concerne cette dernière ville la prétention est par trop exagérée, mais, sous cette réserve, il y a tout lieu de croire que l'Autriche-Hongrie soutiendra les prétentions des Albanais dans une mesure aussi large que possible au grand détriment des visées serbes, monténégrines et grecques.

Quant au conflit austro-serbe pour la question du port sur l'Adriatique, il devient de moins en moins douteux qu'on devra accepter à Belgrade la solution sur laquelle les Puissances auront établi un accord, mais il serait extrêmement désirable que cette solution fut telle que la Serbie put s'y soumettre de bonne grâce. Il faudrait arriver à un compromis satisfaisant plus ou moins les deux Etats et dans ce but on devrait montrer à Vienne des dispositions un peu conciliantes. Il semble qu'on aurait d'autant plus

d'intérêt à le faire qu'on veut obtenir de la Serbie des facilités et des garanties pour «la libre route commerciale vers Salonique».

Malheureusement on ne voit jusqu'à présent aucun symptôme permettant de croire qu'on est disposé à entrer dans cette voie. Or, si la Serbie doit se soumettre dans la question du port à une solution par trop pénible, non seulement elle n'ira pas au devant des désirs de l'Autriche-Hongrie, mais elle se laissera peut-être entraîner à des représailles, par exemple en proclamant un «boycott» de marchandises provenant de la Monarchie. Il en résulterait la continuation d'une situation extrêmement tendue qui risquerait fort de dégénérer tôt ou tard en un conflit armé. C'est ce dont on se rend évidemment compte ici. Le Ministre des Affaires Etrangères austro-hongroises ne cache d'ailleurs pas son appréhension à ce sujet. L'animosité contre la Serbie était déjà grande avant ces derniers événements. La blessure d'amour-propre infligée par ses succès militaires a été trop brusque et trop vive et toute avance faite serait considérée comme trop humiliante. C'est dans cet état des esprits que réside le danger.

Le parti militaire profite de cette situation pour dire bien haut qu'il faut apporter une solution définitive à la question serbe et le fait est qu'on s'arme ici comme si la guerre était absolument imminente. On continue à rappeler les réservistes dans une mesure qui équivaut presque à une mobilisation générale. Les officiers en service actif complètent leur équipement au point de vue d'une campagne d'hiver. Les autres achètent tout ce qui leur est nécessaire en prévision d'un prochain appel. Ceux qui sont dans les garnisons le long des frontières ont reçu l'ordre d'éloigner leurs familles. Tous sont à peu près convaincus qu'ils vont se battre et c'est tout au plus s'ils admettent qu'on cherchera à traîner les choses en longueur de manière à ne devoir entrer en campagne qu'au printemps. Le changement de Ministre de la Guerre et surtout le retour du Général Conrad von Hötzendorff au poste de chef de l'état major n'ont pu qu'accentuer cet état des esprits.

Etant donné les assurances pacifiques de la Russie et la

probabilité que la Serbie devra céder dans la question du port, il semble qu'il y ait dans ces préparatifs quelque chose d'illogique et d'exagéré. Si c'est une démonstration de parade destinée à intimider l'adversaire, elle coûtera fort cher au pays et aurait été d'autant moins nécessaire qu'une attaque de la Serbie est dans tous les cas, fort improbable.

Il faudrait admettre au contraire que, décidé à ne faire aucune concession et prévoyant l'impossibilité d'une complète entente, ce soit ici le parti militaire qui l'emporte et qu'on ait contre l'Etat voisin des intentions agressives.

C'est entre ces deux suppositions qu'il faut, semble-t-il, chercher l'explication de cette attitude de l'Autriche-Hongrie, attitude belliqueuse en apparence, mais qu'elle serait sans doute fort satisfaite de pouvoir modifier.

43.

BRUXELLES, 3. 1. 1913.

(Extrait d'un rapport de Paris du 29 décembre 1912, No. 3840.)

Conflit austro-serbe.

Les cercles politiques parisiens se montrent encore très soucieux de la situation générale. Ils espéraient, ces derniers jours, un commencement de démobilisation en Autriche; et rien n'est survenu.

Ils admettent parfaitement que l'Empire dualiste est le «grand vaincu» de la crise balkanique. Il doit renoncer jusqu'à un certain point à son programme de cinquante ans: la poussée vers l'est; Salonique lui échappe, et le renforcement slave dans les Balkans constituera une puissance d'attraction dangereuse pour ses provinces orientales. L'Autriche a pu croire de bonne foi, au début de la crise, que la Russie esquissait une mobilisation; mais elle a dû revenir de cette erreur; une partie de ses armements peuvent avoir un but intérieur et elle trouve plus prudent d'enrôler les jeunes gens des provinces slaves et polonaises où l'esprit public est assez excité; mais il est extraordinaire et inquiétant qu'elle n'ait pas marqué par un affaiblisse-

ment de ses moyens militaires, les preuves qu'elle a reçues récemment des dispositions conciliantes de la Serbie.

On dit que l'Autriche n'entend pas changer d'attitude avant que l'on ait procédé à la délimitation de l'Albanie; c'est précisément cette interprétation qui est alarmante, car elle marque l'antagonisme continuel qui existe entre les intentions conciliantes et pacifiques du Comte Berchtold et les visées du parti militaire.

L'autonomie de l'Albanie et l'accès de la Serbie sur l'Adriatique par un simple port de commerce constituent un succès pour le Cabinet de Vienne et sont acceptés aujourd'hui par l'Europe; mais maintenant surgit la question de Scutari: que nous réserve demain?

Ce qui peut donner confiance dans le maintien de la paix générale, c'est l'attitude des Puissances. **Toutes veulent sincèrement la paix, et l'Empereur Guillaume se distingue tout particulièrement par ses intentions pacifiques. On a la confiance que si un conflit surgissait encore entre l'Autriche et la Serbie, la Russie resterait neutre, et par conséquent l'Allemagne n'aurait pas à intervenir. Mais on se demande si le Cabinet de Pétersbourg, poussé par les panslavistes, pourra encore longtemps supporter les concentrations de troupes autrichiennes le long de ses frontières. Jusqu'ici il s'est borné à garder sous les armes une classe de milice; les bruits qui circulent depuis deux jours au sujet de nouveaux armements de la Russie sont faux; mais ne deviendraient-ils pas vrais?**

44.

BRUXELLES, 16. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de Londres du 19 décembre 1912, No. 712.)

Articles du «Daily News» sur l'attitude à prendre par l'Angleterre en cas de conflit européen.

Le «Daily News» a publié dernièrement de fréquents articles priant le Gouvernement de Londres de déclarer hautement qu'un conflit éventuel au sujet de la crise orientale n'intéresse pas la Grande Bretagne et que si les Grandes Puissances se laissent

entraîner à la guerre, l'Angleterre ne les suivrait pas. Ce journal reflète les idées d'un parti assez nombreux dans les rangs de la gauche avancée, dit «le parti de la paix à tout prix». Il est en principe favorable à des arrangements amicaux avec l'Allemagne et critique constamment la cordiale entente avec la France, de nature à pousser le Royaume-Uni dans des aventures.

Le Gouvernement n'a rien dit ou fait pour encourager les vues dont il s'agit. M. Asquith et Sir E. Grey ont, au contraire, souvent parlé de la fidélité de l'Angleterre à ses amitiés et à ses engagements.

Le Foreign Office désavoue de son côté toute responsabilité pour les articles de ces organes de la presse. Un diplomate a récemment fait une tentative directe auprès de Sir E. Grey, en vue de lui faire dire si oui ou non, l'Angleterre se considérerait comme solidaire de la France et de la Russie dans un conflit européen, suscité par le différend austro-serbe. Comme on pouvait s'y attendre, le Ministre des Affaires Étrangères s'est contenté de lui répondre: «Cela dépendrait des circonstances» et s'est refusé à entrer dans d'autres explications.

Dans les milieux politiques anglais on remarque une grande répugnance à voir l'Angleterre participer à une guerre européenne, tempérée par deux considérations: l'idée de ne pas abandonner la République si elle était injustement attaquée par l'Allemagne et surtout la pensée que si la France devrait jamais être écrasée par les forces impériales le tour de ce pays-ci viendrait ensuite.

45.

BRUXELLES, 18. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 7 janvier 1913, No. 19.)

Affaires d'Orient.

La question du port serbe paraît aujourd'hui réglée. D'autre part, les Puissances seraient d'accord quant à l'agrandissement de territoire de la Grèce, lequel comprendrait Janina. Quant aux limites nouvelles de la Serbie, outre l'acquisition d'une partie du Sandjak, la majorité des Puissances serait disposée

à fixer comme frontière ouest le cours de la Drina, tandis que la Serbie réclame entre elle-même et l'Albanie, un tracé plus occidental, à savoir la ligne de séparation des eaux.

En ce qui concerne le Monténégro, l'Autriche estime que l'Albanie doit s'étendre au Nord jusqu'aux frontières de la Tchernagora. La Russie, au contraire, soutient le Monténégro dans son désir d'annexer le Nord de l'Albanie, y compris Scutari.

En elle-même la question, n'affectant pas directement les intérêts de la Russie, paraîtrait d'ordre secondaire, n'était l'influence en haut lieu du parti militaire intransigeant. Par suite, tout le pacifisme des Ministres de l'Empereur ne peut imposer silence à ceux qui proclament l'impossibilité de reculer une fois de plus devant l'Autriche. L'affaire se compliquera peut-être de ce que l'Italie pourrait difficilement se rallier à l'attitude antimonténégrine de la monarchie dualiste.

Tout récemment, le Gouvernement de Pétersbourg a fait une démarche courtoise auprès de celui de Vienne et lui a représenté la situation difficile que crée la persistance de l'Autriche à rester sur un pied de mobilisation. La réponse fut que rien ne pouvait être changé avant le règlement de la question d'Albanie. Le Gouvernement russe est donc obligé de continuer, lui aussi, ses préparatifs militaires.

46.

BRUXELLES, 21. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 8 janvier 1913, No. 53.)

La question de la paix dans les Balkans. — La situation internationale.

On ne croit pas dans les sphères officielles que la guerre puisse recommencer dans les Balkans; les grandes Puissances sont unanimes pour ne pas le vouloir, et il semble que le Gouvernement ottoman demande seulement qu'on lui force la main.

L'accord des Puissances est complet quant au sort d'Andrinople qui est d'ailleurs à la veille de capituler. L'entente est moins parfaite en ce qui concerne les îles de l'Archipel; mais

celles-ci sont nombreuses et prêtent par conséquent à des combinaisons de nature à satisfaire chacun.

Les armements de l'Autriche ne sont plus un sujet d'inquiétude depuis les explications loyales que le Cabinet de Vienne a données sur ce point à celui de St. Pétersbourg. La Russie ne désarme d'ailleurs pas.

De grosses difficultés sont encore à régler telles que les frontières de l'Albanie et le différend roumano-bulgare qui n'a pas fait un pas jusqu'ici; mais on peut espérer que l'Europe unanime et pacifique empêchera les ruptures dangereuses.

47.

BRUXELLES, 22. 1. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 13 janvier 1913, No. 102 et du 13 janvier 1913, No. 103.)

Guerre des Balkans. Intervention des Puissances.

Les milieux officiels français se montrent maintenant aussi pessimistes qu'ils étaient optimistes il y a huit jours.

Les Puissances, dit-on, sont d'accord pour faire une démarche à Constantinople, invitant la porte à céder Andrinople aux Bulgares; mais l'on sait déjà que le Gouvernement ottoman ne cèdera pas. Qu'arrivera-t-il ensuite? Pourra-t-on retrouver cet accord pour employer des moyens coërcitifs vis-à-vis de la Turquie?

Les Turcs connaissent toutes les divisions qui subsistent entre les grandes Puissances; et la question roumaine les engage à la résistance: ils spéculent, comme ils l'ont toujours fait, sur le défaut d'entente de l'Europe.

Le désaccord entre la Roumanie et les Bulgares est aussi très grave et très dangereux: le Cabinet de Bucarest se montre d'une grande intransigeance que l'on peut se demander à quel mobile et à quels conseils il obéit.

Il semble que le seul moyen de sortir de l'impasse serait un coup de force de l'armée roumaine s'emparant de Silistrie. Il y aurait alors un fait accompli devant lequel il serait plus facile

aux Bulgares de s'incliner que d'accepter la nécessité d'une cession bénévole.

Mais il est à craindre que le très pacifique Gouvernement russe ne soit plus maître de l'opinion publique surexcitée en ce moment, et qu'il soit contraint de prendre fait et cause pour les Bulgares. En admettant même qu'il ne prenne que des mesures conservatoires, de simples précautions, peut-on espérer que l'Autriche n'en fera pas au moins autant?

Si les sphères officielles françaises sont maintenant pessimistes, les milieux turcs de Paris témoignent, de leur côté, d'un profond découragement. Leur pays, disent-ils, est abandonné par l'Europe qui lui demande tous les sacrifices, s'acharnant sur les vaincus. La Porte, ajoute-t-on ne cèdera pas Andrinople, même sous la pression des Puissances: céder serait pour elle un suicide. Elle ne désire certes pas la reprise des hostilités, mais ne la redoute pas non plus: son armée est maintenant dans de bonnes conditions, qu'elle ne connaissait pas au commencement de la guerre. Les Turcs apprécient l'intérêt qu'ont les Puissances de voir les hostilités terminées. «Mais pourquoi, disent-ils, devons-nous faire tous les frais? Que l'Europe s'adresse aux alliés et leur recommande d'être plus modérés.»

48.

BRUXELLES, 1. 2. 1913.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg, le 13 janvier 1913, No. 32.)

Roumanie et Bulgarie. Médiation russe.

Les conversations entre M. Sazonow et le Ministre de Bulgarie à St. Pétersbourg ont amené un nouveau résultat. Il est à peu près décidé qu'outre la cession territoriale déjà signalée et la renonciation à toute prétention sur la Dobroudja, le Gouvernement de Sophia reculera la frontière bulgare au sud de Mangalia, donnant ainsi à la Roumanie toute l'extension de côte nécessaire pour construire un port très vaste. Ainsi dis-

paraîtra le grief principal du Gouvernement de Bucarest, lequel se plaignait de n'avoir pas de port militaire.

Le Tzar Ferdinand et son Cabinet demanderont des engagements à la Roumanie, en échange de ce qu'ils considèrent comme une preuve de magnanimité. D'après eux, en effet, le Roi Carol et son peuple n'ont rien fait pour mériter le présent qu'on leur offre. Loin de rester neutre pendant la guerre, la Roumanie a constamment fait passer par son territoire des armes et des munitions pour l'armée turque. La Bulgarie exigerait donc, en cas de reprise des hostilités, l'appui militaire, si possible, et en tout cas diplomatique de sa voisine du nord.

La force principale de M. Sazonow réside dans sa loyauté et dans la confiance qu'il inspire. Il a tout naturellement assumé le rôle de conciliateur entre les Royaumes bulgare et roumain. Les Ministres de ces Etats à Pétersbourg font valoir auprès de lui, tour à tour, leurs arguments. L'Envoyé de Roumanie est venu lui montrer, par exemple, un vieux document dont il ressort qu'en 1390, Mircea, prince de Valachie, prenait, dans un traité avec le Roi de Pologne, le titre de «despote de Silistrie».

Il est prématuré de dire que les bons offices de M. Sazonow en faveur du Gouvernement de Bucarest ébranlent dès à présent les relations étroites de l'Autriche-Hongrie avec le royaume moldo-valaque. Celui-ci, néanmoins, serait excusable de prêter l'oreille aux avances de Pétersbourg, et aux encouragements que donne la Russie à ses visées, chimériques peut-être, mais tenaces sur la Bukovine et la Transsylvanie. Resserrée désormais entre les deux adversaires de l'Autriche, l'Empire moscovite et le bloc des Puissances balkaniques agrandies, la Roumanie se trouve actuellement à ce qu'on est convenu d'appeler «un tournant de route».

49.

BRUXELLES, 3. 2. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 27 janvier 1913, No. 237.)

La situation internationale et la question balkanique.

Le Quai d'Orsay envisage la situation internationale d'une façon plutôt optimiste.

Il est évident que le pronunciamento de Constantinople a remis en question bien des choses qui semblaient réglées; l'avenir est incertain et des complications sont possibles; mais jusqu'ici l'accord des grandes Puissances reste entier. Les conversations que les Ambassadeurs de France ont eues, ces jours-ci, à Berlin et à Vienne sont, à ce point de vue, pleinement satisfaisantes.

On s'attend à ce que la réponse du Gouvernement ottoman constitue un refus de céder Andrinople; les Puissances y répondront-elles par une nouvelle note ou laisseront-elles marcher les alliés? Aucune décision n'est encore prise à cet égard. Quant à une démonstration navale, elle est peu probable; l'Allemagne ne voudrait pas s'y associer, et il est même douteux que l'on ait le concours de l'Autriche-Hongrie.

Jusqu'ici aucun fait n'indique des préparatifs pour une contre-révolution à Constantinople; mais il est certain que le parti qui a pris le pouvoir ne s'appuie sur aucun élément sérieux et n'a pas d'hommes. Le langage tenu récemment aux Ambassadeurs par le nouveau Grand Vizir a été navrant, incohérent. Le Sultan serait défavorable à l'entreprise d'Enver Bey.

On ne croit pas au Quai d'Orsay que ni l'Allemagne, ni l'Autriche avancent de l'argent à la Turquie. Avant la révolution, la France avait proposé de donner une certaine somme, relativement minime, à la Porte pour payer les fonctionnaires; mais depuis le pronunciamento, elle est résolue à ne plus faire aucune avance.

Il reste vrai qu'aucune Puissance ne désire la guerre; on ne croit pas que l'Autriche fasse exception, et on semble toujours porté à croire que le renforcement de l'armée de l'Empire dualiste

vise plus l'ennemi du dedans que celui du dehors; on craint toujours à Vienne des mouvements des populations slaves.

Les journaux de Berlin et de Vienne insinuent que la France et la Russie ne seraient pas fâchés de saisir l'occasion pour procéder à un partage de la Turquie d'Asie. Le fait est absolument démenti au Quai d'Orsay; on fait, au contraire, tous les efforts possibles pour empêcher la question d'Asie de venir à l'ordre du jour; mais on ne trouve pas mauvais que cet épouvantail soit présenté par la presse à la Turquie; cela complète le sens de la note remise à la Porte par les Puissances qui lui promettaient, si elle cédait aux conseils qui lui étaient donnés, de veiller à la sauvegarde des autres parties de l'Empire ottoman.

50.

BRUXELLES, 20. 2. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 11 février 1913, No. 166.)

Limitation des armements navals. Déclarations de l'amiral von Tirpitz. Bruit d'une conférence africaine à Berlin.

Le bruit soulevé dans la presse européenne par les déclarations de l'amiral von Tirpitz à la Commission du budget de l'Empire, l'importance qu'on leur a attribuée, les conséquences qu'on en a tirées ont dépassé sans doute l'attente et le désir du Gouvernement Impérial. La Gazette de Cologne, par un communiqué, suivi d'un article plus étendu paru le 10 février dans le No. 156, a été chargée de préciser l'interprétation qu'il faut donner aux paroles du Secrétaire d'Etat pour la marine.

Il ne s'agit pas de conclure avec la Grande-Bretagne une convention réglant la proportion à établir entre les navires de guerre des deux nations. De trop grandes difficultés, techniques et autres, s'opposeraient à la conclusion d'un pareil instrument diplomatique. En reconnaissant que la proportion de 10 à 16 ou de 2 à 3 était acceptable, l'amiral von Tirpitz ne visait que les dreadnoughts ou plutôt les escadres qu'ils composent; il n'apprenait d'ailleurs rien de nouveau à ses auditeurs, car cette proportion avait été énoncée et déclarée admissible par son

collègue anglais, le Secrétaire d'Etat pour la Marine W. Churchill dans un discours datant du mois de mars de l'année dernière. Le rétablissement de cordiales relations entre l'Allemagne et l'Angleterre ne dépend pas d'une convention limitant leurs armements maritimes. Le maintien d'une proportion raisonnable dans la construction de leurs unités de combat doit être au contraire une conséquence de l'amélioration des relations entre les deux peuples.

On peut répondre à la Gazette de Cologne qu'il ne tenait qu'au Gouvernement Impérial de ne pas donner communication à la presse des déclarations de l'amiral qui avaient un caractère confidentiel. S'il a agi autrement, c'est qu'il voulait sans doute fournir une preuve de sa bonne volonté à satisfaire les Anglais dans une question qui les intéresse si profondément et faire un premier pas considérable dans la voie du rapprochement. Le langage tenu vendredi dernier par l'amiral à la commission du Reichstag est nouveau, quoi qu'en dise la Gazette de Cologne; ni M. de Bülow, ni M. de Schoen, ni M. von Tirpitz lui-même, ayant à parler au Reichstag de la question de la limitation des constructions navales, n'avaient fait antérieurement une aussi grande concession au Gouvernement britannique. L'acceptation d'une proportion dans le nombre des dreadnoughts constitue donc une base — comme la Gazette de Cologne le reconnait elle-même — sur laquelle on peut arriver à un accord amical pour la solution de tous les problèmes possibles.

Il fallait d'ailleurs s'attendre à voir cet événement, grossi par les exagérations de la presse, être la cause d'une volée de fausses nouvelles, parmi lesquelles celle de la réunion d'une conférence africaine à Berlin. Ce bruit est démenti dans les cercles bien informés. L'Allemagne, y dit-on, a trop de difficultés à résoudre en ce moment en Europe, pour vouloir s'y créer d'autres en Afrique.

51.

BRUXELLES, 1. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 17 février 1913, No. 108.)

Russie et Autriche.

Il y a peu de jours encore, on pouvait se féliciter de ce que l'antagonisme austro-russe ne fut pas fixé sur un point assez défini pour créer un péril imminent. Ce danger est aujourd'hui plus proche, la querelle roumano-bulgare ayant atteint la période critique. Une intervention décidée du Gouvernement russe, à laquelle Mr. Sazonow craint d'être entraîné en faveur de la Bulgarie, amènerait logiquement celle de l'Autriche en faveur de la Roumanie.

Le ton des grands journaux est inquiétant, et leurs menaces se précisent. L'article du «Fremdenblatt» qui déclarait les Etats balkaniques capables de se développer désormais par leurs moyens propres, est généralement très mal accueilli. La «Novoie Vremia» y voit une insulte à la Russie, et une invitation à se désintéresser des Balkans.

Le «Rietsch» estime que l'Autriche prétend au patronage exclusif des royaumes slaves et que l'échange de lettres entre les deux Empereurs a plutôt empiré la situation. D'après ce journal, les différends austro-russes sont sur le point de prendre une forme concrète et ne pourront se résoudre que par les armes.

Ces gazettes et d'autres encore commentent avec triomphe la réponse impériale au télégramme que les convives du dernier banquet slave ont envoyé à Sa Majesté.

Le Ministre de l'Intérieur, à quelques jours de distance, a interdit, puis autorisé les «Banquets slaves». Le télégramme envoyé au Tsar exprimait «l'amour des Russes pour leurs frères qui combattent dans les Balkans, leurs sentiments de loyalisme envers le Trône, et l'espoir que la Russie place dans son Auguste Souverain».

Le télégramme envoyé en réponse, par ordre de l'Empereur, remerciait les convives pour leurs sentiments de sympathie exprimés à la cause balkanique.

52[1]).

BRUXELLES, 5. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 21 février 1913, No. 482.)

Mr. Poincaré et la politique nationaliste;
le nouvel ambassadeur à St. Pétersbourg.

La nouvelle de la prochaine nomination de M. Delcassé au poste d'Ambassadeur à Pétersbourg a éclaté hier après-midi, comme une bombe. Les journaux en donnaient la mention en même temps que le texte du message de M. le Président de la République. Il semble que la coïncidence était voulue; dans tous les cas, elle fut très remarquée et exerça une action déprimante sur la bourse.

La personnalité de M. Delcassé est très connue et assez significative. Il fut un des artisans de l'alliance russo-française et, plus encore, de l'amitié franco-anglaise.

Les incidents de son départ forcé du Quai d'Orsay sont présents à la mémoire de tous. Au bout de quelques années, lorsque M. Delcassé prit le Ministère de la Marine, on disait de toute part, que son retour au pouvoir n'était pas mal vu à Berlin, et l'Ambassade d'Allemagne le proclamait très haut.

Le mois dernier, des amis de l'éminent homme d'Etat, allaient le répétant, pour l'hypothèse où, au Congrès de Versailles, après d'éventuels scrutins inutiles, on eut voulu faire élire M. Delcassé comme outsider. Il n'était un secret pour personne qu'il le désirait; mais bien des hommes politiques eussent redouté ce choix dans la crainte de l'apparence d'une manifestation anti-allemande.

Il ne faut pas nécessairement donner cette interprétation au choix du nouvel ambassadeur à Pétersbourg. Cependant, il n'a sans doute pas déplu à M. Poincaré, le Lorrain, d'affirmer, dès le premier jour de sa magistrature, son souci de se montrer ferme et de tenir haut le drapeau du pays.

Dans les moments troublés où se trouve l'Europe, c'est là le danger qu'offre la présence de M. Poincaré à l'Elysée. C'est

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 99, S. 116.

sous son ministère que se sont réveillés les sentiments militaires du peuple français. On a vu sa main dans cette modification; il faut espérer que son esprit politique, pratique et froid, le défendra contre toute exagération dans cette voie.

L'accroissement notable des armements de l'Allemagne, qui survient au moment de l'entrée à l'Élysée de M. Poincaré, va augmenter le danger d'une orientation trop nationaliste de la politique de la France.

53[1]).

BRUXELLES, 6. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Londres du 24 février 1913, No. 113.)

Les armements en Allemagne et en France.

Les milieux politiques ont été émus et l'imagination du public fortement frappée par les vastes projets militaires de l'Allemagne, et plus encore peut-être par la réponse si prompte et si ferme de la France. Les deux gouvernements sont prêts à faire des sacrifices financiers considérables et paraissent soutenus par l'opinion dans les deux pays où seuls les socialistes font entendre une voix discordante.

La presse anglaise veut naturellement endosser à l'Allemagne la responsabilité de la nouvelle tension qui résulte de ses projets et qui peut apporter à l'Europe des sujets d'inquiétude nouveaux.

Beaucoup de journaux estiment que le Gouvernement français, en se déclarant prêt à imposer le service de trois ans, et en nommant M. Delcassé à Saint-Pétersbourg, a adopté la seule attitude digne de la Grande République en présence d'une provocation allemande.

Au Foreign Office, la position est appréciée d'une manière plus équitable et plus calme. On voit dans le renforcement des armées allemandes, moins une provocation que la constatation d'une situation militaire amoindrie par les évènements et qu'il importe de renforcer. Le Gouvernement de Berlin se voit obligé de reconnaître qu'il ne peut plus compter comme au-

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 100, S. 117.

paravant, sur l'appui de toutes les forces de son alliée autrichienne, depuis l'apparition dans le sud-est de l'Europe d'une puissance nouvelle, celle des alliés balkaniques, établie sur les flancs mêmes de l'Empire dualiste.

Loin de pouvoir compter en cas de besoin sur tout l'appui du Gouvernement de Vienne, c'est à celui-ci vraisemblablement que l'Allemagne devra prêter le sien. En cas de guerre européenne, elle devrait tenir tête à ses ennemis sur deux frontières, celle de l'est et celle du sud-ouest et diminuer peut-être ses propres forces pour aider l'armée autrichienne. **Dans ces conditions, on ne trouve rien d'étonnant à ce que l'Empire allemand éprouve le besoin d'accroître le nombre de ses corps d'armée. On dit au Foreign Office que le Gouvernement de Berlin avait très franchement exposé au Cabinet de Paris les motifs précités de son action.**

54.

BRUXELLES, 13. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Londres du 4 mars 1913, No. 122.)

Armements allemands et français.

Les projets militaires prêtés à la France, à l'Allemagne et à la Russie causent ici beaucoup d'émotion. A mesure que les bruits dont il s'agit se confirment et que les détails de ces plans sont révélés, on se rend compte combien la situation révèle dans ses flancs de possibilités inquiétantes pour l'avenir.

Lorsque les trois Puissances auront accompli les sacrifices financiers qu'elles ont résolu de s'imposer, — chacune ayant augmenté le nombre de ses troupes, leur situation respective, au point de vue des forces militaires, n'aura guère changé.

Seulement il est à craindre qu'après avoir fait un effort pécuniaire pareil, les peuples, bien décidés à ne pas continuer dans cette voie, ne se laissent aller à l'idée que la guerre est devenue une nécessité, et qu'il n'y a rien à gagner à patienter. C'est un grand danger. Ici, les deux partis politiques envisagent le problème de façon très différente: l'opposition se montre

plutôt favorable à un accroissement de l'armée, malgré les sacrifices que cette réforme pourrait entraîner, et même, s'il le faut, à une alliance avec la France. Si nous laissons écraser la France, dit la presse conservatrice, notre tour viendra ensuite. Le Gouvernement, au contraire, estime que la marine est assez forte pour toutes les éventualités probables et préfère l'entente à l'alliance, comme étant de nature à lui laisser plus de latitude. **Certes le cabinet de Londres, dans certaines circonstances, pourrait devoir envoyer des troupes au secours de la République, par exemple si celle-ci était injustement attaquée, ou sur le point d'être anéantie par l'Allemagne. Mais d'autre part, si la France était la provocatrice, si le réveil chauvin que l'on remarque avait pour effet à Paris quelque défi à l'Empire allemand, le Gouvernement anglais serait heureux de pouvoir dire: « il n'y a pas d'alliance, l'entente ne nous oblige pas à tirer l'épée dans tous les cas, et ici la France est dans son tort.»**

Il est intéressant de noter le ton de l'article de fond du Times d'hier, sur l'esprit nouveau. **Il met les amis français en garde contre le chauvinisme provocateur, rappelle l'hystérie des foules parisiennes en 1870 et dit clairement qu'on parle trop en ce moment de l'Alsace-Lorraine. L'Angleterre n'approuverait pas une guerre de revanche. La Triple-Entente a pour but la paix et pour base l'équilibre européen et le statu quo. Cet article réflète sans doute les vues du cabinet britannique et constitue un véritable avertissement au Gouvernement de la République.**

55.

BRUXELLES, 22. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 8 mars 1913, No. 304.)

Allemagne et France.

L'Ambassadeur d'Italie à Berlin, M. Pansa, vient d'être mis à la retraite sur sa demande. Des divergences de vue avec son Gouvernement au sujet de la Guerre italo-turque, qu'il avait blâmée, ne pouvant pas prévoir que l'entrée en scène des Etats balkaniques transformerait en une opération avantageuse pour

l'Italie une campagne dont la durée menaçait de ruiner à la fois ses finances et son prestige militaire, l'avaient déterminé à donner sa démission il y a un an. Maintenu à son poste contre son désir, il a eu la satisfaction de contribuer l'automne dernier au renouvellement anticipé de la Triple-Alliance, et, en prenant un repos mérité par quarante années du service le plus actif, il emporte avec lui l'estime du Souverain auprès duquel il avait représenté avec honneur le Roi Victor Emmanuel et les regrets unanimes de ses collègues.

Son successeur, M. Bollati, est aussi un diplomate de carrière, qui vient d'occuper pendant six ans à Rome le poste de Secrétaire Général du Ministère des Affaires Etrangères. Il connait donc tous les ressorts et tous les secrets de la politique extérieure italienne et il deviendra vraisemblablement, comme son prédécesseur, persona gratissima à Berlin. Son arrivée a coïncidé avec l'envoi précipité de M. de Flotow à Rome. Le bruit court ici dans le corps diplomatique que ce n'est pas une pure coïncidence et que des négociations seraient engagées avec la Consulta en vue de **donner à l'Italie un rôle plus important dans la Triple-Alliance, de même que le caractère défensif de l'Alliance franco-russe est présumé devoir se modifier prochainement pendant la mission de M. Delcassé à Saint-Pétersbourg.** Ce bruit ne doit pas être accueilli sans réserve; mais il ne parait pas dénué de vraisemblance. On ne sait pas au juste si le nouveau champ d'action ouvert à l'Italie dans les opérations de la Triplice sera le bassin oriental de la Méditerrannée (où la possession de Rhodes, comme base navale, lui serait assurée), ou bien les colonies françaises de l'Afrique du nord ou bien encore la frontière des Alpes. En cherchant à justifier les renforcements de l'armée allemande par la diminution de l'appui que lui prêterait éventuellement l'Autriche-Hongrie, obligée désormais de tenir en respect ses voisins balkaniques, on a passé sous silence ou complètement oublié la coopération militaire de l'Italie. C'est la conséquence de la circonspection excessive montrée par les troupes italiennes dans leur campagne en Lybie. Elles ne seraient cependant pas un facteur négligeable sur un champ de bataille européen et le Gouvernement Impérial songe peut-

être à leur procurer une occasion de se réhabiliter, tout en contraignant l'armée française à s'affaiblir par l'envoi d'un fort contingent sur la frontière italienne.

Ces intentions prêtées par plusieurs diplomates accrédités à Berlin, généralement bien informés, aux dirigeants de la politique allemande prouvent qu'on continue à envisager ici l'éventualité d'un conflit avec la France comme une chose possible et même prochaine. Et cependant, il n'y a peut-être entre Berlin et Paris qu'une déplorable méprise, une erreur entretenue par la presse des deux pays. Mr. Schiemann, par exemple, dans la Gazette de la Croix, écrivait encore mercredi dernier qu'il n'y a aucun doute que l'alliance franco-russe ne soit une combinaison ayant une pointe agressive dirigée contre l'Allemagne. Quant aux projets belliqueux attribués à cette dernière, il suffit d'ouvrir chaque matin un journal parisien pour s'en rendre compte. **De pareils desseins cadrent mal avec le caractère profondément religieux et pacifique de l'Empereur, dont le mysticisme semble s'affirmer de plus en plus dans les nombreux discours que Sa Majesté a l'occasion de prononcer cette année. Les glorieux souvenirs d'il y a cent ans, quand l'Allemagne luttait victorieusement pour recouvrer son indépendance et jetait sur les champs de bataille les fondements de son unité nationale y sont naturellement évoqués. Mais l'Empereur voit toujours dans ces évènements le doigt de Dieu qui a récompensé le peuple allemand de sa foi religieuse, en le délivrant du joug étranger. Ce n'est pas là le langage d'un homme qui médite des projets de guerre et de conquête.**

L'esprit des classes dirigeantes est loin, en revanche, d'être aussi pacifique. La haine de la France leur a été enseignée à l'école en même temps que le sentiment de la grandeur de l'Allemagne, destinée à dominer l'Europe. Cette hostilité et cet orgueil national leur font considérer une guerre avec leur voisin de l'ouest comme un mal nécessaire, inévitable, en vue d'assurer la suprématie allemande et de briser tous les obstacles, au moyen desquels la diplomatie de la République cherche à empêcher le développement de leur pays. Quand l'Empire s'appuiera sur l'armée active la plus colossale qu'on ait jamais vue, on peut

se demander si les idées pacifiques du Chef de l'Etat ne seront pas une digue insuffisante pour contenir l'exaltation et l'ardeur guerrière des classes supérieures de la nation.

56.

BRUXELLES, 25. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Sofia du 14 mars 1913, No. 54.)

Préparatifs de l'assaut final d'Andrinople. Les victoires bulgares et les méthodes et munitions françaises.

Des télégrammes parus dans les journaux français ont appris aux habitants de Sofia que le bombardement d'Andrinople reprenait avec une vigueur nouvelle grâce aux canons de siège du Creusot qui récemment arrivés feraient merveille. La prise de Janina a donc stimulé l'Etat Major; quoi qu'il en coûte, il semble qu'il va se décider à enlever la place d'assaut. Des renseignements recueillis dans les milieux militaires et journalistiques étrangers permettent de le supposer. C'est ainsi qu'à Sofia on prépare le plus de lits possibles pour recevoir les blessés. Mais selon sa coutume l'Etat Major veut que le public ignore ses plans jusqu'à leur réalisation; de cette façon, s'ils échouent, il est toujours temps de dire qu'il ne s'est agi que de tâter le terrain et non pas d'une opération à grande envergure. Il paraîtrait cependant que la belle résistance de Chukry Pacha touche à sa fin. Le rationnement se fait sévère à Andrinople et journellement 100 à 200 soldats turcs se livrent volontairement aux lignes bulgares qui, à certains endroits ne sont plus qu'à quelques centaines de mètres des remparts de la ville.

On voit de nouveau réapparaître à cette occasion la légende lancée en France au début de la guerre que les succès bulgares sont des victoires françaises et une défaite pour les méthodes et l'armement allemands. Les officiers bulgares n'ont pas fait leurs études en France comme le prétendent les journaux parisiens. La majorité s'est formée en Russie, quelques-uns en

Italie et d'autres, et non des moindres, font honneur à l'enseignement qui leur a été donné en Belgique à l'école de guerre ou à l'école d'application. L'artillerie, il est vrai, provient du Creusot; si elle a été adoptée, cela tient aux sentiments francophiles du Souverain qui l'a en quelque sorte imposée à l'Etat Major qui s'en montrait peu enthousiaste, et à la pression diplomatique de la France qui faisait de l'acceptation de ce matériel la condition de l'émission d'un emprunt bulgare à Paris. Le résultat des batailles ne permet pas de conclure à l'infériorité balistique du canon Krupp; il ne prouve qu'une chose: la supériorité du pointeur bulgare, et si celui-ci avait eu à faire campagne avec des pièces allemandes son succès eut été le même. Les accusations d'incurie lancées contre von der Goltz Pacha ne sont pas plus sérieuses. Le soin de réorganiser l'armée ottomane lui a été confié peu après la révolution turque. En 4 ans il ne pouvait constituer une armée digne de ce nom. C'est à partir de la chute de l'ancien Sultan que la politique a commencé à s'emparer du corps d'officiers. Jeunes-turcs, vieux-turcs et francs-maçons en ont détruit ainsi la cohésion. Au même moment on a commis la faute irréparable d'enrôler les populations chrétiennes. Ce sont ces soldats qui à Kirk-Kilisse ont les premiers donné le signal de la débandade et amené l'écroulement de la puissance militaire turque. En Bulgarie l'on est plus prudent: les Musulmans peuvent se racheter moyennant une taxe annuelle de 20 francs. Pour ce qui concerne les vivres, l'habillement, les médicaments, tous de provenance allemande, l'armée turque avait une supériorité évidente sur sa rivale, et celle-ci a été bien heureuse de trouver tout ce qui lui manquait dans les magasins abandonnés par l'ennemi. L'armée turque a péri par la politique et, même instruite par les officiers français, sa défaite était inéluctable.

57[1]).

BRUXELLES, 27. 3. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 18 mars 1913, No. 338.)

Les préliminaires de la paix balkanique.

Les conditions inacceptables posées par les Etats balkaniques pour la conclusion de la paix s'expliquent par la certitude qu'ils ont de l'impossibilité où se trouvent les grandes Puissances de leur imposer leurs volontés.

D'après les informations du monde diplomatique de Berlin, un accord complet règnerait à Londres entre les Ambassadeurs qui ont reçu le mandat de préparer des solutions aux questions soulevées par la continuation des hostilités. Mais aucun d'eux n'est autorisé à rédiger un protocole, à tracer, même une virgule, sur une feuille de papier, sans l'assentiment préalable de son Gouvernement, et l'entente entre les différentes Puissances, qu'on jugeait trop longue et trop difficile à établir par des négociations entre Cabinets, ne parait pas plus aisée aujourd'hui à obtenir, depuis qu'on a recours au moyen suggéré par Sir Edward Grey et qu'on a constitué la réunion des Ambassadeurs accrédités à Londres comme une sorte de conseil délibératif, destiné à concilier les divergences de vues et à préparer le terrain pour une action commune des Puissances.

C'est précisément là que gît la difficulté de l'entente. Les désirs des Puissances ne peuvent se réaliser qu'à l'aide d'une pression exercée sur les Etats balkaniques. Jusqu'à présent l'unanimité fait défaut, dès qu'il s'agit de passer aux moyens d'action. On le sait à Sophia, à Belgrade et à Athènes, et cette inertie des grands Etats, qui s'est manifestée après les premières victoires des alliés, encourage ceux-ci à se montrer intransigeants.

Ils y sont poussés aussi par l'attitude de la Russie. **Les représentants des Etats balkaniques à Berlin ne font plus mystère aujourd'hui des liens étroits qui n'ont jamais cessé d'exister entre leurs Gouvernements et le Cabinet de Saint-Pétersbourg.**

---

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 102, S. 119.

Lui seul était au courant de l'alliance conclue entre eux et ils ont marché de l'avant que nantis de son approbation. La diplomatie russe tient pour ainsi dire en laisse celle des alliés qui reçoit d'elle ses instructions et va prendre son mot d'ordre. Mais la diplomatie russe a beaucoup varié elle-même depuis le commencement des hostilités. **Dans les milieux politiques français on ne cache pas combien il est difficile de compter sur l'esprit brillant mais versatile des hommes qui dirigent l'empire allié de la France. On s'y plaint en particulier, à maintes reprises, de l'influence conservée par M. Iswolsky, lequel poursuit une revanche personnelle contre l'Autriche-Hongrie et s'efforce de brouiller les cartes, quand celle-ci paraît gagner la partie.**

A Berlin on croit cependant que la guerre approche de son terme, parce que les alliés, malgré le «bluff» dont ils abusent, sont très désireux de traiter. On croit que la question de Scutari se résoudra conformément à la volonté du Cabinet de Vienne appuyé par l'Allemagne et l'Italie, d'annexer cette place à l'Albanie et en dépit des tergiversations de la Russie qui ne peut se décider à abandonner le Monténégro. Quant aux îles de la mer Egée, il paraît impossible de mobiliser une escadre internationale afin d'en chasser les Grecs qui connaissent la valeur de l'axiome «Beati possidentes». Enfin, en présence de l'obstination de la Bulgarie à réclamer une indemnité de guerre on se demande si la résistance de la France et de l'Allemagne ne fléchira pas et si dans les pourparlers qui seront engagés à Paris sur ce point spécial on ne trouvera pas moyen de donner quelques satisfactions au Cabinet de Sophia.

On est venu ici à désirer la chute d'Andrinople pour hâter l'acquiescement de la Turquie à des exigences qu'on juge d'ailleurs excessives et le maintien du Cabinet jeune-turc contre les essais de soulèvement d'une partie des officiers pour trouver des Ministres qui consentent à signer l'acte de déchéance de la domination ottomane en Europe.

58.

BRUXELLES, 10. 4. 1913.

(Extrait d'un rapport de Constantinople du 28 mars 1913, No. 89.)

La chute d'Andrinople: La situation présente.

La chute d'Andrinople a causé ici beaucoup d'abattement, mais l'on s'inquiète surtout de voir les Bulgares continuer leurs opérations à Tchataldja.

Jusqu'ici les combats dans cette région n'avaient pas eu une très grande importance, les Bulgares s'étant bornés à refouler sur leurs lignes de défense les Turcs qui avaient occupé plusieurs positions avancées. Mais à présent il paraît probable que l'ennemi se prépare à forcer ce dernier rempart de Constantinople. L'on croit ici dans la plupart des cercles diplomatiques que la Russie n'est pas étrangère à ce mouvement.

Le Cabinet de Saint-Pétersbourg paraissait désirer sincèrement, il y a quelques semaines encore, voir la paix rétablie dans la péninsule balkanique. **Maintenant on le soupçonne d'encourager, sous main, le Gouvernement à Sophia à continuer la lutte; son but serait d'arriver à greffer la question des détroits sur celle des Balkans.**

Plusieurs des attachés militaires ici croient que l'ennemi ne possède pas actuellement les moyens d'attaque suffisants à Tchataldja pour forcer cette ligne de défense et qu'il ne pourrait réussir qu'en faisant venir la grosse artillerie qui a servi devant Andrinople. Cela prendrait plusieurs semaines.

Si d'ici là l'action diplomatique de l'Europe ne réussit pas à rétablir la paix, une grande bataille décidera vers la fin d'avril à Tchataldja de l'existence de l'Empire ottoman.

Le ressentiment s'accentue parmi les partisans de l'entente libérale aussi bien que parmi les officiers de l'armée contre les Unionistes que l'on rend responsables — et non sans raison — de la situation lamentable de l'Empire. Les ennemis de Mahmand Chefket Pacha semblent pourtant disposés à le laisser au pouvoir jusqu'à la conclusion de la paix, ne voulant pas renouveller la faute des jeunes Turcs qui, en renversant Kiamil Pacha la veille du jour où il allait conclure la paix se sont mis dans une position intenable.

59.

BRUXELLES, 12. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 31 mars 1913, No. 184.)

Guerre des Balkans. La chute d'Andrinople. Le conflit roumano-bulgare.

La prise d'Andrinople et la possibilité d'une marche sur Constantinople donnent un nouvel essor à l'enthousiasme des panslavistes russes. Le Général bulgare Dimitriew a été acclamé à la sortie du «Te Deum», et fêté à une réception du Grand État Major. La police a craint un moment de voir les étudiants manifester aux abords de l'Ambassade d'Autriche. A l'issue des «banquets slaves», on a salué la prise prochaine de la capitale turque, et un télégramme a été envoyé au «Times», critiquant le discours de Sir Edward Grey, proclamant que l'opinion russe n'admettait pas qu'on limitât les conquêtes slaves, et déclarant qu'une pareille attitude nuisait aux sympathies russes envers la Grande Bretagne.

Quant à la presse: la «Novoie Vremia» et les journaux de même tendance conseillent aux alliés de continuer leur marche victorieuse sur Constantinople, — et confondent les succès bulgares avec le triomphe de l'idée russe. Les uns voient déjà la capitale ottomane remise aux mains de la Russie: les autres l'abandonnent aux Bulgares, et se contentent des «clefs de la Mere Noire» assurées à la flotte russe. **La «Novoie Vremia» cependant prédit que cette fois encore la diplomatie russe tremblera devant l'Angleterre, «qui considère que tous les détroits du monde ont été donnés par Dieu à la Grande Bretagne».**

Beaucoup de journaux influents, d'autre part, — le «Rietsch» en tête, déconseillent aux alliés de continuer leur marche, estimant utopique l'idée de la possession définitive de Constantinople par les Slaves.

Aujourd'hui se tient la première conférence des Ambassadeurs à Pétersbourg, pour la médiation entre la Roumanie et la Bulgarie. Les délégués de ces deux Etats restent dans la

coulisse et ne sont pas admis aux délibérations. On examinera la proposition qui consiste à couper Silistrie en deux. La division ne pourrait se faire que parallèlement à la frontière et non perpendiculairement, à cause du pont que les Roumains réclament sur le Danube. Le Ministre de Roumanie a pour instructions de demander Silistrie comme condition «sine qua non». M. Sazonow, au contraire, déclare avoir appris de Bucarest que le Gouvernement du Roi Carol est disposé à s'incliner devant la décision des Ambassadeurs.

L'élément de conciliation est représenté par M. Sazonow. On comprend malaisément pourquoi le Cabinet roumain a décliné l'offre bienveillante que ce Ministre lui a faite à deux reprises, ces derniers temps, d'interposer officiellement ses bons offices entre les deux pays intéressés. Il est douteux que l'intervention collective des six Puissances, s'exerçant à Saint-Pétersbourg, amène une solution plus favorable pour la Roumanie.

60[1]).

BRUXELLES, 12. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 4 avril 1913, No. 422.)

Scutari—Conflit austro-monténégrin.

L'incident de Scutari est sans doute le plus grave qui se soit produit au point de vue européen depuis l'ouverture des hostilités balkaniques. Que le Roi du Monténégro s'entête dans sa résistance aux sommations de l'Autriche-Hongrie et à la pression des Puissances, cela se comprend du reste. Il joue sa couronne par suite de ses insuccès militaires, et il n'a chance de la conserver contre une révolution intérieure, conséquence probable de l'exaspération de ses sujets, qu'en devenant à leurs yeux la victime de la politique austro-hongroise. Mais il ne peut poursuivre le siège de Scutari qu'avec la coopération des Serbes. Or la façon dont ses derniers reçoivent les réclamations du Cabinet de Vienne ne s'explique que par l'appui qu'ils croient trouver à St. Pétersbourg. Le chargé

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 103, S. 120.

d'affaires de Serbie disait ici récemment que son Gouvernement ne serait pas allé de l'avant depuis six mois, sans tenir compte des menaces autrichiennes, s'il n'y avait pas été encouragé par le Ministre de Russie, M. de Hartwig, un diplomate de l'école de M. Iswolsky. Il faut avouer que l'événement a donné jusqu'à présent raison à l'audace aventureuse du Cabinet de Belgrade.

La politique russe témoigne une hésitation qui aggrave singulièrement la situation européenne. M. Sazonow est de cœur avec ses collègues qui dirigent la politique des Grandes Puissances, mais il sent son influence sur le Tzar battue en brèche par le parti de la Cour et par les Panslavistes. De là, les contradictions de sa conduite. Il adhère à Londres par l'organe de l'Ambassadeur de Russie au concert européen décidé à mettre à la raison le Monténégro, et il hésite à donner officiellement à la France le mandat de représenter son alliée russe dans le blocus des côtes monténégrines.

Qu'on soit las à Paris de ces tergiversations, cela ne fait pas de doute, mais on y subit en maugréant les conséquences de l'alliance et on se laisse entraîner dans une voie qui peut conduire à une guerre générale. A Berlin on n'est pas au fond plus satisfait de la direction imprimée à la Triple-Alliance dans la question balkanique par le Cabinet de Vienne, mais on fait meilleure figure et on envisage avec sang-froid les complications qui peuvent en résulter. Dans les déclarations pleines de réserve faites hier par le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères à la commission du Reichstag, le seul point sur lequel M. de Jagow se soit exprimé avec une netteté qui ne laisse aucun doute quant aux intentions de l'Allemagne, c'est l'appui que celle-ci est résolue de prêter jusqu'au bout à son alliée, l'Autriche-Hongrie.

On ne pense pas dans le monde diplomatique de Berlin, ou plutôt on n' espère plus que la démonstration navale devant Antivari empêchera la continuation du siège de Scutari et l'assaut final auquel les Monténégrins et les Serbes se préparent activement. Si la place tombe entre leurs mains, il faudra autre chose qu'un simple blocus et des sommations

inutilement répétées pour les en déloger. L'entrée des troupes autrichiennes sur un territoire balkanique, plutôt serbe que monténégrin, parce qu'en Serbie des opérations militaires seraient plus faciles qu'au Monténégro, motiverait une intervention de la Russie et déchaînerait peut-être une guerre générale. C'est une éventualité tellement grave qu'elle ferait reculer — on l'espère du moins ici — les deux Puissances, de la décision desquelles dépend aujourd'hui la paix européenne. En d'autres termes, on croit que la gravité du péril auquel toute décision inconsidérée exposerait l'Europe entière est la meilleure garantie que l'on ait qu'il sera évité.

Il faudrait nécessairement offrir une compensation au Monténégro, l'Autriche-Hongrie ne pouvant pas sans se déconsidérer, laisser en sa possession Scutari, la future capitale du futur Etat d'Albanie. On parle ici de l'offre d'une certaine étendue de côte avec une bande de territoire au sud de Dulcigno, qui comprendrait le port de Saint Jean de Médua, entouré de rochers et qui n'est pas susceptible d'un développement économique ou militaire.

61.

BRUXELLES, 18. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 9 avril 1913, No. 441.)

Armements allemands. Discours du Chancelier.

Le discours que le Chancelier de l'Empire a prononcé lundi dernier au Reichstag, à l'ouverture de la discussion en première lecture du projet militaire, n'a rien appris de nouveau sur les motifs qui ont décidé le Gouvernemnt Impérial à demander au peuple allemand cet énorme sacrifice. Il va de soi que ce n'est pas dans une séance publique, en s'adressant non seulement à la représentation nationale mais à l'Europe entière que M. de Bethmann Hollweg aurait exposé les mobiles secrets auxquels le Gouvernement Impérial a obéi, pour expliquer son changement d'attitude, car il n'y a pas trois mois que les organes ministériels assuraient qu'il n'était pas question d'une augmen-

tation des forces militaires; tout au plus prévoyaient-ils une extension à donner aux services de l'aérostation.

Le Chancelier dans un langage clair, mesuré, dépourvu des fleurs de rhétorique et du tour spirituel familiers au Prince de Bülow, a cherché à justifier la nécessité des armements par les considérations suivantes tirées de la situation extérieure actuelle: la substitution sur la carte d'Europe de la Confédération balkanique, Puissance nouvelle pleine d'énergie et de vitalité, à la Turquie, Etat vieilli et d'une passivité sans danger; l'accroissement de la force militaire de la Russie, la lutte qui se dessine entre le germanisme et slavisme et la violence grandissante des sentiments panslavistes auxquels correspondent de l'autre côté des Vosges les manifestations du chauvinisme français. Une guerre européenne ne pourrait éclater, a dit le Chancelier, sans que l'Allemagne y prit part — c'est l'évidence même — et une part sans doute prépondérante. Il faut donc que l'Allemagne s'arme et fasse tous les préparatifs commandés par le patriotisme et la prudence, afin de rester victorieuse. Le tableau que le chancelier a tracé de cet embrasement général, auprès duquel les guerres passées ne seraient que des jeux d'enfants, n'a rien malheureusement d'exagéré.

Mais en somme les raisons données par le premier ministre allemand sont plutôt des hypothèses que des faits réels, car de la situation extérieure proprement dite il a très sobrement parlé; on attendait avec un vif intérêt ce qu'il dirait de la résistance du Monténégro aux sommations des Puissances, et on a été déçu. Hypothèse, le remplacement de la Turquie par un Etat balkanique jeune et fort: l'alliance entre les vainqueurs cessera vraisemblablement avec le partage du butin, et leur épuisement même leur commandera vis-à-vis de l'Europe une contenance pacifique; il leur faudra du temps pour panser leurs blessures et réparer leurs forces. Hypothèse aussi, mise en avant par des écrivains et des journalistes, la lutte future du slavisme et du germanisme. Où s'arrête l'un et où commence l'autre? Hypothèse enfin, la prédominance à redouter des courants panslavistes et chauvinistes et des sentiments belliqueux des minorités sur les sentiments pacifiques des majorités.

En Russie le Souverain sait fort bien que le sol est miné par les sociétés secrètes et qu'en cas de guerre malheureuse le trône des Romanow serait condamné à s'écrouler. La circonspection que cette pensée doit entretenir chez le Czar est une des meilleures garanties que nous ayons pour le maintien de la paix.

Le passage du discours du Chancelier relatif aux relations de l'Allemagne avec la France est le plus intéressant. Mais l'orateur aurait pu prononcer une sorte de mea culpa, en citant l'influence néfaste qu'exerce la littérature chauvine française. En effet le nationalisme de nos voisins du sud, rêveillé et poussé à son paroxysme par l'affaire Dreyfus, se serait peut-être assoupi de nouveau, au lieu de tourner toute sa haine contre l'Allemagne, sans les brusqueries inutiles de la politique allemande dans l'affaire marocaine. Il a, d'ailleurs, sa contre-partie dans l'Empire et la presse pangermaniste lui renvoie la réplique, sur un ton, il est vrai, moins violent. Quoiqu'il en soit, on garde l'impression, en lisant entre les lignes du discours de M. de Bethmann-Hollweg, malgré la courtoisie qu'il a témoigné à l'armée française, que le véritable adversaire contre lequel est dirigé le projet militaire, l'ennemi éventuel qu'on a toujours ici en vue, est et reste la France.

Que dire des compliments adressés à Sir Edward Grey et à la politique pacifiste de l'Angleterre, et même à M. Winston Churchill qui n'est pas suspect d'une sympathie excessive à l'égard de l'Allemagne sinon qu'ils dépassent un peu la mesure? Le Gouvernement Impérial veut que l'on sache urbi et orbi que le temps de sa rivalité navale avec la Grande Bretagne est passé, que les relations entre les peuples allemand et anglais, les plus puissants et les plus civilisés de l'Europe, sont redevenues des meilleures et que, par conséquent, il n'y a pas lieu de supposer que l'Angleterre prêterait son appui à la Russie et à la France en cas de guerre. Il semble que ce ne soit pas là le moyen le plus adroit pour gagner le cœur des Anglais.

La lecture du discours du Chancelier et des commentaires qu'il provoque dans la presse allemande n'est pas faite pour modifier les impressions produites par la publication du projet

militaire. Très discutable restera, après le débat engagé actuellement au Reichstag, la question de savoir si l'excès même de ces armements, qui sont un exemple et un avertissement pour les autres Etats, ne constitue pas un danger plutôt qu'une garantie pour la conservation de la paix européenne.

Quant au moment choisi pour faire voter le projet militaire, la Gazette de Francfort en donne une explication dans son numéro d'hier, qui me paraît plausible. Il fallait profiter de l'occasion offerte par la célébration du centenaire de la guerre de l'indépendance, par l'impression toute fraîche qu'a produite la campagne des Balkans et par l'ébranlement nerveux qui en est résulté en Allemagne comme dans le reste de l'Europe.

62.

BRUXELLES, 24. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 17 avril 1913, No. 492.)

L'incident de Nancy[1]).

Les trois commis voyageurs allemands qui étaient allés se divertir à Nancy en galante compagnie et ont été houspillés dans un café-concert et ensuite à la gare même par une jeunesse universitaire malapprise ne semblent pas être particulièrement intéressants. Ils sont même suspects d'avoir exagéré, pour se donner de l'importance, les mauvais procédés dont ils avaient été l'objet. Cela n'excuse pas la grossièreté chauvine des Nancéens. Mais il y a quelque dix ans ce banal incident nocturne n'aurait pas tiré à conséquence ni risqué d'envenimer les relations des deux pays.

Il n'en a pas été de même aujourd'hui. La presse berlinoise de toutes couleurs, sauf les organes socialistes, a fulminé avec violence contre la France et les Français. Des explications et une enquête ont été réclamées au Quai d'Orsay par l'Ambassadeur d'Allemagne. Par deux fois le Secrétaire d'Etat aux Affaires Etrangères a dû promettre au Reichstag que l'affaire

[1]) Über den Nancyer Zwischenfall vgl. auch Belgische Aktenstücke Nr. 104 und 105, S. 121 f. (Berichte von Baron Guillaume aus Paris).

serait poursuivie par le Gouvernement Impéria et que des représentations seraient faites au Gouvernement de la République sur l'insuffisance de la protection accordée en France aux sujets allemands. Des orateurs libéraux et conservateurs se sont livrés à cette occasion à de vives attaques contre le chauvinisme français, signalé déjà par le Chancelier dans son discours de la semaine passée comme un danger européen, thème sur lequel M. de Jagow a cru devoir lui aussi revenir.

L'Ambassadeur de France s'est plaint hier matin au Secrétaire d'Etat du ton peu mesuré dont il s'était servi pour traiter cet incident que M. Cambon s'est efforcé de réduire à des proportions moins tragiques. M. de Jagow, qui est modéré par tempérament, lui a répondu qu'il avait dû se mettre au diapason auquel était monté le Reichstag. M. Cambon est lui-même le fervent partisan d'une politique conciliante. On l'accuse souvent à Paris de manquer de fermeté. Cette fois-ci, pour ne pas encourir ce reproche, il a dû renforcer son langage; il a dit notamment qu'il ne s'expliquait pas ce déchainement de colères, sur la foi d'un télégramme lancé par les journaux et sans attendre les résultats de l'enquête officielle, après la courtoisie dont le Gouvernement de la République avait fait preuve envers les officiers du Zeppelin atterri à Lunéville, qu'il aurait pu soupçonner de se livrer à l'espionnage; on s'est contenté de leur demander leur parole d'honneur qu'ils n'étaient pas des espions.

Ce qu'il y a d'inquiétant dans la surexcitation patriotique provoquée ici par l'aventure des trois Allemands conspués à Nancy, c'est — l'état d'esprit qu'il révèle non pas tant dans la presse que dans la majorité du Reichstag. La presse berlinoise stigmatise chaque jour, avec quelque raison le chauvinisme parisien. Mais de son côté, elle ne parle jamais des Français et de toutes les belles qualités qu'ils s'attribuent, que sur un ton ironique des plus blessants. Par contre c'est la première fois que nous voyons le Reichstag se saisir d'un incident pareil, comme s'il avait la gravité de ceux de Casablanca et d'Agadir et dicter pour ainsi dire au Gouvernement une attitude intransigeante. Il est à craindre que, lorsqu'il aura voté la loi du ren-

forcement de l'armée et qu'il sera certain de la force militaire de l'Empire, le Reichstag ne pousse le Gouvernement à se montrer intraitable vis-à-vis de la France, chaque fois que surgira un incident de nature à blesser les susceptibilités germaniques. Et ces petits événements se répètent vraiment trop souvent. C'est cette nervosité excessive de l'opinion publique allemande, qui trouve aujourd'hui son expression au sein même de la représentation nationale, qu'il faut considérer comme le symptôme le plus menaçant pour le maintien de la paix européenne.

63.

BRUXELLES, 28. 4. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 22 avril 1913, No. 515.)

Incidents franco-allemands.

On peut croire l'incident de Nancy terminé après la note remise par le Secrétaire d'Etat à l'Ambassadeur de France, aux termes de laquelle le Gouvernement Impérial considère l'incident comme clos. Mais, voici qu'on essaye de réveiller celui de Lunéville. Un journal de Leipzig, très répandu en Saxe, les «Leipziger Nachrichten», vient de publier une lettre du commandant du Zeppelin, où cet officier tout en rendant hommage à la courtoisie des autorités militaires supérieures françaises se plaint des mauvais procédés des officiers subalternes, des soldats et de la population. Il est resté, à ce qu'il raconte, ainsi que ces compagnons plus de 20 heures sans qu'on leur apportât à manger, pour ne pas quitter son dirigeable, de crainte qu'on ne le détériorât en son absence (il avait refusé pour cette raison une invitation à diner du général) il lui a été interdit pendant ce temps de rentrer se reposer dans la cabine du dirigeable; il n'a pas pu obtenir l'aide des soldats français pour maintenir à terre le Zeppelin et il a dû payer à cet effet des ouvriers civils. Pendant les 21 heures qu'il a passées montant la garde auprès du dirigeable, il a entendu les sarcasmes des officiers et des soldats qui veillaient bayonnette au canon autour du Zeppelin et les propos hostiles de la population, etc. etc.

Ce requisitoire est publié quinze jours après que le Cabinet de Berlin a fait transmettre à celui de Paris les remerciements du Gouvernement Impérial. A l'Ambassade de France on se montre très irrité de cette manœuvre et on accuse le Prince héritier, dont les sentiments chauvins et anti-français ne sont pas douteux, d'en être l'inspirateur.

M. Cambon a reçu de son côté communication des rapports des commandants des différentes places fortes de la frontière de l'est au-dessus desquelles le Zeppelin a évolué avant d'être obligé d'atterrir à Lunéville. D'après ces rapports, le dirigeable allemand a plané et décrit des cercles autour de toutes les positions fortifiées comme pour les étudier. Il serait donc faux que son voyage ait été un voyage d'essai et que, poussé par le vent, incapable de s'orienter, il soit descendu sans savoir où il était sur le sol français. Il a poursuivi en France une tournée d'inspection; il a fait de l'espionnage militaire en pleine paix. M. Cambon est décidé à faire usage de ces rapports si la lettre publiée par les «Leipziger Nachrichten» soulève une nouvelle polémique. Il tient aussi en réserve les plaintes de plusieurs de ses compatriotes qui ont été molestés par la population dans différentes villes de l'Allemagne, celle entre autres de la femme du correspondant du «Matin», injuriée par des promeneurs au Tiergarten parce qu'elle parlait français.

A côté de cette explosion de sentiments hostiles à la France, il faut mentionner l'émotion soulevée au Reichstag par les révélations du député socialiste Liebknecht, relative à la corruption exercée sur des fonctionnaires de l'administration militaire par les maisons allemandes qui fabriquent du matériel de guerre, notamment par la maison Krupp, en vue d'obtenir communication de documents secrets. Le Ministre de la Guerre a répondu que les documents qui auraient été livrés ne pouvaient pas compromettre la défense nationale, mais que le Gouvernement voulait une lumière complète et qu'une instruction judiciaire était en cours. Elle est commencée depuis le mois de novembre. Comment n'a-t-elle pas encore abouti?

Tous ces faits, si on les rapproche les uns des autres, preuvent l'extrême nervosité de l'opinion publique allemande, entre-

tenue par le dépôt et la discussion des projets de loi militaire et financière du Gouvernement. Il faut espèrer que de nouveaux incidents ne surgiront pas pendant cette période critique du côté de la France, car il est impossible de prévoir comment ils se termineraient.

64.

BRUXELLES, 8. 5. 1913.

(Extrait d'un rapport de St. Pétersbourg du 28 avril 1913, No. 238.)

Scutari. Le conflit austro-monténégrin et la Russie. Bulgarie et Serbie.

L'obstination du Roi Nicolas n'a pu prendre les Puissances au dépourvu: la chute de Scutari elle-même et ses suites, embarrassantes pour le concert européen étaient nécessairement prévues. Mais il s'agissait de parer au plus pressé, en retardant l'éventualité d'une action autrichienne isolée.

Le Gouvernement russe, qui reste pacifique avant tout, a fait en sorte de n'encourir de reproches de la part d'aucune grande Puissance. Mais on ne peut lui demander de se montrer plus sévère envers le Monténégro, que la France et l'Angleterre, opposées à toute mesure vraiment cœrcitive.

La nouvelle démarche collective à Cettigné ayant échoué, comme on le prévoyait, une action isolée de l'Autriche n'étonnerait personne à Pétersbourg. Peut-être même serait-elle tolérée plus facilement ici qu'on ne le pense généralement. La politique russe a fait ses preuves de conciliation: l'opinion publique seule reste à redouter. Les officiers parlent encore de l'armée autrichienne comme ils parlaient de l'armée japonaise avant la campagne de Mandchourie. Mais l'effet calmant, sur l'agitation nationaliste, du communiqué officiel et des mesures prises contre les manifestations, a surpris le gouvernement lui-même. Le ton des journaux chauvins s'est atténué: la «Novoié Vremia« tient compte des remontrances qu'elle a reçues, sur l'ordre de l'Empereur. Dans cet ordre d'idées, néanmoins, on ne peut rien affirmer pour l'avenir.

Dans la question de partage de territoires qui divise la Serbie et la Bulgarie, le gouvernement russe parait favorable à cette dernière. Il s'agit, en effet, de se garder contre un rapprochement futur — improbable encore, mais possible —, entre l'Autriche et la Bulgarie, au lendemain surtout de la décision concernant Silistrie, — où la Russie n'a pas cru pouvoir appuyer sans réserve le point de vue bulgare. L'exemple de l'Autriche peut la faire réfléchir. Le Gouvernement de Vienne a tâché de concilier, lui aussi, les désirs de Bucarest et de Sophia, avec ce résultat que la Roumanie commence à mettre en doute les avantages de sa longue politique austrophile.

65.

BRUXELLES, 10. 5. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 30 avril 1913, No. 1282.)

Conflit austro-monténégrin.

L'Europe se trouve évidemment à un tournant très grave de la crise balkanique. La situation résultant de l'attitude du Roi de Monténégro est d'autant plus délicate qu'elle met en cause l'amour-propre de l'Autriche. Personne ne peut aujourd'hui prévoir ce que l'avenir réserve. Pourtant, les impressions du Quai d'Orsay sont moins pessimistes qu'on ne pourrait s'y attendre.

Jusqu'ici, l'accord des Puissances n'a pas été entamé; mais on admet qu'il pourrait ne plus en être ainsi jusqu'à la fin de cette semaine. Si l'Empire dualiste veut absolument prendre une attitude plus énergique à l'égard de son petit voisin, et avoir recours aux armes, voire même sous forme de simple occupation, on se demande par qui il sera suivi. Il ne semble pas pouvoir compter sur la coopération de l'Angleterre et on a l'impression ici que l'Italie qui est, dans le fond très hostile à un acte de force contre le Monténégro, ne suivrait l'Autriche que si une autre Puissance se mettait à leurs côtés.

Il en serait autrement si le Cabinet de Vienne se décidait à s'emparer d'un port de l'Adriatique; l'entrée en scène de

l'Italie ne serait alors pas douteuse; mais ce ne serait plus alors comme alliée de l'Autriche, mais comme son adversaire.

On connait ici la position difficile de l'Empire austro-hongrois et les nombreuses raisons qu'il a de désirer la paix; on espère que ces considérations lui imposeront la prudence. On ne doute pas des intentions pacifiques de l'Allemagne et même de la Russie; il est permis même de se demander si une simple action autrichienne contre le Monténégro déterminerait le Cabinet de Saint-Pétersbourg à intervenir; on ne le croit pas — mais il en serait sans doute autrement si, comme le disent certains journaux, le Gouvernement de l'Empereur François-Joseph avait la prétention de garder les „territoires serbes ou monténégrins" qu'il pourrait occuper au cours de son action contre le Roi de la Montagne Noire.

On a la confiance que le Cabinet de Berlin fait tous ses efforts pour engager son alliée à être prudente, et l'on a l'impression que les armées de l'Empereur Guillaume n'interviendraient que dans le cas d'une guerre austro-russe.

Le coup d'audace d'Essad Pacha complique beaucoup la situation et met l'Autriche dans une position difficile. S'il a 30 000 hommes avec lui et que Djavid Pacha en a 15 à 20 000, ils représentent à eux deux une force qui n'est pas négligeable. On ne croit pas que le dit Essad Pacha agisse sur une instigation de Constantinople, mais le fait seul de sa nationalité et de l'appui qu'il trouve dans une partie de la population albanaise suffit pour créer une situation qui rend très difficile la position de l'Autriche.

66.

BRUXELLES, 10. 5. 1913.

(Extrait d'un rapport de Paris du 5 mai 1913, No. 1310.)

Réveil du nationalisme en France.

On a signalé à plusieurs reprises depuis un an le réveil en France d'un certain chauvinisme qui pourrait offrir de graves dangers. Quelques journaux ont, à ce point de vue, une ten-

dance malsaine; des théâtres nombreux donnent des pièces de nature à surexciter les esprits et à aggraver une situation déjà trop accentuée. Il n'est pas une «revue» ou une représentation de Café-concert qui ne se distingue pas dans ce sens, et les tirades les plus chauvines soulèvent des applaudissements frénétiques.

Hier, on a donné un éclat particulier à la fête de Jeanne d'Arc; le nombre des maisons pavoisées était grand et les manifestations patriotiques furent nombreuses.

Cette tendance est dangereuse, parce qu'elle peut créer des incidents dont les effets seraient difficilement conjurés. Il ne faut cependant pas perdre de vue que, dans le fond, le vrai peuple français n'approuve pas ces manifestations et redoute — quoiqu'on en dise — l'éventualité d'une guerre avec l'Allemagne. Ce qui le prouve, c'est l'attitude généralement prudente et raïsonnable de la presse sérieuse, lorsqu'un incident surgit avec les voisins de l'est. Il en fut quelques-uns récemment, et rares ont été les journaux qui ont cherché à envenimer la situation et à blâmer le Gouvernement de son esprit de conciliation.

Les Ministres ont eu, plusiéurs fois, dans ces derniers temps, l'occasion de prononcer des discours patriotiques. Tous réclament le vote de la loi de trois ans avec insistance, invoquant les armements de l'Allemagne pour en expliquer la nécessité, mais tous se gardent de mots provocateurs, d'attitudes qui pourraient (être) considérées comme belliqueuses. Il en fut encore ainsi, avant-hier à Caen, où M. le Président du Conseil prononça un grand discours politique.

67[1]).

BRUXELLES, 5. 6. 1913.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 26 mai 1913, No. 644.)

Mariage de la Princesse Victoria-Louise. Rapprochement anglo-allemand et Congo-belge.

Un mariage princier fut rarement aussi populaire que celui de la Princesse Victoria-Louise avec le Prince Ernest-Auguste,

[1]) Belgische Aktenstücke, Nr. 106, S. 122.

Duc de Brunswick et Lunebourg. Les habitants de Berlin ont témoigné leur satisfaction par des ovations à la famille impériale, qui se sont étendues aux hôtes royaux qu'elle recevait à cette occasion. Il est aisé de constater par la lecture des journaux que le même sentiment, fait d'approbation et de contentement, a été éprouvé dans toute l'Allemagne. On était content de voir terminer d'une manière aussi heureuse la vieille querelle des Guelfes et des Hohenzollern qui pesait, comme un legs pénible du passé, sur les brillantes destinées du nouvel Empire allemand. On approuvait l'Empereur, non pas seulement d'avoir donné sa fille unique au fils de son ancien ennemi, mais aussi d'avoir traité ce dernier, pendant toute la durée des fiançailles de leurs enfants, avec une courtoisie qui ne s'est pas démentie un seul instant, en évitant soigneusement tout ce qui pouvait froisser l'amour propre de l'héritier du vaincu de Langensalza. Dans le toast, plein de tact et d'élévation que Guillaume II a porté au jeune couple pendant le banquet nuptial, il s'est plu à mettre sur le même pied les maisons des Guelfes et des Hohenzollern «qui ont joué des rôles si marquants dans le développement historique de la patrie allemande».

Le Duc de Cumberland, oncle du Roi d'Angleterre et de l'Empereur de Russie, a toujours été l'objet de la part de ces deux Princes d'une sympathie des plus marquées. La Cour britannique n'a jamais oublié que la maison de Hanovre est une branche détachée du tronc royal de la maison d'Angleterre. Aussi la solution chevaleresque apportée à la question guelfe par Guillaume II a-t-elle été accueillie avec une joie sincère tant à Londres qu'à St. Pétersbourg. Quoi d'étonnant que les Souverains Anglais et le Tzar aient tenu à montrer leur satisfaction en assistant au mariage qui a scellé la réconciliation des Guelfes et des Hohenzollern? Ce sentiment, plus encore que les liens de famille, suffirait à justifier leur présence ici pendant les fêtes qui viennent de se terminer.

On a cherché, d'autre part, à attribuer à la réunion des trois principaux monarques de l'Europe une certaine importance politique. De politique proprement dite il n'a pas dû être beaucoup question dans les entretiens de Guillaume II et de Georges V. Mais

l'Empereur allemand n'a sans doute pas laissé échapper l'occasion d'engager des conversations intéressantes avec le Tzar[1]).

On peut dire, tout au moins, sans risquer de se tromper que la visite du couple royal d'Angleterre à Berlin apparait comme la confirmation et comme la consécration aux yeux de l'Europe du rapprochement qui s'est incontestablement opéré entre l'Allemagne et la Grande Bretagne pendant la guerre balkanique, où les deux Etats ont agi de concert pour la préservation de la paix européenne.

Quant au voyage du Tzar, il est une nouvelle preuve des bonnes relations inaugurées lors de l'entrevue de Potsdam et cimentées par celle de Port Baltique, qui existent entre les maisons régnantes des deux Empires voisins et aussi entre leurs Gouvernements. La guerre balkanique n'y a pas porté atteinte. Des diplomates français clairvoyants accusent la Russie de jouer un double jeu vis-à-vis de son alliée au profit de l'Allemagne. Cela n'est pas impossible.

68.

BRUXELLES, 20. 6. 1913.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 12 juin 1913, No. 730.)

Balkans — Différends entre alliés.

L'intervention personnelle de l'Empereur de Russie auprès des Cours de Sophia et de Belgrade permet encore d'espérer l'aplanissement du conflit. Si cette intervention s'était produite quinze jours plus tôt, le danger d'une nouvelle guerre balkanique serait très probablement écarté.

Du côté serbe l'intransigeance ne semble pas avoir diminué. La note que le Ministre de Serbie doit remettre aujourd'hui au cabinet bulgare a presque le caractère d'un ultimatum; demande en revision du traité d'alliance, demande du retrait des troupes qui occupent les nouvelles frontières serbes; faute d'une réponse

[1]) Der Hinweis des Originalberichtes: «a voir le Souverain anglais, on a peine à croire qu'il soit capable, comme son père, de diriger la politique extérieure de son pays» ist im Zirkular ausgelassen.

favorable au bout de deux jours, menace de proclamer l'annexion à la Serbie des territoires réclamés par elle. A en croire le Chargé d'Affaires de Serbie à Berlin, son Gouvernement est sûr, en cas de guerre, de la victoire. M. Boghitchevitch assure en outre que la note en question a été approuvée par le Ministre de Russie, M. de Hartwig et que les Serbes restent plus que jamais respectueux et reconnaissants des conseils du Gouvernement du Tzar. **Ce langage jette un nouveau jour sur la double politique pratiquée par M. Sazonow, dont on ne saurait suspecter la sincérité et par les agents russes dans les Balkans qui obéissent, soit à des préoccupations personnelles, soit aux suggestions des panslavistes et de certains membres de la famille impériale. Pour ces derniers, l'essentiel est d'empêcher à tout prix la Serbie de se rapprocher de l'Autriche-Hongrie et de la rendre puissante, pour qu'elle puisse un jour reprendre les provinces serbes détenues par la monarchie dualiste.** Quant à la Bulgarie, les panslavistes croient fermement qu'elle ne trahira jamais la cause slave. Il est certain, d'autre part, que la Serbie ne parviendrait pas à se développer sans un débouché sur la mer Egée, puisque l'accès de l'Adriatique lui est interdit; or ce débouché n'existera pas pour elle, tant que les Bulgares occuperont la route de Salonique.

Le Ministre de Bulgarie à Berlin M. Guechow ne semble pas moins belliqueux que son collègue serbe, quand il parle de l'inébranlable résolution du Gouvernement bulgare de réclamer l'exécution du traité d'alliance. Il ajoute toutefois qu'à Sophia on aura certainement égard autant que ce sera possible au désir du Tzar d'éviter un conflit. Ce qu'il ne dit pas, c'est que l'attitude de la Roumanie doit donner à réfléchir aux Ministres bulgares qui seraient forcés d'acheter sa neutralité par des concessions autrement larges que l'abandon de Silistrie. Il est à présumer que le Gouvernement russe se sert de la Roumanie comme d'un épouvantail pour peser sur l'indécision de M. Danew, dont le cabinet en formation devra assumer dès son début les plus lourdes responsabilités. Le Tzar Ferdinand continue à se tenir enfermé, comme s'il voulait se soustraire aux conséquences de la décision à prendre, et ne communique plus que par des notes avec ses Ministres.

Si l'on parle ici de la situation critique des peuples balkaniques aux représentants de la Triple-Alliance, ils font tous la même réponse: «Libre à eux de s'égorger; cela ne nous regarde pas.» N'étaient les intérêts de la Russie, dont le prestige aurait tant à perdre à cette lutte fratricide et celui des porteurs français de fonds serbes et bulgares, il est probable que le Gouvernement de la République, excédé de la conduite des Gouvernements balkaniques, ne parlerait pas autrement que la Triplice et ne seconderait pas, comme il le fait, son allié pour arriver à désarmer les Etats rivaux.

69[1]).

BRUXELLES, 20. 6. 1913.

(Extraits d'un rapport de Paris du 12 juin 1913, No. 1715.)

Loi des trois ans.

Les journaux ont annoncé que le Conseil des Ministres avait décidé d'inviter la Chambre des Députés à consacrer prochainement des séances supplémentaires à la discussion de la loi militaire, dont il est résolu à assurer le vote avant les vacances parlementaires.

Le fait est vrai; on le confirme au Ministère des Affaires Etrangères. Le Gouvernement entend que la loi établissant le service de trois ans soit adoptée avant que la Chambre des Députés ne se sépare, dût-elle siéger au delà du 14 juillet. Et il se déclare assuré de l'adoption de son projet. Il compte sur une belle majorité pour voter le principe: les articles suivants réuniront des chiffres de voix divers et puis, pour l'ensemble du projet, on prévoit un chiffre d'adhérents encore plus important que pour le vote du principe.

On est donc dès à présent certain de l'introduction dans la législation française de dispositions que le pays ne pourra vraisemblablement supporter longtemps. Les charges de la nouvelle loi seront tellement lourdes pour la population, les dépenses qu'elle entraînera seront tellement exorbitantes, que le pays protestera bientôt, et la France se trouvera devant ce dilemme:

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 107, S. 124.

une abdication qu'elle ne pourra souffrir ou la guerre à brève échéance. La responsabilité de ceux qui ont entraîné la nation dans cette situation, sera lourde. Il est aujourd'hui défendu, sous peine de passer pour un traitre, d'émettre un simple doute sur la nécessité d'adopter le service de trois ans. Chacun se rend compte que l'ensemble de la nation est loin d'être favorable à la réforme que l'on prépare et comprend le danger qui menace l'avenir; mais on ferme les yeux et l'on marche en avant.

La propagande en faveur de la loi de trois ans, destinée à amener le réveil du chauvinisme a été admirablement bien préparée et menée; elle a commencé par servir à l'élection de M. Poincaré à la Présidence de la République, elle poursuit aujourd'hui son œuvre sans souci des dangers qu'elle fait naître; le malaise est grand dans le pays.

70.

BRUXELLES, 24. 6. 1913.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 16 juin 1913, No. 739.)

Conflit entre alliés. Intervention russe.

Le ton énergique du télégramme du Tzar aux Rois de Bulgarie et de Serbie a produit une profonde impression dans le monde diplomatique de Berlin. Le «quos ego» qu'il a prononcé comme un maître s'adressant à ses feudataires, l'évocation de la cause slave dont il s'est déclaré ainsi pour la première fois le représentant officiel, inaugurent de la part de l'Empereur de Russie une attitude nouvelle dont les conséquences sont difficiles dès aujourd'hui à apprécier, mais qui donnent matière aux plus sérieuses réflexions.

Le Ministre de Roumanie, très frappé de ce langage péremptoire, croit que la Bulgarie ne s'y soumettra pas. M. Beldiman est d'avis que le Tzar Ferdinand y a répondu sur un ton très digne où perce la volonté de ne pas reconnaître au Tzar de Russie le protectorat qu'il veut s'arroger sur les Balkans.

Le Ministre de Bulgarie évite de se prononcer sur ce point délicat. Il prétend que le télégramme de Nicolas II reconnait

la validité du traité d'alliance entre la Bulgarie et la Serbie, et que le partage prévu dans le traité ne fera pas matière à arbitrage. Il se pourrait que la Bulgarie fut invitée à faire quelques sacrifices, mais les points essentiels du traité ne seront pas contestés par l'arbitre.

Suivant le Chargé d'Affaires de Serbie, l'intervention du Tzar est venue trop tard. Il croit qu'elle ne produira d'autre effet à Belgrade que d'amener peut-être la retraite du Cabinet Patchich, ce qui contribuerait à embrouiller la situation. Le Gouvernement serbe, semble-t-il, n'a pas confiance dans le résultat de l'arbitrage; cette solution, pour trancher le différend ne lui sourit pas; il s'attendait peut-être, d'après les promesses du représentant du Tzar à Belgrade, à ce que la Russie pesât sur la Bulgarie pour l'amener à faire de larges concessions, et il a été déçu. D'autre part une guerre serbo-bulgare, où les Serbes seraient victorieux amènerait une intervention autrichienne en vue d'empêcher la création d'une trop grande Serbie.

L'opinion générale des diplomates accrédités à Berlin, conforme à celle de la majorité des journaux de la capitale, est cependant qu'on s'achemine vers une solution pacifique du conflit, mais qu'elle laissera derrière elle des foyers, mal éteints, de rancunes et de haines. A Paris on est très monté, au dire de l'Ambassadeur de France contre les Balkaniques qu'on traite d'enfants rusés et incorrigibles.

71.

BRUXELLES, 3. 7. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 24 juin 1913, No. 767.)

Jubilé de Guillaume II.

Les fêtes du jubilé des 25 années de règne de l'Empereur ont mis en évidence la réelle popularité dont jouit Sa Majesté auprès de ses sujets après ce long exercice du pouvoir. La foule amassée dans les rues de la capitale où a passé le Souverain lui a prodigué les ovations les plus spontanées et les plus sincères. Ces marques d'affection continuent dans le voyage poursuivi par le Chef de

l'Empire pour se rendre à Kiel en passant par Hanovre et par Hambourg.

Près de cinq années se sont écoulées depuis la publication dans une revue anglaise d'une interview qui avait soulevé contre Guillaume II l'opinion publique allemande. Presque toute la presse germanique oubliant les services qu'il avait rendus à l'Etat, l'accusait alors en termes amers de ne pouvoir contenir son intempérance de langage et de jouer un rôle personnel contraire à la Constitution comme aux intérêts de l'Empire. Comment expliquer le revirement qui s'est produit depuis ce temps en faveur du Souverain si violemment pris à partie?

Comme l'a fort bien dit le Président du Reichstag dans le discours qu'il a prononcé à l'occasion du jubilé impérial, le peuple allemand est reconnaissant à Guillaume II des bienfaits que lui ont procurés vingt cinq années d'un règne pacifique. Il lui sait gré d'avoir maîtrisé, en montant sur le trône, les penchants belliqueux et les rêves de gloire militaire qui devaient hanter l'esprit d'un homme de son âge, devenu chef de la première armée du monde, pour se vouer exclusivement au développement économique de l'Allemagne. Le peuple allemand reconnait, en présence du magnifique résultat obtenu, la part qui en revient à l'Empereur, partageant et encourageant le labeur de ses sujets, les incitant à la conquête de nouveaux débouchés, leur indiquant la voie à suivre par des paroles prophétiques comme celles-ci: Notre avenir est sur mer. Unsere Zukunft ist auf der See!

La nation allemande admire, d'autre part, les vertus domestiques dont l'Empereur a donné l'exemple, et sa sentimentalité s'est attendrie, en le voyant encourager l'inclination de sa fille et consentir paternellement à ce qu'elle fît un mariage d'amour qui s'est trouvé être en même temps une union politique des plus heureuses.

La presse de toutes nuances a rendu hommage au pacifisme de Guillaume II et à la communauté de sentiments qui existe sur ce point entre lui et son peuple. Le «Vorwärts» lui-même, à l'occasion de l'anniversaire célébré le 15 juin, a parlé en termes modérés de l'ennemi de la sociale démocratie. Il a semblé regretter que, malgré ses aspirations libérales, l'Empereur fût

resté le prisonnier des partis réactionnaires par le fait de la situation qu'il occupe et des traditions qu'il a héritées. Le journal socialiste n'a pas mis en doute que Guillaume II veuille sincèrement la paix et qu'il soit de bonne foi en croyant que le meilleur moyen d'éviter la guerre est d'augmenter la force de son armée. Mais ces armements excessifs constituent justement, aux yeux du «Vorwärts», le plus grand danger qui menace la tranquillité de l'Europe.

Guillaume II sera-t-il toute sa vie «l'Empereur de la paix», ce beau titre que M. Hanotaux met un peu trop d'insistance, dans un récent article du Figaro, à le prier d'accepter? Sans parler du cas de conflit où l'Allemagne serait entraînée par ses alliés de la Triplice, on doit se demander si la répugnance personnelle de l'Empereur à donner le signal d'une guerre qui bouleverserait l'Europe serait une barrière suffisante pour arrêter les tendances belliqueuses de ses sujets. Le jour peut venir où les classes dirigeantes allemandes, non pas seulement les pangermanistes mais les libéraux, eux-mêmes, conscients de la puissance de l'Allemagne, jaloux d'étendre au loin son hégémonie, voudront contraindre le chef de l'Empire à employer l'arme formidable qu'ils ont forgée et mise entre ses mains, pour briser les résistances qui s'opposeraient à l'extension coloniale et commerciale de leur pays. Ce jour-là Guillaume II se conformerait probablement aux vœux de l'opinion publique, comme il l'a fait jusqu'à présent en étant le gardien de la paix.

72.

BRUXELLES, 13. 8. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 6 août 1913, No. 957.)

Deuxième conflit balkanique. La Conférence de Bucarest.

La Conférence de Bucarest où se jouent les destinées de la Bulgarie, n'éveille qu'un médiocre intérêt à Berlin; le monde politique et le public berlinois trouvent que le conflit balkanique a trop duré. Les télégrammes venant des Balkans n'occupent plus la première place dans les diverses éditions des journaux;

ils ont dû la céder au procès Krupp et sont généralement relégués à la seconde page. L'Empereur achève sa croisière dans la Mer du Nord; le Chancelier se repose de sa rude campagne parlementaire dans sa propriété et M. de Jagow qui n'a pas autant besoin de se refaire, n'étant à la tâche que depuis cinq mois, n'en a pas moins pris un congé de quinze jours. L'absence simultanée des trois auteurs responsables de la politique étrangère de l'Allemagne prouve qu'ils ne redoutent pas que la paix européenne puisse être troublée par les événements balkaniques.

Ici, où l'on a plus que partout ailleurs le culte de la force, où l'on est plus sensible que dans les autres capitales au prestige des succès militaires, on ne s'est pas apitoyé sur le sort de la Bulgarie, tombée, en moins d'un mois, du piédestal que lui avaient dressé ses victoires, au dernier degré de l'infortune et de l'impuissance. On estime qu'elle doit subir les conditions de ses vainqueurs, si dures qu'elles soient, et l'on oublie volontiers qu'elle a supporté presque tout le poids de la campagne précédente, dont le gain lui échappe aujourd'hui. La cession à la Grèce de Kavalla, qui menaçait, dès le début, d'être la pierre d'achoppement des négociations pour la paix, apparait ici comme une nécessité inéluctable. Ce n'est pas un secret que l'Empereur Guillaume est favorable aux prétentions grecques, depuis qu'un revirement s'est fait dans son esprit ou dans son cœur en faveur des nouveaux souverains hellènes, et la diplomatie allemande, sortant de la réserve qu'elle s'est imposée jusqu'ici, appuie ces revendications à Bucarest. Le Cabinet de Berlin s'est séparé dans la question de Kavalla de ses alliés, mais il l'a fait avec cette discrétion dont sont empreintes ses démarches aussi bien à Constantinople que dans les capitales balkaniques. Peut-être un homme tel que M. de Kiderlen eût-il imprimé à la politique allemande une allure plus décidée et lui aurait-il prêté un ton plus énergique et plus impératif.

Sous le règne du Cabinet Danew, la diplomatie bulgare a commis des fautes si lourdes qu'elles ont achevé, quand elles ont été mieux connues, d'aliéner à la Bulgarie les sympathies des cercles politiques de Berlin, de même que les cruautés commises par les troupes bulgares soulevaient contre elles ici un sentiment

de réprobation et d'aversion unanime. On sait, par exemple, que l'accord, conclu sous les auspices de la Russie, entre les Cabinets de Bucarest et de Sophia, n'a pas été ratifié, ce qui a permis à la Roumanie d'intervenir sans scrupule dans le nouveau conflit balkanique, à cause de l'entêtement absurde de M. Danew et de ses collègues. Une zône de trois kilomètres, concédée à la Roumanie autour de Silistrie, devait, selon eux, partir de la ville même et non de la douane, située à quelques pas plus loin, et ils ont perdu un temps précieux en discutant âprement pour la possession de quelques mètres de terrain. Après le traité de Londres, le Gouvernement bulgare a maintenu ses troupes sur le territoire laissé à la Turquie en deçà de la ligne Enos-Midia, parce qu'il n'avait pas abdiqué tout espoir de conserver un accès à la mer de Marmara; il a ainsi fourni aux Jeunes Turcs un prétexte pour recommencer les hostilités et envahir le Thrace, quand une occasion inespérée de revanche s'est offerte à eux.

On comprend ici que le double jeu des politiciens bulgares aient dégouté le Cabinet de Saint-Pétersbourg de ses frères slaves, rebelles à tous les conseils. Malgré l'optimisme qui est de commande dans les bureaux de la Wilhelmstrasse, quand on parle de la question d'Andrinople, et malgré les sages conseils prodigués à la sublime Porte par l'officieuse Gazette de l'Allemagne du Nord, on est devenu sceptique dans le monde diplomatique de Berlin quant aux moyens pratiques d'expulser les Turcs de la capitale de la Thrace. Les démarches des représentants des grandes Puissances, il est vraisemblable qu'ils n'en tiendront aucun compte. Les avantages financiers qu'on fait luire à leurs yeux, ils savent bien qu'on ne peut pas les leur refuser dans l'intérêt même des créanciers de la Turquie. Une action militaire enfin, il n'en est pas question. La Russie convoite sans doute l'Arménie, mais elle n'est pas pressée d'y faire pénétrer ses soldats, de crainte de déchaîner des complications européennes. Aucun mouvement populaire ne se dessine, d'ailleurs, dans l'Empire slave pour forcer la main à M. Sazonow et le contraindre à une intervention armée contre les Turcs en faveur des Bulgares. D'autre part, le Comité Union et Progrès a un intérêt vital à conserver Andrinople, il reprendra par là son ancien ascendant sur

l'armée et s'assurera un plus long exercice du pouvoir. Ce n'est pas en Allemagne que cette résurrection du Croissant causera du regret ou de la mauvaise humeur. On y serait plutôt tenté d'applaudir au coup d'audace d'Enver Bey, après l'avoir traité il y a quelques mois d'assassin et d'homme néfaste. Les impressions se modifient rapidement, suivant le succès ou l'insuccès des acteurs en scène.

De ces contradictions et de ces changements dans la conduite des grandes Puissances un fait ressort, chaque jour, avec plus d'évidence, c'est que l'Europe ne veut pas se battre. Aucun des grands Etats ne désirent une guerre générale, chacun semble en avoir peur en ce moment. C'est une constatation dont les petits pays doivent se réjouir. **Au lieu de critiquer malignement le rôle joué par la diplomatie autrichienne pendant toute la durée du conflit balkanique où elle n'a connu que des échecs, sauf en ce qui concerne la future Albanie, on devrait être reconnaissant à l'Autriche-Hongrie de ses hésitations et de ses reculs, car si elle, la principale intéressée des grandes Puissances dans la partie qui se jouait sur sa frontière balkanique, s'était décidée à y intervenir, une guerre européenne en serait résultée. C est à l'indécision du Comte Berchtold et sans doute aussi à l'esprit pacifique de son vénéré Souverain que nous devons d'avoir échappé à une conflagration générale.**

73.

BRUXELLES, 31. 10. 1913.

(Extrait d'un rapport de Bucarest du 22 octobre 1913, No. 281.)

Conflit albano-serbe. Attitude de la Roumanie.

Le Gouvernement roumain est intervenu auprès du Gouvernement serbe en faveur de l'Albanie dont il ne peut admettre la diminution sous prétexte pour la Serbie de nécessités stratégiques, d'autant plus que la Conférence de Londres a déjà attribué à cette dernière beaucoup de territoires plus albanais que serbes. Quoique la Roumanie reconnaisse que l'Albanie est une création de l'Europe à laquelle incombe exclusivement

le soin d'en tracer les frontières, elle ne se désinteresse nullement d'un état dans lequel seront incorporés plusieurs milliers de macédo-roumains.

Cet avertissement parvenu à Belgrade quelques jours avant l'ultimatum de l'Autriche-Hongrie y a fait impression. Aussi envisage-t-on à Bucarest la situation générale dans les Balkans avec beaucoup d'optimisme. La Serbie cédera à la pression de l'Europe et retirera ses troupes du territoire albanais. On est aussi persuadé ici que l'Autriche ne nourrit aucun sentiment hostile contre la Serbie mais a simplement voulu faire respecter les décisions de l'Europe.

Le séjour à Sinaïa où ils sont les hôtes du Roi Charles du Prince et de la Princesse de Wied a fait courir le bruit que la Roumanie appuyait la candidature de ce prince au trône d'Albanie. Mais on affirme maintenant de source très autorisée que les intentions du Roi Charles sont de garder à cet égard une neutralité bienveillante mais absolue, la question dépendant de la volonté des grandes Puissances. Il paraît que Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne lui-même se montre très réservé au sujet de cette candidature, ne voulant pas se trouver placé, en cas de conflit albano-grec, entre les intérêts de son beau-frère et ceux d'un prince allemand qu'il aurait soutenu.

74.

BRUXELLES, 3. 11. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 25 octobre 1913, No. 1267.)

Albanie. Conflit austro-serbe. Opinion russe. Divergences de vues entre l'Allemagne et l'Autriche. Grèce et Turquie.

Une fois de plus, les événements se sont précipités dans les Balkans. Le Cabinet de Vienne a perdu patience; il a envoyé un ultimatum à Belgrade et la Serbie s'inclinant encore une fois devant les menaces de l'Empire voisin, s'est hâtée d'aviser les Grandes Puissances que ses troupes allaient évacuer l'Albanie.

Les plus chauds défenseurs du Cabinet de Belgrade ont été cette fois-ci les journaux français. Le «Temps» s'est signalé

en particulier par la violence de son langage contre la politique austro-hongroise. Le Gouvernement russe est loin de donner aussi complètement raison aux Serbes, quoiqu'ils soient ses protégés bien plus que ceux de la France. On estime dans les milieux diplomatiques russes que le Cabinet Pasitch a eu tort, dès le début du conflit de frontière avec les Albanais de ne pas jouer franc jeu avec les Puissances en leur déclarant formellement que l'occupation par les troupes serbes de quelques points stratégiques en Albanie ne serait que provisoire et ne durerait que le temps nécessaire pour prévenir le retour de pareils incidents.

Les diplomates russes, s'ils n'approuvent pas la politique serbe, n'en condamnent pas moins très sévèrement celle de l'Autriche-Hongrie. Ils la croient inspirée par le parti militaire qui pousse la monarchie dualiste à un conflit avec les Serbes au mépris des ses véritables intérêts. Le meilleur moyen pour elle de réparer les fautes commises pendant ces derniers mois serait de se rapprocher des Slaves des Balkans et de répondre ainsi aux vœux de la population slave, très nombreuse en Autriche comme en Hongrie.

Il ne semble pas que les initiatives dangereuses prises par le Cabinet de Vienne sans consulter celui de Berlin soient du goût de ce dernier: il suit en rechignant son allié trop pressé d'agir, mais il ne lui épargne pas en chemin les conseils et les reproches.

Ces dissentiments entre les directeurs de la politique des deux Empires alliés donnent à la présence de l'Empereur Guillaume chez l'Archiduc-Héritier à Konopischt, où il est arrivé jeudi dernier, un intérêt particulier. Il n'est pas interdit de supposer que Guillaume II avec sa franchise ordinaire aura exprimé à son hôte son opinion et celle de son Gouvernement sur les procédés de la diplomatie autrichienne, ses maladresses, ses incohérences et les dangers qu'elle fait courir à la paix européenne. L'alliance et l'amitié des deux Empires n'ont subi encore aucune atteinte, mais il ne faudrait pas que l'impéritie autrichienne mît la patience allemande trop souvent à l'épreuve.

Des nouvelles plus favorables continuent à être publiées au sujet des négociations gréco-turques. La question des vakoufs

semble résolue et la conclusion d'un traité de paix entre la Turquie et la Grèce parait moins incertaine qu'il y a quinze jours. Mais la paix ne sera probablement assurée que si les Grecs renoncent à la possession des îles avoisinant la côte d'Asie, telles que Chio et Mitylène. Ces îles ont peu de valeur au point de vue de la fertilité, en comparaison des magnifiques régions de la Macédoine qu'une nouvelle guerre risquerait de faire perdre à la Grèce. Mais ces rochers ont pour les Turcs une importance de premier ordre pour la défense de l'Asie mineure et ils ne veulent pas qu'ils servent de dépôts d'armes et de postes avancés à l'hellénisme en cas de nouveaux conflits. On croit que la question des îles sera résolue par une entente directe entre la Turquie et la Grèce ou bien par une nouvelle guerre dont l'Europe resterait simple spectatrice. Les Puissances ont des intérêts à ménager dans l'un comme dans l'autre pays, elles ne veulent s'aliéner ni les Grecs ni les Turcs et n'auront d'autre moyen d'y réussir que d'observer une complète neutralité.

75.

BRUXELLES, 6. 12. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 22 novembre 1913, No. 1386.)

Négociations franco-allemandes à Berlin. L'incident de Saverne.

Des négociations avaient eu lieu l'été dernier entre la Deutsche Bank et la Banque Ottomane au sujet des concessions de chemin de fer accordées respectivement à ces deux établissements financiers par le Gouvernement Ottoman en Asie Mineure. Le Gouvernement Impérial et le Gouvernement de la République, estimant que ces questions, outre leur intérêt économique, présentaient pour les deux pays un intérêt politique auquel ils ne devaient pas rester indifférents, résolurent de soumettre de commun accord les arrangements conclus par les deux banques à l'examen approfondi d'une commission mixte et nommèrent, chacun, à cet effet, deux délégués qui se sont réunis depuis deux semaines à Berlin. Aux délégués allemands se sont adjoints M. M. von Gwinner et Helfferich, Directeurs de la Deutsche

Bank; les délégués français sont secondés par le Secrétaire général de la Banque ottomane.

Les négociations marchent lentement. La question de la garantie d'intérêt est la plus difficile à résoudre, les délégués français ne pouvant pas consentir à ce que toutes les disponibilités du trésor ottoman soient affectées, comme garantie d'intérêt, à l'entreprise allemande du chemin de fer de Bagdad. Quand une entente se sera établie sur les concessions et les raccordements des voies ferrées, ainsi que sur les sphères d'influence qui en dépendent, les délégués des deux Gouvernements aborderont l'étude de la question de la dette ottomane, afin de préparer et de déblayer le terrain pour la conférence financière qui doit se tenir à Paris dans le courant de l'hiver prochain. L'Allemagne voudrait avoir, comme la France, un second délégué à la commission de la dette et jouir du même privilège que la France et l'Angleterre en ce qui regarde la présidence de cette commission.

On croit de part et d'autre qu'un accord interviendra après de laborieuses négociations. Les journaux parisiens, le Temps tout le premier, ont dépassé la vérité en disant que les pourparlers suivaient un cours très favorable. Entre Français et Allemands, quand leurs intérêts sont opposés, une entente de quelque nature qu'elle soit, ne sera jamais facile à réaliser.

Faut-il espérer, comme le fait une partie de la presse parisienne, que le succès de ces négociations aura une heureuse influence sur les relations futures entre les deux pays? Un tel espoir ne semble guère permis. **Les Allemands accusent les Français de nourrir obstinément des projets de revanche et de n'attendre pour les mettre à exécution qu'une occasion favorable. Cette conviction qui existait dans un grand nombre d'esprits de ce pays s'est généralisée dans les classes supérieures de la population après le vote de la loi française rétablissant le service militaire de trois ans. Mal renseignée par ses journaux, l'opinion publique allemande a vu dans ce vote, non pas une mesure de protection et de défense éventuelles contre l'Allemagne qui venait d'augmenter elle-même dans des proportions considérables son armée sur le pied de paix, mais la préparation à une guerre offensive, à une guerre de revanche, et même une sorte de provocation. Elle a été**

fortifiée dans cette opinion, on doit le dire, par le ton agressif des journaux français, partisans du service de trois ans, pendant toute la discussion parlementaire du projet de loi. Il fallait bien pour échauffer le sentiment national assez réfractaire en France à une prolongation du service militaire et pour triompher de la résistance soulevée par la presse radicale et socialiste, battre le tambour d'alarme et dénoncer les intentions belliqueuses des nationalistes d'outre-Rhin; mais certains organes parisiens, le Temps, le Matin, l'Echo de Paris, entre autres, très lus et très commentés en Allemagne, se sont acquittés de cette tâche avec une maëstria qui a vraiment dépassé la mesure. L'atmosphère de haine et de défiance qui pèse sur les relations franco-allemandes en est devenue encore plus lourde et plus épaisse. Il ne suffirait pas de quelques négociations menées de part et d'autre dans un esprit conciliant sur un sujet particulier pour la dissiper.

Le maintien de la paix entre la France et l'Allemagne reste à la merci d'un incident. Ce n'est pas celui de Saverne, si regrettable qu'il soit, qui pourra déchainer la guerre, car il ne blesse pas l'honneur national des Français. La grossièreté et l'inconvenance des propos attribués au lieutenant von Forstner sont incontestables; cependant cet officier n'a été l'objet d'aucune mesure disciplinaire. Cet incident est un symptôme des sentiments qui règnent dans l'armée allemande et dans une grande partie de la population à l'égard de la France et qu'on ne veut pas froisser en haut lieu.

76.

BRUXELLES, 9. 12. 1913.

(Extraits d'un rapport de Bucarest du 27 novembre 1913, No. 298.)

M. Schébéko, Ambassadeur à Vienne. Tentative de rapprochement austro-hongrois.

M. N. Schébéko, qui représentait la Russie à Bucarest depuis un an à peine et dont c'était d'ailleurs le premier poste de

ministre, a présenté hier au Roi ses lettres de rappel. Il vient, en effet, d'être nommé ambassadeur à Vienne.

Ce n'est pas seulement aux services qu'il a rendus au cours des évènements balkaniques encore récents que M. Schébéko doit un avancement exceptionnel, avancement qui n'est pas d'ailleurs sans soulever quelque mécontentement parmi ses collègues du Pont aux Chantres. Il doit une fortune si rapide à la faveur du Grand Duc Nicolas Michailovitch, sous les ordres duquel, avant d'entrer dans la carrière diplomatique, il servait aux Chevaliers-Gardes. Le Grand Duc Nicolas Michailovitch, historien de valeur, qui prête beaucoup d'attention à la politique extérieure de l'Empire et dont les avis sont écoutés à la Cour du Tzar, est un partisan convaincu du rapprochement avec l'Autriche-Hongrie. Chargé au mois de décembre dernier, de remettre de la part de Nicolas II le bâton de feldmaréchal de l'armée russe au Roi Carol, le Grand Duc rencontra à Bucarest M. Schébéko. Il retrouva dans le diplomate intelligent et actif l'officier énergique et l'homme de devoir qu'il avait apprécié au régiment. On est amené à croire qu'il le désigna tout de suite dans sa pensée comme l'instrument le plus apte à réaliser son dessein politique. Car dès le mois de mai on annonçait à Bucarest que M. Schébéko serait nommé ambassadeur et vers la fin de juin on précisait que ce serait à Vienne. M. Sazonow, parait-il, était à cette époque beaucoup moins assuré de la nomination de M. Schébéko; mais l'influence du Grand Duc Nicolas l'emporta.

M. Schébéko arrivera donc à Vienne avec plusieurs rameaux d'olivier. Par sa situation personnelle, l'expérience du poste où il passa plusieurs années en qualité de secrétaire, son activité, son tact et surtout l'esprit dont il est animé, on peut être certain qu'il travaillera de toutes ses forces à ramener les deux empires sur le pied des bons rapports qui existaient avant que le Baron d'Aerenthal ne fit en Bosnie-Herzégovine le coup de théâtre sous l'émotion et la rancune duquel on est toujours resté depuis à Saint Pétersbourg, et qui a porté ses effets à travers tous les évènements dont les Balkans ont été jusqu'à hier le théâtre.

77.

BRUXELLES, 9. 12. 1913.

(Extrait d'un rapport de Vienne du 27 novembre 1913, No. 306.)

La presse austro-hongroise et le traité serbo-bulgare.

La publication par le «Matin» de Paris du texte complet du traité et de la convention militaire serbo-bulgare produit ici une très grosse sensation. Les journaux austro-hongrois expriment leur étonnement, leur stupéfaction, en constatant que la Bulgarie s'était obligée à envoyer 200 000 hommes au secours de la Serbie dans le cas où celle-ci aurait été attaquée par l'Autriche-Hongrie et que cette même obligation lui aurait été également imposée si les troupes impériales avaient pénétré, avec ou sans assentiment de la Turquie, dans une partie quelconque du territoire ottoman. C'est-à-dire si elles avaient essayé d'occuper le Sandjak de Novi-Bazar. Un de ces journaux exhale son indignation que ce traité eut été conclu sous les auspices et la tutelle de la Russie, tandis que les Diplomates de l'Empire moscovite avaient continué jusqu'à la dernière heure à prôner la conservation du «Statu quo» dans la presqu'île balkanique.

La «Allgemeine Zeitung» a été la première à publier la traduction du traité. Son rédacteur en chef qui remplit les mêmes fonctions au «Fremdenblatt», l'organe officieux du Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères et qui est en général bien renseigné, peut ainsi dire dans cette petite feuille bien des choses qu'il serait obligé de passer sous silence dans le grand journal. Dans son article de fond accompagnant la susdite publication, après avoir fait remarquer combien grave avait été la situation, ce rédacteur ajoute: «On voit maintenant à quel point nous avons eu raison de mettre tout en œuvre pour briser cette alliance de la Bulgarie avec la Serbie.» Ces paroles équivalent évidemment à dire: «C'est nous qui avons empêché les Bulgares d'aller à Saint-Pétersbourg, c'est nous qui les avons décidés à attaquer les Serbes.» En supposant que tel eût bien été le rôle joué par la diplomatie austro-hongroise, il

semble qu'il était un peu naif et même maladroit de la proclamer. En tous cas, le Comte Berchtold, interpellé à la Délégation autrichienne a catégoriquement nié toute intervention dans cet ordre d'idées et il serait bien difficile d'éluder complètement cette question. L'indiscrétion ayant eu pour conséquence la publicité du traité a été commise, selon toute probabilité, par quelque membre du parti russophile bulgare, lequel s'efforce, au cours de la campagne électorale actuelle, de rejeter sur le Roi Ferdinand la responsabilité des fautes commises, à compromettre Sa Majesté vis-à-vis de l'Autriche-Hongrie et à regagner ainsi les bonnes grâces de la Russie.

Il serait prématuré de dire dans quelle mesure ces prévisions des russophiles bulgares vont se réaliser, mais il semble que cette publication du traité aura pour conséquence d'affaiblir ici la valeur des critiques soulevées contre la politique du Comte Berchtold et de fortifier sa situation.

78.

BRUXELLES, 20. 12. 1913.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 13 décembre 1913, No. 1476.)

Discours du Chancelier sur la politique extérieure. Mission militaire allemande à Constantinople. Le Cabinet Doumergue.

La presse allemande et la presse étrangère, en constatant avec satisfaction le ton optimiste du discours sur la politique extérieure tenu par le Chancelier de l'Empire dans la séance du Reichstag du 9 de ce mois, n'ont pas pu s'empêcher de remarquer qu'il n'avait traité en particulier aucune des questions litigieuses que la guerre balkanique a laissées après elle, comme la semence de nouveaux conflits. M. de Bethmann-Hollweg s'est gardé de parler des frontières de l'Albanie ni du sort des îles de la mer Egée.

Le «Temps» de Paris a eu tort de souligner la différence des expressions dont s'était servi l'orateur pour caractériser les relations de l'Empire allemand avec les grandes Puissances. Après s'être réjoui avec insistance des bons rapports avec l'Angleterre,

il a qualifié seulement de «corrects» ceux que le Gouvernement Impérial entretient avec la France. Le «Temps» ne pouvait pas lui en demander davantage, car le Chancelier n'a dit là que la stricte vérité. Mais il aurait pu s'étonner que le premier Ministre allemand condescendit à faire aussi ouvertement la cour à l'Angleterre. C'est cependant à quoi s'emploie assidûment depuis un an la diplomatie allemande, dans l'espoir d'arriver à dissoudre la Triple Entente. Le Ministère, ainsi que la presse britannique, dont l'attention est surtout captivée par la situation intérieure de l'Angleterre, semble se prêter à ce jeu et se laisser peu à peu enguirlander par le langage du Gouvernement et des journaux de ce pays.

Cette semaine l'Empereur a reçu en audience de congé le général Liman de Sanders et les membres de la mission militaire qui s'en vont réorganiser l'armée ottomane. Le désir du Gouvernement Impérial de reconquérir à Constantinople la situation que l'Allemagne y possédait avant la guerre balkanique s'est trouvé d'accord avec celui des Jeunes Turcs de s'éterniser au pouvoir grâce à l'appui du corps d'armée stationné dans la capitale. Le meilleur moyen de s'assurer la fidélité de ces troupes était de mettre à leur tête des officiers étrangers. Le général Liman de Sanders ma ntiendra l'ordre à Constantinople, comme il l'eût fait dans sa garnison de Cassel, et ce sera au profit du parti dominant. Les Jeunes Turcs n'auront plus à craindre être renversés par une sédition militaire.

Le souci de leur sécurité personnelle explique le peu d'attention qu'ils ont prêté aux représentations de la Russie. Le Gouvernement du Tzar réclame des compensations, entre autres l'instruction par des officiers russes du corps d'armée d'Erzeroum ou de celui de Trébizonde, plus près du Bosphore. On ne croit pas à Berlin qu'il les obtienne. **On est du reste habitué ici depuis un an à de tels revirements de la part de la Russie, à des sautes de vent qui ont changé si brusquement l'orientation de sa politique, tantôt favorable, tantôt hostile aux peuples balkaniques pendant la dernière guerre, qu'on ne s'inquiète pas outre mesure de l'irritation du Cabinet et de la presse de Saint-Pétersbourg causée par la question de la mission militaire.** On pense même

— le discours de M. de Bethmann Hollweg autorise cette supposition — que les bonnes relations entre les deux Cours ne seront pas assombries par ce nuage passager que le Chancelier a négligé à dessein de mentionner.

Le Gouvernement français qui a fait l'épreuve des changements d'humeur de son allié, de ses oscillations et de son inconsistance, ne l'avait suivi qu'avec circonspection, à ce que m'a dit l'Ambassadeur de France, dans ses démarches auprès de la Sublime Porte; il s'était contenté de demander à cette dernière des explications sur la situation excessive faite aux officiers allemands. On s'attend à Berlin à ce que le Cabinet Doumergue se montre encore plus réservé que son devancier dans cette question. Il tiendra sans doute à justifier dans sa politique étrangère la confiance que lui témoignent, en raison ou en dépit de sa couleur radicale, tous les partis bourgeois allemands dont les journaux, sans exception, ont salué avec plaisir son avènement, parce qu'ils voient surtout en lui l'adversaire de la loi sur le service militaire de trois ans.

79.

BRUXELLES, 30. 12. 1913.

(Extrait d'un rapport de Paris du 20 décembre 1913, No. 3643.)

La question du commandement militaire de Constantinople.

La question du commandement militaire de Constantinople ne manque pas de gravité; elle n'a reçu jusqu'ici aucune solution.

Le jour où, il y a peu de semaines, M. Kokotzow s'arrêta à Berlin, en revenant de Paris, il était assez ému des projets que l'on prêtait à l'Allemagne à cet égard; il s'en ouvrit à l'Empereur Guillaume qui le rassura complètement. La question était délicate; elle demandait de la prudence, de la patience et du doigté, mais l'Empereur promettait qu'on trouverait une solution satisfaisante.

On attendit quelques temps puis le souverain allemand fit connaître à Pétersbourg qu'il n'avait pas trouvé la solution qu'il cherchait, que la position était difficile pour lui et, qu'au surplus,

il n'était pas responsable de l'incident attendu qu'il n'avait rien proposé à la Turquie; que c'était la Porte qui lui avait demandé l'envoi des officiers allemands.

On en fut très vexé en Russie; on offrit, puisqu'il en était ainsi, de faire une demande à Constantinople pour faire retirer les offres du Gouvernement ottoman. Mais on perdit du temps en conversations entre Pétersbourg et Berlin; sur ces entrefaites le Général allemand partait pour le Bosphore avec son état-major. Le Gouvernement moscovite se décida alors à faire à Constantinople une démarche, mais la situation qui a été mise en lumière par cette démarche n'est pas, en somme, trop désavantageuse.

La Porte considère la question des commandements militaires allemands comme étant de politique intérieure, mais elle a déclaré que le Général Sanders n'aurait qu'une mission d'instruction, ne touchant en rien la question des Détroits et des fortifications.

Le problème n'a plus fait un pas depuis ce moment. Il est absolument faux, dit-on, au Quai d'Orsay, que le Gouvernement russe ait demandé que le commandement de la gendarmerie envoyée dans la province d'Arménie soit confié à un officier russe; que les forteresses qui gardent les Détroits ne soient pas reconstruites, devant rester dans l'état actuel; que les voies ferrées qui seront construites en Arménie doivent toutes avoir le même écartement; il est faux que le Cabinet de Pétersbourg ait demandé des avantages pour des officiers russes ou des compensations.

On recherche à Pétersbourg la solution que comporte la crise actuelle; les Gouvernements de France et d'Angleterre sont à ce sujet, en communications constantes avec celui de la Russie; mais on reconnait que c'est celle-ci, la Puissance la plus intéressée dans la question, à faire connaître ses vues et ses désirs. **A Londres, comme à Paris, on a promis un appui absolu à Pétersbourg mais on ne veut pas prendre d'initiatives dangereuses.**

Le Gouvernement ottoman, bien qu'il vienne d'obtenir quelques avances qui lui permettent de vivre pour quelque temps et de calmer les impatiences très exigeantes de l'armée, est dans une situation économique assez difficile pour que des moyens

de pression puissent être facilement trouvés; mais on n'est pas arrivé jusqu'ici à ce point délicat.

On continue à espérer ici une solution satisfaisante de la crise, dont on ne méconnaît pas la gravité — en se plaçant au point de vue purement nationaliste — on n'est pas éloigné de penser que les difficultés du jour ont l'avantage de creuser entre la Russie et l'Allemagne un fossé qui sera long et difficile à combler. On connaissait depuis longtemps les relations particulièrement amicales qui existaient entre les Cours d'Allemagne et de Russie; on estime que la crise actuelle apportera de sérieuses et durables modifications à cet état de choses.

80.

BRUXELLES, 10. 1. 1914.

(Extrait d'un rapport de Paris du 5 janvier 1914, No. 28.)

Tiraillements dans la Triple-Entente. Russie et Allemagne.

Le «Temps» publiait hier un article intitulé: «Soyons sérieux» qui mérite d'attirer l'attention. Il reproche à M. Lloyd George des théories sur le désarmement et à M. Milioukof ses attaques contre la France et l'Angleterre qui ne soutiennent pas assez franchement et efficacement la politique russe en Europe.

On sait que les articles politiques du grand journal parisien sont généralement l'œuvre de M. Tardieu et qu'ils sont inspirés par M. Iswolsky.

Il est permis de se demander si l'attitude de l'Ambassadeur de Russie n'est pas faite pour donner le change sur les intentions, ou tout au moins sur les dispositions du grand empire qu'il représente à Paris.

Un diplomate généralement bien documenté s'exprimait récemment à ce sujet dans les termes suivants:

«Il ne faut pas se laisser influencer par les nouvelles alarmantes que colporte tous les jours une certaine presse. La France et l'Allemagne sont bien près de s'entendre sur les questions d'Asie Mineure; les rapports entre l'empire allemand et la Grande Bretagne s'améliorent tous les jours et il y

a accord sur bien des points entre Berlin et Saint-Pétersbourg.

«La question du général allemand à Constantinople pourra recevoir encore quelques légères modifications et améliorations. Mais la Russie est décidée à ne pas donner à cet incident une portée qu'elle comporte d'autant moins qu'il est, sur le Bosphore un général anglais dont l'action pourrait être un jour bien plus importante que celle du général von Sanders. La Russie est très absorbée par ses réformes intérieures; elle jouit, en ce moment, d'une prospérité extraordinaire; sa population s'accroît sans cesse dans des proportions impressionnantes; elle ne songe pas à compromettre une situation aussi favorable pour complaire au Gouvernement de la République. Elle n'a nullement l'intention de renoncer aux bienfaits de l'Alliance avec la France qui lui rapporte des avantages certains et matériels; mais soyez persuadé qu'au jour du danger l'action de l'Empire du Nord sera moins effective qu'on ne le suppose à Paris.»

81[1]).

BRUXELLES, 23. 1. 1914.

(Extrait d'un rapport de Paris du 16 janvier 1914, No. 158.)

Fédération Briand—Dangers pour la paix du mouvement nationaliste.

L'action de la nouvelle fédération des gauches se précise: M. Briand vient d'être proclamé président de l'association et la propagande se poursuit.

Ce mouvement aura certes une influence sur les prochaines élections; mais on peut se demander s'il sera aussi important que le désirent ses auteurs, lorsque l'on considère que de hautes personnalités du monde politique modéré et relativement conservateur, tels que M. M. Ribot, Develle, Méline et beaucoup d'autres s'en sont tenus jusqu'ici éloignés.

Quoiqu'il en soit, cette action est intéressante; elle peut avoir pour effet de modérer l'ardeur sectaire des hommes politiques,

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 110, S. 127.

et elle a pour but certain de soutenir et perpétuer les effets de la loi de trois ans. On ne peut donc s'empêcher d'en suivre le développement avec sympathie.

Il semble toutefois qu'au point de vue belge nous aurions plus d'intérêt à voir le succès de la politique de M. Caillaux, c'est-à-dire des radiaux et radicaux-socialistes. **Ce sont, en effet, M. M. Poincaré, Delcassé, Millerand et leurs amis qui ont inventé et poursuivi la politique nationaliste, cocardière et chauvine dont nous avons constaté la renaissance. Or, cette politique constitue un danger pour l'Europe et pour la Belgique. On peut même y voir le plus grand péril qui menace aujourd'hui la paix de l'Europe, non pas que le Gouvernement de la République soit disposé à troubler celle-ci de propos délibéré, le contraire parait certain, mais parce que l'attitude qu'a prise le Cabinet Barthou a été la cause déterminante d'un surcroit de tendances militaristes en Allemagne.**

Les folies belliqueuses de la Turquie et la loi de trois ans paraissent constituer les seuls dangers à redouter pour la paix de l'Europe.

La France, amoindrie par les déficits de sa natalité, ne peut supporter longtemps le régime de loi de trois ans. L'effort est trop considérable, tant au point de vue financier que relativement aux charges personnelles. Elle ne pourra soutenir un pareil effort; et que fera-t-elle pour sortir de la position difficile dans laquelle elle se sera placée? Tout le monde est d'accord pour reconnaître, que les 50 000 hommes qui ont été ajoutés au contingent par l'amendement Vincent sont superflus et inutiles. On cherche un moyen de s'en débarrasser de façon convenable et élégante; mais après?

Il n'est pas à espérer qu'au moins pour le moment les partis et les hommes qui ont produit un effort considérable pour faire voter la loi de trois ans, puissent se montrer favorables voire même indulgents à un retour en arrière de leur politique militariste. Il y a en plus le Maroc où le Général Liautey demande des renforts considérables pour faire monter jusqu'à cent ou cent cinquante mille hommes les contingents qui lui sont affectés; il veut établir définitivement l'union entre l'Algérie et le Maroc.

On use aujord'hui de moyens indirects; on achète à prix d'or les chameaux des tribus que l'on veut gagner et l'on supprime ainsi leurs moyens d'action. Mais le moyen coûte trop cher et son application est trop lente. Il y a entre le Maroc et l'Algérie des populations redoutables contre lesquelles des forces importantes sont nécessaires. Il faut donc un accroissement de 60 à 80.000 hommes, et ceux qui préconisent l'application immédiate de cette politique ne seront pas partisans de l'allègement de l'effort militaire inauguré en France.

M. Caillaux a voté contre la loi de trois ans; nombreux sont les hommes politiques qui le soutiennent et partagent son avis à cet égard. Le Président du Conseil, poussé par les hauts personnages de la République, a promis le respect loyal de la loi de trois ans; mais il n'est pas exagéré de supposer que dans sa pensée et dans celle de ses amis, on conserve le dessein d'adoucir considérablement les rigueurs du régime actuel.

M. Caillaux, qui est le véritable président du Conseil, est connu pour ses sentiments en faveur d'un rapprochement avec l'Allemagne; il connait admirablement son pays et sait qu'en dehors des états-majors politiques, de poignées de chauvins et de gens qui n'osent pas avouer leurs idées et leurs préférences, le plus grand nombre des Français, des paysans, des commerçants et des industriels subissent avec impatience le surcroit de dépenses et de charges personnelles qui leur est imposé.

La véritable campagne électorale va commencer; il faut s'attendre à ce que l'effet de ces dispositions vienne contrebalancer l'action du groupement inauguré par M. Briand. On cherche par tous les moyens à user la politique de M. Caillaux; on veut empêcher qu'il ne fasse les prochaines élections; personne en ce moment ne saurait prévoir les résultats de cette lutte; mais nous n'avons certes pas à désirer, comme Belges, la chute de M. Caillaux. Cet homme d'Etat peut être dangereux pour les finances de son pays; il peut amener des divisions malsaines et regrettables pour la politique intérieure de la France, mais il semble que sa présence au pouvoir soit de nature à diminuer l'acuité des rivalités internationales et à constituer une meilleure base pour les relations entre la France et l'Allemagne.

82.

BRUXELLES, 9. 2. 1914.

(Extraits d'un rapport de Stockholm du 29 janvier 1914, No. 17.)

Renforcement de la défense militaire de la Suède.
Crainte d'entreprises russes.

La principale question qui passionne actuellement l'opinion publique en Suède, est le problème du renforcement de la défense nationale. Un débat a déjà eu lieu au sujet de la question des nouvelles constructions navales: on a décidé de consacrer un capital de 7 millions de couronnes, aux petites unités, principalement des torpilleurs. On estime que la Suède ne pouvant se pourvoir de grands vaissaux, doit s'efforcer d'augmenter ses moyens de destruction, pour se défendre contre l'ennemi. La question des armements en Suède est celle qui intéresse et préoccupe le plus l'opinion publique à l'étranger. En réalité le Cabinet Suèdois actuel est peu favorable à l'augmentation des armements.

Il est inspiré dans cette tendance par des considérations économiques de premier ordre et par le développement naturel de son programme libéral, qui a besoin d'un certain appui du parti socialiste, opposé, par principe, à toute augmentation des charges militaires.

En dehors de ces considérations générales, il est difficile de savoir dans quelle mesure exacte chaque membre du Gouvernement est personnellement convaincu, du plus ou moins de nécessité d'augmenter les forces de la défense nationale, il semble néanmoins que cette conviction soit l'opinion intime du plus grand nombre.

Le Roi est extrêmement anxieux de voir augmenter, dans une mesure efficace les forces militaires de la Suède. Sa Majesté est convaincue que le péril est grand et qu'il n'y a pas d'autre moyen de sauver le trône et la dynastie, aussi bien que l'indépendance de la nation.

Les nombreuses tentatives d'espionnage faites par des agents russes; la découverte de plans complets de débarquement et

d'investissement de certaines places fortes suédoises; les travaux techniques exécutés récemment en Finlande, les routes et les voies ferrées, sans objet économique plausible, convergeant vers la Suède; la politique de russification à outrance, constituent aux yeux de nombreux Suédois[1]), autant de preuves que la Russie nourrit des arrière-pensées à l'égard de la Suède et que ses intentions ne sont pas «purement pacifiques».

Il y a donc une menace qui pèse sur la Suède de la part de la Russie. Telle est l'opinion du parti conservateur suédois tout entier. Un grand nombre de libéraux semblent partager la même opinion. Tous les hommes d'affaires suédois, financiers, industriels, commerçants sont du même avis.

Une imposante délégation de paysans de toutes les parties de la Suède, se prépare à venir manifester à Stockholm le 7 février prochain. Trente mille hommes viendront demander au Gouvernement d'augmenter la défense nationale, en se soumettant d'avance, à toutes les charges qui leur incomberont de ce chef.

Une telle démonstration ne peut laisser aucun doute sur l'opinion de la masse du pays. Les socialistes, dociles au principe de la fraternité internationale, et peu désireux de voir augmenter les charges budgétaires, demandent le statu quo, quelques-uns veulent même une réduction des dépenses, pour la défense nationale. On annonce qu'une démonstration ouvrière aura lieu dimanche prochain, dans ce sens, pour faire contrepoids et répondre d'avance, à la manifestation de paysans.

L'opinion socialiste n'est pas celle de toute la Suède; et le sentiment de la plupart des Suédois est que le péril russe est réel, et qu'il est imminent. Cette conviction est sincère et on ne saurait mettre en doute qu'elle repose sur une bonne foi absolue et sur la crainte d'un danger réel.

Il est cependant impossible de la partager d'une manière absolue. Sans doute un certain danger existe en principe et on ne peut nier qu'il puisse devenir un jour effectif; mais il semble qu'on s'en exagère beaucoup ici l'imminence prochaine et l'inéluctable fatalité.

[1]) Im Originalbericht steht statt der Worte constituent bis Suédois „sont"; das Zirkular hat hier also wesentlich gemildert.

La Russie doit porter actuellement son attention ailleurs. Ses regards sont tournés vers les questions balkaniques et vers d'autres questions non moins graves pour elle, notamment les questions d'Asie Mineure, de Perse et d'Extrême Orient.

Elle est à peine sortie de la période de troubles intérieurs; et elle doit réparer encore les pertes résultant de sa guerre avec le Japon. Il semble peu vraisemblable, que dans ces conditions, la Russie songe à tenter une nouvelle aventure dans le Nord. Une telle entreprise de sa part, paraîtrait bien inconsidérée; et elle ne manquerait pas d'entraîner de graves complications.

Il est peu probable que les pays les mieux disposés à l'égard de la Russie, verraient avec indifférence une prise de possession qui bouleverserait la configuration de l'Europe. L'Angleterre, notamment, ne peut désirer voir la Russie prendre pied en face d'elle sur la mer du Nord.

La meilleure sauvegarde de la Suède ne semble pas devoir reposer exclusivement sur la force intrinsèque de ses armées, mais plutôt sur l'intérêt qu'ont toutes les Puissances à empêcher la Russie d'occuper son territoire.

Cet argument, qui parait décisif n'inspire aucune confiance ici, et le pays place toute sa foi dans la force de son armée. Cette conviction ressemble tellement à une méprise, qu'à l'étranger on doute de sa sincérité. On veut en chercher l'explication dans les manœuvres de la politique allemande qui cherche à entraîner la Suède dans le cercle de ses alliances.

C'est une erreur. Quelle que soit la politique de l'Allemagne à ce sujet, la conviction de la Suède est sincère et elle est antérieure aux avances de l'Allemagne. Du reste, si ce désir existe du côté de l'Allemagne, on croit qu'il ne trouvera aucun écho ici. A l'heure actuelle, la politique de la Suède est essentiellement scandinave et elle ne cherche à se rapprocher que de ses voisins immédiats, les Norvégiens et les Danois. En somme, la question peut se résumer ainsi:

La majorité de l'opinion suédoise est convaincue de l'imminence du danger russe. Elle ne voit de salut que dans l'augmentation de sa force armée.

En Russie, on affecte de croire que les armements de la Suède

ne sont que le résultat des machinations de l'Allemagne et qu'ils ne trouvent aucune justification logique dans son attitude.

En Allemagne, on désire une évolution des pays scandinaves vers la triple alliance; et toute mesure de défiance à l'égard de la Russie, est accueillie avec une bienveillante approbation.

83.

BRUXELLES, 16. 2. 1914.

(Extraits d'un rapport de Londres du 8 février 1914, No. 86.)

Epire et îles de l'Egée. Réponse de la Triplice.

Les Puissances de la Triple alliance ont répondu avant hier à la note que Sir Edw. Grey leur avait adressé le 21 janvier dernier.

Le Gouvernement britannique prenait acte dans cette note de l'acceptation par les trois Puissances de l'attribution définitive à la Grèce des îles de la mer Egée à l'exception d'Imbros et Ténédos qui commandent l'entrée des Dardanelles et de Castellorijo qui se trouve trop rapprochée du continent asiatique, à condition que la Grèce évacue les territoires attribués à l'Albanie.

Sir Edw. Grey proposait de remplacer la date du 18 janvier par une nouvelle date ou par un terme vague tel que «le plus tôt possible».

La note anglaise faisait ensuite remarquer:

1. que la Grèce en toute justice ne pouvait pas être rendue responsable des troubles qui éventuellement se produiraient parmi les Epirotes annexés à l'Albanie. Le seul engagement qu'on puisse lui demander est de ne pas s'opposer à la volonté des Puissances et de ne pas encourager la résistance de ces populations;

2. qu'une déclaration contenant les propositions originales de Sir Edw. Grey du 13 décembre, amendées suivant le désir de la Triple alliance, devrait être remise simultanément à Constantinople et à Athènes. Les Puissances s'entendraient sur les moyens à employer pour faire respecter leurs décisions.

En ce qui concerne les îles du Dodécanèse, le Secrétaire d'Etat

pour les Affaires Etrangères rappelait que toutes les puissances étaient intéressées à leur sort et que par conséquent celui-ci ne pouvait être règlé par un arrangement direct à intervenir entre la Porte et l'Italie.

Dans leur réponse les Puissances de la Triple alliance donnent leur assentiment à la déclaration à remettre à la Grèce, mais demandent l'insertion d'un paragraphe ainsi conçu:

«l'évacuation des territoires albanais par la Grèce commencera le 1er Mars à Larasso et à Koritza et sera terminé le 31 mars, dans toute la zône contestée.»

Elles ne parlent pas de la note à remettre à Constantinople, ni des moyens à employer pour faire respecter en cas de besoin leurs décisions.

On est, parait-il, très mécontent au Foreign Office de la réponse de la Triple alliance. On assure même que Sir Edw. Grey aurait quitté Londres pour ne pas recevoir les communications que les Ambassadeurs étaient chargés de lui remettre et dont il connaissait la teneur.

Le Secrétaire d'Etat pour les Affaires Etrangères qui depuis des mois s'est efforcé par tous les moyens d'arriver à des solutions acceptables par tous et de maintenir l'accord parmi les Puissances est, dit-on, très découragé. On a même déclaré au Foreign Office à un représentant d'un Royaume balkanique que l'Angleterre pourrait bien envisager la possibilité d'entreprendre une action indépendante.

La situation est donc peu satisfaisante et il est à craindre que l'attitude de la Triple alliance n'amène des complications graves.

84.

BRUXELLES, 27. 2. 1914.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 16 février 1914, No. 45.)

La crise balkanique. L'Epire et les îles. La reconstitution de l'union balkanique et l'Autriche-Hongrie.

La préoccupation qui régnait dans les cercles diplomatiques s'est à peu près dissipée et la situation s'est sensiblement amé-

liorée. A la suite d'échanges de vue d'une lenteur désespérante, les Puissances des deux groupes ont fini par se mettre s'accord. Le voyage circulaire de M. Vénizelos, les explications et assurances données par cet éminent homme d'Etat ont largement contribué à atteindre ce résultat. Le premier Ministre du Roi Constantin a fait remarquer avec beaucoup de raison qu'il serait dangereux de forcer les troupes grecques à évacuer les territoires devant être remis à l'Albanie, avant que l'ordre soit suffisamment rétabli dans ce pays et que son Gouvernement soit en état de faire occuper à son tour ces contrées de manières à pouvoir y garantir le maintien de la tranquillité. Par conséquent, M. Vénizelos aurait voulu qu'on lui laissât une assez large latitude qui lui aurait permis de choisir le moment opportun pour procéder graduellement à cette évacuation. De plus il demandait certaines modifications de frontière peu importantes. Enfin, il aurait tout naturellement désiré que les Puissances, conformément à la proposition anglaise, se missent dès maintenant d'accord sur les mesures cœrcitives à prendre dans le cas où la Turquie ne respecterait pas leur décision relative aux îles de la mer Egée.

A Berlin, à Rome et à Vienne, on s'est refusé à entrer complètement dans cette triple voie et l'entente finale des six Puissances constitue un compromis. On donne à la Grèce pour l'évacuation de l'Epire un délai s'étendant jusqu'au 31 mars. La rectification de frontière qu' elle demande va être examinée avec esprit de bienveillance à son égard. La question des dispositions éventuelles à prendre contre la Turquie est laissé ouverte.

Le Gouvernement hellène se trouve ainsi dans la fâcheuse position de devoir restituer d'un côté des territoires que ses armées ont conquis sur terre ferme, sans avoir la moindre garantie qu'on ne cherchera pas d'un autre côté à lui enlever par la force des îles que le sort de la guerre a également fait tomber entre ses mains d'une manière tout à fait légitime.

Mais en fait tout porte à croire que les craintes qu'on pourrait éprouver à Athènes sous ce dernier rapport ne sont pas fondées. Le langage très décidé et très agressif qu'on tenait au début à Constantinople est devenu beaucoup plus calme.

La nouvelle d'une alliance offensive et défensive entre la Turquie et la Bulgarie n'est nullement confirmée et ce dernier pays est d'ailleurs trop épuisé pour se laisser entraîner actuellement dans une aventure de ce genre. De plus il y a la Roumanie qui veille à ce que le traité de Bucarest soit respecté. Enfin Hussein Hilmi Pacha, l'Ambassadeur turc à Vienne, affirmait tout récemment qu'on se faisait une fausse idée d'Enver Pacha, qu'il était beaucoup trop raisonnable pour chercher à s'opposer par la force à la décision unanime des Puissances et que la guerre n'aura pas lieu.

On se contentera probablement à Constantinople de protester, on appliquera le système qu'on a suivi à propos de l'Egypte et de la Tunisie en refusant de reconnaitre officiellement le nouvel état de choses, mais on ne se battra pas.

La presse de Vienne a fait un bruit énorme à propos des pourparlers qui viennent d'avoir lieu à Pétersbourg. Elle considère que la prétendue tentative de reconstituer l'union balkanique est un acte agressif contre l'Autriche-Hongrie «que la Russie veut entourer d'un cercle de fer». Comme d'habitude c'est la «Neue Freie Presse» qui se distingue par la violence de son langage. Avide de sensations, ce journal se fait en outre un malin plaisir de présenter la situation sous un jour menaçant dans l'intention de créer des ennuis au Ministère Impérial et Royal des Affaires Etrangères avec lequel il est en mauvais termes.

Il est évident que, surtout à cause de son ressentiment contre la Serbie, l'Autriche-Hongrie ne verrait pas d'un œil indifférent la reconstitution de l'union balkanique et qu'une participation effective de la Roumanie sous l'influence de la Russie devrait lui être particulièrement pénible. Mais, en premier lieu, ce projet, s'il était effectivement dans les intentions de la Russie, ne serait guère réalisable puisqu'un rapprochement entre la Bulgarie et la Serbie serait encore impossible et ne pourrait selon toute probabilité s'effectuer de sitôt. Entre la Serbie et la Grèce le traité subsiste et il n'y a sous ce rapport rien de changé. D'autre part, la Roumanie est maintenant dans une trop bonne situation pour ne pas chercher à rester indépendante de toute influence, qu'elle vienne des bords de la Néva ou du

Danube. Tout en ayant avec la Serbie et la Grèce des intérêts communs qui la poussent à entretenir avec ces deux pays des relations plus intimes, il est douteux qu'elle consente à se lier formellement par un traité général. Elle voudra rester l'arbitre dans la presqu'île balkanique et fera tout ce qui dépendra d'elle pour qu'il ne soit pas touché à l'état de choses consacré par le traité conclu sous ses auspices. En poursuivant ce but principal, elle ne peut avoir aucune pensée hostile ou agressive à l'égard de l'Autriche-Hongrie.

Quant à la Serbie, quoique considérablement agrandie, sa position n'est pas pour le moment fort enviable. D'après les affirmations de l'Ambassadeur de Turquie à Vienne, fort compétent en cette matière, les territoires conquis comportent une population de 1 800 000 âmes composée de Turcs, Bulgares, Grecs et Albanais, qu'il s'agit de s'assimiler et le Gouvernement du Roi Pierre devra consacrer tous ses efforts à l'accomplissement de cette tâche difficile. De plus, il faut s'attendre à voir surgir, dès l'arrivée du printemps, aussi bien le long de la frontière bulgare que du côté albanais, de nombreuses bandes de «Comitadjis», qui donneront fort à faire à l'armée serbe. Comment pourrait-on, dans ces conditions, à Belgrade songer à quelqu'entreprise hostile envers la Monarchie. Absorbé pour longtemps par un travail intérieur des plus intense, on n'y pense plus pour le moment à la Bosnie-Herzégovine et la solution éventuelle de cette question est renvoyée aux Calendes grecques. C'est par conséquent à tort que la presse s'alarme ici de soi-disants projets de la Russie et les nouvelles publiées à ce sujet ont un caractère d'exagération presque ridicule.

85.

BRUXELLES, 21. 3. 1914.

(Extrait d'un rapport de Berlin du 14 mars 1914, No. 293.)

Rapports russo-allemands.

Le communiqué, publié par la Gazette de l'Allemagne du Nord en tête de son numéro d'hier soir semble clôre l'incident

soulevé par l'article de la Gazette de Cologne du 2 mars. Malgré le langage apaisant de l'organe officieux du Gouvernement russe, la «Rossika», auquel la Gazette de l'Allemagne du Nord n'a fait que répondre sur le même ton, on croit ici[1]) que les autres journaux de Saint-Pétersbourg continueront pendant quelques jours encore à fulminer contre l'Allemagne et contre l'Autriche-Hongrie et que les polémiques de presse ne se calmeront que peu à peu.

Dans les milieux franco-russes de Berlin[2]), on ne veut, bien entendu, pas rendre la presse parisienne responsable, par ses imprudences, de la leçon infligée à l'allié de la France; mais on se demande s'il ne faut pas chercher l'explication de tout l'incident dans un nuage qui aurait troublé dernièrement pendant 48 heures les relations très amicales[3]) de l'Empereur Guillaume avec le Tzar. L'Empereur aurait écrit personnellement à ce dernier, à l'occasion du renvoi de M. Kokowtzow, pour lui donner des conseils que lui permet sa plus longue expérience du pouvoir, et ses bons avis auraient été assez mal reçus. Il est certain qu'il y a quinze jours environ, à un de ces repas de régiment, auxquels assiste volontiers Guillaume II, il s'est laissé aller à une explosion de colère contre la Russie qui n'est pas restée ignorée, malgré la discrétion obligatoire des convives. Aujourd'hui ce nuage paraît dissipé.

Un ambassadeur[4]) a eu, d'autre part, avec M. de Jagow (lors de la chute du Premier Ministre russe), un entretien, dans lequel celui-ci a exprimé la crainte que M. Sasonow ne fût renvoyé, lui aussi, et remplacé par un panslaviste ou un nationaliste qui inaugurerait dans l'Orient balkanique une politique dangereuse pour la paix de l'Europe. Le nom de M. de Hartwig avait été mis en avant par quelques journaux. Confier

[1]) Im Originalbericht stand: l'ambassadeur de France, que j'ai vu ce matin, croit . . .

[2]) Im Originalbericht wird erwähnt, offenbar geschehe der Angriff der Kölnischen Zeitung gegen Rußland mit Billigung der Deutschen Regierung. Cambon wolle übrigens die Pariser Presse nicht verantwortlich machen.

[3]) Im Bericht stand «aimables».

[4]) Im Original «M. Cambon».

dans les circonstances actuelles la direction de la politique étrangère de la Russie à un pareil homme, cela serait considéré à Vienne comme une sorte de provocation ou comme une menace de guerre. Qui sait, si le Gouvernement allemand, agissant tant pour son propre compte que pour celui de son allié austro-hongrois, n'a pas voulu prendre les devants et inciter à la prudence le Ministre qui prendra demain la succession de M. Sasonow?

Tout en étant persuadé qu'il ne s'agit cette fois-ci que d'une fausse alerte, les milieux diplomatiques[1]) ne cachent pas les inquiétudes que leur causent les sentiments belliqueux du parti militaire allemand, de la jeunesse allemande et des intellectuels. Tout le monde a le verbe plus haut ici depuis le succès de la contribution extraordinaire de guerre votée l'an dernier par le Reichstag; elle produira le double de ce sur quoi l'on avait escompté, deux milliards de marks au lieu d'un. L'Allemagne ne se savait pas si riche. Elle se montrera encore plus intraitable dans les incidents qui viendraient à surgir entre elle et la Triple Entente.

86.

BRUXELLES, 2. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 24 mars 1914, No. 164.)

Prétendu projet d'alliance franco-russo-allemande.

Le «Novoïé Vrémia» publiait il y a quelques jours des déclarations qu'il attribuait à un haut personnage russe, et qui faisaient prévoir la possibilité d'une alliance entre la Russie, l'Allemagne, la France et l'Angleterre. Le «Temps» de Paris a répondu à cet article en disant qu'il avait recueilli à Saint Pétersbourg des informations lui permettant de démentir ce bruit.

[1]) Auch hier wird im Original der Botschafter Cambon persönlich genannt.

Il faut signaler aujourd'hui un article du «Wetchernié Vrémia», dont voici le résumé:

«Le «Temps», ému par les déclarations attribuées à un personnage haut placé a envoyé son correspondant M. Rivet au Ministère Impérial des Affaires Etrangères, pour se renseigner. Un jeune diplomate qu'il y a interviewé lui a dit que les nouvelles dont il s'agit ne reposaient sur aucune autorité. Or, la personnalité dont émane le bruit d'un rapprochement entre les quatre Puissances citées plus haut, est fort bien vu en haut lieu et occupe l'un des postes principaux dans le Gouvernement. Le jeune diplomate au contraire n'est pas en mesure de connaître les intentions des cercles dirigeants. Nous savons, et ceci calmera les nerfs du journaliste parisien et lui sera en même temps extrêmement désagréable, que la haute autorité en question a été formellement chargée par les sphères officielles de causer avec des représentants du Gouvernement allemand. Il s'est également entretenu à Paris avec des personnalités responsables au sujet d'une nouvelle orientation des grandes Puissances. A Paris et à Berlin, l'idée d'une alliance anglo-russo-franco-allemande sur la base du partage de l'Autriche a rencontré une approbation complète. Rentré à Saint-Pétersbourg le dignitaire en question a fait son rapport, lequel a trouvé un écho favorable. Tout cela s'est passé l'été dernier. Depuis, le même personnage a eu l'occasion de revenir sur la question, de sorte que les affirmations du jeune diplomate et du correspondant du Temps, d'après lesquelles on ne songerait nullement à une nouvelle orientation des Puissances montrent que ces Messieurs sont mal informés.»

Ce qui précède cadre mal avec ce qu'on sait des dispositions du Ministre Impérial des Affaires Etrangères, très peu favorables à l'Allemagne et que les dernières polémiques russo-allemandes n'ont pas contribué à modifier.

87.

BRUXELLES, 4. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Saint-Pétersbourg du 27 mars 1914, No. 171.)

Accroissement de l'armée russe.

Malgré le grand secret dont (on) entoure de plus en plus les mesures militaires, il se confirme qu'on se propose de créer, non seulement un quatrième nouveau corps d'armée, mais encore un cinquième. On se rappelle que la création de trois nouveaux corps d'armée a été décidée l'année dernière.

De nouveaux régiments de cavalerie sont en formation: leur nombre sera de 20 en tout cas — peut-être de 25.

Le projet d'accroissement des forces russes comporte une division de réserve pour chaque corps d'armée.

Il y a lieu de remarquer ici qu'actuellement déjà l'artillerie russe possède le matériel nécessaire pour doubler immédiatement le nombre de toutes les «brigades» d'artillerie en temps de guerre.

Il existe au surplus considérablement de recrues depuis qu'on a décidé d'augmenter le chiffre des hommes enrôlés et aussi depuis qu'on a pris l'habitude de garder sous les drapeaux, jusqu'au printemps, la classe la plus ancienne, pendant la période d'instruction de la classe nouvelle.

Le nombre des recrues dont dispose annuellement l'Empire russe est de 1,200,000 hommes. Mais jusque récemment on ne prenait sur ce nombre que 450,000 environ: le chiffre des dispensés était donc énorme. Aujourd'hui, l'on enrôle environ 600,000 hommes par an.

Jusqu'à présent, la Russie possédait, pour le cas de guerre, 5,000,000 d'hommes instruits. Ce chiffre sera notablement accru dans quelques années, vu l'augmentation du nombre d'enrôlés. Il serait naturellement bien plus considérable encore si l'on enrôlait tous les hommes valides et si la limite d'âge pour la réserve, au lieu d'être de 35 ans, était reportée au même âge qu'en Allemagne.

88 [1]).

BRUXELLES, 15. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 4 avril 1914, No. 369.)

Allemagne et Russie.

La nouvelle, lancée par le «Novoïé Vrémia», au sujet de la possibilité d'une alliance entre la Russie, l'Allemagne, la France et l'Angleterre sur la base d'un partage de l'Autriche-Hongrie, n'a rencontré aucune créance à Berlin, ni dans la presse, ni dans le monde diplomatique. L'alliance autrichienne est restée le fondement sûr et immuable de la politique allemande, depuis Bismarck. Aux motifs qu'il avait de rester fidèle à la conception bismarckienne pour assurer la défense de l'Empire exposé par sa situation géographique aux attaques de ses voisins de l'ouest et de l'est, l'Empereur Guillaume a ajouté des raisons de sentiments: son amitié pleine d'égards, son culte presque filial pour l'Empereur François-Joseph et sa camaraderie avec l'Archiduc héritier. Il vient de donner une nouvelle preuve de cette amitié par la double visite qu'il a faite, à la Cour Impériale à Vienne et à celle de l'Archiduc à Miramar, avant d'aller à Corfou. Il ne faut pas se rompre la tête pour chercher à savoir ce que les deux monarques et le Prince héritier ont pu se dire dans ces entrevues. Les bonnes relations entre l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne sont si évidentes et basées sur de telles nécessités politiques que les entretiens entre leurs Souverains n'ont besoin d'aucun commentaire. Quant à la rencontre de l'Empereur avec le Roi d'Italie, elle a été la conséquence naturelle de son arrêt à Vienne. Peut-être est-il permis de supposer que Guillaume II a saisi cette occasion pour aplanir les difficultés, ou dissiper les nuages, que font naître les intérêts opposés de l'Autriche-Hongrie et de l'Italie dans l'Adriatique et en Albanie. C'est le devoir de l'Allemagne d'entretenir l'élasticité du lien conventionnel qui unit les membres de la

[1]) Originalbericht nicht vorhanden. Der Auszug ging den Gesandtschaften in Paris, London, Petersburg, Haag, Wien, Rom, Bern, Konstantinopel, Teheran, Peking, Tokio (11 Stellen) zu.

Triple Alliance. Guillaume II s'y est employé lui-même, et toujours avec succès, dans maintes circonstances.

Le «Temps» de Paris a donc raison de signaler à ses lecteurs l'invraisemblance de la nouvelle du «Novoïé Vrémia» et ce qui parait plus certain que ce projet d'alliance fantaisiste, c'est l'évolution qui s'est opérée depuis quelque temps dans l'esprit de l'armée russe. **La mission militaire japonaise, qui, après avoir passé quelque temps en Russie, vient d'arriver en Allemagne, a été frappée des sentiments hostiles à l'Allemagne dont sont animés aujourd'hui les officiers russes. Dans les mess des régiments les officiers japonais ont entendu parler ouvertement d'une guerre prochaine contre l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne. On y disait que l'armée était prête à entrer en campagne et que le moment était propice aussi bien pour les Russes que pour leurs alliés, les Français.**

Cette animosité des officiers russes contre leurs voisins germaniques avec lesquels ils vivent en paix depuis cent cinquante ans et ces explosions de sentiments belliqueux ont donné aux Japonais l'impression que leurs hôtes, maintenant qu'ils se sentent forts et prêts à la lutte, laissent entrevoir leur véritable état d'âme et qu'on y lit la haine de l'Allemagne.

Certes le Gouvernement du Tzar a toujours montré un grand souci de ménager l'Empire allemand et de vivres (sic!) en bons termes avec lui, et il ne se laisse pas dicter sa politique par l'élément militaire ou nationaliste; mais il convient de se rappeler les origines, bien connues aujourd'hui, de la guerre avec le Japon. C'est la coterie du Grand Duc Vladimir et des financiers intéressés dans les entreprises en Corée qui a réussi à entraîner le Tzar, malgré lui, dans cette aventure. L'hostilité qui se manifeste en Russie contre l'Allemagne pourrait donc devenir dangereuse pour le maintien de la paix, si elle trouvait un interprète influent dans l'entourage du Tzar.

89.

BRUXELLES, 17. 4. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 7 avril 1914, No. 379.)

Roumanie et Allemagne.

Dans ces derniers temps la presse et le monde politique de Berlin se sont beaucoup occupés de la Roumanie et de l'orientation nouvelle de sa politique extérieure. On a discuté la question de savoir si elle abandonnerait définitivement le camp de la Triple Alliance, pour passer, avec armes et bagages, dans celui de la Triple Entente ou plutôt de l'alliance franco-russe. Les motifs de cette préoccupation de deviner les secrets desseins du Cabinet de Bucarest ont été la visite des Princes de Roumanie à la Cour de Russie et le projet de mariage du jeune Prince Carol avec une des filles du Czar. Avec ce voyage ont coïncidé justement des manifestations bruyantes de la Ligue de culture roumaine et des étudiants de Bucarest contre l'Autriche-Hongrie. On s'est un peu ému ici des revendications exprimées par les manifestants, ayant pour objet les provinces roumaines de la monarchie dualiste, revendications qui sommeillaient plus ou moins dans l'âme de tous les patriotes roumains, mais que les résultats inespérés de l'intervention de la Roumanie dans la querelle balkanique devaient inévitablement réveiller.

La Gazette de la Croix, en déplorant ces manifestations anti-hongroises plutôt qu'anti-autrichiennes, ainsi que ces aspirations à la reconstitution d'une plus grande Roumanie, n'y voit pas forcément un désir de se livrer à l'influence de la Russie, malgré les avances que cette dernière prodigue aujourd'hui au Royaume danubien. Elle fait observer avec raison que la Russie détient aussi une province roumaine, la Bessarabie, dont la perte en 1878, après une guerre victorieuse menée en commun contre la Turquie, a coûté tant de larmes de rage aux Roumains; elle remarque malignement que la presse russe ne propose pas de rendre ce territoire. D'un autre côté, le journal berlinois ne peut pas nier le rapprochement qui s'est

opéré depuis l'an dernier entre la Roumanie et les Puissances de la Triple Entente; il l'attribue aux fautes commises pendant la guerre des Balkans par la diplomatie austro-hongroise; celle-ci a couronné une série de fausses démarches par la prétention maladroite de soumettre le Traité de Bucarest à une revision des grandes Puissances. C'était une offense personnelle au vieux Roi Carol, fier à juste titre du rôle d'arbitre des Balkans que des circonstances heureuses lui avaient dévolu. On avait oublié à Vienne les ménagements dus à cet ami fidèle; on avait oublié que, pendant plus de vingt ans, il avait conduit et maintenu, malgré les orages et les vents souvent contraires, la barque de la Roumanie dans le sillage de l'Autriche-Hongrie et de la Triple Alliance.

Le Roi Carol, il est vrai, avait été aidé dans cette tâche par les deux hommes d'Etat les plus marquants des deux partis politiques, M. Sturdza et M. Carp, aujourd'hui rétirés de la vie publique. Adversaires irréconciliables sur le terrain de l'administration intérieure, ils se rapprochaient dans une admiration commune de l'Allemagne et de la culture allemande, dont ils s'étaient nourris tous deux, dans leur jeunesse, et par une haine égale de la Russie. Elle était plus cachée chez M. Sturdza, mais tout aussi vivace. Sous les différents Ministères libéraux et conservateurs, la politique extérieure de la Roumanie n'avait jamais varié; elle conservait les mêmes tendances tripliciennes. La Russie était toujours considérée comme le grand ennemi du jeune Royaume, qui lui barrait la route de Constantinople. Contre le danger d'une agression, voire même d'une conquête russe, le Cabinet de Bucarest s'était couvert par une entente avec le Cabinet de Vienne.

La guerre des Balkans a renversé l'échaffaudage de la politique extérieure roumaine et modifié le système de ses alliances. La Roumanie ne peut pas oublier, son vieux Souverain ne peut pas méconnaitre que le Cabinet de Vienne favorisait à ses dépens l'extension de la Bulgarie, par animosité contre la Serbie, et qu'il voulait placer le Royaume danubien dans un état d'infériorité manifeste vis-à-vis d'un voisin redoutable, plein d'ambition et dont les forces avaient doublé. La guerre des

Balkans a eu cet autre résultat de démontrer aux Roumains l'inanité du péril russe.

Aujourd'hui le Cabinet libéral, qui est au pouvoir à Bucarest, est dirigé par les frères Bratiano. Leur éducation, les idées qui ont présidé à leur formation politique ne les rapprochent pas de l'Allemagne. Leur libéralisme avancé confine plutôt avec le radicalisme français. C'est en France qu'ils ont fait leurs études supérieures. Cela ne veut pas dire qu'ils subiraient volontiers l'influence du Gouvernement de la République. Ils sont, avant tout, des Roumains de l'espèce la plus intransigeante, la plus hostile à une immixtion étrangère de quelque côté qu'elle vienne. On le sait parfaitement à Berlin. On s'attend ici, à la Wilhelmstraße, à ce que la Roumanie, sous la direction des Bratiano et avec le consentement du Roi désabusé de l'amitié autrichienne, reprenne complètement sa liberté d'action, sa politique des mains libres, et devienne de plus en plus une Puissance balkanique. Elle y sera encouragée, assure-t-on, par l'Allemagne. Que le maintien du Traité de Bucarest et de l'équilibre dans les Balkans soit désormais le principal objectif du Gouvernement roumain, c'est une politique que le Cabinet de Berlin ne peut qu'approuver, car elle concorderait avec la sienne. Tous ses efforts tendent en effet aujourd'hui, dans l'Orient méditerranéen, à la conservation du statu quo et de ce qui reste de l'Empire ottoman.

90.

BRUXELLES, 1. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de St. Pétersbourg du 22 avril 1914, No. 218.)

Allemagne et Russie.

L'affaire des aéronautes allemands détenus en Russie fait toujours l'objet de pourparlers entre le Gouvernement de Saint-Pétersbourg et l'Ambassade d'Allemagne. Ces conversations, bien que longues et pénibles, sont exemptes d'acrimonie.

M. de Lucius, Chargé d'Affaires d'Allemagne, vient de demander à M. Sazonow s'il est vrai, comme le répètent les jour-

naux, que le Gouvernement russe ait décidé de ne plus faire aucune commande en Allemagne, notamment pour la marine. Le Ministre Impérial a répondu que cette affirmation est sans aucun fondement: qu'il a interrogé à ce sujet le Chef d'Etat Major de la Marine, le quel nie absolument l'existence d'un semblable «boycott». Il y a en ce moment pour 28 millions de commandes en Allemagne, destinées à la marine russe.

M. Sazonow a tenu en outre à M. de Lucius le propos suivant: «Il existe entre nous des difficultés sur le terrain commercial: mais cela est d'ordre secondaire. Si je devais actuellement faire un grand discours à la Douma sur la politique extérieure, je déclarerais que les rapports russo-allemands sont tout-à-fait amicaux; les sentiments de cordialité qui unissent nos deux Empereurs n'ont pas changé.» M. de Lucius a eu l'impression que ces paroles étaient destinées à suggérer au chancelier allemand de s'exprimer dans un sens analoque, lorsqu'il aborderait à la tribune du Reichstag les relations des deux Empires.

A l'Ambassasde de France à Saint-Pétersbourg on estime qu'il convient de ne pas se laisser égarer par les informations des journaux français chauvins, qui représentent la situation comme très tendue entre Saint-Pétersbourg et Berlin.

91[1]).

BRUXELLES, 16. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de Paris du 8 mai 1914, No. 1544.)

Politique française.

Voici comment un des hommes les mieux informés de Paris juge la situation internationale et la politique française:

«La visite du Roi et de la Reine d'Angleterre a parfaitement réussi; le soleil était de la fête et les Français adorent de manifester et de crier «Vive le Roi». Ils ont donc fait à leurs hôtes une réception vraiment chaleureuse; mais je doute que ces manifestations entraînent le moindre changement dans la poli-

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 115, S. 134.

tique des deux états. Le toast du Roi George était d'ailleurs manifestement moins chaleureux que celui de M. Poincaré.

«Quelle est la nature des engagements qui lient entre eux les deux Etats, ont-ils conclu une convention militaire? Je l'ignore, mais je n'oublie pas que des esprits réfléchis et sérieux doutent quelque peu de l'assistance que la France trouverait chez les Anglais au jour d'une conflagration européenne. Il se trouve même des gens qui ne croient pas à un concours britannique bien sérieux sur mer.

«Je sais que l'on parle couramment de l'intention qu'auraient les Anglais de débarquer des troupes dans le Nord des côtes françaises et de les envoyer de là sans retard dans les régions du Sud-Est, pour couper la route aux troupes italiennes. C'est possible, mais je crois savoir que les autorités françaises font bon marché de l'action de l'armée italienne, car celle-ci aurait besoin d'un temps considérable pour se mobiliser.

«Enfin, l'Angleterre ne cesse de faire des coquetteries à l'Allemagne.

«Il est incontestable que la nation française, durant ces derniers mois, est devenue plus chauvine et plus confiante en elle-même. Les mêmes hommes autorisés et compétents qui, il y a deux ans, témoignaient des craintes très vives à la mention seule de difficultés possibles entre la France et l'Allemagne, ont changé aujourd'hui de ton; ils se disent certains de la victoire; font grand état des progrès, d'ailleurs très réels, accomplis par l'armée de la République et se disent assurés de pouvoir tout au moins, tenir l'armée allemande en échec pendant une durée de temps assez longue pour permettre à la Russie de mobiliser, de concentrer des troupes et de se jeter sur son voisin de l'Occident.

«Je ne crois pas au désir ni de l'un ni de l'autre des deux pays de jouer l'effroyable coup de dés que serait une guerre; mais il est toujours à craindre, avec le caractère français, qu'un incident mal présenté n'amène sa population, ou pour mieux dire, les éléments les plus nerveux voire même les moins respectables de la population, à créer une situation qui rendrait la guerre inévitable.

«Un diplomate d'expérience et de haute position disait ré-

cemment: «S'il éclate un de ces jours un incident grave entre la France et l'Allemagne, les hommes d'Etat des deux pays devront s'appliquer à lui donner une solution pacifique dans les trois jours ou bien ce sera la guerre.

«Un des éléments les plus dangereux de la situation actuelle, est le retour de la France à la loi de trois ans; elle a été imposée à la légère par le parti militaire, et le pays ne peut pas la supporter. Avant deux ans d'ici, il faudra y renoncer ou faire la guerre; de bons esprits cherchent à remédier à la situation par une modification de la loi qui en enlèverait les côtés excessifs sans constituer une blessure pour l'amour propre du pays. On pense à une combinaison, basée sur le rappel annuel des réserves.

«La presse est mauvaise dans les deux pays. La campagne qui se poursuit en Allemagne au sujet de la Légion étrangère est excessivement maladroite, et le ton des journaux français ne cesse d'être acerbe et agressif. Personne n'a assez d'autorité et d'indépendance pour essayer de modifier cette situation qui est cependant blâmée par beaucoup de bons esprits.»

92.

BRUXELLES, 26. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 13 mai 1914, No. 529.)

Article du Berliner Lokal-Anzeiger intitulé «Diplomatie et presse».

Quelques journaux parisiens ont commenté dans un sens favorable un article intitulé: «Diplomatie et presse», paru le 9 de ce mois dans le numéro du soir du «Berliner Lokal-Anzeiger», organe officieux du Gouvernement Impérial. Cet article aurait peut-être fixé d'avantage l'attention du public français, s'il avait vu le jour en d'autres circonstances, au lieu de paraître la veille des élections législatives.

Il s'agit d'une soi-disant interview accordée à un rédacteur de ce journal par un des Ambassadeurs (qui n'est pas nommé) d'une des Puissances composant la Triple Entente. Le langage attribué à ce diplomate porte un certain cachet de vérité. Ce qu'il dit de la division de l'Europe en deux groupes de puissances

se faisant contrepoids n'est pas nouveau; c'est une opinion qu'on a souvent rencontrée dans les discours d'hommes d'etat français, anglais ou russes et qui répond en somme à la réalité. Plus caractéristique est l'évocation des grandes figures du passé, Louis XIV et Napoléon, ayant succombé dans leur dessein d'asservir l'Europe; ces souvenirs historiques servent de transition pour en arriver aux craintes qu'inspire à ses voisins la puissance colossale et toujours grandissante de l'Allemagne, quoique cette puissance n'ait jamais abusé de sa force. Un Ambassadeur étranger aurait fort bien pu s'exprimer ainsi, sans risquer de blesser le Gouvernement Impérial. Eût-il osé dénoncer, comme le diplomate anonyme du Lokal-Anzeiger, le péril que fait courir à tous les pays le pouvoir incontrôlé et irresponsable de la presse, surtout dans la politique étrangère, cela est fort douteux et ne cadrerait guère avec le soin que mettent les représentants à Berlin de la France, de la Russie et de l'Angleterre, à se concilier les bonnes grâces de la presse berlinoise, dont ils acceptent chaque année les invitations.

Renseignements pris auprès de ces Messieurs, aucune interview n'a été accordée par eux à un rédacteur du Lokal-Anzeiger. Quoique le prétendu compte-rendu reflète bien quelques unes de leurs idées et mérite leur approbation, ils ne sont pour rien dans sa publication. Ils ont toutes raisons de croire qu'il a été fabriqué en entier au Ministère même des Affaires Etrangères; c'est un habit d'arlequin dont les pièces ont été rassemblées et cousues à la Wilhelmstraße. Le but poursuivi semble avoir été de produire un certain apaisement en France dans les esprits, après l'indignation provoquée par le spectacle du palais de glace de Berlin où l'on a vu un figurant portant l'uniforme de la Légion étrangère fusillé par de vrais soldats empruntés à la garnison de la capitale. On a d'autant plus regretté cette exhibition de mauvais goût à la Wilhelmstraße qu'on y avait été averti par l'Ambassadeur de France de ce qui allait se passer et de l'impression que la représentation causerait à Paris. Mais le moyen employé par le Ministère des Affaires Etrangères est assez piquant. Au lieu d'envoyer un communiqué à l'un des organes officieux, le Département Impérial des Affaires Etran-

gères a imaginé de mettre des déclarations rassurantes pour la paix de l'Europe dans la bouche d'un des représentants de la Triple Entente à Berlin.

93.

BRUXELLES, 29. 5. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 16 mai 1914, No. 539.)

Discours de M. de Jagow au Reichstag. Roumanie. Rapports franco-allemands — Russo-allemands. Mexique-Amérique du Sud.

C'est devant des banquettes à moitié vides que le Secrétaire d'Etat aux affaires étrangères, remplaçant le Chancelier, a lu avant hier au Reichstag l'exposé du Gouvernement Impérial sur la politique étrangère, dont les journaux de tous les pays ont déjà publié le texte. M. de Jagow, qui n'est pas un orateur, ne voulait pas avoir autour de lui un public trop nombreux et prompt à la critique. Son exposé débité d'une voix monotone a eu cependant à Berlin, le lendemain surtout, beaucoup de succès.

Il y règne un certain optimisme nuageux destiné à rassurer l'opinion publique et le monde des affaires. Tout en partageant son espérance au sujet de l'apaisement progressif de la situation dans les Balkans, on ne peut méconnaître cependant qu'un coin orageux subsiste toujours à l'est du ciel européen et qu'en outre la consolidation graduelle de l'Etat albanais, si elle n'est pas une utopie, est encore loin de devenir une réalité. Les compliments et les caresses prodigués par M. de Jagow à la Roumanie ont trouvé ici un écho immédiat, tant il est doux de sauver une âme qu'on croyait perdue et de ramener au bercail une brebis égarée. Il va de soi, d'ailleurs, sans qu'il fût nécessaire de le dire, que la Roumanie travaillera au maintien de la paix établie par les traités de Londres et de Bucarest, par le dernier principalement, dont elle n'a pas admis la révision, malgré les efforts de l'Autriche-Hongrie.

Le passage relatif à la France a fait bonne impression à Paris. M. de Jagow a exprimé le désir d'arriver à conclure avec le

voisin de l'Ouest des accords en vue de supprimer les possibilités de conflits. Ce langage vise surtout les négociations engagées au sujet des questions d'Asie Mineure, mais il faut l'entendre d'une façon plus générale. Il est adroit de faire montre de ces dispositions conciliantes, au lendemain des élections françaises, pour achever d'amadouer la nouvelle majorité radicale-socialiste et la convaincre de l'inutilité du maintien de la loi sur le service de trois ans, par l'espoir d'un rapprochement franco-allemand.

Quant au Mexique, le Secrétaire d'Etat ne pouvait pas dépeindre sa situation lamentable sous des couleurs trop atténuées. Mais il a eu soin d'annoncer à son auditoire que l'Allemagne réclamerait pour ses ressortissants des dommages économiques, dès que l'ordre serait rétabli; c'est dans cette intention sans doute qu'il s'est félicité des excellentes relations existant entre l'Allemagne et les Etats-Unis, qu'il s'agit de ménager, malgré tout le mal qu'on pense et qu'on dit à Berlin de leur politique à l'égard du Mexique.

M. de Jagow n'a pas voulu quitter l'Amérique, sans adresser quelques paroles gracieuses aux jeunes et riches républiques de l'Argentine, du Brésil et du Chili, avec lesquelles l'Allemagne a le désir de nouer des relations commerciales de plus en plus fructueuses. Le voyage du Prince Henri de Prusse, qui est le commis voyageur du Gouvernement Impérial, n'avait pas d'autre but. Le Secrétaire d'Etat dont le langage aura du retentissement dans l'Amérique du Sud, s'est efforcé de détruire à Rio comme à Buenos-Ayres **la légende du péril allemand, inventée par les concurrents de l'Allemagne.**

Le principal intérêt de l'exposé réside dans le long passage consacré à la Russie. Il faut avouer que M. de Jagow, sans sortir du ton diplomatique, a traité durement la presse russe. Les Ambassadeurs des Puissances de la Triple Entente n'ont pas manqué de remarquer que ce langage coïncidait avec celui que «le Lokal-Anzeiger» prêtait à l'un d'entre eux, dans une soi-disant interview dont vous a rendu compte mon rapport du 13 de ce mois. Le diplomate étranger y dénonçait en général les excitations de la presse comme une façon dangereuse de

jouer avec le feu. En accusant spécialement la presse russe de sentiments haineux contre l'Allemagne et en parlant de la résonnance que ces sentiments ont provoqués ici, M. de Jagow n'a pas entendu exprimer un blâme contre ses compatriotes, comme le prétendent certains journaux de Paris. On dirait qu'il ne lit jamais la Gazette de la Croix où la presse russe est prise à partie tous les mercredis avec une violente animosité par le Dr. Schiemann, non plus que les journaux libéraux et socialistes qui n'épargnent guère la Russie. Si un Gouvernement étranger peut se flatter d'avoir une mauvaise presse en Allemagne, c'est bien le Gouvernement du Czar.

M. de Jagow ajoute, il est vrai, pour tempérer ses critiques, qu'il est persuadé que le Gouvernement russe, sans se laisser égarer par cette agitation, a le désir de maintenir avec l'Empire allemand ses anciennes relations de bon voisinage. En est-il vraiment aussi convaincu qu'il se plait à le dire? Dans le monde diplomatique de Berlin, on voit dans les dures paroles adressées à la presse russe un avertissement donné au Cabinet de St. Pétersbourg lui-même. En réalité l'Allemagne et le Gouvernement allemand ne peuvent supporter l'idée que d'autres nations les imitent et augmentent démesurément aussi leurs effectifs de guerre. L'an dernier, la grande irritation contre la France avait pour cause le vote de la loi de trois ans. Aujourd'hui on s'inquiète ici des préparatifs militaires de la Russie, on trouve ces renforcements exagérés, on n'en devine pas le motif ni le but. De là viennent ces alternatives qui nous étonnent dans le langage des hommes d'état de ce pays à l'adresse de la Russie. Tantôt on la ménage, pour la ramener à l'amitié d'autrefois; tantôt on élève le ton, comme pour lui faire entendre le cliquetis du sabre allemand.

On aura été frappé de l'absence, dans l'exposé du Secrétaire d'Etat de toute allusion aux questions africaines. On est tenté de s'en féliciter, si c'est la preuve que l'entente n'a pas pu se faire entre l'Allemagne et l'Angleterre pour le partage des sphères d'influence.

94.

BRUXELLES, 5. 6. 1914.

(Extraits d'un rapport de Vienne du 27 mai 1914, No. 118.)

Rivalités austro-italiennes en Albanie.

Les évènements qui ont eu lieu ces jours-ci en Albanie ont tout malheureusement produit ici une très vive sensation. Les premières nouvelles sont parvenues à Vienne au moment où Tuckom Pacha, le Ministre Président de ce jeune Etat, envoyé en mission par son souverain, arrivait dans la capitale autrichienne. Logé aux frais de l'Etat à l'Hôtel Impérial, invité à l'avance pour le même soir par le Comte de Schönborn à un grand dîner auquel assistait l'élite de l'aristocratie, reçu le lendemain à déjeuner par le Prince Edouard de Lichtenstein, Son Excellence a été comblée de prévenances et d'honneurs. Les Ministres, les hauts dignitaires du Palais, de nombreuses personnalités en vue lui ont déposé leurs cartes et Sa Majesté l'Empereur lui a fait remettre son portrait contenu dans un magnifique cadre orné de diamants.

Cette reception était excessive par elle-même et dans les circonstances présentes elle a pris un caractère d'exagération d'autant plus accentuée, qui est maintenant regretté.

Tuckom Pacha est connu depuis longtemps dans le monde diplomatique. C'est un homme honnête, intègre, animé des meilleures intentions mais qui a passé une grande partie de sa vie dans la carrière diplomatique et n'a, au point de vue administratif, aucune expérience sérieuse.

Ce qui se passe actuellement à Durazzo et dans ses environs, le degré de culpabilité ou de trahison d'Essad Pacha, le caractère de la révolte des paysans et la nature de leurs exigences, tout cela n'est pas encore suffisamment éclairci. D'ailleurs le Ministre des Affaires Etrangères, les principaux chefs de sections de son Département et plusieurs Ambassadeurs se trouvant à Budapest, il est difficile d'obtenir des renseignements de nature officielle. Mais parmi les personnes qui se faisaient au sujet de l'avenir de l'Albanie et du rôle que l'Autriche-Hongrie pourrait

y jouer de fortes illusions, on constate une déception notable et un assez vif découragement. On reproche au Prince d'avoir abandonné son poste au moment du danger. On est d'avis que son embarquement sur un navire étranger doit avoir produit sur ses sujets un effet déplorable. On est désagréablement impressionné en constatant par la teneur des télégrammes que c'est le Ministre d'Italie qui joue là-bas le rôle prépondérant tandis que le nom de son collègue d'Autriche-Hongrie est passé sous silence.

Enfin on est ému du langage violent de la presse italienne prenant fait et cause pour Essad Pacha considéré comme victime des intrigues émanées du «Ballplatz». On commence à se rendre compte que la rivalité des deux Puissances qui ont insisté pour la création d'une Albanie indépendante prend des proportions fâcheuses et on est quelque peu effrayé à l'idée que cette rivalité pourrait dégénérer en un véritable conflit.

Il est probable que les explications que le Marquis de San Giuliano doit donner aujourd'hui à Rome contribuerant à atténuer cette mauvaise impression et que les deux Gouvernements intéressés continueront pour le moment du moins, à agir officiellement d'accord. Mais il serait difficile de contester que cet état de choses récèle pour l'avenir un certain danger.

Dans ces conditions, il n'est pas à présumer que l'Autriche-Hongrie et l'Italie aient actuellement la moindre envie d'intervenir seules en Albanie dans le cas où il serait jugé nécessaire d'y envoyer une force armée. Déjà certains organes de la presse autrichienne protestent contre cette éventualité et à Rome on est certainement dans les mêmes dispositions. En effet, lors des conférences de Londres, lorsqu'il s'est agi du blocus de la côte du Monténégro et ensuite du détachement international à envoyer à Scutari, c'est le Marquis Impériali qui a le plus vivement insisté auprès de ses collègues pour qu'on ne laissât pas l'Italie agir seule avec son alliée.

Quant à la situation actuelle en Albanie, si celle-ci n'est pas encore suffisamment éclaircie, il est dès maintenant évident qu'elle est due en grande partie au fanatisme religieux. De même qu'en Turquie, malgré l'introduction d'une Constitution,

le Musulman ne considérera jamais un chrétien comme son égal, de même l'Albanais mohamétan ne voudra jamais s'incliner de bonne grâce devant une autorité étrangère et ce côté de la question sera pour le Prince de Wied la source de plus d'une difficulté.

95[1]).

BRUXELLES, 25. 6. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 12 juin 1914, No. 645.)

Le Ministère Ribot.

Les journaux allemands consacrent depuis dix jours en première page des articles quotidiens à la crise ministérielle française. Elle accapare leur attention et celle de leurs lecteurs. La question albanaise, l'imbroglio mexicain, sont relégués au second plan. Les élections législatives en France avaient causé ici une grande satisfaction qui s'était fait jour dans le langage de la presse, avec cette restriction cependant qu'il ne fallait pas espérer de la majorité de la nouvelle chambre l'abrogation immédiate de la loi sur le service militaire de trois ans. Cette loi a acquis en effet une importance extraordinaire, et suivant les cercles officiels, quelque peu exagérée aux yeux des Allemands. C'est le leit motiv, le refrain obligé de leurs appréciations sur la politique française à l'égard de l'Allemagne. C'est pour eux la preuve manifeste des desseins agressifs qu'ils prêtent à ses dirigeants.

La démission du Cabinet Doumergue, l'échec de la combinaison Viviani, le refus de MM. Deschanel, Delcassé et Jean Dupuy d'assumer la responsabilité de constituer un Ministère, avaient rendu confiance à la presse allemande dans la réalisation de son désir: l'abolition du service militaire de trois ans par une majorité de radicaux socialistes. Mais si la pensée était la même chez tous les organes de l'opinion publique allemande, l'expression en était bien différente, suivant la couleur politique du journal. Là où la presse libérale applaudissait

[1]) Vgl. Belgische Aktenstücke, Nr. 118, S. 138.

sans mesure au triomphe du radicalisme français, les pangermanistes ne trouvaient que matière à raillerie et à dénigrement; on peut même dire que la plupart des journaux conservateurs n'ont observé aucune mesure dans leurs jugements. Tous cependant sont d'accord pour voir dans l'obstination des radicaux-socialistes à ne pas faire partie d'un Ministère qui ne promettrait pas de résoudre immédiatement la question militaire, un plan de campagne ourdi contre l'Elysée, la crise ministérielle en se prolongeant devant se transformer en crise présidentielle.

La constitution d'un Cabinet sous la présidence de M. Ribot a déçu les espérances des journaux allemands. Ils n'admettent pas que l'honorable académicien n'ait accepté que par patriotisme, malgré son âge avancé et son mauvais état de santé, la tâche ingrate de former un Ministère d'union républicaine. Ils ne voient là de sa part qu'un acte de complaisance envers M. Poincaré. Quant à ses chances de durée, ils s'en réfèrent aveuglement à l'avis de M. Jaurès et des radicaux français, quoique la Gazette de Voss, — qui connaît mieux l'histoire parlementaire de la République, — ait pris soin de rappeler, par l'exemple de MM. Méline et Barthou, que certains Ministères condamnés à mourir dès le premier jour avaient eu la vie plus dure qu'on ne le supposait. En réalité, surtout après une crise difficile à dénouer, le Parlement français a généralement accordé quelques mois de répit aux combinaisons ministérielles les moins viables.

Il semble aujourd'hui, d'après le spectacle que nous offre la France, que le Cabinet Barthou ait trop présumé des forces et des sentiments du pays, en lui demandant le rétablissement du service militaire de trois ans, et que les Allemands aient raison de le penser. Le peuple français n'a pas montré à cette occasion l'abnégation patriotique dont il avait donné des preuves dans d'autres circonstances. Cela tient sans doute à la propagation des idées socialistes dans les classes inférieures de la nation. Quoi qu'il en soit, on doit se demander si le Cabinet Barthou et le Président de la République n'ont pas agi avec trop de précipitation; si, mal éclairés sur les véritables intentions du Gouvernement Impérial lorsqu'il a déposé l'an dernier son projet de loi pour

le renforcement de l'armée, ils ont eu raison de riposter du tac au tac par la loi sur le service de trois ans, au lieu de s'assurer que l'augmentation des effectifs allemands était réellement une arme tournée contre la France. On peut croire en définitif, comme l'a dit M. de Bethmann-Hollweg à la tribune du Reichstag, que le danger d'une confédération balkanique, qui paralyserait plus tard une grande partie des forces autrichiennes, a été la raison dominante de la loi allemande de 1913. Quelques semaines après le dépôt de cette loi, la confédération balkanique avait cessé d'exister. Mais le Gouvernement Impérial se trouvait en présence d'un autre danger qu'il n'avait pas prévu: le dépôt d'une loi augmentant les effectifs de combat de l'armée française, suivi d'une campagne violente de discours et d'articles de journaux dirigée contre l'Allemagne. **Il est résulté de cette agitation montrée par les Français une plus grande tension dans leurs rapports avec l'Empire voisin et l'idée, faussement répandue ou acceptée sans contrôle par les meilleurs esprits de ce pays-ci, que la guerre est inévitable dans un avenir rapproché parce que la France la désire violemment et s'arme fébrilement pour s'y préparer. A Paris les mêmes intentions sont prêtées au Gouvernement Impérial dont plusieurs membres ont eu parfois, il faut en convenir, des paroles malheureuses; tel le Ministre de la Guerre parlant «d'une offensive foudroyante» et «d'une attaque brusquée» pour donner la victoire à l'armée allemande. Il n'y a peut-être encore aujourd'hui qu'une effroyable méprise chez l'un comme chez l'autre des deux peuples. La majorité de la nation française ne veut certainement pas d'une guerre et cette guerre ne serait pas nécessaire à l'Allemagne. Dans peu d'années l'équilibre des forces ne sera plus possible entre elle et sa voisine. L'Allemagne n'a qu'à prendre patience, qu'à poursuivre en paix le développement incessant de sa puissance économique et financière, qu'à attendre les effets de sa natalité prépondérante pour dominer sans conteste et sans lutte toute l'Europe centrale. M. Barthou et M. Poincaré auraient donc mieux fait peut-être d'examiner avec plus de sang-froid s'il n'existait pas de meilleur moyen d'assurer la paix entre la France et l'Allemagne que cette concurrence dans les armements et l'augmentation des effectifs,**

dont la première n'est pas capable de supporter le poids aussi longtemps que la seconde.

Un autre reproche qu'on peut adresser aux partisans en France du service de trois ans, c'est de faire intervenir sans cesse dans la discussion de cette question intérieure la Russie, dont les desseins politiques restent impénétrables, la Russie qui dirige la Duplice à son profit exclusif, la Russie, qui accroit, elle aussi, dans une proportion effrayante ses armements, sans qu'elle soit menacée par l'Allemagne [1]).

96 [2]).

BRUXELLES, 3. 7. 1914.

(Extrait d'un rapport de Paris du 24 juin 1914, No. 2156.)

Armements français et russes.

La France et la Russie jouent véritablement, en ce moment, un jeu bien dangereux. Elles s'excitent mutuellement dans la voie des armements à outrance et se livrent — la Russie surtout — à un bluff qui pourrait avoir les plus funestes conséquences.

Il n'est pas contestable que les préparatifs militaires de l'Empire moscovite sont énormes; son armée sera colossale; mais elle dépasse toutes les limites de la réalité en proclamant qu'elle est aujourd'hui prête à affronter une grande guerre. Il lui faudrait au moins deux mois pour mobiliser ses troupes; son matériel commence à être bon; mais ses moyens de communication sont absolument insuffisants et elle aurait besoin de plusieurs années pour suppléer à cette pénurie de voies ferrées. Il ne lui sera pas seulement difficile de concentrer ses armées; mais on se demande comment elle les nourrira.

---

[1]) Der wichtige Schlußabsatz des Originalberichtes, der den Wunsch enthält, das französische Militärgesetz möge im Interesse der Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu Fall kommen, fehlt im Zirkular. (Vgl. Belgische Aktenstücke 1905—1914, S. 139/140.)

[2]) Originalbericht nicht vorhanden. Dieses Zirkular wurde für so wichtig gehalten, daß es 17 Gesandtschaften, sogar denen von Tokio, Peking und Teheran zuging!

Quoiqu'il en soit, l'effort russe cause à Berlin un profond malaise et on y presse de plus en plus l'achèvement des travaux entrepris sur la Vistule.

D'ici à un an et demi ou deux ans, l'Allemagne sera arrivée à un maximum de forces de terre et de mer prévu. Sa puissance militaire sera aussi formidable, et on se demande comment on empêchera d'en faire usage.

M. Poincaré a fait un voyage à Pétersbourg lorsqu'il était président du Conseil; nul ne doute des efforts qu'il a faits pour pousser la Russie dans la voie des armements à outrance; il envoya M. Delcassé dans un but identique; il va retourner lui-même dans quelques semaines. Toutes ces manifestations sont naturellement suivies de près à Berlin, et on a lu, là comme ailleurs l'article suggestif imprimé, il y a quelques jours à peine, dans la Gazette de la Bourse, pour rappeler au Gouvernement de la République les devoirs militaires qu'il a assumés et la nécessité du maintien de la loi de trois ans.

Personne ne doute de l'esprit encore pacifique de l'Empereur Guillaume; mais combien de temps pourra-t-on compter sur cette disposition d'esprit en présence des procédés menaçants de la France et de la Russie et des conséquences qu'ils ont sur les esprits chauvins et militaristes de l'Empire.

On s'accorde à reconnaître que l'armée française a fait ces derniers temps des progrès très appréciables; la discipline y a beaucoup gagné et ses chefs sont généralement très bons. Elle se rend parfaitement compte qu'à raison des difficultés de la mobilisation russe, c'est elle qui aura à supporter seule, durant deux mois, le premier choc de l'armée allemande. Elle concentre dans ce but, la plus notable partie de ses troupes actives dans les régions de l'Est et compte y accumuler d'immenses forces de réserve, dégarnissant notablement le reste des régions du pays. On peut admettre qu'elle comptera plus de soldats que son adversaire sur les points probables de la rencontre ; mais comment parviendra-t-elle à mouvoir ces énormes quantités de troupes et à les nourrir? Ces questions sont aujourd'hui à l'étude et donnent lieu à de nombreux conciliabules des autorités militaires.

97.

BRUXELLES, 11. 7. 1914.

(Extraits d'un rapport de Berlin du 2 juillet 1914, No. 700.)

Le rôle de l'Archiduc François-Ferdinand dans la politique extérieure de l'Autriche-Hongrie.

Si renfermé, si ennemi des manifestations extérieures et des épanchements oratoires qu'ait été l'Archiduc François-Ferdinand, il n'en a pas moins joué un rôle incontestable dans l'histoire de l'Autriche-Hongrie pendant ces dernières années. C'est ce rôle que discute aujourd'hui rétrospectivement la presse allemande, comme le fait, d'ailleurs celle des autres pays. Elle s'indigne que le malheureux Prince soit tombé sous les coups de revolver d'un Serbe, alors que ses sentiments slavophiles étaient bien connus. Pénétré des dangers que faisaient courir à la monarchie la prépondérance et les prétentions du magyarisme dans l'équilibre instable du dualisme de 1867, il aurait voulu, assure-t-on, pour rétablir une balance plus égale entre les principales races de l'Empire, substituer au système dualiste un système trialiste, c'est-à-dire ajouter aux duchés autrichiens et au royaume de Saint Etienne un royaume slave, formé en grande partie des provinces enlevées à ce dernier. La Gazette de Voss s'est élevée avec force contre la conception prêtée à l'Archiduc ou prétendûment encouragée par lui. Elle démontre qu'un esprit aussi réfléchi que le sien aurait dû se rendre compte de la tendance qu'aurait fatalement ce royaume slavo-illyrien à s'unir à la Serbie; celle-ci serait pour lui un centre d'attraction irrésistible et le même phénomène de cristallisation se produirait dans les Balkans qui a été constaté il y a quarante ans dans la formation de l'unité italienne. La Serbie deviendrait le Piémont de la péninsule balkanique. L'Autriche, vis-à-vis du magyarisme et du slavisme illyrien se trouverait en présence de deux ennemis au lieu d'un. — Non, d'après le journal berlinois, l'Archiduc défunt a été seulement un Grand Autrichien; il a rêvé surtout de provoquer lui-même la régénération de l'Autriche-Hongrie, de lui rendre une des premières places dans

le concert des Grandes Puissances et c'était déjà un beau rêve, digne d'un successeur de Joseph II.

Dans la politique extérieure suivie par le Cabinet de Vienne depuis le commencement du vingtième siècle, l'influence de François-Ferdinand a été moins considérable qu'on ne le prétend. «C'était mal connaître le Comte d'Aehrenthal, d'après le Ministre suisse qui a été longtemps Ministre à Vienne et a entretenu des relations personnelles avec l'Archiduc, que de croire qu'il aurait obéi aux suggestions de l'héritier du trône, quand il s'est décidé à proclamer l'annexion de la Bosnie et de l'Herzégovine après la révolution de Constantinople. Il a exécuté alors, avec habileté des plus contestables, un plan qu'il avait personnellement conçu et mûri. Après sa mort et pendant la guerre balkanique, on peut, semble-t-il attribuer à l'archiduc les mesures militaires prises en vue d'intimider, sans succès, d'ailleurs, la Serbie et qui ont failli déchaîner un conflit avec la Russie. Mais sa mémoire ne doit pas être rendue responsable des procédés incohérents du Ballplatz. Son rôle militaire a suffi pour lui attirer la haine des Serbes et surtout celle des sociétés secrètes de Belgrade qui poursuivent en Autriche-Hongrie par le terrorisme et la propagande révolutionnaire la réunion d'une grande Serbie. L'Archiduc était désigné à leurs coups: sans en avoir été l'auteur réel, il est tombé victime de la mauvaise politique austro-hongroise dans les Balkans.»

A-t-il été au moins l'un des principaux promoteurs de l'idée d'une principauté indépendante d'Albanie, dont le lamentable échec parait inévitable aujourd'hui? D'après l'opinion de l'Ambassadeur d'Italie, c'est le Cabinet de Rome qui se serait opiniâtrement refusé à ouvrir aux Serbes un accès à l'Adriatique et à leur abandonner les districts albanais du Nord. «Nous n'avons pas pensé que la Serbie fût en état de créer de si tôt une marine de guerre dans la Méditerranée, mais nous devons envisager l'avenir et escompter la dissolution future de la monarchie austro-hongroise. Les côtes occidentales de l'Adriatique sont peuplées de Slaves auxquels s'est superposée une légère couche d'éléments italiens. Nous devons nous attendre à la naissance d'un royaume slave en face de l'Italie, adversaire

bien autrement redoutable et entreprenant que nos voisins actuels. L'arrivée des Serbes sur les rives de l'Adriatique aurait sans doute précipité des événements qu'il est pour nous d'un intérêt primordial de retarder le plus longtemps possible. Une Albanie indépendante est un obstacle apporté à l'extension du Slavisme, une digue contre ses envahissements.» Il est curieux de constater l'opinion qu'on s'est faite dans les cercles officiels de Rome de la solidité de l'édifice austro-hongrois, opinion que certains agents diplomatiques italiens ne se gênent pas de révéler.

En résumé, l'impression générale recueillie à Berlin à la suite du drame de Serajewo, quel que soit le jugement qu'on porte sur l'Archiduc, est que sa disparition sera une cause d'affaiblissement pour la Triple alliance. Cette impression, on la trouve exprimée aussi, mais avec une satisfaction à peine déguisée, dans les extraits des journaux russes. L'Empereur Guillaume avait indubitablement acquis peu à peu un grand ascendant sur l'esprit de François-Ferdinand; il avait eu sans doute quelque peine à triompher de certaines résistances de son caractère entier et volontaire, et l'élève s'était montré maintes fois indiscipliné. Mais les conseils de prudence, dictés par la sagesse et l'expérience, avaient fini par prévaloir. Outre l'ami personnel, l'Empereur doit profondément regretter le disciple qu'il s'était conquis. Le prix qu'il attachait à cette conquête nous est prouvé par la fréquence, inusitée entre Princes, de leurs rencontres et de leurs entretiens.

VERZEICHNIS DER ZIRKULARE

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht	Datum des Zirkulars	Seite
1	Bukarest 4. 1. 1912	16. 1. 1912	41
2	Belgrad	29. 1. 1912	43
3	London 27. 1. 1912	3. 2. 1912	45
4	Bukarest 3. 2. 1912	15. 2. 1912	46
5	Belgrad 25. 2. 1912	6. 3. 1912	47
6	Petersburg 28. 2. 1912	18. 3. 1912	49
7	Bukarest 19. 3. 1912	4. 4. 1912	51
8	Belgrad 25. 3. 1912	4. 4. 1912	55
9	Belgrad 11. 4. 1912	26. 4. 1912	56
10	Petersburg 26. 4. 1912	7. 5. 1912	58
11	London 13. 5. 1912	23. 5. 1912	60
12	Konstantinopel 15. 5. 1912	28. 5. 1912	61
13	Belgrad 24. 5. 1912	13. 6. 1912	62
14	Konstantinopel 20. 6. 1912	29. 6. 1912	64
15	Konstantinopel 13. 6. 1912 u. 25., 26. 6. 1912	5. 7. 1912	67
16	Berlin 4. 7. 1912	13. 7. 1912	69
17	Berlin 25. 7. 1912	2. 8. 1912	72
18	London 3. 8. 1912	21. 8. 1912	74
19	Bukarest 24. 8. 1912	6. 9. 1912	76
20	Bukarest 28. 8. 1912	6. 9. 1912	78
21	San Sebastian 6. 9. 1912		80
22		3. 10. 1912	81
23	Paris 28., 29. 8. 1912	4. 10. 1912	82
24	Petersburg 3. 10. 1912	10. 10. 1912	83
25	Berlin 3. 10. 1912	10. 10. 1912	84
26	Berlin 14. 10. 1912	19. 10. 1912	86
27	Paris 16. 10. 1912	19. 10. 1912	88
28	Wien 12. 10. 1912	21. 10. 1912	89
29	Paris 1. 10. 1912	28. 10. 1912	91
30	London 23. 10. 1912	30. 10. 1912	93
31	Madrid 16. 9. 1912	31. 10. 1912	94
32	Berlin 18. 10. 1912	8. 11. 1912	95

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht	Datum des Zirkulars	Seite
33	Berlin 12. 11. 1912	19. 11. 1912	96
34	Wien 22. 11. 1912	2. 12. 1912	98
35	Wien 24. 11. 1912	2. 12. 1912	100
36	Paris 24. 11. 1912	2. 12. 1912	102
37	Belgrad 26. 11. 1912	5. 12. 1912	103
38	Berlin 30. 11. 1912	7. 12. 1912	105
39	Bukarest 4. 11. 1912	7. 12. 1912	107
40	Petersburg 6. 12. 1912	13. 12. 1912	110
41	Berlin 16. 12. 1912	24. 12. 1912	111
42	Wien 16. 12. 1912	24. 12. 1912	112
43	Paris 29. 12. 1912	3. 1. 1913	114
44	London 19. 12. 1912	16. 1. 1913	115
45	Petersburg 7. 1. 1913	18. 1. 1913	116
46	Paris 8. 1. 1913	21. 1. 1913	117
47	Paris 13. 1. 1913	22. 1. 1913	118
48	Petersburg 13. 1. 1913	1. 2. 1913	119
49	Paris 27. 1. 1913	3. 2. 1913	121
50	Berlin 11. 2. 1913	20. 2. 1913	122
51	Petersburg 17. 2. 1913	1. 3. 1913	124
52	Paris 21. 2. 1913	5. 3. 1913	125
53	London 24. 2. 1913	6. 3. 1913	126
54	London 4. 3. 1913	13. 3. 1913	127
55	Berlin 8. 3. 1913	22. 3. 1913	128
56	Sofia 14. 3. 1913	25. 3. 1913	131
57	Berlin 18. 3. 1913	27. 3. 1913	133
58	Konstantinopel 28. 3. 1913	10. 4. 1913	135
59	Petersburg 31. 3. 1913	12. 4. 1913	136
60	Berlin 4. 4. 1913	12. 4. 1913	137
61	Berlin 9. 4. 1913	18. 4. 1913	139
62	Berlin 17. 4. 1913	24. 4. 1913	142
63	Berlin 22. 4. 1913	28. 4. 1913	144
64	Petersburg 28. 4. 1913	8. 5. 1913	146
65	Paris 30. 4. 1913	10. 5. 1913	147
66	Paris 5. 5. 1913	10. 5. 1913	148
67	Berlin 26. 5. 1913	5. 6. 1913	149
68	Berlin 12. 6. 1913	20. 6. 1913	151
69	Paris 12. 6. 1913	20. 6. 1913	153
70	Berlin 16. 6. 1913	24. 6. 1913	154
71	Berlin 24. 6. 1913	3. 7. 1913	155
72	Berlin 6. 8. 1913	13. 8. 1913	157
73	Bukarest 22. 10. 1913	31. 10. 1913	160
74	Berlin 25. 10. 1913	3. 11. 1913	161

Lfd. Nr.	Grundlegender Gesandtschaftsbericht		Datum des Zirkulars	Seite
75	Berlin	22. 11. 1913	6. 12. 1913	163
76	Bukarest	27. 11. 1913	9. 12. 1913	165
77	Wien	27. 11. 1913	9. 12. 1913	167
78	Berlin	13. 12. 1913	20. 12. 1913	168
79	Paris	20. 12. 1913	30. 12. 1913	170
80	Paris	5. 1. 1914	10. 1. 1914	172
81	Paris	16. 1. 1914	23. 1. 1914	173
82	Stockholm	29. 1. 1914	9. 2. 1914	176
83	London	8. 2. 1914	16. 2. 1914	179
84	Wien	16. 2. 1914	27. 2. 1914	180
85	Berlin	14. 3. 1914	21. 3. 1914	183
86	Petersburg	24. 3. 1914	2. 4. 1914	185
87	Petersburg	27. 3. 1914	4. 4. 1914	187
88	Berlin	4. 4. 1914	15. 4. 1914	188
89	Berlin	7. 4. 1914	17. 4. 1914	190
90	Petersburg	22. 4. 1914	1. 5. 1914	192
91	Paris	8. 5. 1914	16. 5. 1914	193
92	Berlin	13. 5. 1914	26. 5. 1914	195
93	Berlin	16. 5. 1914	29. 5. 1914	197
94	Wien	27. 5. 1914	5. 6. 1914	200
95	Berlin	12. 6. 1914	25. 6. 1914	202
96	Paris	24. 6. 1914	3. 7. 1914	205
97	Berlin	2. 7. 1914	11. 7. 1914	207

Ministère
des
Affaires Etrangères

Bruxelles, le 21/1/13

Direction Cne 6016
N° d'ordre

Extraits d'un rapport de Paris
du 6 janvier 1913, n°. 53.

La question de la paix dans les Balkans –
la Situation internationale.

On ne croit pas dans les sphères officielles que la guerre puisse recommencer dans les Balkans ; les grandes Puissances sont unanimes pour ne pas le vouloir, et il semble que le Gouvernement ottoman demande seulement qu'on lui force la main.

L'accord des Puissances est complet quant au sort d'Andrinople qui est d'ailleurs à la veille de capituler. L'entente est moins parfaite en ce qui concerne les îles de l'Archipel ; mais celles-ci sont nombreuses et prêtent par conséquent à des combinaisons de nature à satisfaire chacun.

Le armements de l'Autriche-

me

Monsieur

^ ^ ^

Auf 1/4 verkleinerte Wiedergabe des Originals.

213

ne sont plus un sujet d'inquiétude depuis les explications loyales que le Cabinet de Vienne a données sur ce point à celui de St. Pétersbourg. La Russie ne désarme d'ailleurs pas.

De grosses difficultés sont encore à régler telles que les frontières de l'Albanie et le différend roumano-bulgare qui n'a pas fait un pas jusqu'ici ; mais on peut espérer que l'Europe unanime et pacifique empêchera les ruptures dangereuses.

K'd to
val. Inst. of
nat. affairs.

I

Zur europäischen Politik

Unveröffentlichte Dokumente

In amtlichem Auftrage herausgegeben

unter Leitung von

Bernhard Schwertfeger

Band 5

1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

Revanche-Idee und Panslawismus

Belgische Gesandtschaftsberichte zur Entstehungsgeschichte des Zweibundes

In amtlichem Auftrage

bearbeitet von

Wilhelm Köhler

1 9 1 9

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin

VORWORT DES HERAUSGEBERS.

Die Entstehung der vorliegenden Arbeit geht bis an das Ende des Jahres 1917 zurück. Bei der Durchsicht der belgischen Gesandtschaftsberichte im Ministerium des Äußeren zu Brüssel fand sich eine solche Fülle historisch und politisch wertvollen Stoffes, daß es vom deutschen Standpunkte aus unverantwortlich gewesen wäre, an dieser Quelle vorüberzugehen. Bot sie doch die Möglichkeit, den Gang der geschichtlichen Entwicklung in den Vorjahren des Weltkrieges an der Hand neutraler Berichte nachzuprüfen und festzustellen, wie Deutschlands Lage inmitten der politischen Weltentwicklung seitens einer Reihe von Diplomaten beurteilt worden ist, die — als Vertreter eines zu dauernder Neutralität verpflichteten kleinen Staates — von manchen Dingen gelegentlich mehr erfuhren als die Botschafter und Gesandten der größeren Mächte. Die Erwägung, daß über die Entstehungsgeschichte des Zweibundes in den belgischen Gesandtschaftsberichten wertvolle Aufschlüsse und Urteile enthalten sein müßten, erwies sich als zutreffend. Die darauf bezüglichen wichtigeren Berichte wurden kopiert, die übrigen vom Bearbeiter für eine wissenschaftlich-unparteiische Darstellung ausgewertet.

Der vorliegende Band erweist, wie die belgischen Staatsmänner über die Entstehung des Zweibundes und seine Bedeutung für die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens gedacht haben. Das belgische Material wird objektiv und ohne den leisesten Versuch einer Färbung zu Deutschlands Gunsten vorgelegt; ebenso wie in den vorhergehenden vier Bänden belgischer Zirkulare von 1897—1914 hat sachliche Nüchtern-

heit für Herausgeber wie Bearbeiter das oberste Gesetz gebildet.

Einige Worte zur Ergänzung der den belgischen Gesandtschaftsberichten vorausgestellten deutschen zusammenfassenden Darstellung sind noch notwendig. Der Herr Bearbeiter konnte an französischer Literatur wohl die vor dem Kriege erschienenen Erinnerungen von Freycinet, das Werk von Pierre Albin über den bewaffneten Frieden und die Darstellung Hansens von der Botschaftertätigkeit des Barons v. Mohrenheim in Paris [1]), nicht aber das französische Gelbbuch[2]) über die Entstehung des Zweibundes verwenden. Dieses ist mir erst unmittelbar vor der Niederschrift des Vorwortes bekannt geworden. Der vorliegenden Arbeit gereicht es zum Vorteil, daß sie ohne Kenntnis des französischen Gelbbuches entstanden und so — an der Hand der belgischen Urkunden — ihre eigenen Wege gegangen ist. Sie bedarf nur der Ergänzung in einigen tatsächlichen Einzelheiten, die hiermit nachgeholt sein mögen.

Der erste Textentwurf für die russisch-französische Militärkonvention entstand im August 1891 durch einen Schriftwechsel zwischen dem russischen Minister des Äußeren v. Giers und dem französischen Außenminister Ribot. Einem Schreiben aus Petersburg vom 27. August 1891 war eine Anlage vom 21. August beigefügt, die als Sinn der „entente cordiale" die Aufrechterhaltung des Friedens bezeichnete und für den Fall einer Bedrohung des allgemeinen Friedens, besonders, falls eine der beiden Parteien mit einem Angriff bedroht werde, eine sofortige Vereinbarung der beiden Parteien zu gemeinsamem Handeln vorsah[3]).

Trotz wiederholten Drängens von französischer Seite vermochte erst der zur Teilnahme an den russischen Manövern am 1. August 1892 in Petersburg eingetroffene französische

[1]) Vgl. S. 8, Anm. 1, S. 10, Anm. 2 und S. 27, Anm. 2.

[2]) Das französische Gelbbuch verzichtet auf jeden Text. Unter dem Titel „Pages d'histoire — 1914-1918. Troisième livre jaune français. L'alliance franco-russe" teilt es Schriftstücke aus den Jahren 1890—1893 (origines de l'alliance), 1892—1899 (convention militaire), 1912 (convention navale) mit.

[3]) „L'alliance franco-russe", Nr. 17.

Divisionsgeneral Boisdeffre die Angelegenheit weiterzubringen und am 17. August zur schriftlichen Festlegung des „Projektes einer Militärkonvention" zu gelangen, die er und von russischer Seite der Generalstabschef Obroutcheff vorbehaltlich späterer Ratifikation durch die beiden Minister des Äußeren ohne Datum unterzeichneten[1]). Ein Schreiben des russischen Außenministers Giers vom 27. Dezember 1893 endlich[2]) beruhigte die ungeduldig gewordenen Franzosen darüber, daß der Zar die Abmachungen Boisdeffres mit Obroutcheff vom August 1892 im Prinzip genehmigt habe, so daß der Text der damaligen Abmachung als endgültig angenommen betrachtet werden könne. Die beiden Generalstäbe erhielten damit das Recht, sich jederzeit zu verständigen, und der französische Botschafter zu Petersburg, Montebello, bestätigte amtlich am 4. Januar 1894, daß auch die französische Regierung die Abmachungen der Generalstäbe vom August 1892 nunmehr als bindend ansehe[3]). Eine Bestätigung der gleichen Daten findet sich in einem an den Präsidenten Loubet gerichteten Schreiben Delcassés vom 12. August 1899 und des französischen Ministerpräsidenten Poincaré an den russischen Außenminister Sasonow vom 16. August 1912 gelegentlich des Abschlusses der Marinekonvention[4]), deren Behandlung außerhalb des Rahmens der geplanten Arbeit lag. Die Ausführungen auf den Seiten 119, 133 und 134 sind hiernach zu ergänzen.

Die vorliegenden belgischen Dokumente enthalten ein überaus reiches Material zur Beurteilung der Frage nach den eigentlichen, inneren Entstehungsgründen des Weltkrieges. Sie zeigen unwiderleglich, daß bis in die Sommertage des Schicksalsjahres 1914 hinein kaum ein belgischer Diplomat in Deutschland die Hauptgefahr für den europäischen Frieden erblickt hat. Vielmehr lassen sie alle in klarer, unbeeinflußter Berichterstattung erkennen, daß sie von der französischen Revanche-

[1]) „L'alliance franco-russe", Nr. 71.
[2]) „L'alliance franco-russe", Nr. 91.
[3]) „L'alliance franco-russe", Nr. 92.
[4]) „L'alliance franco-russe", Nr. 95, bzw. 107.

politik, vom russischen Panslawismus und von der Einkreisungspolitik König Eduards VII., alles Unheil für die Zukunft erwarten. Deutschland brauchte nur in Ruhe die weitere Entwicklung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Macht und seines starken Geburtenüberschusses abzuwarten[1]). Von einer kriegerischen Auseinandersetzung hatte es nichts zu erhoffen.

Möge die nun fertig vorliegende Arbeit dazu beitragen, Deutschland zu einer gerechteren Würdigung seiner Politik in den vergangenen Friedensjahrzehnten zu verhelfen. Es hat Anspruch darauf, denn die Wahrheit muß endlich einmal wieder ihren Einzug in die urteilslos gewordene, haßverwirrte Welt halten.

— Noch einige Worte an die deutschen Leser. Die von mir herausgegebenen Veröffentlichungen „Zur europäischen Politik" enthalten nichts über die Haltung Belgiens uns gegenüber und stehen in keinem — wie immer gearteten — Zusammenhange zu den 1914 erfolgten, auf Erweisung einer belgischen Schuld abzielenden, deutschen Publikationen aus belgischen Archiven. Sie stützen sich vielmehr ausdrücklich auf die neutrale Gewissenhaftigkeit und Glaubwürdigkeit der belgischen Diplomaten.

Ich schließe mit dem Ausdrucke des Dankes an meine Herren Mitarbeiter, die gleich mir einzig den Wunsch hegen, daß unsere Arbeit dazu beitragen möge, unserem in aller Welt verkannten Vaterlande in seiner schwersten Heimsuchung zu helfen. Der Tag muß und er wird kommen, wo die Nebel des Irrtums sich zerteilen und auch der in einem Kampfe ohnegleichen Unterlegene dem Verständnis der Mitlebenden wieder begegnet.

Das walte der Geist der Gerechtigkeit, ohne den das menschliche Wirken Sinn und Ziel auf ewig verlieren müßte.

Bernhard Schwertfeger.

---

[1]) Siehe Bd. 4, Anlage 95, S. 204 (Bericht des belgischen Gesandten zu Berlin, Baron Beyens, vom 12. Juni 1914).

EINLEITUNG.

AUFGABE UND QUELLEN.

Als im Sommer 1914 der Weltkrieg ausbrach, waren gerade 20 Jahre vergangen, seit die Minister des Auswärtigen von Frankreich und Rußland, Casimir Périer und Baron von Giers, in Paris und Petersburg den Allianzvertrag unterzeichnet hatten, der die Grundlage des Zweibundes bildet. Der Zweibund ist der Kern der Weltkoalition, der die Mittelmächte schließlich erlegen sind. Wer sich über die Vorgeschichte des Krieges Klarheit verschaffen will, wird bei der Entstehung dieses Bündnisses einsetzen müssen. Man soll nicht glauben, daß die Beschäftigung mit diesen weit zurückliegenden Dingen lediglich ein Tummelplatz für Scharfsinn und Entdeckerfreude weltfremder Historiker sei. Nein — man wird durch sie recht eigentlich auf die Wurzeln des Weltkrieges zurückgeführt; denn die Kräfte und Tendenzen, die damals sich zusammenschlossen, sind die gleichen, die im Sommer 1914 den Weltkrieg entfesselt haben, und ein gerechtes Urteil über Schuld und Mitschuld an seinem Ausbruch, wie über die deutsche Politik in den beiden Jahrzehnten vor dem unheilvollen 3. August 1914 ist nur dann möglich, wenn diese Wurzeln bloßgelegt sind. Dazu versuchen die folgenden Blätter einen Beitrag zu liefern.

Die Vorgänge jener Zeit um 1890 sind aber durch leidenschaftliche Kämpfe in Öffentlichkeit, Presse und wissenschaftlicher Literatur so schwer erkennbar, teilweise entstellt, andernteils mit Vorurteilen belastet worden, daß es nicht leicht ist, sich ein unbefangenes Urteil darüber zu bilden, wieweit diese Neubildung innerhalb des europäischen Staatengefüges durch Fehler der deutschen Politik begünstigt worden ist. Die Begriffe

der Politik des alten und des neuen Kurses sind durch Bismarck mit ihr aufs engste verknüpft worden, indem er dem „neuen Kurse" die ganze Last der Verantwortung dafür aufbürdete, daß der Zweibund zwischen Frankreich und Rußland zustande kam. Bis in unsere Tage reichen die Wirkungen dieser Behauptung. Was die hier mitgeteilten neuen Quellen an Material zur Beurteilung der deutschen Politik in diesen Jahren enthalten, durfte deshalb nicht übergangen werden.

Es ist ein ganz besonderer Glücksfall, daß von den Archiven der politischen Ämter, die sonst der Forschung so bald nicht zugänglich zu werden pflegen, durch den Krieg eines, das des Ministeriums des Äußeren in Brüssel, uns zeitweise geöffnet war. Wo könnte man besser als in den Berichten, die die Gesandten des neutralen Staates Belgien in jenen Jahren aus den verschiedenen Hauptstädten Europas schrieben, unparteiischen Aufschluß finden über die treibenden Kräfte, die politischen Mittel und Ziele, die zum Abschluß des Zweibundes geführt haben, und ebenso über das Verhalten der deutschen Politik zu dieser Entwicklung vor und nach Bismarcks Entlassung?

Leider sind die Berichte der verschiedenen Gesandtschaften in dieser Zeit recht ungleichwertig. Die Mitteilungen aus Paris, von denen man besonders wichtige Aufschlüsse erwarten könnte, sind überaus dürftig an Mitteilungen über alle Vorgänge der äußeren Politik. Erst vom Jahre 1887 an bieten sie überhaupt für die Vorgeschichte des Zweibundes wenigstens einiges Material.

Wir sind heute nicht die ersten, die das beklagen. Der greise Baron Beyens, der Belgien von 1864 bis 1895 durch alle politischen Umwälzungen hindurch in Paris vertrat, konnte sich offenbar Freiheiten herausnehmen, die einem anderen nicht durchgegangen wären. Als am 28. März 1885 die politische Abteilung des Außenministeriums in Brüssel dem Fürsten de Chimay, dem belgischen Minister des Auswärtigen, in einer Note mitteilte, daß „im allgemeinen die politische Korrespondenz der Pariser Gesandtschaft so gut wie gleich Null sei; Baron Beyens behaupte, die Schnelligkeit der Verbindungen zwischen Paris

und Brüssel und die Art der Nachrichtenübermittlung an die öffentlichen Agenturen mache seine politischen Depeschen absolut unnütz“[1]), da war es fast ein Jahr her, daß die letzte schriftliche Mitteilung von der Gesandtschaft in Paris eingelaufen war; und das waren ein paar Begleitzeilen vom 25. Mai 1884 zu einem gedruckten Sitzungsprotokoll der Kammer. Durch mehr oder weniger deutliche Mahnungen suchte das Ministerium für regere Berichterstattung zu sorgen; für einige Zeit pflegten sie eine, freilich bescheidene Wirkung zu erzielen. Bei solchen Gelegenheiten ließ man auch einfließen, daß selbst die eingehenden Berichte berechtigten Erwartungen keineswegs durchaus entsprachen. Besonders vermißt wurden eigene Urteile des Gesandten und alles das, was eben den diplomatischen Bericht von der Berichterstattung der Zeitung unterscheidet; einmal, ebenfalls im Jahre 1885, wird Beyens mit einigem Nachdruck darauf hingewiesen, daß auch Nachrichten über die auswärtige Politik der Republik von seiner Seite ganz ausblieben: „Es ist unsere Pflicht, uns um die mehr oder weniger freundschaftlichen Beziehungen, die sie zu den anderen Großmächten und in erster Linie zu Deutschland und England unterhält, zu kümmern und uns mit den Bündnissen zu beschäftigen, die sie vielleicht zu schließen versuchen könnte ... Niemand ist besser als Sie in der Lage, über alle Wechselfälle des politischen Lebens der europäischen Mächte nützliche Erkundigungen einzuziehen und wertvolle persönliche Ansichten zu äußern.“[2]) Nach

[1]) «En général, la correspondance politique de la Légation de Paris, est à peu près nulle. M. le Baron Beyens soutient que la rapidité des communications qui existent entre Paris et Bruxelles et la manière dont les agences de publicité sont renseignées rendent des dépêches politiques absolument inutiles.» Note pour le Ministre; Brüssel, 28. 3. 1885.

[2]) «Les questions auxquelles le Cabinet de Paris se trouve mêlé ne peuvent nous être indifférentes. Bien que l'influence de la France soit moins prépondérante aujourd'hui qu'autrefois, ce n'en est pas moins un impérieux devoir pour nous de suivre d'un œil vigilant l'attitude de cet état dans les affaires internationales et notamment dans celles de l'Egypte auxquelles se rattache sa politique coloniale sur les bords de la Méditerranée; il ne nous est pas permis de nous désintéresser des rapports plus ou moins amicaux qu'il entretient avec les autres grandes puissances et

dieser Seite sind die Ermahnungen aus Brüssel ziemlich fruchtlos geblieben. Wir sind genötigt, für die Fragen der internationalen Politik in erster Linie die Berichte anderer Gesandtschaften heranzuziehen; aber das gleiche gilt leider auch für wichtige Phasen der inneren Politik Frankreichs. Beyens fehlte der Blick für das politisch Wesentliche; Kammergezänk und Parteiintrigen überwuchern ihm politische Erscheinungen, deren Bedeutung sich in der Zukunft gezeigt hat. So kommt es, daß seine Berichterstattung, auch abgesehen von ihrer Spärlichkeit, nur ein lückenhaftes Bild der Vorgänge in Frankreich gibt.

Aus Petersburg gingen die Mitteilungen in Brüssel zwar regelmäßig ein. Aber von den Absendern überragte nach dem, was wir von ihnen an Schriftstücken besitzen, keiner das Niveau eines guten Durchschnittsdiplomaten, und vor allem machte sich zuweilen bemerkbar, daß die Gesandten in schnellem Wechsel aufeinanderfolgten und kaum Zeit hatten, sich in die schwierigen Petersburger Verhältnisse genügend einzuleben. Der Nachfolger des alten Grafen Errembault de Dudzeele ist im Januar 1888 Eygermont[1]), den nach kaum zehn Monaten im Oktober des gleichen Jahres der Baron Pitteurs-Hiegaerts ablöst. Aber schon im August 1890 findet ein neuer Wechsel

principalement avec l'Allemagne et l'Angleterre, et ne pas nous préoccuper des alliances qu'il chercherait à contracter . . .

. . . Enfin nul n'est mieux placé que vous pour recueillir d'utiles indications et noter de précieuses opinions personnelles sur tous les incidents de la vie politique des puissances européennes.» Schreiben des belgischen Ministers des Auswärtigen, Fürsten von Chimay, an Baron Beyens; Brüssel, 2. Juli 1885.

[1]) Näheres über Eygermont war nicht zu ermitteln. Wahrscheinlich hat er nach dem Abgange des Grafen Errembault de Dudzeele die Geschäfte der Gesandtschaft nur vorübergehend geführt.

Das „Annuaire diplomatique et consulaire" (Bruxelles 1914) führt unter den nicht aktiven Mitgliedern des diplomatischen Korps (S. 179) einen „conseiller de légation" Eygermont auf, der vom 6. Mai 1887 bis zum 15. Januar 1889 — also während der hier in Frage kommenden Monate — im aktiven diplomatischen Dienst gestanden haben soll. Die Petersburger Berichte (Anlagen Nr. 38, 40, 42, 43, 46, 48, 49, 50) sind deutlich „Eygermont", nicht „Eggermont" unterzeichnet. (Anm. des Herausgebers.)

statt; der kurz vorher erst zum Legationsrat ernannte C. de Vinck übernimmt die Gesandtschaft und leitet sie bis zum Frühjahr 1895. Immerhin sind die Petersburger Berichte doch wesentlich ergiebiger als die des Baron Beyens aus Paris, und einzelne von ihnen fassen die Eindrücke von politischen Vorgängen und von den Stimmungen in der russischen Gesellschaft und im Volke zu Darstellungen zusammen, denen ein bedeutender Quellenwert nicht abzusprechen ist.

Es liegt wohl nicht an der Verschiedenartigkeit der Persönlichkeiten allein, daß die Berichte der belgischen Gesandten in Berlin, des Grafen van der Straten-Ponthoz und vom April 1888 an des Barons Greindl, des eifrigsten Berichterstatters von allen, weit regelmäßiger und umfassender über alle Vorgänge auf dem Gebiete der internationalen Politik dieser Jahre Auskunft geben als die aus den anderen Hauptstädten. Gewiß hatten diese beiden Gesandten, und in besonderem Maße wohl der seinem verdienten Vorgänger noch überlegene Greindl, sich die wertvollsten Beziehungen zu Berliner Regierungskreisen zu verschaffen verstanden, genossen sie das weitgehende Vertrauen der deutschen Staatsmänner, das ihrem klaren und unbefangenen Urteil die verschlungenen Fäden der internationalen Politik entwirren half. Aber es ist doch wohl auch der Ausdruck für die Machtstellung Bismarcks, in dessen Hand alle die Fäden zusammenliefen, wenn die Berliner Berichte der achtziger Jahre die ergiebigste Quelle für die Erscheinungen des politischen Lebens der Zeit sind. Berlin war der Mittelpunkt der internationalen Politik, war die Warte, von der ein Botschafter, der den Blick dazu hatte, das politische Treiben überschauen konnte. Darum wurden auch wichtige Nachrichten, die von einem anderen Posten in Brüssel einliefen, dem Berliner Gesandten zur Information oder zur Stellungnahme mitgeteilt, in weit ausgedehnterem Maße, als das bei den anderen Gesandtschaften geschah.

Gegen die Berichte dieser drei Gesandtschaften treten die aus Wien und London zurück; sie ergaben geringere Ausbeute für die Vorgeschichte des Zweibundes und sind nur als Ergänzung zum übrigen Material gelegentlich herangezogen worden.

Im ganzen genommen darf man eine Fülle neuer Tatsachen, überraschender Aufschlüsse von diesen Quellen nicht erwarten in Angelegenheiten, bei denen die belgische Politik nicht mithandelnd beteiligt war. Ihr Wert liegt in der zusammenfassenden Darstellung und Beurteilung politischer Zustände; selten geben sie mehr. Aber nach dieser Seite sind sie auch eine wertvolle Kontrolle und Ergänzung der spärlichen sonstigen Quellen zur neuesten Geschichte, über die wir verfügen, vor allem der nur langsam sich erschließenden Memoirenliteratur.

Diese neuen Quellen der Öffentlichkeit und der Forschung zugänglich zu machen, war die Hauptaufgabe für den Bearbeiter. Es galt, aus der Fülle der belgischen Gesandtschaftsberichte diejenigen herauszugreifen, die über das Wachsen der Gegensätze zwischen Rußland und Deutschland und die Haltung der deutschen Politik Aufschluß geben und von Bedeutung für die Vorgeschichte und Entstehung des Zweibundes sind; der Text sucht diese Stücke in einen Zusammenhang zu stellen, der sich von jeder willkürlichen Interpretation fernhält und sein Ziel in strengster Objektivität sieht. Da viele Berichte das Thema, das auf den folgenden Seiten behandelt wird, nur im Vorübergehen streifen, sonst aber sich, oft in seitenlangen Ausführungen, mit ganz anderen politischen Vorgängen und Fragen beschäftigen, mußte häufig die Anführung der in diesem Zusammenhange allein interessierenden Stelle aus einem Bericht als Fußnote genügen. Andere Berichte sind in wörtlichem Abdruck zeitlich geordnet dem Buche als Anlagen beigegeben.

Es wäre von Interesse gewesen, das belgische Material mit dem Inhalte des Gelbbuches über die französisch-russische Allianz zu vergleichen, das Ende 1918 von der französischen Regierung herausgegeben worden ist. Darauf mußte verzichtet werden, weil das Gelbbuch in Deutschland noch nicht zu erlangen ist[1]). So bilden denn die belgischen Gesandtschaftsberichte die einzige Quelle für die Untersuchung. Nur hin und wieder sind ergänzende Angaben der Literatur entnommen worden, wo den Gesandten Wichtiges verborgen blieb, was an anderer Stelle

[1]) Vgl. hierzu Vorwort, S. VI ff. und S. 134, Anm. 1.

inzwischen zutage getreten ist. Solche Ergänzungen waren in erster Linie bei den Pariser Berichten notwendig, wie sich aus ihrer oben bereits gekennzeichneten Eigenart erklärt. Es trifft sich günstig, daß unmittelbar vor dem Kriege der Band von Freycinets Erinnerungen erschienen ist, der diese Periode behandelt und wertvolle Bekenntnisse und Beiträge des französischen Staatsmannes zum Zweibund-Thema bringt.

Eine Auseinandersetzung mit den Anschauungen und Urteilen, die von den verschiedenen Darstellern der politischen Vorgänge dieser Zeit und in erster Linie von Bismarck selbst in den Jahren der Friedrichsruher Zurückgezogenheit geäußert worden sind, ist durchaus vermieden worden. Es galt, wie zum Schlusse noch einmal betont sein möge, einzig und allein, die belgischen Gesandtschaftsberichte, die zur Verfügung standen, so auszuschöpfen, daß möglichst alles Wesentliche, was sie zu den entscheidenden Fragen an Material zu liefern vermögen, dem Leser zu eigenem Urteil vorlag. Nur auf diese Weise konnte der besondere Wert ihres Zeugnisses erhalten und eine persönliche Färbung durch den Bearbeiter nach Möglichkeit vermieden werden.

KAPITEL I.

DIE REVANCHE-IDEE
(1885—1889).

Der Name Charles de Freycinet, der zwischen den Jahren 1877 und 1899 zwölfmal Ministerpräsident, Minister des Äußeren und Kriegsminister war und von 1885—1893 bis auf eine kurze Zwischenzeit ohne Unterbrechung der Regierung angehörte, wird in den belgischen Gesandtschaftsberichten kaum je in unmittelbare Verbindung mit der Vorgeschichte des Zweibundes gebracht. Er selbst hat sein Verdienst um dieses Werk der französischen Diplomatie anders gewertet; er erzählt in seinen „Erinnerungen“[1]), daß er, eben im Dezember 1879 Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen geworden, auf unverbindliche Annäherungsvorschläge des russischen Botschafters, Fürsten Orloff, von denen wir aus deutschen Quellen bereits wußten[2]), schon im Jahre 1880 mit einem Programm

[1]) C. de Freycinet, Souvenirs, Bd. II, 1878—1893, Paris 1913..

[2]) s. Hermann Oncken, Das alte und das neue Mitteleuropa, Gotha 1917, S. 17. Ein Bericht des damaligen belgischen Gesandten in Berlin, Baron Nothomb, an den Minister Frère-Orban vom 6. März 1880 erwähnt diese Annäherung Rußlands an Frankreich ebenfalls: «L'alliance russo-française continue à être le grand épouvantail; cette crainte justifie l'entente austro-allemande qui est un coup de maître du Prince de Bismarck, d'après le sentiment général. On va jusqu'à croire que pendant l'été dernier des propositions formelles ont été faites par la Russie à la République française. Gambetta s'y serait montré favorable; Waddington s'y serait refusé; ce serait le motif véritable de sa retraite.» Über Lage und Stimmung Frankreichs sagt derselbe Bericht: «L'Allemagne est un parvenu et la France est déchue; elle a perdu la haute position qu'elle avait depuis Louis XIV; elle est résignée, mais en apparence seulement. Le sentiment de l'irréparable n'est pas encore entré dans les esprits.»

geantwortet habe, das zum späteren Zweibund führen sollte: „Mit Sorgfalt alle Gelegenheiten wahrnehmen, die die Sympathien zwischen beiden Regierungen fördern können; nichts davon laut werden lassen, denn man muß vorsichtig vorgehen, weil rings böser Wille lauert, der unsere Versuche zum Scheitern bringen kann." Er erinnert sich dabei eines Wortes seines Vorgängers im Ministerium des Auswärtigen, Waddington, der ihm bei Übergabe des Amtes sagte: „Ich glaube, daß Rußland einer Annäherung geneigt ist, aber Fürst Bismarck belauert uns. Wenn ein Vertrag zwischen Rußland und Frankreich droht, könnte er sich zur Eröffnung der Feindseligkeiten entschließen[1])." Als eine vorsichtige, sehr langsame, aber ganz zielbewußte Verwirklichung dieses Programmes, das er nicht aus dem Auge gelassen habe, ob er nun als Ministerpräsident und Minister des Äußeren unmittelbar an ihr arbeiten konnte oder als Kriegsminister mehr mittelbar, stellt Freycinet seine auswärtige Politik in der Hauptsache dar, der danach füglich einer der Schöpfer des Zweibundes genannt werden kann. Denn wenn auch der Gedanke eines Zusammenschlusses beider Mächte bis zur großen Niederlage Frankreichs zurückreicht und seither hie und da zum Ausdruck gekommen war[2]), so kommt doch mit Freycinet erst Zusammenhang und Methode in das Verhalten der französischen Regierung gegenüber Rußland, beginnt mit ihm erst planmäßige Arbeit an der Überwindung der Widerstände und geschicktes Werben um die Gunst des anderen Teiles.

---

[1]) Freycinet a. a. O., S. 109.

[2]) Belege dafür fehlen auch in den älteren belgischen Gesandtschaftsberichten nicht; als Probe sei auf eine Stelle eines Berichtes des belgischen Gesandten in London Solvyns vom 15. Januar 1877 hingewiesen, in der Frankreichs Haltung auf der Konstantinopler Konferenz gekennzeichnet wird: «La France préoccupée de sa pensée de revanche et se flattant de trouver plus tard un allié utile à St. Pétersbourg, se promettait de ne rien négliger pour prévenir un conflit où se dépenseraient inutilement pour elle des forces et des ressources dont elle voudrait se réserver le concours, lorsqu'elle sera prête à entrer en campagne ... Le Plénipotentiaire français combattit aussitôt l'attitude prise par l'Autriche. Il avait à cela un double intérêt: celui de déserrer un peu plus l'alliance des trois Empereurs et celui de faire acte de bon vouloir à l'égard de la Russie.»

Er mochte, feinfühlig für die Stimmung des Volkes, sich als Vertreter und Sprecher starker, allerdings noch wenig in der breiten Öffentlichkeit hervortretender Kräfte der Nation fühlen, als er Anfang 1880 jenes Programm der Annäherung dem Fürsten Orloff entwickelte. Seine Verwirklichung war freilich zunächst nicht möglich. Die Ministerien wechselten in Paris wie die Jahreszeiten. Die wenigen Monate, die dem Ministerium Freycinet in den Jahren 1880 und 1882 geschenkt waren, konnten höchstens zu vorbereitender Tätigkeit genügen. Von 1883 bis 1885 führte Jules Ferry die französische Politik auf ganz andere Bahnen; die großen Kolonialunternehmungen machten die deutsche Freundschaft wichtiger als die russische. Dazu kamen Zwischenfälle in Frankreich, wie die Hartmann-Affäre, und Widerstände verschiedener Art in Petersburg, die sich allen Plänen und Programmen hindernd in den Weg legten.

Aber Ferrys Versuch, der Nation neue Ziele zu zeigen, ihr Vergessen und Entschädigung für die verlorenen Provinzen in einem mächtigen Kolonialreiche zu verheißen, endet mit seinem dramatischen und fast tragischen Sturz im März 1885. Er wird davongefegt von der Welle der Reaktion gegen die Politik des Einvernehmens mit Deutschland, und die gleiche Welle trägt Freycinet wieder empor. Ein neuer Abschnitt in der französischen Geschichte hatte begonnen; denn Ferrys Ende mußte auf lange hinaus eine warnende Mahnung für seine Nachfolger sein. Die Nation hatte den als Verräter und „Preußen" gebrandmarkt, dessen Politik als Anerkennung des Frankfurter Friedens aufgefaßt werden konnte[1]).

[1]) Ein Franzose, der sich bemüht unparteiisch zu urteilen, sagt von dieser Bewegung: „Die Revanche-Idee ist wieder erstanden, breitet sich aus. Es bildet sich eine Strömung, die breiter und breiter, mächtiger und mächtiger wird. Niemand weiß, welche Richtung sie nehmen wird; aber sie ist deshalb um so gefährlicher, und man wird mit ihr rechnen müssen. Die Regierungen, die während der folgenden fünf Jahre einander ablösen, werden die natürlichen Kräfte dieser Strömung einerseits mit den Forderungen der europäischen Lage und andererseits mit den richtig eingeschätzten Eigentümlichkeiten des Landes in Einklang zu bringen haben." S. Pierre Albin, La paix armée. L'Allemagne et la France en Europe (1885—1894), Paris 1913, S. 12.

Die belgischen Gesandtschaftsberichte aus Paris schweigen über die tieferen Ursachen von Ferrys Sturz, aber der Berliner Gesandte weist 1886 auf das Aufsteigen der nationalistischen Strömung in Frankreich hin, als die Wirkungen dieses neuen politischen Elements auch dort so fühlbar wurden, daß er Veranlassung hatte, sich mit ihm zu beschäftigen. Seit dem Frühjahr 1886 spricht er in seinen Berichten von den Gerüchten einer Abberufung des französischen Botschafters Baron de Courcel aus Berlin; im Herbste des Jahres teilt er mit, daß Herbette an de Courcels Stelle getreten ist, und in diesem Personenwechsel sieht er einen Vorgang von Bedeutung, den nur die Aufmachung offiziöser französischer Auslassungen mit Familienrücksichten begründet. Er weiß aus Äußerungen de Courcels selber, daß sein Rücktritt in Wahrheit andere Ursachen hat: „Bei seinem Amtsantritt (1882) war es sein Ehrgeiz, die beiden Nationen miteinander zu versöhnen. Er mußte erkennen, daß dieser Versuch scheiterte. Er sieht sich heute auf dem gleichen Punkt wie im Anfang ... Der Kaiserliche Hof, die Berliner Gesellschaft, Fürst Bismarck, die Regierung bereiteten ihm die warmherzigste Aufnahme, und diese Gesinnung hat sich immer als echt erwiesen. Auch die Beziehungen der beiden Regierungen sind immer zufriedenstellend gewesen; aber die der beiden Nationen sind und bleiben gespannt. Er sieht es voraus, daß das Anwachsen der deutschfeindlichen Kundgebungen in Frankreich und ihre Rückwirkungen seine Stellung in Berlin unhaltbar machen müssen. Er nimmt ohne Zweifel die Gelegenheit wahr, um sich zu günstiger Stunde zurückzuziehen[1])." Bei Herbettes Amtsantritt spricht der Gesandte die Befürchtung aus, daß die französische Presse und die Anhänger der Revanche

[1]) «Il est certain qu'il y a en France à l'égard de l'Allemagne une recrudescence de chauvinisme à laquelle les Allemands se montrent fort sensibles ... Une confidence qui vient de m'être faite me laisse cependant des doutes sur une longue durée du séjour du Baron de Courcel à Berlin. Il y a deux ou trois mois l'Ambassadeur s'est ouvert à un confident sur les déceptions qu'il éprouvait après quatre années de résidence à la Cour Impériale. Son ambition en y arrivant était de parvenir à réconcilier les deux nations. Il devait reconnaître qu'il avait échoué. Il se retrouvait aujourd'hui à son point de départ. Il se fatiguait d'un travail stérile

ihn ebenso in seiner Mission hemmen würden wie seinen Vorgänger de Courcel, den sie schließlich zum Rücktritt veranlaßt hätten[1]). Was man dem Fürsten Hohenlohe im November 1886 von Herbette in Paris erzählte, spricht aber dafür, daß nicht einfach die Personen gewechselt hatten, sondern die Mission selber eine andere geworden war: „Herbette ist ein gefährlicher Mann, der einen gewissen diplomatischen Tatendurst hat. Er soll nach Berlin gegangen sein in der Überzeugung, daß es ihm gelingen werde, das Rapprochement zwischen Rußland und Frankreich als etwas Harmloses, Annehmbares erscheinen zu lassen[2])."

Hohenlohe war ohne Frage gut unterrichtet über Herbettes Aufgabe und die Absichten der französischen Regierung. Im September hatte sich trotz des Zaren Widerspruch auch in Petersburg ein Botschafterwechsel vollzogen, der mit diesen Plänen zusammenhing; der General Appert war durch De Laboulaye ersetzt worden. Es ist Freycinet, der die Figuren austauschte, um die Partie fortzusetzen, die er 1882 hatte abbrechen müssen. Das Programm von 1880 sollte verwirklicht werden; darum mußten die Männer weichen, die Ferrys Politik in Berlin und Petersburg vertreten hatten. Freycinet sagt in seinen

---

auquel il sacrifiait le soin de ses affaires, les goûts de sa femme et souvent ses sentiments de père de famille. La Cour Impériale, la société de Berlin, le Prince de Bismarck, le Gouvernement lui avaient fait l'accueil le plus sympathique et ces dispositions ne s'étaient jamais démenties. Les rapports entre les deux gouvernements avaient toujours été convenables, mais les deux nations étaient restées et restent en mauvais termes. Le Baron de Courcel peut prévoir le moment où des manifestations croissantes d'antipathies françaises pour l'Allemagne et les représailles qui en seraient la suite lui deviendraient désagréables à Berlin. Il se ménage sans doute l'occasion de se retirer à l'heure opportune.» Berlin, 5. März 1886.

[1]) «Il est donc très possible que la presse française et les partisans de la revanche entravent la mission de pacification de M. Herbette et la politique conciliante de M. de Freycinet en froissant chaque jour les sentiments allemands. Le Baron de Courcel a rencontré de tels obstacles à Berlin. Ils ont été la principale cause de sa retraite.» Berlin, 29. Oktober 1886. — Eine etwas abweichende Darstellung von de Courcels Rücktritt gibt Albin a. a. O., S. 32—34.

[2]) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 401 (Journal; Paris, 10. November 1886).

Memoiren selbst, daß er die Beziehungen zu Deutschland als „lästige Bande" gelöst habe, als er 1885 das Ministerium des Äußeren nach dem Sturz Ferrys übernahm. Die Aufgabe, die nun dem Berliner Botschafter zufiel, wurde von Hohenlohes Quelle richtig umschrieben. Frankreich wollte aller Verpflichtungen ledig sein; aber Bismarcks Mißtrauen durfte nicht vorzeitig erregt werden. Denn es schien im Herbst 1886, als wenn die Stunde gekommen war, das Programm von 1880 wieder aufzunehmen. Im Osten waren inzwischen Dinge geschehen, die auf die Beziehungen der Großmächte zueinander die stärkste Rückwirkung ausübten.

Beim Amtsantritt Freycinets im Frühjahr 1885 konnte das Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland noch als so eng und fest gegründet gelten, daß an eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland kaum zu denken war. Während der letzten Jahre wären zwar einige besorgniserregende Erscheinungen in der russischen Öffentlichkeit hervorgetreten, von denen noch zu sprechen sein wird, weil auch die belgischen Gesandten an ihnen nicht vorübergingen. Aber es war auch bekannt, wie sehr Zar Alexander III. seinen Großonkel Kaiser Wilhelm I. verehrte. Ein Jahr nach Alexander III. Thronbesteigung war außerdem an Gortschakoffs Stelle Nikolaus von Giers Minister des Auswärtigen geworden, der als Freund Deutschlands galt. Im März 1884 hatten Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland ein Neutralitätsabkommen geschlossen, das erst 1887 ablaufen sollte. Man durfte glauben, daß auch die Erbitterung gegen Deutschland, mit der Rußland das Ergebnis des Berliner Kongresses hingenommen hatte, vergessen war. Wie wollte unter diesen Umständen Freycinet Mittel und Wege finden, sich Rußland zu nähern?

Da zerriß, sechs Monate nachdem Freycinet das Ministerpräsidium von neuem übernommen hatte, am 18. September 1885 Alexander von Battenberg durch die überraschende Besetzung Philippopels und die Angliederung Ostrumeliens an Bulgarien das künstliche und mühselige Werk der europäischen Diplomatie auf dem Balkan, und mit einem Schlage flammte der schlummernde Widerstreit russisch-österreichischer Orient-

interessen auf. Die Entwicklung der bulgarischen Krise, die sich als roter Faden durch die Vorgeschichte des Zweibundes hindurchzieht, hat die folgenschwerste Rückwirkung auf Rußlands Verhältnis zu Deutschland und Österreich-Ungarn gehabt; mit ihr beginnt eine neue Periode der politischen Voraussetzungen im Osten, ähnlich wie Ferrys Sturz im Frühjahr einen neuen Zeitabschnitt der westlichen Politik eingeleitet hatte. Hier wie dort brechen plötzlich politische Instinkte hervor, denen die Zentralmächte als feindlicher Widerstand erscheinen, der gebrochen werden muß. Revanche-Idee und Panslawismus, nicht erst entstehend, aber wie aus einer Zwischenzeit tatenloser Ruhe erwachend, wachsen seit diesem unheilvollen Jahre 1885 langsam zu zukunftbestimmenden Mächten an. Und sofort äußert sich, zuerst vereinzelt und zaghaft, dann deutlicher und in wachsender Stärke, auf beiden Seiten die Tendenz zum Zusammenschluß.

Die bulgarische Krise in ihren einzelnen Phasen darzustellen, ist hier nicht der Ort. In die Anlagen ist eine Anzahl von belgischen Berichten aufgenommen, in denen sich die Rückwirkung der Balkanvorgänge auf die internationale Politik spiegelt, die Stellungnahme der einzelnen Großmächte und besonders die Rolle Rußlands gekennzeichnet ist[1]).

„Ich glaube darauf hinweisen zu müssen," schreibt im Sommer 1886 der belgische Gesandte in Petersburg, Graf Errembault de Dudzeele, der schon mehrfach auf Ausfälle gegen Österreich in der russischen Presse aufmerksam gemacht hatte, in einem seiner Berichte, „daß in der öffentlichen Meinung oder, um einen zutreffenderen Ausdruck zu gebrauchen, in dem kleinen Teil der Nation, der sich mit Politik beschäftigt, sehr große Erbitterung herrscht. Man sieht Tag für Tag eines der Ergebnisse des letzten Krieges nach dem anderen zunichte werden, und da dieser Auflösungsprozeß sich sozusagen unter der

[1]) Anl. 1, S. 137 (Petersburg, 4. Juli 1886). — Anl. 2, S. 140 (Sofia, 6. Juli 1886). — Anl. 3, S. 142 (Petersburg, 27. Juli 1886). — Anl. 5, S. 146 (Wien, 23. August 1886). — Anl. 6, S. 147 (London, 25. August 1886). — Anl. 10, S. 153 (Wien, 25. Oktober 1886).

Flagge des Dreibundes vollzieht[1]), werden die Sympathien der Nation für dieses Bündnis, die übrigens niemals sehr groß gewesen sind, immer geringer und schlagen in offenen Gegensatz um[2])."

Das Verhängnisvolle der Lage war, daß die Bulgaren selber von der russischen Vormundschaft nichts wissen wollten[3]), sondern mit Festigkeit und Geschick ihre eigene nationale Politik zu treiben entschlossen waren. Mit dem Scheitern aller Versuche, in die Geschicke des Landes wirksam einzugreifen, wuchsen aber naturgemäß Erbitterung und Enttäuschung in Rußland. Am 27. Juli ist die Zuversicht des belgischen Gesandten in Petersburg auf das Überwiegen der gemeinsamen Bedürfnisse der auf dem Balkan interessierten Mächte, auf das er anfangs gebaut hatte, schon viel geringer als in dem erwähnten ersten Bericht: „Bei dem Zustande von Nervosität, in dem sich die russische Nation befindet, ist die Vermutung berechtigt, daß sie weiteren Ungehorsam des Prinzen Alexander nicht ertragen würde. Wenn er sich etwa zum König und unabhängig erklären ließe, würde die Verdrängung des russischen Einflusses zu offenkundig vor aller Augen liegen, das Selbstgefühl Rußlands und

---

[1]) Gemeint ist der Dreikaiserbund, nicht das seit 1882 bestehende Bündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien.

[2]) Anl. 1, S. 137 (Petersburg, 4. Juli 1886).

[3]) Das wird besonders im Bericht des belgischen Generalkonsuls aus Sofia betont; s. Anl. 2, S. 140 (Sofia, 6. Juli 1886). Ähnlich äußert sich der Gesandte in Wien am 29. August 1886: «La Russie a été trompée par ses Agents qui, ainsi que cela lui est déjà arrivé souvent, se sont plus pour complaire au Czar à représenter la Bulgarie comme étant beaucoup plus favorable à ses désirs qu'elle ne l'est en réalité. Ils ont méconnu les aspirations de ce peuple plus pénétré depuis son émancipation, ainsi que cela arrive d'ordinaire, de la satisfaction de son indépendance que de sentiments de reconnaissance envers son libérateur. Ne doutant pas du succès de leur entreprise ils ont compromis maladroitement leur Gouvernement en conspirant sous main avec des mécontents sans appui réel dans le pays.» Nach den belgischen Berichten aus Petersburg, Sofia und Wien hat England, das 1885 in Persien mit Rußland zusammengestoßen war, der Aufstandsbewegung vermutlich nicht ferngestanden und sich auf jeden Fall bemüht, den Konflikt zwischen Österreich und Rußland zuzuspitzen; s. dazu Anl. 10, S. 153 (Wien, 25. Oktober 1886).

des Zaren zu grausam verletzt sein, als daß nicht eine aktive Einmischung eintreten würde[1]." Im Dezember 1886 hat er keine Hoffnung mehr, daß die Gegensätze zwischen österreichischen und russischen Interessen auf dem Balkan auf friedlichem Wege auszugleichen wären: „Nach meinem persönlichen Empfinden wird in absehbarer Zeit der Krieg unvermeidlich sein ... Dieser Krieg ist nicht gerade bevorstehend, aber nichtsdestoweniger ist zu befürchten, daß er sich als logische Folge aus der Lage notwendig ergeben muß. Deshalb rüstet man sich auf ihn in Rußland ebenso wie in Österreich[2]."

Auch die Berichte aus Wien lauteten ernst genug. „Seit den Ereignissen in Bulgarien", heißt es in einem Schreiben vom 7. August 1886, „sucht Rußland wohl noch nicht offen seine Vormachtstellung in Sofia wiederzuerlangen, aber es ist der Ansicht, daß der Dreibund seine Politik auf der Balkanhalbinsel zunichte macht, und bekundet, ohne sich von ihm loszusagen, daß es nicht gewillt ist, seine traditionelle Orientpolitik ernstlich einschränken zu lassen. Die Beziehungen der drei Kaiserhöfe bleiben scheinbar zufriedenstellend, aber die russische Presse darf ungehemmt ihre panslawistischen Ansprüche und ihre Deutschland und vor allem Österreich wenig sympathischen Gefühle aussprechen ... Sie hält mit ihrer Neigung zu einem französisch-russischen Bündnis nicht zurück[3]."

Konnte sich Freycinet günstigere Gelegenheit wünschen, die Annäherung an Rußland von neuem zu versuchen? Die Antwort gibt er selber: „Wir beschlossen, ohne aus der notwendigen Zurückhaltung herauszutreten, die sich bietenden Gelegenheiten zu benutzen, um uns Rußland angenehm zu erweisen, dem die französischen Sympathien sich immer mehr zuwandten[4]." Wie das geschah, hat Albin nach dem französischen Gelbbuch von 1886 erzählt[5]. Mit Methode und Geschick ordnete Freycinet seine Figuren zu dem von Bismarck freilich sofort durch-

[1]) Anl. 3, S. 142 (Petersburg, 27. Juli 1886).
[2]) Anl. 11, S. 155 (Petersburg, 3. Dezember 1886).
[3]) Anl. 4, S. 144 (Wien, 7. August 1886).
[4]) Freycinet a. a. O., S. 305.
[5]) Albin a. a. O., S. 242.

schauten Spiel: Zusammengehen von Frankreich und Rußland zur Schachansage an Deutschland[1]).

Als Freycinet im Dezember 1886 zurücktreten mußte, war allerdings sein politisches Programm von 1880 äußerlich noch kaum um einen Schritt weitergekommen. Ein Dankbrief des russischen Botschafters in Paris an ihn, für seine Haltung in der bulgarischen Frage, war das greifbarste Ergebnis[2]). Doch war unverkennbar ein Fortschritt gemacht worden. Die politischen Kräfte, die Rußland aus dem Verband der drei Kaiserreiche loszulösen bestrebt waren, hatten einen mächtigen Antrieb bekommen, der Gedanke einer Annäherung Rußlands an Frankreich fand auch dort Boden. Freycinet konnte mit dem Gefühl gehen, daß seine Zeit bald wieder gekommen sein werde. Der belgische Gesandte in Paris erwägt, als er den bevorstehenden Rücktritt Freycinets nach Brüssel meldet, sofort die Rückwirkung auf Petersburg und erwartet, daß er schmerzliches Echo in Petersburg finden werde, wo man wieder einmal einsehen müsse, daß eine allzu enge Verbindung mit einer so unsicheren Regierung und einem Lande, dessen Politik nach den Einfällen des am wenigsten gebildeten Teiles der Bevölkerung die Richtung wechseln könne, gefährlich wäre[3]).

[1]) Der Gesandte in Berlin teilt aus Äußerungen des Kanzlers über innere und äußere Politik mit: «L'idée de se ménager des sympathies russes à l'aide des affaires d'Orient sert sans doute toujours de direction à la politique de M. de Freycinet; mais le caractère des relations qui existent à présent entre St. Pétersbourg et Paris obligent d'ajourner des tentatives d'alliances.» Berlin, 14. Mai 1886. — In einem Bericht aus Berlin vom 19. März 1886 wird von heftigen Angriffen in der deutschen Presse auf Frankreich gesprochen und dazu vom Gesandten bemerkt: «L'insistance des récriminations et des accusations dirigées contre la France doit couvrir quelque dessein. De secrètes tendances de la politique de la France en Orient pour s'y ménager des alliances, paraissent avoir excité le ressentiment du Chancelier.» Ein anderer Bericht aus Berlin vom 7. Mai 1886 teilt einige Äußerungen Bismarcks über die Gefahren der Balkankrise mit; es heißt da: «Mais cet état normal de paix entre l'Allemagne et la Russie exige que d'autres Puissances ne recherchent pas à St. Pétersbourg une alliance préjudiciable à l'Allemagne. Le Chancelier ne dissimule pas que tout indice de cajoleries étrangères faites à la Cour de Russie donnera toujours de l'ombrage à Berlin.»

[2]) Freycinet a. a. O., S. 306.

[3]) Anl. 12, S. 157 (Paris, 4. Dezember 1886).

Gewiß sah niemand klarer als Freycinet, daß diese innere Schwäche das vielleicht wesentlichste Hindernis für die Verwirklichung seines Programmes war. Methodische Arbeit war nötig, um Frankreich bündnisfähig zu machen. Dazu hatten zwei kurze Jahre nicht ausgereicht, aber das Mögliche war geschehen, und schon damals hatte er durch den General Boulanger ein Werk beginnen lassen, das er später selber weiterführen sollte: die Reorganisation der Armee.

Freycinet hat selbst erzählt, wie er dazu gekommen ist, den General Boulanger zum Kriegsminister seines Kabinetts zu machen[1]). Man spürt, daß diese Seiten seiner „Erinnerungen" etwas wie eine Verteidigung, eine Rechtfertigung sind. War er es doch, der diesen Mann, der ihm ein brauchbares Werkzeug für seine Pläne zu sein schien, eigentlich auf Bahnen geführt hat, die für die Republik fast verhängnisvoll geworden sind. Freycinet macht den eigentümlichen Versuch, die Verantwortung für das, was aus dem General wurde, Bismarck zuzuschieben; erst Bismarcks große Reichstagsrede im Januar 1887 habe ihm Einfluß und Geltung gebracht und den „Boulangismus" geschaffen. Seltsame Entstellung der Tatsachen! Sogar die dürftigen Berichte des belgischen Gesandten in Paris sagen schon am 4. Dezember 1886, daß „für das gesamte Frankreich der General Boulanger die Personifikation seiner Träume von zukünftiger Größe geworden ist"[2]). Sein Auftreten hat das Gefüge der Republik bis in die Tiefen erschüttert und durch die Agitation, mit der er für sich und seine politischen Ziele warb, die schon bei Ferrys Sturz zutage getretenen Volksleidenschaften in eine Erregung gebracht, deren Nachwirkungen auf die politischen Vorgänge der folgenden Jahre von bestimmendem Einfluß gewesen sind. Die Revanche-Idee hat er gefördert wie vielleicht kein anderer[3]). Freycinet wird recht haben, wenn

[1]) Freycinet a. a. O., S. 329.

[2]) Anl. 12, S. 157 (Paris, 4. Dezember 1886). Ganz damit übereinstimmend ist das Urteil, das Hohenlohe am 10. November 1886 in Paris in sein Journal einträgt (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 400).

[3]) Nach seinem kläglichen Ende schrieb ein vertrauter Anhänger: „Er war unsere Hoffnung, sein Degen sollte uns Elsaß und Lothringen wieder-

er meint, daß der Kabinettswechsel im Dezember 1886 dem General zum Verderben geworden ist. Denn Boulanger blieb in dem neuen Kabinett Goblet Kriegsminister; aber des ausscheidenden Freycinets kluge Lenkung fehlte ihm von nun ab. So kam es, daß der General durch einen Husarenstreich versuchen konnte, was Freycinets diplomatischer Feinarbeit noch nicht gelungen war: mit Hilfe der Vorgänge auf dem Balkan eine wirkliche Annäherung an Rußland zustande zu bringen.

Der Zwischenfall, der aus diesem Schritte des Kriegsministers entstand, bezeichnet einen ersten Höhepunkt jener internationalen Spannung, die seit dem Herbst 1886 bis tief in das Jahr 1887 hinein den Frieden bedrohte. Daß die aus verschiedenen Ursachen in Bewegung geratenen Wogen des russischen und des französischen Nationalismus in gemeinsamem Anprall den germanischen Damm überfluten könnten, war offenbar die Vorstellung, die Boulanger beherrschte, als er auf ungewöhnliche Art eine Verbindung mit Rußland herzustellen suchte. Belgische Berichte aus Paris und Berlin geben über diese Episode der Vorgeschichte des Zweibundes Auskunft.

An einem Sonntag im Februar 1887 besucht die Frau des damaligen französischen Ministers des Auswärtigen, Flourens, die Gräfin Münster, die Tochter des deutschen Botschafters in Paris, um ihr Herz auszuschütten. Der Kriegsminister Boulanger hat einen Brief an den Zaren geschrieben und dem beurlaubten Petersburger Militärattaché den Befehl gegeben, seinen Aufenthalt in Paris abzubrechen und das Schreiben dem Zaren oder wenigstens dem russischen Kriegsminister — über den Adressaten können die Berichte keine genauen Angaben machen — zu überbringen. „Wenn diese Mission nicht verhindert werden kann," sagt Madame Flourens, „wird mein Gatte seine Demission geben, nicht wegen der Unzulässigkeit des Vorgehens, sondern weil er die Verantwortung für das Sachliche unmöglich übernehmen kann; denn man sollte nicht glauben, was in dem

---

geben, seine Vorhut uns nach Berlin führen, seine glorreichen Truppen den Vertrag von Frankfurt zerreißen und Frankreichs Ruhm und Ehre wiederherstellen." (Albert Verly, Le Général Boulanger et la conspiration monarchique, Paris 1893, S. 280.) S. auch Anl. 24, S. 190.

Brief steht! General Boulanger wird eine Erklärung geben, auf die man sich nicht verlassen kann; er sagt nie ein Wort, das nicht gelogen ist." Da der Attaché dem Minister des Auswärtigen Meldung von dem Auftrag des Kriegsministers macht und nicht abreist, gelangt der Brief nie nach Petersburg. In einer stürmischen Sitzung des Ministerrates droht Flourens mit seiner Demission, der Präsident der Republik vermittelt, Boulanger bleibt, aber verpflichtet sich, in Zukunft dergleichen gefährliche Schritte zu unterlassen[1]). Die Entscheidung des Ministerrates genügte Bismarck, sein nächstliegendes Ziel war erreicht, die Gefahr der Anknüpfung von Beziehungen zwischen den beiden Mächten vorläufig beschworen.

Auf diesen Punkt legt denn auch, wie den belgischen Gesandtschaftsberichten zu entnehmen ist, die amtliche französische Politik allen Nachdruck, als sie sich bemüht, die in der Briefaffäre des Generals Boulanger gipfelnde Krise des Winters 1886/87 Deutschland gegenüber zum Abschluß zu bringen. Der neue französische Botschafter in Berlin, Herbette, versichert, daß das Pariser Kabinett den freundschaftlichen Gefühlen, von denen Rußland es überzeugen möchte, wenig Vertrauen entgegenbringe, und leugnet jedes Einvernehmen zwischen Paris und Petersburg. „Er weiß wohl," setzt der belgische Gesandte in seinem Bericht hinzu, „daß das geringste Anzeichen eines solchen Einverständnisses eine Quelle der Empörung für den Kanzler ist. Schon Lord Ampthil hatte festgestellt, daß der Kanzler jedesmal eine Nervenattacke bekam, wenn er nur in einem Zeitungsartikel die Namen Frankreich und Rußland beieinander sah[2])." Im März 1887 erscheint Ferdinand von

[1]) Anl. 17, S. 171 (Paris, 8. Februar 1887); Anl. 18, S. 172 (Berlin, 11. Februar 1887); die Angaben beider Berichte stimmen in allen wesentlichen Punkten überein. Andere amtliche Quellen über diesen Zwischenfall sind bisher nicht bekannt geworden; vgl. auch Albin a. a. O., S. 109.

[2]) «M. Herbette affirmait avant-hier à un personnage Allemand que le Cabinet de Paris donnait fort peu de confiance aux dispositions amicales que lui témoignait la Russie. Il s'efforce de faire douter à Berlin d'une entente entre Paris et St. Pétersbourg. Il doit savoir que le moindre indice d'un tel accord est une source d'exaspération pour le Chancelier. Lord Ampthil avait déjà constaté que le chancelier ressentait une attaque

Lesseps als Abgesandter der französischen Regierung in Berlin, der im Gespräch mit dem belgischen Gesandten den Inhalt seiner Erklärungen vor Kaiser und Kanzler in die Worte zusammenfaßt: „Es gab ein Mißverständnis zwischen uns. Man hat uns nachgesagt, daß wir Bündnisse suchen wollten; das ist nicht wahr. Wir wollen den Frieden." Er habe dann dargelegt, daß ein Bündnis mit Rußland nicht mit den Interessen Frankreichs vereinbar sei[1]).

Zwischen der amtlichen Politik Frankreichs und Rußlands bestand in der Tat bis dahin keine Verbindung, wie Baron Beyens in einem ausführlichen Bericht vom 25. Mai auseinandersetzt, als ihm das Brüsseler Ministerium Informationen aus Petersburg zukommen ließ, nach denen die russische Regierung das Neutralitätsabkommen mit Deutschland und Österreich von 1884 nicht erneuern und nötigenfalls eine Zerschmetterung Frankreichs verhindern wolle. Beyens hält diese Politik Rußlands für im Grunde selbstverständlich; doch sei sie bisher noch kaum klar und greifbar zum Ausdruck gekommen. Einige kleine Züge, von denen er berichten könne, sprächen gegen jedes engere Verhältnis: Mohrenheim, der russische Botschafter, mache kein Hehl daraus, daß er wenig Sympathien für Frankreich habe. Er bringe dem Pariser Kabinett den tiefgehenden Gegensatz zwischen beiden Ländern, die Abneigung des Zaren gegen die Republik, und alle peinlichen Zwischenfälle der letzten Jahre bei jeder Gelegenheit in Erinnerung. Bei den Empfängen in der russischen Botschaft sehe man wenige französische Politiker, um so stärker sei das Faubourg St. Germain vertreten. Den General Boulanger habe der Botschafter erst vor drei Monaten zufällig, den Direktor der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes überhaupt noch nicht kennengelernt. Beyens glaubt nicht an eine Änderung, solange Flourens Minister des Auswärtigen bleibt, der mit seinem Übermaß

---

de nerfs chaque fois qu'il voyait rapprochés dans un article de journal les noms de la France et de la Russie.» Berlin, 25. Februar 1887.

[1]) Anl. 21, S. 179 (Berlin, 18. März 1887). Die gleichen Versicherungen gibt de Lefebure dem Fürsten Hohenlohe (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 408, Straßburg, 15. Februar 1887).

von Vorsicht und Passivität jeden Schritt vermeiden werde, der Deutschland in den Harnisch bringen könnte um der sehr problematischen Möglichkeit eines Erfolges in Petersburg willen[1]).

Freilich schloß das keineswegs aus, daß auch Flourens, der von Dezember 1886 bis April 1888 die auswärtige Politik Frankreichs leitete, nach Freycinets Programm von 1880 „alle Gelegenheiten wahrnahm, die die Sympathien zwischen Frankreich und Rußland fördern konnten". Am 8. Juli 1887 schreibt van der Straten aus Berlin über den gemeinsamen Protest Frankreichs und Rußlands gegen den englisch-türkischen Ägyptenvertrag: „Die wichtige Seite des Konfliktes, den der englisch-türkische Vertrag in Konstantinopel hervorgerufen hat, ist der Beweis eines Einvernehmens zwischen Rußland und Frankreich. Dieses Einvernehmen von heute ist die Ankündigung eines Bündnisses für die Zukunft. Das ist für Deutschland eine Gefahr, die der Kanzler voraussah und fürchtete; sie hat immer beherrschenden Einfluß auf seine Politik ausgeübt[2])." Als der Sultan die Ratifikation des Vertrages, den Deutschland unterstützt hatte, verweigert, zeigt Herbette offen seine Befriedigung und „trägt den Kopf viel höher, seit das Einvernehmen des Pariser und des Petersburger Kabinetts der Republik aus ihrer Isolierung in Europa heraushilft . . . Er erklärt: Durch die Entente mit Rußland ist für Frankreich eine neue Zeit angebrochen, in der es dem Bunde Deutschlands, Österreichs, Italiens und Englands wird widerstehen können"[3]).

Auch an anderen Stellen faßte man das Zusammengehen der beiden Mächte in der ägyptischen Frage als die Ankündigung einer Änderung im politischen System Europas auf. Der Wiener Gesandte sah in dem Vorgang die erste öffentliche Bekundung

[1]) Anl. 27, S. 194 (Paris, 25. Mai 1887).

[2]) «Le côté important des conflits dont le traité Anglo-Turc vient d'être l'objet à Constantinople est la preuve d'un accord entre la Russie et la France. Cet accord d'aujourd'hui présage une alliance dans l'avenir. C'est pour l'Allemagne un danger dont la prévision et la crainte n'ont pas cessé d'être l'influence dominante de la politique du Chancelier.» Berlin, 8. Juli 1887.

[3]) Anl. 31, S. 201 (Berlin, 22. Juli 1887).

einer bisher platonisch gebliebenen Intimität zwischen Frankreich und Rußland, die die übrigen Mächte zu engerem Zusammenschluß zwingen würde: „Diese Teilung der Mächte in zwei feindliche Lager muß die ernsteste Besorgnis für die Erhaltung des Friedens erregen. Die fortwährend anwachsende deutsch-feindliche Stimmung in Rußland, die Revanche-Idee, die in Frankreich lärmender denn je sich bemerkbar macht, seit man dort in Petersburg einen Verbündeten gefunden zu haben glaubt, beschäftigen hier wie anderwärts die politischen Kreise und die Geschäftswelt. Man beginnt zu befürchten, daß die Bemühungen der an der Erhaltung des Friedens interessierten Kabinette schließlich ohnmächtig bleiben werden[1])."

Eine andere Gelegenheit, mit Rußland zusammenzugehen, bot die bulgarische Frage, die von neuem in ein kritisches Stadium trat, als am 7. Juli 1887 Ferdinand von Koburg durch die Sobranje zum Fürsten gewählt wurde. Wenige Tage nach der Wahl sagt Herbette dem belgischen Gesandten in Berlin: „Der Fürst von Koburg und die Bulgaren gehen Frankreich direkt nichts an; Frankreich hat in Bulgarien kein anderes Ziel, als dort im Einvernehmen mit einer Macht zu bleiben, deren Sympathien für Frankreich deutlich werden[2])."

Nachhaltigere Wirkung auf die russisch-französischen Beziehungen als dieses diplomatische Zusammengehen in Fällen, in denen die Interessen beider Länder sich deckten, haben in dieser Zeit vielleicht Faktoren ausgeübt, die nicht der amt-

---

[1]) Anl. 30, S. 200 (Wien, 9. Juli 1887). Der belgische Gesandte in London bemerkt bei Übersendung der amtlichen Dokumentensammlung zur ägyptischen Frage am 20. Juli 1887: «L'entente entre les diplomaties russe et française pour susciter des entraves aux arrangements proposés par le Cabinet de Londres apparaît de plus en plus. Si mes informations ne me trompent pas, cet état de choses a profondément irrité le Chef du Foreign-Office. Aussi les partisans d'un rapprochement intime avec l'Allemagne ne négligent-ils pas cette occasion d'en recommander l'urgence et d'en vanter les bienfaits.»

[2]) «Le 11 de ce mois, M. Herbette m'a dit que directement le Prince de Cobourg et les Bulgares n'intéressent en rien la France; elle n'a d'autre but en Bulgarie que d'y rester en accord avec une Puissance dont les sympathies pour la France se manifestent.» Berlin, 15. Juli 1887.

lichen Politik angehörten und in den belgischen Berichten nur angedeutet werden. Die politische Strömung, deren Programm Freycinet 1880 formuliert hatte, suchte und fand in der kurzen Zwischenzeit, in der Freycinet nicht der Regierung angehörte, eben noch andere Wege, um ihrem Ziele näherzukommen. Vor allem wurde die Presse in den Dienst der Zweibund-Idee gestellt.

Ein bezeichnender Vorstoß dieser Art ist die Veröffentlichung der Korrespondenz zwischen dem ehemaligen französischen Botschafter in Petersburg, dem General Le Flo, und dem französischen Minister Duc Decazes aus dem Jahre 1875 im Figaro vom 21. Mai 1887. Sie sollte beweisen, daß Bismarck damals einen Überfall auf Frankreich plante und nur durch das Dazwischentreten des Zaren daran gehindert wurde. Die Veröffentlichung erfolgte in einem höchst kritischen Moment, gleichzeitig mit den von Boulanger angeordneten Maßnahmen zur Mobilmachung; man hoffte wohl ebenso auf die Stimmung in Frankreich wie auf den Zaren zu wirken, dem sein Vater als mahnendes Vorbild hingestellt wurde[1]). Aber es bedurfte in diesem Falle kaum der sehr glücklich auf die Lage berechneten Antwort, die Bismarck in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gab. Ein Berliner Bericht stellt fest, daß die Wirkung auf den Zaren eine ganz andere war, als die beabsichtigte: die Indiskretionen des ehemaligen Botschafters mißfallen ihm und bestärken ihn nur in seinem Mißtrauen gegen Frankreich[2]).

Ein Agent des russischen Finanzministeriums Elie de Cyon, ein Mann aus der Umgebung des Moskauer Publizisten Katkow,

---

[1]) Anl. 26, S. 192 (Paris, 21. Mai 1887).

[2]) «De récentes et sûres informations reçues de St. Pétersbourg autorisent à croire que le Czar revient à soutenir M. de Giers et la politique de l'entente avec l'Allemagne contre les entreprises de la politique Panslaviste de M. Katkoff. Ce revirement est expliqué par les preuves irrécusables que la Norddeutsche Allgemeine Zeitung a publiées de l'initiative du Prince Gortschakoff d'abandonner la Bosnie et l'Herzégovine à l'Autriche. La révélation fort irrégulière que le Général Le Flo a faite de ce qui s'est passé à St. Pétersbourg en 1879, lorsqu'il y était ambassadeur, a déplu au Czar et l'a mis en défiance du côté de la France.» Berlin, 10. Juni 1887.

von dessen politischer Richtung und Bedeutung noch zu sprechen sein wird, hat später die unwidersprochene Behauptung aufgestellt, er habe den größten Teil der Pariser Presse, voran das „Journal des Débats", zur Stimmungsmache für Rußland und den russischen Kredit gekauft[1]). Er war in den achtziger Jahren Herausgeber der „Nouvelle Revue", die mit allen Mitteln daran arbeitete, die deutsche Diplomatie zu verdächtigen und die französische Öffentlichkeit für einen Zusammenschluß mit Rußland zu gewinnen; Cyon war aber gleichzeitig „in den Dienst des russischen Finanzministeriums aufgenommen, um, wie es scheint, ein großes Geschäft in Paris durchzuführen", wie sich der Petersburger Gesandte ausdrückt, der in einem Augenblick der Reaktion gegen das Anwachsen des panslawistischen Einflusses auf die russische Politik seinen Rücktritt glaubte ankündigen zu können[2]). Es ist wahrscheinlich, daß Cyons Tätigkeit der Vorbereitung der Anleihen galt, die die russische Regierung in Frankreich aufnehmen wollte. Ähnliche dunkle Existenzen müssen ihre Hand bei einem anderen Versuch im Spiel gehabt haben, einen Keil zwischen Rußland und Deutschland zu treiben, der im Sommer 1887 unternommen wurde. Er kann hier nicht übergangen werden, obgleich er in den belgischen Berichten nicht erwähnt wird, weil er wohl nicht ohne Folgen geblieben ist.

Das 1884 abgeschlossene Neutralitätsabkommen zwischen den drei Kaiserreichen lief im Jahre 1887 ab. Von allen äußeren Hindernissen, die einer Verwirklichung des Zweibundprojektes entgegenstanden, war dieses Abkommen das größte. Die Erneuerung des Vertrages galt es in erster Linie zu verhindern, wenn die Bahn neuen politischen Konstellationen geöffnet werden sollte. Die bulgarische Frage, in der französische und russische Politik sich schon wiederholt zusammengefunden hatten und in der des Zaren Eigenliebe, wie man wußte, aufs stärkste interessiert war, gab die Veranlassung. Es entstanden

[1]) Vgl. Le Petit Sou, 9. September 1901 (Paul Lafargue). Cyons Buch «Histoire de l'entente franco-russe. Documents et souvenirs (1886—1894)» ist mir nicht zugänglich. Über Cyon s. La Nouvelle Revue 1889, S. 348 ff.

[2]) Anl. 28, S. 197 (Petersburg, 2. Juni 1887).

die bekannten Fälschungen, deren Geschichte der Figaro am 29. August 1896 erzählt hat[1]). Ein politischer Abenteurer, Foucault de Mondion, beschafft, angeblich aus dem Kabinett König Leopolds von Belgien, unter anderen diplomatischen Akten einen Brief des deutschen Botschafters, Prinzen Reuß, in Wien an den eben gewählten Fürsten Ferdinand von Bulgarien, aus dem hervorgehen würde, daß Bismarck dem russischen Kabinett gegenüber ein Doppelspiel trieb, dem Anschein nach Rußland völlig freie Hand in Bulgarien ließ, in Wahrheit Ferdinand gegen die russische Politik unterstützte. Der frühere französische Minister Lockroy und General Boulanger brachten die Mittel zusammen, um diese „Dokumente" verfügbar zu machen; sie wurden in Paris photographiert, die Aufnahmen durch den General Appert in den Herbsttagen dem Zaren überbracht, der den gewohnten Sommeraufenthalt in Kopenhagen genommen hatte und auf der Rückreise in Berlin erwartet wurde. Wir wissen aus Bismarcks eigener Darstellung in den „Gedanken und Erinnerungen", daß es ihm seiner Meinung nach gelang, den Zaren davon zu überzeugen, daß er das Opfer einer „durch ihre unverschämte Dreistigkeit eindrucksvollen Intrige" sei; auch wurde im Anschluß an des Zaren Aufenthalt in Berlin der Rückversicherungsvertrag erneuert, der Deutschland und Rußland noch einmal auf drei Jahre in ein Verhältnis gegenseitiger Garantie brachte.

Es geht aber, wie wir sehen werden, aus der Entwicklung der russischen Verhältnisse hervor, daß dieser Vorfall beim Zaren unzweifelhaft einen Rest von Mißtrauen gegen Bismarck hinterließ, der auch in der Politik deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Man wird mit dieser Änderung der Stimmung am Petersburger Hofe auch in Verbindung bringen dürfen, daß der russische Botschafter in Paris, Baron Mohrenheim, im Februar 1888 einen Schritt tat, der, weil er als Beginn einer

[1]) Die Darstellung des Figaro wird in allen wesentlichen Punkten bestätigt, gleichzeitig aber auch das abschließende Urteil über den Charakter der Fälschungen gefällt in dem italienischen Gesandtschaftsbericht aus Wien vom 18. Dezember 1887, der in Crispis Memoiren, a. a. O., S. 276 bis 278, aufgenommen ist.

entschiedenen Zweibundspolitik ausgelegt wurde, so großes Aufsehen erregte, daß auch Baron Beyens über ihn mit einiger Ausführlichkeit nach Brüssel berichtete.

Der Präsident der Kammer, Floquet, hatte einst im Jahre 1867 dem Zaren Alexander II. bei einem Aufenthalt in Paris ins Gesicht geschrien: „Vive la Pologne, Monsieur!" Das war einer jener Zwischenfälle, mit denen, nach Beyens' Bericht aus dem Vorjahre[1]), Mohrenheim die Unmöglichkeit begründet hatte, mit den maßgebenden französischen Politikern, wie z. B. dem Kammerpräsidenten, in Verbindung zu treten. Von Floquet hieß es nun Anfang 1888, daß er der kommende Mann sein werde, wenn der für die nächste Zeit erwartete Kabinettswechsel eintrete. Und mit diesem Floquet, gegen dessen Person er sich erst vor kurzem einem Kollegen des belgischen Gesandten gegenüber in den stärksten Worten geäußert hatte, knüpfte nun Mohrenheim Beziehungen an, die noch dadurch in der Öffentlichkeit betont wurden, daß die Pariser Presse ausführlich die Frage erörterte, von wem der erste Schritt ausgegangen sei. Beyens bezweifelt, daß darin eine Antwort der russischen Regierung auf die Veröffentlichung des Dreibundvertrages zu sehen sei; aber er meint, „wenn die Lage Rußlands nicht die wäre, die sie schon seit einiger Zeit ist, würde diese so alte Kluft heute nicht überbrückt worden sein, sondern schon in den früheren Jahren, wo die Versuche erfolglos geblieben sind[2])".

Am 3. April 1888 bildete Floquet in der Tat das neue Kabinett; aber unter den beiden Ministern des Auswärtigen, die nun während der Jahre 1888 und 1889 folgten, Goblet und Spuller, ist eine weitere Annäherung unter den berufenen Vertretern der amtlichen Politik Frankreichs und Rußlands nicht festzustellen. Einen Stillstand dieser Entwicklung

[1]) Anl. 27, S. 194 (Paris, 25. Mai 1887).

[2]) Anl. 35, S. 212 (Paris, 4. Februar 1888). Dazu ist die Darstellung Hansens, „Ambassade à Paris du Baron de Mohrenheim" (1884—1898), S. 74—77 zu vergleichen; S. 48 berichtet er, daß im April 1887 ein Kabinett Floquet noch am Widerstande Mohrenheims gescheitert sei, worauf auch Beyens hinzuweisen scheint. Dadurch würde der Wechsel in der Haltung des Botschafters, der im Herbst 1887 sich vollzogen haben muß, noch stärker unterstrichen.

bedeutet das freilich keineswegs. Die beiden Jahre gehören im Gegenteil durch zwei Gruppen von Ereignissen zu den wichtigsten aus der Vorgeschichte des Zweibundes.

Im März 1888 war Freycinet im Kabinett Floquet Kriegsminister geworden; fünf Jahre hindurch konnte er an der Reorganisation der französischen Armee und der militärischen Einrichtungen arbeiten. Mit Stolz berichtet er in seinen Lebenserinnerungen von der gewaltigen Leistung, die in der Hauptsache bis 1890 vollendet war. Er hat in dieser Zeit nicht nur durch Stärkung seiner Waffenmacht Frankreich eigentlich erst bündnisfähig gemacht, sondern auch selbst als Kriegsminister einen entscheidenden Schritt für die Verwirklichung seines alten Bündnisprogrammes tun können, wie es ihm nach seiner Darstellung schon bei Übernahme des Amtes vorschwebte[1]). Im November 1888 übermittelt er dem Großfürsten Wladimir auf dessen Bitte das neue französische Armeegewehr, zwei Monate später fragt der russische Militärattaché an, ob in den französischen Werkstätten ein ähnliches Modell für Rußland hergestellt werden könnte; bei den Vorbesprechungen, die der Erteilung des Auftrages vorhergehen, erhält Freycinet vom Militärattaché und dem Botschafter die Zusicherung, daß die Gewehre nie gegen Frankreich gebraucht werden würden. Russische Artilleriegenerale und Ingenieure kommen nach Paris, um sich über französische Pulverherstellung und andere militärische Dinge zu unterrichten. Die Waffenbrüderschaft wurde vorbereitet[2]).

Diese Verhandlungen wurden selbstverständlich so geheim geführt, daß in den Gesandtschaftsberichten über sie nichts zu finden ist. Die Berichte erlauben dafür eine gewisse Ergänzung der Darstellung, die Freycinet von den Fortschritten der Zweibund-Idee gibt. In die Jahre 1888 und 1889 fällt auch der Höhepunkt des Boulangismus. Am 27. März 1888 war der General verabschiedet worden, der nun als Volkstribun die Massen um sich und seine Fahne mit der vieldeutigen Devise „révision" scharte. Die Geschichte dieser in vielem noch recht

[1]) Freycinet a. a. O., S. 398.
[2]) Freycinet a. a. O., S. 414—418.

dunklen Bewegung und ihres Ausganges gehört nicht hierher. Aber zwei Berichte von Beyens' Vertreter, dem Legationsrat Maskens, aus Paris, die sich mit ihren Grundlagen und der Stimmung des Volkes in dieser Zeit beschäftigen, sind wohl geeignet, als Folie für jene Verhandlungen zu dienen, die im Kabinett Freycinets mit Großfürsten und russischen Militärs im geheimen geführt wurden, weil sie einen Begriff von der Tiefe und Stärke der Volkskräfte geben, auf die Freycinet rechnete, wenn er unablässig an der Verwirklichung seines Programmes von 1880 arbeitete: „Das, was die Presse sich laut zu sagen hütet, was aber in den Gesprächen immer wiederkehrt, ist folgendes: Die große Mehrheit der Wähler des Generals Boulanger hat weder für einen Diktator noch für einen künftigen Cäsar die Stimme abgegeben, sondern für den Mann, der die Moral der französischen Armee gehoben, der ihr zum Bewußtsein gebracht hat, wessen sie fähig ist, der gegenwärtig die lebendige Verkörperung des Hasses gegen Deutschland ist. Nicht als ob diese Wähler mit ihren Stimmen den Krieg herbeiführen wollten — niemand in Frankreich wünscht ihn; aber vor die Wahl gestellt zwischen drei Namen, deren einer Monarchie oder Kaiserreich bedeutet, der andere Republik und der dritte Haß gegen die Deutschen, haben sie es vorgezogen, dem Gefühl freien Lauf zu lassen, das ihnen am meisten am Herzen liegt. Der Konservative oder der Republikaner ist nur der Gegner; der Deutsche ist der Feind[1])."

Zwei Tage später äußert sich Maskens in einem ausführlichen Bericht über die Neigung des französischen Volkes zu Rußland und die Haltung der Regierung, der durch die Gegenüberstellung mit dem vorhergehenden Bericht in ein besonderes Licht gerückt wird.

Vorsichtige und verständige Zurückhaltung gegenüber Rußland und etwas wie zunehmende Einsicht in die ganz auf die Erhaltung des europäischen Friedens gerichtete Politik Bismarcks und des Dreibundes wird bei den Abgeordneten und in den Regierungskreisen festgestellt. Aber ganz anders

[1]) Anl. 36, S. 213 (Paris, 2. März 1888).

klingt, was über die Stimmung des Landes gesagt wird: „Die Öffentlichkeit läßt keine Gelegenheit ungenutzt, um ihren Kundgebungen zugunsten Rußlands einen immer enthusiastischeren Charakter zu geben. Das Reich des Zaren ist Mode, wie Aurelian Scholl in einer seiner Chroniken sagt. Im Theater, in der Presse mit einigen wenigen Ausnahmen, selbst auf der Straße wird jeder Vorwand zu Demonstrationen benutzt. In diesem Punkt gibt es keinen Unterschied der Anschauungen bei den Franzosen, ob sie nun die raffinierteste Erziehung genossen oder ihre ganze Kraft verschwendet haben, um in den Volksversammlungen gegen die leitenden Klassen und gegen die Kapitalisten zu wettern. Für sie alle ohne Unterschied ist der Zar selbstlos und großherzig, die Mission, die Rußland sich anmaßt, ein überaus verdienstvolles Werk, und das Volk, das es zu unterjochen bestrebt ist, eine Bande von Wilden und Briganten. Man darf die Franzosen von heute nicht daran erinnern, daß sie einst in einer glorreichen Epoche, mächtig und gefürchtet in Europa, sich für die unterdrückten Völker begeisterten. Es wäre verlorene Mühe, diese Erinnerungen heraufzubeschwören. Unsere Großmut von damals war eine Narrheit, würde man antworten; unser Egoismus von heute ist die Weisheit selber . . . Im Grunde sind die slawophilen Kundgebungen im französischen Volk ein wenig bestellte Arbeit, und man kann mit Fug annehmen, daß die öffentliche Meinung in Frankreich, wenn sie mit solcher Vorliebe allem zujubelt, was in Petersburg geschieht und vorbereitet wird, in erster Linie von dem Bedürfnis geleitet ist, sich einem benachbarten Lande unangenehm zu erweisen. Wie sollte man sonst verstehen, daß eine ultrademokratischen Ideen ergebene und unaufhörlich den Eroberungsgeist bei den Siegern von 1870 verdammende Presse nicht Bedenken trägt, vor der autokratischen Macht des Zaren und seiner Politik ihre Verbeugungen zu machen, die mit allen Mitteln die christlichen Völker der Balkanhalbinsel sich zu assimilieren trachtet[1]) ?“

[1]) Anl. 37, S. 214 (Paris, 4. März 1888).

KAPITEL II.

DER PANSLAWISMUS
(1885—1889).

Die Geschichte der russischen Politik seit 1885 ist nach dem Eindruck, der sich aus den Korrespondenzen der verschiedenen belgischen Gesandtschaften ergibt, die des Kampfes zweier politischer Strömungen um die Person des Zaren. Die eine schwankt zwischen einer Politik der Freundschaft mit Deutschland und einer Politik der freien Hand nach allen Seiten; ihr Vertreter ist der Minister des Auswärtigen, Nikolaus von Giers. Die andere beruht auf einer mächtigen Organisation, deren Führer wechseln, deren Ziele unverrückbar sind, dem Panslawismus. Das Verhältnis beider Parteien zueinander und ihre Ziele werden vom Berliner Gesandten Greindl einmal kurz mit den Worten bezeichnet: „Zwischen Panslawisten und Regierungsanhängern gibt es in Wahrheit keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Die einen genau so gut wie die anderen streben nach der Vorherrschaft im Orient; nur in ihren Anschauungen über die Mittel, die anzuwenden sind, und über die Opportunität weichen sie voneinander ab. Eine abwartende Haltung ist also der einzige Weg, die friedfertigen Absichten des Zaren, der keinen Krieg mit Deutschland will, und die Hoffnungen, auf die die Russen nicht zu verzichten gedenken, miteinander in Einklang zu bringen[1]).“ Ganz entsprechend

[1]) «La Russie continue la politique de recueillement qui est la seule possible en ce moment. Entre les Panslavistes et les partisans du Gouvernement il n'y a en réalité pas de divergence fondamentale. Les uns et les autres aspirent de même à la domination en Orient; ils ne diffèrent que sur les moyens à employer et sur l'opportunité. Une attitude expectante

heißt es in einem Petersburger Bericht von diesen zwei Strömungen: „Jedem unparteiischen Betrachter muß es klar sein, daß beide Parteien sich eigentlich nur in der Frage der Opportunität voneinander unterscheiden[1])."

Als von der Idee des russischen Nationalismus erfüllt gilt den Gesandten auch der Zar. Nur darüber sind sie nicht recht im klaren, zu welcher der beiden Parteien er im Grunde neigt. „Seine Gesinnung und Absichten bleiben immer etwas rätselhaft", sagt der Petersburger Gesandte von ihm[2]). Die wenigen, seine Persönlichkeit charakterisierenden Züge, die mitgeteilt werden, machen diese Unsicherheit begreiflich. „Der Zar ist wie immer gleichzeitig halsstarrig und unentschlossen", meint der schwedische Thronfolger[3]), und Greindl: „Er macht persönlich seine Außenpolitik und gibt sich nicht immer Rechenschaft über die Tragweite seiner Handlungen; er ist umgeben von Panslawisten und schließt sich häufig der Meinung dessen an, der zuletzt mit ihm spricht[4])." In einem Londoner Bericht wird auf seine bekannte Furchtsamkeit hingewiesen und mit ihr die Zuversicht begründet, die man auf seine unbedingte Friedensliebe haben dürfe[5]). Aber auch in diesem Punkt äußert Greindl einmal Zweifel: „Der Zar betont seinen Wunsch, den Frieden zu wahren. Ich zweifle nicht, daß das aufrichtig gemeint ist; seit ich kürzlich in Rußland war, bin ich davon sogar fest überzeugt. Unglücklicherweise hat der Zar widerspruchsvolle

est donc l'unique manière de concilier les intentions pacifiques de l'Empereur qui ne veut pas de guerre avec l'Allemagne et les espérances auxquelles les Russes n'entendent pas renoncer.» Berlin, 16. Februar 1889.

[1]) Anl. 46, S. 234 (Petersburg, 7. August 1888).

[2]) Anl. 48, S. 239 (Petersburg, 13. August 1888).

[3]) Anl. 91, S. 305 (Berlin, 13. Februar 1892).

[4]) Anl. 45, S. 232 (Berlin, 30. Juni 1888). — Über des Zaren Art, Politik zu machen, s. auch Anl. 56, S. 255 (Berlin, 6. Juni 1889).

[5]) «On pense ... qu'effrayé de l'audace des nihilistes, l'Empereur se aardera bien de provoquer de nouvelles complications européennes qui guraient nécessairement pour résultats de passioner les esprits, de fomenter des mécontentements de toute nature, de rendre la détresse plus générale, d'imposer au Czar, dont la timidité est notoire, la nécessité de payer fréquemment de sa personne et de s'exposer ainsi, plus que jamais, aux coups des assassins.» London, 16. März 1887.

Neigungen. Er will den Frieden, aber mit allen den Vorteilen, die er nach einem siegreichen Feldzuge fordern könnte[1])." Es ist erklärlich, daß unter diesen Umständen der Petersburger Gesandte sich einmal zu der Mitteilung berechtigt glaubt, die panslawistische Partei habe triftige Gründe, auf die Unterstützung des Zaren zu rechnen[2]). Mächtige Männer der Partei gehörten zu seinen Beratern; einer von ihnen ist der Prokurator des heiligen Synod Pobedonoszew, „der ehemalige Lehrer des Zaren, jetzt sein vertrauter Ratgeber, die vielleicht mächtigste Persönlichkeit des Reiches"[3]), vor allem aber ihr publizistischer Führer Katkoff, der vom Zaren mit dem hohen Wladimirorden ausgezeichnet wird und ein besonders geehrter Gast in Gatschina ist[4]). „Der Einfluß Katkoffs auf den Zaren ist von einem geheimnisvollen Schleier umgeben," heißt es in einem Berliner Bericht, „aller Wahrscheinlichkeit nach haben zwischen dem Zaren Alexander, als er noch junger Großfürst und noch nicht voraussichtlicher Thronerbe war, und Katkoff, dem Panslawisten und ausgesprochenen Feind Deutschlands, sehr enge Beziehungen bestanden. Aus dieser Intimität haben sich wohl Verpflichtungen solcher Art ergeben, daß es gefährlich wäre, durch offenen Bruch mit dem mitwissenden Vertrauten deren Enthüllung herauszufordern[5])".

Es ist gut, sich dieser Züge aus dem Charakterbild des Zaren zu erinnern, wenn man Bismarcks große Reden über die

---

[1]) Anl. 41, S. 225 (Berlin, 9. Juni 1888).

[2]) Anl. 50, S. 244 (Petersburg, 11. September 1888).

[3]) «Je crois oiseux de m'attacher à réfuter un télégramme que je trouve dans le journal de Bruxelles annonçant la disgrâce de M. Pobédonoszew, procureur général du St. Synode, ancien précepteur de l'Empereur, actuellement son confident intime, le personnage peut-être le plus puissant de l'Empire. Autant vaudrait dire que le système autocratique a été aboli et une constitution proclamée.» Petersburg, 22. Mai 1889.

[4]) Anl. 22, S. 184 (Petersburg, 28. März 1887).

[5]) Anl. 23, S. 186 (Berlin, 1. April 1887). — Man wird in der Drohung mit sensationellen Enthüllungen, durch die Katkoff nach einem Petersburger Bericht im Mai 1887 auf den Zaren zu wirken versucht, eine Bestätigung dieses Erklärungsversuches sehen dürfen; s. Anl. 28, S. 197 (Petersburg, 2. Juni 1887).

Beziehungen Deutschlands zu Frankreich und Rußland aus dem Februar 1887 und dem Januar 1888 liest. Man könnte mit vielen Äußerungen des Kanzlers, die in den Berliner Berichten wiedergegeben werden, belegen, daß er im Kreise von Vertrauten eine ganz andere Sprache führte als in der Öffentlichkeit des Parlamentes, und das Betonen seines Vertrauens auf Gesinnung und Festigkeit des Herrschers, in dessen Hand das Schicksal der deutsch-russischen Beziehungen lag, ein dringender und warnender Appell war, der eine Gefahr beschwören sollte.

Die bulgarische Krise war ja nicht die erste Gelegenheit, bei der die im Osten drohende Gefahr erkennbar wurde. In den belgischen Berichten wird auf die Bedeutung des Panslawismus wohl zum erstenmal im Frühjahr 1882 hingewiesen, als die aufreizenden Ansprachen des Generals Skobeleff in Warschau und Paris vor der breiten Öffentlichkeit die Ziele dieser russischen Partei enthüllten. In diesen Berichten wird manches zur Sprache gebracht, was über die Wurzeln der Bewegung Aufschluß gibt; so gibt der belgische Gesandte in Berlin am 23. Februar 1882 wieder, was der General in Berlin gegenüber seinem Freunde, dem Maler Wereschtschagin, äußert, als dieser ihn fragt, wie er sich zu seinen Reden habe hinreißen lassen können, und fügt hinzu: „Unter den Umständen, die aus den vertraulichen Äußerungen des Generals Skobeleff zu entnehmen sind, sind solche Handlungen mehr als Disziplinlosigkeit. Es erhellt aus ihnen der Versuch, dem Panslawismus gleichzeitig die Kraft einer revolutionären Bewegung im Innern und einer Expansionsbewegung nach außen zu geben, unter starker Gefährdung der Beziehungen Rußlands zu seinen Nachbarn und des Friedens Europas[1]).“

[1]) «Le général lui confia que l'état actuel de la Russie ne pouvait plus se prolonger. C'était, dit-il, un cataclysme qui se préparait. Une guerre pouvait seule le prévenir. Quels qu'en puissent être les malheurs, il valait mieux les affronter que de se résigner à périr dans un effondrement anarchique. C'est avec cette conviction qu'il est arrivé à Paris et qu'il a répondu aux Serbes ... Dans les circonstances que font connaître les confidences du Général Skobeleff, de tels actes sont plus que de l'indiscipline. Ils révèlent la tentative de donner à la fois au panslavisme la force d'un mouvement de révolution intérieure et d'expansion extérieure

In einem späteren Bericht faßt er sein Urteil über den Panslawismus in folgenden Bemerkungen zusammen: „Aus der Prüfung der jüngsten Vorgänge und der Auskünfte, die mir gegeben worden sind, geht hervor, daß sich in Rußland eine große Änderung des alten Zustandes vollzieht. Neben der traditionellen absoluten Oberhoheit des Zaren, dessen Ansehen der Nihilismus übrigens gemindert hat, ist der Panslawismus aufgetaucht, der heute mit Energie sich zu einer allmächtigen nationalen Partei zu organisieren strebt. Um darin Erfolg zu haben, greift er zur Verhetzung der Massen, deren religiösen Fanatismus und Rassenvorurteile gegen das Ausland er aufrührt. Graf Ignatieff hat sich zum Führer dieser Partei aufgeworfen, die bestrebt ist, die Herrschaft über die autokratische Macht des Kaisers und die Leitung der Außenpolitik Rußlands zu gewinnen[1])."

Nach den belgischen Berichten hat der Panslawismus schon damals, 1882, versucht, den Zaren für seine Pläne zu gewinnen[2]). Daß das Deutsche Reich seit dem Berliner Kongreß durch den

au grand péril des relations de la Russie avec ses voisins et de la paix de l'Europe.» Berlin, 23. Februar 1882.

[1]) «De l'observation des faits récents et des renseignements qui me sont donnés, il résulte qu'en Russie il s'opère une grande altération de l'ancien état de choses. A côté de l'autorité traditionelle absolue du Czar dont le nihilisme a d'ailleurs diminué le prestige, a surgi le panslavisme qui travaille aujourd'hui avec énergie à s'organiser en parti national omnipotent. Pour y réussir il recourt à l'agitation des masses dont il excite le fanatisme religieux et les préjugés de race contre l'étranger. Le Comte Ignatieff s'est posé en Chef de ce parti qui tend à s'imposer au Pouvoir autocratique de l'Empereur et à la direction de la politique extérieure de la Russie.» Berlin, 10. März 1882.

[2]) «L'attention se porte à présent sur le sort qui est réservé au Général (Skobeleff). Il semble probable que l'Empereur usera de ménagements à son égard. Voici l'explication de cette indulgence. Le Comte Ignatieff serait arrivé à convaincre l'Empereur qu'il réussit à trouver dans le panslavisme des moyens soit de donner une diversion au Nihilisme soit de le désorganiser ou d'entraver son action.» Berlin, 3. März 1882. — «Il résulte des derniers renseignements transmis de St. Pétersbourg que le Czar garde le silence le plus absolu sur ses intentions. Il écoute les considérations que lui exposent les adversaires du Général Ignatieff, et il s'abstient de répondre.» Berlin, 22. April 1882.

Panslawismus auch unmittelbar bedroht sei, weil dessen Ausgang von ihm als nationale Schmach hingestellt und Deutschland dafür verantwortlich gemacht wurde, wird in ihnen ausdrücklich festgestellt[1]). Die Bewegung hat schon in diesen Jahren so weite Kreise gezogen, daß 1884 der russische Gesandte in Berlin Saburoff, wie von dort nach Brüssel gemeldet wird, es wagt, panslawistische Politik auf eigene Faust zu treiben[2]). Schon 1882 sah man in Berlin nach den belgischen Zeugnissen in der Verehrung des Zaren für seinen greisen Großonkel die wesentlichste Garantie für den Frieden[3]); daß die Besorgnisse, die in den Be-

[1]) «L'Allemagne ne peut plus se dissimuler que le panslavisme subit comme une défaite le traité de Berlin, qu'il travaille à s'assurer une revanche qu'il lui demande tout à la fois la réparation d'une mortification nationale et les moyens de comprimer à l'aide d'une telle diversion les propensions anarchiques qui menacent la Russie. Le Comte Ignatieff est le représentant de cette politique hostile à l'Allemagne.» Berlin, 17. März 1882.

[2]) «M. de Sabouroff a cru pouvoir se mettre en travers des combinaisons du Prince de Bismarck et de M. de Giers. Tandis que ce dernier personnage était en Suisse, à la veille de se rendre à Vienne, M. de Sabouroff partait pour St. Pétersbourg. Il entreprenait de convaincre le Czar de la nécessité de donner à la politique de la Russie une impulsion toute panslaviste au lieu de la diriger dans les voies traditionelles de l'alliance allemande. La chute de M. de Giers devait être le résultat de cette démarche. M. de Sabouroff se faisait le champion du parti slave, appuyé par le Grand-Duc Constantin, en lutte avec le parti allemand que représente le Grand-Duc Michel.» Berlin, 16. März 1884.

[3]) «Je dois constater qu'à Berlin l'opinion tend à conclure qu'une guerre avec la Russie peut encore se différer, mais qu'elle reste presqu'inévitable. Cette opinion s'explique par les sentiments de vénération et d'affection du Czar pour son grand-oncle âgé de 85 ans et les démonstrations cordiales de la Cour de Russie et de son Gouvernement. Elle ne trouve aucune sécurité pour la paix dans la situation financière de la Russie et dans les embarras de sa politique intérieure. C'est précisément pour soustraire la Russie à tous les effets de la désorganisation financière et de l'anarchie administrative que le panslavisme excite le fanatisme de race et veut provoquer une guerre dont il attend la régénération sociale et politique de l'Empire. Les discours du Général Skobeleff, ratifiés par le Prince Gortschakoff, ont mis ce plan au grand jour. La Russie, ajoute-t-on, trouvera toujours à Constantinople, dans les régions du Bas-Danube et des Balkans l'occasion de provoquer un conflit, dès que le moment lui paraîtra opportun.» Berlin, 22. April 1882.

richten aus Berlin geäußert wurden, die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan könne eines Tages dem Panslawismus den willkommenen Anlaß zur Kriegsansage an die verbündeten Mächte Mitteleuropas geben, in den Berichten des belgischen Gesandten in Wien noch stärker zum Ausdruck kommen, ist nach Lage der Dinge begreiflich[1]).

Man muß sich diese Vorgeschichte des Panslawismus vergegenwärtigen, wenn man verstehen will, was es für die gesamte politische Lage in Europa bedeutete, als durch die Vorgänge, die sich, mit dem Rumeliotenaufstand beginnend, seit dem Sommer 1885 in Bulgarien abspielten, das Balkanproblem von neuem aufgerollt wurde und der Riß zwischen den drei Kaiserreichen von neuem auseinanderklaffte, den Bismarcks politische Kunst auf einige Jahre zusammenzuschließen vermocht hatte. — War damit das Zeichen zum Losschlagen für den Panslawismus gegeben, oder fühlte er sich dazu noch nicht mächtig genug? Das war die große Frage, mit der sich auch, ohne es auszusprechen, Bismarcks große Reichstagsrede von 1887 beschäftigte.

„Der Zar", sagt ein Bericht aus Berlin, „wird von der panslawistischen Partei gestoßen, die ihre Bemühungen nicht ruhen lassen wird, bis Rußland notwendig durch die Ereignisse von selbst fortgerissen wird[2])." Die ausgesprochene Abneigung des Zaren gegen Alexander von Battenberg machte die bulgarische Krise noch ganz besonders gefährlich: „Die Reizbarkeit des

[1]) «La position prise par l'Autriche-Hongrie dans la Péninsule des Balkans ne laisse prévoir que trop de conflits et de complications entre cet Empire et les Etats slaves qui l'avoisinent. La domination autrichienne en Bosnie ne peut se consolider que si elle exerce une véritable prépondérance sur la Serbie et le Monténégro. Mais la Russie pourrait-elle admettre cette hégémonie austro-hongroise sur des populations slaves sans faillir à sa mission traditionelle? Il semble bien difficile de concevoir qu'un accord durable puisse s'établir entre les deux Empires pour une solution définitive du problème oriental, et l'opinion générale, je parle ici du public viennois et de la presse, incline à penser qu'une guerre entre l'Autriche et la Russie est aussi inévitable à la longue que l'était la guerre franco-allemande.» Wien, 2. März 1882.

[2]) Berlin, 4. September 1886. Dieses Urteil wird als Äußerung „einer an den gegenwärtigen diplomatischen Verhandlungen direkt beteiligten Person" wiedergegeben.

Zaren und seine unversöhnliche Rachsucht sind die Ursachen von Gefahren. Jeden Augenblick können sich daraus extreme Entschließungen ergeben, die fast notwendig zum Kriege führen müssen[1])."

Es konnte nicht fehlen, daß bei dieser Lage die Idee einer Annäherung an Frankreich auch in Rußland eben bei der Partei ihre Anhänger fand, die in der Zerschmetterung der Zentralmächte die Voraussetzung für die Verwirklichung ihrer Balkanpläne sah. Das Entgegenkommen Freycinets war deutlich genug; nach der Seite gab es keine Schwierigkeiten. Aber eine andere Frage war, ob es gelingen würde, den Zaren für diese Politik zu gewinnen. In den Berichten wird immer wieder die natürliche Abneigung des Zaren gegen die republikanische Staatsform und sein durch den ständigen Wechsel der leitenden Männer in Frankreich hervorgerufenes Mißtrauen betont. Es scheint, daß es nach heißen Kämpfen, die in den Berichten wenigstens angedeutet werden, Ende 1887 so weit war, daß der Zar sich innerlich von der Politik mit Deutschland lossagte und zu einer Politik der freien Hand überging. Bis es gelang, ihn zu einer Politik mit Frankreich zu bewegen, das hat freilich noch eine Reihe von Jahren gedauert und ist kaum ohne das Eingreifen besonderer Umstände, von denen noch zu sprechen sein wird, möglich gewesen.

Man erinnere sich dessen, was der Petersburger Gesandte über die Zunahme der deutschfeindlichen Stimmung und das Anwachsen der Kriegsbefürchtungen während des Herbstes 1886 berichtet hatte[2]). In dieser kritischen Zeit bringt die „Moskauer Zeitung", das Organ Katkoffs, eine Korrespondenz aus Paris, die eine Annäherung von Rußland und Frankreich für notwendig erklärt, um durch die Drohung einer franko-russischen Allianz Deutschland in Respekt zu halten[3]). Zwei

[1]) Anl. 14, S. 164 (Berlin, 31. Dezember 1886).

[2]) S. o. S. 14 ff.

[3]) «Un autre organe de la presse russe, la Gazette de Moscou, vient de publier une lettre de son correspondant de Paris, insistant sur la nécessité d'une entente entre la Russie et la France, en vue de tenir l'Allemagne en respect par la menace d'une alliance franco-russe. Il faudrait

Monate später heißt es schon: „Der bezeichnende Zug der russischen Presse ist gegenwärtig eine außerordentliche Vorliebe für Frankreich, das als zukünftiger Verbündeter hingestellt wird, der im Falle eines österreichisch-russischen Konfliktes die Kräfte Deutschlands zu binden haben würde[1])."

Schon damals aber ist das nicht etwa der Einfall eines einzelnen Journalisten, sondern ein Gedanke, der seinen Widerhall im Volke findet. Eine Propagandareise Paul Déroulèdes durch Südrußland hatte das schon im Sommer 1886 so deutlich gezeigt, daß der belgische Gesandte besorgt von dieser neuen Erscheinung nach Brüssel berichtete: „Eine Partei von exaltierten und deutschfeindlichen Russen rüstet sich, ihm die begeistertsten Ovationen in Petersburg darzubringen; es ist zu befürchten, daß es antideutsche Kundgebungen gibt, zu deren Echo sich die französische und russische Presse ohne Frage machen werden. Das wäre ganz besonders bedauerlich in einem Augenblick, in dem die Lage bereits so gespannt ist, in dem eine so ausgesprochen deutschfeindliche Strömung ebenso in Rußland wie in Frankreich auftritt[2])."

---

pour cela, dit-il, qu'à Paris se trouvât au plus vite un ambassadeur de Russie sympathique à celle-ci. Une fois que les relations diplomatiques seront rétablies, continue l'organe de M. Katkoff, l'action commune des représentants de la Russie et de la France en Orient se trouvera sensiblement allégée. Il y a en effet beaucoup de points sur lesquels il est possible de s'entendre. L'influence de la France est considérable à Athènes et très forte en ce moment à Constantinople. M. de Freycinet serait très heureux s'il pouvait prendre sa revanche des affaires de Grèce et compliquer en même temps la situation de l'Angleterre en Egypte. Dans cette direction les intérêts de la France se rencontrent avec ceux de la Russie, de la Turquie et de la Grèce sans heurter les intérêts allemands.» Petersburg, 12. Oktober 1886.

[1]) Anl. 11, S. 155 (Petersburg, 3. Dezember 1886).

[2]) «Un incident également désagréable pour les Gouvernements russe et français est à prévoir si M. Paul Déroulède, le fameux patriote, réalise son projet de venir à St. Pétersbourg, car un parti de Russes exaltés et germanophobes se préparent à lui faire les plus chaleureuses ovations et l'on peut craindre qu'il n'y ait des démonstrations anti-allemandes, dont la presse française et russe ne manqueront pas de se faire l'écho. Ce fait serait particulièrement regrettable dans un moment où la situation est

Im Beginn des Jahres 1887, als der Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges bevorzustehen schien, gibt der Gesandte von der Stellungnahme der russischen Öffentlichkeit folgendes Bild: „Die Stimmung der Bevölkerung ist nichts weniger als deutschfreundlich und niemals war die Erbitterung über den Berliner Vertrag so zu spüren wie heute ... Im ganzen würde offenbar das russische Volk den Ausbruch eines deutsch-französischen Krieges recht gerne sehen, und die hiesigen Zeitungen gießen, ohne es sich sehr merken zu lassen, Öl ins Feuer. Ich denke indessen, daß die Öffentlichkeit mehr instinktiven Empfindungen folgt als klaren Überlegungen, und daß am Ende niemand in Rußland eine fest umschriebene Vorstellung davon hat, welchen Vorteil man aus den Ereignissen ziehen könnte. Das einzige, was sich sehr deutlich bemerkbar macht, ist eine Abneigung gegen Deutschland, eine nach Rache verlangende Erinnerung an 1878 und die Meinung, daß man sich einer schweren Gefahr aussetzen würde, wenn man Deutschland noch einmal Frankreich niederschlagen ließe. Das sind, in Kürze, die augenblicklich in der russischen Öffentlichkeit herrschenden Anschauungen — ein noch unbestimmtes Verlangen nach einer neuen Politik und ein Schwanken in der Richtung, die ihr zu geben wäre, aber der entschlossene Wunsch, daß diese Richtung Deutschland nicht günstig sein soll[1]).“

Der Petersburger Gesandte hat seinen Mitteilungen viele Auszüge und Übersetzungen aus russischen Tageszeitungen beigegeben, die sich leicht zu einem eindrucksvollen Bild von dem Anwachsen der Gehässigkeit gegen Deutschland und seine Politik in den russischen Blättern seit 1885 zusammenstellen ließen. Man kann sich eine Vorstellung von dieser Tätigkeit der Presse machen, wenn man unter den Anlagen den umfangreichen Bericht über die Nowoje Wremja liest, den der belgische Gesandte in Petersburg auf eine Anfrage des Ministeriums 1886 nach Brüssel schickte[2]).

déjà si tendue, où un courant si accentué d'animosité contre l'Allemagne se manifeste aussi bien en Russie qu'en France.» Petersburg, 27. Juli 1886.

[1]) Anl. 19, S. 177 (Petersburg, 18. Februar 1887).

[2]) Anl. 7, S. 148 (Petersburg, 5. September 1886).

An die Erörterung der Frage, ob es zweckmäßig sei, politisch mit Österreich und Deutschland zusammenzugehen, an Angriffe gegen Deutschland und Empfehlungen einer Politik der freien Hand mußte, wenn man diese Zeugnisse zusammennimmt, die öffentliche Meinung in Rußland wohl gewöhnt sein, als im März 1887 Katkoff in der „Moskauer Zeitung" auf den Gedanken der Notwendigkeit einer Annäherung an Frankreich zurückkam, den er schon im Herbst 1886 ausgesprochen hatte. Diesmal aber verband er damit einen Angriff auf die deutschfreundliche Politik des Ministers des Äußeren, den der Gesandte in einem Bericht über diese Vorgänge als ohne Vorgang in Rußland bezeichnet. Katkoff unterschied „zwischen einer persönlichen Politik des Zaren, die die russischen Interessen wahrnimmt, und der des Ministers des Auswärtigen, die deutschen Interessen dient". In einem zweiten Artikel trat er noch einmal mit allem Nachdruck für eine französisch gerichtete Politik ein. Man faßte in Petersburg nach dem Urteil des belgischen Gesandten diese Äußerungen als offene Kriegserklärung zwischen den beiden großen politischen Parteien auf, da Katkoffs Organ als Spiegelbild der geheimsten Gedanken des Zaren und seines allmächtigen Ministers des Inneren, des Grafen Tolstoi, galt, und wartete nun mit Spannung darauf, für welche Partei sich die Regierung entscheiden, wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen werde. „Man behauptet, daß Graf Tolstoi sich bemüht, die beiden politischen Strömungen miteinander zu versöhnen; aber man fügt hinzu, daß er vielleicht mehr oder weniger direkt den großen Moskauer Publizisten unterstützt", meint der Belgier und schließt seinen Bericht mit den Worten: „Alle Zeitungen ohne Unterschied der Partei unterstützen diesmal Katkoff in der sehr deutlichen Absicht, die Erneuerung des Bundes der drei Kaiserreiche zu verhindern, der in dieser Zeit abläuft[1])."

In Berlin hat man das Ringen der beiden Parteien sehr empfunden; van der Straten berichtet am 29. April 1887, daß der russische Botschafter Graf Schuwaloff vermutlich Berlin verlassen werde, und bemerkt dazu: „Der Widerstreit

[1]) Anl. 22, S. 184 (Petersburg, 28. März 1887).

der Einflüsse des Herrn von Giers und Katkoffs hat oft zur Folge, daß die Versicherungen, die der russische Botschafter dem Kaiser und dem Kanzler in Berlin gibt, in Widerspruch stehen zu dem, was man in Rußland macht. Das ist eine schiefe Stellung, aus der er herauskommen möchte[1])."

Am 1. April hatte er geschrieben, daß Schuwaloff gerade nach Petersburg gereist sei: „Er ist überzeugter Anhänger einer Allianz zwischen Rußland und Deutschland; seine Reise erklärt sich aus der Notwendigkeit, diese Allianz vor dem Sturmlauf der Partei, deren Haupt Katkoff ist, in Sicherheit zu bringen[2])." Von dem belgischen Gesandten in Petersburg wird später bestätigt, daß Schuwaloff in den Parteienkampf in Petersburg entscheidend eingegriffen habe; auch hier findet man in den belgischen Berichten nicht mehr als Andeutungen der Vorgänge, die sich in der nächsten Umgebung des Zaren abspielten[3]). Auf das Material hin, das Schuwaloff aus Berlin mitbrachte, gab nach dem Petersburger Bericht der Zar den Befehl, den General Bogdanowitsch vom Dienst im Generalstabe auszuschließen, weil er vor kurzem während einer Reise nach Frankreich für die Vorbereitung einer franko-russischen Allianz tätig gewesen war; gleichzeitig wurden andere Bestrafungen hoher Persönlichkeiten in Aussicht gestellt, die mit der deutschfeind-

[1]) «Le conflit des influences de M. de Giers et de M. Katkoff a souvent pour résultat à Berlin de mettre les assurances que l'Ambassadeur donne à l'Empereur Guillaume et au Prince de Bismarck en désaccord avec ce qui se fait en Russie. C'est une position fausse, de laquelle il voudrait sortir.» Berlin, 29. April 1887.

[2]) Anl. 23, S. 186 (Berlin, 1. April 1887).

[3]) Eine der seltenen Stellen in den belgischen Berichten, die einen wenigstens flüchtigen Einblick in die menschlich-persönliche Seite dieser Kämpfe gewähren, findet sich in einem Bericht aus Petersburg, in dem der belgische Gesandte nach Mitteilungen eines Kollegen wiedergibt, was Giers ihm über die Schwierigkeiten seiner Stellung mitteilt: «D'un côté la presse qui excite l'opinion publique et nous crée des embarras avec l'Allemagne; de l'autre l'Empereur, dont les influences sont difficiles à combattre. Peut-être suis-je un des seuls qui aient la possibilité de dire à S. M. des choses que d'autres n'oseraient point Lui faire entendre ... Mais le Prince de Bismarck n'est pas commode! Quel terrible homme!» Petersburg, 6. März 1887.

lichen Haltung der russischen Presse zusammenhingen. In Petersburg erzählte man sich, daß Katkoff eine Denkschrift über diese Vorgänge dem Zaren einzureichen beabsichtige, wenn aber auch dieser Versuch, seine Anschauungen noch durchzusetzen, scheitern sollte, in der „Moskauer Zeitung" einen großen Sensationsartikel veröffentlichen und sie dann eingehen lassen wolle[1]).

Dazu ist es nicht gekommen; Katkoff ist Anfang August gestorben, ehe er diesen Plan ausführen konnte. Seine Niederlage war zum Teil das Werk Bismarcks, der durch die bekannte Veröffentlichung von Gortschakoffs Reichstadter Geheimverträgen mit Österreich, durch die er Bosnien und die Herzegowina gegen Handlungsfreiheit in Bulgarien aufgab, Giers im Kampf gegen Katkoff zur Hilfe kam; sie entkräftete dessen Behauptung, daß Giers der Politik des Fürsten Bismarck sklavische Gefolgschaft leiste. Sie unterstütze Giers „gegen die mit dem französischen radikalen Chauvinismus und den Revanchehetzern verbündeten russischen Panslawisten", schreibt am 20. Mai 1887 der belgische Gesandte aus Berlin und stellt am 10. Juni fest, daß der Zar von neuem die Politik des Einvernehmens mit Deutschland gegen die Umtriebe der panslawistischen Politik stützt[2]).

In den belgischen Berichten aus Petersburg spiegelt sich wohl der starke Eindruck, den Giers' Sieg machte, und die wesentliche Besserung in den vorübergehend sehr gespannten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Trotzdem erklärt der Gesandte, daß die russische Regierung entschlossen sei, das Bündnis mit Deutschland und Österreich nicht zu erneuern, und gegebenenfalls eine Zerschmetterung Frankreichs verhindern werde[3]). Die Politik der freien Hand wäre also damals,

[1]) Anl. 28, S. 197 (Petersburg, 2. Juni 1887). Am 17. Juni berichtet der Berliner Gesandte, daß Graf Schuwalow am Tage vorher bei ihm gegessen habe und bestätigt im Anschluß daran die Darstellung des Petersburger Kollegen, die ihm von Brüssel übermittelt war, mit den Worten: «Je ne doute pas que ses deux récentes apparitions à St. Pétersbourg ne se soient rattachées aux circonstances dont vous avez bien voulu me donner connaissance par votre dépêche du 11 juin.»

[2]) s. S. 24, Anm. 2.

[3]) Anl. 25, S. 191 (Petersburg, 13. Mai 1887).

1887, schon zum Regierungsprogramm geworden, Katkoff hätte wenigstens das erreicht, was er im Herbst 1886 als Ziel der neuen „nationalen" Politik Rußlands hingestellt hatte. Nach einer Unterhaltung über diese Vorgänge mit Personen, „die Beziehungen zur Regierung haben", glaubt der Petersburger Gesandte auch den Grund angeben zu können, der die russische Regierung von einer entschiedenen Politik zurückhielt: „Frankreich hat die Sympathien Rußlands nicht verloren, aber die häufigen politischen Richtungswechsel haben in letzter Zeit das Vertrauen auf Frankreich erschüttert. Solange Frankreich der Zukunft nicht gewiß ist, muß man den Sympathien Schweigen bieten und kluge Zurückhaltung üben. Wohl oder übel muß man sich der größten Höflichkeit gegenüber Berlin befleißigen, um sich nicht in eine gewagte Situation zu verlieren, in der Rußland plötzlich isoliert wäre. Zar Alexander III. wünscht aufrichtig die Erhaltung des Friedens, und da jeder neue Schritt Rußlands in der Richtung auf Frankreich den Frieden durch Alarmierung und Herausforderung Deutschlands gefährden würde, sieht die russische Regierung davon ab, den neuen Tendenzen einer Annäherung zwischen der russischen und der französischen Nation eine greifbare Form zu geben. Vorsichtig ausgedrückte Sympathien, befriedigendes Einvernehmen in den Anschauungen über die internationale Politik sind alles, was Rußland ohne eigne Gefahr zugunsten Frankreichs vermag[1])."

Im Anschluß an den Besuch des Zaren in Berlin meint der Gesandte in Petersburg im November 1887 etwas wie eine Selbstbesinnung in den höheren Schichten der russischen Gesellschaft feststellen zu können; aber Sympathie für Frankreich, Feindschaft gegen Deutschland — das sei die Stimmung, die „unter dem Einfluß der russischen Preßorgane — alle Parteigänger Frankreichs und Gegner Deutschlands — sich weiterhin in den unteren Schichten deutlich äußert"[2]).

Er konnte damals noch nichts von den bereits erwähnten Dokumenten wissen, die dem Zaren vor seiner Abreise nach

[1]) Anl. 29, S. 198 (Petersburg, 6. Juni 1887).
[2]) Anl. 32, S. 204 (Petersburg, 7. November 1887).

Berlin vom General Appert in Kopenhagen überreicht worden waren und ein angebliches Doppelspiel Bismarcks in der bulgarischen Frage beweisen sollten[1]). Es ist schon gelegentlich der Zweifel ausgesprochen worden, ob Bismarck sich nicht täuschte, wenn er später des Glaubens war, es sei ihm gelungen, des Zaren Zweifel zu zerstreuen und sein Vertrauen wiederzugewinnen. Unter den belgischen Berichten aus Berlin befindet sich ein Schreiben Greindls aus dem Jahre 1896, in dem er den Inhalt einer Unterredung mit Marschall wiedergibt. Dieser gibt dem belgischen Gesandten Kenntnis von dem Bericht über eine Unterredung des Grafen Herbert Bismarck mit dem Großfürsten Wladimir aus dem Jahre 1888, der in den Archiven des Auswärtigen Amtes zu Berlin aufbewahrt werde. Aus ihm würde sich ein ganz anderes Bild vom Verhältnis des Zaren zu Bismarck ergeben; es scheint, daß dieses Aktenstück sehr geeignet wäre, die Wendung in der Haltung des Kaiserlichen Hofes zu erklären. Der Großfürst machte in diesem Gespräche kein Hehl daraus, daß sein Bruder, der Zar, ein unheilbares Mißtrauen gegen den Fürsten Bismarck habe, und daß alle Versuche, es zu zerstreuen, vergeblich gewesen seien[2]). Übrigens hatte der Kanzler nach einer Äußerung, von der ein Berliner Bericht vom 9. Dezember 1887 erzählt, damals selbst wenig Vertrauen, daß der Zar in Petersburg noch ebenso friedfertig denken würde wie in Berlin, wenn er wieder von den Panslawisten und anderen Kriegshetzern umgarnt sei.

[1]) S. o. S. 34.

[2]) «Le secrétaire d'état m'a dit posséder dans ses archives le compte-rendu d'une conversation entre le Comte Herbert de Bismarck et le Grand-Duc Vladimir de Russie qui a eu lieu en 1888, c'est-à-dire deux ans avant l'expiration du traité secret (des Rückversicherungsvertrages). Son Altesse Royale avait dit que son frère, l'Empereur Alexandre III, était animé d'une incurable défiance envers le Prince de Bismarck et que tous ses efforts pour la dissiper avaient été inutiles. Il y a loin de là aux bons rapports avec la Russie que le Prince de Bismarck se vante d'avoir conservés pendant toute son administration et qu'il accuse son successeur d'avoir troublés.» Berlin, 5. November 1896. — Dadurch wird Reventlow's Auffassung (Deutschlands Auswärtige Politik, 1914, S. 24) vom Verhältnis zwischen dem Zaren und Bismarck am Ende der achtziger Jahre noch schlagender widerlegt, als durch die von Hammann („Der neue Kurs" S. 40) angeführte Stelle aus Hohenlohes „Denkwürdigkeiten".

Herbert Bismarck sagt dem Gesandten und ebenso einem seiner Kollegen, diese Äußerung des Kanzlers bestätigend: „Der Zar sieht, daß die Macht des Panslawismus überhand nimmt. Er ist es müde, dem Widerstand entgegenzusetzen und läßt sich von der Strömung fortreißen[1])."

Jedenfalls kann es keinem Zweifel unterliegen, daß bald nach seiner Rückkehr nach Petersburg nicht nur Bismarcks Einfluß, der ihn doch immerhin zur Erneuerung des Rückversicherungsvertrages hatte bewegen können, erloschen ist, sondern auch die Erfolge, die Giers im Kampf gegen Katkoff und seine Partei im Sommer 1887 davongetragen hatte, zunichte wurden. Im Beginn des Jahres 1888 wird der General Bogdanowitsch, der im Juni 1887 wegen seines Versuches, ein Bündnis mit Frankreich vorzubereiten, gemaßregelt worden war, auf einen hohen Verwaltungsposten berufen, und der Panslawist General Ignatieff, der mehrere Jahre in Ungnade gewesen war, zum Vorsitzenden der slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft ernannt. Das gilt sowohl dem Berliner wie dem Petersburger Gesandten als Anzeichen für ein Wiedererstarken des Panslawismus[2]).

Mit welcher Kühnheit er nun an die Öffentlichkeit trat, zeigte sich noch im gleichen Sommer. Das neunhundertjährige Jubiläum der Bekehrung Rußlands zum orthodoxen Christentum, das man am 27. Juli 1888 in Kiew mit allem Pomp feierte, wurde zu einer Heerschau des Panslawismus. Der Zar hatte ausdrücklich gewünscht, daß die Feier einen ausschließlich religiösen Charakter haben sollte. Trotzdem hielt der General Ignatieff vor den aus allen Slawenländern herbeigeströmten Teilnehmern eine Rede, deren fanatischer und kriegerischer

[1]) Anl. 34, S. 207 (Berlin, 9. Dezember 1887).

[2]) Anl. 40, S. 223 (Petersburg, 28. Mai 1888). — «En terminant mon rapport du 4 mai, No. 453/278 j'ai dit que le Chancelier se montrait très convaincu de la durée de la paix. Il vient de m'être confié qu'aujourd'hui même dans un entretien intime, il a exprimé la même certitude. Les positions faites au Général Ignatieff et au Général Bogdanovitch sont des indices de l'influence des panslavistes et de leur persistance à combattre la politique allemande de M. de Giers. Le Chancelier regrette ces manifestations; elles lui sont désagréables, mais il ne leur reconnait pas une grande portée.» Berlin, 11. Mai 1888.

Charakter den Baron Greindl in Berlin zu sorgenvollen Bemerkungen über die Schwäche des Zaren und der russischen Regierung gegenüber dem Panslawismus veranlaßte[1]). Der belgische Gesandte in Petersburg spricht von der großen Strömung, die die russische Nation unaufhörlich nach Konstantinopel treibe. „Im Grunde ist jedermann," fährt er fort, „selbst bis in die Kreise hinein, die am meisten mit dem westlichen Einfluß sympathisieren, sich der Rolle bewußt, die Rußland seit Jahrhunderten auf Grund einer als historisch betrachteten Mission zu spielen sich berufen glaubt, der sich die gegenwärtige Regierung keineswegs zu entziehen gesonnen ist . . . Das Jubiläum hat das alte Slawenblut bis in die fernsten Winkel Rußlands zur Wallung gebracht . . . Die Kiewer Festlichkeiten haben Kundgebungen und Reden zur Folge gehabt, die das Trachten der panorthodoxen Bevölkerung recht ins Licht gesetzt haben. Besonders der Prokurator des heiligen Synod, Pobedonoszew, einer der einflußreichsten Ratgeber des Zaren, hat Reden gehalten, die voll waren nicht nur von Religion, sondern auch von Politik, ja mehr von dieser enthielten als von jener. Außerdem hat die Anwesenheit des Grafen Ignatieff und anderer slawophiler Häupter den Festen einen ganz besonders panslawistischen Charakter gegeben. Gewiß werden die schrankenlosen Forderungen, die ich andeutete, nicht allgemein von der Nation geteilt, gewiß nicht innerhalb der Regierungskreise. Daran fehlt viel. Aber für jeden unparteiischen Beobachter ist es klar, daß die beiden Parteien sich eigentlich nur in der Frage der Opportunität voneinander scheiden[2])." „Es wäre schwierig," sagt der gleiche Gesandte wenig später, „die unterirdische Arbeit, die augenblicklich in Rußland und in den orthodoxen Ländern betrieben wird, in bestimmter Form zu präzisieren; aber so viel ist sicher, daß die nationale und religiöse Strömung, die für kurze Zeit im Tempo ihrer Ausbreitung gehemmt war, im Zuge ist, von neuem das Übergewicht zu bekommen[3])." Die Zeiten waren fern, wo unfreundliche Worte des Gesandten Durnowo über Österreich-

[1]) Anl. 47, S. 238 (Berlin, 11. August 1888).
[2]) Anl. 46, S. 234 (Petersburg, 7. August 1888).
[3]) Anl. 50, S. 244 (Petersburg, 11. September 1888).

Ungarn bei viel geringfügigerem Anlaß, bei einer einfachen Sitzung derselben slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft, die auch in Kiew eine große Rolle spielte, genügt hatten, den Zaren zu einem strengen Verweis für den Redner und den Minister des Auswärtigen zu einer offiziellen Entschuldigung gegenüber dem österreichischen Botschafter zu veranlassen[1]). Der Vergleich ist ganz geeignet zu zeigen, wie die Wasser des Nationalismus seitdem im Osten gestiegen waren.

Der belgische Gesandte beklagt sich 1888 einmal darüber, daß es für die auswärtigen Diplomaten fast unmöglich sei, zu Hof und Gesellschaft in Petersburg engere Beziehungen anzuknüpfen, weil Tendenz oder Mode dahin gingen, Rußland von allen aus dem Ausland kommenden politischen, industriellen und kommerziellen Einflüssen freizumachen: „Wie es einst in Petersburg und in Rußland Mode war, liberal und ganz fortschrittlich zu sein, so gehört es heute zum guten Ton, vor allem national und Panslawist zu sein und nichts dem Westen entlehnen zu wollen." Männer wie der frühere Gouverneur der baltischen Provinzen, Graf Peter Schuwaloff, die der alten Generation angehörten und von einer Assimilierung westeuropäischer Errungenschaften die Entwicklung des Landes erwarteten, waren unpopulär und vergessen. Dem Grafen Schuwaloff wurde in den Nachrufen der russischen Presse die milde Behandlung

[1]) «Les journaux ont parlé, Mon Prince, d'un incident qui s'est produit pendant la dernière séance de la société Slave de bienfaisance, peu de jours avant mon retour à St. Pétersbourg et dont je crois devoir dire quelques mots, à cause de la sensation qu'il a produite. Le général Dournovo, ancien Gouverneur civil de Moscou et adjoint à l'administration des apanages, homme immensément riche, dévoré d'ambition, et qui, grâce à ses libéralités, s'est placé à la tête du comité Slave dans l'unique but de quêter un portefeuille dans le cas où le général Ignatieff reviendrait au pouvoir, a prononcé un discours dans lequel il s'est servi d'expressions d'une extrême violence contre l'Autriche-Hongrie. Dans les régions officielles, où l'on attache une grande importance au maintien de l'accord entre les trois Empires, cet incident a causé le plus vif mécontentement. Non seulement M. de Giers en a exprimé tous ses regrets au Comte Wolkenstein, mais un blâme très sévère a été infligé publiquement par l'Empereur Lui-même au général Dournovo.» Petersburg, 17. Dezember 1885.

der Deutschen in den Ostseeprovinzen „wie ein Flecken im Leben eines russischen Staatsmannes" vorgeworfen[1]).

In diesem Punkte freilich hatte sich die russische Verwaltungsmethode seither gründlich geändert, und die Petersburger Berichte verfehlen nicht, auch die Anzeichen des Anwachsens der deutschfeindlichen Bewegung zu verzeichnen, die sich aus der fortschreitenden Russifizierung der baltischen Provinzen ergaben. 1887 wird die vorher schon in Estland vollzogene Einführung der russischen Unterrichtssprache auch auf Livland ausgedehnt; 1888 folgt die Einführung der russischen Friedensgerichte, 1889 die der russischen Amtssprache für die Stadt- und Provinzialverwaltungen. Ähnlich ging man in Polen und seit 1890 auch in Finnland vor. Das war das System des Grafen Tolstoi, dessen Persönlichkeit und Tätigkeit ein Bericht aus Petersburg kennzeichnet[2]). Als nach seinem Tode 1889 der

[1]) «Le Comte Schouwaloff appartenait à cette catégorie de Russes qui deviennent de plus en plus rares aujourd'hui, et qui ne pensaient pas que l'avenir de la Russie consiste à s'éloigner de la civilisation occidentale; il croyait au contraire, comme Pierre le Grand et d'autres grands hommes de la Russie, que son pays n'arriverait à son vrai développement qu'en s'assimilant les progrès de notre civilisation. — Le défunt pour ce motif était devenu impopulaire et oublié. Aussi sauf le Journal officieux de St. Pétersbourg, le journalisme russe, tout en louant les qualités privées du défunt, lui reproche d'avoir suivi une politique antinationale, le traité de Berlin et son gouvernement tolérant dans les provinces baltiques comme des taches dans la vie d'une homme d'état russe. Vous retrouverez un écho de ces jugements dans les journaux de Paris qui s'empresseront de s'atteler à la remorque de la Presse panslaviste.» Petersburg, 28. März 1889.

[2]) «Le Comte Tolstoi quoiqu'il fût d'un caractère sévère et d'opinions très conservatrices pour ne pas dire réactionnaires, et quoiqu'il se fût plutôt attiré comme homme des antipathies que des sympathies, a eu la bonne fortune de se voir plus ou moins unanimement loué après sa mort, même par ceux qui étaient des adversaires politiques. Ce phénomène s'explique par l'esprit de chauvinisme dominant actuellement. Le Ministre de l'Intérieur avait su donner à ses mesures les moins populaires un cachet moscovite; il avait uni son fils unique à la fille du célèbre publiciste Katkoff; et enfin il avait continué en Pologne l'œuvre de russification et entrepris avec une grande énergie et une grande vigueur le même travail dans les provinces baltiques. — Les quelques journaux panslavistes revêtus d'une certaine teinte de libéralisme pouvaient donc lui pardonner beaucoup.» Petersburg, 16. Mai 1889.

belgische Gesandte von der Ernennung seines bisherigen Gehilfen Durnowo zu Tolstois Nachfolger als Minister des Innern berichtet, setzt er die Worte hinzu: „Die Tragweite dieser Ernennung kann nicht besser charakterisiert werden als mit den Ausdrücken des kaiserlichen Ernennungsukases selber: ‚Ich hoffe, daß Sie das von Graf Tolstoi begonnene Werk mit derselben Festigkeit fortführen und sich streng an die Grundsätze halten werden, von denen er nach meinen Angaben sich leiten ließ'[1])."

Der Tod des alten Kaisers, die Krankheit Kaiser Friedrichs und die Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. gaben, wie aus den Petersburger Berichten hervorgeht, den deutsch-feindlichen Kreisen die günstigste Gelegenheit, das Mißtrauen gegen Deutschland zu nähren. Aus Petersburg wird wiederholt nach Brüssel berichtet, daß der junge Kaiser bei den russischen Politikern als Anhänger des äußersten Militarismus gelte[2]). Klarheit über diesen Punkt erwarte man nach dem Thronwechsel, heißt es in einem dieser Berichte; dann werde auch die Zurückhaltung Rußlands in allen politischen Fragen ein Ende nehmen, „wenn die abwartende Haltung, die Rußland einzunehmen vorgab, nicht nur vorgespiegelt wurde, um desto besser die Rüstungen und Truppenbewegungen, die allen gegenteiligen Versicherungen zum Trotz an der österreichischen und deutschen Grenze stattfinden, geheimhalten zu können"[3]). Als die Presse den jungen Kaiser dann auf Geheiß der Regierung mit wohlwollenden

[1]) «La portée de cette nomination ne peut être mieux caractérisée que par les termes mêmes de l'Ukasse du 6/18 mai: ‚A mon grand chagrin,' a dit Sa Majesté, ‚le Comte Tolstoi est mort sans avoir pu terminer complètement l'œuvre qui lui était indiquée, et sans avoir réalisé toutes mes indications. Je vous ai choisi et nommé pour être son successeur, vous qui avez été son collaborateur le plus immédiat pendant les premiers temps. J'espère que vous continuerez l'œuvre qu'il a commencé avec la même fermeté et en vous conformant strictement aux principes dont il s'inspirait sur mes indications.' L'œuvre dont parle l'Empereur est la réforme administrative de laquelle j'ai déjà eu l'occasion de vous entretenir et la continuation de l'œuvre de russification de la Pologne et surtout des provinces baltiques.» Petersburg, 22. Mai 1889.

[2]) Vgl. Anl. 38, S. 218 (Petersburg, 6. April 1888).

[3]) Anl. 42, S. 227 (Petersburg, 19. Juni 1888).

Worten begrüßt, berichtet der gleiche Gesandte: „Ich habe Grund zur Annahme, daß die Handlungen keineswegs im Einklang mit den Worten stehen; während man direkt den optimistischen Vorstellungen Ausdruck gibt, rüstet sich Rußland mehr als jemals auf die ärgsten Möglichkeiten[1])."

Dieses Mißtrauen gegen den jungen Kaiser in Rußland würde nicht verständlich sein, wenn man nicht aus anderen Berichten des Gesandten erfahren würde, daß bestimmte Kreise die Krisenstimmung planmäßig wach zu halten suchten: „Es gibt in Rußland eine sehr starke Gruppe von Leuten, die für eine europäische Konflagration sind; sie träumen davon, daß Frankreich den Funken in das Pulverfaß schleudern werde. Das ist das Ergebnis, das sie von der Durchführung des vom General Boulanger vertretenen Regimes zu erreichen hoffen, das gezwungen sein würde, die chauvinistischen Ansprüche derer zu befriedigen, die ihn zur Macht gebracht haben[2])." Ein andermal bezeichnet der Gesandte diese Kreise genauer: „In den panslawistischen Versammlungen macht man kein Hehl daraus, daß man von dem Kampf gegen den Parlamentarismus (in Frankreich) den Triumph der bonapartistischen oder royalistischen Ideen oder aber eine vorübergehende Diktatur des Generals Boulanger erhofft. Zu Unrecht oder nicht erwartet man, daß ein Aufstieg dieses letzteren unbedingt Kriegsmöglichkeiten heraufbeschwören wird, mit deren Hilfe Rußland gewisse Ansprüche verwirklichen könnte, mit denen es zurückhalten muß, solange Deutschland unbeschäftigt ist. Diese Wünsche sind nur in der aktivistischen Partei verbreitet, die immer bereit ist, Rußland auf der Bahn weiterzutreiben, die ihm seine sogenannte historische Mission vorschreibt[3])."

So erklären sich die besonders in den Berichten aus Petersburg und Wien häufig erwähnten umfassenden militärischen Vorbereitungen, die Rußland während des Jahres 1888 traf, die allmählichen Truppenverschiebungen, die die Städte der Wolgagegend und des Kaukasus ganz ihrer Garnisonen entblößten und

[1]) Anl. 43, S. 229 (Petersburg, 22. Juni 1888).
[2]) Anl. 38, S. 218 (Petersburg, 6. April 1888).
[3]) Anl. 49, S. 242 (Petersburg, 27. August 1888), vgl. Anl. 52, S. 248.

zu einer ständig anwachsenden Truppenhäufung an der deutsch-österreichischen Grenze führten.

Man erinnere sich, daß in dieser Zeit die russischen Waffenbestellungen in Paris erfolgten und Verbindungen zwischen den Armeen geknüpft wurden, die als bedeutungsvolle Anzeichen für die Gestaltung der politischen Verhältnisse bei Ausbruch eines Krieges angesehen werden mußten. Der Petersburger Gesandte meint im November 1888, daß es der Stimmung in der russischen Armee wohl entsprechen würde, wenn der General Gurko in Warschau in der Tat bei einem Essen zu Ehren des russischen Botschafters in Berlin in einem Trinkspruch geäußert habe, es würde sich, wenn einmal der Krieg ausbreche, zeigen, daß die russische Armee den Weg nach Berlin und Wien nicht vergessen habe[1]).

Wie sich ein „echter Russe" dieser Zeit diesen Vormarsch denkt, erfährt man aus einem Vorschlage, den das gemäßigt panslawistische Blatt „Graschdanin" im Jahre 1889 machte. Die Zeitung regte an, die mohammedanische und heidnische Bevölkerung Zentralasiens als irreguläre Truppe zu verwenden. „Diese Leute würden nach Überschreitung der Grenze einen Guerillakrieg führen und alles zerstören und vernichten. Durch ihre Massen würden sie die verbündeten Armeen des Gegners erdrücken, deren Strategie und feinste Berechnungen zuschanden machen. Es ist wahr, daß dieser Krieg an die Großstaaten Dschingis-Khans und Tamerlans erinnern würde. Um so besser! Um so schneller würden wir unser Ziel erreichen, aber unter der Bedingung, daß wir uns der Vorurteile einer unzeitgemäßen Sentimentalität entschlagen und uns ganz dessen bewußt sind, daß jedes Volk im Kampf von allen Siegesmitteln, ohne zu wählen, Gebrauch machen muß . . . Rußland ist am reichsten an Hilfsmitteln dieser Art, die irregulären Truppen, d. h. unsere Kosaken, die Bewohner des Kaukasus und die Nomadenvölker

[1]) «Il n'est pas impossible, étant donnés les sentiments de l'armée russe qu'à la fin d'un repas, quand les têtes sont montées par la mousse du vin de Champagne les toasts échangés au banquet donné par le général Gourko n'aient pas été aussi pacifiques que les conversations du Comte Schouvaloff dans les salons de Berlin.» Petersburg, 17. November 1888.

Asiens, die Abkommen jener berühmten Reiter, die im Sattel die halbe Welt erobert haben, haben nichts von ihrer Macht verloren. Europa weiß es und hat Grund zu zittern." Der belgische Gesandte in Petersburg legte den Zeitungsausschnitt als bezeichnende Probe für die Stimmung und Haltung der Presse in einer Übersetzung dem Brüsseler Ministerium mit der Bemerkung vor, daß solche Betrachtungen für Europa wenig beruhigend wären, wenn ein französisch-russisches Bündnis Wirklichkeit würde[1]). „Die slawophile Presse," heißt es ein andermal, „ich könnte sagen, die russische Presse mit wenigen Ausnahmen, läßt gegenüber ihrem Erbfeind, d. h. dem Deutschen, die Waffen niemals ruhen. Unaufhörlich greift sie die Politik des Nachbarn an und trägt so ihre Abneigung gegen die deutsche Nation und deren Regierung zur Schau[2])." Der Gesandte warnt davor, diese Erscheinung leicht zu nehmen: „In normalen Zeiten ist der Einfluß der Presse auf die Volksstimmung nicht groß und auf die Regierung gleich Null. Unter besonderen Umständen, wenn internationale Verwicklungen entstehen sollten, würde diese Presse durch Aufpeitschung des Nationalgefühls genügend Macht haben, um die Regierung zu Entschließungen zu treiben, die sie vielleicht selbständig nicht fassen würde. Ganz gewiß würde die russische Presse ohne Ausnahme im Falle eines deutsch-französischen Konfliktes fordern, daß die zum großen Teil nahe der galizischen und rumänischen Grenze zusammengezogenen Truppen auf Berlin und Wien marschieren[3])."

[1]) Anl. 54, S. 251 (Petersburg, 8. Mai 1889).

[2]) «La presse slavophile, je pourrais dire la presse russe, sauf quelques exceptions, ne désarme jamais devant son adversaire né, c'est-à-dire devant l'Allemand. Elle ne cesse d'attaquer la politique de ses voisins et de faire montre de son aversion pour la nation allemande et pour ceux qui la gouvernent. — La catastrophe qui a si cruellement frappé l'auguste Maison de Habsbourg a été pour elle, à l'instar de la presse revancharde de Paris, l'occasion de donner une nouvelle preuve de ses sentiments germanophobes. La plupart des journaux russes se sont refusés à admettre la version officielle de la mort de l'Archiduc Rodolphe, et ont fait partir ou diriger de Berlin l'arme qui a mis fin à ses jours.» Petersburg, 9. Februar 1889.

[3]) Anl. 53, S. 249 (Petersburg, 1. Mai 1889).

Unruhe und Wechselfälle des innerpolitischen Lebens in Frankreich haben nach Meinung der belgischen Gesandten außerhalb der Regierungskreise in Rußland wenig Eindruck gemacht: „Die stürmische Lage, in der sich die Republik befindet, ist weit davon entfernt, die Stärke der Sympathieströmung zu mindern, die allmählich Rußland zur großen Nachbarnation hinführt, in der es — vielleicht ist es nützlich, es festzustellen — seit jeher immer nur den Verbündeten gesehen hat[1])."

Zu gleicher Zeit wurde von Paris nach Petersburg ein Faden gesponnen, der sich in der Zukunft als ein noch viel zäheres und fesselnderes Band zwischen beiden Mächten erweisen sollte, als es eine noch so starke „Sympathieströmung" sein kann. Die Veranlassung dazu war der Wirtschaftskrieg, der seit 1887 zu allem politischen Gegensatz hinzu die russisch-deutschen Beziehungen noch weiter verschlechterte.

Nach den belgischen Berichten hat Rußland diesen Krieg eröffnet, indem es im Anfang des Jahres die Zölle auf zahlreiche Artikel der Einfuhr erhöhte, deutsche Kaufleute, Handwerker und Angestellte aus den westlichen Provinzen auswies und Ausländern verbot, in diesen Teilen des Reiches Land zu erwerben und zu besitzen. Die Berichte lassen auch erkennen, wie stark Bismarcks Gegenmaßnahmen auf die Stimmung in Rußland eingewirkt haben. In wechselnder Stärke hat sich dieser Krieg durch die folgenden Jahre hingezogen und ohne Frage sein Teil dazu beigetragen, Rußland wirtschaftlich in die Arme Frankreichs zu treiben. Denn aus der Sperrung des deutschen Marktes für die russischen Anleihen ist die finanzielle Abhängigkeit Rußlands von Frankreich erwachsen, deren unheilvolle Folgen schon die nächsten Jahre zeigten. Davon wird weiterhin zu reden sein. Ein belgischer Bericht aus Berlin vom Februar 1888 teilt noch mit, Bismarck glaube nicht, daß der Zar das Angebot der französischen Kapitalisten, eine russische Anleihe in Paris unterzubringen, annehmen werde[2]). Im No-

[1]) Anl. 48, S. 239 (Petersburg, 13. August 1888).

[2]) «Le 31 janvier la Bourse de Berlin a été fort agitée par la nouvelle de la conclusion d'un emprunt russe à Paris. Les capitalistes français n'avaient pas réussi à contracter directement avec le Ministre des Finances

vember des gleichen Jahres tauchen die Gerüchte von neuem auf[1]), im Dezember spricht der Gesandte von der Wirkung, die das Gelingen der russischen Anleihe in Berlin ausübt[2]). Der Anleihe von 1888 folgten nun Jahr für Jahr weitere von größerem Umfange.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß diesen finanziellen Beziehungen, so sehr die mächtigen Triebfedern des Zusammenschlusses Frankreichs und Rußlands politischer Natur gewesen sind, von nun ab für die weitere Entwicklung entscheidendes Gewicht zukommt. Auch eine Regierung, die mit mehr Energie sich gegen anders gerichtete Strömungen zu wehren befähigt gewesen wäre als die russische, wäre immer tiefer in dieses Netz der Verpflichtung und Abhängigkeit hineingeraten. Rußland mußte Geld haben, wie der belgische Gesandte schon 1887 einmal, wohl im Anschluß an Äußerungen Bismarcks, sagt: „zur Herstellung seiner völlig verfahrenen finanziellen Lage und wegen der Kriegspläne der Panslawisten[3])". In diesem Punkte also trafen sich die Forderungen der Regierungspartei mit denen der panslawistischen. Paris bot Geld und gab Geld, nachdem die Berliner Quelle für Rußland versiegt war. Daß die Franzosen an ihr Entgegenkommen Hoffnungen und Erwartungen knüpften, die für Rußland zu einer schweren Belastung werden konnten, war freilich klar. Aber zunächst galt es, die günstigen Umstände auszunutzen; und das besorgte die russische Regierung nach Kräften. Bis 1899 war die russische Schuld in Frankreich bei vorsichtiger Schätzung zu einem Betrage von 6 Milliarden Franken angewachsen[4]). Das

---

à St. Pétersbourg. Ils s'étaient adressés au Czar qui avait accepté leurs offres. Il a été bientôt constaté que la nouvelle était au moins prématurée. Le Chancelier ne croit pas que le Czar accueille les propositions des capitalistes français.» Berlin, 3. Februar 1888.

[1]) Anl. 51, S. 247 (Berlin, 17. November 1888).

[2]) «C'est avec un certain dépit que l'on a vu ici le succès de l'emprunt russe à Paris et avec une certaine joie que l'on a constaté la froideur avec laquelle il a été accueilli dans les bourses de Belgique et des Pays-Bas. On continue à malmener les financiers allemands qui ont pris part à l'opération.» Berlin, 15. Dezember 1888.

[3]) Anl. 31, S. 201 (Berlin, 22. Juli 1887).

[4]) Siehe Le Mouvement Socialiste, IIIme année, t. II (1901), p. 268.

war ein Ergebnis, das man auch mit politischen Konzessionen bezahlen konnte. Es kennzeichnet die Lage sehr treffend, wenn Greindl am 27. September 1890 von den sich mehrenden Anzeichen einer Annäherung zwischen Frankreich und Rußland sagt: „Wenn es den Franzosen gefällt, sich selbst zu täuschen, ist das Petersburger Kabinett dann verpflichtet, sie von einer Begeisterung zu kurieren, von der es solche politischen und finanziellen Vorteile hat? Das hieße viel Tugend von ihm verlangen[1])." Daß gleichzeitig mit der ersten russischen Anleihe in Paris noch eine andere bedeutungsvolle Verbindung auf militärischem Gebiet zwischen beiden Ländern angeknüpft wurde, ist schon erwähnt worden. Es ist schwer zu entscheiden, wie weit bei diesen Vorgängen die russische Regierung aktiv beteiligt gewesen ist, wie weit sie sich in einer Zwangslage glaubte und schieben ließ.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1889 häuften sich jedenfalls die beunruhigenden Anzeichen im Osten. Aus Petersburg kamen neue Nachrichten über starke Vermehrungen und Umformungen in der russischen Armee, neue Truppentransporte nach dem Westen und Verstärkungen der Grenzwache an der galizischen und preußischen Grenze[2]). Wie eine Fanfare wirkte des Zaren Trinkspruch auf den Fürsten von Montenegro als den „einzigen wahren und treuen Freund Rußlands", der „im Herzen jedes guten Panslawisten ein Echo findet"[3]), und von der panslawistischen Presse als drohende Warnung für Deutschland ausgelegt wurde, „ich denke nicht ganz mit Unrecht", sagt der Petersburger Gesandte[4]). Für den Balkan bedeutete der Trink-

[1]) «S'il plaît aux Français de se tromper eux-mêmes, le Cabinet de St. Pétersbourg est-il tenu de les guérir d'un engouement dont il retire tant d'avantages politiques et financiers? Ce serait exiger de sa part beaucoup de vertu.» Berlin, 27. September 1890.

[2]) Der Gesandte gibt regelmäßig Nachricht über diese Bewegungen.

[3]) «La presse russe a enrégistré avec enthousiasme les paroles du Souverain. Ce ‚fara da se' proclamé par le Souverain déclarant que la Russie n'a de sincère ami que le Chef d'une principauté minuscule est allé droit au cœur de tout bon panslaviste.» Petersburg, 4. Juni 1889.

[4]) «Le toast de l'Empereur au Prince de Monténégro défraie encore la polémique de la presse russe. Les journaux panslavistes, après avoir

spruch das Ende einer Periode verhältnismäßiger Ruhe: „Heute", berichtet der belgische Gesandte aus Wien, „wird die panslawistische Propaganda, die durch den berüchtigten Toast des Zaren zugunsten des Fürsten von Montenegro angespornt ist, mit der mächtigen Unterstützung des Klerus und mehr oder weniger im Einverständnis mit der Regierung Ristitcs in Serbien wie auf der ganzen Balkanhalbinsel ganz offen betrieben. Bei diesem Staatsmann, bei seiner Regierung und bei der liberalen Partei findet der russische Gesandte in Belgrad, Persiani, ... jedes Entgegenkommen. Alles bereitet sich also auf ernste Vorgänge auf dem Balkan vor." Der Gesandte setzt hinzu, daß ein Belgrader Blatt als Serbiens Neutralitätsbedingung die Herausgabe von Bosnien und der Herzegowina und des slawischen Gebiets Dalmatiens und Ungarns verlange, und glaubt, in diesen Forderungen die geheimen Gedanken der augenblicklichen Regierung Serbiens sehen zu dürfen; Bulgarien und Rumänien würden sich diesen Ansprüchen anschließen. Noch sei Rußland nicht fertig gerüstet; auch das Ende der Pariser Ausstellung wolle es abwarten. Aber das nächste Frühjahr könne schon die Entscheidung bringen[1]).

Der belgische Gesandte in Petersburg macht darauf aufmerksam, daß auch in Rußland die bosnische Frage wieder erörtert werde und die „unterjochten Brüder" in Böhmen in der Presse eine große Rolle spielen: „Alle Sympathien sind natürlich auf seiten der Jungtschechen, deren Umtriebe und Hetzerei, wie man hofft, dazu beitragen werden, im gegebenen Zeitpunkt in den Bestand des Dreibundes Bresche zu schlagen[2])."

---

dit son fait à l'Europe occidentale, finissent par prétendre que l'Allemagne a été spécialement visée par le Czar; ils n'ont pas je pense tout à fait tort.» Berlin, 13. Juni 1889.

[1]) Anl. 58, S. 257 (Wien, 19. Juni 1889). — Ein gutes Bild von dem unaufhaltsamen Vordringen der Russen auf dem Balkan gibt auch ein Bericht des belgischen Geschäftsträgers in Wien, Grafen Lichtervelde: Anl. 55, S. 253 (Wien, 3. Juni 1889).

[2]) «Toutes les sympathies sont naturellement en faveur des jeunes Tschèques dont les menées et l'agitation contribueront, espère-t-on, à faire brèche à un moment donné dans les assises de la triple alliance.» Petersburg, 6. Dezember 1889.

Daß der Wiener Gesandte im Juni 1889 das Losbrechen des Krieges im nächsten Frühjahr nicht für ausgeschlossen hielt, haben wir schon gesehen.

Sein Petersburger Kollege äußert sich zur gleichen Zeit nicht viel optimistischer: „Ich würde es für überflüssig halten, Tag für Tag von den beunruhigenden Gerüchten zu berichten, die auftauchen und das Ergebnis des unnatürlichen Zustandes von Nervosität sind, in dem sich das Europa unserer Tage mit seinen fürchterlichen Rüstungen befindet. Es ist keine unmittelbare Gefahr, daß der Friede gestört wird, man kann ihn für mehrere Monate garantieren, abgesehen von Zwischenfällen, die menschlicher Verstand nicht voraussehen kann; was die Zukunft anbelangt, so gibt es zu viel Wolken am Horizont, als daß man hoffen könnte, das Unwetter werde vorüberziehen[1]).“

[1]) «Je croirais superflu de vous écrire au jour le jour les rumeurs inquiétantes qui surgissent et qui sont le résultat de l'état anormal de nervosité dans lequel se trouve l'Europe de nos jours avec ses formidables armements. Il n'y a pas de danger actuel que la paix soit troublée, on peut la garantir pour plusieurs mois, à moins d'incidents que la sagesse humaine ne peut prévoir; quant à l'avenir il y a trop de nuages à l'horizon pour faire espérer que l'orage n'éclate pas un jour.» Petersburg, —. Juni 1889. (Der Tag des Abganges ist auf dem Bericht nicht vermerkt; am 6. Juli traf er in Brüssel ein.)

KAPITEL III.

DER ALTE UND DER NEUE KURS.

Es ist die einmütige Anschauung aller belgischen Gesandten, daß zwei Leitgedanken in Bismarcks gesamter Außenpolitik seit der Reichsgründung deutlich zu erkennen seien: der erste sei die Erhaltung des Friedens, der zweite die Verhinderung des drohenden Zusammenschlusses von Frankreich und Rußland[1]). Anderthalb Jahrzehnte hindurch war es seiner glänzenden Kunst gelungen, diese Politik durchzuführen; ganz Europa paßte sich, teils aus Furcht, teils aus Vertrauen, dem führenden Willen des Riesen an, der in Wahrheit die Geschicke des Erdteils lenkte.

Aber etwa seit dem Jahre 1885 mehrten sich bedenklich die Anzeichen dafür, daß Bismarck bei der Durchführung seiner Leitgedanken auf Widerstände stieß, gegen die auch seine überlegene Kunst machtlos zu bleiben drohte. Das Gesicht Europas bekam innerhalb weniger Jahre neue Züge, die bis dahin nicht hervorgetreten waren. Was die Berichte der belgischen Gesandten darüber zu berichten wissen, ist in den Kapiteln über die Revanche-Idee und den Panslawismus zusammengestellt worden. Sie zeigten, daß in Frankreich einem von den Regierenden nie aus den Augen gelassenen Programm Stütze und Antrieb aus einer von Jahr zu Jahr unverhohlener sich äußernden neuen Gesinnung des Volkes erwuchs, in der sich das Wiedererwachen starken Selbstgefühles und das Bedürfnis, die Niederlage des Jahres 1870 wettzumachen, äußerte; sie zeigten, daß in Rußland

[1]) Es sei hier nur eine Stelle aus einem Bericht des Gesandten in Berlin angeführt: «Sa politique est d'éloigner la guerre en conservant l'entente des trois empires et simultanément d'empêcher à tout prix une alliance de la Russie avec la France.» Berlin, 29. Oktober 1886.

gegenüber einer schwankenden Regierungspolitik sich allmählich eine Nebenpolitik entwickelte, die jene zu vergewaltigen drohte. Es war nach Anschauung der belgischen Gesandten nur eine Frage der Zeit, daß diese Entwicklungen zur gefährlichsten Bedrohung für das zwischen beiden Ländern eingekeilte Deutsche Reich wurden. Denn die Nebenpolitik im Osten hatte die gleiche Tendenz wie die Regierungspolitik im Westen: gegen Deutschland, und durch die Gemeinsamkeit des Ziels wurden beide Strömungen notwendig zueinander geführt. Die auf der Erwägung politischer Vorteile und Nachteile beruhenden Versuche zu einem Zusammenschluß, die von den Regierungen ausgegangen waren, zu vereiteln, hatten politische Mittel ausgereicht. Aber nun schienen den belgischen Gesandten die Unterströmungen und ihre Tendenzen an die Stelle der Regierungen zu treten und ein Bündnis erzwingen zu wollen, das nur als erster Schritt zu einer gewaltsamen Umwälzung des bestehenden politischen Systems aufgefaßt werden konnte. Das etwa ist das Bild, das sich aus einer Durchsicht der belgischen Quellen ergibt. Konnte es selbst der Staatskunst eines Bismarck auf die Dauer gelingen, diese Entwicklung aufzuhalten?

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß zwei Ereignisse des Jahres 1885, Ferrys Sturz und der Rumeliotenaufstand, wie zwei Markstеine am Beginn einer neuen Phase der politischen Verhältnisse im Westen und Osten des Deutschen Reiches stehen. Seit diesen Ereignissen mehren sich in den Berichten der belgischen Gesandten die Stimmen, die eine Fortsetzung der Bismarckschen Politik mit den bisherigen Mitteln für ausgeschlossen halten. Seit diesem Jahre kommt in ihnen immer häufiger und immer überzeugter die Meinung zum Ausdruck, daß ein Krieg der Mittelmächte mit Rußland und Frankreich unvermeidlich sei.

Ganz im Beginn der bulgarischen Vorgänge, im Winter 1885, schließt der belgische Gesandte in London eine Betrachtung über die Schwierigkeiten, die Bismarck aus ihnen erwachsen würden, noch mit den Worten: „Wird es ihm dadurch, daß er die so entgegengesetzten Interessen seiner beiden Verbündeten in Einklang bringt, gelingen, einen Bund, der für den Frieden

der Welt notwendig ist, vor jeder Schwächung zu bewahren? Es ist ein großes Glück, daß nichts über die Kraft dieses mächtigen Politikers zu gehen scheint!“[1])

Aber ein Jahr später klingt das Urteil seines Kollegen in Berlin über Bismarcks Kampf mit den neuen politischen Mächten im Osten ganz anders, als er von den Rückwirkungen der bulgarischen Vorgänge auf den Zaren berichtet: „Deutschland hat sich an den Glauben gewöhnt, daß der Friede Europas durch den Einfluß des Fürsten Bismarck und durch seine Geschicklichkeit in der Lösung aller Schwierigkeiten der Außenpolitik gesichert ist. In dieser Überzeugung wurzelt das große Ansehen, das ihm die Macht gibt, mit der er das Reich regiert. Was in Petersburg vorgeht, enthüllt aber in Berlin, daß es für den Frieden Gefahren gibt, deren naturnotwendige Ursache sich unbedingt der Einwirkung des Kanzlers entzieht, und daß es nicht mehr in seiner Macht liegt, für die Ruhe Europas einzustehen[2]).“ Mit gespannter Aufmerksamkeit mußten gerade die belgischen Gesandten verfolgen, mit welchen Mitteln Bismarck aus dieser Zwangslage sich zu befreien suchen würde.

Bismarck hat Frankreich gegenüber in den letzten Jahren seiner Amtstätigkeit ein erstaunliches Maß von Geduld bekundet. Man denke nur daran, was allein das Jahr 1887 an Herausforderungen und Konfliktstoff brachte! Aber die Schnäbele-Affäre, die Boulangerschen Mobilisierungspläne, die Demonstrationen für Elsaß-Lothringen in der Madeleine, die unaufhörlichen Preßfehden zwischen deutschen und französischen Blättern gehörten für ihn zu den „Lappalien, um derentwillen einen großen nationalen Krieg zu entzünden oder auch nur wahrscheinlich zu machen“, er in seiner Reichstagsrede ruchlos nannte.

Einen neuen Krieg mit Frankreich hielt er dabei selbst für gewiß; nach einem Bericht aus Berlin äußert er Anfang 1887

[1]) «Parviendra-t-il en ménageant les intérêts si opposés de ses deux alliés à préserver de toute atteinte un accord nécessaire à la paix du monde? Fort heureusement rien ne paraît être au-dessus des forces de ce puissant politique.» London, 16. November 1885.

[2]) Anl. 14, S. 164 (Berlin, 31. Dezember 1886).

im vertrauten Kreise: „Ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ist unvermeidlich. Die Verträge von 1815 haben eine Wunde geschlossen und Europa ein halbes Jahrhundert Ruhe gegeben. Der Vertrag von Frankfurt hat nichts geheilt. Der Verlust von Elsaß und Lothringen ist eine blutende Wunde geblieben, aus der seit 16 Jahren das Revanchefieber Nahrung zieht. Frankreich hat nie aufgehört, sich für die Wiedereroberung dieser Provinzen vorzubereiten; es wartet nur auf günstige Umstände, um Deutschland anzugreifen[1])."

Der Gesandte in London weist 1886 darauf hin, daß es einmal eine Zeit gegeben habe, in der Bismarck hoffen konnte, zu einer dauernden Verständigung mit Frankreich zu gelangen; damit sei es nun endgültig vorbei. Mit der unversöhnlichen Feindschaft Frankreichs mußte er sich abfinden. Um so bedeutungsvoller wurde es für ihn, das Verhältnis Rußlands zu Deutschland auf eine Grundlage zu stellen, die Garantien für die Zukunft gab. „Er erkannte bald seinen Irrtum," fährt der Bericht aus London fort, „wechselte den Kurs und dachte nur noch daran, die Verbindung zwischen den drei Kaiserreichen fester zu ziehen. Seither ist die Erhaltung dieses Bundes seine ständige Sorge gewesen, und unaufhörlich hat er daran gearbeitet, ihn durch Beilegung der Schwierigkeiten, die bei jedem Anlaß die Orientfrage zwischen seinen beiden Verbündeten hervorruft, sicherzustellen. Wird es ihm gelingen, dieses Gleichgewicht noch lange aufrechtzuerhalten? Man tut in Petersburg, in Rom und Wien so, als ob man davon überzeugt wäre; in London glaubt man es nicht[2])."

Nach den belgischen Gesandtschaftsberichten hätte Bismarck gleich im Beginn der neuen Verwicklungen auf dem Balkan versucht, die bisherige Politik des Hinhaltens und des Ausgleiches der Gegensätze zwischen Österreich und Rußland, die man nach dem zitierten Bericht aus London auch dort für nicht mehr durchführbar hielt, aufzugeben und für einen der beiden Gegner zu „optieren". Der Gesandte in Wien berichtet im Dezember 1886, daß Bismarck in Gastein, als dort die durch

[1]) Anl. 15, S. 166 (Berlin, 28. Januar 1887).

[2]) Anl. 9, S. 152 (London, 20. Oktober 1886).

den Rumeliotenaufstand geschaffene Lage zwischen den Verbündeten besprochen wurde, „von neuem versucht habe, Österreich-Ungarn militärisch wie wirtschaftlich durch unauflösbare Bande an Deutschland zu fesseln", und erst als dieser Versuch am Widerstand Österreichs gescheitert sei, sich zu der Annäherung an Rußland und zu den Balkanabmachungen mit Giers in Franzensbad entschlossen habe, die die Grundlage für seine Balkanpolitik in der Folgezeit waren[1]). Der Gesandte hat bald darauf die Angaben dieses Berichtes mit Nachdruck bestätigt und dabei hervorgehoben, daß Bismarcks Hauptsorge gewesen sei, das drohende französisch-russische Bündnis zu verhindern; er habe aus dieser Befürchtung heraus Rußland freie Hand auf dem Balkan zugesichert[2]).

Die Anschauungen der Gesandten sind aber geteilt darüber, ob Bismarck erreicht habe, was er anstrebte: die Neutralität Rußlands in dem damals fast unvermeidlich scheinenden deutsch-französischen Kriege. Der Gesandte in Berlin glaubte, daß Deutschland durch Preisgabe des Orients an Rußland volle Bewegungsfreiheit nach Westen erkauft habe[3]). Aber aus Wien wurde berichtet, daß man dort daran zweifele[4]). Und sehr entschieden klingt, was der Gesandte in Petersburg berichtet: das russische Regierungsprogramm sei wohl, gute Beziehungen zu Deutschland zu pflegen, aber man denke nicht an eine Erneuerung der Allianz und werde eine Niederwerfung Frankreichs verhindern[5]); Rußland habe sich zu einer Politik der Selbstständigkeit entschlossen[6]).

Da der Inhalt des von Bismarck 1887 auf drei Jahre erneuten Rückversicherungsvertrages mit Rußland von 1884, auf den sich diese Mutmaßungen beziehen müssen, nicht bekannt ist, lassen sich die Angaben des Berliner Berichts nicht nachprüfen. Alle Möglichkeiten für die Zukunft sich offenzuhalten,

---

[1]) Anl. 13, S. 161 (Wien, 27. Dezember 1886).
[2]) Anl. 16, S. 169 (Wien, 30. Januar 1887).
[3]) Anl. 15, S. 166 (Berlin, 28. Januar 1887).
[4]) Anl. 20, S. 178 (Wien, 21. Februar 1887).
[5]) Anl. 25, S. 191 (Petersburg, 13. Mai 1887).
[6]) Anl. 29, S. 198 (Petersburg, 6. Juni 1887).

so lange es irgend ging, war wohl Bismarcks Ziel. Dazu gehörte, daß er seine eigentlichen Absichten verschleierte, und wie sehr ihm das gelang, geht aus den Gesandtschaftsberichten der Folgezeit deutlich hervor; denn die Mitteilungen über Bismarcks Pläne, die die Gesandten glaubten machen zu können, sind und bleiben unsicher und widersprechen einander häufig genug. Wenn aber eine persönliche Stellungnahme mit diesen Nachrichten verbunden wird, dann sind die Gesandten in dem Urteil einig, daß eine Preisgabe des Orients eine schwere Schädigung der europäischen Interessen sei. Diese Möglichkeit erscheint ihnen so ungeheuerlich, daß sie dem Kanzler einen solchen Plan nicht zutrauen möchten.

Charakteristisch dafür sind zwei Berichte des Gesandten in Berlin aus dem Jahre 1887. In dem ersten ist die Rede davon, wie sehr Bismarck einen Zusammenschluß Frankreichs und Rußlands fürchte; daran wird folgende Betrachtung geknüpft: „Das ist die Erklärung für die beiden politischen Programme, die dem Kanzler zugeschrieben werden. Das erste würde auf dem Balkan und selbst am Bosporus alle Konzessionen machen, die nötig wären, um Rußland von einem Bündnis abzuhalten. Eine solche Abkehr von den Traditionen Westeuropas scheint aber unerhört und macht ein anderes politisches Projekt des Kanzlers glaubhafter, der daran arbeiten würde, eine Liga zu bilden, die ein Gegengewicht zu einem Bündnis Rußlands und Frankreichs bilden würde; in die Liga würden Österreich, England, Italien, Rumänien und die Türkei mit den Balkanstaaten eintreten[1]).“

[1]) «C'est l'explication des deux politiques qui sont attribuées au chancelier.

La première ferait dans les Balkans et même sur le Bosphore toutes les concessions nécessaires pour détourner la Russie d'une alliance avec la France.

Un tel abandon des traditions de l'Europe Occidentale semble exorbitant et donne plus de vraisemblance à une autre politique du chancelier qui travaillerait à former une ligue d'opposition à l'alliance de la Russie avec la France, ligue dans laquelle entrerait l'Autriche, l'Angleterre, l'Italie, la Roumanie et la Turquie avec les États des Balkans.» Berlin, 25. Februar 1887.

Im Juli 1887 glaubt der gleiche Gesandte in ähnlichem Zusammenhang berichten zu können, daß die Gefahr beschworen sei: „Sehr sichere Informationen gaben mir das Recht, in meinen Berichten oft davon zu sprechen, daß in der Notwendigkeit, in der sich der Kanzler befand, ein Bündnis zwischen Rußland und Frankreich zu verhüten, eine Gefahr lag, da er dazu gezwungen sein konnte, sich Rußlands zu versichern, indem er ihm in Konstantinopel und auf dem Balkan Opfer oder Konzessionen brachte, die mit den Traditionen der alten europäischen Politik unvereinbar sind. Die wachsende Herrschaft der Panslawisten soll den Kanzler davon überzeugt haben, daß er von seiten Petersburgs keine Sicherheit zu erwarten habe, und daß ihm nichts übrig bliebe, als abzuwarten und zu lavieren. Es ist mir versichert worden, daß er augenblicklich mit England im engsten Einvernehmen handelt[1])."

Der Gesandte spricht noch von den freundschaftlichen Beziehungen des Grafen Herbert Bismarck zu wichtigen englischen Persönlichkeiten und vermutet, daß der Kanzler jetzt vielleicht die Ernennung seines Sohnes zum Botschafter in London plane, durch die die Solidarität der deutschen und der englischen Politik nachdrücklich betont werden würde. Wir wissen aus anderen Quellen, daß Bismarck gegen Ende des Jahres 1887 in der Tat durch Heranziehung Englands die Stellung des Dreibundes zu festigen suchte[2]). In den belgischen Berichten aus London ist eine Äußerung Lord Salisburys in

[1]) «Des informations très sûres m'ont autorisé à dire souvent dans mes rapports qu'il y avait un péril dans la nécessité où était le chancelier de prévenir une entente entre la Russie et la France puisqu'il pouvait être entraîné à s'assurer de la Russie en lui faisant à Constantinople et dans les Balkans des abandons ou des concessions incompatibles avec les traditions de l'ancienne politique Européenne. La domination croissante des panslavistes aurait fini par démontrer au chancelier que du côté de Pétersbourg il ne pouvait être assuré de rien, qu'il avait seulement à attendre et à louvoyer. Il m'est affirmé que pour le moment c'est avec l'Angleterre qu'il agit en concert parfait.» Berlin, 8. Juli 1887. — Dagegen ist zu vergleichen, was sich Crispi am 2. Oktober 1887 über Bismarcks Beurteilung der Orientfrage notierte (a. a. O., Seite 223).

[2]) Der Brief Bismarcks an Salisbury vom 22. November 1887 ist gedruckt bei Hammann, Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, 1919, Seite 238—246.

einer Unterhaltung mit dem Botschafter einer anderen Macht wiedergegeben, aus der zu erkennen ist, daß diese Heranziehung nur in sehr beschränktem Maße gelang[1]).

Nach den Gesandtschaftsberichten aus Berlin müßte man annehmen, daß Bismarck schon im Beginn des Jahres 1887 den Versuch einer Annäherung an England gemacht habe[2]). Greindl spricht 1888 ausdrücklich davon, daß England im Winter 1887/88 dem Dreibund hätte beitreten können, es aber vorgezogen habe,

[1]) «Dans la situation où nous sommes, a dit Sa Seigneurie, le Gouvernement de la Reine ne peut songer à contracter une alliance quelconque. Notre existence est précaire, car elle dépend de l'appui momentané que nous prête la fraction unioniste de nos adversaires habituels. Il nous est bien permis de chercher à résoudre certaines questions extérieures qui nous ont été léguées par nos devanciers, mais il nous est absolument interdit de poser un acte aussi important que le serait notre accession à la Triple-Alliance. Je dois ajouter toutefois que, si une guerre européenne venait à éclater, il serait de notre devoir, attendu nos intérêts dans la Méditerranée, d'empêcher que les côtes de l'Italie ne fussent exposées à des attaques qui auraient pour effet de paralyser complètement les ressources militaires de la Péninsule.» London, 3. Dezember 1887. — In einem anderen Bericht wiederholt der Gesandte: «Ni verbalement, ni par écrit le Gouvernement anglais ne s'est engagé à protéger par ses forces navales le littoral italien au cas où celui-ci serait menacé par les flottes françaises. Mais si cette éventualité venait à se présenter, l'Angleterre — mes renseignements me permettent de l'affirmer — n'hésiterait pas à intervenir en faveur de la Puissance qu'elle considère aujourd'hui comme sa plus sûre alliée.» London, 26. Februar 1888. — Lord Salisburys Antwort auf Bismarcks Schreiben ist soeben in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. Februar 1919 veröffentlicht worden.

[2]) «Le Prince de Bismarck assure que les relations de l'Allemagne avec la Russie sont très amicales. Un des nombreux accidents dont les Balkans et Constantinople ne cessent pas de menacer l'Europe, peut à tout instant rompre la bonne intelligence de Berlin avec St. Pétersbourg.

Il m'a été dit très confidentiellement qu'en prévision d'une telle rupture dont les conséquences s'aggraveraient par la faiblesse de l'organisation militaire de l'Autriche-Hongrie, le Chancelier s'est efforcé d'amener l'Angleterre à conclure une alliance avec l'Allemagne pour la sécurité de leurs intérêts communs.

Le Cabinet de Londres reconnaît cette solidarité d'intérêts." Elle doit diriger sa politique. Il promet le concours le plus efficace, mais il ne peut pas contracter d'engagements que l'opinion nationale désapprouverait.» Berlin, 18. Februar 1887.

„seine Handlungsfreiheit zu bewahren und die Vorteile der Friedensliga zu ernten, ohne dafür Verpflichtungen zu übernehmen". England werde, meint er, diese seine traditionelle Politik schwerlich aufgeben, und führt an, was vom deutschen Standpunkt aus gegen eine enge Verbindung mit England spreche[1]).

Es scheint, als wenn England, das bei dem Beginn der bulgarischen Wirren wohl nicht ganz unbeteiligt gewesen war, wie bereits bemerkt wurde, die Reibungen auf dem Balkan hat benutzen wollen, um Bismarcks politische Absichten zu durchkreuzen. Im Oktober 1886 macht der belgische Minister des Auswärtigen den Gesandten in London darauf aufmerksam, daß England sich bemüht habe, Verbündete für seine gegen Rußland gerichtete Politik zu gewinnen, aber in Wien sowohl, wie in Rom auf Ablehnung gestoßen sei[2]). Das würde nicht schlecht zu der „unverhüllten Billigung" passen, die das Vorgehen Alexanders von Battenberg nach einem Londoner Bericht in London gefunden hatte[3]); auch der Gesandte in Wien bestätigt, daß England vergeblich versucht habe, den Grafen Kalnoky zu einer selbständigen und energischen Politik gegenüber Rußland zu bewegen[4]).

[1]) Anl. 47, S. 238 (Berlin, 11. August 1888). — In dem Bericht wird Bismarcks Mißtrauen gegen England auf seine Abneigung gegen den Parlamentarismus zurückgeführt. Ähnlich heißt es in einem späteren Bericht aus Berlin: «Le chancelier n'aime pas l'Angleterre et n'a pas confiance en elle. Ce n'est un mystère pour personne. Il trouve qu'il n'y a pas moyen de faire de la politique suivie avec un pays dont le Gouvernement change au gré de la majorité parlementaire. Le Prince de Bismarck ne s'est pas gêné pour manifester ses sentiments au grand jour à propos des affaires Geffcken et Morier.» Berlin, 1. Februar 1889. — Dem steht eine andere Stelle in einem Bericht Greindls gegenüber, in der Bismarcks Kühle gegen England auf die „Kastanientheorie" zurückgeführt wird, der später noch eine so bedeutsame Rolle in der deutschen Politik bevorstand: «Il est depuis longtemps d'opinion que l'Angleterre, incapable d'attaquer la Russie, voudrait faire la guerre à cette puissance par personne interposée.» Berlin, 30. Juni 1888.

[2]) Anl. 8, S. 151 (Brüssel, 18. Oktober 1886).

[3]) Anl. 6, S. 147 (London, 25. August 1886).

[4]) Anl. 10, S. 153 (Wien, 25. Oktober 1886). Auch in den Berliner Berichten ist einmal von diesen Bemühungen Englands die Rede: «Il m'a

Sich von Deutschland trennen und mit England ein Bündnis eingehen, wollte man in Wien nicht; aber man hätte in dem Beitritt Englands zum Dreibund die sicherste Garantie für den Frieden gesehen, mußte sich freilich sagen, daß ein solcher Schritt von der englischen Diplomatie nicht zu erwarten war. Man traue Deutschland nicht ganz, seit Bismarck Österreich in der bulgarischen Frage seine Unterstützung versagt habe, meint der Gesandte in Wien in einem Bericht aus dem Mai 1888, der die innerpolitisch durch dreibundfeindliche Umtriebe der panslawistischen Tschechen, außenpolitisch durch die unterirdische Arbeit Rußlands auf dem Balkan schwer bedrängte Lage der Monarchie darlegt. Er betont, daß man in Wien bisher am Bündnis mit Deutschland festhalten wolle; aber bedenkliche Rückwirkungen der deutschen Politik auf Österreich glaubt er doch feststellen zu müssen: „Jedenfalls haben die Zugeständnisse des großen deutschen Kanzlers an Rußland, seine wiederholte Erklärung, daß Deutschland auf dem Balkan völlig uninteressiert sei, in der einzigen Frage, in der das Bündnis wirksam zur Verteidigung von Lebensinteressen der im Osten bedrohten Österreicher beitragen konnte, der moralischen Festigkeit dieses Bündnisses in gewissem Maße Eintrag getan[1])."

été dit confidentiellement que Lord Salisbury avait fait une ouverture au Cabinet de Vienne sur l'opportunité d'une alliance entre l'Autriche et l'Angleterre pour arrêter la Russie sur le chemin de Constantinople. Dès les premiers mots le Ministre autrichien se mit un doigt sur la bouche en disant: «Il n'est pas nécessaire de parler.» Berlin, 25. Februar 1887.

[1]) Anl. 39, S. 221 (Wien, 4. Mai 1888). Die Hoffnung auf die Unterstützung Deutschlands wird nach den Wiener Berichten erst durch Bismarcks große Reichstagsrede vom Januar 1887 zerstört; über ihre Wirkung berichtet er: «Le discours que vient de prononcer le Prince de Bismarck, a produit ici la plus vive émotion. Il constate de la façon la plus manifeste l'isolement de l'Autriche-Hongrie en face de la Russie dans le conflit oriental . . . On ne voulait pas se convaincre ici que cette alliance intime sur laquelle paraissait se baser la politique des deux grands États de l'Europe Centrale, allait faire si complètement défaut au seul moment où elle pouvait favoriser les intérêts essentiels de l'Autriche.» Wien, 13. Januar 1887. — Im Herbst stellt er fest, daß die Regierung die Notwendigkeit von Bismarcks Politik einsehe, wenn der Frieden erhalten bleiben solle; das Volk denke anders: «L'attitude de l'Allemagne poursuivant vis-à-vis de la

Darin lag ohne Frage eine sehr ernste Gefahr, die abzuwägen war gegen die Vorteile, die die von Bismarck bislang verfolgte Politik eines gewissermaßen verlängerten Provisoriums zu bieten versprach.

In dem Kapitel über den Panslawismus ist bereits darauf hingewiesen worden, daß zu allen übrigen Konfliktstoffen, die sich angesammelt hatten, seit 1887 noch wirtschaftliche Gegensätze kamen und ihr Teil dazu beitrugen, die beiden Völker gegeneinander aufzubringen.

Der Gesandte in Petersburg sah Bismarcks Maßnahmen gegen Rußland als die natürliche Folge des in Rußland eingeführten Absperrungssystems aller ausländischen Produkte an[1]). „Die vernichtenden Maßnahmen und die Erhöhung der Einfuhrzölle auf wichtige und zahlreiche deutsche Erzeugnisse berechtigten ohne Zweifel das Berliner Kabinett zu Vergeltungsmaßnahmen", urteilt ähnlich der Berliner Gesandte, der im gleichen Bericht auf die politischen Absichten hinweist, die Bismarck mit den Gegenmaßnahmen verfolge: „Der Kanzler will in Petersburg zu fühlen geben, daß Rußlands Kredit von Deutschland abhängig ist. Er erteilt dort diese derbe Lehre zu einer Zeit, wo Rußland seine alten deutschen Beziehungen einem Bündnis mit Frankreich zu opfern geneigt ist, wo es in Paris eine Anleihe unterzubringen sucht, zu der eine völlig verfahrene finanzielle Lage und die Kriegspläne der Panslawisten es treiben[2])."

Russie une politique en apparence peu en harmonie avec les liens qui l'unissent à l'Autriche, ne laisse pas que de froisser plus ou moins l'opinion publique ici.» Wien, 7. September 1887.

[1]) Anl. 42, S. 227 (Petersburg, 19. Juni 1888).

[2]) Anl. 31, S. 201 (Berlin, 22. Juli 1887). — Ähnlich heißt es in einem anderen Berliner Bericht über die Beziehungen zu Rußland: «Les rapports entre les deux Gouvernements sont toujours très amicaux. . Dans l'opinion du Chancelier ils peuvent et ils doivent conserver ce caractère, indépendamment des mesures économiques et de gouvernement intérieur que chacun des deux états juge devoir prendre pour la protection de ses intérêts. Le chancelier pense qu'il y a trop de valeurs russes en Allemagne et il détourne l'Allemagne d'en recevoir davantage. Du même coup il entrave la conclusion d'un nouvel emprunt russe qui fournirait aux panslavistes les moyens de se jeter dans des aventures.» Berlin, 11. Mai 1888. — «Il y a quatre jours, le Chancelier disait à un confident que l'Allemagne

Es war ein verzweifeltes Spiel aus diesem Wirtschaftskampf geworden. Das nach Rußland strömende Geld drohte der Macht zugute zu kommen, die immer offener ihr deutschfeindliches Wesen zur Schau trug, und andererseits konnte wieder das Geldbedürfnis Rußlands es zwingen, zunächst wirtschaftliche Bindungen mit Frankreich einzugehen, wenn Bismarck ihm den deutschen Markt dauernd sperrte, denen politische zu folgen drohten. Daß gleichzeitig besondere Maßnahmen gegen die Einreise von Franzosen in elsaß-lothringisches Gebiet durchgeführt wurden, die in Frankreich sehr böses Blut machten, erhöhte noch die Bedenklichkeit dieser Vorgänge. Die russische Presse hat gewiß nicht unrecht gehabt, wenn sie, wie ein Bericht aus Petersburg erwähnt, der Meinung war, auf diese Weise würden Franzosen und Russen in der gemeinsamen Empörung über den mächtigen Nachbarn geeint[1]). Das hat sich sehr bald gezeigt, wie bereits oben gesagt worden ist[2]). Schon im Jahre 1888 ist die erste große russische Anleihe in Paris aufgelegt worden. Nun war das bei der russischen Finanzlage sehr bedeutungsvolle Band der wirtschaftlichen Abhängigkeit Rußlands von Deutschland zerrissen; Berlin hatte die Führung und Herrschaft über die russischen Finanzen an Paris abgetreten. Das war die erste große Niederlage Bismarcks, deren folgenschwere Bedeutung erst die Zukunft in ihrem ganzen Umfange erkennen ließ.

So blieb denn von den Fäden, die früher Rußland und Deutschland miteinander verbunden hatten, nichts übrig als die Beziehungen der Herrscher zueinander. Aber wie wenig darauf zu bauen war, das zeigen die Äußerungen des Kanzlers und des Grafen Herbert Bismarck, die der Gesandte in Berlin nach dem Besuch des Zaren am deutschen Kaiserhofe im November 1887, bei dem

---

et la Russie s'égratignent et s'embrassent en même temps. Il maintient le droit pour chacun des deux États de ne tenir compte que de ses intérêts dans son administration intérieure, sans que les relations extérieures doivent en être atteintes.» Berlin, 18. Mai 1888. — Vgl. auch Anl. 51, S. 247, (Berlin, 17. November 1888).

[1]) Anl. 40, S. 223 (Petersburg, 28. Mai 1888).

[2]) s. o. S. 55.

die Erneuerung des Geheimvertrages hatte vollzogen werden können, wiedergibt[1]). „Man müßte jeder Voraussicht bar sein, wenn man nicht zugeben wollte, daß das Deutsche Reich der Gefahr ausgesetzt ist, gleichzeitig von Ost und West angegriffen zu werden", erklärte Bismarck damals im Vertrauen seiner Umgebung[2]). Was aber sollte werden, wenn der greise Kaiser die Augen schloß und Kaiser Friedrichs Schicksal sich so bald entschied, wie die Eingeweihten es erwarteten?

Mit welchem Mißtrauen man der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms II. in Rußland entgegensah, hat der belgische Gesandte wiederholt von dort berichtet[3]). Er meint, daß die ausgedehnten militärischen Maßnahmen auf russischer Seite sich aus diesen Befürchtungen erklären; man bereite sich auf die schlimmsten Möglichkeiten vor[4]), die Zwischenzeit der scheinbar abwartenden Haltung habe diese Vorkehrungen nur maskieren sollen[5]).

Das war die Lage der deutsch-russischen Beziehungen, als im Juli 1888 der junge Kaiser seinen ersten Besuch in Peterhof machte. Ließen sich, wenn schon eine weitgehende Entfremdung zwischen den beiden Reichen eingetreten war, und in Rußland, wie wir sahen, der Panslawismus anmaßender denn je auftrat, durch die persönlichen Beziehungen der Höfe die auseinanderstrebenden Elemente zusammenhalten?

Von den gleichzeitigen belgischen Berichten werden diese Bemühungen für aussichtslos gehalten. Greindls Urteil — davon wird noch zu sprechen sein — deckt sich darin völlig mit dem des Petersburger Gesandten, der die große Heerschau des Panslawismus in Kiew dem Kaiserbesuch gegenübergestellt hatte, der kaum 14 Tage vorher stattgefunden hatte, und zu dem Ergebnis gekommen war: „Wenn das eine Ereignis Veranlassung zu gegenseitigen Versicherungen von Frieden und Freundschaft

---

[1]) Anl. 34, S. 207 (Berlin, 9. Dezember 1887).

[2]) «Il faudrait être dénué de toute prévoyance pour ne pas reconnaître que l'Empire Allemand est exposé au danger d'être attaqué simultanément à l'Est et à l'Ouest.» Berlin, 16. Dezember 1887, vgl. Anl. 33, S. 206.

[3]) Anl. 38, S. 218 (Petersburg, 6. April 1888).

[4]) Anl. 43, S. 229 (Petersburg, 22. Juni 1888).

[5]) Anl. 42, S. 227 (Petersburg, 19. Juni 1888).

von seiten der Herrscher gab, so kann im Gegenteil das andere den Beweis dafür erbringen, daß Rußland wohl bereit ist, die wohlwollende Haltung Deutschlands auszunutzen, aber auf keinen seiner jahrhundertealten Ansprüche zu verzichten gedenkt[1])". Der Gesandte führt in zwei weiteren Berichten aus, daß es sich um ein Täuschungsmanöver von seiten Rußlands handle; in Wahrheit rechne man auf die stille, von Petersburg ausgehende Arbeit der Revolution in Bulgarien, die Rußland auf dem Balkan wieder einen Schritt weiterführen solle: „Bis dahin", heißt es in einem Bericht vom 27. August 1888, „verschließt sich das moskowitische Kabinett wie immer in der Reserve, die seine abwartende Politik kennzeichnet. Diese Haltung hat ihm bisher viel zu glückliche Erfolge gebracht, als daß es sie ohne Ursache aufgeben sollte. Da seine Ansprüche auf dem Balkan bekannt sind, so überläßt es, bis auf Widerruf, den fremden Mächten die Sorge, sie zu verwirklichen, überzeugt, daß auf die Dauer alles schließlich sich nach seinen Wünschen gestalten wird[2])."

Der Trinkspruch des Zaren auf den Fürsten von Montenegro als den „einzigen wahren Freund Rußlands" im Sommer 1889 zeigte, wie wenig dauernd die Wirkung des Kaiserbesuches auf den Zaren gewesen war. Greindl glaubt, daß auch Enttäuschung über Deutschlands Haltung im Spiele sei: „Ich glaube, daß man sich in Rußland große Illusionen über die Ergebnisse des Besuches des Deutschen Kaisers in Petersburg gemacht hat. Man hat nicht nur auf Deutschlands Enthaltung in den Orientfragen und auf die Erteilung von Ratschlägen zur Mäßigung in Wien, an denen es nicht gefehlt hat, gerechnet, sondern auf einen Druck, auf den zu hoffen töricht war[3])."

Genau so äußert sich ein Jahr später der Gesandte in Petersburg, als er in einem Bericht die politische Bedeutung des Gegen-

---

[1]) Anl. 46, S. 234 (Petersburg, 7. August 1888).

[2]) Anl. 49, S. 242 (Petersburg, 27. August 1888). — Anl. 48, S. 239 (Petersburg, 13. August 1888). — Ebenso beurteilt Greindl die russische Politik, wie aus der S. 32 angeführten Stelle aus einem Bericht vom 16. Februar 1889 hervorgeht.

[3]) Anl. 56, S. 255 (Berlin, 6. Juni 1889).

besuches in Berlin abschätzt, zu dem der Zar sich im Oktober 1889 nach längerem Schwanken entschloß[1]). Bis zu welch eisiger Kälte die deutsch-russischen Beziehungen gelangt waren, geht aus Greindls Schilderungen der Kaiserbegegnung hervor[2]), von der er genau so wenig Bleibendes sich versprach wie sein Petersburger Kollege: „Alles läuft auf eine persönliche Annäherung der Herrscher hinaus. Das ist schon etwas, aber nicht genug. Ich habe bereits im voraus Ihnen geschrieben, aus welchen Gründen ich diesem Ereignis die allergeringste politische Bedeutung beimesse, und ich glaube nicht, daß das gute Einvernehmen fest und dauernd ist[3])." Wie mühselig die Fiktion gegenseitigen Vertrauens zwischen Deutschland und Rußland nur noch aufrechtzuerhalten war, davon gibt einen Begriff, was Greindl kurz nach dem Besuch des Zaren nach Brüssel berichtet: „Der Zar ist mit der Überzeugung hierhergekommen, daß Deutschland einen Angriff gegen ihn vorbereite. Es ist kaum zu verstehen, wie Seine Majestät so falsch informiert sein und sich so völlig über Zweck und Absichten des Dreibundes täuschen kann. Die Unterredung des Zaren mit dem Fürsten Bismarck wird also von großem Nutzen gewesen sein, weil sie zur Beseitigung dieses seltsamen Vorurteils gedient haben wird, wenigstens für eine gewisse Zeit und bis Seine Majestät wieder dem Einfluß der Panslawisten erlegen ist[4])."

Immerhin kann Greindl bei einer Besprechung der internationalen Lage gegen Ende des Jahres feststellen: „Die Pan-

[1]) «L'entrevue des deux Empereurs n'a pas fait disparaître la défiance qu'on éprouve généralement vis-à-vis de la politique allemande. Si le prince de Bismarck, dit-on, veut sincèrement rétablir les relations sur l'ancien pied d'amitié, il doit le prouver par des actes et non par des paroles. Qu'il emploie son influence à faire exécuter loyalement le traité de Berlin et à faire cesser le régime illégal existant en Bulgarie, nous croirons alors à sa sincérité. Mais nous ne nous laisserons plus leurrer par la prétendue non ingérence ou indifférence du Gouvernement allemand à l'égard de ce qui se passe ou se fait dans la péninsule balkanique, qui n'est autre chose que la liberté d'action garantie à l'Autriche.» Petersburg, 1. November 1889.

[2]) Anl. 60, S. 261 (Berlin, 12. Oktober 1889).

[3]) Anl. 61, S. 264 (Berlin, 15. Oktober 1889).

[4]) Anl. 62, S. 264 (Berlin, 23. Oktober 1889).

slawisten halten sich still und scheinen den Augenblick nicht für günstig zu halten zu einem Versuch, den Einfluß auf den Zaren wiederzugewinnen, den sie seit der Berliner Fürstenbegegnung eingebüßt haben[1])." Greindls Prüfung der politischen Einzelfragen in diesem Bericht, der an eine sehr optimistische Ansprache des Königs von Italien bei der Parlamentseröffnung anschließt, ergibt ein sehr günstiges Gesamtbild. Ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland hält er für unwahrscheinlicher denn je. Und doch warnt er davor, den erkennbaren Fortschritt zu überschätzen, wie auch der König von Italien die Einschränkung gemacht habe, daß nicht alle Fragen gelöst wären. Sie seien in der Tat nur vertagt, meint Greindl, und weist auf die Truppenanhäufungen an der russischen Westgrenze und die Heeresausgaben in Deutschland und Italien hin: „Alles das würde wenigstens überflüssig sein, wenn man den Frieden für endgültig gesichert halten würde. Er ist es in Wahrheit nur durch die Stärke des Dreibundes, aber es ist schon viel, daß dieser einen Erfolg verzeichnen und uns noch für einige Zeit die Fortdauer der Ruhe garantieren kann, deren wir uns erfreuen[2])."

Das dornenvollste von diesen nicht gelösten, sondern nur vertagten Problemen war das Balkanproblem. Unabhängig von allen Schwankungen in den politischen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland und dem Auf und Nieder der Sympathien und Antipathien im Verkehr ihrer Herrscher vollzog sich dort eine langsame Umwälzung der Verhältnisse zu ungunsten der Dreibundmächte. Im Juni 1889 berichtet Greindl, daß auch im Berliner Ministerium des Auswärtigen diese Vorgänge Besorgnis erregen: „Man kann noch die Ränke der Panslawisten in Rußland selbst im Zaume halten, aber in den Balkanstaaten sind sie nahezu die Herren, die sich nach ihrem Gutdünken eine Konfliktursache schaffen können. Wenn die Lage in Bulgarien gut ist und sich in Rumänien gebessert hat,

[1]) Anl. 63, S. 265 (Berlin, 30. November 1889).

[2]) Anl. 63, S. 265 (Berlin, 30. November 1889). — Greindl ist nicht müde geworden, auf die Bedeutung des Dreibundes für den Frieden in seinen Berichten hinzuweisen; man vgl. z. B. Anl. 56, S. 255. Berlin, 6. Juni 1889.

so muß man doch erkennen, daß sie in Serbien und Montenegro schlechter und schlechter wird[1])."

Wie Rußland im stillen längst Minen gelegt hatte, die zu günstiger Stunde des Koburgers Regierung in Bulgarien in die Luft sprengen sollten, ist schon erwähnt worden[2]). Seit 1888 aber werden in diese gärende politische Unruhe auch Rumänien und Serbien hineingezogen.

In einigen Berichten aus Wien wird dargestellt, wie diese Vorgänge in wachsendem Maße Österreich bedrohten und dort eine tiefgehende Beunruhigung hervorriefen. „Wenn König Milan (von Serbien) und König Karl von Rumänien auch Österreich-Ungarn treu ergeben bleiben, so weiß man doch, daß leider diese Herrscher schwerlich auf Unterstützung ihrer Völker rechnen könnten an dem Tage, wo sie, im Falle ernster Verwicklungen auf dem Balkan, sich mit dem Geschick der österreichisch-ungarischen Monarchie verbinden wollten[3])." Der Regierungswechsel in Serbien und des Zaren Trinkspruch auf den Fürsten von Montenegro mußten diese Besorgnisse in Wien aufs höchste steigern. „Seit der Abdankung König Milans", schreibt der belgische Geschäftsträger in Wien, „hat man hier unablässig mit Unruhe die Sturmwolken beobachtet, die sich allmählich an den Hängen des Balkan ansammeln, und die Ansprache dessen, den die Slawen als den Ersten ihrer Rasse betrachten, hat wie ein Donnerschlag inmitten dieses wolkenverhängten Himmels gedröhnt[4])." Noch ernster ist das Stimmungsbild aus Wien, das der Gesandte wenige Tage später entwirft. Man faßte nach diesem Bericht in Wien alle diese Vorgänge als Vorbereitungen zu einem entscheidenden Kampfe auf, den Rußland für das kommende Frühjahr plane und „dessen Ausgang die Eroberung des Bosporus, diesen Traum aller Russen, sichern würde[5])".

[1]) Anl. 57, S. 256 (Berlin, 14. Juni 1889).

[2]) s. o. S. 72. Vgl. Anl. 46, S. 234 (Petersburg, 7. August 1888). Anl. 48, S. 239 (Petersburg, 13. August 1888). Anl. 49, S. 242 (Petersburg, 27. August 1888). Anl. 50, S. 244 (Petersburg, 11. September 1888).

[3]) Anl. 39, S. 221 (Wien, 4. Mai 1888).

[4]) Anl. 55, S. 253 (Wien, 3. Juni 1889).

[5]) Anl. 58, S. 257 (Wien, 19. Juni 1889).

Baron Greindl, der im Frühjahr 1888 den Posten des belgischen Gesandten in Berlin übernommen hatte, verfolgte die Zuspitzung der Lage auf dem Balkan mit größter Aufmerksamkeit. Daß im Balkanproblem der Angelpunkt der ganzen Bismarckschen Politik dieser Jahre lag, hat er mit großer Klarheit erkannt und sich vom Beginn seiner Berliner Tätigkeit an ein eigenes Urteil über die Lage, in der sich die deutsche Politik befand, zu bilden gesucht. Nach seinen Informationen suchte Bismarck 1888 den für die Zukunft drohenden Konflikt zwischen Rußland und Österreich dadurch aus der Welt zu schaffen, daß er den alten Plan einer Teilung des nahen Orients in Interessensphären zwischen den Nächstbeteiligten wieder empfahl; Serbien würde danach Österreich, Bulgarien Rußland zugewiesen werden. Auch von den Bemühungen des Kanzlers, in Wien Glauben dafür zu finden, daß eine russische Festsetzung in Konstantinopel die Interessen Österreich-Ungarns nicht ernstlich schädigen würde, spricht der Gesandte. Er fand die Begründung wenig stichhaltig, daß Deutschland derartige Zugeständnisse an Rußland machen könne, weil sie doch am Widerstand Englands und Italiens scheitern müßten, glaubte aber diese Mitteilungen nicht anzweifeln zu können, weil sie doch zu bestimmter Natur seien[1]).

Nach seiner Ansicht mußten die Versuche Bismarcks, der „Option" zwischen Rußland und Österreich zu entgehen, vergeblich bleiben, konnte Deutschland seine Zurückhaltung in den Orientfragen nicht mehr lange durchführen. „Wird die Sicherheit Deutschlands selber", fragt er in einem Bericht, „es nicht zwingen, sich Bestrebungen entgegenzustellen, deren Ziel es ist, die Macht seines nördlichen Nachbarn durch Eroberung der Türkei kolossal zu vermehren[2])?"

Greindl sah ein starkes Deutschland als Mittelpunkt des Dreibundes, „der Friedensliga", wie er ihn so oft nennt, als notwendig für den Frieden und für das Wohl seines Vaterlandes an. Deutschland und Österreich-Ungarn erschienen ihm als unlösliche Einheit; die Stärke des einen betrachtete er als die

[1]) Anl. 45, S. 232 (Berlin, 30. Juni 1888).
[2]) Anl. 41, S. 225 (Berlin, 9. Juni 1888).

des anderen Teiles. Was in den Jahren 1888 und 1889 sich auf dem Balkan abspielte, betrachtete er deshalb immer in seinen Rückwirkungen auf den Dreibund; nach einem kurzen Blick auf die Vorgänge in Rumänien und Serbien schreibt er schon im Juli 1889: „Das alles vermag ohne Zweifel den Dreibund, der auf dem Einvernehmen der Herrscher, der Kabinette, der Gesamtheit der Deutschen und der Mehrheit der Völker in Italien und Österreich-Ungarn beruht, nicht zu sprengen, nicht einmal zu erschüttern; keine der angedeuteten Erscheinungen hat an und für sich große Bedeutung; aber in ihrer Gesamtheit betrachtet, lassen sie erkennen, wieviel die Mächte Mitteleuropas in den letzten Monaten eingebüßt haben[1])."

In einem anderen Bericht zählt er das ganze Sündenregister des Panslawismus gegenüber Deutschland auf, weist darauf hin, daß Deutschland durch seine Verträge gebunden sei für den Fall, daß Rußland der Angreifer sei, und daß die panslawistische Partei eine Macht sei, der auch der Zar sich nicht entziehen könne und die Deutschland viel zu sehr hasse, als daß eine enge Verbindung mit Deutschland möglich sei; zu alledem kämen noch andere Erscheinungen hinzu. „Um abzuschätzen, was der Dreibund an Boden verloren hat," schließt er, „muß man auch den Widerstand berücksichtigen, den ihm die italienischen und ungarischen Radikalen entgegensetzen, den jüngsten Wahlerfolg der Jungtschechen in Böhmen und das immer deutlicher hervortretende Schmollen des Hofes und der Regierung in Rußland. Also durch die Macht der Verhältnisse, die viel stärker als der Wille der Herrscher und der Kabinette, viel wirksamer als Verträge sind, wird Deutschland gezwungen werden, die zuverlässige Freundschaft Österreichs dem unsicheren Bündnis mit Rußland vorzuziehen, trotz der Vorteile, die Deutschland im Interesse der deutschen Einheit aus der Auflösung des österreichischen Kaiserreiches erwachsen würden[2])".

Endlich im Sommer 1889 glaubt Greindl Ansätze zu einer entschiedeneren Politik erkennen zu können, die er damals Bismarck zuschrieb. Erst nach dem Ausscheiden des Kanzlers

[1]) Anl. 59, S. 259 (Berlin, 13. Juli 1889).
[2]) Anl. 44, S. 230 (Berlin, 23. Juni 1888).

aus dem Amt wurde ihm klar, daß Bismarcks Pläne ganz andere gewesen waren. Er verzeichnete diese Anzeichen mit dem Gefühl der Befriedigung und Befreiung; denn sie entsprachen genau den Anschauungen, denen er in seinen Berichten nach Brüssel Ausdruck gegeben hatte. Als ihr Ziel sah Greindl die Festigung des mitteleuropäischen Blockes an. Man habe, meint er, in Berlin eingesehen, daß jede Annäherung an Rußland an dessen Forderungen scheitern müsse und knüpfe nun durch den Kaiserbesuch in London Beziehungen zu England an; dadurch werde die Situation von Grund aus geändert, da man, solange Salisbury am Ruder sei, nicht gleichzeitig Rußlands und Englands Freund sein könne[1]). Kaiser Wilhelms Reise nach Konstantinopel faßt er als zweiten Schritt in dieser neuen politischen Richtung auf, die von der Einsicht bestimmt sei, daß die Fortschritte des Panslawismus auf dem Balkan Deutschland vor die lange hinausgeschobene Entscheidung gestellt und die bisher von Bismarck vertretene Teilung in Interessensphären unmöglich gemacht habe. Bulgarien sei wohl als Barriere gegen den Panslawismus auf dem Balkan gedacht; die Türkei solle mit deutscher Unterstützung sich vom russischen Einfluß freimachen[2]).

Hatte Greindl recht, wenn er schon aus diesen Anzeichen auf eine neue Politik, einen neuen Kurs, schloß? Jedenfalls war er im Irrtum, wenn er damals diesen „Neuen Kurs" auf Bismarck zurückführte. Darüber konnte es bald, nachdem am 20. März 1890 dem Kanzler die Zügel des Reiches aus der Hand genommen waren, keinen Zweifel mehr geben; dafür sorgte der Kampf, den Bismarck nach seinem Rücktritt gegen den neuen Kurs

[1]) Der Wortlaut von Greindls Bericht (Berlin, 23. August 1889) kann nicht mitgeteilt werden, da die Kopie unbrauchbar geworden war.

[2]) Auch dieser Bericht (Berlin, 5. Oktober 1889) kann aus dem gleichen Grunde nur in Inhaltsangabe angeführt werden. Es heißt in ihm, die Erfahrung habe gezeigt, daß die persönlichen Beziehungen zwischen Kaiser Wilhelm I. und Alexander II. nötig waren «pour maintenir l'entente cordiale entre deux États dont l'un, satisfait du partage politique de l'Europe, veut énergiquement la paix et dont l'autre a des aspirations dont la réalisation n'est possible, que le Czar s'en rende compte ou non, que par la guerre et la conquête.»

eröffnete, der sich in der Tat etwa in der Richtung zu bewegen schien, die Greindl schon 1889 glaubte erkennen zu können.

Greindl hat sich anfänglich dagegen gewehrt zu glauben, daß hinter den Angriffen auf die neue Regierung in den „Hamburger Nachrichten" und an anderen Stellen der Kanzler selbst stände. Als es endlich einen Zweifel nicht mehr geben konnte, hat er in überaus scharfer Weise in seinen Berichten gegen das Vorgehen Bismarcks Stellung genommen, in dem er nichts als Rachsucht und Haß gegen seinen Gegner sah[1]), und immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Fronde die innere Einheit des Reiches gefährdet und die Außenpolitik der neuen Regierung auf Schritt und Tritt erschwert werde. Er ist bei dieser Kritik wiederholt auf das Balkanproblem zurückgekommen, als den Kernpunkt der Ostfragen, deren völlig abweichende Beurteilung den wesentlichen Unterschied zwischen altem und neuem Kurse ausmachte. Besonders in drei großen Berichten aus den Jahren 1892 und 1893 hat er sich über die Gesamtlage im Osten geäußert, mit der sich die Politik des neuen Kurses abzufinden hatte[2]), und den Zusammenhang mit der inzwischen eingetretenen Annäherung von Rußland und Frankreich erörtert. Die Grundzüge seiner Anschauungen lassen sich in Kürze etwa wie folgt zusammenfassen:

Die Erkaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland geht auf den Berliner Kongreß zurück; Bismarcks Politik ist nicht ganz ohne Verantwortung dafür, daß allmählich eine russische Gefahr für Deutschland entstand[3]). Da

---

[1]) Es wäre von großem, geschichtlichen Interesse gewesen, das belgische Material für die Bismarckepoche auszuwerten. Hier sei nur auf zwei Stellen hingewiesen: «L'agitation provoquée par l'ex-chancelier n'a donc qu'un caractère de mesquine vengeance.» Berlin, 25. Juni 1892. — «Il n'est pas scrupuleux, comme vous l'avez vu, sur le choix des moyens. Il travestit à sa façon l'histoire et va jusqu'à contredire son passé pour nuire à ses adversaires.» Berlin, 3. August 1892. Vgl. Vorwort.

[2]) Anl. 93, S. 308 (Berlin, 30. März 1892. — Anl. 94, S. 310 (Berlin, 27. Juni 1892). — Anl. 97, S. 316 (Berlin, 24. April 1893).

[3]) Zur Ergänzung für diesen Teil seiner Darlegungen sei auf eine Stelle aus einem anderen Bericht Greindls hingewiesen: «A l'époque de la dernière

der Kanzler sich der Option zwischen seinen beiden Verbündeten Österreich und Rußland entziehen wollte, suchte er Deutschland aus dem Spiel zu halten bei dem Ringen, das zwischen ihnen auf dem Balkan anhob. Durch die Fortschritte des Panslawismus in den Balkanstaaten wird nicht nur Ungarn, sondern auch Österreich so unmittelbar in seinem Bestande bedroht, daß die Erhaltung der Selbständigkeit der Balkanstaaten für die Doppelmonarchie eine Existenzfrage ist. An deren Großmachtstellung ist wieder Deutschland aufs unmittelbarste interessiert. Bismarcks Aufschieben der Option wurde außerdem aus zwei Gründen mit der Zeit gefährlich, erstens, weil Österreich sich fragen mußte, ob es Deutschlands sicher war, und zweitens, weil Rußland durch die Haltung Deutschlands in seinen Plänen ermutigt wurde. Darum gab Caprivi das Bismarcksche Doppelspiel auf und stellte sich entschlossen auf die Seite Österreichs. Der Gegensatz zu Österreich, der auch durch eine Preisgabe Konstantinopels nicht zu bannen gewesen wäre, hat die seit 1872 von Frankreich gesuchte Annäherung zwischen Rußland und Frankreich zur Folge gehabt: „Aber weder der Kaiser noch Graf Caprivi tragen

guerre d'Orient il a retenu l'Angleterre prête à prendre part au conflit. Le Prince Gortschakow ne lui en a pas été reconnaissant, et c'est alors que le Prince de Bismarck a conclu comme pis aller l'alliance avec l'Autriche.

En 1885, le Prince de Bismarck a de nouveau empêché la guerre entre l'Angleterre et la Russie, lorsqu'elle était sur le point d'éclater à propos de l'Afghanistan. C'est à son instigation que l'Autriche et l'Italie ont déclaré à Constantinople que le passage des Dardanelles accordé à la flotte anglaise serait considéré par elles comme une violation de la neutralité de la Turquie. Elles mettaient ainsi à couvert la Mer Noire, le seul point par où la Russie soit vulnérable.

Il eût été pourtant si simple de laisser saigner à blanc son adversaire éventuel de l'Est par des guerres qu'il n'avait pas provoquées, qui ne concernaient pas l'Allemagne et dont on n'eût pas même pu lui garder rancune à St. Pétersbourg.

Le Prince de Bismarck n'a pas recueilli les fruits des immenses services rendus à la Russie, parce qu'il les entremêlait de taquineries, telles que l'interdiction à la banque de l'Empire de prêter sur fonds russes, édictée la veille de la visite de l'Empereur de Russie à Berlin. Il voulait faire sentir à St. Pétersbourg qu'il était toujours le maître, comme il s'assurait l'obéissance de l'Autriche en laissant entrevoir qu'il pourrait changer de système et s'entendre avec la Russie.» Berlin, 2. Mai 1891.

dafür die Verantwortung. Sie haben nur das Erbe einer Lage übernommen, die schon unter dem alten Regime geschaffen war, und sie haben nichts unterlassen, um sie zu bessern. Wenn ihnen das Gelingen dabei versagt blieb, so ist es deshalb, weil die Verhältnisse stärker sind als die Menschen, und weil der unvermeidliche Gegensatz zwischen Österreich und Rußland im Orient es unmöglich macht, gleichzeitig Verbündeter des einen und Freund des anderen zu sein[1])."

Als Greindl diese Berichte schrieb, wußte er noch nichts davon, daß im Jahre 1890 der Rückversicherungsvertrag, der seit 1887 zwischen Deutschland und Rußland bestand, erloschen und ein Versuch von russischer Seite, ihn zu erneuern, an der Ablehnung der deutschen Regierung gescheitert war. Er hätte vermutlich sich nur noch entschiedener auf die Seite des „neuen Kurses" gestellt. Denn er hat den Rückversicherungsvertrag mit scharfen Worten als illoyal und gefährlich bezeichnet, als er durch

[1]) Das Zitat ist dem Bericht aus Berlin vom 27. Juni 1892 (Anl. 94, S. 310) entnommen. Greindls Urteil deckt sich sachlich völlig mit dem des Gesandten in Wien, der in einer Kritik des bekannten Bismarck-Interviews in der „Neuen Freien Presse" beim Wiener Aufenthalt des Altreichskanzlers, nach Brüssel schreibt: »Logiquement il est impossible à un Etat de pratiquer officiellement envers un autre Etat à la fois une politique de confiance et une politique de défiance. Historiquement le lien amical qui unissait l'Allemagne et la Russie, a été rompu par le traité de Berlin, œuvre de M. de Bismarck qui trouvait nécessaire, dès l'année suivante, de conclure l'alliance austro-allemande à laquelle succéda bientôt la ligue italo-germano-autrichienne. C'est M. de Bismarck qui interdit la cote des fonds russes à la Bourse de Berlin. Ces faits sont présents à la mémoire de tous. M. de Bismarck ne fera croire à personne un peu au courant des affaires que, malgré les coquetteries que la Russie lui prodigue aujourd'hui, si une guerre éclate entre ce pays et l'Allemagne, sa retraite en est la cause. Je puis ajouter que les diplomates russes, M. de Nelidow en tête (j'ai eu l'occasion de le constater mainte fois dans ma correspondance de Constantinople), ne cachaient pas depuis des années la défiance de l'Empire moscovite à l'égard de l'Allemagne, et ils accusaient ouvertement M. de Bismarck de duplicité. Mais les confidences faites au journaliste de la Neue Freie Presse révèlent que M. de Bismarck n'a jamais eu qu'un but: la grandeur de l'Allemagne et que, s'il s'entendait à jouer de l'Italie contre la France et de la Russie contre l'Autriche, c'était pour assurer sans conteste la prépondérance de sa patrie.« Wien, 29. Juni 1892.

Bismarcks Veröffentlichung in den Hamburger Nachrichten am 24. Oktober 1896 bekannt wurde[1]).

Den Hinweis darauf, daß das Abkommen in erster Linie gegen England gerichtet gewesen sei, mit dem die Hamburger Nachrichten vom 7. November 1896 Einwendungen dieser Art zu entkräften suchten, hat er nicht gelten lassen. In einem Bericht vom 11. November 1896 glaubt er versichern zu können, der Rückversicherungsvertrag habe Rußland auf dem Balkan so weitgehende Vorrechte eingeräumt, daß Österreich-Ungarn unter allen Umständen durch ihn benachteiligt worden wäre[2]).

---

[1]) «On pourrait soutenir à la rigueur, qu'une entente purement défensive comme la Triple-Alliance n'exclut pas un engagement de même nature avec une autre Puissance. Il y a néanmoins quelque chose de déloyal à le contracter à l'insu d'un allié. Une telle politique pouvait convenir au Prince de Bismarck peu scrupuleux sur le choix des moyens, mais devait répugner à la droiture de l'Empereur Guillaume II et de l'Ex-Chancelier. Ces prétendues finesses ne sont pas même habiles. Elles éveillent la défiance de ceux dont on veut se ménager l'amitié par de pareils compromis. La preuve en est que les relations entre l'Allemagne et la Russie sont beaucoup meilleures aujourd'hui que pendant les dernières années de l'administration du Prince de Bismarck.» Berlin, 28. Oktober 1896.

[2]) «Je suis en mesure de vous donner quelques détails inédits sur le traité secret entre l'Allemagne et la Russie. Comme le Gouvernement Impérial garde au sujet de cette affaire un mutisme absolu, je n'ai pas le moyen de les contrôler, aussi je ne vous les transmets que sous toute réserve, quoiqu'ils m'aient été communiqués par un collègue toujours très circonspect et qui dit les tenir d'une source absolument certaine.

Le Prince de Bismarck n'a pas dit la vérité, lorsqu'il a prétendu que le traité était uniquement dirigé contre l'Angleterre. Ce traité contenait aussi des dispositions laissant à la Russie une très grande liberté d'action dans les Etats des Balkans; ce qui était naturellement un mauvais procédé envers l'Autriche-Hongrie.

Tout était prêt pour le renouvellement du traité secret, lorsqu'est survenue la crise qui a renversé le Prince de Bismarck. Une des raisons alléguées par l'Ex-Chancelier dans la lettre qu'il a adressée à l'Empereur en mars 1890 pour refuser la démission que lui demandait Sa Majesté, était qu'avec un autre que lui, la Russie ne consentirait pas à prolonger l'arrangement qui était à la veille d'être signé.

Le Prince de Bismarck se trompait sur ce point, puisque, peu de mois après, le Comte Schouwalow proposait de reprendre la négociation. Le Comte de Caprivi refusa après avoir consulté le Baron de Marschall. Tous

Greindl hat sich nicht darüber geäußert, wie weit er nachträglich dem Erlöschen des Vertrages Bedeutung für das Zustandekommen des Zweibundes beimaß. In dieser viel erörterten Streitfrage Partei zu nehmen, soll hier nicht unternommen werden[1]). Schon der bisher behandelte Teil des Materials an belgischen Gesandtschaftsberichten sollte nicht unberücksichtigt bleiben, wenn man die Haltung der deutschen Regierung beurteilen will. Er zeigt doch, wie weit die Anfänge des Zusammenschlusses von Frankreich und Rußland zurückreichen, und wie stark die Strömungen waren, die auf ihn hindrängten.

Jedenfalls verschob Bismarcks Enthüllungsartikel in den Hamburger Nachrichten die Zusammenhänge, wenn er Verzicht auf Erneuerung des Rückversicherungsvertrages und daneben die Polenpolitik als Ausgangspunkt des Zweibundes hinstellte und schloß: „So entstand Kronstadt mit der Marseillaise und die erste Annäherung zwischen dem absoluten Zarentum und der französischen Republik, unserer Ansicht nach ausschließlich durch die Mißgriffe der Caprivischen Politik herbeigeführt." So einfach waren die Zusammenhänge nicht. Das wird der Bericht der belgischen Quellen über den französischen Flottenbesuch in Kronstadt noch deutlicher erweisen.

Zunächst wurden politische Wirkungen, die sich aus dem Ablauf des Rückversicherungsvertrages ergeben hätten, nicht erkennbar. Wohl aber hatte die einfache Tatsache von Bismarcks Ausscheiden aus der Reichsregierung Folgen, die in den belgischen Berichten erwähnt werden.

Überragende Macht der Persönlichkeit des einen gewaltigen Menschen und alles, was von einem großen Namen an geheimnisvollen Kräften ausstrahlt, war doch neben allen anderen Faktoren eines der Elemente gewesen, durch die das Gefüge des Dreibundes zusammengehalten wurde und seine Geltung be-

---

deux furent d'avis qu'il ne convenait pas de persévérer dans cette politique à double face.» Berlin, 11. November 1896.

[1]) Es sei vor allem auf die letzte eingehende Darstellung verwiesen, die Otto Hammann in seinen beiden Büchern: Der neue Kurs, 1918, Seite 41 bis 62, und: Zur Vorgeschichte des Weltkrieges, 1919, Seite 47—67, gegeben hat.

kam. Das hatte in gleichem Maße bindend im Innern und als ein schreckendes Gorgonenhaupt auf die Feinde draußen gewirkt. Mußte nicht das Ausscheiden dieses Mannes den Dreibund zu einer Krise führen, zu einer inneren so gut wie zu einer äußeren?

Am 22. März 1890 schrieb Greindl in einem Bericht über den Rücktritt des Kanzlers: „Der Rücktritt des Fürsten Bismarck wird, wenigstens jetzt, keinen Wechsel in der Außenpolitik Deutschlands herbeiführen ... Weniger gewiß ist es, ob die Politik der fremden Mächte gegenüber Deutschland unverändert bleibt. Die Interessen, die den Dreibund geschaffen haben, bestehen weiter; aber es wird jetzt schwieriger sein, die Politik der drei Großmächte einer einheitlichen Leitung zu unterwerfen, seit das Prestige des Fürsten Bismarck niemandem mehr Gefolgschaft auferlegt. Auch werden wohl die Hoffnungen der Feinde Deutschlands von neuem aufleben, wenn sie den Gegner, dessen Überlegenheit unbestreitbar und unbestritten war, nicht mehr vor sich haben[1])."

Äußerlich zwar ist das Jahr nach Bismarcks Rücktritt, vom Frühjahr 1890 bis zum Frühjahr 1891, von einer Ruhe und Gleichförmigkeit, wie sie Europa in den vorhergehenden Jahren nicht gekannt hatte. Nach Greindls Auffassung lag das wenigstens zum Teil daran, daß Caprivi bei Beibehaltung der Grundzüge von Bismarcks Außenpolitik der letzten Jahre in der Behandlung der Mächte weniger herrisch verfuhr als sein Vorgänger[2]).

[1]) «La retraite du Prince de Bismarck n'amènera aucun changement, au moins pour le moment, dans la politique extérieure de l'Allemagne.....
Il est moins certain que la politique des puissances étrangères envers l'Allemagne ne subisse aucune altération. Les intérêts qui ont créé la Triple-Alliance subsistent toujours; mais il ne sera plus aussi facile de soumettre la politique des trois grandes puissances à une direction unique maintenant que le prestige du Prince de Bismarck n'imposera plus l'obéissance.
Les espérances des ennemis de l'Allemagne peuvent aussi se réveiller lorsqu'ils n'auront plus devant eux un adversaire dont la supériorité était incontestable et incontestée.» Berlin, 22. März 1890.

[2]) «Quoique sur certains points la politique du nouveau Chancelier s'écarte de celle de son prédécesseur, on peut dire qu'elle y est conforme dans la plupart des cas, quant aux lignes générales, mais M. de Caprivi

Aber Greindl täuschte sich darüber nicht, daß diese Ruhe eine scheinbare war. Bezeichnend dafür ist eine Stelle aus einem Bericht, der bald nach Bismarcks Rücktritt geschrieben wurde: „Ich halte es für beinah überflüssig, hinzuzufügen, daß trotz dieser Beruhigung keine entschiedene Änderung eingetreten ist. Die Sorge Deutschlands, der Vermehrung der militärischen Kräfte seiner Nachbarn Schritt für Schritt zu folgen, ist ein Beweis dafür. Die Mächte, die mit der politischen Aufteilung Europas nicht zufrieden sind, haben weder auf ihre Rachegelüste, noch auf ihre Ansprüche ausdrücklich verzichtet. Die schwebenden Fragen sind nicht gelöst; sie schlummern. Das ist das Höchstmaß dessen, was man für den Augenblick erreichen kann. Wir leben also in einem Zustande unbeständigen Gleichgewichtes, und die wiederholten Bekundungen des Weiterbestehens des Dreibundes, an denen man es in Berlin, Wien und Rom nicht fehlen läßt, sind keineswegs überflüssig[1]).“

Er hatte selbst, wie erwähnt, unmittelbar nach Bismarcks Rücktritt die Befürchtung geäußert, daß der Dreibund dadurch gelockert werden könnte. Im Auslande legte man naturgemäß den zentrifugalen Kräften im Dreibunde, die nun nach Bismarcks Rücktritt größeren Spielraum zur Betätigung gewannen, noch mehr Bedeutung bei. In der Pariser Korrespondenz findet sich leider kein Bericht, der unmittelbar den Eindruck von Bismarcks Abgang spiegeln würde. Daß man in Petersburg bei aller Verschiedenheit der Parteinahme im Kanzlerwechsel den Beginn

---

s'attache à en écarter le côté âpre. L'opposition n'est plus traitée de trahison, et dans les relations avec les Puissances étrangères on épargne les vexations inutiles.» Berlin, 10. Januar 1891.

[1]) «Je crois presque superflu d'ajouter que malgré cette accalmie aucun changement radical n'est survenu. Le soin que prend l'Allemagne de suivre pas à pas l'augmentation des forces militaires de ses voisins, en est une preuve. Les Puissances qui ne sont pas satisfaites du partage politique de l'Europe, n'ont formellement renoncé ni à leurs revendications ni à leurs prétentions. Les questions pendantes ne sont pas résolues; elles sommeillent. C'est le maximum de ce qu'on peut obtenir pour le moment. Nous vivons donc dans un état d'équilibre instable, et les démonstrations répétées du maintien de la Triple-Alliance qu'on nous prodigue à Berlin, à Vienne et à Rome, sont loin d'être superflues.» Berlin, 14. Juni 1890.

der Auflösung des Dreibundes sah, meldete der belgische Gesandte in einem Bericht vom 24. März 1890 nach Brüssel. Wie im Frühjahr 1891 in England der Zusammenhalt im Dreibund beurteilt wurde, schildert ein belgischer Bericht aus London: „Der Sturz des Fürsten Bismarck hat es Österreich gestattet, sich den Banden zu entziehen, die es in seinen Bewegungen und in seinen Versuchen, die Beziehungen zu Rußland zu bessern, hemmten. Andererseits hat Italien, fast am Ende seiner Hilfsmittel angelangt, durch die Möglichkeit einer eventuellen — man versichert, schon vollzogenen — Annäherung zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg beunruhigt, vor allem durch den plötzlichen Richtungswechsel der deutschen Politik erschreckt, mit der Entfremdung, die es von Frankreich trennte, ein Ende machen wollen. Die Verbindung zwischen beiden Ländern hat noch nicht stattgefunden; aber sie ist nicht mehr eine Unmöglichkeit, und manche Anzeichen machen sie sogar sehr wahrscheinlich[1])."

Als dieser Bericht von Brüssel aus der belgischen Gesandtschaft in Berlin mitgeteilt wurde, nahm in Abwesenheit Greindls der Geschäftsträger Graf du Chastel zu ihm mit den Worten Stellung: „Die Mitteilungen, die er enthält, bestätigen in jedem Punkte das, was die Gesandtschaft von der allgemeinen Politik weiß. Obwohl der Dreibund noch besteht, ist es klar, daß der Sturz des Fürsten Bismarck und Crispis einige Ringe der Kette gesprengt haben, die die drei Mächte untereinander verband ... Eine wichtige Tatsache ist erwiesen. Es ist die, die Sie feststellen, d. h. daß der Dreibund durch den Sturz Bismarcks und Crispis von seiner Kraft verloren hat und daß die drei verbündeten Mächte, jede für sich, einige Unabhängigkeit wiedergewonnen haben[2])."

Das Fortschreiten dieses Auflösungsprozesses innerhalb des Dreibundes, dessen Ausgang man für gewiß hielt, wartete man im Auslande ab. Das Ergebnis mußte in absehbarer Zeit die Isolierung Deutschlands sein. Daraus erklärt sich diese kurze Periode der äußeren Ruhe.

[1]) Anl. 70, S. 276 (London, 1. März 1891).
[2]) Anl. 71, S. 277 (Berlin, 6. März 1891).

Immerhin fallen in diese Zeit Versuche, die deutsch-französischen Beziehungen zu bessern, die anfangs nicht ohne Wirkung zu bleiben schienen. Greindl sah es als ein Verdienst des jungen Kaisers an, daß er die Gelegenheit der Berliner Sozialistenkonferenz geschickt benutzt habe, viele unbegründete Vorurteile bei den französischen Delegierten zu zerstören[1]).

Freilich wendet er sich in einem Bericht dagegen, daß manche Zeitungen das Wort Wiederversöhnung bei diesem Anlaß gebraucht hätten: „Die Basis", schreibt er, „für eine Wiederversöhnung fehlt. Sie könnte nur durch Änderungen der Gebietsverhältnisse erreicht werden, denen Deutschland niemals zustimmen würde. Man müßte Elsaß-Lothringen zurückgeben oder eine Kompensation auf unsere Kosten zugestehen ... Man hat also Recht, wenn man von Entspannung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich spricht, aber die Idee der Wiederversöhnung ist zum mindesten verfrüht. Die Zeit allein kann sie bewerkstelligen, indem sie die Franzosen an den Gedanken des Verlustes Elsaß-Lothringens gewöhnt[2])."

Aber er begrüßt doch auch den Versuch, durch den Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris, eine Besserung der Beziehungen zu Frankreich herzustellen; er bestreitet ausdrücklich, daß man in Berlin übermäßige Hoffnungen an ihn, wie an den Austausch anderer Höflichkeiten mit der französischen Regierung, geknüpft habe: „Es wäre naiv, diese Höflichkeiten als Anzeichen einer wirklichen Änderung in der Lage zu nehmen. Sie wissen, Fürst, aus meiner vertraulichen Korrespondenz, daß das Mißtrauen gegenüber Frankreich immer das gleiche ist. Ich vermute, daß

---

[1]) «L'Empereur y a distingué les Délégués français d'une manière toute particulière, et ceux-ci de retour dans leur pays ont rectifié beaucoup de fausses idées qui y avaient cours.» Berlin, 14. Juni 1890.

[2]) «La base manque pour une réconciliation. Elle ne pourrait être acquise que par des remaniements territoriaux auxquels l'Allemagne ne consentirait jamais. Il faudrait ou restituer l'Alsace-Lorraine ou donner une compensation à nos dépens ... On est donc dans le vrai quand on parle de détente dans les relations entre l'Allemagne et la France, mais l'idée de la réconciliation est au moins prématurée. Le temps seul peut la produire en habituant les Français à l'idée de la perte de l'Alsace-Lorraine.» Berlin, 15. April 1890.

die Franzosen ihrerseits nicht von ihrem Bedauern und ihren Hoffnungen abgelassen haben. Trotzdem ist es erfreulich, diesen Höflichkeitsaustausch verzeichnen zu können. Wenn er nur in ganz geringem Maße zur Erhaltung des Friedens beitragen kann, so kann er ihr wenigstens nicht schaden[1])."

Selbst dieses zurückhaltende Urteil über die politischen Aussichten des kaiserlichen Besuches in Paris erwies sich als zu optimistisch. Das lehrte sein unglückseliger Ausgang, mit dem die Ruheperiode nach Bismarcks Abgang ein jähes und die französische Gesinnung grell beleuchtendes Ende nahm[2]).

Nicht viel glücklicher waren nach den belgischen Berichten die Bemühungen, England in ein näheres Verhältnis zum Dreibund zu bringen, die mit der Begegnung des deutschen Kaisers mit Lord Salisbury in Osborne im August 1890 einsetzen, nachdem kurz vorher der Helgolandvertrag abgeschlossen wor-

---

[1]) «Il serait naïf de prendre ces politesses pour l'indice d'un véritable changement dans la situation. Vous savez, mon Prince, par ma correspondance confidentielle que la défiance envers la France est toujours la même. Je suppose que, de leur côté, les Français n'ont rien rabattu de leurs regrets et de leurs espérances. Néanmoins il est agréable d'avoir à noter cet échange de courtoisie. S'il ne peut contribuer que dans une bien petite mesure au maintien de la paix, au moins il n'y peut pas nuire.» Berlin, 21. Februar 1891. — Greindl hatte erst im Januar von Marschall gehört, wie bedenklich diesem manche Erscheinungen des öffentlichen Lebens in Frankreich erschienen, wenn der Staatssekretär auch nicht an eine Deutschland unmittelbar bedrohende Politik Frankreichs für die nächste Zeit glaubte: «Il (M. de Marschall) constate bien que M. de Freycinet seul parle de guerre et dit que l'état de l'Europe n'est pas fondé en droit, tandis que tous les Souverains ne prononcent que des paroles de paix. La France gagne confiance en elle-même, mais il y a encore loin de là à l'adoption d'une politique agressive qui mènerait à un conflit.» Berlin, 7. Januar 1891.

[2]) Greindl leitet einen Bericht, in dem er es beklagt, daß der Besuch der Kaiserin nicht besser vorbereitet worden sei und die Kaiserin sich nicht genau an das festgesetzte Programm für ihren Aufenthalt gehalten habe, mit den Worten ein:

«Je n'avais que trop de raison de vous écrire samedi dernier qu'il fallait attacher une mince importance à l'accueil qui semblait fait en France aux avances de l'Empereur d'Allemagne et de son gouvernement. On a répondu à des démarches courtoises par des brutalités.» Berlin, 28. Februar 1891. — Die dürftigen Berichte aus Paris enthalten nichts als trockene Tatsachen.

den war.[1]) Denn England war damals offenbar nur zu unverbindlichen Versicherungen des Wohlwollens bereit, wenn auch nach einem Bericht aus London von Salisbury sogar mehr als platonische Freundschaft für den Fall des Abschlusses eines Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich zu Zwecken, die England gefährden konnten, in Aussicht gestellt wurde[2]).

Die Vorgänge in Paris im Februar 1891 scheinen zu erneuten Versuchen der deutschen Politik geführt zu haben, England aus seiner kühlen Reserve herauszuziehen. Sie werden schon im Beginn dieser Versuche in einem Bericht aus London für wenig aussichtsreich erklärt. Die Stelle des Berichtes, aus der hervorgeht, wie wenig Vertrauen die englischen Politiker zur Dauer und Festigkeit des Dreibundes hatten, ist bereits zitiert worden. Daneben wird auf Rücksichten auf Handelsinteressen und auf das Mißtrauen gegen den jungen Kaiser verwiesen, um die Haltung Englands zu erklären[3]).

Die Erneuerung des Dreibundvertrages im Juni 1891 hat die Haltung Englands nicht ändern können. Der Gesandte in London stellt fest, daß Regierung und Presse sie mit Genugtuung aufnehmen, daß aber in der öffentlichen Meinung in England kein Bedürfnis nach engerem Anschluß an den Dreibund zu erkennen sei. Wieder wird auf das Mißtrauen gegen den jungen Kaiser hingewiesen[4]) und nach der Wiederholung des kaiserlichen Besuches in England erneut betont, daß Lord Salisbury bei seiner Ablehnung bleiben werde[5]).

[1]) Anl. 64, S. 267 (Berlin, 14. August 1890).

[2]) Anl. 65, S. 268 (London, 28. August 1890).

[3]) Anl. 70, S. 276 (London, 1. März 1891). Zu vergleichen ist das Urteil des belgischen Geschäftsträgers in Berlin: Anl. 71, S. 277 (Berlin, 6. März 1891).

[4]) Anl. 75, S. 282 (London, 8. Juli 1891).

[5]) «L'Empereur Guillaume a été invité à passer la journée de dimanche à Halfield chez Lord Salisbury. Sa Majesté profitera sans aucun doute de cette circonstance pour chercher à obtenir du Chef du Cabinet anglais sinon l'engagement formel, du moins une promesse tant soit peu précise que dans certaines éventualités l'Angleterre se déciderait à seconder les vues qui doivent servir de base à la politique de la Triple-Alliance. Je ne puis que confirmer ce que j'ai eu l'honneur de vous mander hier. Lord Salisbury est décidé à répondre à ces ouvertures en déclarant nettement que le

Aber so wenig sich in Wahrheit im Verhältnis Englands zu Deutschland und dem Dreibund geändert hatte, so wurde doch in Petersburg durch diese Bemühungen der deutschen Politik offenbar ein gewisses Mißtrauen rege.

Gewiß wurde das in Berlin auch erkannt. Aber das Mittel persönlicher, sehr weitgetriebener, auch geschickter Liebenswürdigkeit, mit dem der Kaiser solche Bedenken zerstreuen wollte, sollte sich als ungenügend erweisen. Auf die politischen Beziehungen der beiden Reiche konnte es keinen dauernden Einfluß ausüben, wie schon ein Bericht aus Petersburg über des Kaisers Besuch in Narwa ausführt[1]).

Nirgends antwortet der ausgestreckten deutschen Hand ein Gegendruck; Mißtrauen auf allen Seiten oder ausgesprochene Feindschaft, wie in Paris. Es blieb der Dreibund; aber auch er war in den Augen der Außenstehenden nicht mehr der alte, Vertrauen und Respekt waren gesunken. Das war die Lage des Deutschen Reiches ein Jahr nach Bismarcks Rücktritt.

Inzwischen aber war die französische Politik nicht untätig geblieben. Im geheimen hatte die russisch-französische Verbrüderung weitere Fortschritte gemacht. Es galt nur noch, den günstigen Moment abzuwarten, der unter Ausnutzung der Situation die noch widerstrebende russische Regierung für die französischen Pläne einzufangen gestattete.

---

gouvernement anglais ne saurait ni prendre des engagements ni même promettre d'en prendre, quelles qui puissent être les complications que réserve l'avenir.» London, 9. Juli 1891. — «L'Allemagne a dû se convaincre déjà que l'Angleterre ne s'adjoindra sans aucune condition à la Triple-Alliance, mais est-elle fondée à espérer qu'elle parviendra à obtenir la promesse que, si certaines éventualités se présentaient, l'Angleterre se départirait de son attitude neutre? Sur ce point j'ai entendu exprimer des doutes. Je me permets d'affirmer que je ne les partage pas et de réitérer l'assurance qu'aucun engagement quels qu'en soient les termes ne sera pris.» London, 12. Juli 1891.

[1]) Anl. 67, S. 271 (Petersburg, 2. September 1890).

KAPITEL IV.

KRONSTADT

(1891).

Es ist vielleicht eine der wichtigsten Tatsachen aus der Vorgeschichte des Zweibundes, daß einen Tag, bevor Bismarck die Leitung der deutschen Politik am 18. März 1890 niederlegte, sein alter Gegenspieler Freycinet das Ministerpräsidium in Frankreich übernahm. Mit welchem Geschick hatte er vier Jahre vorher jede Gelegenheit wahrgenommen, um das unverrückbare, damals noch so ferne Ziel seiner Außenpolitik zu erreichen und Frankreich und Rußland einander zu nähern! Seine rastlose und erfolgreiche organisatorische Arbeit als Kriegsminister, über die er selbst in seinen Lebenserinnerungen ausführlich berichtet hat[1]), konnte jetzt durch politische Erfolge gekrönt werden, die der Republik auch nach außen neuen Glanz zu geben versprachen! Es war natürlich, daß er die Verbindungen weiterpflegte, in denen er schon als Kriegsminister zu den Männern Rußlands gestanden hatte, die dort in der Stunde der Entscheidung die Haltung des Zaren und der Regierung bestimmen mußten. Wie 1888 durch Besprechungen zwischen ihm und dem Großfürsten Wladimir die große russische Waffenbestellung in französischen Fabriken eingeleitet worden war, so unterrichtete er 1890 den Großfürsten Nikolaus, der ihn als den „chef de ses frères d'armes" zu sich bitten ließ, über die Geheimnisse der letzten Heeresreformen, machte ihm genaue Angaben über die Stärkenverhältnisse, die Zahl der Batterien, das Oberkommando und den Zustand der französischen Flotte. „Wenn ich Stimme im Kapitel habe,"

[1]) s. Freycinet, a. a. O., S. 396 ff.

sagt der Großfürst mit den üblichen Friedensversicherungen, „werden die beiden Armeen im Kriege nur eine einzige bilden“[1]).

Im Vergleich zu früheren Jahren waren die äußeren Bedingungen auch für eine politische Annäherung der beiden so wesensverschiedenen Staaten um vieles günstiger geworden. Fast konnte man sagen, daß der Zweibund eine reife Frucht geworden war durch alles, was inzwischen in Frankreich sich abgespielt hatte, und den Zustand der Entfremdung und Gereiztheit zwischen Rußland und Deutschland, der von dem Dreikaiserbunde übriggeblieben war. Und welch glänzendes Werkzeug war dadurch gegeben, daß inzwischen Frankreich als unentbehrlicher Geldgeber dem Russenreiche ganz anders gegenüberstand als früher! Es fehlte nur die geschickte Hand, die die letzten Widerstände auf russischer Seite zu überwinden und die Frucht des Zweibundes zu fassen wußte. In Frankreich aber lagen die Dinge so, daß jetzt dem Regierenden die Hand fast gezwungen wurde, nach dieser Frucht zu greifen.

Beyens gibt im Herbst 1890 eine Schilderung der Stimmung in Frankreich, die einen Begriff davon geben kann, wie stark diese treibende Kraft war: „Die Schimäre der russischen Allianz spukt in allen Köpfen in Paris; sie rührt nicht einzig von dem sehr natürlichen Verlangen her, sich auf eine große Nation zu stützen, um nötigenfalls den vereinigten Staaten Mitteleuropas Widerstand leisten zu können, sie ist hier eine Gefühlssache geworden wie viele politische Fragen. Die übertriebene Vorliebe für Rußland hat alle Klassen ergriffen; diese Macht ist heute unter der dritten Republik so volkstümlich, wie Polen es einst unter der zweiten war ... Viele Leute sind von der Existenz einer Art von Entente überzeugt. Wenn Alexander III. vielleicht keinen Vertrag geschlossen hat, so hat er nach ihrer Meinung doch geheime Verpflichtungen übernommen ... Der Kontrast zwischen den Institutionen der beiden Länder wird nicht empfunden, ja nicht einmal bemerkt, in Paris; er macht nur das schrankenlose Verlangen der demokratischen Republikaner, die autokratischeste Regierung Europas zu umwerben,

---

[1]) s. Freycinet, a. a. O., S. 441.

pikanter. Diese hat die größten Vorteile von dieser günstigen Stimmung: sie hat in Paris einen Markt ersten Ranges für ihre in Berlin verschmähten Werte gefunden; sie hat durch Vermittlung des Hauses Rothschild unter vorteilhaften Bedingungen die Konvertierung verschiedener Anleihen zu 4% bis zur Höhe von 2 Milliarden Franken erreicht. Ohne sich zu binden einer Regierung gegenüber, deren Form ihm unsympathisch ist, muß also der Zar wohl mit ihr behutsam umgehen, sie vielleicht in der Hoffnung lassen, daß der Tag einer wirklichen Verbindung kommen kann."

Der alte Beyens hielt es für ganz ausgeschlossen, daß der Zar je wirklich ein Bündnis mit Frankreich eingehen würde. Infolgedessen kümmerten ihn die Erscheinungen wenig, die für ein planmäßiges Hinarbeiten der französischen Politik auf den Zweibund sprechen konnten. Die stille Tätigkeit Freycinets blieb von ihm unbemerkt. Vergeblich sucht man in seinen Berichten ein Urteil über ein Ereignis, das überall das größte Aufsehen erregte, die Aufdeckung des Komplotts gegen das Leben des Zaren, die auf Veranlassung Freycinets mit der Verhaftung und Verurteilung der russischen Anarchisten in Paris im Juni 1890 endete. Dagegen spricht der belgische Gesandte in Petersburg davon, daß dieser Beweis eines energischen Willens auf den Zaren den von Freycinet beabsichtigten tiefen Eindruck mache, und man allgemein nunmehr ein noch engeres Einvernehmen zwischen russischer und französischer Regierung erwarte[1]). Ebenso schweigt Beyens über den Plan einer französischen Ausstellung in Moskau, die mit Unterstützung der russischen Regierung für das Jahr 1891 vorbereitet wurde; auch von ihr berichtet allein der Petersburger Gesandte, der sie lediglich als politisches Propagandamittel ansieht. Letzterer verzeichnet aufmerksam alle Anzeichen wachsender Intimität zwischen den beiden Völkern und meldet z. B. im Frühjahr 1890, daß dem

[1]) «Les journaux reconnaissent, tout comme le monde officiel, les services rendus par le Gouvernement français, et ne manquent pas de faire remarquer qu'il s'en suivra une entente et des liens plus intimes encore entre les deux pays.» Petersburg, 6. Juni 1890; vgl. dazu Freycinet, a. a. O., S. 442 und Hansen, Ambassade etc., S. 113.

Kommandanten von Paris, General Saussier, von einem Russen, der sich als Vertreter der slawischen patriotischen Vereine ausgibt, ein Banner aus rotem Samt verehrt wurde, auf dem zwei verschlungene Hände und die Worte: „Sei gesegnet, franko-russische Allianz!" eingestickt waren[1]), oder macht bei Erwähnung eines internationalen Juristenkongresses in Petersburg im Juni 1890 die Bemerkung: „Die Franzosen wurden ganz auffallend gehätschelt und umschmeichelt. Es ist beinahe zu viel, sagte mir gestern der Vertreter Frankreichs ... Bei jeder Gelegenheit wird die französisch-russische Verbrüderung betont"[2]). Es ist recht bezeichnend, wie er die Gleichgültigkeit begründet, mit der die russische Regierung die deutschen Annäherungsversuche an Frankreich im Beginn des Jahres 1891 beurteilt: „Die Entente de fait zwischen Rußland und Frankreich ruht auf zu festen Grundlagen, als daß sie durch solche Zwischenfälle beeinträchtigt werden könnte"[3]).

Immerhin fiel die eigentümliche Haltung des russischen Botschafters, des Barons von Mohrenheim, auch Beyens auf. Er berichtet 1890, daß die Marktweiber auf der russischen Botschaft

[1]) «Un sieur Nicolas Notowitch, se disant le délégué de sociétés patriotiques slaves, a eu l'idée d'offrir au Général commandant la place de Paris une bannière franco-russe en velours rouge sur laquelle sont brodées deux mains entrelacées avec l'inscription: Sois bénie, Alliance Franco-Russe! Le Général Saussier, en militaire correct, a fait savoir au donataire que les règlements ne lui permettaient d'accepter ce cadeau que sur l'autorisation du Ministre de la Guerre. Monsieur Notowitch aurait immédiatement sollicité une audience de Monsieur de Freycinet ... Monsieur Notowitch avait été déjà, il y a trois ans, le porteur d'une coupe d'honneur (cette fois acceptée) pour le Général Saussier en reconnaissance des paroles sympathiques à la Russie qu'il avait prononcées sur la tombe du Général Pitié (‚A Sebastopol il n'y a eu ni vainqueurs ni vaincus', avait-il dit), et, il y a une couple d'années, si je ne me trompe, d'un sabre d'honneur offert au Général Boulanger par les Slavophiles de Moscou.» Petersburg, 31. Januar 1890.

[2]) «Les Français ont été choyés et adulés d'une façon marquée. C'est presque trop, me disait hier le Représentant de la France.» Petersburg, 24. Juni 1890. — «La fraternité franco-russe profite de toutes les occasions pour s'accentuer.» Petersburg, 20. Juni 1890.

[3]) «L'entente de fait entre la Russie et la France repose sur des bases trop solides pour souffrir d'incidents de ce genre.» Petersburg, 2. März 1891.

erscheinen und empfangen werden, um Fräulein von Mohrenheim zur Verlobung mit einem französischen Offizier zu beglückwünschen, die von der ganzen Pariser Gesellschaft als lebendiges Sinnbild der Vereinigung beider Nationen gefeiert werde: „Der Botschafter des Zaren — wie nun auch die persönlichen Empfindungen seines Herrn sein mögen — scheint also Weisung bekommen zu haben, auch recht lärmend sich vordrängende Sympathiebeweise nicht durch laue Aufnahme abzuweisen, sozusagen die Rolle einer koketten Schönen zu spielen, die niemanden entmutigen will. Bei diesem, der französischen Nation eigenen, unüberlegten Enthusiasmus wird es ihr von nun an trotz des Fehlens wirklicher Verpflichtungen recht schwer sein, mit Gewehr bei Fuße zu bleiben, wenn Rußland in einen europäischen Krieg hineingezogen würde“[1]). Als dieser Bericht dem Baron Greindl zugeschickt wurde, antwortet er nach Brüssel: „Der Baron von Mohrenheim ist nicht der einzige russische Diplomat, dessen Haltung nicht in völligem Einklang mit den vom Zaren geäußerten Absichten steht. Andere Diplomaten, Generale, offiziöse Organe handeln und sprechen ständig in einer Weise, die nicht mit den Anschauungen des Zaren übereinstimmt. Immer gibt es einen Mangel an Einheit in der russischen Politik. Diese Inkonsequenz rührt ebenso vom Nationalcharakter wie von der Macht der panslawistischen Partei her, mit der man sehr rechnen muß.“[2])

Im Herbst 1890 hatte allerdings der Deutsche Kaiser von seinem Besuch in Rußland den Eindruck zurückgebracht, daß der Zar von einem Bündnis mit Frankreich nichts wissen wolle; eine Republik sei dem Zaren als Bundesgenosse zu wenig

---

[1]) Anl. 69, S. 274 (Paris, 17. September 1890).

[2]) «Le Baron de Mohrenheim n'est pas le seul agent russe dont l'attitude n'est pas en concordance parfaite avec les intentions manifestées par le Tsar. D'autres Diplomates, des Généraux, des journaux officieux sont coutumiers d'actes et de paroles inconciliables avec les vues de S. M. Il y a toujours du décousu dans la politique de la Russie. Cette inconséquence tient au caractère national et aussi à la force du parti panslaviste dont il faut bien tenir compte.» Berlin, 27. September 1890.

vertrauenerweckend, und die Kriecherei, mit der man um seine Freundschaft bettelc, sei ihm widerwärtig[1]).

Es ist bemerkenswert, daß Baron Beyens sich dieser Auffassung ausdrücklich anschloß, als ihm Greindls Schreiben aus Berlin, das über die Rußlandreise des Kaisers berichtete, durch das Brüsseler Ministerium zugeschickt wurde. Er antwortet: „Das ist auch der Eindruck, den die aus Petersburg zurückkehrenden Franzosen mitgebracht haben"[2]). Auch der Petersburger Gesandte ist nach der Abreise des Kaisers der Meinung, daß der Zar durch des Kaisers Persönlichkeit von neuem gewonnen sei, und erwartet, daß dadurch wenigstens „die Form des erbitterten Kampfes, der gegen den deutschen Einfluß in Rußland geführt werde, für den Augenblick gemildert sei und damit der allgemeine Friede eine Garantie mehr erhalte"[3]).

Aber der Staatssekretär von Marschall verhehlt Greindl im September auch des Kaisers und seine eigene Befürchtung nicht, daß auf die Haltung des Zaren kein Verlaß sei; mit oder ohne Vertrag mit Rußland werde Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Krieges angreifen[4]).

Noch Anfang März 1891 versichert Herr von Holstein dem Baron Greindl, daß die aus Petersburg einlaufenden Berichte die unüberwindliche Abneigung des Zaren gegen ein Bündnis mit der Republik bestätigen[5]). Aber dem entsprach doch wieder wenig, daß Ende März der Zar dem Präsidenten der franzö-

[1]) Anl. 66, S. 269 (Berlin, 30. August 1890). — Daß dieser Bericht Eindrücke des Kaisers wiedergibt, sagt Greindl in einem Schreiben vom 27. September des Jahres: „Les impressions relatives aux rapports entre la France et la Russie contenues dans mes lettres du 30 août et du 3 septembre ne sont pas miennes; ce sont celles de l'Empereur d'Allemagne dont M. le Baron de Marschall a bien voulu me faire part."

[2]) Anl. 69, S. 274 (Paris, 17. September 1890).

[3]) Anl. 67, S. 271 (Petersburg, 2. September 1890).

[4]) Anl. 68, S. 273 (Berlin, 3. September 1890).

[5]) Holstein erklärt: «Il est certain que la majorité des Français ne cherche pas la guerre. Il n'en serait peut-être pas de même, si on était sûr de l'alliance russe; mais les rapports arrivant de Pétersbourg au Département des Affaires Etrangères prouvent que le Tsar éprouve une répugnance invincible à s'allier à la République française. Cette pensée répugne à ses idées monarchiques.» Berlin, 6. März 1891.

sischen Republik den hohen Andreasorden verlieh und, wie der belgische Gesandte in Petersburg berichtet, diese Auszeichnung fast von der gesamten russischen Presse „als glänzendste Kennzeichnung der engen Beziehungen zwischen beiden Ländern, als eine stillschweigende Quasi-Allianz" gefeiert wurde. Auch der Gesandte selber ist der Meinung, daß die Ordensauszeichnung durch eine Staatsräson veranlaßt sei; sie werde zur Folge haben, daß der Götzendienst für alles Moskowitische in Frankreich, wenn möglich, noch zunehmen werde[1]).

Trotzdem war man in Berlin keineswegs falsch unterrichtet, wenn man dort noch immer an die Abneigung des Zaren gegen ein Bündnis mit der Republik glaubte. Die Ordensverleihung steht aller Wahrscheinlichkeit nach im Zusammenhang mit einer neuen Anleihe, die die russische Regierung im Frühjahr 1891 unterzubringen versuchte, und war nichts anderes als eine der Freundlichkeiten, zu denen sich die russische Regierung bereit finden ließ, wenn sie der französischen Unterstützung bedurfte.

Zum Erstaunen Europas aber nahm plötzlich Anfang Mai das Haus Rothschild die Judenverfolgungen in Rußland zum Vorwand, um sich von der Anleihe zurückzuziehen, und brachte sie dadurch zum Scheitern. Die unmittelbare Folge war zunächst eine Reaktion in der entgegenkommenden Haltung der russischen Regierung gegenüber den französischen Annäherungsversuchen.

Man stand vor der Eröffnung der seit einem Jahr vorbereiteten und mit Pomp angekündigten — der Petersburger Gesandte wiederholt: „ebenso, wenn nicht mehr politischen als

[1]) «La presse russe dans sa majorité, je pourrais presque dire dans son unanimité, a salué la distinction accordée à Monsieur Carnot comme le fait qui marque le mieux les rapports amicaux de la Russie et de la France, comme la signification la plus éclatante des relations étroites entre les deux pays, comme une quasi-alliance tacite ... Il a fallu la raison d'Etat pour porter un Souverain autocrat et conservateur à donner le premier de ses ordres au Chef temporaire d'un pays représentant tout le contraire des idées et des principes dominant la Russie. Le Saint-André octroyé à Monsieur Carnot augmentera encore si possible l'idolatrie qui est de mode en France pour tout ce qui est Moscovite.» Petersburg, 2. April 1891.

kommerziellen“[1]) — französischen Ausstellung in Moskau. Am 12. Mai fand sie statt. Nach einem Berichte des Moskauer Konsuls wurde im letzten Moment das geplante Festbankett abgesagt, um politische Tischreden zu vermeiden; der Zar verbot seinem Bruder Sergius, dem Gouverneur von Moskau, der Eröffnung beizuwohnen. Der Empfang der Behörden in Moskau war so kühl, daß das französische Komitee, zu dem der frühere Minister des Äußeren Flourens gehörte, noch am Tage der Eröffnung Moskau verließ und nach Paris zurückkehrte[2]).

Was war geschehen?

Den französischen Darstellungen der Vorgeschichte des Zweibundes ist die Tendenz gemeinsam, die Annäherung beider Länder als eine selbstverständliche, natürliche und glatte Entwicklung erscheinen zu lassen. Mit keinem Worte, keiner Andeutung ist in ihnen von dieser jähen Unterbrechung die Rede. Auch der deutschen Öffentlichkeit ist dieses Zwischenspiel unbekannt geblieben. Den Vorgang in allen Punkten klarzustellen, reichen die belgischen Gesandtschaftsberichte nicht aus. Aber sie leuchten doch in Untergründe des politischen Geschehens hinein, deren Kenntnis für die Beurteilung der Entstehungsgeschichte des Zweibundes und der Ereignisse, die sich in der Öffentlichkeit abspielten, von großem Wert ist.

---

[1]) «. . . exhibition, vous le savez, aussi, si pas plus politique que commerciale . . .» Petersburg, 5. Mai 1891.

[2]) «Le comité de l'exposition avait décidé d'offrir un déjeuner aux autorités sans autres invités, mais ce repas n'a pas eu lieu. Dans le but d'empêcher de porter des toasts qui auraient pu donner lieu à des manifestations politiques, pendant la visite des autorités, il a été interdit aux restaurateurs de débiter du vin de champagne. Les chefs de musique avaient reçu l'ordre de ne pas jouer la Marseillaise. On m'assure que S. M. l'Empereur de Russie n'a pas voulu autoriser son frère, le Grandduc Serge, le nouveau Gouverneur-Général de Moscou, à faire l'ouverture de l'exposition française. En présence de l'accueil peu chaleureux des autorités à Moscou les membres du comité supérieur de l'exposition, au nombre desquels se trouve M. Flourens, ancien Ministre des Affaires Etrangères, ont quitté la ville le 12 mai pour retourner à Paris.» Moskau, 12. Mai 1891. — Die Darstellung, die Flourens in seinem Buche: Alexandre III, sa vie, son œuvre, Paris 1894, S. 319 ff. gegeben hat, ist offenbar ganz gefärbt und unzuverlässig.

Ohne Zustimmung der französischen Regierung, schreibt Greindl am 14. Mai, hätte Rothschild sich nicht von der russischen Anleihe zurückziehen können; es sei ein Anzeichen für eine schwere Verstimmung zwischen dem Pariser und dem Petersburger Kabinett. Ihre Ursache sieht Baron Marschall nach Greindls Bericht in der Antwort, die der französischen Regierung auf eine Sondierung in Petersburg über die Haltung Rußlands im Falle eines deutsch-französischen Krieges gegeben worden ist: wenn Frankreich von Deutschland angegriffen würde, war die Antwort aus Petersburg gewesen, könne es auf russische Unterstützung rechnen; wenn aber Frankreich Deutschland angreifen würde, würde es das auf eigene Gefahr tun[1]).

Am 8. Mai hatte der belgische Gesandte in Bukarest von Äußerungen Giers' gegenüber dem Gesandten Rumäniens in Petersburg berichtet, die Greindls Mitteilungen in den beiden wichtigsten Punkten bestätigten: Frankreich hatte in Petersburg den Abschluß eines Bündnisses vorgeschlagen; der Zar hatte aus Abneigung gegen die republikanische Staatsform und aus Mißtrauen gegen den ständigen Wechsel der regierenden Männer abgelehnt. Die russische Regierung verschmähe französisches Entgegenkommen nicht, aber von da bis zu einer Entente sei ein weiter Weg, hatte Giers hinzugefügt[2]).

Beide Berichte wurden, der Bukarester am 19., der Berliner am 21. Mai, Beyens streng vertraulich mitgeteilt; zum Berliner Bericht sollte er sich äußern. Diese Antwort fehlt, wie jede anderweitige Erörterung der Mitteilung, in den Pariser Gesandtschaftsberichten.

Um dieses Bündnisangebot Frankreichs richtig zu bewerten, muß man wissen, daß ihm ein ähnlicher Versuch nach anderer Seite unmittelbar vorhergegangen war. Erst dadurch werden Ziele und Mittel der damaligen französischen Politik in das rechte Licht gerückt.

Italien stand vor der Entscheidung, ob es den 1891 ablaufenden Dreibundvertrag erneuern oder französischen Lockun-

[1]) Anl. 74, S. 281 (Berlin, 14. Mai 1891).
[2]) Anl. 73, S. 280 (Bukarest, 8. Mai 1891).

gen folgen wollte. Crispis Nachfolger als Ministerpräsident, di Rudini, ließ sich mit dem Pariser Kabinett in Verhandlungen ein, die im Februar stattgefunden haben müssen, da ein oben schon angeführter Londoner Bericht vom 1. März auf sie Bezug nimmt und sie als möglicherweise bereits abgeschlossen bezeichnet; sie fallen also zeitlich fast mit dem Bündnisantrag an Rußland zusammen, der — eine genauere Datierung ist nach den belgischen Berichten allein nicht möglich — in den Monaten Februar oder März, spätestens im April gemacht wurde[1]).

Vom 10. April datiert der Bericht Greindls, der das Ministerium in Brüssel über diese Vorgänge unterrichtete. Er gibt in Kürze folgende Darstellung: Im Verlaufe des von di Rudini begonnenen Gedankenaustausches wird von ihm die Bekanntgabe des Vertrages mit Deutschland und Österreich verlangt, sie wird abgelehnt; darauf wird er um eine Erklärung gebeten, die ihm so ungeheuerlich erscheint, daß er nicht antwortet, die Verhandlungen abgebrochen werden und im Juni der Dreibund auf 6 Jahre verlängert wird. Rudini sollte nach Greindls Bericht „wenigstens erklären, ob Italien verpflichtet wäre, Deutschland mit den Waffen zu unterstützen, wenn Frankreich sich des Elsaß und Lothringens bemächtigen würde“[2]).

Der Sachverhalt war also folgender: Frankreich hielt die Stunde für günstig, einen Vorstoß gegen Deutschland unmittelbar oder mittelbar durch Sprengung des Dreibundes zu machen. Dieser galt, wie die belgischen Gesandtschaftsberichte häufig genug betonten, als so gelockert in seinem Bestande,

---

[1]) Anl. 70, S. 276 (London, 1. März 1891) vgl. oben S. 86. Nach einem Berliner Bericht vom 14. Februar 1891 wird man annehmen dürfen, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien schon in der ersten Februarhälfte stattfanden; es heißt in ihm: «Je n'ai rien appris de nouveau (bei Herrn von Holstein), sinon qu'outre la circulaire aux puissances, dont M. le Baron de Renzio vous aura sans doute donné connaissance. M. le Marquis di Rudini a adressé une autre dépêche au cabinet de Berlin et sans doute aussi au cabinet de Vienne, qui donne l'assurance la plus formelle de la fidélité de l'Italie à la triple alliance.» Diese Verhandlungen liegen also, wie nebenbei bemerkt sei, vor dem Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris und seinem unerfreulichen Ende.

[2]) Anl. 72, S. 279 (Berlin, 10. April 1891).

daß die Illusion wohl entstehen mochte, es werde nicht zu einer Erneuerung des Vertrages kommen und Deutschland in Kürze verlassen und isoliert, dazu durch politische und soziale Gegensätze innerlich gespalten, dastehen.

Dafür war das französische Selbstbewußtsein durch die gelegentliche Zusammenarbeit mit der russischen Politik und Freycinets Armeereform stark gestiegen. Der Staatssekretär von Marschall hatte, obwohl er an Kriegsabsichten Frankreichs nicht glaubte, schon im Januar Greindl darauf aufmerksam gemacht, „daß Freycinet ganz allein von Krieg spricht und, während alle anderen Herrscher nur Worte des Friedens äußern, erklärt, der Zustand Europas beruhe nicht auf dem Recht; Frankreichs Selbstvertrauen sei im Wachsen begriffen“[1]). Frankreich fühlte sich fertig und bereit, seit Freycinets Reorganisation der Armee Ende 1890 im wesentlichen abgeschlossen war. Er sagt es in seinen Erinnerungen selber, freilich mit der selbstverständlichen ausdrücklichen Ablehnung kriegerischer Pläne: „In zwei Jahren wurden unsere Arsenale angefüllt, und wir erwarteten seither mit verhältnismäßiger Ruhe die Verwicklungen, von denen wir uns bedroht glauben konnten. Manche Leute waren sogar der Meinung, daß für uns der Augenblick nicht schlecht gewählt gewesen wäre. Ich habe in den Jahren 1890 und 1891, als unsere Bewaffnung vollendet war und unsere neuen Formationen bei den großen Manövern in der Champagne verdientes Lob ernteten, mehr als einmal flüstern hören, da der Krieg unvermeidlich sei, wäre es besser, das Glück sofort zu versuchen. Ich war damals Ministerpräsident und meinte ebenfalls, daß unsere Situation gut war; aber eine ähnliche Versuchung, das wird man mir glauben, hat niemals mein Denken berührt. Wer würde einen Präventivkrieg entfesseln wollen“[2])?

Wer möchte es wagen, die geheimsten Gedanken der französischen Staatsmänner zu erraten, solange nicht andere Quellen

[1]) Der französische Wortlaut der zitierten Stelle aus einem Berliner Bericht vom 7. Januar 1891 ist oben Seite 88, Anmerkung 1, wiedergegeben.

[2]) Freycinet, a. a. O., S. 414.

erschlossen sind? Daß Freycinet kriegerische Projekte nachträglich ableugnet, ist wohl selbstverständlich, nachdem die Haltung Rußlands und Italiens ihre Verwirklichung unmöglich gemacht hatte.

Auf jeden Fall plante Frankreich einen diplomatischen Angriff auf Deutschlands politische Stellung, dessen erste Etappe die Sondierung auf Italiens Verpflichtungen und Bündnistreue war, dessen zweite in dem Versuch bestand, durch Ausnutzung der Lage das lange ersehnte Bündnis mit Rußland vorzubereiten, das Deutschland zwischen französischem Revanchegeist und panslawistischem Haß einzwängen sollte. Das Geldbedürfnis Rußlands gab die willkommene Gelegenheit zu der politischen Pression, über die die belgischen Berichte aus Berlin und Bukarest unterrichten. Nur schien es zunächst, als hätten sich die französischen Staatsmänner bei Rußland ebenso verrechnet wie bei Italien, als würden der Zar und seine Ratgeber dem Druck wie der Verlockung gegenüber fest in ihrer Ablehnung bleiben. Das zeigte das Scheitern der Anleiheverhandlungen und bestätigten die Vorgänge bei der Eröffnung der französischen Ausstellung in Moskau.

Aber es zeigte sich, daß Frankreich nicht leicht zu entmutigen war. Beide Fälle sind für die französischen Staatsmänner mit dem Fehlschlagen der politischen Verhandlungen nicht erledigt. Wie der Ablehnung des Bündnisantrages in Petersburg die Vereitelung der russischen Anleihe folgte, so eröffnete die französische Regierung den Wirtschaftskrieg gegen Italien, nachdem di Rudini die Besprechungen abgebrochen hatte. Da die Mittel der Verlockung versagen, wird das Mittel des Zwanges versucht. „Das Hauptziel des Wirtschaftskrieges, den Frankreich gegen Italien führt, ist das, Italien durch finanzielle Bedrängnis zum Austritt aus der Friedensliga zu zwingen", sagt Greindl am 27. Juni 1891[1]). Nur der Ausgang ist in den beiden Fällen verschieden. Italien blieb fest, und am 29. Juni erklärt di Rudini, daß der Dreibund erneuert sei.

[1]) «Le but principal de la guerre économique que la France fait à l'Italie est de forcer celle-ci, par la détresse financière, à sortir de la ligue de la paix.» Berlin, 27. Juni 1891.

Rußland aber lenkt ein, und am 23. Juli erscheint eine französische Flotte unter dem Kommando des Admirals Gervais auf der Reede von Kronstadt, ein Taumel der Verbrüderungsbegeisterung packt das Volk in Paris, in Petersburg und Moskau; es schien, als habe Freycinet die Frucht geerntet, die zu fassen seit Jahren das Ziel seiner politischen Pläne, seiner methodischen Arbeit gewesen war, als sei der Zweibund Wirklichkeit geworden.

Wie kam der Zar dazu, mit Pomp, Glanz und schönen Worten die Verbrüderung mit der Republik zu verkünden? Staunend hörte die Welt — auch die belgischen Gesandtschaftsberichte aus aller Herren Ländern spiegeln den Eindruck, den dieser kleine Zug auf die Zeitgenossen machte —, daß der Selbstherrscher aller Reußen stehend und unbedeckten Hauptes die Marseillaise, das verpönte, verfemte Lied der Revolution, angehört hatte!

Die Öffentlichkeit, die nichts von einem französischen Bündnisantrag und seiner Ablehnung, nichts von dem Zusammenhang mit der Vereitelung der russischen Anleihe wußte und die besondere Lage, in der sich die russische Regierung dadurch befand, nicht kannte, mußte glauben, daß der Zar seine Anschauungen innerhalb von wenigen Wochen von Grund aus geändert habe. Aber auch die Politiker Westeuropas waren anfangs ohne Kenntnis davon, daß Rußland unter einem Zwange handelte. Es ist deshalb erklärlich, daß alle belgischen Berichte außer denen der Gesandtschaft in Petersburg, die den Hergang zu erklären versuchen, die Beweggründe zunächst allein auf politischem Gebiete suchten. Wir werden noch sehen, wieweit sie darin im Recht waren.

Greindl erörtert die Frage, wodurch der Zar veranlaßt worden sei, seiner Politik die überraschende neue Richtung zu geben, schon in einem Bericht vom 11. Juli, als der bevorstehende Besuch der französischen Flotte in Kronstadt der Öffentlichkeit bekannt gegeben war: „Die Erneuerung des Dreibundes, die Haltung Englands, das sich ihm genähert hat, soweit es ohne förmlichen Eintritt in ihn möglich ist, die Erklärungen Fergussons über den Gedankenaustausch zwischen England und

Italien über die Aufrechterhaltung des Status quo im Mittelmeer, der Empfang der englischen Flotte bei ihrer Fahrt im Adriatischen Meer, die Kundgebungen, zu denen des Kaisers Englandreise Anlaß gab, haben in Petersburg tiefen Eindruck machen müssen. Es ist leicht, alles das in beunruhigendem Sinne auszulegen, dem Zaren zu zeigen, daß der mitteleuropäische Bund solche Kraft erlangt hat, daß er seinen Willen der übrigen Welt aufzuzwingen vermag, und ihm die Furcht einzureden, daß er sie zum Nachteil der außerhalb des Bundes stehenden Staaten nutzt. Schon einmal war es den Panslawisten gelungen, den Zaren davon zu überzeugen, daß der Deutsche Kaiser den Krieg wollte. Der Augenblick war gut gewählt, um das Manöver noch einmal zu versuchen. Von da bis zur Idee einer Annäherung zwischen Frankreich und Rußland ist nur ein Schritt"[1]).

Die Gesandtschaftsberichte brachten in der nächsten Zeit aus den verschiedensten Quellen Nachrichten, die Greindls Vermutungen durchaus zu bestätigen schienen. Immer wieder wird in ihnen die größte Bedeutung der Erneuerung des Dreibundes beigemessen. Je sicherer man auf seinen Zerfall und seine Nichterneuerung in diesem Jahre gerechnet hatte, um so größer mußte die Enttäuschung sein, als er nun im Juni allen Erwartungen zum Trotz erneuert wurde. Mancher politische Plan mochte dadurch über den Haufen geworfen werden. Als der italienische Botschafter in Petersburg Giers' Vertreter Schischkin Mitteilung von der Erneuerung des Dreibundes machte, hörte ihn dieser mit äußerster Kälte an und verhehlte ihm nicht, daß die Erneuerung auf die russische Regierung einen peinlichen Eindruck mache; am empfindlichsten berühre aber das Einvernehmen mit England[2]). Ebenso erklärte Giers selber im Herbst des Jahres bei seiner Zusammenkunft mit dem italienischen Ministerpräsidenten in Monza, Rußland habe der Nachdruck, den man der Erneuerung des Dreibundes gegeben habe, besorgt gemacht; darum habe der Zar den Besuch der französischen

[1]) Anl. 76, S. 283 (Berlin, 11. Juli 1891).
[2]) Anl. 81, S. 290 (Berlin, 9. August 1891).

Flotte in Kronstadt angenommen[1]). Beyens berichtet am 5. August aus Paris: „Die französischen Politiker sind sich klar über die Motive, die den Umschwung in dem Verhältnis Alexanders III. zur Republik hervorgerufen haben: der geräuschvolle Flottenempfang ist das Gegenstück zum feierlichen Empfang Wilhelms II. in London, und die Aufmerksamkeiten, mit denen man den Admiral Gervais und seine Offiziere überhäuft hat, sind die Antwort des russischen Selbstherrschers auf die Sympathiekundgebungen Englands für den Dreibund“[2]).

Etwas tieferen Einblick in die Verhältnisse am russischen Hofe und die Stimmung in Petersburg erhält man durch einen Bericht Greindls über die Eindrücke, die der schwedische Thronfolger im Frühjahr 1892 von dort zurückbrachte. Dieser hat mit einer Großfürstin deutscher Abstammung über innere Verhältnisse des Reiches sprechen können; sie erzählt ihm, „daß die ganze kaiserliche Familie in ewiger Unruhe lebt, als wenn sie am Vorabend einer Katastrophe stände; der Kaiser ist wie immer gleichzeitig halsstarrig und unentschlossen“. „Der schwedische Thronfolger“, fährt Greindl fort, „fand den russischen Kaiser sehr aufgebracht gegen den Deutschen Kaiser. Ihn hat der Nachdruck, den man der Erneuerung des Dreibundes gegeben hat, sehr verletzt. Das ist der Grund, der den Zaren zu den Kundgebungen von Kronstadt geführt hat. Jedoch hat der Strom der öffentlichen Meinung ihn weiter fortgerissen, als er gehen wollte“[3]).

[1]) «M. de Giers a dit que le bruit fait autour du renouvellement de la triple alliance avait préoccupé la Russie. C'est pourquoi le Tsar a accepté la visite de la flotte française à Cronstadt.» Berlin, 26. Oktober 1891.

[2]) Anl. 79, S. 287 (Paris, 5. August 1891).

[3]) Anl. 91, S. 305 (Berlin, 13. Februar 1892). — Ein Bericht aus Petersburg bestätigt die Angaben des schwedischen Thronfolgers: «Les paroles prononcées par l'Empereur d'Allemagne au sein de la Diète provinciale de Brandenbourg avaient principalement trait à la politique intérieure et auraient tout au plus pu avoir une signification belliqueuse en interprétant dans ce sens la fin de son speach où il promet de mener l'Allemagne vers un avenir brillant. Néanmoins des bruits absurdes ont pendant plusieurs jours circulé à St. Pétersbourg, même dans des sphères qu'on croirait devoir être plus éclairées. On racontait que le jeune Empereur

Das ist ein wegen seiner Quelle sehr beachtenswertes Zeugnis dafür, wie die Kundgebungen von Kronstadt zustande gekommen sind. Diese auf die unmittelbare Umgebung des Zaren zurückgehenden Mitteilungen stellen die Verbindung her mit dem, was in den früheren Kapiteln über die Persönlichkeit des Zaren und die Gefahren, die aus dem wachsenden Drucke des Panslawismus auf die Regierung zu entstehen drohten, aus den belgischen Quellen zusammengestellt worden ist. Sie bestätigen einen Ausspruch des Staatssekretärs von Marschall, der schon am 19. August Baron Greindl erklärte: „Der Zar hat erklären lassen, daß er den warmen Empfang veranlaßt habe, der den Franzosen zuteil wurde. Er irrt sich aber; vielmehr ist er der Masse erlegen“[1]). Marschall beurteilte trotzdem die Lage mit großer Ruhe und berief sich Greindl gegenüber auf Berichte aus Petersburg, nach denen eine Reaktion gegen die französische Strömung in Rußland bereits unmittelbar nach dem Flottenbesuch erkennbar gewesen wäre. Einem zweiten Bericht vom 25. August kann sich Greindl nach Wiedergabe von neuen optimistischen Äußerungen Marschalls nicht enthalten, chiffriert die Bemerkung hinzuzufügen: „Trotz meines sehr großen Vertrauens auf das Urteil des Staatssekretärs und die Informationen, über die er verfügt, kann ich mich der Befürchtung nicht erwehren, daß er zu rosig sieht“[2]). Ähnlich wie in Berlin glaubte man auch in Wien nicht an unmittelbar bevorstehende Gefahren, obwohl man die möglichen Wirkungen der nationalistischen Überreizung bei Russen und Franzosen nicht unterschätzte[3]).

---

allait bientôt décréter des mesures indiquant son intention de faire la guerre le printemps prochain ... Ces racontars absurdes sont cependant sympathiques. Les esprits se font peu à peu à l'idée d'une lutte avec l'Allemagne dont l'échéance seule est plus ou moins rapprochée. Je crois superflu d'ajouter que je suis loin de croire à la proximité de la dite échéance à raison de la situation économique de la Russie et surtout parce que la transformation de l'armement des troupes n'est pas assez avancée pour pousser à la guerre.» Petersburg, 17. März 1892.

[1]) Anl. 82, S. 291 (Berlin, 19. August 1891).

[2]) Anl. 83, S. 293 (Berlin, 25. August 1891).

[3]) Anl. 80, S. 289 (Wien, 6. August 1891).

Daß Greindl von den Kronstadter Festlichkeiten ernste Folgen befürchtete, ist nach allem, was von seinen Anschauungen mitgeteilt worden ist, klar: „Auch wenn der Besuch in Kronstadt weder zu einem Bündnis, noch zu einer einfachen Entente führt, wird er nichtsdestoweniger das Üble haben, die Hoffnungen der Exaltierten in beiden Ländern zu nähren. Er häuft Explosivstoffe an, an die Feuer zu legen gewisse Leute sich nichts Besseres wünschen können. **Die Annäherung beruht nur auf dem gemeinsamen Haß Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland. Sie kann darum nur einen aggressiven Charakter haben trotz der Bemühungen der russischen und französischen Staatsmänner, die die Welt glauben machen wollen, daß ein französisch-russisches Bündnis nur eine zweite Friedensliga wäre**[1])."

Am selben Tage schrieb der Gesandte in London einen Bericht, der fast die gleichen Gedanken entwickelt: „Die öffentliche Meinung in England gibt sich keiner Täuschung hin über die Bedeutung des Besuches der französischen Flotte in Kronstadt und der Kundgebungen aller Art, die bei dieser Gelegenheit stattgefunden haben. Sie begreift, daß, wenn der dem Admiral Gervais und seinen Offizieren bereitete Empfang nicht eine unmittelbare Gefahr für den Frieden Europas bedeutet, er doch das Vorzeichen einer Sachlage ist, aus der die schwersten Verwicklungen entstehen können. Man urteilt, daß die Entente, die mit solchem Nachdruck zwischen Frankreich und Rußland abgemacht wird, zunächst jedem von ihnen mit größerer Schnelligkeit und Entschiedenheit als bisher zu handeln und ihre Absichten zu verfolgen gestatten wird, ohne sich sehr um die Widerstände zu kümmern, die die anderen Mächte ihnen entgegenzusetzen versuchen könnten. **Dagegen ist der Dreibund von Natur eine untätige Vereinigung, in dem Sinne, daß er sich auf die Defensive beschränkt und sich sorgsam vor gewagten Unternehmungen hütet. Das französisch-russische Bündnis hat einen ganz anderen Charakter; es wird sich nicht darauf beschränken, ein Gegengewicht gegen das**

[1]) Anl. 77, S. 285 (Berlin, 1. August 1891).

andere zu bilden; denn wenn es die Hoffnungen nicht enttäuschen will, die es hat entstehen lassen, muß es aggressiv sein. Frankreich und Rußland werden aufhören, sich irgendeine Reserve aufzuerlegen. Jenes wird heftiger denn je in Sachen des Elsaß und Ägyptens Widerspruch erheben; dieses wird von der Hohen Pforte neue Konzessionen verlangen"[1]).

Selbst Beyens wurde ein wenig aus seiner Altersruhe aufgeschreckt, obwohl er sich bemühte, die Bedeutung der Ereignisse abzuschwächen, soweit die offiziellen Kreise in Betracht kamen; die tiefgehende Wirkung auf die Öffentlichkeit muß er zugeben: „In Frankreich sind die Einbildungen natürlich gestiegen, die Sprache der Presse hat unmittelbar die frohe Erregung der Öffentlichkeit widergespiegelt, die Allianz mit Rußland ist vollendete Tatsache geworden, so sicher als wenn sie auf dem Papier stünde ... Die Strömung, die das französische Volk zu Rußland hinreißt, wird unwiderstehlich. Das ist eine der Folgen der Vorgänge im Baltikum; die anderen werden ohne Zweifel eine große Spannung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und ein augenblicklicher Zustand des Unbehagens und der Unruhe sein, obwohl im Grunde nichts die Fortdauer des europäischen Friedens gefährdet"[2]).

Alle diese Berichte sind unter dem unmittelbaren Eindruck der Kronstadter Feste geschrieben worden. Sie suchen die wahrscheinlichen Folgen für die Zukunft zu erkennen und die Rückwirkungen auf die Politik der nächstbeteiligten Länder abzuschätzen, indem sie sich an das halten, was die Öffentlichkeit erfahren hatte. Von entscheidender Bedeutung aber für die Beurteilung der Tragweite der demonstrativen Freundschaftsbeteuerungen von beiden Seiten war die Beantwortung der Frage, ob sie von Abmachungen begleitet gewesen waren und welcher Art diese sein konnten.

In erster Linie unter diesem Gesichtspunkte betrachtete der belgische Gesandte in Petersburg den Flottenbesuch und glaubte in mehreren Berichten versichern zu können, daß von Allianz,

[1]) Anl. 78, S. 286 (London, 1. August 1891).
[2]) Anl. 79, S. 287 (Paris, 5. August 1891).

Vertrag, neuer Entente keine Rede sein könne. Aus diesem Grunde schien ihm der ganze Vorgang nicht entfernt die Bedeutung zu haben, die ihm beigelegt wurde. Aber er stützte diese Auffassung außerdem durch den Hinweis auf die Vorgeschichte der Kronstadter Festlichkeiten. Er war der Ansicht, daß politische Erwägungen nur eine sekundäre Rolle bei der Entschließung des Zaren gespielt hätten, dem Werben der Republik um einen Schritt entgegenzukommen; der Hauptgrund sei das Scheitern der russischen Finanzoperation im Frühjahr, das den Russen zum Bewußtsein gebracht habe, welch glänzende Geschäfte sie durch das Entgegenkommen der Franzosen gemacht hätten, und welche Gefahr es bedeuten würde, wenn ihnen nach dem Berliner auch dieser Markt gesperrt würde. „Ich denke," schließt de Vinck einen eingehenden Bericht vom 21. September, „ich tue der französischen Nation nicht unrecht, wenn ich sage, daß niemand es besser versteht, Reklame zu organisieren und selbst die geringfügigsten Dinge zum Vorteil der nationalen Eitelkeit auszunützen, als die Franzosen. Auf Grund von schönklingenden Telegrammen hat sich also die ganze französische Presse ans Werk gemacht, die doch sehr harmlosen Zeugnisse kaiserlicher Liebenswürdigkeit maßlos zu übertreiben. Man hat in Rußland nicht widersprochen: und die Legende ist fertig ... Die französische Presse und die Regierung, das ist wahr, haben Sprache und Haltung seit diesen Ereignissen geändert. Frankreich ist offenbar gegenüber Deutschland, wenn nicht aggressiver, so doch selbständiger, stolzer geworden; in Rußland beglückwünscht man sich natürlich dazu, daß dadurch das Ansehen des Dreibundes gemindert ist. Darum läßt man den Redereien ihren Lauf, da man kein Interesse daran hat, Nachrichten in Abrede zu stellen, die ein so glückliches Resultat haben. Man muß auch zugeben, daß die nationale Eitelkeit der Russen, mit der sehr zu rechnen ist, sich nicht wenig dadurch geschmeichelt fühlt, daß ein Land wie Frankreich seine Wiedererstehung und den Beginn einer neuen Periode seiner Geschichte von einem Lächeln des Zaren und dem Beifall einiger Muschiks datiert. Aber wenn man in Paris daraus die äußersten Folgerungen zu ziehen versuchen und in

amtlichen Kreisen Deutschland gegenüber drohend auftreten würde, würde Giers sicherlich an das erinnern, was er noch kürzlich dem Gesandten eines benachbarten Staates sagte: daß Rußland nie mit dem Angreifer gehen würde, und daß man in Frankreich wohl im Falle eines Angriffes auf Rußlands Beistand rechnen könne, aber Rußland bei einer Offensivunternehmung gegen sich haben würde"[1]).

Zu diesem Bericht machte der Minister in Brüssel die Randbemerkung: „Dieser Bericht de Vincks ist sehr anziehend zu lesen; aber ich teile seinen Optimismus nicht" — ein Urteil, das recht bezeichnend für die Auffassung unbefangener und urteilsfähiger Kreise ist[2]). Auf Grund dieser Bemerkung wurde eine Antwort an den Gesandten vorbereitet, die ebenfalls Vorbehalte wegen der Berechtigung seiner Anschauungen machte. Sie wurde aber in dieser Form nicht abgeschickt, sondern so geändert, daß es fast den Anschein hat, als hätte sich das Ministerium inzwischen dem Standpunkte des Gesandten genähert[3]), der in der Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen einer neuen russischen Anleihe in Paris, die fast unmittelbar nach dem

[1]) Anl. 85, S. 295 (Petersburg, 21. September 1891).

[2]) Daß die Notiz von der Hand des Ministers selber herrührt, ist eine Vermutung; das Signum, das die Unterschrift vertritt, ist nicht zu entziffern. Die Bemerkung lautet: «Ce rapport de de Vinck est d'une lecture très attachante, mais je ne partage pas son optimisme.» (Gesandtschaftsberichte aus Petersburg, unter dem 6. Oktober 1891.)

[3]) Die erste Fassung des Antwortschreibens an de Vinck lautet: «J'ai l'honneur de vous accuser la réception du rapport que vous avez bien voulu m'adresser le 9/21 septembre dernier, no. 203/134. Ce rapport a été placé sous les yeux du roi. J'aurais quelques réserves à faire touchant les considérations dans lesquelles vous entrez. Mais ces réserves ne diminuent pas l'intérêt avec lequel je vous ai lu.» Dieser Entwurf wurde gestrichen und von «j'aurais quelques réserves à faire» an ersetzt durch folgende Fassung: «J'ai pris connaissance avec beaucoup d'intérêt des réflexions que vous suggèrent les événements de Cronstadt; ces réflexions sont présentées d'une manière qui, tout en capturant l'attention, s'écartent cependant quelque peu du style habituel des communications diplomatiques. Mais, à part cette réserve quant à la forme, je ne puis que vous savoir gré de m'avoir fait connaître sans réticence votre opinion sur des faits dont on semble avoir exagéré l'importance.» (Gesandtschaftsberichte aus Petersburg, unter dem 6. Oktober 1891.)

Flottenbesuch begannen und im Oktober zum Abschluß kamen, eine völlige Bestätigung seiner Auffassung sah[1]).

Es äußert sich in der Änderung des Textes dieser Antwort an den Gesandten die gleiche Wendung zu einer gewissen Beruhigung, die sich in den in Brüssel einlaufenden Gesandtschaftsberichten aus dem September und Oktober spiegelt. Auch Greindl wurde zuversichtlicher. Da er die unmittelbare Vorgeschichte des Flottenbesuches kannte, ist es klar, daß es nicht die Haltung der französischen Politik sein konnte, die ihn zu einer ruhigeren Auffassung der politischen Lage bewog. Nach der Seite blieb sein Mißtrauen so wach wie im Anfang. Es machte ihm wenig Eindruck, daß Herbette ihm einen Privatbrief Freycinets zeigte, in dem gesagt war, daß die Entente mit Rußland nur defensiv sei: „Ich messe diesen Mitteilungen, die den Charakter eines Zirkulars tragen, sehr mäßige Bedeutung bei. Selbst wenn alles das nicht wahr ist, kann die französische Regierung keine andere Sprache führen"[2]). Was ihn beruhigte, war vielmehr die Haltung der russischen Regierung: „Rußland will wohl seine Sympathien für Frankreich äußern und ihm behilflich sein, die ihm zukommende Stellung in Europa wiederzugewinnen; aber es hält darauf, die Leitung seiner Politik in Händen zu behalten und sich nicht fortreißen zu lassen, entweder weil die von ihm

---

[1]) Nach einem Hinweis auf das Scheitern der Anleihe im Frühjahr heißt es in einem seiner Berichte: «De là au 3% actuel et aux derniers emprunts souscrits avec une sorte d'enthousiasme à Paris, le chemin ne laissait pas de paraître devoir être long; il aura suffi pourtant, pour amener en grande partie ce changement rapide, de quelques toasts franco-russes et de la Marseillaise ou de l'Hymne russe joués et applaudis à propos. Voilà qui suffirait à donner la clef des quelques politesses plus cordiales qu'auparavant dont la France a pu se trouver l'objet.» Petersburg, 9. Oktober 1891.

[2]) «D'après ce que m'a dit M. le Baron de Marschall, l'Ambassadeur de France à Berlin s'efforce d'expliquer le rapprochement vers la Russie et ce qui s'est passé depuis, dans un sens pacifique. M. Herbette m'en a dit autant, ainsi qu'aux rares Chefs de Mission qui se trouvent en cette saison à Berlin. Il m'a fait voir une lettre particulière de M. de Freycinet où il est dit que l'entente avec la Russie est purement défensive. J'attache à ces communications qui ont les allures d'une circulaire, une très médiocre importance. Même si tout cela n'est pas vrai, il est impossible au Gouvernement français de tenir un autre langage.» Berlin, 9. September 1891.

zur Schau getragenen friedfertigen Absichten aufrichtig gemeint sind, oder weil es nicht bereit ist“[1]).

Vom russischen Standpunkt aus wäre der Moment in der Tat schlecht gewählt gewesen, den Kampf mit den Mittelmächten aufzunehmen. Nachrichten, die allmählich aus dem Innern des Reiches ins Ausland drangen, waren es in erster Linie, die die unmittelbaren Folgen des Kronstadter Flottenbesuches weniger bedrohlich erscheinen ließen. In Brüssel lief übereinstimmend aus verschiedenen Quellen die Meldung ein, daß der Sommer Rußland eine Mißernte von unerhörter Ausdehnung gebracht hatte. Im Spätherbst lastet eine fürchterliche Hungersnot auf weiten Distrikten des Riesenreiches, die mangelnde Nahrung schafft den günstigsten Boden für das Umsichgreifen von Seuchen. Bis Anfang November ist schon mehr als die Hälfte der letzten Anleihe für die Notleidenden verwendet worden[2]), und am 16. Februar 1892 teilt Marschall dem Baron Greindl mit, daß ein hoher Offizier dem Zaren erklärt habe, bei dem trostlosen Zustande des Landes sei die Mobilisation ganz unmöglich[3]).

---

[1]) Anl. 84, S. 294 (Berlin, 19. September 1891).

[2]) Anl. 84, S. 294 (Berlin, 19. September 1891). — «La Russie a d'ailleurs de bonnes raisons de ne pas chercher des aventures. Elle est en présence d'une famine qui menace de décimer le pays. 23 Provinces, environ 30 millions d'habitants, sont à la veille de mourir de faim. Nous savons aujourd'hui au juste quelle était pour les Russes la portée exacte de l'entrevue de Cronstadt. Il leur fallait un emprunt à tout prix. Peu de la moitié de cet emprunt est déjà affecté aux affamés.» Konstantinopel, 25. Oktober 1891 (als Äußerungen von Vertretern der Dreibundsmächte nach Brüssel berichtet). — «Mais si l'on ajoute aux sentiments pacifiques qui dominent dans le caractère de l'Empereur Alexandre, l'affreuse disette qui frappe ses sujets et menace la vie économique de son Empire, l'on se persuade à Vienne que ... le maintien de la paix restera cependant forcément assuré, au moins aussi longtemps que la Russie n'aura pas réparé les calamités intérieures qui paralyseront les velléités de sa politique étrangère.» Wien, 6. November 1891. — s. auch Anl. 86, S. 301 (Brüssel, 11. November 1891; auf Grund eines Gesandtschaftsberichts aus Konstantinopel vom 5. November).

[3]) «Rien ne peut troubler la politique pacifique des puissances de l'Europe centrale, aussi longtemps que la Russie ne sera pas sortie da sa détresse actuelle. Un officier, très haut placé a dit tout dernièrement au Tsar

Die politische Welt freilich war der Anschauung, daß die Gefahr dadurch nur vertagt, nicht beseitigt war. Der Wiener Gesandte berichtet am 6. Oktober, daß der ständige Ausbau der russischen Heere, besonders unaufhörliche Sendungen neuer Truppen und die Einrichtung von Unterkunftsräumen für sie an den Westgrenzen des russischen Reiches weitergingen[1]). Namentlich die Unsicherheit über die zwischen Frankreich und Rußland getroffenen Abmachungen lastete wie ein Alpdruck auf der europäischen Welt. Am 27. November 1891 schrieb der Gesandte aus London: „Wenn man Informationen, die mir kürzlich zugegangen sind, Glauben schenken soll, wäre die Zuversicht auf die Erhaltung des Friedens nicht mehr so fest, wie man vor kurzer Zeit behauptete oder sich den Anschein gab zu behaupten. Sollte das Auswärtige Amt positive Angaben über die zwischen Frankreich und Rußland vereinbarten Abmachungen erhalten haben? Sollte Österreich haben wissen lassen, daß die von Rußland längs der polnischen Grenze getroffenen militärischen Maßnahmen keinen Zweifel über die feste Absicht einer Eröffnung des Krieges im kommenden Frühjahr lassen? **Wird endlich der Revanchegeist, der nicht aufgehört hat, das französische Volk zu beseelen, den aber die Befürchtung vor einem verfrühten Kriege bis jetzt zurückhielt, am Ende einen unwiderstehlichen Druck auf die Regierung ausüben und sie zum Entschluß treiben, einen weniger**

qu'il serait impossible de mobiliser l'armée russe. A St. Pétersbourg on s'imagine que l'Allemagne veut profiter des malheurs de la Russie pour provoquer la guerre et qu'elle prépare une campagne pour le printemps. Cela prouve qu'on a mauvaise conscience. L'Allemagne ne fera jamais une guerre prophylactique. Elle n'a du reste rien à gagner à des victoires.» Berlin, 17. Februar 1892.

[1]) «Monsieur le Comte Kalnoky, avec lequel j'avais l'honneur de m'entretenir ces jours-ci à la secrétairerie d'Etat me répétait que rien ne faisait prévoir actuellement les événements que le public européen semble redouter. Son Excellence reconnait le caractère et les dispositions personnelles éminemment pacifiques du Czar; mais le développement continuel de ses armées et surtout l'envoi incessant de nouvelles troupes, ainsi que l'établissement d'abris pour les loger aux frontières occidentales de son Empire et surtout de l'Autriche-Hongrie leur causent, m'a-t-il dit, d'assez sérieuses préoccupations.» Wien, 6. Oktober 1891.

gefährlich gewordenen Feind anzugreifen? Wie dem auch sei — der allgemeine Eindruck in London soll der sein, daß der geringste Zwischenfall plötzlich als Vorwand dienen kann für einen Konflikt, der diesmal ganz Europa in Flammen setzen würde"[1]).

In London sah man seit einiger Zeit die Zukunft schwärzer als in den übrigen Hauptstädten Europas. Schon am 19. November antwortete der Gesandte von dort auf eine oben bereits erwähnte Mitteilung über die inneren Schwierigkeiten Rußlands, die ihm auf Grund eines Berichtes aus Konstantinopel durch das Ministerium zugestellt war, mit Zweifeln, die sich auf Person und Charakterfestigkeit des Zaren bezogen; er gibt die Äußerungen eines Staatsmannes wieder, dessen genaue Kenntnis der russischen[2]) Verhältnisse er rühmt: „Kaiser Alexander — und das ist allen, die ihn gut kennen, klar — ist sich der Lage seines Reiches vollkommen bewußt. Demgemäß wird er, soviel an ihm liegt, es vermeiden, sich in Abenteuer zu stürzen. Niemand weiß besser als er, welche Gefahren seiner Person und seiner Dynastie beim geringsten schlimmen Zwischenfall drohen würden. **Aber der Zar ist nicht sein eigener Herr. Er ist der Sklave der panslawistischen Partei. An dem Tage, an dem diese Partei, deren Führer die beiden Brüder Ignatieff sind, entscheidet, daß zu den Waffen gegriffen werden muß, wird der Kaiser, weil er sich zu schwach fühlt, diesem Druck zu widerstehen, die Augen vor den möglichen Folgen eines neuen Feldzuges schließen und den Leuten gehorchen, deren Einfluß im Lande er kennt und deren verbrecherische Unternehmungen er fürchtet"[3]).** Dieser Bericht wurde Greindl in Abschrift mitgeteilt, der seinen Inhalt in vollem Umfange mit den Worten bestätigte: „Die Lage ist in dem Gespräch, das Sie mir mitzuteilen die Güte hatten, vollständig zutreffend dargestellt. Die Regierungen sind nicht ihrer selbst Herr.

---

[1]) Anl. 89, S. 304 (London, 27. November 1891).

[2]) Im Original steht: „türkischen", die Abschrift, die an Greindl geschickt wurde, hat dagegen die obenstehende Lesung (s. Anl. 88, S. 303).

[3]) Anl. 87, S. 302 (London, 19. November 1891).

Die panslawistische Partei, die stärker ist als der Zar, entscheidet über Krieg oder Frieden.“[1])

Durch eine Reise des russischen Ministerpräsidenten von Giers nach Paris im November erhielten Gerüchte und Besorgnisse, die die französisch-russische Annäherung geweckt hatte, neue Nahrung. Als Giers auf der Rückreise in Berlin versichert, daß Rußland und Frankreich ganz friedfertig seien, schreibt Greindl am 6. Dezember: „Es scheint mir, daß man recht oft wiederholt, der Friede sei gesichert. Man würde nicht das Bedürfnis haben, alle acht Tage auf dasselbe Thema zurückzukommen, wenn man ganz sicher wäre, daß es wahr ist“[2]). Selbst der optimistische de Vinck, der folgerichtig in Giers' Reise nur einen Versuch sieht, die russische Anleihe in Paris zu fördern, gibt jetzt doch Bedenken Ausdruck: „Immerhin könnte der Besuch des russischen Ministers des Äußeren eines schönen Tages einen dunklen Punkt entstehen lassen. Wird die große Masse des französischen Volkes nicht glauben, daß Frankreich diesmal die Allianz in Händen hält, nach der es verlangt? Wird die öffentliche Meinung nicht infolge irgendeines Zwischenfalles dazu getrieben werden, die Regierung auf den Weg von Abenteuern zu stoßen?“[3])

Ein Belgier, der dem eigentlichen Leiter der belgischen Politik, dem Baron Lambermont, als Mitarbeiter sehr nahestand, Emil Banning, schrieb damals (Ende Oktober 1891) ein Urteil über Kronstadt nieder, das mit den Gesandtschaftsberichten zu vergleichen nicht ohne Interesse ist: „Die Verbindung von Frankreich und Rußland, im Jubiläumsjahr der Revolution von 1789, ist eines der beunruhigendsten Rätsel dieses Jahrhundertendes. Ist das eine Allianz? Wie soll man

---

[1]) Anl. 90, S. 304 (Berlin, 6. Dezember 1891).

[2]) Anl. 90, S. 304 (Berlin, 6. Dezember 1891).

[3]) «Il se pourrait toutefois que la visite du Ministre des Affaires Etrangères de l'Empereur Alexandre fasse surgir un jour ou l'autre un point noir. La grande masse du peuple français ne croira-t-elle pas que cette fois la France tient cette alliance à laquelle elle aspire? L'opinion publique à la suite d'un incident quelconque ne sera-t-elle pas portée à pousser ses gouvernants dans la voie des aventures?» Petersburg, 18. November 1891.

diesen Widerspruch unter der Form der Vereinigung verstehen? Hier eine Staatsform parlamentarischer Demokratie, die fast zur demagogischen Anarchie und religiösen Verneinung wird; dort eine autokratische, auf orthodoxe Theokratie gegründete Staatsform mit Knute und Sibirien als Sanktionierung. Mangel an Autorität und Übermaß von Autorität, gesteigertste Kultur und reinste Barbarei, intellektuelle Verfeinerung und schlimmste Unwissenheit, gallische Skepsis und slawische Gläubigkeit, Pariser Ungestüm und bäurische Schwerfälligkeit, alle diese Gegensätze sich die Hand reichend, sich hemmungslos vereinigend, im Rausch erhitzend: welche Schande und welche Lehre! Drei Leidenschaften haben zu dieser Verbindung geführt: der Geist der Überhebung, der Geist der Rache, der Geist der Eroberung. Die Panslawisten in Petersburg und Moskau geben den Chauvinisten Frankreichs an krankhafter Selbstüberschätzung, an törichtem Eigendünkel, an Mißachtung anderer Nationen nichts nach. Der Berliner Vertrag hat auf der einen Seite dieselbe Wunde geschlagen wie auf der anderen der Vertrag von Frankfurt. Frankreich träumt nicht allein vom Wiedererwerb des Elsaß und Lothringens, sondern von der Eroberung der Rheingrenze: erst vor wenigen Tagen hat ein Mann von Wissen und Wert, ein Greis von 83 Jahren, ein Gegner der russischen Allianz, Barthélemy-Saint-Hilaire, erklärt, daß Frankreich ohne die Rheingrenze Europa nicht in Frieden lassen könne (Times vom 22. Oktober 1891). Und wo sind die Grenzen für den moskowitischen Ehrgeiz? ... Rußland starrt wie versessen auf Bulgarien, auf Konstantinopel, Kleinasien, Persien, Indien. Das sind die Begehrlichkeiten und Träume, die Europa in eine Rüstung zwingen, deren Gewicht es erdrückt. Beide Nationen tun in dieser verhängnisvollen Verbindung nur ihre Fehler zusammen. Die französisch-russische Allianz kann, wenn sie in den internationalen Beziehungen feste Form annimmt, nur eine Verschwörung gegen die Kultur sein, ihr Triumph würde Europa den Barbaren preisgeben"[1]).

Zuversicht und Vertrauen auf ruhige Entwicklung und friedliche Zukunft waren überall tief erschüttert — das war die

[1]) Banning, Réflexions morales et politiques. Brüssel 1899. S. 81.

nächste Wirkung dessen, was in Kronstadt geschehen war, das war das Ergebnis der französischen Politik. Diese Wirkung wurde allgemein empfunden, auch dort, wo man den beruhigenden Symptomen eine größere Bedeutung glaubte beimessen zu können.

Sucht man aus der Gesamtheit der belgischen Quellen sich ein Bild von der Entstehungsgeschichte der Kronstadter Festlichkeiten und ihrer Bedeutung zu machen, so wird man zu folgendem Ergebnis kommen:

Nach allem, was von den verschiedensten Gesandtschaften über Anwachsen, Macht und Ziele des Panslawismus berichtet wurde, muß man es als erwiesen ansehen, daß die französische Regierung von dieser Seite auf die weitgehendste Unterstützung rechnen konnte, als sie im Frühjahr den Bündnisantrag machte, von dem über Berlin und Bukarest nach Brüssel berichtet wurde. Ein heißer Kampf der Anschauungen und Einflüsse in der Umgebung des Zaren muß damals eingesetzt haben. Aber erst die Zukunft wird Quellen zutage fördern, die über die Vorgänge klares Licht verbreiten werden; dazu reichen die belgischen Berichte nicht aus. Aus ihnen scheint immerhin hervorzugehen, daß der Zar nicht leicht für den französischen Plan zu gewinnen gewesen ist und auch dem panslawistischen Drängen mindestens anfänglich Widerstand entgegengesetzt hat. Ob diese Festigkeit von Dauer gewesen wäre, ist nicht zu sagen; nach dem Zeugnis der belgischen Quellen ist es erlaubt, daran zu zweifeln.

Als der Zar einlenkte, wich er jedenfalls nicht nur diesem politischen Druck des Panslawismus, der in der Erneuerung des Dreibundes und Kaiser Wilhelms Englandreise wohl willkommene neue Waffen gegen Deutschland begrüßen mochte, vielleicht auch durch das Erlöschen des Rückversicherungsvertrages unterstützt wurde, sondern auch dem Zwange äußerer Umstände. Das drohende Gespenst der Mißernte und der Hungersnot nahmen dem Zaren endgültig die Freiheit des Entschlusses; sie trieben ihn in die Richtung, die Revanche-Idee und Panslawismus seit langem der russischen Politik vorschreiben wollten. Er mußte Abneigung und Widerwillen gegen die Republik überwinden, um französisches Geld zu erhalten.

Das wird die Vorgeschichte der Kronstadter Feste sein, des ersten Marksteines im Werden des Zweibundes. So wird es verständlich, daß es wie eine Welle des Schreckens durch die europäischen Hauptstädte ging, schon als der bevorstehende Besuch der französischen Flotte nur bekannt gegeben wurde, und noch viel mehr, als die Festlichkeiten einen demonstrativen Charakter erhielten, der die schlimmsten Erwartungen übertraf. Es schien, daß der Sieg der panslawistischen Partei am russischen Hofe durch sie die weithin sichtbare und nachdrücklichste Bestätigung erhielt. So erklärt es sich andererseits, daß die Folgen ausblieben, die jene von den Kronstadter Ereignissen erwarteten, die in ihnen allein das Werk von seit Jahren wirkenden, den europäischen Frieden bedrohenden Kräften sehen mußten. Sie hatten nur zum Teil recht, wie auch de Vinck nur zum Teil recht hatte, wenn er mit einer gewissen Kurzsichtigkeit die äußere Veranlassung in den Vordergrund rückte und darauf seine optimistische Geringschätzung der Verbrüderungskundgebungen gründete.

Um einiges klarer als die belgischen Gesandtschaftsberichte jener Jahre erkennen wir heute die politische Bedeutung des Flottenbesuches für die Entstehungsgeschichte des Zweibundes. Wir wissen genau, daß de Vinck im Irrtum war, wenn er ihm politische Bedeutung nur in seiner Rückwirkung auf die Stimmung in Frankreich einräumen wollte. Wir wissen, daß jene Festlichkeiten in der Tat von Abmachungen begleitet waren, und wenn man lange auf die Angaben Hansens angewiesen war, deren Berechtigung nicht nachgeprüft werden konnte, so haben wir heute dafür das unbedenkliche Zeugnis Freycinets selber. Klingt es nicht, wie wenn ein Raubtier seine Beute gepackt hält, wenn Freycinet schreibt: „Als das Geschwader am 4. August die Anker lichtete, war die Annäherung vollzogen. Es handelte sich nur noch darum, sie in die Sprache der Diplomatie zu übertragen. Der Zar hatte sich öffentlich bloßgestellt, er hätte nicht mehr zurückgekonnt.“ Am 24. Juli hatte Ribot[1]) nach

[1]) Französisches Gelbbuch Nr. 5. Weitere Schreiben aus Paris ergingen am 29. Juli, 6., 7. und 11. August. Vgl. im übrigen S. 134, Anm. 1. (Anmerkung des Herausgebers.)

Beratung mit dem Präsidenten Carnot und mit Freycinet dem französischen Botschafter die nötigen Grundlagen für die Verhandlungen nach Petersburg geschickt, die vom 20. August an in Paris fortgesetzt wurden[1]); am 27. August wurden die endgültigen Erklärungen ausgetauscht. „Sie entsprachen, das kann man sagen, einem Verlangen, das sich seit langen Jahren gezeigt hatte, und dem allein die Gelegenheit gefehlt hatte, um seinen Niederschlag in einem amtlichen Aktenstück zu finden. Aus einem tiefen Instinkt waren die Völker den Ämtern vorausgegangen“[2]).

Wir wissen auch heute noch nicht, was im Sommer 1891 zwischen der französischen und der russischen Regierung abgemacht worden ist. Die knappen Worte und nichtssagenden Versicherungen, die in Freycinets Erinnerungen zu finden sind, haben ebenso sehr beschränkten Wert wie die umständlichen Konjekturen Albins[3]). Vermutlich decken sich diese Abmachungen nicht mit dem Bündnisantrag, den die französische Regierung im Frühjahr gemacht hatte. Man hatte damals den Zaren und die Stellung der russischen Politik doch falsch eingeschätzt; Bescheidung war am Platze, wenn man von der Zeit, von geduldiger Weiterarbeit die Verwirklichung der Träume erwarten mußte, die das Ziel von Freycinets Politik waren. Es ist wohl ein nur wenig verhülltes Eingeständnis dieses notgedrungenen Verzichtes auf das eigentliche weitgesteckte Ziel, wenn Freycinet schreibt: „Wenn manche Leute bedauern, daß man nicht weitergegangen ist, daß man nicht Ausblicke auf die ‚immanente Gerechtigkeit‘ eröffnet hat — mögen sie sich trösten mit dem Gedanken, daß Rußland diesen Weg nicht betreten hätte, wenn wir ihn in Vorschlag gebracht hätten. Alexander III. war ein durchaus friedfertiger Herrscher. Er hatte es 1886 beim Konflikt mit England in Afghanistan

---

[1]) Sie wurden in Paris durch den soeben zurückgekehrten Mohrenheim geführt. (Anmerkung des Herausgebers.)

[2]) Freycinet, a. a. O., S. 466—467.

[3]) Albin, a. a. O., S. 318—323. Vgl. S. 134, Anm. 1.

bewiesen; er würde seine Vergangenheit nicht verleugnet haben“[1]).

Das eigentliche Ziel also war nicht erreicht, trotz der Abmachungen vom 27. August. „Sie setzten gemeinsames Handeln fest, aber regelten nicht deren Art und Bedingungen. Sie verlangten nach einer logischen Ergänzung: einer Militärkonvention, deren Notwendigkeit ich vom ersten Tage an betont, und deren Prinzip Ribot zur Anerkennung gebracht hatte. Aber bei den Arbeitsgewohnheiten Alexanders III., seiner wohlbekannten Bedachtsamkeit, war es angebracht, langsam vorzugehen. Dieser neue Vertrag wurde also vertagt und fand die Zustimmung des Kaisers erst im folgenden Jahr“[2]).

[1]) Freycinet, a. a. O., S. 467—468.
[2]) Freycinet, a. a. O., S. 468—469.

KAPITEL V.

TOULON UND DER ABSCHLUSS DES ZWEIBUNDES.

(1892—94).

Von dem Fortschreiten der mit größter Sorgfalt geheimgehaltenen Verhandlungen haben die belgischen Gesandten sehr wenig erfahren, und das Buch Hansens und die Erinnerungen Freycinets geben natürlicherweise wenig mehr als die äußeren Hergänge. Immerhin geht aus ihren Darstellungen hervor, daß es sehr schwer gewesen ist, den Zaren zu weiteren Schritten auf der Bahn zu bewegen, die er mit Kronstadt betreten hatte. Es hat aller Geschicklichkeit Freycinets bedurft, um die Hemmungen auf russischer Seite und die Ungunst innerpolitischer Krisen — das Jahr 1892 brachte den Panamaskandal, in den auch der russische Botschafter durch die Presse hineingezogen wurde — zu überwinden. Ein wertvoller Helfer war Hansen, der in Frankreich naturalisierte Däne, dessen Verbindungen zu Vertrauten des Zaren von Freycinet und Mohrenheim jedesmal genützt wurden, wenn der Zar den gewohnten Aufenthalt in Kopenhagen nahm. Dort war er in der Umgebung, die einer Beeinflussung in französischem und deutschfeindlichem Sinne am günstigsten war. Die Königin von Dänemark, die Mutter der Zarin, wird in einem Bericht Greindls einmal die unversöhnlichste Feindin Deutschlands genannt, die seit 30 Jahren keine Gelegenheit ungenützt ließe, dem Reiche, soviel in ihrer Macht liege, zu schaden[1]). Persön-

[1]) In dem Bericht wird von den Ehrungen gesprochen, die der französischen Mission bei den Bestattungsfeierlichkeiten Alexanders III. in Petersburg zuteil geworden sind: »M. le Baron de Marschall croit que cette mise en scène n'est pas le fait de l'Empereur Nicolas. Elle provient

liche Einwirkungen dieser Art müssen eine große Rolle bei den französischen Versuchen, den Zaren in der einmal eingeschlagenen Richtung weiter und weiter zu treiben, gespielt haben. Nur treten diese, dem Historiker, der hinter den Vorgängen die Menschen sucht, wichtigen Züge in den diplomatischen Berichten völlig zurück; mit Andeutungen muß sich begnügen, wer über anderes zuverlässiges Quellenmaterial nicht verfügt.

Währenddem wuchs in der russischen Öffentlichkeit das Mißtrauen gegen Deutschland, das den günstigsten Boden für jede politische Propaganda bildete. Dafür ist sehr bezeichnend, was der schwedische Thronfolger im Frühjahr 1892 auf der Rückreise von Petersburg erzählt. Er fand „jedermann in Petersburg davon überzeugt, daß Deutschland den Krieg mit Rußland wolle und nach einem Anlaß für ihn suche; die durch die Sprache der Tatsachen erwiesene Tollheit dieser Idee hindere nicht, daß sie geglaubt werde“[1]). Auch in einem Bericht aus Petersburg wird diese Krisenstimmung in Rußland erwähnt; man kann ihm entnehmen, welcher Art die Gerüchte waren, die auf diese Weise verbreitet wurden und die Spannung zwischen beiden Ländern verstärken mußten. Der Gesandte schließt ihn mit den wenig hoffnungsvollen Worten: „Diese törichten Redereien sind aber symptomatisch. Die Gemüter gewöhnen sich allmählich an den Gedanken eines Kampfes mit Deutschland, bei dem es sich nur darum handelt, ob er früher oder später kommt“[2]).

Als am 18. Februar 1892 das Kabinett Freycinet gestürzt wurde und Loubet das Ministerpräsidium übernahm, blieben Freycinet Kriegsminister, Ribot Minister des Äußeren. „Die Bedenken, die mich in jeder anderen Lage zurückgehalten

---

de l'Impératrice douairière dont les sentiments sont conformes à ceux de sa mère la Reine de Danemark. Celle-ci est, depuis trente ans, l'ennemie la plus implorable de l'Allemagne et ne laisse jamais passer une occasion de nuire à l'Empire, autant qu'il est en son pouvoir.« Berlin, 27. November 1894.

[1]) Anl. 91, S. 305 (Berlin, 13. Februar 1892).

[2]) Anl. 92, S. 306 (Petersburg, 17. März 1892).

hätten," sagt Freycinet, „mußten vor der Notwendigkeit, die Militärkonvention zum Abschluß zu bringen, zurücktreten[1])." Schon im September 1891 hatte er durch Vermittlung Hansens einen Einwirkungsversuch auf den Zaren gemacht und ihn von der Notwendigkeit, das Übereinkommen vom 27. August durch militärische Abmachungen zu ergänzen, überzeugen wollen. Der Zar hatte die Entscheidung hinausgeschoben. Giers' Aufenthalt in Paris im November führte zu einer persönlichen Annäherung, blieb aber ohne greifbares Ergebnis. Zwei Tage vor dem Sturz des Kabinetts Freycinet ging eine Note, die die Grundzüge der Konvention festlegte, an den französischen Botschafter in Petersburg ab, die vom Zaren dem Generalstabe zur weiteren Bearbeitung übergeben wurde. In Paris fürchtete man ein neues Stocken der Verhandlungen. Deshalb überreichte General de Boisdeffre als Gast bei den großen russischen Kaisermanövern im August den ausgearbeiteten Entwurf. Er erhielt am 17. August vom russischen Kriegsminister Wannowski den Bescheid, daß der Zar „im Prinzip die Gesamtheit des Projektes gutgeheißen habe", das bereits von den beiden Generalstabschefs unterzeichnet war; der einzige Vorbehalt war, daß Giers möglicherweise noch geringfügige Änderungen im Wortlaut vornehmen würde. Aber dieser Vorbehalt hatte einen neuen und langen Aufschub zur Folge. Denn die Versuche, auf den greisen und schwerkranken Minister einzuwirken, gelangen nicht, auch nicht, als er im Herbst in Aix-les-Bains Heilung suchte, und Freycinet und Ribot gemeinsam von ihm bindende Zusagen erlangen wollten. Im Januar 1893 legte Freycinet das Amt des Kriegsministers, im März Ribot das des Ministers des Äußeren nieder; die Militärkonvention bestand zwar als Abmachung zwischen dem französischen und dem russischen Kriegsministerium, aber noch fehlte die formelle Bindung durch die Unterschrift des Zaren, die in Verbindung mit einem Ausbau der politischen Abmachungen von 1891 erfolgen sollte.

Ganz ohne Widerhall in der Öffentlichkeit waren diese

[1]) Freycinet a. a. O., S. 497.

Vorgänge nicht geblieben. Im Juli 1892 legte ein „Alliance ou flirt" überschriebener Artikel des Figaro der Regierung des Zaren nahe, durch ein formelles Bündnis die Hoffnungen zu verwirklichen, die sie durch Kronstadt bei den Franzosen habe groß werden lassen. Im November berichtete der Matin, daß die Präliminarien eines Bündnisvertrages zwischen Frankreich und Rußland in Petersburg unterzeichnet worden seien, im Januar 1893 das Wiener Tagblatt, daß im vergangenen November zwischen Rußland und Frankreich Verhandlungen über den Abschluß einer Militärkonvention stattgefunden hätten.

An diese Presseäußerungen anschließend erörtern Berliner und Petersburger Berichte die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Annäherung der beiden Reiche. In der Petersburger Gesandtschaft war man so ungläubig wie früher und hielt die Behauptungen der Zeitungen für gänzlich unbegründet. Man berief sich auf die Erklärungen amtlicher Stellen: „Im Ministerium des Äußeren behandelt man die Matinmitteilung als Ente, deren Ursprung man sehr wohl nicht der Einbildungskraft eines französischen Journalisten, sondern gewissen, von Berlin gekommenen oder bezahlten Angaben zuschreiben könnte[1])." In Berlin faßte man nach Greindls Berichten die Zeitungsnachrichten anders auf. Man hatte im August 1892 im Auswärtigen Amt Kenntnis von einem vergeblichen Versuch des französischen Botschafters, Giers zur Unterzeichnung eines Bündnisvertrages zu bewegen[2]). Im November fürchtete man, daß der als Panslawist bekannte Stellvertreter des kranken Giers, Schischkin, den Franzosen ihren Willen tun könnte, um eine neue, sehr notwendige Anleihe vorzubereiten.

---

[1]) »Le ballon d'essai lancé par le Matin en publiant un soi-disant traité d'alliance franco-russe ne rencontre ici que du scepticisme. Au Ministère des Affaires Etrangères on traite la publication du Matin comme un canard dont on pourrait bien attribuer l'origine non à l'imagination d'un journaliste français, mais à certaines indications venues ou payées de Berlin dans le but d'exercer une pression sur le Reichstag; celui-ci, à raison d'une soi-disant alliance formelle entre la Russie et la France, serait peut-être, plus disposé à adopter les projets de loi renforçant l'armée allemande.« Petersburg, 17. November 1892.

[2]) Anl. 95, S. 313 (Berlin, 13. August 1892).

Erst die Ankündigung eines Gegenbesuches der russischen Flotte in Toulon im August 1893 gibt den Vermutungen und Befürchtungen, die vor und nach den Kronstadter Festlichkeiten laut geworden waren, neue Nahrung. Nach Hansens Darstellung war es die französische Regierung, die die russische an ihr früheres Versprechen eines Gegenbesuches erinnerte; wie früher war auch diesmal Hansen der Vermittler. Nirgends werden in den belgischen Berichten politische Gründe dafür angeführt, daß der Zar nach zweijährigem Zögern endlich dem französischen Drängen nachgab. Man sah den Gegenbesuch offenbar allgemein als selbstverständliche Pflicht internationaler Höflichkeit an. Nur zwei, aber dafür gewichtige Stimmen geben eine greifbarere Motivierung für die neue Kundgebung russisch-französischer Freundschaft. Greindl vermutet, daß durch den Flottenbesuch eine neue Anleihe vorbereitet werden solle, und Beyens, der 1891 bei der Beurteilung der Vorgänge in Kronstadt vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte mit keinem Wort gesprochen hatte, ist diesmal um so entschiedener in der Betonung der sehr wesentlichen Vorteile, die Rußland aus der französischen Freundschaft ziehe: „Seit 1888 hat die Kaiserliche Regierung 4 Milliarden 800 Millionen französisches Geld leihen können, fast den Betrag der an Deutschland gezahlten Kriegsentschädigung, und wenn ihre letzte, einen Monat nach Kronstadt vollzogene Finanzoperation durch Schuld der Bankiers, an die sie sich gewendet hatte, nicht gelang, so hat sie diesmal ein Meisterwerk zustande gebracht. Sie hat, was noch nicht dagewesen ist, auf Unterhändler verzichten können und weder der Presse, noch den Maklern, die die Plage der Pariser Börse sind, einen Heller gegeben, indem sie die Konvertierung einer 1883 zu 6% ausgegebenen Anleihe von 200 Millionen in eine vierprozentige mit dem Besuch des Admirals Avelane in Toulon zusammenfallen ließ[1])."

Man wird eine Bestätigung dieser Anschauungen darin sehen dürfen, daß in Petersburger und Berliner Berichten schon vor Bekanntgabe des Flottenbesuches von Toulon auf die Geldnot

[1]) Anl. 99, S. 319 (Paris, 7. Oktober 1893).

des russischen Reiches aufmerksam gemacht wird. Es würde sich daraus ergeben, daß die unmittelbare Veranlassung zu den Festen von Toulon genau so wirtschaftlicher Natur war, wie die zu den Festen von Kronstadt.

Die politischen Umstände aber waren ganz andere. Der gewissenlosesten Intrige mußte es schwer fallen, im Herbst 1893 Deutschland oder den Dreibund als Bedrohung für den Frieden hinzustellen; die schweren Kämpfe um das neue deutsche Wehrgesetz hatten bewiesen, wie wenig das deutsche Volk an Krieg dachte[1]). Die russische Politik hatte inzwischen weitreichende asiatische Pläne aufgenommen und die Lösung der Balkanfragen vertagt. Dafür waren Konflikte zwischen anderen Mächten stärker hervorgetreten: Rußland und England stießen im fernen Osten, Frankreich und England in Afrika aufeinander. Es schien, als wenn Deutschland mit verhältnismäßiger Ruhe der Zukunft entgegengehen durfte, die unvermeidliche Konflikte kaum bringen konnte.

Die belgischen Gesandten waren anderer Anschauung. Sie berichteten einstimmig nach Brüssel, daß der Flottenbesuch in Toulon zunächst England angehe, und konnten sich darauf berufen, daß die Staatsmänner, mit denen sie zu sprechen Gelegenheit hatten, ebenso einstimmig der gleichen Ansicht waren. Aber eine andere Seite des Ereignisses schien ihnen wesentlicher. Die Befürchtung, daß schwere Erschütterungen auf dem Kontinent die Folge von Toulon sein würden, spricht aus ihren Berichten noch deutlicher, noch eindringlicher als aus denen, die sich mit dem Flottenbesuch in Kronstadt beschäftigt hatten. Es ist Deutschland, das sie von diesen Folgen bedroht sahen, weil klarer als 1891 die Revanche-Idee als der treibende politische Faktor erschien, der die bestehenden internationalen Beziehungen umzugestalten bemüht war.

---

[1]) Greindl verfolgte diese Vorgänge mit großer Sorge; er schrieb am 14. Januar 1893: „Die Annahme des Wehrgesetzes ist nicht nur für Deutschland unerläßlich, sondern für ganz Europa. Deutschland muß nach innen und nach außen stark sein im Interesse der Erhaltung des Friedens, dessen stärkste, wenn nicht einzige Stütze es ist." (Anl. 96, S. 314). — Vgl. Anl. 98, S. 317 (Wien, 12. Juni 1893).

Das ist nicht so zu verstehen, als wenn der Panslawismus in dieser Zeit aufgehört hätte, in der politischen Welt eine Rolle zu spielen. Er hatte seine im Gegensatz zur Regierungspolitik noch immer nach Westen gerichteten Pläne keineswegs aufgegeben; aber er machte, man möchte sagen, kleine Politik, nachdem die Regierungspolitik sich 1891 stärker erwiesen hatte, als man wohl geglaubt hatte, und zwei Jahre Mißernte und bittere Not zur Einschränkung in Planungen und Mitteln gezwungen hatten. Was davon in den belgischen Dokumenten berichtet wird, ist hier übergangen worden, weil es nicht in unmittelbarer Verbindung mit der Vorgeschichte des Zweibundes steht. Nur ein Bericht Greindls vom 14. Oktober 1893 mag als Beleg hier angeführt werden, der die Feste von Toulon mit der panslawistischen Agitation in Serbien, Böhmen und Kroatien in Verbindung bringt: „Ich glaube sagen zu können, daß die Panslawisten in Moskau ihre Hand im Spiel haben bei dem, was in Böhmen vorgeht; aber es ist wahrscheinlich, ist fast gewiß, daß sie an den Ereignissen in Serbien und Kroatien beteiligt sind. Ich sage: die Panslawisten und nicht Rußland. In der Tat kann man die Verantwortung für diese Umtriebe nicht dem Zaren und seinen Ratgebern zuschieben. Der Wunsch des Kaisers, den Frieden zu erhalten, ist offenbar. Er hat es eben durch seine korrekte Haltung in der Angelegenheit des Besuches der russischen Flotte in Toulon bewiesen. Der loyale Charakter des Zaren ist eine sichere Bürgschaft dafür, daß er sich zu einem doppelten Spiel nicht hergeben würde ... Aber diese Vorgänge beweisen wieder einmal, daß es zwei Regierungen in Rußland gibt, die des Kaisers und die okkulte Regierung der Wohltätigkeitsgesellschaft von Moskau. Jene ist nicht immer die stärkere. Deshalb können die amtlichen und, wie ich nicht zweifle, aufrichtigen Friedlichkeitsbeteuerungen der Regierung des Zaren immer nur mit einer gewissen Zurückhaltung aufgenommen werden. Darum muß denn auch der Besuch in Toulon einige Besorgnis erregen, trotz der Bemühungen des russischen Kaisers und eines Teiles der französischen Presse, ihm seinen gefährlichen Charakter zu nehmen[1])."

[1]) Anl. 100, S. 321 (Berlin, 14. Oktober 1893).

Von den Bemühungen der russischen Regierung, Ausschreitungen nach Möglichkeit durch dringende Vorstellungen in Paris vorzubauen, berichten sowohl Beyens von dort wie de Vinck aus Petersburg. Daß die amtliche russische Politik jede Herausforderung vermeiden wollte, ist die Überzeugung aller Gesandten. Aber zweifelhaft erschien ihnen, ob alle Vorsichtsmaßnahmen nicht wirkungslos bleiben würden. Denn daß die Franzosen mit dieser Annäherung Rußlands Hoffnungen und Pläne verbanden, die über kurz oder lang zum Kriege führen mußten, wurde so erschreckend deutlich, daß auch Männer wie de Vinck und Beyens, die 1891 sich bemüht hatten, die Bedeutung der Kundgebungen abzuschwächen, deren Schauplatz Kronstadt, Petersburg und Moskau gewesen waren, diesmal nicht weniger schwarz sahen als ihre Kollegen in den anderen Hauptstädten. „Die leidenschaftliche Begeisterung, die der Besuch der Flotte des Zaren in Frankreich hervorrufen mußte," schreibt de Vinck am 30. Oktober 1893, „wurde von aller Welt vorausgesehen. Es ist deshalb nicht leichter, sie zu erklären oder zu rechtfertigen. Daß gewisse Möglichkeiten sich ergeben könnten, bei denen Rußland ein Interesse daran haben würde, das Schwert zur Unterstützung Frankreichs zu ziehen, das ist nach der Lage in Europa klar. Aber daß Rußland, das eine neue Vergrößerung Deutschlands nicht zulassen wird, den französischen Ansprüchen auf Elsaß-Lothringen, der Revanche für 1870 usw., das geringste Interesse entgegenbringt, ist eine Selbsttäuschung, über deren Fortdauer in Paris man staunen muß. Wenn das deutschfreundliche Rußland Alexanders II. verschwunden ist, so hat es doch nicht einem franzosenfreundlichen Reiche Platz gemacht. Das Rußland Alexanders III. ist russisch ohne Zusatz; seine Politik ist ausschließlich und radikal ‚national'; es tut sogar so, als wenn es die Augen von dem abwendete, was außerhalb seiner Grenzen vor sich geht, und sich einzig und allein der Erneuerung seiner slawischen Kultur widme, die in der Zeit von Peter dem Großen bis auf Alexander II. fast verkümmert war. Der Zar ist die lebendige Verkörperung dieser Anschauung, die seiner Regierung bis in die tiefsten Schichten der Nation in wenigen Jahren eine ungeheure Volkstümlichkeit

verschafft hat. Das Entgegenkommen Frankreichs ist also verlorene Mühe. An dem Tage, an dem die Interessen des Panslawismus Rußland zu einem bewaffneten Einschreiten in Europa treiben würden, würden die Kundgebungen von Kronstadt, von Toulon oder Paris dabei nichts bedeuten. Wenn man sich auf manchen Punkten des Erdballes und in relativ nebensächlichen Fragen, wie in Ägypten und Bulgarien, im Mittelmeer, in Madagaskar oder dem italienischen Abessinien, gegenseitig sichert und stützt, so kommt eben jedes der beiden Länder dabei auf seine Rechnung: auf dem Gebiete praktischer Interessen ist wahrhaftig kein Platz für brüderliche Sympathien und ritterliche Aufopferung, auf die sich die französischen Heißsporne wieder einmal berufen haben. Allianzverträge, mündliche Abmachungen, geheime Pakte oder geheime Ermutigungen — alles das hat immer nur in der Einbildungskraft der Pariser bestanden: das sind Luftbilder, an denen sich der französische Chauvinismus berauscht. Es schien mir nicht unangebracht zu sein, diese Lage in Kürze in Erinnerung zu rufen in einem Augenblick, in dem die russophilen Kundgebungen in Frankreich eine ganz übertriebene Ausdehnung und Stärke annehmen[1])."

So ganz einseitig, wie es nach diesem Bericht scheinen könnte, war freilich nach dem Urteil eines Augenzeugen das Einvernehmen zwischen beiden Nationen nicht. Beyens machte während des russischen Besuches Beobachtungen, die Greindls ständigen Hinweis auf die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen amtlichen Kundgebungen der russischen Regierung und den Äußerungen russischer Volksinstinkte auch bei dieser Gelegenheit bestätigten: „Wenn das Nichtbestehen irgendeiner geheimen Verpflichtung als fast gewiß gelten kann, darf man mit Recht darüber erstaunt sein, daß allen Befehlshabern der russischen Armee nicht größere Vorsicht befohlen worden ist; manche von ihnen haben den französischen Generalen und Obersten Drahtungen geschickt, die geeignet waren, ein falsches Bild von den Absichten ihrer Regierung zu geben, und

[1]) Anl. 102, S. 326 (Petersburg, 30. Oktober 1893).

an eine nichts weniger als friedliche Verbrüderung appellierten. Die jungen Marineoffiziere nahmen sich vor den Augen ihrer Vorgesetzten in den Straßen von Paris allzu deutliche Äußerungen und Gebärden heraus[1])."

Die ernstere Gefahr schien ihm aber doch von der französischen Seite zu drohen, und in diesem Punkte ist es besonders interessant, seine Berichte über Toulon mit denen über Kronstadt zu vergleichen. Man denke daran, mit welch gelassener Ruhe 1891 Beyens von der Stimmung der französischen Bevölkerung vor dem Flottenbesuch von Kronstadt berichtete, und vergleiche damit, was er am 7. Oktober vor dem Eintreffen der russischen Flotte in Toulon schrieb:

„Unter den dithyrambischen Artikeln, die seit einem Monat zu Ehren der französisch-russischen Allianz erscheinen, gibt es einige, in denen verständige oder weniger überhitzte Geister versuchen, einen angemesseneren und gemäßigteren Ton anzuschlagen ... Es ist zu befürchten, daß trotz der Besonnenheit ihrer Worte kein Damm den wütenden Strom von Sympathie aufhalten kann, der die Bevölkerung von Paris zu Ausschreitungen von Begeisterung fortreißen wird: die Mehrheit gibt sich dabei nur einem achtungswerten, durch das Lesen einer toll gewordenen Presse aufgehetzten Chauvinismus hin; aber die niederen Schichten der großen Stadt, in denen sich eine ungezählte Menge von Zuhältern und Camelots, alten Spießgesellen Boulangers birgt, das ständige Personal jedes Aufruhrs, werden den Kundgebungen der Straße ihre tobende Unterstützung zuwenden ... Mit der Möglichkeit eines unvorhergesehenen Zwischenfalles während der bevorstehenden Feste muß man unbedingt rechnen. Ein Zustand noch ausgesprocheneren Unbehagens, eine noch umwölktere politische Gesamtlage — das ist die deutlichste Folge des Einvernehmens zwischen Frankreich und Rußland[2])!"

Aber einen noch bezeichnenderen Einblick in die französische Stimmung jener Tage gibt Beyens in einem Bericht vom

[1]) Anl. 103, S. 327 (Paris, 30. Oktober 1893).
[2]) Anl. 99, S. 319 (Paris, 7. Oktober 1893).

30. Oktober, der geschrieben wurde, als die „rauschenden und ununterbrochenen Feste und Kundgebungen einer überströmenden Freundschaft, die herzlich sein sollenden, aber oft lächerlichen Demonstrationen" vorüber waren. Wie de Vinck, hält auch er noch mit Entschiedenheit daran fest, daß Abmachungen zwischen Rußland und Frankreich nicht beständen; hätte er gewußt, was im stillen seit Jahren teils geschehen, teils in Vorbereitung war, so hätte er seinen Beobachtungen vielleicht noch mehr Nachdruck gegeben, als er es ohnehin schon tat. Er stellt wohl fest, daß kein Ruf des Hasses gegen den Dreibund zu hören gewesen ist und die von der Regierung und den großen Zeitungen auf Wunsch des russischen Hofes erteilten Mahnungen befolgt worden sind. Und trotzdem ist er voll Sorge über die Folgen dieser Verbrüderungsfeste für die Zukunft: „Die Gefahr des Schauspiels, dem wir beigewohnt haben, kann in der Tat späterhin zum Ausbruch kommen; dieser unvergeßliche Empfang hat die Franzosen unter dem Eindruck gelassen, daß das Bündnis, dessen erstes Anzeichen der in Kronstadt ausgetauschte Händedruck war, durch die ungestümen Umarmungen von Toulon besiegelt wurde. **Sehr wenige von ihnen zweifeln heute noch an der Einigung beider Völker und vor allem der beiden Armeen zum Zweck gemeinsamen Handelns gegen Deutschland und seine Verbündeten. Es ist zu befürchten, daß der Zar gegen seinen Willen nur das erreicht hat, daß in Frankreich Empfindungen zum Sieden gebracht worden sind, die nicht überhitzt werden durften.** In dem Nervenzustand, in dem sich diese leicht erregbare Nation augenblicklich befindet, würden die Regierenden mit viel mehr Mühe als vor einigen Wochen erreichen, daß sie kaltes Blut behält, wenn irgendein Zwischenfall eintreten sollte. Das ist das sicherlich bedauerliche Ergebnis der glänzenden Freudenfeste der letzten Tage[1])!"

Nachdrücklicher als in dieser Form konnte kaum ein Bericht Greindls bestätigt werden, der wenige Tage vorher in Brüssel eingegangen war und mit der Anerkennung der korrekten Haltung der Regierungen Gedankengänge verband, die sich mit

[1]) Anl. 103, S. 327 (Paris, 30. Oktober 1893).

Beyens' Äußerungen nahe berührten: „Ich glaube nicht, daß das amtliche Frankreich den Hintergedanken gehabt hätte, den Festen von Toulon und Paris eine andere Bedeutung zu geben als die, die man in Petersburg ihnen beilegen wollte. Aber ist das nicht amtliche Frankreich der gleichen Ansicht? **Gibt es einen einzigen Franzosen, der nicht die Revanche ersehnt?** Die einen, die Besessenen, wollen sie sofort. Es sind die weniger zahlreichen. Übrigens gibt es dabei viel theatralische Zurschaustellung und Sorge, sich durch Prahlen mit Patriotismus ein Piedestal zu schaffen. Die anderen, die Verständigen, planen sie für später, wenn die Umstände günstig sind. **Dieses Gefühl wird noch mehr durch die Erniedrigung der Niederlage als durch das Bedauern über die verlorenen Provinzen wachgehalten.** In dem weder durch Sympathie für russische Verhältnisse, noch durch gemeinsame Traditionen erklärbaren Delirium der Aufnahme, die die russischen Seeleute fanden, ist dieses Gefühl zum Ausdruck gekommen. **Es gibt nichts Gemeinsames als den Haß gegen Deutschland, dem man es nicht verzeihen kann, daß es die Vormacht in der Welt geworden ist, wie Frankreich es war und Rußland es zu werden träumt. Im Munde des Pariser Volkes hat der Ruf: ‚Hoch Rußland!' die gleiche Bedeutung wie der Ruf: ‚Nach Berlin!' von 1870. Das französische Volk hat die Hoffnung, daß der Zar, freiwillig oder gezwungen, ihm eines Tages helfen wird, die verlorene Stellung wiedereinzunehmen. Der Besuch von Toulon hat also die Sicherheit Europas vermindert, indem er das Selbstvertrauen des französischen Volkes erhöhte[1]).**"

Ein paar Monate später, Ende Februar 1894, erfuhr die Welt durch einen Artikel des Figaro, daß der französische Militärattaché in Kopenhagen ohne Wissen des Ministers des Äußeren, aber im Auftrage des Generalsekretärs des Präsidenten Carnot, des Generals Borius, als die russische Flotte in Toulon einlief, einen Versuch gemacht hatte, durch Vermittlung der Prinzessin Waldemar von Dänemark vom Zaren bindende Zusagen

[1]) Anl. 101, S. 322 (Berlin, 25. Oktober 1893). — Man vergleiche dazu die pessimistische Stimme aus London: Anl. 104, S. 329 (London, 3. Dezember 1893).

über die Unterstützung zu erhalten, die Frankreich im Kriegsfalle von Rußland erwarten könnte. Die Prinzessin hatte Bedenken gehabt, sich ohne Wissen des amtlichen Vertreters Frankreichs zu diesem Schritt herzugeben, und das Schriftstück, das dem Zaren vorgelegt werden sollte, dem französischen Geschäftsträger übergeben, der die ganze Intrige Casimir-Périer aufdeckte. Einem heftigen Auftritt zwischen Minister des Äußeren und Präsident wäre nach diesem Figaro-Artikel die Abberufung des Militärattachés gefolgt.

Es war in Paris bald bekannt, daß die Veröffentlichung dieses geheimnisvollen Vorganges ein persönlicher Racheakt des französischen Gesandten in Kopenhagen, eines unfähigen Schützlings Clémenceaus, gegen Carnot war. Die Quelle war also trübe. Aber trotzdem zweifelt Beyens nicht an der Richtigkeit dieser Darstellung, und ebenso glaubt der Petersburger Gesandte, sie nach Äußerungen des Personals der dänischen Gesandtschaft bestätigen zu können[1]). Man ist versucht, an diese Erzählung — vorausgesetzt, daß sie in allen Punkten wahr ist — Vermutungen über die Rolle Carnots und seine Absichten zu knüpfen. Aber auch dies ist wieder einer jener Vorgänge im politischen Geschehen, die aufzuhellen unser Material nicht ausreicht. Wenn der belgische Gesandte an seine Bestätigung der Figaro-Enthüllung von neuem die Versicherung knüpfte, daß die Nachricht anderer französischer Blätter, im vergangenen Herbst sei in Paris durch den russischen Generalstabschef eine Militärkonvention unterzeichnet worden, jeder Begründung entbehre, und hinzufügte, daß man von dem Abschluß einer Konvention von dieser Bedeutung noch weit entfernt sei — dann täuschte er sich sehr. Die Militärkonvention war

[1]) «Quant au plus ou moins de fondement à attribuer aux racontars du Figaro, je ne suis pas à même de les juger. Si je dois en croire ce que j'ai appris dans mes conversations avec le personnel de la Légation de Danemark, il pourrait y avoir quelque vraisemblance dans le récit du journal parisien.» (Petersburg, 6. März 1894). — Das Urteil dieser belgischen Quellen ist nicht ohne Wert für die Beurteilung der Rolle, die die Prinzessin, eine Orléans, bei der russisch-französischen Annäherung gespielt haben soll; vgl. die zurückhaltenden Andeutungen bei Albin, S. 367, Anm.

zwar in der Tat nicht im Herbst 1893, aber sie war schon ein Jahr vorher, nämlich 1892, abgeschlossen worden. Und durch Hansen und Freycinet, deren Angaben von ungenannten Gewährsmännern Albins bestätigt werden[1]), wissen wir, daß am 6. März 1894, am gleichen Tage, an dem der belgische Gesandte in Petersburg seinen Bericht schrieb, Mohrenheim eine Audienz beim Zaren hatte, auf Grund deren einige Tage später Giers in Petersburg, Casimir Périer in Paris einen Vertrag unterzeichneten, der die Abmachungen von 1891 erweiterte und ihnen bestimmtere Form gab, der Militärkonvention von 1892 im diplomatischen Sinne Rechtsgültigkeit verlieh und als urkundliche Festlegung des Zweibundes anzusehen ist[2]).

[1]) Siehe Albin a. a. O., S. 374.

[2]) Albin fügt hinzu, er habe nichts über die Form des 1894 abgeschlossenen Vertrages in Erfahrung bringen können; aller Wahrscheinlichkeit nach sei er in der Form von Briefen (sous forme de lettres) der beiden Minister des Äußeren zustande gekommen. — Zu dieser Darstellung ist das im Vorwort Gesagte zu vergleichen. (Anmerkung des Herausgebers).

ANLAGEN

VORBEMERKUNG

Sämtliche Berichte sind, wo es nicht ausdrücklich anders bemerkt ist, an den Fürsten von Chimay, belgischen Minister des Äußeren zu Brüssel, vom 31. Oktober 1892 ab an seinen Nachfolger, den Grafen H. de Merode Westerloo gerichtet.

Der Raumersparnis wegen werden am Kopfe jedes Berichtes nur Stellung und Name des Absenders genannt, alle Eingangs- und Schlußformeln fortgelassen.

1.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 4 juillet 1886.

Quoique la situation des affaires d'Orient ne puisse pas être considérée comme désespérée, elle est au moins fort critique et réclame de la part des puissances, en faveur du maintien de la paix, des mesures d'une extrême énergie.

Pour ce qui concerne en particulier la Russie, je crois devoir signaler qu'il existe dans l'opinion publique ou, pour m'exprimer plus justement, dans la partie restreinte de la nation qui se préoccupe de politique une assez grande irritation.

On voit s'évanouir chaque jour l'un après l'autre les résultats de la dernière guerre et comme cet anéantissement a lieu pour ainsi dire sous le pavillon de la triple alliance les sympathies de la nation pour cette alliance, qui n'ont du reste jamais été très vives, s'affaiblissent de plus en plus tournant à l'antagonisme. On le sent bien en Allemagne et en Autriche; aussi ces deux puissances mettent-elles actuellement une certaine complaisance à satisfaire la Russie dans la question bulgare, afin de ne pas tout compromettre. Leur désir de paix n'est assurément pas moindre que celui du gouvernement russe, car chacun se rend compte des terribles proportions que prendrait une guerre entre de pareils géants et des graves conséquences qu'elle aurait pour le vaincu. Or, comme la Russie continue à protester de ses sentiments pacifiques, en déclarant toutefois que ceux-ci dépendent de l'attitude des autres puissances et qu'elle ne saurait aller plus loin dans la voie des sacrifices ni se laisser expulser définitivement de la péninsule des Balkans,

qu'en d'autres termes elle ne peut renoncer à la mission historique qui incombe en Orient, il en résulte une visible communauté d'efforts de sa part et de celle des deux autres Empires pour lui conserver au moins une apparence et influence dans la susdite péninsule. Les trois Empires s'appliquent à maintenir aujourd'hui le principe du respect des traités et conventions comme étant le seul bouclier dont ils disposent contre le danger d'un conflit et, par conséquent, leur effort doit principalement peser sur la Turquie, bien que par suite de considérations respectivement différentes, car c'est elle en réalité qui tient les clefs de la situation. Ils sentent, en effet, qu'une pression commune sur cette puissance est nécessaire pour lui ôter toute illusion, empêcher qu'elle ne risque quelque aventure et ne s'expose par là à un démembrement, qui serait le signe de la grande guerre que l'on veut éviter. La séparation définitive de la Roumélie Orientale de l'Empire Ottoman serait un commencement d'exécution de ce démembrement; c'est pourquoi l'on s'efforce de retenir le Prince Alexandre d'une démarche qui ôterait à cette province son apparence de vasselage. Au fond, nul ne tient à l'intégrité de la Turquie, mais chacun veut la garantir par précaution contre le voisin, et la Russie en particulier parce qu'elle s'aperçoit que toute dépouille arrachée à cet Empire n'ayant jusqu'à présent profité qu'à ses rivales, le plus sage est de conjurer le partage de la Turquie jusqu'au moment propice pour le faire tourner à l'avantage de la Russie, mais en se gardant néanmoins d'une alliance turco-russe, car les peuples slaves des Balkans en concevraient de l'ombrage, se croiraient abandonnés par elle, tourneraient ailleurs leurs espérances et lui feraient perdre, avec leur sympathie, l'appui dont elle a besoin de leur part pour faire force aux éventualités.

En conséquence de ce qui précède, il faut s'attendre à voir les cabinets de St. Pétersbourg, de Vienne et de Berlin agir avec assez d'ensemble pour imposer le maintien du *status quo* à la Porte et au Gouvernement bulgare; il faut aussi espérer que ces derniers reculeront devant les responsabilités d'une résistance à leurs injonctions, mais on ne saurait prévoir en

aucune manière un compromis définitif, une combinaison qui arrange les choses tout en pouvant grâce à un replâtrage plus ou moins artificiel, rester quelque temps sans produire d'explosion; la poudrière des Balkans doit fatalement continuer à voir une mêche allumée, plusieurs même suspendues sur elle. Je puis certifier que la Russie est arrivée au bout de sa patience et qu'elle ne voudra pas tolérer un pas de plus dans la voie de son effacement d'influence dans les Balkans, car elle sent bien que ce pas équivaudrait à son expulsion définitive de l'Orient et qu'à la première nouvelle velléité du Prince Alexandre aucune considération ne pourra plus empêcher le gouvernement russe de céder au sentiment général de la nation en prenant des mesures actives pour la réprimer; or, de cette répression peut surgir la guerre et voilà pourquoi j'ai dit en commençant cet aperçu que le danger n'est pas immédiat, mais qu'il existe réellement et que la sincère unanimité des puissances peut seule parvenir à le conjurer. Il faut qu'elles obtiennent avant tout la soumission complète du Prince Alexandre et le désarmement de la Turquie, qui sont les deux principaux éléments actuels d'explosion.

Un des avantages relatifs de la présente situation, une des chances qui s'offrent à la diplomatie pour conjurer l'orage consiste, ce me semble, dans l'abstention d'une politique très active qu'imposent à l'Angleterre comme à la France leurs embarras intérieurs actuels, car cette circonstance diminue l'ardeur des compétitions et laisse la triple alliance plus libre d'exercer son action en Orient.

La famille impériale fait en ce moment un petit voyage d'agrément en Finlande.

La reine de Grèce doit arriver dans quelques jours.

P. S. Mr. Ternaux-Compans, chargé d'affaires de France à St. Pétersbourg, et Mr. de Voize, secrétaire de cette ambassade, ont envoyé leur démission à leur gouvernement par suite de l'expulsion des Princes.

Sophia, 6. 7. 1886.

2.

Der belgische Generalkonsul (Name unleserlich) in Sofia.

Sophia, le 6 juillet 1886.

Tout le monde à Sophia dans les derniers jours s'est étonné et a fini par s'inquiéter des appréhensions qui se manifestent en Europe au sujet de la Bulgarie.

Le pays des deux côtés des Balkans est absolument tranquille. Le Parlement poursuit dans le même calme ses travaux et ses résolutions ont été empreintes d'un grand esprit de sagesse. Si le discours du trône a mentionné d'une façon caractéristique que l'Union bulgare est faite, il a omis de donner à la constatation de ce fait des commentaires de nature à attirer l'attention de la Turquie et de l'Europe, et c'est même dans le but d'éviter que le Parlement alla plus loin qu'il a constaté l'accomplissement de l'Union. C'était une tactique.

La Chambre, dans l'adresse vôtée à la presqu'unanimité en réponse au discours du trône est restée également dans des généralités qui ne peuvent éveiller aucune susceptibilité.

En ce moment donc le calme absolu règne à l'intérieur, dans les esprits comme dans l'attitude de tous et l'on se demande quel danger latent en Bulgarie peut bien menacer la paix de l'Europe.

Evidemment si un danger menace la Bulgarie il ne peut venir que de l'étranger, et de la Russie seule. Les menées des Russes tendant à amener une révolution en Roumélie à l'occasion des élections ont totalement échoué. La majorité de hasard ou de coalition que la Russie attendait au Parlement n'a été qu'une déception; les motions anarchiques ou panslavistes qu'elle espérait en voir sortir ont été évitées ou déjouées par le bon sens pratique du peuple Bulgare, l'influence du Prince et du Gouvernement, les conseils des Puissances amies.

Les visées ambitieuses du Prince et l'imminence «d'un nouveau coup de tête du Battenberg», comme s'expriment les journaux officieux russes, n'existent que dans l'imagination des rédacteurs et de leurs inspirateurs. Le Prince, quoique le résultat de l'Union n'ait pas complètement répondu à ses espé-

rances, a trop de sens politique pour aller en ce moment à l'encontre des désirs de l'Europe et tous ses efforts tendent au contraire à maintenir le calme dans la Bulgarie, la Roumélie, et, comme j'ai eu l'honneur de Vous le rapporter, il a radicalement empêché le mouvement en Macédoine que la Russie a tenté d'y fomenter.

La Bulgarie est tout entière à sa politique intérieure, à ses questions de finances et de chemins de fer, aux difficultés de douanes et autres qu'amène forcément le nouveau régime appliquée à la Roumélie.

Le Prince continue à jouir de la plus légitime popularité et ses relations avec Constantinople sont des plus satisfaisantes.

La Russie voyant toutes ses intrigues déjouées, ses menaces parées, sent que l'abîme se creuse de plus en plus entre elle et la Bulgarie et que son influence perd de jour en jour du terrain.

Elle ne peut plus la reconquérir que par la force.

Ira-t-elle jusque là? Se décidera-t-elle à occuper militairement la Bulgarie sans un prétexte plausible qu'elle ne parvient pas à faire naître; et l'Europe assistera-t-elle impassible, à cette intervention qui deviendrait une occupation définitive?

La Russie qui se pose en champion de la paix en Orient et dans le monde déchaînera-t-elle impunément la guerre générale, inévitable si elle entre en Bulgarie? Voilà les questions que l'on se pose ici, comme ailleurs, et que l'on ne peut résoudre.

En attendant les représentants des Puissances affirment à leurs gouvernements la tranquillité actuelle de la Bulgarie et l'absence totale de visées belliqueuses ou insurrectionnelles de sa part. Cette constatation et cette affirmation réitérées de l'inanité des reproches qui lui sont journellement adressés par la Russie, auront promptement réduit à leur juste valeur les injustes attaques de celle-ci.

La plupart de mes collègues partagent entièrement à cet égard les idées que je viens de développer, et l'agent anglais, Sir Frank Lascelles, dont la position politique ici est certes des plus importantes, n'a pas hésité à demander un congé à son gouvernement.

Sophia, 6. 7. 1886.

La chambre bulgare n'a plus à tenir que quelques séances, mais elle ne se séparera pas avant d'avoir eu connaissance du discours du trône et de l'adresse de la Skouptchina serbe dont la réunion à Nisch est imminente. Le gouvernement veut pouvoir répondre, par la voix d'une motion parlementaire, aux affirmations ou aux aspirations qui pourraient se produire de l'autre côté de la frontière.

Il est probable qu'il n'aura pas à s'en préoccuper, car les Puissances ont donné à Belgrade comme à Sophia les mêmes conseils de modération.

3.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 27 juillet 1886.

J'ai reçu les dépêches confidentielles que Vous m'avez fait l'honneur de m'adresser les 15 et 17 de ce mois, N°s. 80 et 81.

La manière dont notre agent consulaire à Sophia envisage les affaires de Bulgarie n'a rien qui puisse surprendre, étant donné le talent que possède le Prince Alexandre d'exercer autour de lui un rare prestige et de convertir avec une extrême souplesse ceux qu'il entreprend de catéchiser. Si donc il veut montrer sous un jour favorable la situation de la Bulgarie, il doit parvenir facilement à représenter comme venant de la Russie le danger de l'opposition nationale, d'autant plus que celle-ci, ne sachant à quel Saint se vouer, tourne les yeux vers la Russie en lui demandant de se prononcer, ce qui a été constaté il y a quelques jours par le correspondant à Sophia de la Gazette de Moscou.

Qu'il n'y ait point imminence d'un nouveau coup d'Etat, c'est assez probable, mais non pas apparemment à cause d'une soudaine modération intervenue dans les visées du Prince. S'il s'est arrêté dans la voie des empiétements sur l'ordre de choses établi par les traités, c'est plutôt parce que les puissances, voyant la Russie réclamer sur un ton passablement ferme contre ce qui se passe en Bulgarie et ne voulant pas risquer des complications

en la poussant à bout, ont prescrit au Prince Alexandre de ne pas aller plus loin, et cela précisément, paraît-il, au moment où il comptait se faire proclamer Roi et indépendant. Arrêté de la sorte, il doit naturellement désirer à présent la tranquillité pour affermir les résultats obtenus et l'on suppose même ici qu'il ne se refusera pas d'une manière définitive à la révision du statut organique de la Roumélie Orientale, mais qu'il ne la laissera effectuer que sous ses rapports financiers (construction de chemins de fer, capitalisation du tribut bulgare etc.) afin de désintéresser matériellement l'Angleterre, la France, l'Autriche et la Turquie et espérant arriver ainsi à ce que nul n'insiste sur la modification des côtés administratifs, judiciaires et militaires, autrement dit sur ce qui constitue précisément la fusion roumélo-bulgare.

Que la Russie soit seule à faire opposition au Prince, cela s'explique bien simplement par cette double considération que les autres puissances n'ont guère à se plaindre de lui, puisqu'il a agi d'après leurs inspirations, tandis que la Russie a essuyé, elle, de grands préjudices par la perte de son influence en Bulgarie. La Turquie a sans doute aussi perdu beaucoup au revirement bulgare, mais il faut convenir que l'abandon de ses droits a été volontaire et que, par conséquent, il n'y a eu de partie véritablement lésée dans ses intérêts que la Russie.

Quant à la question de savoir si celle-ci emploiera la force pour reconquérir le terrain perdu, il est au moins permis d'en douter, car elle sait parfaitement qu'un coup de fusil tiré par elle dans les Balkans suffirait peut-être à provoquer la guerre; mais, dans l'état de nervosité où se trouve la nation russe, on peut supposer qu'elle ne souffrirait pas une infraction de plus commise par le Prince Alexandre, et si, par exemple, il se faisait proclamer Roi et indépendant, l'évincement de l'influence russe éclaterait d'une manière trop palpable aux yeux de tous, l'amour propre de la Russie et du Tsar serait trop cruellement blessé pour ne point amener une intervention active.

C'est par suite de cette prévision que les cabinets de Vienne et de Berlin se sont employés à retenir le Prince dans ses limites de conduite actuelle. Néanmoins, comme il est homme à

St. Pétersbourg, 27. 7. 1886.

profiter des circonstances et qu'il ne voudra pas être pris au dépourvu, tout en protestant de ses idées pacifiques et de l'accalmie prétendument survenue dans la principauté, il poursuit activement des préparatifs militaires, dont on verra peut-être l'effet s'il se produit des complications en Macédoine.

Mes renseignements, puisés aux meilleures sources, ne confirment pas, Prince, les bruits relatifs à un partage territorial que méditeraient la Perse et la Russie. Il paraît même que les autorités russes de Tiflis auraient refusé de laisser passer une députation qui voulait se rendre à St. Pétersbourg pour y déposer aux pieds du Tsar la demande de sujétion des habitants du Khorassan. Or, comme cette députation se trouvait probablement envoyée par un groupe de mécontents, les autorités russes ont donné une preuve de leurs intentions pacifiques en ne pas tolérant une démarche de nature à blesser et alarmer le Shah, avec lequel l'Empereur est en trop bons rapports pour songer à le dépouiller d'une province. Par contre il est exact que Nusret Pacha a échoué dans sa mission de proposer une alliance turco-persane.

4.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 7 août 1886.

L'Empereur François-Joseph arrivera d'Ischl demain dans l'après-midi à Gastein. Il sera accompagné du Grand Maître de la Cour, le Prince Constantin Hohenlohe, et de deux aides-de-camp.

Le Comte Kalnoky quitte Vienne demain matin avec son secrétaire le Baron d'Aehrenthal pour l'y rejoindre dans la soirée. Le Prince Guillaume de Prusse, petit-fils de l'Empereur Guillaume, ainsi que l'ambassadeur d'Allemagne, le Prince de Reuss, et son attaché militaire, le Comte Wedel, se trouvent déjà à Gastein, avec le Prince et la Princesse de Bismarck.

Les journaux ont annoncé aussi l'arrivée du Comte de Robilant, mais à l'ambassade d'Italie on assure ignorer complète-

ment qu'il soit question d'un voyage du Ministre des Affaires Etrangères d'Italie en Autriche ou en Allemagne.

C'est lundi que commenceront les pourparlers politiques entre les deux Monarques et leurs Ministres dirigeants.

On ne saurait méconnaître l'importance de l'entrevue de Gastein. Malgré les assurances rassurantes des hommes d'Etat qui dirigent la politique des Cours de Vienne et de Berlin et St. Pétersbourg, au sujet du maintien de l'alliance des trois Empereurs, de nombreux symptômes prouvent que les rapports des Empires ne sont plus exactement les mêmes qu'à l'époque des entrevues de Skiernewice et de Kremsier. Depuis les événements de Bulgarie la Russie tout en ne cherchant pas à reprendre ouvertement encore sa position prépondérante à Sofia, trouve que la triple alliance paralyse sa politique dans la presqu'île des Balkans, et sans s'en détacher déjà témoigne qu'elle n'est pas disposée à laisser porter atteinte sérieusement à sa politique traditionnelle en Orient.

Les rapports des trois Cours Impériales restent en apparence satisfaisants, mais la presse russe a libre carrière pour exprimer ses aspirations panslavistes et ses sentiments peu sympathiques à l'Allemagne et surtout à l'Autriche, malgré la présence de l'Archiduc Charles-Louis à Péterhof. Elle ne cache pas son inclination pour une alliance franco-russe.

Tous ces symptômes réunis ont fait sentir à Berlin comme à Vienne le besoin d'affirmer plus haut que jamais l'intimité austro-allemande. De là le grand apparat donné cette année à l'entrevue de Gastein. Les deux grandes Puissances de l'Europe centrale ont voulu prouver qu'en présence des aspirations et des mécontentements russes et peut-être de certaines illusions françaises elles étaient plus unies que jamais pour maintenir la paix européenne et pour repousser au besoin les combinaisons qui la pourraient troubler.

L'entrevue de Gastein n'est dirigée contre aucune Puissance; toutes peuvent s'associer à la politique des Souverains qui s'y trouvent réunis, et qui n'a qu'un but essentiellement pacifique.

Vienne, 23. 8. 1886.

5.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 23 août 1886.

Des télégrammes de Constantinople et de Bucarest ont apporté ici comme dans toute l'Europe, hier au soir, la nouvelle tout à fait inattendue, sinon des hauts facteurs de la politique, du moins du monde qui s'y intéresse, et du public, de la déposition du Prince Alexandre de Bulgarie. Sauf le fait même de la déposition les nouvelles de ce pays sont vagues et sujettes à caution dans leurs détails, les communications télégraphiques et postales ainsi que l'entrée et la sortie des voyageurs y ayant été empêchées par le Gouvernement provisoire de Sophia.

Il n'est personne qui ne soit persuadé que cette révolution n'ait été organisée et subsidiée par la Russie, assuré que l'Allemagne et l'Autriche lui laissaient sa liberté d'action en Bulgarie. Les sentiments personnels de l'Empereur Alexandre si contraires au Prince destitué étaient connus d'ancienne date et se manifestaient chaque jour davantage. L'opinion publique russe était surexcitée de plus en plus par la presse contre l'Allemagne, l'Autriche et la triple alliance qui ne présentait, disait-elle, que des résultats négatifs pour la Russie. L'on entrevoyait le moment où n'écoutant plus que les exigences de sa politique traditionnelle le Cabinet de St. Pétersbourg s'en retirerait pour aller reprendre son influence prépondérante à Sophia et dans la Péninsule des Balkans. C'est alors qu'en présence des dangers que présenterait la rupture de l'alliance, ont eu lieu les entrevues de Kissingen et de Gastein. Après un mûr examen de la situation l'on a reconnu que mieux valait laisser reprendre à la Russie son rôle dominant en Bulgarie que d'exposer l'Europe aux dangers d'une nouvelle conflagration en Orient. Ce serait ainsi à Gastein que le Prince Alexandre aurait été sacrifié au maintien de la paix. Les Cabinets de Vienne et de Berlin pouvaient donc s'attendre dès lors à sa chute prochaine qui tranche pour le moment sans conflits européens les difficultés de la question bulgare. Ils acceptent donc cette solution; l'Angleterre qu'elle atteint d'une façon si sensible, est trop occupée chez

elle pour protester d'une façon efficace, et la Porte affaiblie, comme elle l'est, ne peut que s'incliner devant les faits accomplis. On ne peut se dissimuler que les concessions faites aux exigences de la Russie favorables au maintien actuel de la paix assurent d'une façon singulière sa prépondérance dans les Balkans et favorisent à son avantage la solution du problème oriental.

L'Empereur est arrivé ici hier matin de Gastein, ainsi qu'il l'avait décidé depuis longtemps. Le Comte Kalnoky qui était allé dans ses terres en Moravie, n'est rentré à Vienne que ce matin.

6.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 25 août 1886.

J'ai recueilli sur les événements dont la Bulgarie vient d'être le théâtre, des appréciations que je vais avoir l'honneur de reproduire aussi succinctement que possible. Elles concordent, je pense, avec celles qui vous sont adressées d'autres parts.

L'attitude indépendante prise par le Prince Alexandre causait curiosité sympathique à Berlin, des inquiétudes à Vienne, une approbation non déguisée à Londres; à Saint-Pétersbourg elle soulevait l'irritation la plus vive. Tel était le ressentiment du Czar contre son cousin qu'il en voulait à ceux qui ne le partageait pas. Il aurait même déclaré qu'il se détacherait ouvertement des Empereurs d'Allemagne et d'Autriche, s'ils continuaient à tolérer par leur indifférence, l'état de choses créé par l'arrogance du parvenu. La Triple Alliance établie avec une si haute sagesse et maintenue avec tant d'efforts par le Prince de Bismarck était sérieusement menacée.

D'un autre côté le Prince ne réussissant pas à conclure un arrangement avec la Porte se voyait dans l'impossibilité de satisfaire aux aspirations de ses sujets. Le Sultan sur l'esprit duquel l'Ambassadeur russe semble avoir acquis une influence incontestée, ne voulait à aucun prix consentir à la fusion des deux Bulgaries, et les meneurs du parti national qui, eux aussi, obéissaient au mot d'ordre venu de Saint-Pétersbourg,

mettaient journellement le jeune Souverain en demeure d'achever l'œuvre commencée au mois de septembre de l'année dernière. De là une alternative qui ne laissait pas de milieu, et un terrain bien préparé pour une intrigue hostile. La mine était chargée, il suffisait d'un signe du Consul de Russie pour la faire jouer.

Cette situation, ignorée à Londres, à Paris et à Rome était connue à Vienne et à Berlin et a fait l'objet principal des entretiens qu'ont eus à Gastein le Prince de Bismarck et le Comte Kalnoky. Le Chancelier d'Allemagne avec la netteté de vues et de langage qui le caractérise, aurait posé la question en ces termes: «Quelle est pour nous deux la chose qui en ce moment nous importe le plus?» C'est le maintien de la Triple Alliance. Le Czar veut un succès en Bulgarie où il prétend avoir été insulté par le Prince et joué par l'Angleterre. N'entravons pas l'événement qui se prépare. Satisfait du résultat obtenu le Czar reprendra avec nous ses anciennes relations et ne cherchera pas à en nouer avec d'autres. Il aura culbuté son cousin et un peu humilié l'Angleterre qui voulait du bien à ce jeune homme. C'est pour lui une question de prestige plus encore qu'une question politique. La chute du Prince Alexandre sera considérée comme un événement capital à St. Pétersbourg et à Londres. Nous n'avons pas à nous en inquiéter puisqu'il nous ramène une alliance indispensable.

7.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 5 septembre 1886.

Par votre lettre du 28 Août dernier, Direction A No. 3414, No. d'ordre 101, Vous m'avez fait l'honneur de me demander quelques renseignements concernant la *Nowoje Wremja* (le nouveau temps). Je ne crois pas, Prince, pouvoir mieux satisfaire à votre désir qu'en Vous soumettant un aperçu historique et caractéristique de ce journal.

Avec plus d'esprit et moins de grossièreté dans son langage,

le *Nouveau temps* serait un véritable *Figaro* exerçant une influence autrement sérieuse que celle de la feuille parisienne. Le fait est qu'en s'efforçant de suivre constamment le courant des idées générales au lieu de s'en tenir à un programme invariable il n'abandonne pas néanmoins l'élément fondamental de son activité, qui consiste à flatter l'amour propre national et c'est par là qu'il tient ses lecteurs en laisse, qu'il parvient à les grouper en masse considérable et impose pour ainsi dire ses volontés et ses caprices même à la minorité plus raisonnable qui ne partage point son chauvinisme. Le *Nouveau temps* est d'ailleurs redevable à ses origines du caractère qu'il porte actuellement, car ce journal n'était il y a quelques dix ans qu'un organe sans conséquence, ayant peu d'abonnés et végétant péniblement au jour le jour. Sur ces entrefaites éclatèrent les complications balcaniques, le réveil du slavophilisme, un soudain élan de la nation russe en faveur des chrétiens d'Orient. Il saisit alors la balle au bond, souffla sur le feu, contribua beaucoup à le transformer en incendie et devient du jour au lendemain une puissance. Ceci se passait à l'époque de la guerre serbo-turque et grâce à de rapides informations, au lyrisme de son langage politique, à la propagande des slavophiles enchantés d'avoir un organe qui favorisait leur agitation, le *Nouveau temps* ne tarda pas à prendre la tête de la presse russe. Voyant que le procédé mis en œuvre au début avait si bien réussi, il l'adopta comme un moyen d'action permanent et il s'est toujours appliqué depuis lors à caresser le sentiment du public russe, à soulever ses mauvaises passions, à faire du nationalisme à outrance, si bien qu'en fin de compte il a considérablement accru l'antagonisme existant entre les divers éléments de population qui s'agitent dans les limites de la Russie. Ce sont à chaque instant de sa part les plus virulentes, les plus grossières attaques contre les Allemands, les Polonais, les Israélites, les Finlandais, contre tout enfin ce qui n'est pas russe pur sang. Il pousse si loin son opposition vis-à-vis des éléments étrangers qu'on le voit tomber parfois à coups redoublés sur la diplomatie Impériale en faisant ressortir ce qu'elle et son personnel ont de trop peu national, en soulignant ses fautes, en critiquant ses buts. Or, il existe

depuis le nouveau règne un tel mouvement de nationalisme que loin de lui en vouloir, le clan gouvernemental auquel est subordonnée la presse c'est à dire le Ministre de l'intérieur, la censure, etc. ne font que l'encourager par leur indulgence à son égard et, tandis que tous les journaux sont frappés de peines disciplinaires, le *Nouveau temps* n'a pas reçu depuis longues années même un *avertissement*. Peut-être se mêle-t-il à cette indulgence un peu d'intérêt car le nationalisme du dit journal fait la contre partie du cosmopolisme de certains autres et constitue, — principal souci actuel du Gouvernement — un rempart contre les idées constitutionnelles, et beaucoup aussi de crainte, car le *Nouveau temps* est lu par trop de monde, affiche trop ses sentiments ultra russes, pour que sa suppression, succédant à celle du *Goloss* (la voix) ne produisît une fâcheuse impression. Les fonctionnaires en ont du reste peur parcequ'il ne se gêne nullement pour lancer des attaques contre leurs abus. Le chauvinisme du *Nouveau temps* est poussé si loin qu'il se manifeste jusque dans les plus petites choses, dans une hostilité systématique, par exemple, contre les œuvres littéraires et artistiques du dehors, contre les artistes étrangers venant en Russie, contre tout ce qui se passe en Europe. Il ne ménage en somme rien ni personne et cherche parfois en parlant de politique étrangère à propager les idées les plus saugrenues, comme le prouve son article reproduit le 20 août par la *Neue freie Presse*. L'homme d'Etat qui représenterait le mieux l'idéal du *Nouveau temps* serait le Général Comte Ignatieff. Aussi ne lui a-t-il pas ménagé l'encens et la réclame lors de son dernier passage aux affaires et comme il recevait en échange ses coudées franches, on l'entendait chaque matin prêcher l'écrasement des Allemands de Russie et de l'étranger, l'extermination et le pillage des Juifs, la répression des idées séparatistes de la Finlande. Puis, quand le Comte Tolstoy prit le pouvoir, comme l'organe en question est au fond opportuniste et tient surtout à ne pas s'attirer les rigueurs administratives, il a mis aussitôt une sourdine à cette campagne perturbatrice que n'aurait point tolérée le nouveau Ministre.

Le *Nouveau temps* est un journal indépendant, mais merce-

naire, particularité qui fait quelquefois paraître dans ses colonnes des articles se contredisant réciproquement. D'ailleurs, la pénurie de talents littéraires dont il souffre — car beaucoup d'hommes de lettres répugnent à y collaborer — l'oblige à recevoir des articles d'amateurs. La chronique locale, traitée par des reporters de bas étage, y frise le langage ordurier des petits journaux; la critique n'y est jamais impartiale et rarement éclairée, le ton du journal manque absolument de noblesse, d'harmonie, d'agrément, mais il abonde, par contre, en venin et satisfait par là les mauvais instincts. Malgré ses défauts, le *Nouveau temps* jouit d'une situation prospère, a de nombreux abonnés, énormément d'annonces et fait rapidement la fortune de son rédacteur en chef, M. Souvorine, homme d'instruction très restreinte aux manières très peu distinguées, mais pratique en affaires. L'un de ses collaborateurs, M. Féodorow, est un bon gros vivant fréquentant plus la mauvaise société que le monde des lettres. Le journal possède encore comme collaborateur marquant le correspondant Moltekanow, qu'on envoit partout où éclate quelque gros évènement et dont les lettres font quelquefois sensation.

Je compte vous adresser prochainement, Prince, dès que j'aurai pu rassembler les renseignements nécessaires, une esquisse des autres journaux russes les plus en vogue, de leurs tenants et aboutissants.

8.

Fürst von Chimay, Minister des Äußeren in Brüssel, an Baron Solvyns, Gesandten in London.

Confidentielle. Bruxelles, le 18 octobre 1886.

On m'assure que toutes les démarches faites par l'Angleterre pour trouver des alliés dans sa politique anti-russe ont échoué. Aux ouvertures de Sir Augustus Paget le Comte Kalnoky a répondu que les rapports de l'Autriche-Hongrie avec la Russie étaient excellents et qu'il ne voyait pas de raison pour compromettre les bonnes relations qui existent entre les deux Empires.

Bruxelles, 18. 10. 1886

Sir John Lumley aurait aussi fait de vains efforts à Rome pour prouver que la situation faite aux Bulgares est le scandale des temps modernes et qu'il faut réagir contre les tendances de la Russie. Le Gouv. italien se serait borné à prendre acte de la démarche de l'Ambassadeur de la Reine.

J'ajouterai cependant que l'agent italien à Sophia aurait reçu pour instruction de se confirmer à l'attitude des agents allemands et autrichiens.

J'attacherais le plus grand prix, M. le Baron, à connaître vos appréciations *sur la situation politique actuelle de l'Europe.* La position particulière que vous vous êtes faites à Londres, devrait vous mettre en mesure de me fournir des informations très intéressantes aussi bien *sur la mission du Général Kaulbars en Bulgarie* que sur la politique des grandes Puissances touchant les éventualités qui, d'un moment à l'autre, peuvent surgir en Orient.

9.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 20 octobre 1886.

J'ai recueilli d'excellente source quelques informations sur la situation politique en Europe, et j'ai l'honneur de vous en faire part bien qu'elles ne concordent pas exactement avec celles qui vous sont parvenues d'autres Capitales.

Il y a quelques années, à l'époque où s'ouvraient à Berlin les Conférences relatives au Congo, le Prince de Bismarck, mal renseigné en cette circonstance, se croyait fondé à supposer que la France acceptant le résultat de la guerre de 1870 comme un fait irrémédiablement accompli ne tarderait pas à renoncer à l'idée de revanche et pourrait même être amenée à s'arranger avec l'Allemagne sur des questions de frontières et d'acquisitions coloniales. Il reconnut bientôt son erreur, vira de bord et ne songea plus qu'à resserrer l'entente entre les trois Empires. Depuis lors, le maintien de cette entente a été son constant objectif, et il n'a cessé de travailler à l'assurer en aplanissant les

difficultés que suscite à tout propos, entre ses deux alliés, la question d'Orient. Réussira-t-il à maintenir longtemps encore cet équilibre? A Saint Pétersbourg, à Vienne et à Rome on affecte d'en être convaincu; à Londres on ne le croit pas. La manière dont le Gouvernement Kaulbars s'est acquitté de sa mission en Bulgarie, ayant accru les doutes à cet égard, on s'est préoccupé des complications qui éclateraient tout à coup, si les liens qui grâce au Prince de Bismarck ont entravé jusqu'à présent la liberté d'action de la Russie et de l'Autriche, venaient à se rompre. Tous les Ambassadeurs anglais ont été chargés de pressentir les Gouvernements auprès desquels ils sont accrédités. Il leur a été enjoint notamment d'appeler l'attention sur les événements qui peuvent se produire, et en usant de toutes les précautions nécessaires, de chercher à découvrir quelle serait dans telle ou telle éventualité l'attitude probable des hommes d'Etat dont ils avaient à sonder les dispositions. Loin d'avoir été inutiles, ces démarches auxquelles la mission Kaulbars servait de prétexte, et qui à St. Pétersbourg étaient qualifiées d'intrigues anglaises, ont produit d'excellents résultats en ce qu'elles ont jeté une lumière inattendue sur les projets et les espérances des différents Cabinets de l'Europe. Si le maintien de l'entente entre les trois Empires était jugé impossible, peut-être verrons-nous le Prince de Bismarck proposer le partage de l'Empire ottoman; et cette fois ce ne seraient pas seulement la Russie et l'Autriche, ce seraient la France, l'Italie et l'Angleterre elle-même que l'on convierait à cette œuvre de spoliation.

10.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 25 octobre 1886.

Aucun changement notable n'est venu modifier sensiblement la situation de la question bulgare qui préoccupe à un si haut degré le Gouvernement austro-hongrois. Entre la nécessité de maintenir son alliance intime avec l'Allemagne qui doit plus ou moins laisser la main libre à la Russie pour éviter une alliance

franco-russe, l'Autriche-Hongrie voit avec inquiétude l'avenir de ses intérêts les plus sérieux compromis en Orient sans pouvoir les défendre. Réduite à louvoyer entre les écueils elle n'ose et ne peut agir seule avec cette décision et cette énergie qui pourraient arrêter la marche de la Russie et sa domination dans la Péninsule des Balkans.

L'Angleterre a bien cherché à l'entraîner à entrer dans cette voie, mais l'on savait trop bien ici à quoi s'en tenir sur la valeur des conseils platoniques du Gouvernement britannique pour les accueillir; aussi à toutes les démarches de Sir Augustus Paget le Comte Kalnoky s'est-il contenté de répondre qu'il croyait préférable de laisser la Russie aux prises avec les difficultés qu'elle rencontre et qu'elle continuerait à rencontrer en Bulgarie.

Cela a été une désillusion pour beaucoup et avant tout pour la Hongrie de ne pas trouver l'appui de Berlin que l'on croyait assuré par l'alliance austro-allemande au moment où la Russie menaçait de nouveau les intérêts de la Monarchie en Orient, mais le Cabinet I. et R. a bien compris que l'Allemagne ne s'exposerait pas pour la Bulgarie à favoriser l'alliance franco-russe qu'elle redoute par dessus tout, et il a cru préférable d'attendre pacifiquement le cours des événements. Il a conservé ses bons rapports avec Berlin et St. Pétersbourg. D'accord avec l'Allemagne il a cherché avant tout à amener la Russie à ne pas se laisser entraîner à intervenir militairement en Bulgarie, ne lui contestant pas du reste le droit de chercher à reconquérir pacifiquement son influence dans ce pays et lui laissant le choix du candidat qu'elle préférerait voir établi sur le trône de Sofia.

Il n'y a pas eu de convention formelle pour établir cette situation, mais seulement un échange de communications qui semble avoir amené une détente en permettant d'espérer une solution pacifique du conflit oriental. On croirait même pouvoir en être entièrement assuré, si l'on avait toujours à compter avec la politique personnelle du Czar qui a les nerfs très excités, se laisse guider par les idées de M. Katkow, le violent publiciste de Moscou, et fait toujours craindre qu'il ne se laisse entraîner dans un moment d'irritation à des mesures extrêmes dont les conséquences seraient fatales pour le maintien de la paix du monde.

Quoi qu'il en soit, l'on s'attend à de sérieux débats politiques dans les prochaines Délégations qui se réuniront le 4 novembre. Le Comte Kalnoky aura à y fournir de longues et minutieuses explications sur la politique qu'il dirige, à ces Délégués qui surtout dans la Délégation hongroise ne seront guère disposés à les accueillir avec bienveillance.

11.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 3 décembre 1886.

Le trait caractéristique actuel de la presse russe est une extrême amabilité pour la France, qu'elle s'efforce de représenter comme une alliée future destinée à paralyser les forces de l'Allemagne en cas de conflit austro-russe. Elle se félicite également de ce que la Russie paraît avoir trouvé dans la France un utile contrepoids à l'Angleterre, qui devra se comporter dorénavant avec moins d'hostilité dans la question bulgare en considération de l'attitude que la Russie peut prendre par rapport aux affaires d'Egypte.

Le discours que M. de Freycinet a prononcé samedi dernier à la chambre des députés pour exposer la politique de la France dans les questions internationales a donc été très favorablement commenté par les journaux russes, qui se sont, au contraire, jetés avec un acharnement tout particulier sur celui du Comte Robilant. Néanmoins, tout en l'attaquant avec vigueur et en qualifiant la politique italienne de pusillanimes ces journaux s'accordent à dire que les déclarations du Ministre italien n'ont rien de redoutable, personne en Europe ne voulant faire la guerre pour la Bulgarie et tout le monde ayant compris que le seul moyen d'en écarter définitivement l'éventualité consiste à faire droit aux réclamations légitimes de la Russie malgré le désir secret qu'on éprouve de différentes parts d'empêcher le rétablissement de l'influence russe en Bulgarie.

Tel est aujourd'hui, Prince, le langage presque unanime de la presse russe.

St. Pétersbourg, 3. 12. 1886.

On attend ici avec impatience et peut-être non sans une certaine inquiétude le discours que le Prince de Bismarck ne tardera pas, sans doute, à prononcer au parlement allemand. Comme le Chancelier n'a pas l'habitude d'exprimer son opinion et de manifester ses intentions en termes ambigus, il ne pourra que difficilement manquer d'accorder ou de refuser son approbation à la manière dont le cabinet de Vienne a, par l'organe du Comte Kalnoky, caractérisé sa politique dans la question bulgare. On comprend facilement toute l'importance qui s'y rattache pour le maintien de ce qu'il reste de l'accord entre les trois Empires. Quant à l'entente de la Russie avec l'Autriche, elle ne saurait plus guère être considérée comme valide. Au reste, ce n'est pas d'aujourd'hui qu'elle ne l'est plus. Pour s'en convaincre, il suffit de se reporter à l'entrevue de Reichstadt et de jeter un regard rétrospectif sur les événements survenus depuis lors. En effet, n'avait-il pas été convenu en principe, à Reichstadt que l'on n'empêcherait pas le développement des petits Etats dans la presqu'île des Balkans, que l'Autriche pourrait étendre son influence et son action dans la partie occidentale de ces petits états, à condition de laisser les mains libres à la Russie dans la partie orientale? Comment ces engagements ont-ils été tenus? La Serbie reçoit des ordres de Vienne, la Bosnie et l'Herzégovine sont occupées par l'Autriche, tandis que celle-ci s'efforce d'affranchir la Bulgarie de l'étreinte et de l'influence de la Russie; triste récompense, il faut le reconnaître, de millions dépensés et de cent mille hommes tués pour délivrer la Bulgarie du joug ottoman. Il est vrai que le Prince Nicolas de Monténégro accepte avec le même empressement les instructions et les roubles qui, régulièrement lui sont envoyés par le gouvernement russe; c'est ainsi qu'on lui a donné dans le courant de cette année l'argent nécessaire à l'achat des canons Krupp, que le Gouvernement serbe avait commandés il y a quelque temps et qui ne lui ont pas été livrés, faute de paiement, mais le rôle du Monténégro est relativement insignifiant et ne peut avoir d'importance réelle pour la Russie qu'en cas de conflagration générale dans les Etats balkaniques.

Mon sentiment personnel, Prince, je crois l'avoir déjà dit,

est que, dans un temps donné la guerre sera devenue inévitable et, cela va sans dire, c'est la Turquie qui, en premier lieu, aura à payer les pots cassés. Cette guerre n'est pas précisément imminente, mais il n'en est pas moins à craindre qu'elle ne s'impose comme conséquence logique de la situation. Aussi s'y prépare-t-on tant en Russie qu'en Autriche. Je dois dire cependant que les informations que j'ai recueillies de différents côtés m'ont laissé l'impression que l'on ne met ici aucun empressement extraordinaire à ces préparatifs.

D'après ce qui me revient, on paraît craindre ici que, suivant le conseil de l'Angleterre, la Sobranié n'élise de nouveau le Prince Alexandre de Battenberg et que la régence sur le refus plus que probable de ce Prince de revenir dans le pays, ne continue à gouverner en son nom. Il pourrait arriver, en ce cas, que l'on assistât au spectacle étrange du détrônement d'un souverain qui n'est pas sur le trône. On ne peut, en vérité, que s'associer à ce que disait hier M. de Giers: «Le gâchis est complet.»

P.S. M. de Staal, Ambassadeur de Russie à Londres, vient d'arriver à St. Pétersbourg en vertu d'un congé, qui lui a été accordé il y a déjà quelque temps, mais dont les circonstances l'avaient empêché jusqu'à présent de profiter.

12.

Léon Maskens, Geschäftsträger in Paris.

Paris, le 4 décembre 1886.

Il n'y a, et il ne peut y avoir qu'une seule opinion sur la situation créée par le vote de la Chambre des Députés. Cette situation est déplorable; et le sentiment qui prédomine dans la presse presque entière c'est celui d'une tristesse profonde.

Le Ministère démissionnaire, étant données les circonstances dans lesquelles il était appelé à gouverner, s'est acquitté de sa tâche avec une correction, un dévouement et même une habilité indiscutables: Mr. de Freycinet a développé il y a huit jours un programme de politique antérieur auquel l'opinion unanime a rendu hommage, *le Général Boulanger dans lequel la France*

entière personnifie ses rêves de grandeur pour l'avenir, a été acclamé avant-hier à la Chambre, Mr. Lockroy a communiqué aux commerçants et aux industriels une partie de l'ardeur et de l'esprit d'initiative qui l'animent, Mr. Goblet a réalisé dans l'enseignement des réformes peut-être funestes, mais que le parti républicain a acclamées avec enthousiasme, Mr. Sadi-Carnot à l'honnêteté et à la sincérité duquel tout le monde rend hommage, a cherché à apporter de l'ordre dans les finances, Mr. Sarrien, à défaut d'un grand prestige, a fait preuve d'énergie au Ministère de l'Intérieur, et il faut que ces Ministres Cattus en Créche par une commission du budget qui s'est égarée dans ces utopies, et harcelée par une minorité radicale dépourvue de tout esprit pratique aillent se heurter et se criser contre des obstacles secondaires après avoir triomphé de difficultés beaucoup plus graves. Tout a réussi à Mr. de Freycinet contre ses ennemis, et il n'a échoué que vis-à-vis de ceux qui étaient considérés comme ses amis politiques.

S'il n'y avait un dissentiment entre l'Extrême Gauche et le Ministère que sur le maintien des Sous-Préfectures, Mr. de Freycinet n'hésiterait certes pas à retirer sa démission, car la majorité républicaine toute entière se féliciterait vivement aujourd'hui de pouvoir affirmer sa confiance dans la politique générale du Ministère, mais malheureusement le Président du Conseil est fatigué, on pourrait dire écœuré, du rôle qu'on lui fait jouer depuis 2 mois et au Ministère des Affaires Etrangères, des personnages de son entourage immédiat m'ont assuré qu'il ne consentira à rester au pouvoir que s'il lui est démontré que sa santé, son repos et son bonheur doivent céder le pas devant les intérêts de la France et de la République.

L'événement qui préoccupe tous les esprits en France depuis 24 heures, n'était certainement pas absolument inattendu; — on parlait ouvertement il y a 2 ou 3 semaines de la chute du Ministère, mais on espérait ces jours derniers que la crise était surmontée par suite de l'autorité que M. de Freycinet avait paru reprendre sur la majorité républicaine de la Chambre.

On estimait généralement, quand les premiers symptômes de l'hostilité systématique de l'Extrême Gauche se sont manifestés,

que le seul remède au désarroi ou au parlementaire, pour employer l'expression qui est répétée partout, serait la dissolution; mais la situation était aujourd'hui qu'en cas de renouvellement intégrale de la Chambre des Députés, le pays paraîtrait être appelé à choisir entre ceux qui veulent des économies et ceux qui n'en veulent pas. Le Gouvernement aurait beau chercher à prouver que lui aussi est partisan des réformes budgétaires, mais qu'il entend les effectuer progressivement de façon à ne pas désorganiser l'administration, le corps électoral ignorant et inapte comme il l'est dans tout pays de suffrage universel, ne se montrerait pas accessible à des considérations trop sensées pour produire quelque effet sur lui, et il se prononcerait très probablement en faveur de ceux qui par calcul plutôt que par conviction, inscriraient en tête de leur programme: «Ni emprunts, ni impôts nouveaux; réduction immédiate des appointements et des emplois.»

Il paraît donc difficile dans les circonstances actuelles que le Président de la République et le Sénat prennent la résolution de consulter le corps électoral. L'Extrême Gauche seule serait à peu près certaine de profiter de la dissolution. Le parti conservateur a perdu du terrain depuis un an. Pendant quelque temps on a pu se faire illusion sur la portée de ses succès lors des dernières élections générales; mais l'accalmie qui a suivi l'expulsion des Princes a bien prouvé que les prétendants n'ont de puissants appuis que dans les hautes classes de la société et que l'évolution qui s'est produite le 4 Octobre 1885 était une protestation contre la politique d'aventures du parti opportuniste et non contre la République.

En ce moment Mr. Clémenceau ne peut espérer rallier une majorité compacte et homogène, et si Mr. Floquet n'est pas absolument forcé de recueillir la succession de Mr. de Freycinet, il n'ira pas risquer de gaieté de cœur de se discréditer à la tête du Ministère comme l'ont fait ses prédécesseurs au fauteuil présidentiel, M. Gambetta et Brisson. La situation paraît donc presque inextricable et la seule issue qui se présente pour en sortir, serait un replâtrage ministériel auquel M. de Freycinet ne se refusera peut-être pas, si tout le monde s'accorde pour faire appel à son patriotisme.

Comment expliquer les hésitations des uns, l'impuissance des autres et l'instabilité générale dans les hautes sphères du pouvoir, sinon par l'effet dissolvant du parlementarisme à outrance tel qu'il est compris et pratiqué en France; ce qu'aujourd'hui l'on appelle le parlementarisme dans ce pays, c'est une succession continue de tentatives d'empiétements des élus du peuple sur les attributions du pouvoir exécutif. En présence de pareilles ambitions et de prétentions aussi anormales, il n'y a plus de Gouvernement possible, a dit avec raison Mr. de Freycinet; on aboutit à l'anarchie.

La «Liberté» publie ce soir les lignes suivantes: «Comme on doit rire de nous à l'étranger! et quelle figure pouvons-nous faire dans les conseils de l'Europe quand nous en faisons une si piteuse chez nous.»

Cette réflexion me paraît très juste: Mr. de Bismarck ne pourra guère s'affliger en voyant que le Ministère Freycinet qui avait relevé le prestige de la France depuis un an disparaît par suite d'une coalition que le hasard a formée hier et qu'il déférait demain. Ce n'est pas Mr. de Bismarck qui se laisserait ainsi écarter de la voie qu'il s'est tracée mais la perfection est rare en ce monde, et il n'est pas facile de trouver un juste milieu entre le régime autoritaire allemand et le parlementarisme à outrance français.

Si la retraite de Mr. de Freycinet n'est pas destinée à assombrir les esprits ni à Berlin ni à Londres, elle aura probablement un douloureux retentissement à St. Pétersbourg où l'on acquerra une fois de plus la preuve qu'il serait dangereux de conclure une alliance trop étroite avec un gouvernement qui n'est jamais sûr du lendemain, et avec un pays dont la politique peut changer d'orientation selon les caprices de la partie la moins éclairée de la population.

A un point de vue pour ainsi dire anecdotique, l'intervention dans la séance d'hier du membre, du seul, de l'unique membre de la droite républicaine, mérite de ne pas passer inaperçue. Pendant des semaines entières la presse a court de copie à l'époque des canicules, s'est étendue sur les résultats probables de l'évolution de Mr. Raoul Duval; il y a un mois le député de d'Eure

opérant un mouvement de conversion vers la République, a par le charme et par la vigueur de sa parole éloquente, produit à la Chambre des Députés une impression qualifiée de durable; et hier c'est lui qui a porté les coups les plus sensibles à Mr. de Freycinet, c'est lui qui d'accord avec Mr. le Cte. de Douville Maillefeu le député «renégat» de l'Extrême Gauche, a réussi à battre en brèche la République gouvernementale et modérée!

13.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 27 décembre 1886.

La Députation bulgare a échoué dans sa mission, tant à Vienne qu'à Berlin. Elle n'atteindra pas davantage le but réel qu'elle se propose, à Paris qu'à Londres. La situation politique est telle en Europe qu'aucune Puissance ne veut ou ne peut en présence de l'attitude de l'Allemagne vis-à-vis de la Russie se mettre en opposition directe avec St. Pétersbourg dans la question bulgare.

La Bulgarie se refusant à accepter le candidat de la Russie, les Délégués ont demandé et demandent avec insistance aux Puissances de désigner le Prince appelé à succéder au Prince Alexandre. Mais aucune n'a voulu assumer la responsabilité d'opposer un candidat au candidat du Czar. Aux conseils qui leur ont été donnés de chercher à s'entendre avec la Russie, les Délégués répondent qu'ils ne demanderaient pas mieux, mais que c'est à St. Pétersbourg que l'on rend tout accomodément impossible en refusant d'entrer même en pourparlers avec la Régence et de reconnaître autant son existence légale que celle de la «Sobranje».

En présence de l'impasse dans laquelle se trouve le Gouvernement de Sofia, il est resté en rapports secrets avec le Prince Alexandre, m'assure-t-on de très bonne source, et voudrait, pour le décider à reprendre sa couronne dont il ne semble plus guère se soucier, faire miroiter à ses yeux la possibilité d'un soulèvement en Macédoine qui, unie à la Bulgarie, formerait un

Royaume bulgare. C'est dans ce sens que M. Grecow s'est exprimé confidentiellement pendant son séjour à Vienne vis-à-vis d'une personne qui m'a répété sa conversation où les illusions paraissent faire négliger les complications que présenterait l'exécution de semblables projets.

De quelque côté que l'on se retourne, on n'entrevoit guère de solution favorable de la question bulgare. La Régence ne peut se retirer sans arrangement préalable avec la Russie qu'avec la certitude de laisser tout le pays dans l'anarchie — et le retour du Prince Alexandre serait une provocation directe au Czar. Dans l'une et l'autre alternative l'occupation russe redoutée à Vienne serait inévitable.

Quoi qu'il en soit, on est en Autriche-Hongrie extrêmement inquiet des événements qui menacent encore la Bulgarie. On voudrait tant dans les régions gouvernementales que dans toutes les classes de la population éviter un conflit avec la Russie, mais à ceux qui se rapportant aux déclarations du Comte Kalnoky aux dernières Délégations croyant que l'Autriche-Hongrie ne supporterait pas l'occupation russe de la Bulgarie, on répond que, si les Puissances signataires du traité de Berlin y donnaient leur assentiment sous certaines conditions, le Ministre I. et R. des Affaires Etrangères finirait par y consentir également, ne voulant pas, ainsi qu'il l'a laissé entendre aux Délégués autrichiens et hongrois, agir isolément contre la Russie en Bulgarie.

Ce serait un moyen d'éviter une guerre dont on n'attend pas d'heureux résultats pour la Monarchie dès à présent. Il soulèverait un profond sentiment d'indignation en Hongrie, mais là aussi on finirait probablement par reconnaître qu'en présence de l'attitude de l'Allemagne qui laisserait l'Autriche-Hongrie seule avec un adversaire redoutable, les conseils de la prudence ne devraient point être méconnus.

Le rapprochement intime de l'Allemagne avec la Russie ne laisse pas, en effet, que d'inspirer d'amères réflexions au Cabinet de Vienne. Ce rapprochement, opéré dans la crainte d'une alliance franco-russe, a pris son origine, semble-t-il, à la suite de l'entrevue de Gastein où le Prince de Bismarck aurait cherché

de nouveau à lier l'Autriche-Hongrie par des liens indissolubles à l'Allemagne, tant au point de vue militaire que commercial.

L'armée Imp. et Roy. aurait dû recevoir la même organisation que l'armée allemande et être placée en quelque sorte sous une seule direction; et une commission mixte aurait été chargée d'étudier la question de l'établissement du Zollverein entre les deux Empires.

Ce serait, après avoir vu rejeter ces propositions qui auraient placé la Monarchie I. et R. en quelque sorte sous le vasselage de l'Allemagne, que le Prince de Bismarck se serait rendu à Franzensbad et aurait conclu avec M. de Giers le rapprochement entre Berlin et Pétersbourg. C'est alors aussi qu'ont paru dans la Gazette de Cologne et dans les journaux officieux de Berlin les articles à sensation sur les rapports politiques avec l'Autriche ainsi que les déclarations réitérées que l'Allemagne n'avait aucun intérêt à défendre en Bulgarie qui ont mis en doute ici la validité de l'alliance austro-allemande, ont fait naître ici tant d'amères réflexions et paraissent avoir été inspirées par la pensée de faire sentir à Vienne le poids de l'isolement dans lequel l'Allemagne laissait l'Autriche en Orient. La situation de ce pays est d'autant plus sérieuse que la lutte des nationalités y est plus intense. Le Gouvernement a cherché à les apaiser, mais il n'y a pas réussi. Sans parvenir à satisfaire les Slaves il a cherché à obtenir leur concours par des concessions qui ont soulévé les Allemands au point qu'ils viennent de se retirer de la Diète de Prague, et à Agram les ultra-Croates irrités contre la Hongrie ont déclaré que c'est de la Russie qu'ils attendent leur délivrance.

La Russie profite de ces divisions intérieures pour travailler la presse slave austro-hongroise dans un sens favorable à ses vues, et le Consul russe à Vienne a à cet effet des fonds à sa disposition déposés à la maison Rothschild.

L'armée elle-même n'inspire pas une confiance absolue au point de vue de sa vigueur physique et des ressources dont elle dispose. A l'exception de la cavalerie on semble porté à croire qu'elle supporterait moins bien que les troupes russes les fatigues d'une campagne un peu prolongée.

Berlin, 31. 12. 1886.

14.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 31 décembre 1886.

Le 28 de ce mois, les six ambassadeurs accrédités à la Cour Impériale ont dîné au Palais avec leurs attachés militaires. C'est un repas traditionnel qui précède toujours la nouvelle année.

L'Empereur a charmé ses convives par l'animation et la gaîté de sa conversation. L'un d'eux a dit en rentrant de cette soirée que Sa Majesté lui avait semblé n'avoir pas plus de soixante ans.

L'Impératrice a paru à ce dîner.

Comme j'ai eu l'honneur de vous en informer dans mon rapport du 24 de ce mois n° 1125, le jubilé de 80 ans de service militaire de l'Empereur Guillaume, qui coïncide avec le 1er jour de l'an sera célébré très simplement au Palais. La ville sera illuminée.

En ce moment la principale préoccupation de l'Empereur et du Prince de Bismarck est causée par l'aversion toute personnelle dont le Czar s'est pris pour le Comte Kalnoky.

Il ne s'agit pas, m'est-il assuré, du conflit des intérêts russes et des intérêts autrichiens en Orient, mais d'une antipathie individuelle de la nature de celle qui s'est attachée au Prince de Battenberg et dont l'animosité est telle que le Czar voudrait voir disparaître le Comte Kalnoky dût-il être remplacé par le Comte Andrassy, l'adversaire de la Russie.

Le grief du Czar est que dans ses discours aux délégations hongroises le Comte Kalnoky a jeté par dessus bord les arrangements faits à Skierniewice du 15 au 17 Septembre 1884, et par lesquels la Russie abandonnait la Serbie à la politique autrichienne en échange de l'abandon par l'Autriche de la Bulgarie à la politique russe.

D'accord avec le Cabinet de Vienne, le Prince de Bismarck emploie ses bons offices à St. Pétersbourg.

Il s'efforce d'y faire comprendre que dans les Etats à parlement les discours des ministres doivent répondre à des exigences de politique intérieure et qu'ils se tempèrent dès qu'il s'agit d'en faire une application à la politique extérieure.

Hier soir il m'a été confié de bonne part que l'irritation du Czar ne se calmait pas.

La «Post» de ce matin constate qu'après une courte suspension des hostilités à l'égard de l'Allemagne les journaux russes panslavistes ont recommencé leurs attaques avec autant d'acrimonie qu'avant la trève.

L'irritabilité du Czar et ses rancunes implacables sont des causes de dangers. Il peut en résulter à tout instant des déterminations extrêmes dont la guerre serait une conséquence presque inévitable.

L'Allemagne s'est habituée à croire que la paix de l'Europe est assurée par l'ascendant du Prince de Bismarck et par son habileté à résoudre toutes les difficultés de la politique extérieure. Il trouve dans cette conviction un prestige qui lui donne la puissance avec laquelle il gouverne l'Empire.

Ce qui se passe à St. Pétersbourg révèle à Berlin qu'il y a pour la paix des périls dont la cause phénomènale échappe nécessairement à l'action du Chancelier, et qu'il n'est plus en son pouvoir de répondre du repos de l'Europe.

Il nait de ces circonstances de l'inquiétude et du malaise que les partis politiques adversaires du Chancelier s'efforceront d'exploiter contre la prépondérance de son prestige et contre sa domination à l'intérieur.

Jusqu'au départ de Berlin des députés bulgares, le 21 de ce mois, leur voyage ne paraissait ne pouvoir ni avancer ni entraver l'arrangement des affaires de leur pays. L'opinion est qu'ils ont nui à leur cause en s'arrêtant à Cologne pour y rencontrer le Prince Alexandre de Battenberg.

Après avoir conféré avec leur ancien souverain, ils l'ont escorté jusqu'à Francfort et l'un d'eux s'est rendu à Darmstadt.

Ces faits impliquent une espèce de défi porté au Czar et la plus complète insouciance pour les avis du Comte de Bismarck d'avoir à chercher les moyens de se réconcilier avec la Russie.

Le Comte Schouvaloff, qui ne pense pas à se rendre à St. Pétersbourg, comme l'annoncent des journaux, disait avant-hier de la Bulgarie que la Russie n'est nullement pressée.

Berlin, 31. 12. 1886.

Elle peut attendre que la Régence et la Sobranié disparaissent par leur propre faiblesse sans nécessité d'y aider.

Le Prince de Bismarck a l'intention de venir de Friedrichsruhe entre le 10 et le 15 de janvier. La durée de son séjour à Berlin dépendra du sort du projet de loi militaire dans le Reichstag.

Le Gouvernement incline à se contenter d'un budget quinquennal pour le Département de la Guerre. Mais l'Empereur persiste à réclamer le budget septennal.

Dans la discussion de son projet de loi, le Ministre de la Guerre, Général Bronsart de Schellendorf a donné à la réorganisation de l'armée française et aux demandes de crédit des ministres de la Guerre et de la Marine une importance qui lui paraissait un argument péremptoire pour convaincre le Reichstag de la nécessité de la loi militaire.

Le discours tout pacifique adressé par le Général Boulanger à la Société des sauvetages, le 26 Décembre, et le retrait ou l'ajournement des demandes des crédits d'armement doivent seconder dans le Reichstag l'opposition faite au projet de loi militaire.

La Norddeutsche Allgemeine Zeitung affirme que le discours du Général Boulanger n'a pas d'autre signification.

15.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, 28 janvier 1887.

Je dois à une très sûre confidence de savoir qu'il y a cinq jours, dans un entretien intime, le Prince de Bismarck a fait une appréciation de la situation politique du moment. Suivant les renseignements qui m'ont été donnés, je crois que les pensées exprimées dans cette conversation par le Chancelier sont rapportées avec exactitude dans ce résumé:

Les conjonctures présentes ont beaucoup de gravité. Le Chancelier se défend d'en exagérer les périls pour intimider les électeurs.

Comme il l'a dit dans ses récents discours au Reichstag, il prévoit qu'une guerre entre l'Allemagne et la France est inévitable.

Les traités de 1815 ont fermé une plaie et ils ont donné un demi siècle de repos à l'Europe.

Le traité de Francfort n'a rien guéri. La perte de l'Alsace et de la Lorraine est restée une plaie saignante qui, depuis seize ans, entretient la fièvre de la revanche.

La France n'a pas cessé de se préparer à reconquérir ses provinces; elle attend seulement des circonstances propices pour attaquer l'Allemagne.

Devant cette certitude d'une nouvelle guerre le parti militaire demande avec énergie qu'elle soit entreprise sans tarder, lorsque la France n'a pas complété encore la réorganisation de son armée.

Du vivant de l'Empereur Guillaume la Russie ne fera rien contre l'Allemagne. Plus tard ses dispositions pourront changer.

L'ajournement de la guerre qui n'empêchera pas la guerre, diminue les chances de succès de l'Allemagne.

Il y a pour le Chancelier une très grande responsabilité a résister aux généraux qui poussent à une guerre immédiate.

Quand la guerre ajournée éclatera, tout échec, toute défaite de l'armée allemande sera imputé à la temporisation du Chancelier.

Les dangers auxquels l'Empire pourrait être exposé, lui seraient imputables.

Après avoir eu la gloire de fonder l'unité allemande il aurait à subir l'humiliation d'en avoir compromis la durée ou la sécurité.

Ces opinions du Chancelier expliquent comment il a pu dire en plein Reichstag que la guerre contre la France pouvait aussi bien éclater dans dix jours que dans dix ans. S'il l'ajourne, ce n'est pas qu'il manque de raisons suffisantes pour la commencer sans délai. Ces raisons il les a, et à tout instant il pourra les faire prévaloir.

L'insistance du parti militaire pour une guerre immédiate révèle aussi la signification des paroles du Maréchal de Moltke, lorsque dans le Reichstag il a déclaré aux adversaires du projet de loi militaire que le rejet du budget septennal c'était la guerre. La pensée du Maréchal et des Généraux est que l'Allemagne

devra se hâter d'entreprendre la guerre avec son armée encore fortement organisée, plutôt que de s'exposer à devoir faire plus tard cette même guerre avec une armée affaiblie par l'abandon de son budget septennal.

J'ai constaté que depuis la consolidation de l'entente de l'Allemagne avec la Russie le Comte de Bismarck ne parle plus de la tâche des Puissances d'assurer la durée de la paix de l'Europe en réglant les affaires des Balkans. C'était auparavant le thème du Cabinet de Berlin.

Pour la première fois, le 25 de ce mois, jour de conférence diplomatique, le Comte de Bismarck a laissé entrevoir des appréhensions de guerre.

Il paraît bien évident que le Prince de Bismarck, en abandonnant l'Orient à la prépondérance de la Russie, s'est assuré l'inaction du Czar, si l'Allemagne devait agir du côté du Rhin.

Il serait téméraire d'affirmer que le Chancelier est décidé à faire la guerre à la France, mais tout annonce qu'il prévoit des circonstances qui l'obligeraient à l'entreprendre.

C'est une éventualité qui peut se réaliser à chaque instant. Il y est préparé et il y prépare aussi l'opinion publique.

C'est la tâche dont se charge le journal officieux la «Post» de ce matin dont le No. est ci-joint. . . . . .

L'Ambassadeur de France est venu chez moi, il y a peu de jours. Il se montre très content de sa position. La Cour, le monde des salons et le monde officiel lui ont fait le meilleur accueil. M. Herbette croit à la durée de la paix. Il proteste hautement et avec conviction des intentions pacifiques de la France.

Personne ici ne doute du désir du Gouvernement français de rester en bonnes relations avec l'Allemagne. Mais il y a en France d'autres courants que celui de la politique du Président et de ses Ministres.

C'est la réponse que faisait, il y a peu de jours, un personnage allemand aux affirmations pacifiques de M. Herbette:

«Nous sommes bien persuadés que vous voulez rester en bons termes avec nous, mais sans abandonner l'espoir de la revanche. Vous ne pouvez pas renoncer à l'Alsace et à la Lorraine, et voilà ce qui mettra toujours nos rapports en péril.»

16.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 30 janvier 1887.

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre que vous m'avez adressée, sous la date du 27 courant (A 2115, d'ordre 21).

Les renseignements que j'ai reçus ici sur l'entente entre l'Allemagne et la Russie, concordent dans leur ensemble avec ceux que vous voulez bien me communiquer, en ce sens que l'on est convaincu ici que le Cabinet de Berlin a basé sur elle toute sa politique actuelle. C'est à l'entrevue de Franzensbad, ainsi que j'ai déjà eu l'honneur de vous le dire, que cette entente s'est établie.

Prévoyant les complications européennes qu'allait entraîner la question bulgare, et voulant à tout prix assurer sa liberté d'action vis-à-vis de la France, le Prince de Bismarck a employé tous ses efforts à empêcher l'alliance franco-russe dont il était menacé. C'est alors qu'il a donné carte blanche au Cabinet de St. Pétersbourg en Orient. Le Cabinet de Berlin ne négligera rien pour conserver les avantages que lui ont procuré les concessions qu'il a faites et qu'il fera peut-être encore à la Russie.

Ces concessions ont étrangement déçu l'Autriche, mais si elles paraissent être en contradiction avec l'esprit de l'accord établi en 1879 entre l'Allemagne et l'Autriche, elles ne violent cependant pas la lettre de la Convention qui n'a pas la forme d'un traité d'alliance véritable, mais qui ne consiste, à ce qu'on m'assure, qu'en un échange de déclarations simplement paraphées. L'Autriche et l'Allemagne ne se sont engagées réciproquement à unir leurs forces que si l'une ou l'autre de ces Puissances avait à repousser l'attaque de deux adversaires coalisés pour la combattre. Il n'en serait pas de même dans l'éventualité d'une lutte avec un ennemi isolé, tel que serait le cas d'une guerre entre la Russie et l'Autriche ou de l'Allemagne avec la France.

L'Allemagne peut donc, sans violer la lettre de la Convention dont il s'agit, ne pas contrarier l'action de la Russie en Bulgarie. Mais, ci cette façon d'agir est peu conforme aux inté-

rêts de l'Autriche et ne répond pas à une partie des avantages que l'on s'y promettait de l'alliance avec l'Allemagne, la Convention n'en subsiste pas moins dans son ensemble et assure toujours ainsi le maintien de l'engagement qu'ont pris les deux parties contractantes, de se garantir réciproquement l'intégrité de leurs possessions territoriales.

Quelles que soient les concessions que l'Allemagne se trouve obligée de faire à la Russie, elle a un intérêt permanent de premier ordre à maintenir les liens qui l'unissent à l'Autriche-Hongrie, et à lui conserver sa puissance.

Aussi le Cabinet de Berlin, tout en cherchant à satisfaire celui de St. Pétersbourg, ne néglige rien pour obtenir la solution pacifique de la question bulgare et écarter les dangers d'une guerre entre la Russie et l'Autriche qui, en cas de défaite, serait en droit de lui réclamer l'application de l'article de la Convention concernant la garantie de l'intégrité territoriale des deux Pays.

Quant aux appréhensions que font naître les éventualités d'une guerre entre l'Allemagne et la France, elles donnent toujours lieu à des appréciations diverses. Si beaucoup n'attribuent l'attitude actuelle de l'Allemagne qu'aux exigences passagères de la question électorale, il ne manque pas non plus cependant de personnages politiques qui considèrent la guerre entre cette Puissance et la France comme inévitable dans un prochain avenir.

Un homme politique des plus hauts placés et des mieux à même d'apprécier la situation européenne avec lequel j'avais l'honneur de m'entretenir aujourd'hui de cette grosse question, me disait qu'à son avis le Prince de Bismarck n'hésiterait plus longtemps à chercher à régler ses comptes avec la France d'une façon définitive.

Prévoyant que cette lutte doit s'engager fatalement à un moment donné, il ne voudrait plus la différer davantage. Jamais probablement il ne se trouverait dans des circonstances plus avantageuses pour l'entamer. Sûr de l'abstention de la Russie, de l'Angleterre et de l'Italie, confiant dans les liens qui l'unissent à l'Autriche, l'Allemagne en avance sur la France au point

de vue de l'armement militaire, il rencontrerait rarement des circonstances plus favorables à l'accomplissement de ses desseins et verrait dans une guerre heureuse le seul moyen de mettre un terme aux armements formidables qui, en se prolongeant, ruinent le pays.

17.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 8 février 1887.

Un incident, qui n'est peut-être pas complètement clos a failli amener une crise ministérielle.

J'en ai été informé d'abord par l'ambassadeur d'Allemagne dans les circonstances suivantes: sa fille indisposée, avait reçu dimanche la visite de Mme. Flourens qui lui avait dit que le Général Boulanger avait adressé une lettre au Czar, et que pareil fait entraînait nécessairement la retraite de son mari. Le Comte de Münster fort intrigué, mais tenu dans sa position à une extrême réserve, s'est borné à tâcher de rencontrer M. et Mme. Flourens sans avoir l'air de les chercher: mais il ne les avait pas encore vus hier pas plus que l'ambassadeur, je n'étais en situation d'interroger directement toutefois, nous avons appris que, comme nous l'avions présumé il ne s'agissait point d'une lettre au Czar, mais seulement au Ministre de la Guerre de Russie, et, à ce que l'on affirmait à propos d'un objet secondaire.

Cette explication semble trop optimiste, si l'on considère que le Ministre des Affaires Etrangères est allé soumettre la question de sa démission au Président de la République.

Mais quelle que soit la vérité encore insuffisamment connue, sur le caractère et les détails de l'incident, il est un fait acquis c'est qu'à son occasion la question du maintien de la personnalité encombrante et compromettante du Général Boulanger, question encore plus ou moins latente s'est posée, cette fois dans des conditions effectives. — Le Président s'est trouvé pratiquement devant les deux faces, également embarrassantes de la situation, les inconvénients du maintien du Ministre de

la Guerre et la difficulté de le sacrifier sans être accusé d'obéir à l'Allemagne.

Mais après tout, comme on a pour sortir momentanément d'embarras, la ressource de concilier, de replâtrer et d'étouffer l'affaire, il est probable que les choses resteront en l'état, si même ce n'est décidé déjà.

18.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 11 février 1887.

Depuis six jours, les espérances de paix prévalent à Berlin sur les prévisions de guerre.

Le 8 de ce mois, le Comte de Bismarck a dit que le Gouvernement est assuré d'avoir dans le futur Reichstag une majorité favorable au projet de loi militaire.

Le Prince de Bismarck et le Maréchal de Moltke ont affirmé dans les débats du Reichstag dissous, que le rejet du budget septennal conduisait à la guerre. — La certitude du vote de ce budget doit donc faire croire à la prolongation de la paix.

Dans mon rapport du 4 de ce mois No. 114/80 j'ai constaté qu'au milieu des inquiétudes générales, le chancelier avait la confiance que l'Europe resterait en repos «L'Empereur et moi, avait-il dit, nous sommes seuls à croire à la paix.»

Mais cette confidence n'empêchait pas le chancelier de découvrir beaucoup de dangers dans la situation actuelle des affaires.

Je sais que le 5 et le 6 de ce mois, dans des entretiens intimes, le chancelier s'est montré beaucoup plus rassuré. Il ne lui fallait plus la démission ou la retraite du Général Boulanger à bref délai. — Il suffisait que le Ministère dont il faisait partie fut porté à la paix, comme il arrive avec M. M. Flourens et Goblet. — M. de Freycinet donnerait la même sécurité.

Quant à un Général Boulanger dictateur ou Président de la République, et même Président du Conseil, le Chancelier a dit que c'est incompatible avec la sécurité de l'Empire. Le Général

Boulanger s'est montré circonspect depuis le commencement de l'effervescence belliqueuse de l'Allemagne. Il n'inspire cependant aucune confiance.

Une information reçue de Paris mande que le Général a provoqué un orage dans le Conseil, en chargeant un officier de porter à St. Pétersbourg une lettre écrite à l'Empereur, ou tout au moins au Ministre de la guerre. — L'officier a fait part à M. Flourens de l'objet de son voyage. Le Ministre s'est plaint à ses collègues et à M. Grévy: il ne pouvait pas assumer la responsabilité de la direction des affaires si elle était exposée à être compromise par de semblables irrégularités. — Le Président a réussi à calmer M. Flourens, en faisant prendre au Général l'engagement de s'abstenir de toute démarche aventureuse.

L'Ambassade Britannique à Berlin n'a pas varié dans ses appréciations depuis la discussion de la loi militaire au Reichstag, suivie de la dissolution de cette Assemblée. — Sir Edward Malet n'a pas cru à la guerre. Il a pensé que les craintes excitées par les journaux officieux étaient une tactique électorale, et que les conversations très alarmantes des généraux et des militaires s'inspiraient d'un mot d'ordre qui avait le même but.

L'Ambassade d'Italie a eu la même opinion jusqu'au 3 février, jour de la panique dont la Bourse de Berlin gardera le souvenir. — Après cette journée, le comte de Launay a mandé à son Gouvernement que la guerre lui paraissait très à craindre.

C'est que la secousse de la Bourse n'était pas seulement le résultat de puissantes manœuvres d'agiotage, secondées par les inquiétudes dont le public était troublé depuis les débats du Reichstag, et le commencement de la Campagne électorale.

La Bourse avait été bouleversée par la sourde rumeur de la résolution prise par le gouvernement de demander aux Chambres prussiennes un emprunt de 300 Millions de marcs.

Il était difficile de ne pas voir dans cette mesure la révélation d'une guerre imminente.

Le gouvernement s'est empressé de publier qu'il n'avait pas l'intention de demander un tel emprunt aux Chambres prussiennes. — La vérité est qu'il y a renouée.

Berlin, 11. 2. 1887.

Il m'a été assuré très confidentiellement que le projet de loi de cet emprunt a été formulé et signé. Le Chancelier l'a mis de côté, après que son attention eut été appelée à considérer l'effet financier et politique de cette mesure. Il était ajouté que la certitude du Gouvernement d'avoir la majorité dans le futur Reichstag permettrait de lui demander cet emprunt quand le public ne serait plus dans les appréhensions qui l'agitaient en ce moment.

Les dispositions pacifiques du chancelier ne modifient pas ses prévisions à l'égard de la France. Dans sa récente visite à l'Ambassade d'Angleterre, il a renouvelé à Sir Edward Malet ses déclarations faites au Reichstag, de ne pas attaquer la France. Il en prenait l'engagement en homme d'honneur, et cependant il était certain, a-t-il dit, que le Général Boulanger déclarerait la guerre à l'Allemagne, aussitôt que le pouvoir serait entre ses mains.

Le chancelier se montre pacifique, mais il ne désarme pas complètement.

Des journaux ont publié le résumé d'une conversation du Prince Impérial avec le Banquier Mendelsohn, et dont la conclusion était que la Bourse avait eu tort de s'alarmer: «l'Allemagne n'attaquera pas la France, et la France n'attaquera pas l'Allemagne» avait dit le Prince.

Dans la «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» du 6 février, le chancelier a fait paraître ce démenti:

«Le «Berliner Tageblatt» a rapporté une affirmation que le Prince Impérial aurait donnée à M. le Conseiller privé de Commerce Mendelsohn.

Nous savons de bonne source que, dans ces derniers mois, il n'y a eu aucun entretien entre le Prince Impérial et M. Mendelsohn. L'incident en question ne peut donc se rapporter qu'à une conversation avec le Prince Impérial dont a été honoré, au dernier bal de Cour, un autre chef de la Maison Mendelsohn.

Dans cette conversation, il n'y a pas eu d'assertion, ni telle qu'elle a été rapportée, ni même analogue.»

La «Kölnische Zeitung» du 5 février avait déjà reçu de Berlin, sur ce même fait, une énergique réfutation qui s'appliquait

aussi à des paroles et à des opinions attribuées à l'Empereur et au Prince Impérial. — Elle s'exprime ainsi:

«Depuis quelque temps les feuilles progressistes se complaisent dans les nouvelles les plus extraordinaires, comme de mettre en contradiction le Prince Impérial avec l'Empereur, et de représenter le Prince Impérial, notre plus ancien Feldmaréchal, comme un adversaire du septennal.

Eugène Richter a donné le signal de cette campagne dans son journal, puis L'indépendance et le Matin se sont fait l'écho de ces nouvelles, enfin le Tagblatt de Berlin les a dépassés tous en publiant une nouvelle de Bourse d'après laquelle le Conseiller de Commerce Mendelsohn aurait raconté que le Prince Impérial lui aurait dit:

Je m'étonne de l'agitation de la Bourse: la France ne nous attaquera pas, et nous n'attaquerons pas la France.» — La même feuille ajoute à cette invention: aussitôt que cette nouvelle se fut répandue, un calme sensible s'est produit à la Bourse.

Nous sommes en mesure de déclarer ce bruit absolument sans fondement. Le Prince Impérial n'a fait aucune déclaration de ce genre, ni à M. Mendelsohn qu'il n'a pas vu depuis longtemps ni à aucune autre personne.

Nous sommes également en mesure de déclarer que le Prince Impérial est complètement pour le septennal et pour le développement de l'armée.

Un Correspondant du Standart a mis également dans la bouche de l'Empereur ces mots: «nous n'aurons pas de guerre.» Naturellement la presse progressiste a mis à profit cette assertion en l'opposant au projet militaire. — La «Post» s'est chargée de dire que non seulement l'Empereur n'avait point dit ces paroles, mais qu'elles étaient de la pure invention du correspondant susnommé.

Dans une réunion électorale, le Maréchal de Moltke a dit que l'état des choses était toujours très grave, et qu'il autorisait les assistants à faire connaître son opinion.

La «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» du 7 février a rapporté cet incident.

La «Post» de Berlin du 8 février ramène encore l'attention sur la popularité que le général Boulanger s'est acquise par ses projets de revanche.

Le même journal publie le discours, que le Prince de Hohenlohe a prononcé le 9 février dans un dîner qu'il donnait au comité des Etats, à Strasbourg. — Il a dit:

«La situation, sans que, pour cela la guerre soit imminente restera critique aussi longtemps qu'en France l'opinion publique ne sera pas telle qu'on acceptera sans réserve l'état de choses créé par les traités internationaux. — Les populations d'Alsace-Lorraine ont, dans les élections, la meilleure occasion de se prononcer contre la guerre.

Aussi longtemps que les gouvernements confédérés et le peuple Allemand n'auront pas la conviction bien fondée que l'Alsace-Lorraine reconnait entièrement les stipulations du traité de Francfort, le pays ne peut espérer être mis sur le même pied que les autres Etats Allemands.»

Dans un récent numéro de la Gazette de Moscou, journal du Panslaviste Katkoff que l'Empereur protège, l'entente de l'Autriche avec l'Allemagne, et la politique du Prince de Bismarck ont été l'objet d'attaques très vives.

L'article a été transmis par le télégraphe à Vienne, où il a fait sensation. L'agence Wolf n'a pas été autorisée à le publier à Berlin, où il a été connu par les journaux.

Cette attaque de la gazette de Moscou pouvait faire croire que les amicales relations de St. Pétersbourg avec Berlin s'étaient refroidies.

Dans l'un de ses entretiens du 5 et du 6 de ce mois, dont j'ai déjà fait mention le chancelier a dit que l'Allemagne est toujours dans les meilleurs termes avec la Russie.

Le Czar venait d'écrire une lettre très affectueuse à l'Empereur Guillaume, en le félicitant du succès de ses efforts pour conserver la paix.

Il lui donnait l'assurance qu'il ne cesserait pas de seconder cette politique pacifique.

Le rejet de la loi militaire par le Reichstag, la dissolution de cette assemblée, l'agitation dont elle a été suivie, et les pré-

occupations de la politique extérieure ont été une succession d'épreuves pour la santé de l'Empereur Guillaume. — Elle s'est affaiblie. — Sa Majesté a dû s'épargner les fatigues du Bal de Cour du 4 février: Elle n'est pas rendue, le 7 de ce mois au bal de l'Ambassade d'Italie, et ce soir elle n'est pas venue au second Bal du Schloss.

Les ménagements permettent à l'Empereur de vaquer chaque jour à ses travaux et de faire une promenade en voiture.

19.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 18 février 1887.

La situation politique ne s'est pas sensiblement modifiée au point de vue russe depuis ma dernière communication.

De l'avis unanime du public russe, si les élections parlementaires de l'Allemagne sont favorables au Prince de Bismarck, l'éventualité d'une guerre franco-allemande n'aura pas disparue pour cela de l'horizon, mais si le Chancelier au contraire éprouve un échec, elle deviendra certaine. Du reste, le public croit ici tellement à la proximité de cette guerre, qu'on s'y préoccupe très sérieusement de l'attitude que la Russie devra observer si elle éclata. Or, les dispositions qui dominent dans le public ne sont rien moins que favorables à l'Allemagne et jamais la rancune du traité de Berlin ne s'est autant fait sentir qu'aujourd'hui.

Le *Nouveau temps* a si justement traduit le sentiment public dans son récent article à sensation sur les affaires franco-allemandes, que la teneur de cet article est devenue comme un mot d'ordre pour les autres journaux russes et leurs lecteurs. Surveiller attentivement les évènements qui se préparent sur le Rhin, ne s'en laisser distraire par quoi que ce soit et ne s'embarquer dans aucune aventure politique qui pourrait priver la Russie de sa liberté d'action quand viendra l'heure du conflit franco-allemand, — tel est le programme que s'est tracé l'opinion publique russe et qui paraît rencontrer un accueil

approbateur jusque dans les plus hautes sphères de la société. Les idées sont poussées à tel point dans cette direction qu'on juge devoir au besoin, ajourner même le règlement de la question bulgare et plutôt laisser celle-ci dans le *statu quo* que de s'engager à ce propos dans des complications avec l'Autriche-Hongrie et l'Angleterre. Il sera toujours temps, se dit-on, de revenir à la question bulgare, qui ne saurait être réglée d'une manière *définitive* sans le concours de la Russie, tandis qu'il importe avant tout pour celle-ci de ne pas se trouver prise au dépourvu par des évènements venant à se produire en Occident.

En somme, le public russe semble assez désireux de voir éclater la guerre franco-allemande et les journaux d'ici jettent, sans en avoir trop l'air, de l'huile sur le feu. Je crois cependant que le public obéit à des sentiments instinctifs plutôt qu'à des considérations raisonnées et qu'en définitive personne en Russie n'a une idée bien arrêtée du parti que l'on pourrait tirer des évènements. La seule chose qui se dessine bien nettement, c'est une antipathie pour l'Allemagne, un souvenir rancunier de 1878 et la compréhension de ce qu'on s'exposerait à un grave danger en permettant à l'Allemagne d'écraser de nouveau la France.

Telles sont, en résumé, les principales impressions du public russe en ce moment des aspirations, encore vagues, à une nouvelle politique et des hésitations sur la direction à lui imprimer, mais le ferme désir que cette direction ne soit pas favorable à l'Allemagne.

20.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 21 février 1887.

La situation de la question bulgare ne s'est pas modifiée dans ces derniers temps. Les pourparlers de la Porte avec M. Zankoff et les délégués bulgares n'ont produit aucun résultat appréciable. La Russie attend avant de s'engager plus sérieusement en Orient la tournure que vont prendre les événements

en Occident. L'on avait généralement cru qu'en lui laissant la main libre en Bulgarie et dans la Péninsule des Balkans l'Allemagne avait reçu en échange l'assurance qu'elle pouvait compter sur la passivité du Cabinet de St. Pétersbourg dans le cas d'une guerre franco-allemande. On commence à en douter, du moins en ce sens que, si le Czar ne chercherait pas à empêcher positivement le conflit, l'on croit qu'il serait décidé à le circonscrire dans d'étroites limites afin d'empêcher l'écrasement de la France qui menacerait aussi sa propre puissance et sa politique orientale.

Une correspondance de St. Pétersbourg adressée à la correspondance politique et reproduite par toute la presse, les articles du «Nord» de Bruxelles ainsi que le peu d'empressement que l'on témoigne sur les bords de la Neva à résoudre la question bulgare, comme aussi la conversation chiffrée que j'ai eu l'honneur de vous télégraphier, le 19 courant, montrent qu'en effet l'attention de la Russie est surtout dirigée en ce moment vers l'Occident et que, s'il y a des arrangements entre M. de Giers et le Prince de Bismarck, ces arrangements n'ont pas la portée qu'on avait cru devoir leur attribuer d'abord, et ne seraient point de nature à accorder à l'Allemagne cette entière liberté d'action sans laquelle on hésiterait peut-être à Berlin à se laisser entraîner par le parti militaire dans une guerre inévitable à ses yeux et qui pourrait, croit-il, se faire dans des conditions favorables qui ne se reproduiraient plus à l'avenir.

21.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 18 mars 1887.

Le séjour de M. de Lesseps à Berlin peut certainement avoir de bons résultats, mais il ne faut pas en exagérer l'importance.

Les relations que divers journaux ont publiées de ce voyage, et les révélations qu'ils attribuent à M. de Lesseps lui-même font croire que ce personnage est venu empêcher la guerre d'éclater

entre l'Allemagne et la France en trouvant la solution finale des différends qui ne cessaient pas de les exposer à s'attaquer.

En réalité la situation de la France vis-à-vis de l'Allemagne, et de l'Allemagne vis-à-vis de la France n'a pas changé.

La perte de l'Alsace et de la Lorraine est une cause permanente de danger pour les rapports pacifiques entre les deux Etats. Le chancelier l'a déclaré hautement dans le Reichstag. Il faudra peut-être un siècle pour que la France se résigne à sa mutilation, et pour que l'Allemagne s'assimile ses nouvelles provinces.

Cette agitation de la France excite les partis et donne accès à des influences étrangères.

L'Allemagne s'en est inquiétée tout récemment à l'occasion de la discussion du budget septennal de l'armée, et, pendant les élections des membres du nouveau Reichstag elle a donné à ses griefs contre la France un caractère dont toute l'Europe s'est alarmée.

Par un concours de circonstances qui ne sont pas encore bien connues, il est entré dans les convenances des cabinets de Berlin et de Paris, d'avoir une trève à la politique de récriminations et de menaces qui unisait aux deux Etats.

Du côté de la France, M. de Lesseps était la personne qualifiée tout spécialement pour accompter cette tâche. Etranger à tous les partis, il avait une notoriété qui l'autorisait à parler au nom de la France, sans mission spéciale de son Gouvernement. Pour être écouté à Berlin il lui suffisait des pleins pouvoirs dont il est investi par les grands intérêts de civilisation qui se rattachent à ses vastes entreprises et dont la paix est une condition de succès.

L'Empereur et le chancelier n'ont jamais mis en doute les dispositions pacifiques de M. Grévy et de son Gouvernement, dispositions dont M. de Lesseps est venu se porter garant. C'est du parti de la revanche qu'on se défie à Berlin. Si le Chauvinisme vient à démentir M. de Lesseps, sa visite à Berlin aura empiré la situation.

Je dois à une information très sûre la première confidence que M. de Lesseps a faite ici du résultat de ses démarches: «Je ne

serais pas venu à Berlin,» a-t-il dit, «moi, homme pacifique, si je n'avais pas été certain d'y trouver les mêmes dispositions. — J'ai dit à l'Empereur et au Prince de Bismarck: il y a eu un malentendu entre nous. On nous a attribué la pensée de rechercher des alliances; c'est faux. Nous voulons la paix. M. Grévy a encore sept années de présidence. C'est son septennal à lui. Il ne laissera pas dévier le gouvernement de la direction suivie jusqu'à présent.»

«L'Empereur et le Chancelier ont parfaitement reçu ces assurances. Ils m'ont dit que l'Allemagne ne voulait pas la guerre. Puisque la France ne la voulait pas non plus, une longue paix s'assurait entre elles.«

«J'ai encore démontré que l'alliance avec la Russie ne convenait pas aux intérêts de la France. J'avais mon armée d'ouvriers à Panama. Pendant leurs travaux les armées de la France resteront en repos.»

Les affaires d'Egypte ont toujours passé pour être la partie la plus importante de la tâche de M. Herbette à Berlin. Il était donc à croire que M. de Lesseps s'en occuperait dans ses entretiens avec le chancelier.

Je sais qu'il en a fait la tentative. Il m'a été confié qu'elle n'a pas réussi. Chaque fois que M. de Lesseps a touché à la question de l'occupation, le chancelier a éludé la réponse et il a rompu la conversation sur ce sujet. Il avait été très empressé d'échanger avec M. de Lesseps des assurances pacifiques, et des appréciations de politique générale. Quant à la discussion d'affaires spéciales, telles que l'occupation de l'Egypte, c'était, a dit le chancelier à l'un de ses confidents, avec l'Ambassadeur de France qu'il avait à les traiter, et non avec M. de Lesseps qui, après tout, venait sans mission du Gouvernement Français. Les affaires Egyptiennes se lient, pour la France à ses rapports avec l'Italie.

Dans ses épanchements intimes M. Herbette se plaint du Quirinal qu'il accuse de dispositions malveillantes et tracassières envers la France. Il lui fait un grief d'appuyer à Constantinople les négociations de Sir Henry Drummond Wolf.

Il est propable que le renouvellement du traité d'alliance

entre l'Italie et l'Allemagne aggrave les torts dont l'ambassadeur fait le reproche au Cabinet Italien.

Je ne puis pas encore affirmer la conclusion de ce traité. L'octroi de l'Aigle Noir au Comte de Robilant annoncé par le journal de l'Empire du 16 mars autorise à croire qu'il a été signé.

Il est vrai que le même journal du 17 mars semble vouloir prévenir cette induction à l'égard du traité en disant que le Comte de Robilant doit recevoir l'Aigle Noir le 22 mars, à l'occasion de l'anniversaire de la naissance de l'Empereur, et que la mention du journal du 16 mars est prématurée.

Il vient de m'être confié que M. de Keuddel, ambassadeur d'Allemagne au Quirinal s'est blessé de n'avoir pas été chargé de négocier le renouvellement de l'alliance. Ce serait la cause de sa demande de démission annoncée depuis trois jours. On parle aussi d'outrages que la populace de Rome a faits à l'Ambassadeur à sa sortie du palais du Roi.

Le nouveau traité dont les clauses ne seront sans doute pas publiées, excitera des soupçons qui alimenteront une polémique de rancune et de menaces dans la presse Allemande, Française et Italienne.

Les assurances de M. de Lesseps n'ont pas étouffé la disposition des journaux à fomenter les rancunes internationales. Elle se manifeste dans un article de la «National-Zeitung» du 17 mars dont voici la traduction.

«Cette partie de la presse parisienne qui excite systématiquement l'animosité contre l'Allemagne, n'a pas manqué d'expliquer avec perfidie l'accueil si chaleureux que M. de Lesseps a reçu à Berlin. Son but était d'affaiblir la bonne impression que cette visite a dû faire, et d'empêcher le rapprochement, pourtant si désirable pour les deux pays, qui pourrait en être la conséquence.

Cette attitude n'aurait rien d'étonnant et il ne vaudrait pas même la peine de s'y arrêter, s'il n'était pas à remarquer que les exaltés de Paris sont soutenus dans cette circonstance par leurs dignes collègues de Pétersbourg et de Moscou.»

Au moment où le départ de M. de Lesseps pour Berlin fut connu, le Figaro publia une «correspondance» émanant d'un

haut personnage Russe». L'on dévoilait les noirs projets de l'Allemagne contre la France, et l'on mettait les Français en garde contre les semblants d'amabilité qui, venant de l'Allemagne devaient être considérés comme les avant-coureurs de la guerre.

Plusieurs de journaux n'ont pas manqué de rappeler cette correspondance en publiant les détails de l'accueil si aimable que M. de Lesseps a reçu dans la capitale de l'Empire.

Il est certain que dans les sphères gouvernementales Françaises, on ne s'est expliqué cet accueil si chaleureux qu'en supposant que l'Allemagne avait pour but d'enlever à la Russie l'alliance de la France.

On a reproché doucement à M. de Lesseps de s'être prêté à cette manœuvre, et M. Herbette a été pris vivement à partie comme organisateur du voyage. En même temps les journaux exprimaient l'espoir que le Czar ne retirerait pas son appui à la France à cause de cet incident.

Mais, ce qui est le couronnement de tout ceci, c'est la nouvelle publiée par l'agence havas dans une dépêche datée de Moscou, et rédigée comme suit:

«Nous apprenons de bonne source que le Prince de Bismarck, cherche à séparer la France de la Russie afin de réduire les deux Puissances à l'isolement. Dans ce but, le chancelier aurait adopté le plan suivant: pendant que l'on soumettrait à Berlin à M. de Lesseps des projets plus ou moins séduisants l'Autriche se chargerait, sur un signe de l'Allemagne de sonder le terrain à Pétersbourg afin d'arriver à une délimitation des sphères d'action Russes et Autrichiennes dans la presqu'île des Balkans. — La Bulgarie rentrerait dans la sphère Russe et la Serbie dans celle de l'Autriche.

On est persuadé que la Russie ne se prêtera pas à cette combinaison.

L'on est d'avis que la France fera bien de montrer également la plus grande réserve si on lui donnait des espérances à Berlin — ainsi qu'on l'assure — au sujet d'un remaniement de la carte de l'Europe Centrale.»

Dans un entretien que j'ai eu le 19 de ce mois avec le Comte de Bismarck, je me suis inspiré de votre dépêche du 12 mars,

Berlin, 18. 3. 1887.

Nr. 77, d'ordre A, 3414 pour lui rappeler comment le Gouvernement du Roi comprend les obligations et les droits inhérents à la neutralité de la Belgique. Le Comte de Bismarck a reconnu que c'était parfaitement correct.

Mon rapport du 4 mars Nr. 183/126 vous a mandé «que le Prince de Bismarck voyait avec satisfaction les mesures prises par le Gouvernement Belge pour renforcer son état militaire et le projet de fortifier les passages de la Meuse.»

Il vient de m'être affirmé que tout récemment le Prince a exprimé de nouveau cette approbation des moyens par lesquels la Belgique entend assurer le respect de sa neutralité.

22.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 28 mars 1887.

La Gazette de Moscou vient d'attaquer avec une violence sans précédent en Russie la politique germanophile du Ministre des Affaires Etrangères et de blâmer hautement la publication du récent communiqué relatif à la conduite des consuls d'Allemagne en Bulgarie. Non seulement M. Katkow critique ce document comme compromettant la dignité nationale, mais il déclare encore qu'il était contraire à la politique personnelle du Czar, qu'il y avait divergence entre cette politique, ayant souci des intérêts russes, et celle du Ministre des Affaires Etrangères, qui sert les intérêts allemands. Or, comme l'organe de M. Katkow passe pour refléter la pensée intime de l'Empereur et du tout puissant Comte Tolstoi, Ministre de l'Intérieur, l'opinion publique est dans une extrême perplexité en l'entendant contredire ouvertement le *Messager Officiel*; elle est en partie déroutée dans ses suppositions sur la conduite politique du Gouvernement russe et ne sait plus à quoi conclure. Va-t-il abonder dans le sens germanophile ou francophile? Renouvellera-t-il ou non la triple alliance qui est sur le point d'expirer? Se propose-t-il d'agir prochainement sur le terrain international ou veut-il conserver longtemps encore son impassibilité

actuelle? Ce sont là autant de questions qu'il restera impossible de résoudre tant qu'on ne saura pas lequel doit l'emporter des deux courants représentés par M. M. de Giers et Katkow. Cette perplexité s'augmente encore du fait que le comte Tolstoi se trouve actuellement à Moscou qu'il y voit M. Katkow, homme de son bord, et que la *Gazette de Moscou* vient de publier, après son grand article demeuré sans démenti, un second article réitérant les mêmes conclusions et conçu dans des termes très favorables à la France, très hostiles à l'Allemagne, article qui persiste à déclarer la politique du Czar différente de celle de sa diplomatie. On prétend que le Comte Tolstoi s'efforcerait de concilier les deux courants, mais on ajoute qu'il soutient peut-être plus ou moins directement l'éminent publiciste moscovite. On parle aussi beaucoup à St. Pétersbourg d'un communiqué que M. de Giers aurait obtenu la promesse de voir publier dans le *Messager Officiel* pour condamner le langage de M. Katkow, mais les partisans de celui-ci emploient tout leur crédit à conjurer l'apparition de ce désaveu. Peut-être se bornera-t-on par conséquent, à un avertissement personnel et secret. On ne saurait se dissimuler d'ailleurs qu'il serait assez risqué, au point de vue politique d'infliger un blâme public à M. Katkow après la campagne qu'il vient de faire en faveur de la France contre l'Allemagne, car, en donnant satisfaction à cette dernière, on s'expose à mécontenter sérieusement la première et cela sans être bien sûr de produire l'effet pacifiant voulu, grâce au souvenir encore présent dans tous les esprits de l'approbation que M. Katkow a constamment rencontrée en haut lieu et qui s'est tour à tour traduite par une grande tolérance à l'égard des sorties de la Gazette de Moscou, par des réceptions particulièrement flatteuses à Gatchina et récemment encore par l'octroi de l'ordre supérieur de St. Wladimir, que M. Katkow a reçu à titre de publiciste. Tous les journaux russes, sans distinction de partis soutiennent cette fois M. Katkow dans l'intention bien évidente d'empêcher le renouvellement de l'alliance des trois Empires qui est sur le point d'expirer.

Berlin, 1. 4. 1887.

23.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 1er avril 1887.

Depuis deux jours l'Empereur est convalescent d'une assez forte attaque de l'affection néphrétique dont il souffre périodiquement. Un rhume, l'inflammation d'un œil et les fatigues de la célébration de l'anniversaire du 22 mars aggravaient l'état de santé de Sa Majesté. Hier déjà, l'Empereur a pu travailler avec le chef de son Cabinet militaire. Il a reçu divers rapports et il y a eu un dîner de 24 Couverts au Palais.

Une conférence du Grand-Duc Wladimir de Russie avec le Prince de Bismarck est probablement le fait le plus important de ce qui s'est passé à Berlin pendant la réunion des Notes reçues par l'Empereur à l'occasion du 90e anniversaire de sa naissance.

Cette conférence a duré plusieurs heures. Il m'a été confié que le Grand-Duc a donné au chancelier l'assurance que la politique du Czar est toute pacifique et qu'elle restera dans cette voie. La cordialité des relations entre les deux Cours ne doit pas être atteinte par les attaques que certains journaux russes dirigent contre l'Allemagne.

L'influence de M. Katkoff sur le Czar est enveloppée de mystère. Il semble probable que l'Empereur Alexandre, encore jeune Grand-Duc, et avant d'être l'héritier présomptif de la Couronne, s'est lié très étroitement avec M. Katkoff, le panslaviste et l'ennemi déclaré de l'Allemagne. Dans cette intimité il a pu être pris des engagements d'une nature telle qu'il serait dangereux d'en provoquer la révélation en rompant ouvertement avec le Confident qui en est le dépositaire.

Quelle que soit la valeur de cette explication de l'ascendant de M. Katkoff sur le Czar et de son arrogance vis-à-vis du parti Allemand de l'Allemagne, il est certain qu'il se trouve engagé contre M. de Giers dans une lettre qui touche à sa cride.

Le Comte Schouwaloff, ambassadeur de Russie, est parti hier soir de Berlin pour St. Pétersbourg. — Il possède la confiance de son Souverain. Il est dévoué à l'alliance de la Russie avec

l'Allemagne. Son voyage paraît motivé par la nécessité de mettre cette alliance à l'abri des veinérités(?) du parti dont M. Katkoff est le chef.

Des dépêches de Bulgarie annoncent depuis quelques jours le projet de ramener le Prince de Battenberg à Sofia. Peu d'attention était donnée à cette idée de restauration. — Il m'a été assuré que la Reine d'Angleterre ne l'a pas abandonnée et qu'à Berlin, la Princesse Impériale a profité de la présence de l'archiduc Rodolphe pour intéresser le Cabinet de Vienne au rappel du Prince.

Il ne restera bientôt plus que le souvenir des bonnes impressions faites à Berlin par les assurances pacifiques de M. de Lesseps.

L'administration de l'Alsace-Lorraine rencontre des obstacles dont le Chauvinisme français est responsable. Les récentes élections des députés au Reichstag ont engagé la presse de Paris dans le conflit des autorités allemandes en Alsace et en Lorraine avec le corps électoral. — Ces provinces vont être soumises à un plus rigoureux système d'assimilation germanique. Les mesures de ce régime ne manqueront pas de provoquer à Paris une recrudescence des attaques de la presse de la Revanche.

C'est dans ces circonstances que le journal «la France» a publié vu l'anniversaire de la naissance de l'Empereur Guillaume un article dont la «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» a fait la mention qui suit:

«On peut juger par l'extrait suivant d'un article de «La France» de l'esprit qui règne dans les cercles français soi-disant «patriotiques»:

«Nous n'oublierons jamais que c'est à nos dépens que l'Allemagne s'est élevée à sa puissance actuelle.

Nous songeons à la catastrophe de 1871, aux menaces perpétuelles que l'Allemagne adresse à la France, aux persécutions honteuses dont nos Compatriotes Alsaciens-Lorrains sont l'objet.

C'est ce qui nous inspire les sentiments sous l'empire desquels nous assistons comme spectateurs à la représentation que l'Allemagne donne au monde à l'occasion du 90e jour de nais-

sance de son Empereur. — Pour nous, le nom de l'Empereur Guillaume est synonyme de sang, de vol et de meurtre; il ne nous rappelle d'autres souvenirs que la défaite de notre parti, l'immolation de nos soldats, le vol brutal de 2 de nos provinces.» — «Ces souvenirs suffisent pour remplir notre cœur; nous n'infligerons donc pas à nos lecteurs les descriptions des festivités par lesquelles l'Allemagne a célébré le 22 mars 1887.«

«En signalant ces insolences du journal français, nous n'avons point l'intention de les critiquer, mais seulement de les ajouter aux documents nombreux qui porteront un jour témoignage du calme et de la patience avec lesquels l'Allemagne a supporté de longues années de la part de la France, les outrages et les provocations les plus éhontés.»

Le 28 mars, je le sais confidentiellement de très bonne part, le Prince de Bismarck a exprimé la répulsion que lui causaient de telles indignités publiées contre l'Empereur. «C'était intolérable», a-t-il dit; «il avait fallu y répondre pour empêcher qu'en France on ne crut intimider l'Allemagne avec de semblables insolences.»

De son côté, M. Herbette s'est plaint à des confidents Allemands de la qualité de l'admonestation du journal officieux. Il juge qu'au lieu de cette publicité il eut même valu s'adresser à lui. Mais il lui a été répondu qu'il reconnaissait lui-même l'impuissance de son gouvernement à empêcher de telles attaques. C'était donc ailleurs qu'avait dû aller l'avertissement de la réponse.

Des journaux étrangers, entre autres «L'Etoile» de Bruxelles et «La Meuse» de Liége ont emprunté au «Berliner Tageblatt» des paroles que le chancelier devait avoir prononcées à son dîner diplomatique du 22 mars, en répondant au Comte de Launay, ambassadeur d'Italie. Le Chancelier aurait dit: «La paix est complètement assurée.»

«L'Allemagne poursuit une politique absolument pacifique. L'année 1887 sera une année de paix; il n'y a aucune cause d'inquiétude, ni à l'Est, ni à l'Ouest.»

Le «Tageblatt» a été mal informé.

Comme le constate mon rapport du 25 mars N°s. 257/179, en buvant à la santé des Chefs d'Etats, le Chancelier leur a sou-

haité la longévité de l'Empereur Guillaume, et il n'a fait aucune allusion à la politique.

En ce moment, la meilleure garantie de la durée de la paix se trouve dans le renouvellement de l'alliance entre l'Allemagne, l'Italie et l'Autriche.

L'octroi de L'Aigle Noir au Comte de Robilant a été une première révélation de la conclusion de ce traité, destiné comme son prédécesseur à rester secret. Le Duc d'Aoste semble avoir voulu en confirmer l'existence. . . .

En retournant en Italie, S. A. R. s'est rendue de Berlin à Cassel pour dîner dans cette garnison avec les officiers du régiment de Hussards dont l'Empereur l'a nommé Commandant. Le Prince, en répondant à la santé que lui avait portée le Colonel a bu à l'Empereur Guillaume, *l'ami et l'allié* de l'Italie.

Le Gouvernement Italien avait demandé que le renouvellement du traité fût négocié à Berlin. C'était sans doute un désir du Chancelier et du Comte de Bismarck. Il en résulta quelque froideur dans les rapports de M. de Keudell, ambassadeur d'Allemagne, au Quirinal, et le Département Impérial des Affaires Etrangères.

Pendant les dernières élections, M. de Keudell fit une apparition à Berlin. Il avait pu s'assurer que le Cte de Bismarck avait à son égard des dispositions d'indifférence très marquées. Il crut que sa position à Rome se raffermirait par une demande de démission qui ne serait pas acceptée.

Il s'est trompé et ses amis regrettent la précipitation de sa démarche. Suivant le désir qu'il en a exprimé, il pourra rester à son ambassade jusqu'au mois de mai son successeur n'est pas encore désigné.

En même temps qu'il traitait avec le Quirinal, le Chancelier travaillait à conclure une pacification religieuse avec le vatican.

MG^r^ Galimberti, envoyé à Berlin par le St. Père pour l'anniversaire du 22 mars, fut comblé d'attentions à la Cour Impériale.

Le Chancelier, MG^r^ Galimberti et MG^r^ Kopp ont conféré pour arriver à une entente sur les amendements . . . . .[1]) subir au

[1]) Unleserlich.

projet de loi ecclésiastique soumis alors à la Chambre des Seigneurs.

Quoique les votes de cette Chambre n'aient pas réalisé tous les désirs des Catholiques, les deux prélats ont jugé qu'il fallait recevoir les Concessions du Gouvernement et de la Chambre comme préliminaires d'une pacification complète.

MG[r] Galimberti a dit qu'il retournait à Rome avec cette confiance.

Le projet de loi voté dans la Chambre des Seigneurs a été transmis à la Chambre des Députés. C'est après les résultats de la discussion de cette Chambre que la loi pourra être jugé en même temps que la position faite au Centre et à M. Windthorst, son chef, par la liberté d'action qu'ils se sont réservée vis-à-vis du . . . . .[1])

Lord Roseberry, de retour des Indes, est arrivé de Vienne à Berlin. Il a été reçu en ami par le Comte de Bismarck et chez le Chancelier. Il est déjà parti pour Londres.

24.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 24 avril 1887.

J'ai l'honneur de vous faire part des appréciations que j'ai entendu énoncer, sur les conséquences auxquelles pourrait donner lieu l'arrestation du commissaire de police Schnaebele par les agents de l'Autorité allemande.

«Cette difficulté ne tardera pas à être aplanie, mais l'émotion qu'elle a produite, montre combien les relations entre la France et l'Allemagne laissent encore à désirer. Tant que le Général Boulanger sera au pouvoir ou plutôt, tant que le public français ne renoncera pas à faire parade de sentiments dont le Général est, en quelque sorte, l'expression, des bruits de rupture entre les deux pays éclateront au moindre incident. Les Français n'ont aucune intention sérieuse d'attaquer, et cela par suite

[1]) Unleserlich.

de leur conviction intime que, s'ils attaquaient, ils seraient vaincus, et qu'une nouvelle défaite serait bien plus désastreuse que la catastrophe de 1870. D'un autre côté un amour-propre fort naturel leur commande de chercher à se persuader et surtout de faire croire aux autres qu'ils sont prêts à la lutte et sûrs de la victoire. Si le Général Boulanger est l'idole du jour, c'est qu'il encourage cette tendance dont s'accomode si bien la vanité nationale. Ce jeu pourrait à la longue devenir dangereux, n'était la ferme volonté du peuple français d'éviter la guerre à tout prix, s'il était sérieusement mis en demeure de se prononcer.»

25.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 13 mai 1887.

Je crois savoir que le gouvernement russe, quoique regrettant l'incident soulevé par la polémique de la *Norddeutsche Zeitung* avec les organes officieux Austro-hongrois au sujet de la prétendue entente Austro-russe concernant la Bosnie et l'Herzégovine, est résolu à laisser les partis se quereller entre elles sans intervenir dans le débat.

Les rapports avec l'Allemagne, un moment assez tendus, se sont améliorés dans ces derniers temps aussi bien par suite de l'attitude observée par le cabinet de Berlin vis-à-vis de la Russie que par la conviction réciproque qu'une bonne intelligence entre les deux pays est le meilleur moyen de garantir la paix européenne. Ces bonnes relations n'empêcheront toutefois pas le Gouvernement russe de persister dans sa résolution de ne plus renouveler l'alliance avec l'Allemagne et l'Autriche, ainsi que de s'opposer, le cas échéant, à tout écrasement de la France, considérant cette puissance comme un contrepoids indispensable en Europe.

Les journaux russes avaient trouvé que les déclarations pacifiques du premier discours de M. Goblet étaient poussées à l'extrême et manquaient de dignité, mais ils se sont montrés

satisfaits de l'entendre dire ensuite dans son second discours du Havre que les sentiments pacifiques de la France n'ont nullement pour cause la conscience d'une faiblesse militaire de ce pays. Les feuilles russes félicitent d'ailleurs la France de sa prudente politique, qui seule peut lui garantir, disent-elles, la continuation des sympathies de l'Europe.

26.

Baron Beyens, belgischer Gesandter in Paris.

Paris, le 21 mai 1887.

Il peut n'être pas sans intérêt, ne fût-ce qu'à titre de curiosité d'appeler votre attention sur la publication dans Le Figaro de dépêches échangées, en 1875, entre le Duc Decaze et le Général Le Flo.

Il est inutile d'insister sur l'inconvenance de ces révélations: voilà un ancien Ambassadeur qui se permet de divulguer «des pièces que l'Etat» comme le fait maladroitement remarquer le Journal, «a le droit de réclamer, après sa mort et de garder secrètes» — et le journal, qui ne cesse de prêcher une extrême circonspection choisit le moment actuel pour une publication de nature à encourager précisément les imprudents, en accentuant les dispositions amicales de la Russie, déjà trop exploitées et contre lesquelles lui-même a souvent mis en garde ses lecteurs: mais il faut, à tout prix, servir de nouveau à la clientèle et rendre le plus de numéros possible — c'est invariablement le premier mobile de la presse: peu importe que les documents puissent amener des polémiques fâcheuses, et en tout cas montrer à Pétersbourg l'inconvénient de la manifestation de sympathies pour la France.

Quant aux négociations en elles-mêmes, leur importance et leur résultat semblent assez exagérés — le Duc Decaze, le Prince Gortschakow et le Général Le Flo se font valoir à qui mieux dans les correspondances; et, aujourd'hui encore l'ancien Ambassadeur consacre son propre éloge en terminant puérilement ses confidences par la lettre d'envoi de l'Ordre

de St. André: en ce qui concerne le Ministre des Affaires Etrangères de France, il a rempli un devoir en invoquant l'appui de la Russie, mais il ne lui serait jamais venu à l'idée d'initier le public à des pourparlers qui, en fin, constituent, légitimement au fond, mais trop explicitement dans la forme, une «demande de secours»: il s'est borné à laisser entrevoir les choses et à s'en assurer, en termes généraux, le mérite dans le monde politique. Je crois pouvoir ajouter qu'en réalité le Duc Decaze ne s'est pas exagéré la portée des démarches de la Russie et qu'il a attribué à la seule volonté de l'Empereur de l'Allemagne le maintien de la paix — l'Angleterre et la Russie ont assurément exercé une action morale contre les velléités — réelles ou présumées — du Prince de Bismarck: mais le Duc Decaze a toujours, à part lui, paru croire que les résolutions pacifiques du Souverain n'avaient pas besoin d'être stimulées: ce qui, plus que toute intervention a été de nature à faire impression, c'est l'attitude du Ministre des Affaires Etrangères déclarant, dans ses entretiens avec les diplomates, que, devant une agression brutale, la France renoncerait à une lutte matériellement impossible, que l'armée se retirerait sur la Loire et qu'on laisserait l'Europe juge d'une monstrueuse atteinte au droit des gens.

Si le Grand Chancelier a réellement formé, en 1875 le projet d'une agression contre la France, il a dû regretter plus d'une fois, et il doit surtout regretter aujourd'hui, de n'avoir pas le réalisé. Aucune Puissance n'était, sinon désireuse, du moins prête à s'y opposer par la force; et pour la Russie en particulier, on peut remarquer une extrême réserve au fond des sympathies qu'elle exprimait. Quant au procédé, sa brutalité eût été colorée par la déclaration qu'il ne s'agissait pas d'une guerre, mais de sûretés à prendre contre la revanche, ainsi que le constate le Général Le Flo: assurément, la réprobation eût été unanime et l'hostilité se fût accrue de plus d'un côté, mais il ne semble pas que cette pensée puisse contrebalancer chez le Prince de Bismarck le relèvement de la France et la gravité de la situation générale actuelle.

27.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 25 mai 1887.

J'ai l'honneur de vous accuser réception de votre dépêche du 21 de ce mois D^tion A. No. 2470 d'ordre 591[1]).

Si comme vous le faites observer l'appréciation des discours de M. Goblet n'a plus d'intérêt, il n'en est pas de même de l'information d'une attitude décidée de la Russie qui montrerait la résolution de s'opposer à l'écrasement de la France: Non pas que cette politique ne doit naturellement indiquer au fond, mais, parce que jusqu'ici on n'a guère pu en constater une expression assez nette — vous signalez d'ailleurs, que la presse russe n'en continue pas moins à recommander la prudence: et c'est de quoi il semble que par moment on tende à se départir ici.

Je dois dire qu'à l'Ambassade de Russie rien n'a jamais justifié une suffisante confiance dans une entente: non seulement la resérve était extrême: mais le langage de l'Ambassadeur était même emprunt de peu de sympathie: dès son arrivée il a affecté, en toute occasion, de rapporter au Cabinet de Paris l'antagonisme des principes, la répulsion du Czar pour toutes les faiblesses envers les révolutionnaires et ses griefs résultant de tant d'incidents depuis l'insulte de M. Floquet jusqu'au rappel du Général Appert en passant par l'attentat de Bérésovski et la grâce de Kapotkin — il insistait toujours sur la difficulté d'un accord sérieux entre le Czar et une république trop avancée — cette attitude était si marquée qu'à la grande réception de l'Ambassade c'est à peine si l'on voyait quelques rares hommes politiques français: le Faubourg St. Germain y tenait toute la place: deux détails sont d'ailleurs caractéristiques: l'Ambassadeur n'a connu le Général Boulanger qu'il

[1]) In diesem als vertraulich bezeichneten Schreiben hatte der belgische Minister den Baron Beyens von dem Inhalt des Berichtes aus Petersburg vom 13. Mai 1887 (Anl. 25, S. 191) in Kenntnis gesetzt und hinzugefügt: «Je n'ai pas cru devoir vous laisser ignorer les appréciations bien qu'elles aient perdu de leur intérêt depuis la chute du Ministère français.»

y a trois mois environ par hasard, sans présentation officielle, et à point nommé pour qu'il pût être convié au dîner diplomatique du Ministère de la Guerre; d'autre part le Baron de Mohrenheim n'a pu invité chez lui à la fin de mars, le Directeur politique des Affaires Etrangères, parce qu'il ne s'était jamais fait présenter; et il est probable qu'il ne le connaît pas encore à l'heure qu'il est il s'en plaignait vivement.

Sans doute ce sont là des faits secondaires: mais leur ensemble implique de part et d'autre l'absence d'un étroit rapprochement: il n'est pas besoin d'ajouter que, dans ces temps, pendant le passage aux affaires de M. Flourens il n'a pu être question de rien sérieusement: sa prudence excessive, sa passivité en sont garantes; il aurait redouté la moindre démarche de nature à effaroucher l'Allemagne fort problématiquement d'un succès à Pétersbourg.

C'est là pourtant qu'est le nœud de la situation générale; et l'on comprend l'importance que l'on attache au point de vue à l'avènement d'un Cabinet Floquet: si sa formation déjà douteuse — se réalisait, elle serait assez significative: il faudrait, en effet, de sérieux motif pour que le Czar permit à son ambassade de nouer avec cette personnalité politique des rapports qui lui ont été interdits jusqu'ici: il est bien vrai que le Baron de Mohrenheim a laissé entendre à l'occasion, qu'un cabinet, dans lequel M. Floquet aurait un portefeuille autre que celui des affaires étrangères, ne serait pas une gêne: mais cette sorte de pis aller ne saurait s'appliquer au cas de M. Floquet, président du conseil avec lequel les relations seraient formées: quoi qu'il en soit, si le Président de la Chambre échoue, comme on l'annonce, dans la formation d'un ministère, on ne saura peut-être jamais bien la vérité sur un point que l'ambassadeur de Russie n'aura pas à aborder.

Cette lettre, déjà assez dépourvue d'intérêt, n'en aura plus aucun, si M. Floquet ainsi qu'on l'assure renonce à sa mission après tant d'autres depuis huit jours.

De cette mêlée confuse et de cet affolement générale il n'y a pas grand'chose à dire: sans se perdre dans les discussions de groupes et de sous-groupes dans la question des ambitions

de plusieurs, de l'irrésolution des chefs et de l'incohérence de tous, il faut, je crois, s'en tenir à ce que l'on est fondé à croire résolu dans l'esprit du Président de la république: pas d'expériences avec M. Clémenceau vaines devant la Chambre actuelle, et ne pouvant être tentées qu'en essayant d'une dissolution dont M. Grévy ne veut pas et le Sénat non plus sans doute; dissolution qui, d'ailleurs tout en condamnant M. Clémenceau, ne donnerait de majorité à aucun parti — pas de risque de froisser l'Allemagne par le maintien du Général Boulanger donc ne courir aucun avantage et vivoter à l'Elysée, avec le moins de secousses possibles — il est donc permis d'augurer un cabinet panaché et incolore genre Duclerc auquel, de guerre lasse on accorderait d'avance une certaine durée — comme on l'a fait pour le Ministre Goblet — et qui s'efforcerait de réaliser des économies et des réformes, les unes et les autres, dans une mesure modérée: on viserait — à sa chute — la possibilité d'une rentrée de M. de Freycinet qui reste toujours le favori de la Présidence.

Il faut bien reconnaître pourtant cette contradiction du Président d'avoir mis en campagne M. Floquet qui gardait le Ministre de la Guerre: mais on veut n'y voir qu'un jeu de M. Grevit qui est infiniment plus retors qu'on ne crois — si au contraire, il a eu réellement la velléité de changer de résolution sur le point capital on ne saurait sans rendre compte: vouloir le mardi un cabinet avec le Général Boulanger et chercher le mercredi à en former une sans lui, c'est chose qui défie toute explication.

Le renvoi du Ministre de la Guerre, personnalité très surfaite mais armée d'une popularité factice malsaine, pourra provoquer de fâcheux incidents de second ordre déterminer les attaques violentes des pires journaux et les cris de quelques milliers de braillards, dont on aurait aisément raison mais son maintien sera un danger du côté de l'Allemagne, une force énorme pour lui, un encouragement à la populace et la certitude d'ovations sans cesse répétées qui, en des occasions comme celles de la revue du 14 juillet, par exemple, parvinrent avoir de périlleuses conséquences pour l'Intérieur et l'Extérieur: entre ces deux alternatives, on persiste à croire que le Président n'hésitera pas.

Paris, 25. 5. 1887.

Mais ce sont toutes réflexions en l'air — ce qui sortira finalement de ce gâchis, il est impossible de le prévoir.

28.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 2 juin 1887.

M. de Giers est parti hier avec sa famille pour aller passer l'été en Finlande, à la campagne, à dix heures de chemin de fer de St. Pétersbourg. S. E. viendra tous les mardis à Péterhof, où l'Empereur établira prochainement sa résidence, et y restera jusqu'au jeudi. Le Ministre des Affaires Etrangères de Russie, quoique ne s'exprimant qu'avec circonspection au sujet de la convention Anglo-turque, donne suffisamment à entendre qu'elle ne rencontrera pas l'adhésion unanime des puissances et que la Russie n'est pas disposée à l'accepter. La presse russe ne se fait pas faute de s'en montrer également très mécontente et la *Gazette* (russe) de *St. Pétersbourg* disait hier que si la Porte n'est plus en état de repousser les exigences de l'Angleterre, il est à craindre qu'elle n'en arrive à confier un jour à cette puissance la garde même des Dardanelles et que, par conséquent, la Russie doit chercher des compensations à semblablés concessions de la Turquie. Le même journal disait encore que les victoires des Ghilzais sur les troupes Afghanes devraient inspirer au gouvernement russe la pensée d'utiliser la sympathie dont le Prince Dolgorouky paraît jouir auprès de la Cour Persane pour obtenir que celle-ci facilite le renversement de l'Emir Abdourrahman par Egoub-Khan.

Il paraît, d'après ce qu'on me dit, Prince, que le véritable motif de l'arrivée à St. Pétersbourg du Comte Paul Schouvalow commence à se dessiner. On m'assure confidentiellement qu'à la suite de communications qu'il aurait faites et de documents apportés par lui de Berlin, ordre a été donné par l'Empereur d'exclure immédiatement du service le général major Bogdanovitch et de destituer le Sénateur Labourow, ancien Ambassadeur de Russie près la cour d'Allemagne. Le général Bogdano-

vitch, qui a appris sa destitution tout à coup par la seule voie du journal, aurait été l'objet de cette mesure parce qu'on l'accuse d'avoir travaillé pendant son récent voyage à Paris à la conclusion d'une alliance franco-russe et M. Labourow se trouverait compromis pour avoir, dit-on, fourni à M. Tatistchew les documents que celui-ci a publiés dans la gazette de Moscou sur les affaires de Bosnie et d'Herzégovine. Sa destitution néanmoins n'est pas encore officielle et peut-être pourra-t-on la conjurer mais c'est très douteux.

On raconte que M. Katkow, qui est en ce moment à St. Pétersbourg, veut adresser au sujet de ces évènements un mémoire à l'Empereur et, si sa démarche échoue, publier dans la gazette de Moscou un grand article à sensation et fermer ensuite son journal.

On parle aussi de la prochaine retraite de M. Cyon, *directeur de la Nouvelle revue*, qui venait d'être admis au service du ministère des finances pour traiter, parait-il une grosse affaire à Paris.

Tout cela ne serait-il pas le prélude peut-être d'un rapprochement plus intime entre la Russie et l'Allemagne.

P. S. Le projet du ministre des Finances, que j'ai mentionné dans un précédent rapport, concernant les taxes énormes à établir sur les passeports a été rejeté par le conseil de l'Empire. Les Russes se rendant à l'étranger paieront simplement un passeport semestriel dix roubles au lieu de cinq.

29.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 6 juin 1887.

On parle beaucoup en ce moment du projet qu'aurait formé le général Boulanger de faire un prochain voyage à St. Pétersbourg.

Ce projet, s'il existe réellement, est certainement de nature à flatter les amis de la France, à réjouir les ennemis de l'Allemagne et à séduire en général tous les gens à l'affût de complications quelconques. Les uns comme les autres voudraient,

sans doute, faire à l'ex-Ministre de la guerre une réception chaleureuse, organiser un banquet en son honneur avec force discours, mais il est plusque probable que cet élan rencontrerait des entraves de la part du gouvernement.

L'élément militaire en tout cas ne prendrait aucune part à ces démonstrations éventuelles, car l'administration compétente ne manquerait pas de donner des ordres en conséquence, comme on l'a fait l'année dernière à l'égard de M. Paul Deroulède en interdisant aux officiers d'assister au banquet que lui offrait la presse russe. Les journaux aussi seraient sans doute mis en demeure de modérer leur langage et quant aux personnages officiels, ils seraient apparamment rendus prudents par la mésaventure que vient de coûter au Général Bogdanovitch sa trop bruyante campagne en faveur de l'alliance franco-russe.

J'ai causé de tout cela, Prince, avec des personnes ayant des attaches avec le gouvernement et je les ai trouvées dans l'idée que si la France n'a pas perdu les sympathies de la Russie elle a du moins ébranlé dans ces derniers temps sa confiance par de trop fréquents revirements politiques. Ne se sentant pas sûr avec elle du lendemain, on est naturellement obligé d'imposer silence aux sympathies et d'observer une prudente réserve. Bon gré, malgré, on doit conserver la plus grande courtoisie vis-à-vis de Berlin pour ne pas s'aventurer dans quelque situation risquée où la Russie pourrait se trouver inopinément isolée. D'autre part, l'Empereur Alexandre III veut sincèrement le maintien de la paix et comme tout nouveau pas de la Russie vers la France, compromettrait cette paix en alarmant et irritant l'Allemagne, le gouvernement russe s'abstient de donner une forme concrète aux tendances actuelles de rapprochement des nations russes et françaises. Des sympathies exprimées avec réserve, une concordance satisfaisante dans les vues de politique internationale sont tout ce que la Russie peut sans danger pour elle-même en faveur de la France. Aussi faut-il prévoir que si le Général Boulanger mettait à exécution son projet de voyage en Russie, il n'y rencontrerait qu'un accueil de sympathique voyageur de la part des journaux russes et de quelques

St. Pétersbourg, 6. 6. 1887.

autres de ses partisans, mais qu'il manquerait absolument son but au point de vue politique par suite des mesures qui seraient sans doute prises pour éviter que son arrivée ne se transformât en incident diplomatique.

A plus forte raison n'aurait-il guère de chance de se faire agréer ici comme Ambassadeur, si une combinaison de ce genre venait à surgir, comme l'avaient un instant supposé bien à tort ou du moins fait semblant de le supposer certains journaux parisiens.

30.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 9 juillet 1887.

La question de la ratification par la Porte de la Convention Anglo-Turque reste toujours indécise. Le Sultan hésite entrer les exigences opposées de la France et de la Russie, d'une part, de l'Angleterre, de l'Allemagne, de l'Autriche et de l'Italie, de l'autre. J'entends cependant émettre à la Chancellerie d'Etat la supposition qu'il finira par céder aux conseils de ces dernières puissances. Mais ce sont de simples suppositions individuelles.

Quoiqu'il en soit, le fait le plus important, et le plus sérieux de la convention, c'est qu'elle a fait sortir la France de son isolement et qu'elle a fait constater avec ostentation l'union politique intime Franco-russe, restée jusqu'à ces derniers temps à l'état d'aspirations réciproques, plus ou moins platoniques, et qu'elle a resserré les liens qui unissent les quatre autres Puissances dont l'action est commune aujourd'hui à Constantinople, comme elle le resterait probablement ailleurs si la paix devait être troublée en Europe.

Ce partage des Puissances en deux camps opposés, ne laisse pas que de faire naître les plus sérieuses inquiétudes pour le maintien de la paix. Les sentiments d'hostilité contre l'Allemagne en Russie, toujours grandissants, les idées de revanche plus bruyantes que jamais en France depuis que l'on y croit

avoir trouvé un allié à St. Pétersbourg, préoccupent ici comme ailleurs les cercles politiques et le monde des affaires. L'on commence à redouter que les efforts des cabinets intéressés au maintien de la paix, finissent par devenir impuissants.

31.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 22 juillet 1887.

Plusieurs journaux marquants de Berlin ont ouvert, il y a deux ou trois semaines, contre les fonds russes, une attaque qui s'est expliquée au début comme une affaire d'agiotage. La persistance et l'énergie de cette hostilité lui ont donné une portée politique. Jusqu'à présent, il est vrai, la Norddeutsche Allgemeine Zeitung ne s'est pas engagé dans cette campagne. Son abstention prouve seulement que le Chancelier se réserve le moyen de désavouer à sa convenance les autres journaux.

Il est bien certain que leurs articles n'auraient pas été publiés, ou qu'ils auraient été immédiatement censurés ou refusés s'ils n'avaient pas servi les projets du Chancelier.

La Bourse de Berlin s'est inquiétée de ces attaques. Toutes les affaires ont été troublées. La dépréciation des fonds Russes s'est élevée à 6%. — Il n'est donc pas contestable qu'un très grand préjudice a déjà été causé à l'Allemagne par l'abaissement du Cours de cette dette Russe, pendant les 19 derniers jours, et que ce discrédit est l'œuvre de journaux Allemands soumis de fait à une discipline qui leur a laissé au moins toute la liberté, s'ils n'en ont pas reçu quelque mot d'ordre.

Cependant les rapports officiels de l'Allemagne avec la Russie sont toujours très amicaux.

Les Allemands sont spécialement atteints par l'Ukase qui enlève aux étrangers le droit d'être propriétaires dans la province de la frontière occidentale, et par l'expulsion des industriels, des artisans et des employés de nationalité Allemande qui s'y trouvent établis.

Les mesures désastreuses, et l'élévation des droits d'entrée

sur d'importants et nombreux produits Allemands autorisaient sans doute des représailles de la part du Cabinet de Berlin.

Les actes dont il peut se plaindre à St. Pétersbourg comme de griefs très sérieux datent de plusieurs mois, et ils n'ont pas modifié la politique d'extrême ménagement suivie par le Chancelier dans toutes les questions où les intérêts Russes étaient engagés.

L'agression dirigée contre les fonds russes est récente et inopinée. Il doit donc y avoir d'autres explications à joindre à celle d'une représaille.

Mes investigations m'amènent à ces conjectures:

Le chancelier veut faire sentir à Pétersbourg, que le crédit de la Russie est au pouvoir de l'Allemagne. Il y fait arriver ce rude avertissement lorsque la Russie tend à sacrifier ses anciennes relations Allemandes à une entente avec la France, lorsqu'elle cherche à constater à Paris l'emprunt que lui imposent une situation financière complètement obérée, et les projets de guerre des panslavistes.

Le Chancelier ne peut pas se dissimuler qu'il est atteint à Constantinople par l'échec que l'accord de la Russie avec la France vient d'y infliger à l'Angleterre. Cet accord, en se continuant et en se consolidant peut avoir des résultats plus importants que celui du refus par le Sultan de ratifier la convention Anglo-Turque.

C'est à les prévenir que doit s'attacher la politique du Chancelier, et c'est d'abord du côté de la Russie qu'il agit.

Des opinions émises il y a peu de jours par l'Ambassadeur de France, peuvent servir à révéler quelles doivent être en ce moment les pensées du Chancelier.

M. Herbette rélève beaucoup la tête depuis qu'une entente entre les cabinets de Paris et de Pétersbourg a fait sortir la République de son isolement Européen. — Il n'a pas cherché à dissimuler la satisfaction que lui donnait le refus de ratification du Sultan.

Après la retraite du Général Boulanger et la chute des intransigeants radicaux, il ne faut plus à la France, dit-il, qu'un Ministre capable d'unir les fractions modérées du parti républicain. Alors elle se conciliera la confiance et la considération.

Par l'entente avec la Russie, il s'ouvrira pour la France une nouvelle phase dans laquelle il lui sera possible de résister à la coalition de l'Allemagne, de l'Autriche, de l'Italie et de l'Angleterre.

M. Herbette ne s'occupe ni de l'Alsace ni de la Lorraine. La France n'a pas à penser en ce moment à les reconquérir, elle se confie, pour leur sort, aux évènements et aux chances de l'avenir.

Il convient qu'il reste à la République assez d'obstacles à surmonter; mais il ne s'en présente pas de moindres en Allemagne pour l'Oeuvre du Prince de Bismarck. L'Empire touche à une ère d'épreuves. — Il constate que l'empereur s'affaiblit visiblement en avançant dans sa 91e année. Le Prince Impérial se guérit avec peine d'une affection dangereuse dont les retours sont à craindre. Le Chancelier, aussi fatigué que valétudinaire, et le maréchal de Moltke âgé de 87 ans ne seront pas remplacés.

La confiance de M. Herbette dans les destinées de la France se fonde donc sur des raisons qui doivent être autant de causes d'excitation pour le Prince de Bismarck.

Le 14 juillet, M. Herbette ne s'est pas borné comme ses prédécesseurs à faire arborer le drapeau de l'Ambassade. Il a voulu recevoir la Société Française de bienfaisance, composée d'une trentaine de ses nationaux. Il les a assurés de son dévouement aux intérêts de leur société et de chacun de ses membres individuellement. — Il leur a affirmé que la France est vouée au maintien de la paix. — Ils sont allés dîner ensuite aux frais de l'Ambassadeur qui les avait engagés à boire sa santé après avoir bu à la République.

Le Comte de Berchem qui remplace le Comte de Bismarck, parti en congé, m'a dit le 19 de ce mois que la note Turque concernant l'élection du Prince de Cobourg par les Bulgares n'avait pas encore été remise à Berlin. Il ne croyait même plus la recevoir, puisque le Gouvernement Allemand avait déconseillé à Constantinople l'envoi de cette note aux grandes Puissances en avertissant en même temps qu'il n'avait pas à se prononcer sur l'élection faite par la Sobranje.

Des renseignements reçus de Sofia au Département Impérial des Affaires Etrangères, autorisent à croire que les Bulgares

eux-mêmes ne tiennent pas à voir arriver le Prince qu'ils ont élu.

La candidature, l'élection et les démarches qui s'ensuivent, le conflit d'influences qui en résulterait, devaient prolonger un état de choses provisoire très profitable à ceux qui sont en possession de l'exploiter.

L'Empereur est arrivé le 19 de ce mois à Gastein; son voyage a été très heureux. Le 18 juillet, Sa Majesté est partie de l'île de Mainau dans un bâteau à vapeur pour Bregenz où l'attendait le Prince Régent de Bavière.

Après une entrevue de trois quarts d'heure à bord du bâteau qui avait amené Sa Majesté avec le Grand Duc et la Grande Duchesse de Bade, le Prince Régent et leurs Altesses Royales prirent congé de l'Empereur qui partit en chemin de fer pour Innsbruck où il passa la nuit.

Le lendemain Sa Majesté arrivait à Gastein. Elle prend chaque matin un bain qui est suivi d'une promenade de plusieurs heures.

Le début de la crise autorise à croire qu'elle aura les meilleurs résultats.

32.

Graf Errembault de Dudzeele, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 7 novembre 1887.

Le *Grazdanine*, organe du Prince Mestchersky, publie des renseignements très pessimistes — qu'il assure tenir de bonne source —, sur l'état de l'Empereur Guillaume qui, paraît-il, offrirait cette fois fort peu de chances de rétablissement.

A propos de ce journal, dont le but conservateur et les attaches semi-officielles ne sont un secret pour personne, je crois devoir vous signaler, Prince, que depuis sa récente apparition sous forme d'organe quotidien, il a déjà publié toute une série d'articles qui constituent dans leur ensemble une véritable campagne en faveur de la politique de pleine liberté d'action pour la Russie. Point d'alliance pas plus avec la France qu'avec

l'Allemagne, telle est sa devise, mais au contraire un certain opportunisme ayant pour but de laisser les autres régler leurs comptes entre eux, afin de mettre ensuite à profit la situation pour le mieux des intérêts russes. Ces articles ont une assez grande importance, car ils paraissent opérer un commencement de réaction dans les sphères supérieures de la société russe contre les entraînements trop vifs de sympathie envers la France et d'hostilité trop marquée envers l'Allemagne, qui, cependant, continuent à se manifester dans les couches inférieures sous l'influence des autres organes de la presse russe, tous favorables à la France et adversaires de l'Allemagne.

Des informations venant de Paris disent, qu'il y a tout lieu d'espérer un dénouement plus heureux qu'on ne le suppose généralement de la situation intérieure actuelle; que cependant quoi qu'il arrive, les dispositions du Gouvernement français envers la Russie ne seront point modifiées et que le maintien de M. Flourens dans un nouveau cabinet éventuel est assuré.

De Turquie, au contraire, une lettre que j'ai lue, parle de la situation très embrouillée ainsi que de la résolution de la Porte de ne rien faire dans la question bulgare et de la comédie qu'elle joue simplement vis-à-vis de la Russie depuis surtout que l'Allemagne ne lui conseille plus l'accord avec cette puissance. Cette lettre signale aussi un rapprochement du Sultan avec l'Autriche, provoqué tout à la fois par son éloignement d'avec la Russie et par le pressentiment que l'Allemagne et l'Italie songent à créer une grande Bulgarie, augmentée de la Macédoine et de Salonique. Quant à l'Angleterre, depuis l'échec de la convention avec la Turquie concernant l'Egypte, elle boude et s'abstient de toutes choses.

Le départ de la famille Impériale russe de Copenhague est fixé, dit-on, au 12 novembre (nouveau style). Le retour de M. de Laboulaye à St. Pétersbourg est ajourné jusqu'au 13/25 novembre.

Vienne, 6. 12. 1887.

33.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 6 décembre 1887.

Les espérances pacifiques qui se manifestaient pendant la réunion des dernières Délégations, semblent assez ébranlées en ce moment. Déjà le message Impérial adressé au Parlament allemand était moins rassurant que l'exposé de la situation politique du Comte Kalnoky aux Délégués et, si depuis la visite du Czar à Berlin la presse russe se montre moins violente contre l'Allemagne, l'on ne voit pas que dans l'ensemble des choses l'horizon politique se soit sensiblement éclairci. Au contraire, malgré les déclarations pacifiques du Monarque russe, la concentration de ses forces militaires aux frontières de l'ouest de son Empire s'accentue tous les jours davantage, et l'on serait tenté de croire que les manœuvres du parti de la guerre dénoncées par le Prince de Bismarck ont exercé sur ce Souverain une impression durable au point qu'on se demande, s'il ne se laissera pas entraîner par les passions surexcitées et toujours grandissantes de son peuple, à entamer la lutte qu'il voudrait peut-être éviter.

L'opinion publique commence à s'y inquiéter ici de cette situation, et le Gouvernement I. et R. ne saurait rester longtemps encore entièrement passif en présence de cette agglomération de forces russes à ses frontières.

M. le Comte Kalnoky que j'ai vu ce matin, ne m'a pas caché les préoccupations que faisaient naître la surexcitation des esprits en Russie contre l'Allemagne et l'Autriche. Il y voit un danger sérieux pour le maintien de la paix et redoute, tout en conservant l'espoir que les causes de conflit pourront être écartées, que le moment n'arrive où le Czar qui n'est pas guerrier de sa nature, ne puisse résister au courant qui l'entraîne à la guerre.

M. le Ministre I. et R. des Affaires Etrangères ne voit pas avec indifférence ces symptômes peu rassurants pour la Monarchie et il entrevoit le moment où l'Autriche-Hongrie se verra forcée, à son grand regret, à augmenter également l'effectif de ses troupes en Galicie et en Bukovine.

L'Archiduc Albert est revenu d'Arco où il passe généralement l'automne, et l'on prétend, mais je ne le sais pas de source officielle, que son retour ne serait pas étranger aux mesures militaires à prendre.

En appelant votre attention sur cette situation sérieuse je crois devoir ajouter que les dispositions militaires de la Russie ne sont pas interprétées par tout le monde d'une façon aussi alarmante. Une autorité des plus compétentes m'assurait, il y a deux jours encore, que l'agglomération des troupes russes aux frontières de l'Ouest parvenait de plans militaires arrêtés depuis un certain temps déjà en vertu desquels le Centre de la Russie, à l'abri de toute attaque étrangère, devait être dégarnie de troupes pour renforcer d'une manière permanente l'armée russe sur les frontières des deux Empires avec lesquels elle est en contact immédiat, et afin d'être promptement prête en cas de conflits avec eux.

34.

Graf van der Straten Ponthoz, Gesandter in Berlin.

Confidentiel. Berlin, le 9 décembre 1887.

Depuis plusieurs mois des régiments Russes se rassemblaient du côté de la frontière autrichienne. C'était, paraissait-il des mouvements de garnisons.

Aujourd'hui cette agglomération de troupes, qui n'a pas discontinuée, ne semble pas régulière. Elle excite une inquiétude générale que ressent la bourse de Berlin.

La «Post» de Berlin du 7 de ce mois, dont le numéro est ci-joint, a pris à tâche de justifier cette inquiétude. Après avoir constaté l'importance de l'audience demandée par le Prince de Bismarck au Czar, et le retour de la Presse Russe à ses violentes attaques contre l'Allemagne, la «Post» ajoute:

«Rétablir les termes de bon voisinage plus que séculaire entre la Russie et l'Allemagne est un évènement dont plus que tous les autres politiciens de l'Europe, le Chancelier mesure les énormes conséquences.

C'est la raison pour laquelle il a jugé qu'il valait la peine d'exposer au Czar et cela de vive voix, toutes les données de la politique Allemande. Que son but ait été atteint, c'est ce dont le langage actuel des journaux Russes permet de douter.

Si outre des nouvelles nous arrivent de toutes parts, nous annonçant des agglomérations de troupes sur la frontière autrichienne et nous disant que les garnisons de la Galicie ont été triplées, il est certain qu'on doit craindre ici qu'un coup ne soit frappé contre notre voisine et alliée.

Si ce coup, qui n'a pas pour cause des évènements dans lesquels l'Allemagne n'a jamais contrecarré la Russie, mais bien des raisons qui visent beaucoup plus loin, c'est-à-dire le trop long repos de l'Allemagne, c'est une chose sur laquelle on doit être depuis longtemps fixé en Russie, de même que l'on est persuadé dans ce pays d'avoir dans un pareil cas à partager et si possible à paralyser les forces de l'Allemagne,»

Selon des informations reçues ici aux Ambassades d'Autriche et d'Angleterre, il s'est opéré dans le voisinage de la Galicie une concentration de troupes russes qui pourraient être promptement mobilisées.

Je sais que le Comte Széchenyi dès son retour de congé à la fin du mois de novembre, a parlé de cet état de choses au Comte de Bismarck. Il a eu avec lui un nouvel entretien avant-hier. Ce même jour Sir Edward Malet a conféré très longtemps avec le Comte de Bismarck.

La récente consolidation de la Triple Alliance, les embarras financiers de la Russie et la situation de la France, sa seule alliée, ne permettent pas de croire à une résolution du Cabinet de Saint Pétersbourg de provoquer une guerre Européenne.

L'impossibilité d'expliquer une entreprise aussi hasardée fait rechercher si le mouvement des troupes russes n'a pas d'autres causes qu'un dessein d'entrer prochainement en campagne.

Comme j'ai eu l'honneur de vous le mander dans mon rapport du 2 décembre, n°s. 1029/660, la Russie est supposée vouloir tenir l'Autriche en continuel échec. Elle l'affaiblira par d'excessives dépenses militaires et elle l'empêchera d'agir dans les

Balkans. La Russie se mettait en outre dans une position très avantageuse de temporisation et d'observation en face des nombreuses éventualités de Commotions en Europe.

Au moment où l'effondrement de l'Entreprise du Prince Ferdinand de Cobourg semble devoir résulter des embarras même du Prince en Bulgarie et d'une entente entre les Cabinets de Berlin et de St. Pétersbourg le Czar veut sans doute que ce résultat paraisse l'effet de ses armements.

Les démonstrations belliqueuses s'expliquent aussi comme une satisfaction accordée à l'effervescence du parti panslaviste.

Il faut aussi faire, dans les alarmes de la presse, une grande part aux manœuvres de bourse, et aux demandes de crédits pour complément d'armement en Allemagne et en Autriche.

Dans l'audience qu'il lui a donnée le 18 novembre le Czar avait inspiré au Prince de Bismarck la plus entière certitude qu'il voulait la paix. Mais cette confiance qu'il donnait à Berlin aux assurances pacifiques du Czar, le Chancelier n'était pas convaincu que le Czar la justifierait encore lorsque rentré à Pétersbourg, il se retrouverait circonvenu par les panslavistes et les autres instigateurs de la guerre. Cette prévision semble se vérifier.

«Le Czar, a dit tout récemment le Comte de Bismarck à l'un de mes collègues, voit que la prépondérance panslaviste déborde. Il est fatigué de lui opposer de la résistance et il se laisse entraîner par le Courant.»

Le 6 de ce mois, j'ai demandé au Comte de Bismarck si la confiance qu'il m'a souvent exprimée dans la prolongation de la paix ne s'était pas affermie par la visite du Czar à la Cour Impériale.

Il résulte de sa réponse que les dispositions pacifiques du Czar à Berlin sont en danger de se modifier à Pétersbourg. Le Gouvernement de son Empire paraît devenir à charge au Czar. Il ne jouit de quelque repos qu'en Danemark, où il se plait à prolonger ses séjours. Il se lasse de s'opposer à l'agitation et à la puissance des panslavistes.

Après avoir reçu pendant ces derniers jours les informations dont le résumé précède, j'en obtiens d'autres en cet instant même et de très bonne part.

Elles m'autorisent à dire que dans l'opinion du Prince de Bismarck le Czar ne veut pas la guerre et qu'il ne fera pas la guerre.

Le prince pense que le Cabinet de Vienne ne doit pas interroger Monsieur de Giers sur l'agglomération de troupes dans le voisinage de la Galicie puisqu'une réponse discourtoise ferait surgir le danger que la demande d'explication aurait pour but d'écarter. Silencieusement et sans manifestations de méfiance, l'Autriche devait aussi envoyer des troupes en Galicie pour répondre à l'intimidation de la Russie et pour se préparer à n'être pas prise au dépourvu.

Le Prince de Bismarck, suivant mon rapport du 26 novembre avait déclaré au Czar, qu'aux termes du traité de la triple Alliance si l'Autriche était attaquée par la Russie, l'Allemagne marcherait à son secours, tandis que si la Russie était attaquée par l'Autriche, celle-ci agirait à ses risques et périls.

Je sais que dans un entretien récent et confidentiel le Chancelier a dit qu'en aucun cas l'Autriche en guerre avec la Russie ne serait abandonnée par l'Allemagne, puisque l'affaiblissement de l'Autriche affaiblirait l'Allemagne du côté de la Russie.

La complicité des autorités françaises dans la propagande démocratique en Espagne, m'a donné souvent l'occasion de constater que la Politique du Prince de Bismarck ne cessait pas de défendre la monarchie au delà des Pyrénées. C'était de fait une alliance qui s'assurait à l'Allemagne contre la France intéressée à avoir des républiques pour voisines dans la Péninsule.

L'Empereur Guillaume en témoignage de son dévouement, s'était montré disposé à accréditer un ambassadeur à la Cour d'Alphonse XIII. L'exécution de ce projet est en ce moment l'objet d'une entente entre les Grandes Puissances qui toutes, ainsi que l'Allemagne auraient des Ambassadeurs à Madrid, avec réciprocité du côté de l'Espagne.

Je sais que le Chancelier seconde activement la réalisation d'un désir du Gouvernement Espagnol.

C'est en accord avec la politique de l'Allemagne et avec les vives sympathies de la Cour Impériale pour la Reine Régente.

L'élection de Monsieur Carnot à la présidence de la République Française a été approuvée par l'officieuse «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» en ces termes:

«Les Journaux de Paris, de Vienne, de St. Pétersbourg, manifestent leur satisfaction de l'issue qu'a eue l'imbroglio parisien. Si les suppositions sur lesquelles repose cette appréciation se justifient par les faits, il n'y a pas de raison pour que le reste de l'Europe n'envisage pas également avec plaisir l'élection de Monsieur Carnot.»

Il m'est affirmé qu'à St. Pétersbourg, le Candidat de prédilection pour remplacer Monsieur Grévy, qui avait fini par déplaire, était le Général Saussier.

Des dépêches particulières reçues hier de Paris, mandaient que le Général Boulanger aurait le commandement de Paris, s'il n'entrait pas dans le Ministère. La Bourse de Berlin, inquiétée par les nouvelles d'Autriche, l'est donc aussi par celles de Paris.

L'Ambassadeur de Russie, Comte Schouwaloff, a été reçu hier par l'Empereur. Il était chargé par le Czar de féliciter le plus ancien Chevalier de l'ordre de St. Georges dont le Chapitre célébrait la fête. La veille Sa Majesté s'est rendue à l'Opéra; elle sort tous les jours en voiture.

L'Impératrice a pu aussi faire des promenades. Au thé du soir Sa Majesté paraît ordinairement et quelques personnes y sont invitées.

Le Grand Duc et la Grande Duchesse de Bade viennent d'arriver à Berlin pour y passer les fêtes de Noël avec leurs Majestés.

Les Bulletins de San Remo constatent une intermittence dans les souffrances du Prince Impérial. C'est, paraît-il, un des phénomènes de son affection. Un renouvellement des accidents avec aggravation se fait craindre pour la fin du mois, terme marqué par les médecins à la période d'intermittence.

Paris, 4. 2. 1888.

35.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 4 février 1888.

La presse a annoncé, en exagérant la portée, la présentation du Président de la Chambre à l'Ambassadeur de Russie; il faut reconnaître, toutefois, qu'on est en droit d'attribuer à ce fait une certaine importance en raison des circonstances politiques actuelles; non point qu'il y ait la corrélation avec la publication du traité Austro-Allemand — il n'y a que coïncidence de nouvelles — mais parcequ'il est permis, à titre plus général, de croire que si la situation de la Russie n'était pas ce qu'elle est depuis un certain temps déjà, cette rupture si ancienne n'aurait pas cessé aujourd'hui plutôt que les années précédentes où la question a été posée sans succès. Cette réconciliation est significative surtout pour les collègues de l'Ambassadeur jusque dans les derniers temps il n'avait pas modifié l'attitude hostile que j'ai eu l'occasion de vous signaler; au moment du congrés il me témoignait sa vive appréhension d'une Présidence Floquet avec laquelle tous rapports lui seraient interdits; et, tout récemment, il parlait en termes violents à un Ambassadeur de l'impossibilité d'un rapprochement avec le Président de la Chambre; il faut donc bien admettre que le revirement est de fraîche date, depuis l'annonce d'un Cabinet Floquet, et que l'on a considéré comme un sérieux circonvénient l'absence éventuelle de relations. M. Floquet a fait preuve d'habileté en profitant de la gravité des circonstances pour accentuer son désir de racommodement et réitérer des anciennes démarches. M. de Mohrenheim a été moins habile en ne prévoyant, à aucun moment, cette possibilité de réconciliation, et surtout en en parlant sans cesse fort inutilement. — Il n'en a que plus vivement témoigné sa mauvaise humeur, d'ailleurs fort légitime, de certaines insinuations qui attribuaient l'initiative à la Russie; et il les a démenties par un «communiqué». Mais c'est bien en vue du gros public, car personne dans les sphères politiques n'aurait cru un instant que le Czar avait fait des avances; il n'eût manqué que cela — c'est assez et

peut-être trop de pardonner l'injure faite à son père et qui ne comportait pas de prescriptions et c'est précisément parce que très excessif en soi qu'on est autorisé à chercher l'explication et l'excuse dans la gravité de la situation.

36.

Léon Maskens, Geschäftsträger in Paris.

Paris, le 2 mars 1888.

Dans les cercles parlementaires on continue à se préoccuper beaucoup de la manifestation électorale dont le Général Boulanger a été le héros.

L'organisation de cette sorte de plébiscite est un Bonapartiste avéré. Mais le but qu'il avait en vue n'a qu'une importance minime; ce qu'il y a de grade, c'est que sans comités électoraux, sans propagande suivie, et presque sans distribution de bulletins, la candidature d'un personnage inéligible, candidature plus ou moins désavouée par ce dernier, a pu recueillir dans quatre départements sur lui une moyenne de 12 000 voix. Ce succès relatif a beaucoup étonné ceux qui sont initiés aux mille démarches que nécessite un appel au suffrage universel.

D'où provient l'engouement du corps électoral pour l'ancien Ministre de la Guerre? D'aucun sentiment que la France est lasse du parlementarisme, des rivalités des politiciens et de cette incertitude du lendemain, conséquence de l'instabilité ministérielle. L'histoire de la France prouverait que les périodes où les ressorts de l'appareil gouvernemental ont été trop détendus, ne sont pas de longue durée, et qu'un vent de réaction ne tarde pas alors à souffler à travers le pays. Ce sont les bonapartistes qui s'expriment de la sorte; ils ne paraissent pas en général s'affliger outre mesure de ce qui s'est passé dimanche dernier, et il est probable qu'une certaine partie des bulletins portant le nom du Général Boulanger a été déposée dans les urnes électorales par les adhérents du parti de l'appel au peuple. Hier, un des principaux chefs de ce parti ne m'a pas fait mystère de sa sympathie pour l'ancien Ministre de la Guerre. «Ne vous y

trompez pas,» m'a-t-il déclaré; «dans un pays de suffrage universel, on ne peut arriver que par les gens de rien; mais une fois parvenue au but, on ne peut se maintenir que par les conservateurs.»

Le parti est manifestement inquiet de ce qu'il appelle le réveil de l'esprit césarien. «Les républicains qui ont voté en faveur du Général, dit M. Ranc, sont mûrs pour la servitude; faire appel au sabre pour toucher le nœud gordien, c'est vouloir se donner un maître, c'est déserter la République, c'est trahir la liberté.»

En réalité ce que la presse se garde de proclamer, mais ce qui se répète dans toutes les conversations, c'est que la grande majorité des cinquante ou soixante mille électeurs du G[l] Boulanger n'a prétendu voter ni pour un dictateur ni pour un futur César, mais bien pour l'homme qui a relevé le moral de l'armée française, qui lui a fait sentir ce dont elle est capable, et qui est actuellement la personnification vivante de la haine contre l'Allemagne. Non pas que ces électeurs appellent de leurs vœux la guerre; personne ne la désire en France; mais placés en présence de trois noms dont l'un signifie monarchie ou empire, le second république, et le troisième haine aux Allemands, ils ont préféré donner libre carrière au sentiment qui leur tient le plus à cœur. Le conservateur ou le républicain n'est que l'adversaire; l'Allemand c'est l'ennemi.

Le Gouvernement se trouvera dans une situation très difficile si de nouvelles candidatures Boulanger viennent à se produire, ce qui paraît fort probable. S'en prendre au Général lui-même, s'il désavoue ceux qui abusent de son nom, ce serait faire de lui une victime, augmenter sa popularité, et peut-être même le déterminer à sortir bruyamment de la réserve qu'il s'est imposée depuis quelques mois.

37.

Léon Maskens, Geschäftsträger in Paris.

Paris, le 4 mars 1888.

Les incertitudes de la situation extérieure, les rivalités des chefs de parti, les tentatives d'empiétement de la Chambre

des Députés sur les prérogatives du Sénat et du pouvoir éxécutif, l'impossibilité de diminuer les dépenses ou d'augmenter les recettes du budget, en un mot les difficultés sans nombre contre lesquelles se débat le Gouvernement impuissant à calmer les impatiences des uns et à désarmer l'opposition systématique des autres, tout a déterminé l'opinion en France à reléguer au second plan les questions de politique extérieure, depuis qu'un apaisement relatif s'est produit dans les relations avec l'Allemagne.

Il n'en est pas moins intéressant de rechercher quel rôle la République est appelée à jouer au milieu des compétitions et des rivalités qui divisent les puissances en Orient.

La question peut être envisagée au double point de vue des sympathies du peuple français, et de l'attitude du Gouvernement.

Le public ne laisse échapper aucune occasion de donner à ses manifestations en faveur de la Russie un caractère de plus en plus enthousiaste. L'Empire des Czars est à la mode, comme dit Aurélien Scholl dans une de ses chroniques. Au théatre, dans la presse sauf quelques rares exceptions, dans la rue même, tout est prétexte à démonstrations. Sur ce point il n'existe aucune divergence de vues entre les Français, qu'ils aient reçu l'éducation la plus raffinée ou qu'ils aient dépensé toute leur activité à fulminer dans les meetings contre les classes dirigeantes et contre les capitalistes. A tous indistinctement le Czar paraît être désintéressé et magnanime, la mission que la Russie s'est assignée une œuvre des plus méritoires, et le peuple qu'elle prétend asservir, un ramassis de sauvages et de brigands. Ne cherchez pas à rappeler aux Français d'aujourd'hui qu'il fut une époque glorieuse pour eux où, puissants et craints en Europe, ils s'enthousiasmaient en faveur des peuples opprimés. Ce serait peine perdue que d'évoquer ces souvenirs. Notre générosité d'autrefois était une duperie, répondrait-on; notre égoïsme d'aujourd'hui est la sagesse même.

En ce qui concerne notamment la question bulgare, aucun journal français n'a encore fait observer que le traité de Berlin n'eût pas été violé, si le Czar avait accepté naguère les excuses du Prince de Battenberg, s'il avait adhéré à la candidature de

son beau-frère le Prince Waldemar de Danemark, ou s'il consentait sous certaines conditions, en ce moment, à reconnaître le Prince de Cobourg. La presse française semble ignorer que l'Europe est menacée d'une conflagration générale parce que l'amour-propre du Czar a été froissé, et parce que l'on feint à Pétersbourg de vouloir rétablir l'ordre dans un pays où l'on s'efforce en vain depuis des mois à provoquer le désordre. On paraît s'imaginer à Paris qu'en vertu du traité de Berlin, les panslavistes ont le droit de fomenter des révoltes en Bulgarie, et d'exiger que l'Europe approuve l'installation d'un proconsul russe à Sofia.

Au fond, les démonstrations slavophiles du peuple français sont un peu de commande; et il est permis de supposer qu'en affectant autant d'applaudir à tout ce qui se fait ou se prépare à Pétersbourg, l'opinion en France est guidée surtout par le désir de se montrer désagréable à l'égard d'un pays voisin.

Sinon, comment comprendre qu'une presse dévouée aux idées ultradémocratiques, et stigmatisant sans relâche l'esprit de conquête chez les vainqueurs de 1870, n'hésite pas à se prosterner devant le pouvoir autocratique du Czar et devant sa politique tendant à s'assimiler par tous les moyens les populations chrétiennes de la presqu'île des Balkans.

Par contre, les quelques journaux et publications périodiques, tels que la Revue des Deux Mondes, le Temps, les Débats, qui n'entendent pas perdre l'autorité dont ils jouissent à l'étranger et dans les cercles diplomatiques, s'expriment sur la situation extérieure en des termes pleins de réserve et de mesure. C'est dans ces journaux que l'on doit rechercher les opinions prédominants dans les sphères gouvernementales.

Un Article publié dans la Revue des Deux Mondes, et dont l'auteur anonyme est M. Anatole Leroy-Beaulieu, parent du Ministre des Affaires Etrangères, a démontré avec beaucoup de bon sens pourquoi l'alliance franco-russe n'existe pas, pourquoi elle serait dangereuse si elle existait, pourquoi elle n'a nul besoin d'exister un rapprochement ou une entente tacite s'imposant aux deux pays par la force même des choses et par l'équivalence de leurs intérêts.

Dans un article inspiré, le Journal des Débats, après avoir approuvé en général la thèse de M. Leroy-Beaulieu, en ce qui concerne la Russie, ajoute: «En tous cas, dans les pourparlers pacifiques auxquels la question bulgare donne lieu, notre situation diplomatique, nos préférences instructives et le souci raisonné de nos intérêts nous portent à ne pas envisager avec indifférence les efforts que tente la Russie pour rétablir en Bulgarie son influence et le respect dû aux traités.»

Dans un discours applaudi par la Chambre entière, le Marquis de Bréteuil s'est exprimé récemment dans le même sens: «Non pas,» a dit l'orateur, «que je crois une alliance avec la Russie réalisable à l'heure où nous sommes. Je vais même plus loin; malgré des sympathies que je ne cache pas, je crois que le moment de la désirer n'est pas venu. Elle pourrait trop précipiter les évènements. Il me suffit d'être fermement convaincu que la Russie a un intérêt capital à notre existence . . . Nous devons saisir chaque occasion de témoigner au Czar notre véritable sympathie, et lui faire comprendre que nous sommes des amis solides mais discrets.»

Autant donc le public, c'est-à-dire un ensemble d'individualités sans mandat, et les journaux à sensation qui sont malheureusement beaucoup trop nombreux en France, se montrent prodigues de démonstrations ardentes de sympathie envers la Russie et l'alliance russe, autant la Chambre n'ayant pas marchandé ses éloges à M. de Bréteuil, et les publications reflétant l'opinion du Gouvernement, ont l'air de reculer devant l'idée d'une union plus étroite avec l'Empire des Czars.

En ce qui concerne les rapports avec l'Allemagne, un fait est intéressant à signaler: Pendant très longtemps tous les Français ont été convaincus que M. de Bismarck cherchait un prétexte pour déclarer la guerre à la République. Cette opinion était notamment très accréditée l'année dernière à l'époque où divers incidents grossis outre mesure par la presse française, ont provoqué une polémique ardente entre les journaux des deux pays.

La faculté avec laquelle ces incidents ont été aplanis, le dernier discours de M. de Bismarck, et les efforts qu'il fait

Paris, 4. 3. 1888.

actuellement pour procurer une satisfaction à la Russie, tout concourt à modifier chez les Français qui comprennent la situation extérieure, les impressions pessimistes qui prédominaient l'année dernière dans toutes les classes de la société.

C'est ainsi que M. de Bréteuil a pu déclarer à la Chambre, sans être interrompu, que l'Allemagne n'a aucun désir de voir éclater la guerre, et que le but de la triple alliance doit être pacifique puisque le Prince de Bismarck l'affirme. — Il y a quelques mois, un orateur prononçant de pareilles paroles à la tribune française aurait eu de la difficulté à terminer son discours.

C'est ainsi également qu'on a pu lire récemment la phrase suivante dans «le Temps», journal faisant autorité en matière de politique étrangère: «On se condamne à ne rien comprendre à la politique de M. de Bismarck lorsqu'on se refuse à reconnaître qu'elle a pour objet le maintien de la paix européenne.»

38.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg[1]).

St. Pétersbourg, le 6 avril 1888.

Depuis quelque temps, l'attention publique s'est détournée de la Bulgarie, à cause des évènements qui se sont passés successivement en Allemagne et en France. Elle se concentre principalement, aujourd'hui, sur les affaires de France, à l'égard desquelles la presse a pris une attitude assez inattendue. A peu d'exceptions près, les journaux russes prennent la défense du général Boulanger. Les uns appuient M. Boulanger sans aucune réserve, les autres, avec certaines restrictions, trouvent à blâmer, mais assez mollement, les manquements à la discipline qui lui sont imputés. Le «Nouveau Temps» se distingue parmi les défenseurs les plus convaincus du général. Au nombre des organes qui lui sont, au contraire, défavorables, il convient de citer «les Nouvelles». La majeure partie du public russe, très accessible à l'engouement est portée, par suite de son ignorance

[1]) Vgl. S. 4, Anm. 1.

politique, à suivre assez docilement l'impulsion des journaux, partage le «boulangisme» de la presse. Il existe, d'ailleurs en Russie, un groupe assez considérable d'individus, partisans d'une conflagration européenne, qui rêvent de voir la France mettre le feu aux poudres. Or, c'est ce résultat qu'ils espèrent obtenir par l'application du régime préconisé par le général Boulanger, forcé de satisfaire les aspirations chauvines de ceux qui l'auraient porté au pouvoir.

Quant au nouveau cabinet français, il est généralement bien accueilli. On regrette toutefois que le Général Boulanger n'y ait pas trouvé place. La presse est, du reste, favorable à M. Floquet.

Les opinions que je viens d'esquisser, concernant le général Boulanger, sont loin d'être partagées par le gouvernement impérial, qui est plutôt porté à condamner l'agitation actuelle. On m'assure même que l'Empereur voit, personnellement, de fort mauvais œil l'auteur de cette situation.

Les sentiments de la Russie envers l'Allemagne continuent à demeurer assez vagues. Chacun sent que l'optimisme, affiché volontiers depuis un certain temps à l'égard des relations russo-allemandes, se rattache trop exclusivement à la prolongation des jours de l'Empereur Frédéric III. On croit, en effet, avoir tout à craindre d'un changement de règne. Aussi les faits et gestes du Prince-héritier sont-ils observés de près. C'est ainsi que son refus de recevoir la députation d'un régiment russe et le toast qu'il a prononcé à un récent dîner chez le Prince de Bismarck, ont été fort commentés dans les cercles russes. Cependant, quoique ces incidents soient de nature à raviver les pressentiments pessimistes, la presse est fort sobre dans ses appréciations. Elle a reçu pour instruction d'interrompre sa campagne contre l'Empire allemand, que le gouvernement juge à propos de ménager. En revanche, elle se rattrape sur un autre terrain. Le Ministre des Finances ayant conçu l'idée de conclure avec l'Allemagne un nouveau traité de commerce, les journaux se récrient en prétextant que la convention ne saurait que favoriser les intérêts allemands au profond détriment du commerce national.

St. Pétersbourg, 6. 4. 1888.

Les évènements qui se déroulent en Roumanie occupent davantage l'attention publique. Ils sont représentés comme une réaction du slavisme contre le germanisme imposé aux nations balkaniques par les rois Charles et Milan. Peu s'en faut qu'on ne se félicite de cette situation embrouillée comme d'une victoire remportée sur l'Autriche. Quant à la Bulgarie, on persiste à croire dans les cercles politiques que la solution de la crise sera déterminée par un revirement intérieur de cette principauté. Les personnes les mieux informées deviennent de plus en plus sceptiques dans l'efficacité de l'intervention diplomatique.

Dans un autre ordre d'idées, le voyage à Rome de M. Isvolsky, gentilhomme de la chambre russe, ne peut manquer d'amener un nouveau rapprochement entre le vatican et la cour de St. Pétersbourg, bien que ce voyage n'ait d'autre objet que de porter la réponse de l'Empereur à la récente lettre de remercîment du Saint Père. Toutefois, il ne faudrait pas déduire de cette démarche la reprise des négociations proprement dites. Le gouvernement russe est loin de vouloir se départir de la sévérité avec laquelle il n'a cessé de traiter les religions étrangères à l'orthodoxie. Mais il pouvait y avoir entente sur certains points d'ordre secondaire. En tout cas, si ce léger rapprochement se réalise il sera plutôt l'œuvre du Comte Tolstoi que du Ministère des affaires étrangères.

Pour terminer cette courte revue des questions du jour, je crois devoir vous signaler, Prince, l'ombrage que la Russie semble prendre de l'envoi de Sir Drummond Wolff à Téhéran. L'influence moscovite est actuellement toute puissante en Perse. Aussi les organes les plus autorisés de la presse viennent-ils de se mettre en campagne pour conseiller au gouvernement de veiller au grain et de réagir énergiquement contre les démarches de Sir Drummond Wolff, surtout dans la question de la construction des chemins de fer, que la négociation anglaise doit, paraît-il, traiter auprès du Shah. Il y aurait là, à leur avis, un gros danger pour la Russie.

39.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 4 mai 1888.

Il règne une stagnation complète dans la politique européenne; on semble s'être donné le mot en présence de la santé si précaire de l'Empereur d'Allemagne, de suspendre jusqu'après la catastrophe prévue à Berlin, la solution de toutes les questions qui préoccupent depuis trop longtemps les Cabinets et les peuples. Toutefois les évènements qui ont surgi en Roumanie et en Serbie, les agitations qui se manifestent en Macédoine, prouvent qu'il se fait dans la péninsule des Balkans un travail souterrain, qui ne peut manquer d'amener dans ces pays les perturbations à l'aide desquelles la Russie compte reconquérir son influence compromise dans ces contrées par les fautes qu'elle a commises en Bulgarie. Ses efforts pour renverser directement le Prince Ferdinand de Cobourg ayant échoué jusqu'à présent et, la crainte des complications qu'entraînerait une intervention armée paraissent avoir engagé les Russes à changer leurs batteries, ce serait en Macédoine qu'ils croiraient avoir trouvé le moyen d'atteindre leur but, en faisant miroiter aux yeux des Bulgares que s'ils favorisaient en ce moment les vues de la Grèce sur cette province l'objet des convoitises bulgares, c'est à la présence du Prince Ferdinand à Sofia qu'ils le doivent.

L'Autriche suit de près ces agissements et les évènements qui se préparent dans ce pays. En attendant que l'orage éclate, la position du Prince Ferdinand semble plus se consolider qu'on ne l'aurait cru, il y a une année. L'on envisage avec satisfaction cette consolidation même apparente du Prince Ferdinand en Bulgarie. Si l'on ne croit guère au succès définitif de cette entreprise, l'on voit avec satisfaction la prolongation de son maintien à Sofia, qui habitue ce pays à son indépendance au détriment de l'influence moscovite. Toutefois les avances du grand Chancelier allemand à la Russie, sa déclaration réitérée concernant le complet désintéressement de l'Allemagne dans les Balkans, la seule question où l'alliance pouvait puissamment contribuer à défendre les intérêts vitaux de l'Autriche, menacée

en Orient, ne laissent pas que de porter dans une certaine mesure, atteinte à la solidité morale de cette alliance. Jusqu'à présent les liens, qui unissent les deux Empires subsistent dans leur intégrité; l'on reste à Vienne sincèrement attaché à l'alliance de ce pays, pour des motifs supérieurs qui en assurent le maintien. Mais si les Tchèques panslavistes proclament ouvertement cette union contraire aux intérêts de l'Autriche, sacrifiés à ceux de l'Allemagne, et demandent l'entente avec la Russie, il ne manque pas non plus de ses nombreux partisans qui commencent, à voix basse et discrètement, à contester les avantages qu'elle procure à la monarchie, du moment que son puissant allié favorise au détriment de l'Autriche les aspirations de son adversaire en Orient.

Le voyage de la Reine Victoria en Allemagne, et l'empressement que l'Empereur François Joseph a mis à aller saluer cette Auguste Souveraine à son passage à travers ses Etats, ont ravivé ici les anciennes sympathies pour l'Angleterre. La Presse a insisté pour les justifier sur l'identité des intérêts de l'Autriche avec ceux de la Grande Bretagne et de l'Italie, en Orient et dans la Méditerranée.

L'entente intime de ces deux Puissances maritimes existe de fait, et l'on peut se convaincre, que, tout en demeurant fermement attaché aux liens avec l'Allemagne, l'on désire en même temps ici marcher d'accord en Orient avec le Gouvernement britannique. Le développement des évènements en Europe laisse difficilement prévoir si le groupement actuel des puissances se maintiendra, si l'ancienne intimité entre l'Allemagne et la Russie parviendra à se rétablir et si elle sera compatible alors avec les alliances actuelles. Toutefois, jusqu'à présent l'alliance de la paix n'est pas modifiée, et reste la base de la politique des Puissances, qui l'ont signée, l'Autriche-Hongrie venait dans l'adhésion de l'Angleterre à ce pacte de la paix la plus sûre garantie du but qu'il poursuit, mais il serait contraire aux habitudes de la diplomatie anglaise de s'engager d'avance avec des Puissances continentales en vue d'éventualités indéfinies.

L'on est nullement rassuré ici sur ce qui s'est passé en Serbie. L'on ne s'attendait pas à la durée du Gouvernement

qui vient de tomber, mais on eut préféré, à Vienne, que sa chute fut retardée pour démontrer plus complètement la totale incapacité gouvernementale du parti radical. Malheureusement si le Roi Milan et le Roi Charles de Roumanie restent fidèlement attachés à l'Autriche-Hongrie, l'on sait que ces Souverains ne pourraient guère compter sur l'appui de leurs peuples le jour où dans le cas de conflagrations sérieuses dans les Balkans, ils voudraient s'associer à la fortune de la monarchie austro-hongroise.

L'on a prêté à la Russie l'intention de sortir de sa réserve sur la question Bulgare et de faire connaître après les fêtes de Pâques russes, ses vues sur les arrangements à prendre pour les résoudre. Le Prince Lobanoff, l'Ambassadeur de Russie à cette cour, qui, après son congé habituel de carême est revenu hier soir à son poste, apporte-t-il avec lui quelques décisions nouvelles de son Gouvernement? C'est ce qui ne tardera pas à se manifester.

40.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 28 mai 1888.

Dans la lettre que j'ai eu l'honneur de Vous adresser, le 9 mai dernier, sous le numéro 65, je faisais ressortir le calme absolu de la situation politique actuelle. Les incertitudes où l'on se trouve, par rapport aux évènements de l'extérieur, maintiennent la presse et l'opinion russe dans une réserve qui leur ôte provisoirement tout intérêt. Les articles de journaux ne sont guère que la reproduction de ce que contiennent les principaux organes étrangers, avec accompagnement de récriminations contre les Etats de l'Europe centrale pour leur politique prétenduement hostile à la Russie, ainsi que de perpétuelles prédictions de prochains revirements en Bulgarie, en Serbie et en Roumanie. En revanche la presse s'applique à laisser envisager l'entrée de l'Angleterre dans la ligue de la paix comme un fait, sinon accompli, du moins déjà résolu et très prochain. Les

armements, auxquels se prépare le gouvernement britannique, sont considérés comme un symptôme convainquant de ce nouveau groupement international.

Les mesures prises récemment par le gouvernement allemand, à l'égard des étrangers venant de France pour pénétrer en Alsace-Lorraine, sont sévèrement appréciées par la presse russe. Celle-ci les juge comme susceptibles d'engendrer des incidents dangereux pour le maintien de la paix en entretenant l'antagonisme et l'irritation dans l'esprit public des deux pays. Ce qui grossit d'ailleurs l'importance de ces mesures aux yeux de la Russie, c'est qu'elles sont édictées juste au moment où l'Allemagne se dispose à établir de nouveaux droits d'entrée sur le blé. Or, l'exhaussement de ces droits porterait aux propriétaires fonciers du pays un coup au moins aussi sensible que la baisse du cours l'est pour les capitalistes. La France et la Russie se trouveraient donc, pour ainsi dire, associées dans un même esprit d'hostilité de la part de leur puissante voisine.

Cependant, malgré les inquiétudes provoquées par cette manière d'agir de l'Allemagne, on ne croit pas que l'Autriche-Hongrie doive rencontrer l'appui de son alliée dans les menées agressives attribuées aux Madgyars contre la Russie. A ce propos, j'ajouterai, qu'à tort apparemment, l'Autriche passe pour vouloir tirer parti des troubles qui agitent, depuis un certain temps, la péninsule balkanique. Cette opinion est surtout accréditée dans les cercles gouvernementaux. Ces derniers, d'ailleurs, tiennent pour exagérés les bruits de prochaines insurrections en Macédoine, bruits auxquels donne lieu la présence des bandes isolées de mécontents parcourant le pays. Il y a cependant un certain nombre de gens qui prévoient sérieusement ce soulèvement et supposent que ce sera l'allumette devant bientôt mettre l'Orient en feu.

Quant au réveil de la prédominance actuelle du parti panslaviste en Russie provoqué par la nomination du général Bogdanovitch à un nouveau poste administratif, par l'élection du Comte Ignatiew en qualité de président de la société slave de bienfaisance et par la publication des articles de M. Tati-

schew sur les affaires de Bulgarie, il a fait l'objet d'appréciations exagérées de la part de la presse étrangère. Tout au plus, peut-on constater l'accentuation du simple slavophisme résultant de l'effervescence qui règne dans les pays balkaniques. Il est vrai — ce renseignement je le tiens de la meilleure de toutes les sources — que la plus grande circonspection a été recommandée en cette matière à la presse gouvernementale, priée de faire ressortir par tous les moyens le caractère purement privé de ce triple fait et l'attitude expectante et pacifique de l'Empire russe.

41.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 9 juin 1888.

La réponse de M. Goblet à M. Laur prouve que la France ne se laissera pas entraîner à des représailles contre l'arrêté du gouvernement alsacien lorrain relatif aux passeports. On ne parle plus de la Bulgarie. Les rapports avec la Russie sont tels que l'Ambassadeur d'Allemagne à Saint Pétersbourg et l'Ambassadeur de Russie à Berlin ont tous deux pris des congés. La presse officieuse allemande a été si occupée de la crise ministérielle prussienne qu'il lui reste à peine l'espace nécessaire pour médire de ses voisins.

Malgré cette accalmie, la situation de la politique extérieure n'a pas changé.

Les Allemands restent persuadés que les Français se divisent en deux classes, ceux qui veulent la revanche à terme et ceux qui la veulent tout de suite. Une paix durable sur la base du statu quo n'est donc pas dans les probabilités.

Du côté de la Russie, le danger est aussi grand quoique cet empire ait toutes sortes de bonnes raisons de ne pas faire la guerre. Les finances sont déplorables et la bourse de Berlin les domine. En cas de conflit ses ennemis pourraient, comme dernière ressource trouver une arme terrible dans l'insurrection polonaise. Déjà des journaux allemands se sont demandés au

mois d'octobre dernier, si le jour ne viendra pas où il faudra rendre le duché de Posen à la Pologne, reconstituée pour créer une barrière entre l'Allemagne et la Russie. De plus le Czar est, dit-on, moins disposé que jamais à tendre la main aux révolutionnaires français et manifeste son désir de conserver la paix. Je ne doute pas qu'il ne soit sincère; j'en ai même acquis la conviction absolue lors de mon récent séjour en Russie. Malheureusement le Czar a des aspirations contradictoires. Il veut la paix, mais avec tous les avantages qu'il pourrait exiger après une campagne victorieuse. Il n'a jamais renoncé à réclamer une influence dominante en Bulgarie et la presse panslaviste ne cache pas que si elle s'intéresse aussi vivement à ce pays fort insignifiant par lui-même, c'est parcequ'il se trouve sur le chemin de Constantinople. Fort peu importe à l'Europe que la Bulgarie soit bien ou mal gouvernée, que tel ou tel Prince règne à Sofia. La question de Bulgarie n'existerait pas si la Russie ne s'obstinait pas à la tenir ouverte.

On ne s'en occupe pas en Allemagne, il est vrai et on ne veut pas s'en occuper; mais combien de temps durera cette indifférence? L'Allemagne pourra-t-elle continuer à se désintéresser des affaires d'Orient lorsque son alliée l'Autriche sera menacée d'être entourée de trois côtés par l'Empire Russe ou ses vassaux? La sécurité de l'Allemagne elle-même ne l'obligera-t-elle pas s'opposer à des entreprises dont le but est d'augmenter colossalement la puissance de son voisin du Nord par la conquête de la Turquie? Les dangers de guerre ne proviennent donc pas des dispositions des cabinets, mais de circonstances qu'il n'est pas en leur pouvoir de modifier. Malgré la forme autocratique de son gouvernement le Czar n'a pas plus de prise sur l'opinion publique dans son pays que M. Carnot dans le sien.

On commence à se demander en Allemagne s'il ne vaudrait pas mieux puisque le conflit semble inévitable, le provoquer avant que les adversaires que l'Empire rencontrera certainement réunis aient terminé leurs préparatifs. Cette manière de raisonner n'est heureusement pas celle du chancelier. Une personne très au courant par sa position des projets du Prince

de Bismarck, m'a affirmé de la manière la plus positive que son Altesse est toujours d'avis qu'il est de mauvaise politique de provoquer une rupture pour faire la guerre avec plus d'avantage. En 1867, le Maréchal de Moltke était d'avis d'attaquer la France parce que la guerre lui paraissait certaine, que la Prusse était préparée et que la France ne l'était pas. Le Prince de Bismarck s'y était opposé ne voulant pas renoncer aux chances de conserver la paix quelque minimes qu'elles fussent. Si la question se posait de nouveau dans les mêmes termes, la réponse du chancelier serait identique. L'Allemagne n'a rien à gagner à une guerre même heureuse et la différera aussi longtemps que possible. L'Etat de santé de l'Empereur est une raison de plus, non seulement de ne pas se lancer dans les aventures, mais encore d'éviter avec plus de soin que jamais, tout ce qui pourrait donner aux adversaires de l'Empire un prétexte d'agression. S'il y a une rupture elle ne viendra donc pas du côté des Allemands. Malgré la tension des rapports entre l'Allemagne et l'Autriche d'une part, la Russie et la France de l'autre, la politique résolument pacifique du chancelier et la force de la triple alliance peuvent nous faire espérer la prolongation de l'état de tranquillité relative dans lequel nous vivons.

42.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 19 juin 1888.

La mort de l'Empereur Frédéric III a provoqué en Russie des regrets unanimes.

Bien que ce dénouement fatal fût depuis longtemps prévu, l'opinion publique s'était plu à mettre sa confiance dans l'action énergique que le souverain défunt promettait d'exercer sur les affaires d'Allemagne. Elle fondait sur lui l'espoir de voir mettre un frein au système administratif et politique suivi jusqu'à présent par le Prince de Bismarck, que l'on rend responsable des mesures hostiles prises, successivement, contre la France

et contre la Russie. Cette dernière puissance, se trouvant surtout lésée par l'augmentation des droits d'entrée établis en Allemagne sur les blés, ne peut se résigner à admettre l'opportunité d'une mesure douanière, qui cependant est la conséquence bien naturelle du système de prohibition qu'elle-même pratique à l'égard des produits étrangers. Quoiqu'il en soit, les regrets qui suivent Frédéric III dans la tombe, sont d'autant plus sincères qu'ils paraissent moins désintéressés. A tort ou à raison, on redoute que le successeur de l'Empereur défunt, ne professant pas autant d'indépendance que son auguste père à l'égard du principal conseiller de la couronne, ne soit amené à susciter de nouvelles difficultés entre les deux pays. Guillaume II est, en outre considéré comme partisan du militarisme le plus outré, ce qui serait de nature à troubler davantage la situation déjà si précaire de l'Europe. Cette dernière opinion, très répandue dans les cercles politiques russes, ainsi que je l'ai constatée, à maintes reprises, dans mes lettres antérieures, est probablement exagérée. Le jeune Empereur sera, d'ailleurs, sous peu, dans le cas de calmer les appréhensions auxquelles elle a donné naissance.

Malgré tout, il n'est point douteux, tel est du moins le sentiment de la presse russe, que le passage au pouvoir de Frédéric III, aussi court qu'il ait été, n'exerce quelque influence sur la ligne de conduite qu'adoptera son successeur. Les idées du défunt n'ont peut-être pas eu le temps de prendre de profondes racines dans le pays, mais elles ont pu encourager, dans une certaine mesure, les adhérents d'une politique d'apaisement. Ces journaux espèrent, en outre, qu'au point de vue purement international, la période des incertitudes, provoquées par le grand âge de l'Empereur Guillaume et par la maladie de son fils, va faire place à une ère de politique clairement déterminée, qui permettra de résoudre, sans trop d'ajournements, les questions figurant à l'ordre du jour européen.

Telle est, je le répète, l'opinion de la presse russe. En présence de ces appréciations, il paraît opportun de rappeler la marche indécise et prudente à l'excès que le cabinet de Saint Pétersbourg n'a cessé de suivre jusqu'à ce jour dans ces mêmes

questions. Le reproche adressé par les journaux russes à l'Allemagne se retourne donc, à plus forte raison, contre leur propre pays. A moins que l'attitude expectante affectée par la Russie n'ait été mise en relief qu'afin de mieux masquer les armements et les mouvements de troupes, qui, en dépit des assertions contraires, ont eu lieu sur les frontières austro-allemandes.

Le secret antagonisme, auquel le Prince de Bismarck se trouve en but de la part de la presse russe, n'empêche pas cette dernière de compter sur l'influence du puissant chancelier pour le maintien de la paix. On présume que les instincts belliqueux de Guillaume II ne se donneront pas libre cours dès le commencement de son règne, grâce à la sagesse de son conseiller et grâce aussi à la perspective des nombreuses difficultés intérieures qui en résulteraient. La moindre imprudence pourrait aliéner au jeune monarque les populations relevant des autres princes allemands, dont il doit, à son tour, se concilier les sympathies acquises aux deux empereurs défunts.

43.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 22 juin 1888.

Dans la lettre que j'ai eu l'honneur de Vous adresser, le 18 de ce mois, sous le numéro 85, je faisais allusion à la confiance que la presse russe affecte de mettre, depuis un certain temps, dans le Prince de Bismarck, dont la présence aux affaires constitue, d'après elle, la meilleure garantie du maintien de la paix.

Il est assez curieux de constater cette évolution des journaux à l'égard d'un homme d'Etat, qui, malgré tous ses efforts, n'avait pu réussir, jusqu'à présent, à faire croire à ses intentions pacifiques. Aussi, ce fait ne trouve-t-il vraisemblablement sa raison d'être que dans la défiance avec laquelle a été accueillie l'avènement du nouvel Empereur d'Allemagne, les goûts belliqueux de ce dernier ne pouvant être tempérés que grâce à la sagesse et à l'expérience du vieux chancelier.

St. Pétersbourg, 22. 6. 1888.

Je me hâte, toutefois, d'ajouter, qu'en ce qui concerne Guillaume II, les appréciations pessimistes du premier moment ont fait place à des commentaires assez incolores, dans lesquels la presse non officieuse se borne à accueillir, avec une apparente bienveillance, les récentes déclarations du nouveau souverain. Pourtant, les dits journaux ont trop subitement et trop uniformément adopté, sur ce sujet, la manière de voir des organes officieux, pour que leur langage ne soit point le résultat de quelque instruction venue de haut. Il est évident que la diplomatie russe tient, en ce moment, à user de la plus grande prudence afin de ne laisser à l'Allemagne aucun prétexte d'hostilité. Mais, au fond, il y a lieu de présumer que les actes ne demeurent point en rapport avec les paroles, et que, tout en exprimant directement les sentiments les plus optimistes, la Russie se prépare plus que jamais aux plus sombres éventualités.

44.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 23 juin 1888.

Dans le but d'amener un rapprochement entre l'Allemagne et la Russie, on travaille actuellement à préparer une entrevue entre l'Empereur Guillaume II et l'Empereur Alexandre III qui aurait lieu dans le courant de l'été. Le nouveau souverain de l'Allemagne est animé envers la Russie des mêmes sentiments que son grand Père. Une rupture définitive avec ce pays lui serait extrêmement pénible. Le chancelier qui veut avant tout conserver la paix, désire aussi naturellement une amélioration des rapports. Il a dit, pendant les pourparlers, que l'Allemagne tâchera de suivre, en Orient la même politique que si l'alliance des trois Empereurs existait encore.

Dans l'intérêt de la paix générale, nous ne pouvons que faire des vœux pour que les négociations aboutissent à une réconciliation complète et sincère; mais il est bien difficile de se laisser aller à cette espérance. Malgré le désir de l'Allemagne de se tenir en dehors de la question bulgare, malgré le désinté-

ressement de l'Autriche affirmé tout récemment encore par le Comte Kalnoky, les intérêts et les prétentions de la Russie et de l'Autriche en Orient sont si directement opposés que, quand il faudra passer des paroles aux actes, l'Allemagne devra nécessairement choisir entre l'amitié de ces deux puissances. Pour le moment il n'est pas douteux qu'elle ne préfère l'Autriche. D'abord elle y est engagée par traité pour le cas où l'agression viendrait de la part de la Russie, ensuite le Czar n'est pas libre en réalité de conduire sa politique extérieure comme il l'entend. Le parti panslaviste de l'opinion duquel il faut tenir grand compte, est trop hostile à l'Allemagne pour permettre une union étroite entre les deux empires du nord. Les Allemands ont de leur côté des griefs sérieux et nombreux contre la Russie: l'oppression des églises protestantes et catholiques; les efforts faits pour proscrire la langue allemande; l'interdiction aux étrangers, c'est-à-dire en pratique aux Allemands, de posséder des biens fonds en Russie; les tarifs ultraprotectionnistes russes dirigés spécialement contre l'Allemagne; les mesures prises pour fermer la Russie aux ouvriers allemands, aux banques allemandes et à toutes les affaires allemandes en général.

C'est donc la force des choses plus puissante que la volonté des souverains et des cabinets, plus efficace que les traités, qui obligera l'Allemagne à préférer l'amitié sûre de l'Autriche à l'alliance chancelante de la Russie, malgré les avantages que l'Allemagne serait appelée à recueillir dans l'intérêt de l'unité germanique, de la dissolution de l'Empire autrichien.

Tout en ne se faisant pas beaucoup d'illusions sur le résultat possible des négociations pendantes, on ne peut que se féliciter qu'elles aient été entamées. Elles auront au moins l'avantage de faire gagner du temps. La question bulgare est factice et se résoudrait toute seule si on voulait bien n'en pas parler pendant quelques mois. Tout ce qui éloigne une action décisive, est donc autant d'acquis pour la préservation de la paix européenne.

45.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Confidentielle. Berlin, le 30 juin 1888.

Les négociations pour un rapprochement entre la Russie et l'Allemagne entreprises ou plutôt activées depuis le nouveau règne, ont été habilement et rapidement menées, comme en fait foi le discours d'ouverture du Reichstag. Les paroles prononcées par l'Empereur sont plus qu'une avance et qu'une formule de courtoisie. Elles sont l'expression exacte de la vérité parce qu'elles répondent aux sentiments personnels des deux souverains et aux vues du Prince de Bismarck, qui depuis de longues années cherche à cultiver à la fois l'amitié de l'Autriche et de la Russie. Si une entente pouvait s'établir aussi entre ces deux dernières puissances, il n'y aurait plus aucun point noir du côté du Nord. Malheureusement l'accord n'existe pas et comme j'ai eu l'honneur de vous l'écrire, le 23 de ce mois, il n'est que trop aisé de prévoir le cas où l'Allemagne forcée de choisir entre la Russie et l'Autriche, devrait en vertu du traité d'alliance, et aussi pour veiller à ses propres intérêts, se ranger du côté de l'Autriche. Le Prince de Bismarck travaille activement depuis longtemps à échapper à cette alternative.

Lorsqu'au mois d'août dernier la Russie a commencé ses armements et ses dislocations de troupes il a fallu d'énergiques représentations du cabinet de Berlin pour faire sortir l'Autriche de sa torpeur. Aux yeux du Prince de Bismarck la guerre était certaine si le cabinet de Vienne se laissait devancer dans la voie des préparatifs militaires. Après d'assez longues hésitations le cabinet de Vienne s'est enfin décidé à armer et lorsqu'il s'y est mis, il l'a fait avec une telle ardeur, que dès le commencement de l'hiver, il était prêt à entrer en campagne. La Russie était encore loin de là et le contraste des situations avait amené un revirement complet dans les vues du cabinet de Vienne. On se disait que puisque la guerre est inévitable et que le moment seul en est douteux, il valait mieux la faire dans les conditions les plus favorables c'est à dire contre un adversaire encore insuffisamment préparé. Le Prince de Bismarck a eu autre-

ment de peine à cette époque à retenir l'Autriche qu'il n'avait eu à la pousser pendant l'été et on dit qu'il n'y aurait pas réussi si l'Empereur François Joseph n'avait pas imposé sa volonté à ses ministres. Le Prince de Bismarck n'a donc pas cessé de poursuivre une même direction politique pacifique quoiqu'il ait dû varier dans le choix des moyens. Mais il est impossible à la longue d'empêcher l'ouverture des hostilités entre deux puissances voisines presque d'égale force et dont les intérêts sont contradictoires. Le Chancelier a donc dû se préoccuper d'amener entre elles une entente sur une base solide et durable. Il ne laisse passer aucune occasion de rappeler à Vienne que le casus foederis n'existe que pour le cas où l'Autriche serait attaquée. Il recommande aussi avec persévérance à Vienne un arrangement qui partagerait l'influence en Orient à l'Autriche, la Serbie; à la Russie, la Bulgarie. Cet accord a déjà existé. L'Autriche y avait consenti à l'époque où elle s'était entendue avec la Russie pour l'occupation de la Bosnie et de l'Herzégovine. Le Prince de Bismarck rappelle à Vienne qu'il y a une sorte de manque de foi à ne pas l'observer. C'est, paraît-il, l'influence Hongroise si puissante à Vienne et en particulier celle du Comte Andrassy, qui empêcherait les conseils du Chancelier d'être écoutés. On serait d'avis à Pesth que l'arrangement qui a précédé la guerre d'Orient n'est plus exécutable. La Russie ne se contente plus d'une influence prédominante en Bulgarie, elle veut transformer ce pays en un état vassal et ne tient tant à y avoir la haute main, que parce que c'est le chemin de Constantinople.

Le Prince de Bismarck s'efforce, paraît-il, de démontrer que la conquête de Constantinople elle-même n'affecterait pas sérieusement les intérêts de l'Autriche-Hongrie.

J'ai eu beaucoup de peine à croire à cette dernière information. C'est une thèse difficile à soutenir et on ne voit pas comment l'Allemagne pourrait se désintéresser non seulement pour son alliée, mais encore pour elle-même, de l'établissement de la Russie sur les rives du Bosphore. Cependant les renseignements qu'on me donne sont si positifs que je suis forcé d'y ajouter foi. Il est vrai qu'ils sont accompagnés d'un com-

mentaire. L'Allemagne peut, dit-on, faire cette concession sans péril. L'Angleterre, l'Italie sont trop intéressées pour consentir à ce qu'on en fasse jamais usage. Pendant que le Chancelier fait entendre ses conseils de modération à Vienne il ne reste pas inactif du côté de Saint Pétersbourg. Les intentions pacifiques du Czar ne sont pas douteuses; mais comme j'ai déjà eu l'honneur de vous l'écrire, Sa Majesté suit une politique contradictoire. Elle veut la paix, mais avec les avantages que pourrait lui procurer une guerre heureuse. De plus le Czar dirige personnellement la politique extérieure et ne se rend pas toujours compte de la portée de ses actes. Il est entouré de panslavistes et se rend souvent à l'avis de son dernier interlocuteur. Le plus capable et le plus modéré de ses conseillers M. de Giers n'a que fort peu d'influence. C'est pourquoi sans mettre un instant en doute la bonne foi de l'Empereur et malgré les progrès très marqués accomplis pendant les derniers jours on n'est pas encore entièrement rassuré ici sur la politique russe; mais on a bon espoir d'arriver à une situation plus complètement satisfaisante. On compte sur la lassitude produite par les échecs successifs du Czar en Bulgarie pour l'amener à modérer ses prétentions. On veut aussi se servir de la mobilité d'esprit de Sa Majesté pour agir sur Elle par le moyen d'entrevues fréquentes. Il est déjà à peu près décidé que l'Empereur Guillaume II ira faire une visite au Czar dès le mois de juillet prochain; après quoi il ira à Stockholm et à Copenhague.

46.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 7 août 1888.

Dans la lettre que j'ai eu l'honneur de Vous adresser, le 23 juillet dernier, sous le numéro 103, au cours de l'entrevue des Empereurs de Russie et d'Allemagne, je faisais allusion à l'importance probablement négative, au point de vue politique, des entretiens de Péterhof. J'exprimais l'opinion que la discussion des questions en suspens ne pourrait être sérieusement

abordée dans les pourparlers Impériaux et j'ajoutais, en manière de conclusion, que le seul résultat de l'entrevue réalisable, en ce moment, serait la prolongation provisoire de la paix européenne.

Si je me suis fait l'écho de cette opinion, aussi bien avant que pendant l'entrevue, c'est que la situation internationale actuelle ne comporte point de compromis quelconque entre les deux grandes puissances continentales, l'Allemagne, d'une part, se trouvant liée par ses engagements envers l'Autriche-Hongrie, et la Russie, d'autre part, n'ayant aucune raison de se départir de la prudente réserve qu'elle n'a cessé d'observer depuis le commencement de la crise, réserve qui, — soit dit par parenthèses, — constitue toute la force de sa politique ambigue.

Les évènements paraissent justifier, de tous points, cette opinion à laquelle tout le monde commence, d'ailleurs, à se rallier.

Certains organes de la presse étrangère, qui s'étaient laissés aller aux espérances les plus illusoires, se trouvent peu à peu ramenés à une plus saine appréciation des choses et ne voient déjà plus dans l'entrevue qu'un pur acte de courtoisie posé par l'Empereur Guillaume à l'égard de son aîné, le Souverain de toutes les Russies.

Quant au langage de la presse russe, il ne peut que corroborer cette manière de voir. Les journaux, tant indépendants qu'officieux, ne se sont guère écartés d'une ligne de conduite assez uniforme, envisageant l'entrevue avec le plus grand calme et évitant, comme de parti pris, d'y attribuer aucune portée politique immédiate. C'est, qu'au fond, même dans les sphères les plus sympathiques à l'influence occidentale, tout le monde se rend parfaitement compte du rôle que la Russie s'applique à jouer depuis des siècles, en vertu d'une mission qu'elle considère comme historique, mission à laquelle le gouvernement Impérial actuel est loin de vouloir faillir. Et ce sentiment a dû être d'autant plus général, que l'entrevue a, pour ainsi dire, coïncidé avec la tenue d'un anniversaire qui a remué le vieux sang slave jusques dans les derniers recoins de la Russie. Je veux parler du 900ième anniversaire de la conversion de la

Russie aux idées chrétiennes, anniversaire célébré, le 27 juillet dernier, sur tout le territoire moscovite. Ces fêtes ont donné lieu à d'éclatantes démonstrations, notamment à Kiew, la ville dite sainte, d'où était partie, il y a neuf siècles, l'impulsion religieuse qui entraîna toute la race slave dans les bras du christianisme. Ce n'est, certes, pas au moment où l'on voit accourir au centre de la vieille cité de St. Wladimir les nombreux délégués slaves des pays limitrophes, pour y affirmer leur soumission au grand chef de la Chrétienté orthodoxe, qu'il est possible à la nation russe de se soustraire au grand courant qui la pousse, sans cesse, vers Constantinople.

Les fêtes de Kiew ont eu, en effet, pour corollaire des manifestations et des discours qui ont mis en pleine lumière les aspirations de la population panorthodoxe. Le procureur du St. Synode, M. Pobédonostzew, l'un des principaux conseillers de l'Empereur, y a prononcé, notamment, des paroles dans lesquelles il s'est inspiré non seulement de la religion mais aussi de la politique, plutôt de celle-ci que de celle-là. En outre, la présence, aux fêtes, du Comte Ignatiew et d'autres sommités slavophiles n'a fait qu'en accentuer le caractère panslaviste.

Sans doute, les aspirations intransigeantes, auxquelles je viens de faire allusion, ne sont point partagées universel ement par la nation, surtout dans les sphères gouvernementales. Tant s'en faut. Mais, pour tout observateur impartial, il paraît évident, que les deux partis ne sont guère séparés que par une question d'opportunité.

Au résumé, de ce qui précède, il est permis de conclure que l'entrevue des Empereurs et les fêtes de Kiew constituent deux évènements qui méritent d'être rapprochés. Si le premier de ces évènements a donné lieu, de la part des souverains, à des protestations réciproques de paix et d'amitié, le second, en revanche, est de nature à établir que la Russie, tout en s'apprêtant à mettre à profit la bienveillante attitude de l'Allemagne, ne compte renoncer à aucune de ses aspirations séculaires.

Est-ce à dire, cependant, qu'en présence, à la fois, des engagements internationaux de l'Allemagne et du système politique poursuivi par la Russie, il n'ait pu être jeté, dans l'entrevue

de Péterhof, aucune base d'arrangement propre à débrouiller la situation européenne, du côté des Balkans? Ce serait peut-être s'aventurer trop loin dans le courant des affirmations pessimistes. Mes renseignements personnels me permettent, au contraire, de croire que l'Allemagne aurait promis, de rechef, à la Russie son appui dans la question bulgare, en se prononçant, plus que jamais et ouvertement, pour le respect les clauses contenues dans le traité de Berlin. Il est certain que la Russie ne manquera pas de profiter de l'appoint qui lui est offert, quelque maigre que celui-ci puisse paraître. Et si je ne m'abuse, elle ne perd pas de temps et jette, d'ores et déjà, les jalons d'une nouvelle entreprise destinée à miner le trône du Prince de Cobourg. Assurés, d'un côté, de l'assentiment de l'Allemagne, mais prévoyant une résistance, peut-être insurmontable, de la part de l'Autriche-Hongrie, certains personnages russes machineraient, en sous main, dans la principauté, avec différents chefs de partis bulgares, quelque nouveau revirement politique. Il ne s'agirait de rien moins que de renverser le Prince de Cobourg par un mouvement intérieur et de mettre l'Autriche en présence d'un fait accompli.

C'est, sans doute, en prévision de ce revirement que certains journaux russes et étrangers ont mis en avant la candidature éventuelle du Prince Waldemar de Danemark, candidature prétenduement convenue entre l'Allemagne et la Russie, sans songer qu'il est fort prématuré d'élever un nouveau titulaire sur le trône de Bulgarie aussi longtemps que celui-ci est occupé par le Prince de Cobourg. Néanmoins, je tiens de bonne source que le Prince Danois serait très favorablement accueilli en haut lieu à St. Pétersbourg. Mais il est certain que le Gouvernement Impérial, loin de proposer cette candidature, ainsi qu'il le fit jadis pour le prince de Mingrélie, se bornerait à y donner son approbation sous certaines conditions.

Quoi qu'il en soit — il importe de le répéter —, tout semble dépendre de l'état intérieur de la Bulgarie. Si, malgré toutes les agitations soulevées, le Prince de Cobourg, parvient à y maintenir l'ordre, il est probable que sa situation personnelle restera sauve, au moins provisoirement. Quant à la Russie,

St. Pétersbourg, 7. 8. 1888.

elle ne se départira point, dans tous les cas, de sa politique de lent envahissement et n'arrêtera pas de sitôt ses armements à outrance. Aussi, est-on en droit de se demander, si la Ligue de la paix, s'appuyant sur les déclarations pacifiques échangées à Péterhof, ne cherchera pas quelque remède efficace à une situation aussi tendue, qui menace, tôt ou tard, de se dénouer dans le sang. C'est un point qui pourra, sans doute, être éclairci plus profondément lors de la prochaine entrevue des Empereurs Guillaume et François-Joseph.

47.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 11 août 1888.

Ayant déjà eu l'honneur de vous mander quelle est l'attitude prise par le Cabinet de Berlin, dans l'affaire de Massouah, je n'ai plus à vous parler cette semaine de la politique étrangère de l'Allemagne que pour mentionner les deux discours prononcés l'un par Lord Salisbury au banquet du Lord Maire, l'autre par le général Ignatiew à Kiew.

Les relations de l'Angleterre avec l'Allemagne ne sont pas intimes, vous le savez, et on ne tient guère à Berlin à les rendre plus étroites. Le Prince de Bismarck que les chambres prussiennes ont tourmenté pendant toute son existence et qui a failli, grâce à leur opposition, échouer dans ses grands desseins, a la haine du parlementarisme et n'accordera jamais sa confiance entière à un pays où le Parlement gouverne presque sans contrepoids. De plus ce serait un allié dangereux. Elle a dans les Indes d'autres intérêts que ceux des puissances continentales et pourrait, dans certaines circonstances être moins sincèrement pacifique que les pays auxquels les affaires de l'Asie Centrale sont indifférentes.

Peut-être l'Angleterre aurait-elle pu se joindre à la Triple-Alliance l'hiver dernier, quand les relations entre l'Allemagne et la Russie étaient tendues. Elle a préféré conserver sa liberté d'action et recueillir les avantages de la ligue de la paix sans

en recueillir les obligations. Il est peu probable qu'elle désire renoncer à cette politique qui chez elle est traditionelle. Néanmoins si elle ne veut pas être l'alliée de l'Allemagne, il ne peut que lui être avantageux d'en être l'amie. Il semble que son isolement lui pèse et que Lord Salisbury ait voulu profiter du banquet du Lord Maire pour faire publiquement des avances au Gouvernement Impérial dont il a loué sans réserve la politique. Sa Seigneurie applaudit au résultat de l'entrevue de Péterhof et dit être convaincu que la rencontre des deux Empereurs donnera au Czar la force d'imposer à son peuple une politique pacifique. Lord Salisbury voulant peindre à grands traits une situation incontestablement améliorée, n'a-t-il pas à dessein négligé les nuances. Pour être tout à fait exact n'aurait-il pas fallu tenir compte de la position et de l'influence du parti panslaviste en Russie? Les journaux de la secte qui s'étaient tûs pendant le séjour de l'Empereur ont recommencé leurs fanfaronnades immédiatement après son départ. Le Czar avait manifesté le désir de donner aux fêtes de Kiew un caractère exclusivement religieux. Néanmoins le Général Ignatiew a eu l'insolence d'éluder la défense de son souverain et de prononcer un discours dans lequel il a hautement exprimé ses sentiments fanatiques et belliqueux. Il n'en a été puni, paraît-il, que par une inoffensive réprimande.

Ces faits prouvent combien le Gouvernement Russe se sent faible vis-à-vis du Panslavisme.

Le rétablissement de la confiance entre l'Empereur d'Allemagne et l'Empereur de Russie est sans doute un résultat de la plus haute importance; mais il ne faut pas oublier qu'en dépit de son titre d'autocrate, le Czar n'est pas le seul maître dans son Empire.

48.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 13 août 1888.

Toute réserve faite en ce qui concerne les vues personnelles de l'Empereur, dont le sentiment et les intentions demeurent

St. Pétersbourg, 13. 8. 1888.

toujours un peu énigmatiques, les sphères officielles russes paraissent accentuer de plus en plus leur sympathie pour l'Allemagne.

Ce résultat tient surtout aux trois causes suivantes: le désir de trouver une solution à la question bulgare, certaines considérations financières, et, principalement peut-être, la tournure des affaires en France.

Le Gouvernement russe semble effectivement vouloir mettre un terme, en Bulgarie, à une situation qu'il considère comme anormale et contraire aux stipulations du traité de Berlin. Or, sentant l'impossibilité d'y parvenir sans le concours de l'Allemagne, il se montre tout disposé à profiter des bons offices que l'Empereur Guillaume lui a offerts à Péterhof. Et, pressé d'en finir, il ne se préoccupe même point de rechercher le mobile qui a pu amener le souverain Allemand à lui promettre son appui. Du reste, tout ce que la Russie attend de l'Allemagne, en cette occurrence, c'est que celle-ci, par son attitude, détermine la chute du Prince de Cobourg. Aussitôt ce résultat obtenu, elle serait décidée à se montrer conciliante, à ne conserver son ancien programme que dans les grands traits et pour la forme, se bornant, en réalité, au simple rétablissement des relations diplomatiques. Elle accepterait le nouveau Prince, quel qu'il soit, pourvu qu'il appartienne à la religion orthodoxe ou même protestante. Mais, à aucun prix, elle ne consentirait à l'élection d'un candidat catholique. Une fois le prince Ferdinand écarté, il paraît que le Gouvernement russe enverrait en Bulgarie un commissaire chargé d'y renouer les rapports officiels. On ajoute que cet envoyé aurait pour instructions de ne point se mêler aux affaires intérieures du pays. Toutefois, ce dernier point semble difficile à admettre, en présence du rôle actif que la Russie ambitionne de jouer dans les Balkans. Quant à l'éloignement du Prince de Cobourg, si la Russie compte l'obtenir, en partie, par l'entremise de l'Allemagne, elle fonde surtout son espoir sur l'explosion de quelque mouvement intérieur. Dans ma dernière communication il était question de ce revirement politique préparé avec la connivence des chefs de groupes partisans de la Russie. Or, si mes renseignements sont exacts,

plusieurs agents bulgares se trouveraient actuellement à St. Pétersbourg, où ils attendraient d'importantes communications de leur pays, ainsi que le très prochain dénouement de pourparlers diplomatiques engagés par le gouvernement russe.

Au début de la présente lettre, le rapprochement de la Russie avec l'Allemagne est attribué, en partie, à certaines considérations tenant de l'ordre financier. Parmi ces considérations il faut placer, en premier lieu, la hausse qui, depuis un certain temps, a marqué le cours du rouble. Cette hausse est redevable, jusqu'à un certain point, à la mauvaise récolte de cette année en Allemagne. Ce pays se trouve, en effet, en raison de l'insuffisance des approvisionnements, obligé d'acheter de fortes quantités de roubles pour solder les céréales qui lui arrivent de Russie, où la récolte est bonne et les réserves très abondantes. En outre, des combinaisons sont en voie de se conclure entre les banquiers berlinois et le Gouvernement russe. C'est ainsi, par exemple, que la maison Bleichröder aurait fait acquisition de cinquante millions de roubles de fonds russes que l'Etat avait ici en portefeuille. On affirme même que cette opération ne serait que le prélude d'autres opérations plus importantes.

A l'égard des affaires de France, je crois savoir que les derniers évènements intérieurs de ce pays, habilement exploités par l'Allemagne, ont produit une très mauvaise impression dans les sphères officielles russes et hâté leur gravitation vers Berlin. On craint, ici, par dessus tout, le mouvement social qui se dessine à Paris et la propagande révolutionnaire qui se poursuit dans toute la France. La presse, cependant, est partagée, à ce sujet, en deux courants distincts. Certains journaux épousent nettement les appréhensions dont il vient d'être question. Tels sont le *Nouveau Temps* et le *Grasdanine*. D'autres, au contraire, comme le *Svet*, les *Nouvelles* et la *Gazette de Moscou* conservent plus de sang-froid dans leurs appréciations. Ces derniers cherchent à atténuer la portée du mouvement ouvrier en démontrant que la France n'est pas plus socialiste que l'Angleterre, et peut-être moins que l'Allemagne. Et en conséquence ils continuent à regarder la France comme un

atout dans le jeu de la Russie. Quoiqu'il en soit, la situation troublée que la République traverse, est loin de diminuer l'intensité du courant sympathique qui ramène, peu à peu, la Russie vers la grande nation voisine, dans laquelle, il est peut-être opportun de le constater, elle n'a connu de tout temps, que des alliés.

49.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 27 août 1888.

Aucune modification sérieuse n'est à signaler dans l'attitude de la Russie relativement à la solution de la question bulgare. Depuis le rapprochement qui s'est opéré entre les Cours de Berlin et de St. Pétersbourg, le Gouvernement Impérial semble s'en rapporter de plus en plus, à l'appui de l'Allemagne et à l'action des puissances liguées. Il espère, d'ailleurs, par dessus tout que les évènements intérieurs amèneront en Bulgarie une crise fatale pour le Prince Ferdinand. A ses yeux, cette éventualité aurait pour conséquence probable de motiver, ipso facto, l'intervention des gouvernements signataires du traité de Berlin.

En attendant, le Cabinet moscovite se renferme comme toujours, dans la réserve qui caractérise sa politique expectante. Cette attitude lui a trop bien réussi jusqu'à présent pour qu'il l'abandonne sans raison. Ses aspirations dans les pays balkaniques étant connues, il laisse jusqu'à nouvel ordre, aux puissances étrangères le soin de les réaliser, persuadé, qu'à la longue, tout finira par s'arranger selon ses convenances.

La tendance à St. Pétersbourg est donc de nouveau à la temporisation. Il ne paraît pas, en effet, que, malgré les menées actives auxquelles se livrent les partis intéressés, aussi bien en Russie qu'en Bulgarie même, le Prince Ferdinand doive craindre, de sitôt, son renversement par un mouvement insurrectionnel. D'autre part, il est permis de douter que, dans les circonstances actuelles, les puissances parviennent bientôt

à conclure un arrangement qui soit de nature à concilier les intérêts divergents et les aspirations opposées de la Russie et de l'Autriche-Hongrie.

La réserve dont la Russie s'inspire dans sa politique, en ce qui concerne les affaires bulgares, ne l'empêche point de jeter ses regards par-dessus les frontières. Ainsi, on n'est point sans supputer l'influence que peuvent avoir, au point de vue de l'équilibre européen, les évènements qui se déroulent, en ce moment en France.

L'agitation boulangiste a le don de fixer tout spécialement l'attention publique. Mais, tandis que les journaux prennent parti, selon leurs propres idées, les uns pour les autres contre le Général Boulanger, on se montre beaucoup plus circonspect dans les cercles diplomatiques russes. Ici, l'impartialité paraît tout à fait de mise. Il importe, en effet, de ne point porter ombrage à la France dont la Russie a besoin, comme contre-poids vis-à-vis de l'Allemagne.

En revanche, dans les réunions panslavistes, où l'on n'est pas tenu à autant de ménagements, on ne dissimule point le désir de voir aboutir la campagne entreprise contre le parlementarisme, soit au triomphe des idées bonapartistes ou royalistes, soit plutôt à une dictature éphémère du Général Boulanger. A tort ou à raison, l'avènement de ce dernier surtout, passe pour devoir provoquer des éventualités belliqueuses, grâce auxquelles la Russie pourrait réaliser certaines de ses aspirations, qu'elle est tenue de contenir en présence d'une Allemagne inoccupée.

Ces désirs n'ont guère cours, je le répète, que dans le parti d'action, toujours en éveil pour pousser la Russie dans la voie que lui trace sa soi-disant mission historique.

Dans les sphères purement officielles on se borne à regretter les perturbations intérieures qui bouleversent la France et minent l'influence internationale qu'elle revendiquait autrefois à si juste titre. De là, à s'attaquer aux institutions mêmes du pays il n'y a pas loin. Aussi la forme républicaine adoptée à la suite des désastres de 1870, trouve-t-elle ici de nombreux détracteurs. Il n'est, pour ainsi dire, qu'une voix pour prétendre que le peuple français ne saurait s'accomoder longtemps

à ce régime qu'on prétend être en opposition avec ses mœurs et avec son histoire. Telle est, notamment, l'opinion que j'ai entendu exprimer, à plusieurs reprises, dans des entrevues intimes, par un des personnages les plus haut placés dans le Gouvernement Impérial.

L'Ambassadeur de Turquie a remis mercredi dernier entre les mains de M. de Giers, la protestation de la Porte contre l'occupation par l'Italie de Massouah. Le Gouvernement profitant de cette occasion pour prendre une petite revanche contre l'Italie, a résolu de s'associer aux réclamations du Sultan. Mais son concours sera tout à fait platonique. Quoiqu'il en soit, cette attitude servira à maintenir la Russie sur le terrain qu'elle a choisi pour ses revendications en Bulgarie, c'est-à-dire sur le terrain du respect dû aux traités.

Malgré l'irritation qu'on éprouve à St. Pétersbourg contre l'Italie, journaux et diplomates feignent de ne pas la prendre au sérieux. Ils représentent en outre, le voyage de M. Crispi à Friedrichsruhe comme une simple manœuvre destinée à donner de l'importance à cet homme d'Etat et à consolider, en Italie même, sa position ébranlée par le nouvel échec d'Abyssinie.

Je termine cette lettre par la mention d'un article du «Nouveau Temps», paru, il y a trois jours, et se rattachant à l'éventualité du décès du Roi des Pays-Bas. A ce propos, le journal russe croit devoir engager les Puissances à se préoccuper promptement de la Régence à établir, le cas échéant, dans ce pays. Et il ajoute — je rapporte la chose à simple titre de curiosité —, que l'Europe est intéressée à éviter soit l'absorption de la Hollande par l'Allemagne, soit son annexion à la Belgique, laquelle, dès lors, ne pourrait plus demeurer un état neutre.

50.

Eygermont, Gesandter(?) in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 11 septembre 1888.

Ainsi que j'ai eu l'honneur de vous l'annoncer le 7 de ce mois, l'Empereur a quitté Péterhof, le 5, pour se rendre à

Elisabethgrad, où ont lieu de grandes manœuvres militaires. Sa Majesté ne séjournera pas plus de cinq ou six jours au milieu des troupes impériales et, aussitôt après, Elle se rendra, pour s'y livrer à la chasse, dans les domaines que la Couronne possède dans les provinces polonaises. Enfin, le voyage que l'Empereur doit entreprendre dans la partie méridionale du territoire est fixé vers le mois d'octobre.

Ces déplacements, qui, pendant deux ou trois mois, tiendront le chef de l'Etat éloigné du centre des affaires politiques, peuvent être invoqués comme une nouvelle preuve de l'accalmie régnant actuellement un peu partout, accalmie grâce à laquelle certains incidents internationaux, tels, par exemple, que l'affaire de Massouah, demeurent sans conséquences fâcheuses.

Il ne faudrait pas en conclure, toutefois, que tout nuage ait disparu de l'horizon politique, et qu'à l'intérieur de la Russie notamment, tout le monde accepte bénévolement la trêve apparente conclue tacitement entre les divers partis, depuis l'entrevue des deux Empereurs. J'ai eu l'occasion dernièrement d'insister sur la discordance qui continue à régner dans la presse au sujet de la politique allemande. Malgré le terrain gagné par le parti germanophile, aussi bien dans l'opinion publique que dans les sphères officielles, le parti dit national ou slavophile est loin d'avoir renoncé à la lutte. Il y a même lieu de croire que ce dernier a des raisons sérieuses de compter sur l'appui de l'Empereur.

Déjà, à peine quelques jours après l'entrevue de Péterhof, nous étions à même de constater l'intensité du mouvement panslaviste, s'affirmant résolument lors du jubilé religieux de Kiew. Or, voici qu'un nouvel évènement tend à raviver les aspirations panorthodoxes. Le Grand-Duc Serge et la Grande-Duchesse Serge, ainsi que le Grand-Duc Paul vont faire un voyage en Palestine et partiront à cet effet d'Odessa, le 11/23 de ce mois. En somme, ce voyage n'aurait point une signification particulière, si d'une part, les personnages grands ducaux ne devaient recueillir, à Jérusalem même, les félicitations d'un nombreux clergé abyssin dépêché, à cet effet, à leur rencontre, et si, d'autre part, on n'avait à rapprocher de ce fait

la visite que l'Empereur a reçue, le jour même de son départ pour Elisabethgrad, de deux envoyés du Roi d'Abyssinie, le prêtre Grégoire et le diacre Michel, venus pour assister au jubilé de Kiew et pour présenter au Tsar les hommages de leur souverain. Sans doute, l'audience dont il vient d'être question n'avait pas, à proprement parler, de caractère politique, attendu que les religieux abyssins n'ont pas été accueillis à titre de représentants du Négus, mais simplement comme des personnes privées et en qualité de coreligionnaires orthodoxes. Mais elle constitue, néanmoins, l'indice d'un courant puissant que l'on tend à maintenir entre la Russie et les peuples orthodoxes.

La Bulgarie, que les gouvernements étrangers laissent se débattre avec les difficultés intérieures et dont le Cabinet russe lui-même semble ne point se préoccuper, n'en est pas moins en but à certaines menées occultes dirigées par des mains panslavistes. Tsanskow, l'un des agents bulgares, dont j'avais signalé la présence à St. Pétersbourg, se trouve toujours dans la capitale russe. Il a même fait une visite à M. de Giers, en Finlande, et il s'emploie, plus que jamais, à combiner un revirement bulgare, en faveur duquel on cherche à gagner des adversaires du parti russe dans la principauté. D'autre part, je sais, de source slavophile, que les têtes du camp slavophile agissent ici activement dans ce but.

Les nouvelles qu'on reçoit de Bulgarie et l'agitation qui se produit en Macédoine semblent, d'ailleurs, démontrer que tous ces agissements ne demeurent pas sans effet.

Au résumé, il serait difficile de déterminer, d'une façon précise, le travail souterrain qui s'effectue actuellement en Russie et dans les pays soumis à l'orthodoxie, mais ce qui est certain, c'est que le courant national et religieux, un moment retardé dans sa marche, est en voie de reprendre, à nouveau, le dessus. Par contre, le mouvement dont il est question est discrètement combattu dans les sphères diplomatiques russes, encore sous le charme de la dernière entrevue et tout disposées à renvoyer à un avenir plus ou moins lointain les complications qu'engendrerait la réalisation des idées slavophiles.

51.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 17 novembre 1888.

Je vous remercie des informations que vous avez bien voulu me donner par votre dépêche du 12 novembre A, No. 2714. J'avais déjà appris au Ministère des Affaires Etrangères à Berlin, comme j'ai eu l'honneur de vous l'écrire, que dans l'opinion de l'Allemagne, c'est à l'Empereur de Russie à prendre l'initiative de propositions pour la solution de la question bulgare. Je vois que le point de vue est le même à Rome, comme c'était presque certain en raison des liens qui unissent les trois puissances de l'Europe Centrale. La Russie est exclue de fait de toute influence en Bulgarie et personne en Italie, en Autriche ou en Allemagne n'a intérêt à réveiller une question qui dort pour le moment, et qui faute d'un candidat au trône bulgare qui soit agréable à toutes les puissances, ne pourrait aboutir à une solution.

La situation serait particulièrement délicate pour l'Allemagne placée entre son alliée l'Autriche et la Russie avec laquelle elle vient à peine de reprendre ses relations d'amitié traditionnelles.

Vous me rendrez cette justice, Mon Prince, que je ne me suis jamais exagéré les résultats de l'entrevue de Péterhof. Je crois que le Chancelier désire très sincèrement vivre en bonne harmonie avec la Russie, mais il lui reste toujours un fond de défiance, non contre le Czar, mais l'entourage panslaviste de Sa Majesté. Comme j'ai déjà eu l'honneur de vous l'écrire, on ne pourra considérer cette défiance comme dissipée que quand le Prince de Bismarck permettra à la Bourse de Berlin d'aider la Russie à sortir de ses embarras financiers. Nous saurons peut-être bientôt à quoi nous en tenir sur ce point. Les journaux annoncent en effet que la Russie a conclu ou va conclure un emprunt de 500 millions de francs en France. Selon toute apparence le Gouvernement Allemand ne favorisera pas cette opération, car déjà les journaux officieux la «Post» et la «Gazette de Cologne» détournent le public allemand d'y prendre part.

Berlin, 17. 11. 1888.

La Presse s'occupe beaucoup de la nouvelle répartition des corps de l'armée russe et fait des calculs pour savoir de combien les garnisons de la frontière occidentale seront renforcées, chose qui devrait être très différente aux allemands si l'on considérait la paix comme définitivement consolidée.

Vous avez vu, Mon Prince, qu'à la suite de l'article de la «Norddeutsche Allgemeine Zeitung» que je vous ai envoyé le 13 de ce mois par mon rapport No. 1213/755, M. Lockroy a fait publier qu'il n'est plus ni propriétaire ni rédacteur du «Rappel». Le Journal officieux maintient que le Ministre de l'Instruction publique français est toujours l'inspirateur de cette feuille.

Les journaux continuent à s'occuper du prétendu rapprochement de l'Espagne et de la France, malgré les démentis officieux qui arrivent de Madrid.

Des pourparlers ont lieu directement entre les Etats-Majors de l'Allemagne et de l'Italie pour réorganiser le plan de mobilisation de l'armée de cette dernière puissance.

Après tout ce que j'ai eu l'honneur de vous écrire dans ces derniers temps, il est presque superflu d'ajouter qu'on ne peut plus parler de la conservation de la paix avec autant d'assurance qu'il y a quelques jours. Ce sont les revirements accoutumés de la politique extérieure. Après quelques semaines de calme apparent l'antagonisme des puissances reparaît. C'est qu'en réalité, quelles que soient les apparences, la situation est toujours radicalement mauvaise, parce que la paix ne repose que sur la crainte inspirée par la force armée dont dispose la triple alliance.

52.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 29 janvier 1889.

L'élection du Général Boulanger continue à être commentée par la presse et à faire le sujet des entretiens dans les Clubs, ainsi que dans toutes les réunions. Ces appréciations, très différentes dans la forme, peuvent quant au fond se résumer en

une seule que voici: La signification du vote est que l'opinion publique répudie un régime incapable de faire le bien ou d'empêcher le mal et qu'il appelle de ses vœux l'avènement d'un pouvoir exécutif, fort et compact qui ne se laisse pas dominer par des coteries et soit en mesure d'assumer réellement la direction des affaires. Mais, ajoute-t-on, un pouvoir exécutif constitué de la sorte devra s'appuyer sur l'armée et ne pourra résister longtemps à ce qu'elle lui demande. Si elle veut la guerre, il sera forcé de la faire. En ce cas les sympathies actives de la Russie feront-elles encore une fois défaut à la France? Il est impossible d'émettre dès aujourd'hui une prévision quelque peu fondée à cet égard.

J'ai lieu de croire que dans les sphères officielles on se place au même point de vue et que l'on s'adresse la même question.

53.

Baron de Pitteurs-Hiegaerts, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 1er mai 1889.

Je profite du départ pour la Belgique de notre Consul, M. Charlier, pour vous écrire quelques lignes que je ne voudrais pas confier à la poste.

J'avais l'honneur de vous signaler dans ma dernière lettre certaines précautions prises contre la possibilité d'un attentat nihiliste. Il paraît que le nihilisme donne de nouveau des preuves d'existence même dans le sein de l'armée. On me signale de bonne source l'arrestation de quelques officiers appartenant en partie à l'arme de l'artillerie. On raconte également que la représentation gala qui devrait être donnée au grand Théâtre en l'honneur du Shah de Perse sera transformée en une soirée au Palais de l'Ermitage, autour duquel la surveillance est plus facile et en dessous duquel serait plus difficile de creuser des mines pour y introduire de la dynamite.

Je n'oserais vous garantir cette dernière rumeur qu'on ne se répète du reste qu'à l'oreille. Toute allusion au nihilisme intérieur est, vous le savez, strictement interdite à la Presse.

St. Pétersbourg, 1. 5. 1889.

La découverte de la fabrique de bombes à Zurich pourrait avoir quelque connexion avec les faits que je viens de signaler.

Je vous ai souvent parlé du ton de la presse russe quant aux questions extérieures. Cette presse à laquelle il n'est pas loisible de s'occuper des affaires intérieures, sauf quand il s'agit de pousser à la russification à outrance de la Pologne et des provinces baltiques et d'appeler les rigueurs gouvernementales sur les sujets russes non orthodoxes, catholiques, protestants ou juifs et de jouer le rôle de dénonciateur perpétuel, se dédommage de cette compression en dénigrant et en attaquant tout ce qui en Europe n'est pas aux pieds de la Sainte Russie. L'Allemagne et l'Autriche en premier lieu, l'Italie et l'Angleterre sont constamment l'objet de l'ire des organes panslavistes. La France, qui jusqu'à présent était portée aux nues, est tombée quelque peu en discrédit depuis qu'on persécute le général Boulanger considéré comme l'apôtre de la revanche (sauf quelques rares exceptions tous les journaux sont boulangistes). La Serbie, depuis l'abdication du Roi Milan, est censée rentrée dans le giron de l'Eglise. On espère que son exemple sera suivi par la Bulgarie et la Roumanie. L'arrivée prochaine du prince Ferdinand de Hohenzollern à Bukarest est une poutre dans l'œil d'un bon panslaviste.

Cette presse, si la connaissance de la langue russe était plus répandue et si l'Empire n'était pas si puissant que les autres gouvernements cherchent, les uns à le flatter, les autres à le ménager, donnerait lieu à mainte complication et à mainte réclamation par la raison qu'elle ne publie que ce que laisse passer la censure.

Ces réflexions peuvent trouver leur application le cas échéant. Dans les époques normales l'influence de la presse est faible sur l'opinion publique et nulle sur le gouvernement. Dans les circonstances anormales, s'il survenait des complications internationales, cette même presse, en surexcitant le sentiment national, aurait assez de puissance pour pousser le gouvernement à des résolutions qu'il ne prendrait peut-être pas motu-proprio. Il est sûr que s'il éclatait un conflit franco-germain

la presse russe sans exception demanderait que les troupes, cantonnées en grande partie près des frontières de la Galicie et de la Roumanie, marchent sur Berlin et sur Vienne.

54.

Baron de Pitteurs-Hiegaerts, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 8 mai 1889.

L'ex-Métropolitain Michel, de Serbie, destitué pour avoir refusé de se prêter au divorce du Roi Milan, retourne dans quelques jours à Belgrade. Le prélat serbe qui s'était retiré après sa destitution à Moscou, est arrivé ces jours derniers à St. Pétersbourg, et a été reçu par l'Empereur. — Monseigneur Michel, qui loge à la Légation de Serbie, est devenu le héros des panslavistes et des purs orthodoxes; il a été tellement assailli de visites, que ne pouvant recevoir ni satisfaire tout le monde, il a célébré dimanche dernier un service divin à l'Eglise de Kasan afin d'être au moins vu par ceux de ses admirateurs qui n'ont pas joui de l'avantage d'une réception.

M. de Giers, auquel l'ex-primat a fait visite, lui a recommandé la modération et la prudence. Monseigneur Michel a assuré que ces recommandations cadraient entièrement avec ses intentions. Il ne cherchera pas, a-t-il assuré, à se mêler à la politique militante; il est même douteux qu'il cherche à reprendre le gouvernement de l'Eglise serbe; ce qu'il veut, c'est la révision de la procédure de destitution qui a été conduite contrairement aux règles de droit canonique.

M. Persiani, qui se trouve encore à St. Pétersbourg, a dû donner à Monseigneur Michel les mêmes conseils que le Ministre des Affaires Etrangères. Le représentant de Russie à Belgrade estime également inopportun, pour le moment du moins, le retour de la Reine Nathalie.

On avait prétendu jadis que le Saint Synode aurait déclaré nulle et illégale la destitution du Métropolitain serbe, ce qui eut été une immixtion directe de l'autorité supérieure ecclésiastique russe dans l'Administration d'une Eglise orthodoxe

autocéphale. Le contraire est vrai, j'ai eu sous les yeux un avis du St. Synode déclarant qu'il n'avait pas à s'immiscer dans l'affaire de la destitution de Monseigneur Michel, cette question étant du ressort interne d'une Eglise indépendante.

Vous aurez sans doute appris de Bucarest que les expulsions dont on avait fait tant d'éclat à St. Pétersbourg, se réduisaient à deux ou trois sujets russes reconduits à la frontière; les autres expulsés sont des protégés russes de nationalité serbe, monténégrine ou bulgare très peu recommandables par leurs antécédents. Il est douteux que M. Catardji, quelques soient ses sympathies puisse accéder à toutes les réclamations du Gouvernement russe. A St. Pétersbourg, d'un autre côté, il est possible qu'on ne se montre pas très conciliant. L'arrivée du Prince héritier Ferdinand à Bucarest n'a pas justement l'air de plaire ici dans les cercles politiques.

Je vous entretenais dans ma dernière communication des tendances de la Presse russe et de ses dispositions à l'égard de l'Europe Occidentale, je me permets à ce propos de vous transcrire, ci-après, la traduction de quelques lignes du «Grasdanin», organe panslaviste modéré et même réactionnaire. Une discussion s'était élevée entre la «Novoï Vremia» et le «Grasdanin» sur l'opportunité de faire figurer dans les cadres des troupes irrégulières les populations musulmanes et payennes de l'Asie Centrale.

Le «Grasdanin» émettait à ce sujet les considérations suivantes qui n'ont rien de rassurant pour l'Europe si une coalition franco-russe devenait une réalité:

«Serait-il impossible que ce qui s'est passé en 1812 se renouvelât? Quelques centaines de mille hommes réunis à nos cosaques formeraient une armée d'un million de soldats sous le commandement d'un Davydow, d'un Fiegner ou d'un Isslavyn (il y en a des centaines parmi nous). Ces hommes franchissant les frontières, engageraient une guerre de guérillas, détruisant et anéantissant tout. Ils auraient bientôt fait de paralyser les forces des armées alliées en fondant en masse sur elles et en réduisant à l'impuissance leur stratégie et leurs calculs les plus scientifiques.

St. Pétersbourg, 8. 5. 1889.

La guerre rappellerait, il est vrai, les hauts faits de Tschingis et de Tamerlan; — tant mieux! Nous atteindrions d'autant plus vite notre but, mais à la condition de nous défaire de nos préjugés de sentimentalisme inopportuns et nous mettre bien dans l'esprit que tout peuple qui combat doit faire usage des moyens de vaincre sans les choisir. Les dernières découvertes de matières explosibles, les fusils à répétition, les armes à longue portée, nos cavaliers des steppes les équivalent. L'unique question est de savoir qui arrivera le premier au but. La grande lutte des Etats du Sud contre les Etats du Nord en Amérique, l'expérience de 1812 nous ont clairement démontré la valeur des hordes de cavalerie bien dirigées. La Russie est l'Empire le plus riche en ressources de ce genre, les troupes irrégulières, c'est-à-dire nos cosaques, les habitants du Caucase et les populations nomades d'Asie, successeurs de ces cavaliers célèbres qui en selle ont conquis la moitié du monde, n'ont rien perdu de leur puissance. L'Europe le sait et a raison d'avoir peur.»

Le Ministre de l'Intérieur, Comte Tolstoi, est mort hier soir. Le défunt était strictement conservateur. Le projet de réforme administrative dont il a été beaucoup parlé et qui devait être le couronnement de sa carrière administrative, disparaîtra probablement en même temps que son auteur. Le Comte Tolstoi avait été très combattu lorsqu'il était à la tête du Ministère de l'Instruction Publique pour avoir relevé et développé les études classiques peu en faveur en Russie.

55.

Graf Lichtervelde, Geschäftsträger in Wien.

Vienne, le 3 juin 1889.

Ce n'est point le toast du Czar en l'honneur du seul ami vrai de la Russie, ce n'est point l'annonce du mariage de la fille de ce Prince avec l'un des Grands-Ducs qui soit de nature à diminuer les appréhensions que suscitent dans les cercles politiques de Vienne les derniers événements de Serbie. Depuis

l'abdication du Roi Milan l'on n'a cessé ici d'observer avec inquiétude les nuées d'orage qui s'amoncellent peu à peu sur les pentes des Balkans, et le discours de celui que les Slaves considèrent comme le premier de leur race, a résonné comme un coup de tonnerre au milieu de ce ciel chargé de nuages. Quel écho y répondra de la part de populations surexcitées où l'insuffisance des pouvoirs établis ne s'est que trop manifestée lors des journées sanglantes qui ont abouti à l'incarcération de l'un des Chefs de parti qui présentait le plus de garanties pour exercer dans son pays une influence favorable aux intérêts austro-hongrois?

Si l'on considère en effet la suite des événements qui se sont écoulés depuis trois mois sur les bords de la Save, en ayant égard d'un côté à la position essentiellement conservatrice et amie du status quo que la variété de ses populations recommande à l'Autriche dans la Péninsule des Balkans, et d'un autre côté aux avantages qui résultent nécessairement pour les idées panslavistes de toute modification à cet équilibre instable, il n'y a pas à se dissimuler qu'il existe à la frontière méridionale de l'Empire une fermentation dangereuse pour le repos de l'Europe. Les journaux officieux peuvent bien cacher leur désappointement en présence de ces phénomènes d'évolution vers un autre pôle; la presse indépendante qui n'est pas tenue aux mêmes égards, ne se gêne pas pour exprimer plus ouvertement ses craintes et son mécontentement; les cercles politiques de la capitale sont portés à corroborer ces appréciations. On s'explique que la Russie étant plus éloignée, son influence ne se fait pas sentir sous la forme peu séduisante d'exigences commerciales que revêt nécessairement celle d'une puissance voisine qui tient à développer les débouchés pour les produits de son industrie. Il n'est pas étonnant que les Serbes écoutent avec assez d'attention la parole engageante d'agents qui ne négligent pas les avantages que leur donnent la communauté de religion et les affinités de langage et de culture. Depuis l'action un peu vive que ces agents ont manifestée en Bulgarie, il y a trois ans, ils sont revenus en effet à des moyens de persuasion qui contrastent agréablement avec les questions de tarif et de

trafic des frontières. On préfère donc un protecteur lointain à un protecteur voisin, quitte à s'en repentir plus tard.

L'incident de la saisie des chemins de fer serbes qui est venu s'ajouter aux complications dérivant de l'émeute, n'est pas de nature à simplifier la solution des difficultés. L'on est fort préoccupé de cette question accessoire à l'ambassade de France à Vienne.

56.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, 6. Juni 1889.

Le toast de l'Empereur de Russie au Prince de Monténégro a causé une fâcheuse impression ici. On pouvait s'attendre à autre chose après la marque éclatante d'amitié que l'Empereur d'Allemagne avait donnée au Czar dès le début de son règne. De plus, cette démonstration est curieuse à observer comme symptôme.

Vous savez depuis longtemps, Mon Prince, ce que l'on pense à Berlin de la politique de la Russie. On ne met en aucun doute les intentions pacifiques du Czar dont la droiture et la loyauté sont au-dessus de tout soupçon, mais on se demande combien de temps S. M. pourra résister aux intrigues panslavistes dont Elle est entourée. Il est d'autant plus à craindre que le Czar ne dévie, que colère et borné, il ne se rend pas toujours compte de la portée de ses actes. Plusieurs fois déjà il a fallu toute l'habileté de M. de Giers pour modérer dans la forme des ordres donnés par l'Empereur et dont l'exécution littérale eût mené tout droit à un conflit. Malgré ces tempéraments la politique extérieure de la Russie n'est pas précisément d'accord avec les vues pacifiques de l'Empereur. Elle conserve dans les Etats des Balkans des diplomates de bas étage dont les intrigues ne sont un mystère pour personne.

Enfin l'humeur manifestée en Russie à l'occasion de la visite du Roi d'Italie à Berlin témoigne une mauvaise conscience. Une ligue purement défensive devrait être absolument indiffé-

rente à une Puissance qui n'aurait aucune arrière-pensée belliqueuse. On a remarqué que pendant la visite du Roi d'Italie l'Ambassadeur de Russie a quitté Berlin sous un prétexte assez futile.

Je crois qu'on s'est fait de grandes illusions en Russie sur les résultats de la visite de l'Empereur d'Allemagne à St. Pétersbourg. On a compté non seulement sur l'abstention de l'Allemagne dans les affaires d'Orient et sur des conseils de modération donnés à Vienne qui n'ont pas fait défaut, mais sur une pression qu'il était absurde d'espérer.

Tout cela n'indique aucun danger immédiat, mais prouve que, malgré la période d'accalmie que nous traversons, rien n'est changé depuis l'année dernière. Le maintien de la paix est toujours aussi précaire, parce qu'elle ne repose pas sur l'accord des Puissances, mais sur l'effroi qu'inspire l'union des forces de l'Europe Centrale.

57.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, 14. Juni 1889.

J'ai interrompu la rédaction du présent rapport pour aller au Ministère des Affaires Etrangères où l'on m'a parlé de la Russie. Auparavant chaque fois que la politique de cette Puissance était discutée, on ne manquait pas de dire que l'on avait pleine confiance dans les intentions pacifiques du Czar. On se prononce maintenant avec moins d'assurance. On admet le danger des influences panslavistes et on reconnaît que les conseils prudents de M. de Giers sont une médiocre garantie, parce que ce Ministre se trouve le plus souvent en présence de faits accomplis auxquels il n'a eu aucune part. Tout récemment la Russie a été sur le point de commettre une grosse faute en se brouillant avec la Roumanie. On peut encore contenir les intrigues des panslavistes en Russie même, mais dans les Etats des Balkans ils sont à peu près les maîtres de créer à leur fantaisie une cause de conflit. Si la situation est bonne en Bul-

garie et s'est améliorée en Roumanie, il faut reconnaître qu'elle devient de plus en plus mauvaise en Serbie et dans le Monténégro. On espère toutefois que le Gouvernement russe réfléchira et se rendra compte de l'infériorité de son armée qui, malgré les progrès accomplis, est encore loin d'avoir la valeur de l'armée allemande.

Pour me résumer je dirai que ce que j'ai entendu n'est pas encore un cri d'alarme. On croit toujours à la paix, mais on est loin de l'absolue sécurité d'autrefois. La preuve que l'on ne s'attend cependant à aucun événement immédiat est que le Comte de Bismarck part ce soir pour son congé annuel d'été, laissant l'intérim du Ministère au Comte de Berchem.

58.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 19 juin 1889.

La Russie s'est recueillie pendant quelque temps après l'échec de la mission du Général Kaulbars en Bulgarie; mais reconnaissant bientôt la faute qu'elle a commise en voulant s'imposer d'autorité aux Bulgares, déjà plus ou moins jaloux de leur indépendance, elle a repris son travail souterrain qui lui a toujours mieux réussi chez ces populations. Profitant des luttes de parti en Roumanie, elle est parvenu à amener au pouvoir à Bucarest un président du Conseil appartenant au groupe politique qui lui conserve ses sympathies.

Le divorce du Roi Milan, et son abdication qui en a été la conséquence, lui ont fourni l'occasion de reprendre au détriment de l'Autriche-Hongrie son influence perdue à Belgrade. Aujourd'hui la propagande panslaviste, encouragée par le fameux toast du Czar en faveur du Prince de Monténégro s'y exerce au grand jour, avec une activité redoublée, ainsi que dans toute la Péninsule des Balkans avec l'appui puissant du clergé et plus ou moins d'accord avec le gouvernement de M. Ristitch.

Le représentant de la Russie à Belgrade, M. de Persiani, qui tout en n'ayant pas encore soumis à la régence la convention

militaire dont ont parlé les journaux, ces jours derniers, trouve chez cet homme d'état, chez son gouvernement, et dans le parti libéral les dispositions les plus favorables à suivre ses inspirations. Tout se prépare donc en vue d'une action sérieuse dans les Balkans.

L'article à sensation d'un journal de Belgrade, «Les Male Nowiny», qui pose comme conditions de la neutralité de la Serbie, la cession de la Bosnie et de l'Herzégovine et des territoires slaves de la Dalmatie et de la Hongrie, encouragé par l'appui accordé d'une façon si éclatante au Prince de Monténégro, et publié peut-être pour embarrasser le Gouvernement et irriter l'Autriche, n'est pas cependant, malgré son peu d'importance pratique, en désaccord avec les pensées secrètes des hommes qui dirigent en ce moment les affaires de la Serbie et les aspirations nationales.

La Serbie acquise aux vues du cabinet de St. Pétersbourg, la Bulgarie ne tardera pas à être entraînée dans la même voie, et la Roumanie se verra obligée aussi de se soumettre à ses exigences.

La Russie sent d'autant plus la nécessité de reprendre le cours de sa politique traditionnelle en Orient, qu'elle ne veut pas laisser se consolider l'autonomie des Etats qui lui rendrait plus difficile sa marche sur Constantinople. Mais elle comprend que pour atteindre son but, elle va avoir à lutter sérieusement avec l'Autriche, et elle ne voudra pas entreprendre cette campagne avant d'avoir réuni tous les éléments de succès. Ses préparatifs militaires ne sont pas terminés encore; les commandes très considérables d'engins de guerre faites en France ne sont pas prêtes encore, et elle voudrait avant d'entrer en campagne, attendre la fin de l'exposition de Paris et les résultats des prochaines élections pour s'assurer si elle ne pourrait pas trouver dans le gouvernement Français cet allié qui lui a manqué jusqu'à présent et qu'elle désire ardemment.

Ce ne sera donc guère qu'au printemps prochain que l'on croit à St. Pétersbourg pouvoir entamer la grande lutte qui se prépare, et dont le succès assurerait la conquête du Bosphore, ce rêve de toutes les Russies.

L'Autriche-Hongrie qui tient au maintien de la paix aussi longtemps que ses intérêts vitaux le lui permettront, se rend compte de la gravité de la situation mais évite avec soin toutes les mesures contre les agissements panslavistes en Serbie qui pourraient provoquer ou précipiter des conflits avec la Russie. Elle ne néglige pas pourtant de se tenir prête aux éventualités qui pourraient surgir. Elle prend discrètement toutes les mesures militaires, les armements se poursuivent avec activité; il a été décidé de poser des doubles voies aux chemins de fer stratégiques qui en manquaient encore. De nouveaux crédits vont être demandés pour l'armée aux prochaines Délégations, un cordon militaire a été établi aux frontières Serbes sous prétexte d'empêcher les incursions des bandes de brigands, mais en réalité pour mettre les territoires occupés à l'abri des tentatives insurrectionnelles panslavistes. Le génie militaire a pris aussi et continue à prendre des mesures défensives pour empêcher à un moment donné l'invasion de bandes monténégrines en Herzégovine.

Le gouvernement I^{al} et R^{al} continue à envisager la situation avec autant de calme que de décision. Il répudie les assertions des journaux qui considèrent inévitable à courte échéance la guerre en Orient et il exprime la conviction que *cette année* encore la paix ne sera pas rompue; mais dans les cercles politiques on doute beaucoup que la guerre tant redoutée, puisse être évitée au printemps prochain.

Le monde des affaires qui considérait déjà ces jours derniers cette terrible éventualité comme inévitable et dont les appréhensions s'étaient manifestées par une baisse considérable de toutes les valeurs à la bourse de Vienne, ne s'est un peu rassuré que par la nouvelle de la visite de l'Empereur Alexandre à la Cour de Berlin.

59.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 13 juillet 1889.

Un de mes collègues a rencontré le Comte de Bismarck dans la ville d'eaux où Son Excellence fait une cure en ce moment.

Berlin, 13. 7. 1889.

Le Comte de Bismarck lui a dit qu'il n'est pas satisfait de la tournure que prennent les affaires en Roumanie.

Le Gouvernement allemand doit être encore plus mécontent de ce qui se passe en Serbie. En dépit des assurances données par M. Ristitch lorsqu'il a pris la régence, ce pays encline visiblement de plus en plus du côté de la Russie.

La Roumanie ne songe sans doute pas à prendre une attitude agressive. La force des choses a d'ailleurs obligé le ministère Catardji à mitiger ses sympathies russes.

Il est plus facile aussi de parler de l'ancien empire serbe que d'essayer de le restaurer. Dominée de tous côtés par des garnisons autrichiennes et intimement liée à la Hongrie par ses intérêts commerciaux, la Serbie n'est pas capable de prendre seule l'initiative d'un mouvement; mais il y a du vrai dans ce qu'a dit un député aux délégations c'est-à-dire qu'en cas de guerre la Serbie et la Roumanie du temps du Roi Milan et du ministère Bosetti Carp eussent immobilisé deux cent mille Russes et que maintenant la situation est retournée au détriment de l'Autriche.

L'Allemagne se désintéresse pour elle-même de la péninsule des Balkans mais son alliance avec l'Autriche-Hongrie est trop étroite pour qu'elle ne soit pas atteinte par tout ce qui touche cette monarchie.

Pour mesurer le terrain perdu par la triple alliance il faut aussi tenir compte de l'opposition que lui font les radicaux italiens et hongrois et du triomphe électoral récent des jeunes Tschêques en Bohème, ainsi que de la bouderie de plus en plus accentuée de la cour et du gouvernement de Russie.

Tout cela n'est sans doute pas de nature à détruire ni même à ébranler la triple alliance qui repose sur l'accord des souverains, des cabinets, de l'unanimité des Allemands et de la majorité des peuples en Italie et en Autriche-Hongrie; aucun des événements auxquels je viens de faire allusion n'a une grande importance en lui même; c'est en les considérant dans leur ensemble qu'on voit ce qu'ont perdu dans ces derniers mois les puissances de l'Europe centrale.

Les conclusions de mon rapport du 20 avril No. 679/404 sont toujours exactes et j'aurais plutôt des raisons de les confirmer que de les rétracter.

60.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 12 octobre 1889.

L'Empereur de Russie est enfin arrivé hier matin à Berlin et en repartira demain soir. Une visite sur laquelle le doute a plané si longtemps, et si tardivement faite, peut à peine compter pour un acte de courtoisie. Comme si le Czar avait eu l'intention de la rendre le moins aimable possible, il ne s'est pas fait accompagner de l'Impératrice qu'il vient de quitter à Copenhague et qui le rejoindra en territoire prussien pour continuer le voyage vers St. Pétersbourg.

Les sujets du Czar se sont mis à l'unisson de leur Souverain. La presse russe toute entière, à l'exception du «Grashdanin», représente l'entrevue comme une politesse sans conséquence. Elle ne cache pas la mauvaise humeur que lui cause le voyage à Constantinople. Elle répète que l'impossibilité d'une alliance entre un Empire autocratique et une République est un préjugé dont on est revenu depuis longtemps.

Du côté allemand on ne montre pas plus d'empressement. La Cour a été polie, cela va sans dire, mais la population a fait au Czar un accueil glacial. La noblesse est encore à la campagne; elle y est restée. La foule qui remplissait les rues maigrement pavoisées sur le passage du cortège Impérial, était respectueuse, mais silencieuse. La troupe seule a poussé des vivats au commandement. Quel contraste avec la réception enthousiaste tout récemment faite par le peuple de Berlin au Roi d'Italie et à l'Empereur d'Autriche.

Il est bon néanmoins que la visite du Czar ait eu lieu. Elle prouve qu'une rupture n'est pas imminente, mais il n'est pas probable qu'elle produise d'autres résultats.

Le Prince de Bismarck revenu tout exprès de Friedrichsruhe,

quoique M. de Giers ne soit pas venu à Berlin, a eu hier à quatre heures et demie une audience du Czar. Il en aura sans doute profité, s'il en a eu l'occasion, pour entretenir S. M. de la situation européenne. Il l'aura fait avec sa franchise et son talent habituel et aura cherché à persuader le Czar du caractère éminemment défensif de la Triple Alliance. Si, par hasard, il aurait réussi, on aura trop d'intérêt à le proclamer pour que nous l'ignorions longtemps, mais je doute que la démarche du Prince de Bismarck serve à quelque chose. On a déjà démontré à satiété que la Triple Alliance ne menace personne. Cela n'a pas empêché la Russie de s'éloigner peu à peu de l'Allemagne, malgré le désir hautement exprimé par l'Empereur Guillaume II, dès le début de son règne, de reprendre avec le Czar les relations d'amitié qui existaient entre les Empereurs Guillaume I et Alexandre II. Par ménagement pour la Russie l'Allemagne s'est effacée dans les affaires orientales, mais il faut à la Russie plus et mieux que l'abstention. Ce qu'elle demande, c'est qu'on oblige l'Autriche et l'Italie à sacrifier leurs intérêts en Orient, c'est-à-dire l'impossible. Pour lui complaire il faudrait sans doute renoncer aussi à l'amitié récemment établie avec l'Angleterre. L'Empereur vient de montrer le haut prix qu'il y attache, par la visite qu'il a faite à la flotte anglaise à Kiel. Quand même le Prince de Bismarck parviendrait à dessiller les yeux au Czar, mal entouré, mal informé, mal conseillé, il n'aurait obtenu qu'un succès aussi éphémère que celui de l'entrevue de 1887, quand il a dévoilé l'intrigue des faux documents bulgares. Rentré à St. Pétersbourg le Czar devra de nouveau compter avec les forces révolutionnaires. Il n'est pas le maître chez lui. L'agitation panslaviste représente au fond les aspirations de tous les Russes. Il n'y a de divergence entre eux que sur la date et les moyens d'exécution.

En Allemagne aussi le terrain est mal préparé pour une réconciliation. On la désirait par amour de la paix, mais on n'y compte guère. Ce serait du reste affaire de calcul et non de sympathie. On est fatigué des coquetteries de la Russie avec la France et on a fini par en vouloir plus aux Russes qu'aux Français. On comprend et on excuse jusqu'à un certain

point chez ceux-ci le désir de la revanche, mais on croit aussi que 70 serait plus aisément oublié, si de Moscou on ne faisait pas toujours miroiter aux yeux de la France la possibilité d'une alliance russe.

J'ai donc peur que l'entrevue de Berlin, survenue entre la visite à Kiel et le voyage à Constantinople, n'ait aucun résultat politique. La banalité des toasts que se sont portés hier les Empereurs au dîner de gala, semblerait prouver qu'aucun rapprochement n'a eu lieu.

Le soir, au théâtre gala et au cercle les deux Empereurs avaient l'air de fort mauvaise humeur.

La situation restera donc après comme avant telle que je l'ai dépeinte dans mon rapport de samedi dernier. L'antagonisme est dans la force des choses. Les Souverains et les hommes d'Etat n'y pourraient rien changer, quand même ils en auraient la volonté.

Je vois par vos dépêches que les informations de mes collègues concordent avec les miennes. Je n'ai qu'une seule observation à présenter au sujet des communications que vous avez eu la bonté de m'adresser. Croyez-vous que la Triple Alliance ait engagé une action à Constantinople au sujet des affaires de Bulgarie? Ne s'agit-il pas seulement de l'Autriche et de l'Italie?

Je serais étonné que l'Allemagne se soit mise en avant, d'autant plus qu'elle peut accomplir l'évolution dont je vous parlais récemment, sans rien changer à son langage officiel. Si on l'interroge, l'Allemagne continuera à dire qu'elle n'a pas de politique bulgare; elle protestera même pour la forme, si l'on veut, dans le cas où le traité de Berlin serait violé, mais elle ne retiendra plus ses alliés, si ceux-ci veulent agir plus activement, et cela suffit.

Nous n'avons pas à nous préoccuper outre mesure de la stérilité de l'entrevue de Berlin. La Triple Alliance a été précisément conclue pour contenir à la fois la Russie et la France. Elle est aussi solide que jamais. Elle a pleinement atteint son but, et il n'y a pas de raison de craindre qu'elle soit à l'avenir au dessous de sa mission.

Berlin, 15. 10. 1889.

61.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 15 octobre 1889.

J'ai la satisfaction de pouvoir vous mander que l'entrevue des deux Empereurs a beaucoup mieux fini qu'elle n'avait commencé et qu'on n'aurait pu s'y attendre d'après la froideur et la contrainte du début. Une détente s'est produite le dernier jour. Le Czar a laissé une bonne impression ici, et on a lieu de croire qu'il emporte une impression semblable de Berlin. Comme marque d'amitié les deux Empereurs ont pris les insignes et le chiffre l'un de l'autre.

Malgré l'audience de 80 minutes du Prince de Bismarck chez le Czar il ne paraît pas qu'il y ait eu des arrangements sur des questions déterminées. Tout se réduit donc à un rapprochement personnel entre les Souverains. C'est quelque chose, mais pas assez. Je vous ai écrit déjà d'avance pour quelles raisons j'attache une minime importance politique à cet événement, et je ne crois pas que la bonne harmonie soit solide et durable. Je ne suis pas le seul à penser ainsi. L'Ambassadeur d'une Puissance de la Triple Alliance me disait hier: «c'est un répit, voilà tout.» Je doute qu'on s'attende à plus ici.

62.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 23 octobre 1889.

J'ai encore appris quelques détails sur cette entrevue et je crois devoir vous en faire part, quoiqu'ils ne modifient pas dans ses lignes générales la situation telle que je vous l'ai dépeinte.

Il paraît que les défiances de l'Empereur de Russie étaient encore plus fortes que je ne le croyais. S. M. est arrivée ici imbue de l'idée que l'Allemagne préparait une agression contre elle. Il est difficile de comprendre comment S. M. peut être aussi mal informée et se méprendre si complètement sur le but et les tendances de la Triple Alliance. L'entretien du Czar

avec le Prince de Bismarck aura donc été d'une haute utilité, puisqu'il aura servi à écarter cet étrange préjugé, au moins pour un temps et jusqu'à ce que S. M. retombe sous l'influence des panslavistes. Le Czar est parti d'ici sachant que l'Empereur veut sincèrement la paix et rassuré sur le récent voyage en Angleterre et sur la prochaine visite à Constantinople qui avaient, paraît-il, fait naître ses soupçons.

Il est exact que l'Empereur a été invité à se rendre l'année prochaine aux grandes manœuvres de l'armée russe et qu'il a accepté cette invitation. Je vous en avais déjà envoyé la nouvelle, mais sans pouvoir la garantir, d'après un renseignement du journal la «Post».

Il est exact aussi que les deux Empereurs étaient convenus de porter les insignes d'aide de camp l'un de l'autre. C'était l'Empereur Guillaume qui avait pris l'initiative de cet échange. Depuis on a fait observer à Leurs Majestés que la chose était sans précédents, il a été arrêté que chacun des deux Empereurs porterait seulement le chiffre de l'autre.

63.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 30 novembre 1889.

Le discours d'ouverture du Reichstag nous garantissait la paix pour l'année prochaine.

Le Roi d'Italie vient de dire en ouvrant le Parlement italien que la paix est mieux assurée qu'elle ne l'a été depuis longtemps, et n'a pas cru devoir assigner un terme à sa confiance.

Cette nuance a été très remarquée ici. Elle correspond à une amélioration réelle de la situation.

Les élections ont conservé à la France dont l'amour-propre a été satisfait par le succès de l'exposition, un Gouvernement pacifique, trop faible du reste pour diriger une guerre, quand même il voudrait l'entreprendre.

Les panslavistes se tiennent ...[1]) et ne paraissent pas croire

[1]) Ein Wort unleserlich.

le moment venu pour tenter de reprendre l'influence sur le Czar perdue depuis l'entrevue de Berlin.

Le changement de Ministère en Roumanie a modifié la situation dans la Péninsule des Balkans dans un sens favorable à la Triple Alliance en écartant du Gouvernement les vieux conservateurs suspects de tendances russes.

La Russie semble résignée à laisser aux événements de Bulgarie leur cours naturel. Dans ces conditions l'Autriche n'a ni intérêt ni désir de sortir de sa réserve.

Une alliance entre la France et la Russie paraît plus improbable que jamais.

S'il est vrai que M. Crispi ait eu des tendances belliqueuses, il les a désavouées si solennellement qu'il lui est impossible de changer brusquement de politique.

L'affaire crétoise paraît finie par l'amnistie que le Sultan a accordée sur le conseil de toutes les grandes Puissances.

L'agitation essayée par la Grèce n'a trouvé d'appui nulle part et semble devoir se dissiper en vains discours.

D'après ce qui m'a été dit au Département des Affaires Etrangères, aucune affaire n'est en cours de discussion entre les Puissances. Le calme est complet.

Il y a donc un progrès réel dont il serait dangereux néanmoins de s'exagérer la mesure. Le Roi d'Italie limitant lui-même la portée de ses assurances pacifiques s'est hâté d'ajouter que toutes les questions ne sont pas résolues. Elles ne sont en effet qu'ajournées. La preuve que telle est l'opinion des Cabinets, est que les concentrations de troupes continuent sur la frontière russe au grand détriment du reste de l'armée russe cantonnée dans des villages polonais où l'instruction des troupes doit beaucoup souffrir. La même chose est attestée par les armements que l'Italie et l'Allemagne continuent malgré l'épuisement du premier de ces pays et le mauvais effet que les dépenses militaires produiront probablement ici sur les prochaines élections du Reichstag, notamment en Wurttemberg et en Bade.

Tout cela serait au moins superflu, si l'on croyait la paix définitivement assurée. Elle ne l'est en réalité que par la force

de la Triple Alliance, mais c'est déjà beaucoup que celle-ci puisse constater un succès et nous garantir pour quelque temps encore la continuation de la tranquillité dont nous jouissons.

64.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 14 août 1890.

M. le Baron de Marschall m'a dit hier que la visite de l'Empereur en Angleterre a été avant tout une affaire de famille. On y a fort peu parlé de politique sauf pendant l'audience que S. M. a donnée à Lord Salisbury. L'Empereur a passé en revue avec le Premier Lord de la Trésorerie les différentes questions pendantes et a constaté que l'accord est parfait sur tous les points. Comme résultat de l'entrevue il y a lieu de compter, dit le Baron de Marschall, que l'Angleterre interviendra un peu plus activement qu'elle ne l'a fait jusqu'à présent, pour appuyer les efforts de la Triple Alliance dans le sens de la conservation de la paix.

Lord Salisbury est toujours préoccupé, dit M. le Secrétaire d'Etat des Affaires Etrangères, de ne pas paraître entrer dans des engagements qui pourraient entraîner l'Angleterre à la guerre. L'Allemagne ne lui demande pas une alliance qu'un Ministère anglais ne pourrait pas contracter sans être renversé le lendemain. Il lui suffit de constater que des relations d'amitié existent et deviennent de plus en plus intimes et de savoir que des intérêts identiques inspirent une politique semblable.

En résumé la signification de la récente visite de l'Empereur à Osborne est la même que celle de l'entrevue de l'année dernière, avec cette différence que les bons rapports se sont encore affermis par la convention relative à l'Afrique qui a écarté ce qui pourrait les troubler.

Il est difficile, dit M. de Marschall, d'aller plus loin avec l'Angleterre gouvernée par un Parlement plus préoccupé de la question irlandaise et d'autres affaires intérieures que de politique internationale.

Berlin, 14. 8. 1890.

Les paroles de M. de Marschall indiquent que l'action de l'Allemagne en Angleterre continue à s'exercer dans un sens uniforme.

L'Angleterre très blessée en 1885, lors de la question afghane, qu'on lui eût fermé les détroits, se recueillait et n'intervenait plus que dans les affaires où elle avait un intérêt direct. Depuis que le rapprochement entre les deux Cours et les deux Gouvernements a eu lieu, le Cabinet de Berlin ne cesse de travailler à animer l'Angleterre à reprendre sa place et son influence dans la politique générale de l'Europe.

65.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 28 août 1890.

Je suis en mesure de vous transmettre quelques détails touchant l'entrevue à Osborne de l'Empereur Guillaume avec Lord Salisbury; ils confirment, comme vous le verrez, ce que vous m'avez fait l'honneur de me mander dans votre dépêche d'avant-hier.

Au début de l'entretien il a été question de l'heureux accord par lequel les limites des possessions anglaises et allemandes en Afrique ont été fixées et qui a mis un terme aux difficultés survenues inopinément entre les deux Etats. Après des félicitations mutuelles à ce sujet, l'Empereur a exprimé l'espoir que cette première entente en amènerait une autre plus importante encore puisqu'elle ajouterait une force nouvelle à l'œuvre poursuivie par l'Allemagne, l'Autriche et l'Italie en vue d'assurer la paix européenne. Lord Salisbury, qui fort probablement s'attendait à une proposition de ce genre, n'a pas hésité à répondre que les sympathies de la Reine et de son Gouvernement étaient acquises au but que s'étaient proposé les trois alliés; mais que l'opinion du pays, d'accord en cela avec les traditions de la politique anglaise, s'opposait à des engagements que ne commandait pas une nécessité immédiate et dont la première conséquence serait d'aliéner dans une certaine mesure toute liberté d'action et tout droit d'initiative.

Une déclaration aussi nette a prévenu les considérations que l'Empereur se préparait évidemment à faire valoir à l'appui de sa proposition. Le caractère de l'entretien a changé et l'on s'est borné, de part et d'autre, à une simple causerie sur les événements dont l'Europe et l'Amérique ont été récemment le théâtre.

Je ne crois pas me tromper en résumant ainsi la pensée du Marquis de Salisbury: «Tant qu'il n'interviendra pas entre la Russie et la France un pacte formel et d'une exécution prochaine, il importe que l'Angleterre évite de lier son action à celle d'aucune autre puissance; mais le jour où ce pacte sera conclu, l'Angleterre doit adhérer à la triple alliance et se préparer résolument à toutes les éventualités que cette adhésion peut lui faire encourir.«

66.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 30 août 1890.

Je vous remercie de votre dépêche du 27 de ce mois Dir. A No. 2714. L'événement a confirmé les prévisions dont vous voulez bien me faire part et celles que j'avais eu l'honneur de vous soumettre par mon rapport du 16. Le voyage de l'Empereur d'Allemagne en Russie n'a amené aucun changement dans la situation respective des puissances et ni du côté allemand ni du côté russe, on n'a proposé de solution aux questions pendantes; mais ces questions ont fait l'objet d'entretiens entre les deux Souverains et l'Empereur d'Allemagne est revenu très satisfait de ce qu'il a entendu. Il a trouvé le Czar toujours aussi ferme dans la volonté de maintenir la paix et de plus il a rapporté l'impression que Sa Majesté ne subit pas l'influence panslaviste qui pourrait rendre cette volonté illusoire.

L'Empereur de Russie ne veut rien entreprendre en Bulgarie. Il est persuadé qu'avec le temps, les événements ramèneront la légalité dans ce pays et rendront à la Russie l'influence à laquelle elle a droit.

Le Czar ne veut pas d'alliance avec la France. La forme du gouvernement de ce pays ne lui inspire pas de confiance et les bassesses qu'on fait en France pour obtenir son amitié, lui inspirent de la répugnance.

Sa Majesté a dit que ses relations avec l'Autriche sont bonnes; le caractère personnel de l'Empereur François Joseph lui inspire une vénération sincère. Elle déplore les influences hongroises qui se font sentir à la Cour de Vienne; mais Elle comprend qu'elles sont inévitables et qu'il n'y a rien à faire pour les combattre.

Vous voyez, mon Prince, que le Czar a parlé à cœur ouvert. L'Empereur d'Allemagne a été touché de cette franchise et a été charmé de la cordialité de ses rapports avec le Czar. Dans les entrevues précédentes ils n'étaient pas exempts d'une certaine contrainte.

Le général de Caprivi a aussi été bien reçu et a causé une bonne impression à la Cour de Russie.

Pendant la visite de l'Empereur le langage de la presse russe a été convenable. Il se produit une accalmie dans les journaux chaque fois que les souverains se rencontrent; après quoi la guerre de plume reprend de plus belle.

Il ne paraît pas que les questions commerciales aient été touchées. Les mesures ultra-protectionnistes dont la Russie a pris l'initiative et auxquelles l'Allemagne a répondu par des représailles, froissent beaucoup d'intérêts particuliers et contribuent à entretenir la haine et la défiance entre les deux nations. Il serait d'autant plus désirable d'y apporter quelques adoucissements qu'on pourrait ainsi augmenter les garanties de la conservation de la paix, sans rien changer au système des alliances; mais ici on est d'avis qu'il n'y a rien à faire de ce côté, au moins pour le moment.

Vous aurez appris par les journaux, mon Prince, que l'Empereur a dit à propos de l'annexion d'Helgoland, qu'il était heureux de réunir à l'empire la dernière parcelle de territoire allemand qui ne fût pas sous la domination allemande. Cette phrase a été interprétée comme un désaveu des prétentions des chauvins allemands qui convoitent les provinces baltiques.

Elle n'aura pas été étrangère au bon accueil qu'a rencontré l'Empereur en Russie.

Le général de Caprivi s'est plaint à M. de Giers de l'hostilité de la presse russe contre l'Allemagne. M. de Giers a répondu qu'il déplorait l'attitude des journaux; mais qu'il n'avait pas le pouvoir de les faire taire.

67.

Baron de Vinck, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 2 septembre 1890.

Voici l'Empereur Guillaume de retour dans ses Etats; l'entrevue de Narva, qui depuis six semaines faisait verser des flots d'encre aux journalistes étrangers, gent bourdonnante et échauffée, peut être jugée aujourd'hui avec une calme sérénité.

Ceux qui en attendaient une orientation différente de la politique de l'Empire, et qui voyaient déjà le Czar imprimer une direction nouvelle au gouvernail, en sont pour leurs craintes ou leurs espérances. Le langage de la presse russe toute entière, que le régime d'une censure draconienne a transformé bon gré mal gré en organes officieux est suffisamment significatif à cet égard.

Je n'en veux pas déduire toutefois que l'entrevue des deux Empereurs ne laisse derrière elle aucun sillon, et qu'avec la fumée de la dernière salve s'en soit dissipée la dernière trace: ce ne saurait être impunément que dans un Empire où tous les fils de la politique sont concentrés dans la main puissante du Chef seul de l'Etat. Celui-ci se trouve l'objet direct d'attentions personnelles aussi enveloppantes que celles dont l'Empereur Guillaume s'est efforcé de l'enguirlander. La forme, sinon le fond, de l'âpre lutte qui se poursuit contre l'influence allemande en Russie va se trouver momentanément adoucie; et la paix générale y trouvera sans doute une garantie de plus.

Un personnage ayant fait partie de la suite de SS. MM. durant leur séjour à Narva, m'a rapporté, au sujet de leurs rapports extérieurs, certains détails intéressants: ils m'ont

paru colorer d'une teinte fort nette le caractère réel d'une entrevue moins souhaitée, vous le savez, par Alexandre III que par son auguste visiteur, et même assez impatiemment subie.

L'attitude de l'Empereur Guillaume à l'égard de S. M. le Czar était, m'a-t-on dit, celle qu'une longue amitié antérieure (?) et l'intimité la plus parfaite (??) auraient naturellement amenée. Les chevaux du Czar piaffaient-ils avec un léger excès d'ardeur, l'Empereur d'Allemagne s'empressait d'aller les calmer lui-même de la voix et de la main; une boucle du harnachement de l'un d'eux s'était ouverte: l'Empereur Guillaume tint aussitôt à réparer lui-même ce dégât, et s'en acquitta, paraît-il, avec une simplicité cordiale dont il semblait vouloir accentuer le caractère.

Alexandre III avait, lors de sa dernière visite à Berlin, vaguement admiré le confort d'une voiture de campagne dans laquelle les deux Souverains étaient allés chasser aux environs de Potsdam; l'Empereur Guillaume n'a pas voulu manquer cette occasion d'amener à bord de son yacht et d'offrir au Czar un breack de ce modèle particulier construit spécialement pour Sa Majesté. Le don d'un „troika" — (attelage national russe comportant trois chevaux de front) — a immédiatement payé cette politesse, dont Alexandre III n'a pas voulu demeurer plus longtemps l'obligé.

Les toasts impériaux semblent depuis quelques années des événements fort graves: il s'en est produit, un peu partout, d'assez retentissants; et S. M. le Czar lui-même n'a dédaigné leur office ni lorsqu'il levait son verre en l'honneur du Prince de Monténégro «le seul ami de la Russie«, ni lorsqu'il portait en français l'an dernier à Berlin la santé de l'Empereur Allemand. On était donc fort curieux d'entendre comment les deux augustes hôtes termineraient le banquet de Narva.

Lorsque Alexandre III se leva, ce fut pour prononcer en russe cette phrase d'une concession qu'il serait permis de qualifier de lapidaire: «Je bois à la santé de l'Empereur allemand!« Peu d'instants après ce fut au tour de celui-ci de porter son toast. A la surprise générale, il le fit en russe, et en allongeant quelque peu la formule dont venait de se servir le Czar: «Je bois à la santé de SS. MM. l'Empereur et l'Impératrice, ainsi

qu'à la vaillante armée russe!« La langue allemande, tout comme la langue française, n'a donc point figuré dans cet échange de courtoisies; et la gracieuse attention dont témoignaient de la part de l'Empereur Guillaume les quelques mots de russe en usage «inter poculas« qu'il s'était donné la peine d'apprendre pour cette occasion, a fort délicatement flatté celui auquel elle s'adressait.

Pour n'allonger pas davantage ce compte-rendu de détails dont la futilité apparente ne m'échappe pas, j'en conclurai, avec tous ceux qui ont suivi de près ces incidents, que les prévenances de l'Empereur d'Allemagne ont été d'une nature telle qu'une certaine détente dans les rapports entre les deux Etats voisins en doit être inévitable.

Ce n'est pas à dire que leur politique générale en doive éprouver le moindre contre-coup; et l'on peut affirmer que de ce côté, le seul qui intéresse la paix du monde, chacun des deux Empereurs a maintenu ses positions.

68.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 3 septembre 1890.

Aux informations relatives au voyage de l'Empereur en Russie que j'ai eu l'honneur de vous transmettre par mon rapport du 30 août dernier, M. le Baron de Marschall a encore ajouté hier les détails suivants. Il m'a dit que l'accueil fait à S. M. avait été cordial, non seulement de la part du Czar, mais aussi de celle de la famille Impériale et en particulier de l'Impératrice.

Vous savez, Mon Prince, que l'Impératrice de Russie qui passe pour avoir beaucoup d'influence sur le Czar, semblait jusqu'à présent n'avoir pas oublié les griefs du Danemark contre l'Allemagne.

Dans ses entretiens avec l'Empereur le Czar a beaucoup insisté sur la solidarité des intérêts monarchiques et paraît disposé à tenir compte dans sa politique de ses relations et de ses affections de famille.

Berlin, 3. 9. 1890.

Enfin le Czar a l'air d'être le maître chez lui, et il n'y a pas d'apparence que le Comte Ignatieff et ses amis reprennent leur ancienne influence, au moins pour le moment.

M. le Baron de Marschall convient que ce n'est pas suffisant pour écarter tout sujet d'inquiétude. Le parti panslaviste existe toujours, quoiqu'il soit provisoirement réduit à l'inaction.

L'Empereur Alexandre II ne voulait pas non plus la dernière guerre d'Orient. Il a dû la faire cependant sous la pression de l'opinion publique.

La certitude que le Czar ne veut pas d'alliance avec la France et n'en voudra pas, aussi longtemps que ce pays sera constitué en République, n'a aussi qu'une valeur relative. Si l'Allemagne avait une guerre avec la Russie, elle serait attaquée par la France avec ou sans traité préalable.

La fermeté des intentions pacifiques du Czar constatée une fois de plus n'est donc pas une garantie absolue du maintien de la paix, mais les résultats de l'entrevue de Narva permettent d'affirmer que la situation est aussi bonne et aussi relativement rassurante qu'elle peut l'être, vu l'état général de l'Europe.

M. de Marschall ne paraît pas partager les illusions dans lesquelles les rapports des agents russes entretiennent le Czar, sur la probabilité d'une révolution qui ferait rentrer la Bulgarie dans la situation créée par le traité de Berlin.

69.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 17 septembre 1890.

Par une dépêche datée du 3 de ce mois . . . . . Prince, vous avez bien voulu me communiquer quelques renseignements sur l'entrevue de Narva; il en résulte notamment que le Czar ne veut pas d'une alliance avec la République française.

C'est aussi l'impression rapportée par les Français qui reviennent de St. Pétersbourg, mais ils ne persuadent personne. La chimère de l'alliance russe hante tous les esprits à Paris; elle ne provient pas uniquement du désir, fort naturel, de

s'appuyer sur une grande nation pour résister, le cas échéant, aux Etats coalisés du centre de l'Europe, elle est devenue ici une affaire du sentiment, comme beaucoup de questions politiques. L'engouement pour la Russie a gagné toutes les classes; cette Puissance est aussi populaire aujourd'hui sous la troisième République que la Pologne l'a été autrefois sous la seconde.

Les Français ne se rendent pas compte que leurs démonstrations agacent le Czar, en les dépréciant à ses yeux. Ils sont sincères dans leur entraînement et ne s'imaginent point que leur amitié puisse être à charge ou sembler compromettante. Beaucoup demeurent convaincus de l'existence d'une sorte d'entente. Si Alexandre III n'a certes pas conclu de traité, il aura pris, tout au moins, à ce qu'ils pensent, des engagements secrets. Dans ces conditions, l'arrivée à Paris du moindre personnage officiel russe acquiert les proportions d'un événement, et les Grands-Ducs ne peuvent plus venir en France, sans que l'on attache une signification politique aux visites de courtoisie qu'ils échangent avec les autorités et dont ils ne sauraient se dispenser au cours d'un voyage d'agrément.

La mode étant à la Russie, l'apparition d'un organe spécial, chargé de la célébrer, était inévitable. Le journal «L'Union Franco-Russe» a vu le jour lundi dernier, et j'ai l'honneur de vous transmettre sous bande son premier numéro. Son titre seul lui assurera quelques lecteurs et un succès de curiosité. Il suffit de jeter les yeux sur son programme et sur le tableau qu'il trace de la situation de l'Europe, pour voir qu'il ne fera que reproduire les dithyrambes de la presse parisienne en l'honneur de l'alliance russe. Loin de contribuer à la fonder, il ne peut que créer des embarras aux hommes politiques des deux pays.

Le contraste qui existe entre les institutions des deux peuples, n'est pas senti ni même remarqué à Paris; il rend seulement plus piquant le désir immodéré qu'éprouvent des républicains démocrates de complaire au Gouvernement le plus autocrate de l'Europe. Celui-ci a largement bénéficié de ces bonnes dispositions: il a trouvé à Paris un marché de premier ordre pour

ses valeurs dépréciées à Berlin; il a fait à des conditions avantageuses par l'entremise de la Maison Rothschild la conversion en 4% de différents emprunts montant à deux milliards de francs.

Aussi, sans lier partie avec un Gouvernement dont la forme même lui est antipathique, le Czar doit-il tenir à le ménager, à lui laisser espérer peut-être que le jour d'une union effective peut venir. Tel serait le sens des instructions données au Baron de Mohrenheim. On ne s'expliquerait pas, sans cela, qu'il n'ait pas décliné certaines invitations significatives, telle que celle du Préfet de la Seine-Inférieure au banquet du Conseil général. On ne comprendrait pas qu'il ne se soit jamais soustrait aux discours, aux aubades, aux ovations dont il est l'objet, quand il va prendre les eaux dans l'un ou l'autre département. Les dames de la Halle elles-mêmes sont venues complimenter, dans un but patriotique, Mademoiselle de Mohrenheim, fiancée à un officier français. Cette alliance de famille sera, sans doute, fêtée le mois prochain par la société parisienne comme l'image vivante de celle des deux nations.

L'Ambassadeur du Czar, quels que soient les sentiments personnels de son maître, semble donc avoir reçu l'ordre de ne pas rebuter par la tiédeur de son accueil des sympathies trop empressées à se manifester, de jouer, pour ainsi dire, le rôle d'une coquette qui ne veut décourager personne. Malgré l'absence d'engagements réels, étant donné l'enthousiasme inconsidéré propre à la nation française, il lui serait désormais bien difficile de rester l'arme au pied, si la Russie était entraînée dans une guerre européenne.

70.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 1er mars 1891.

Les conditions où la «Triple Alliance» se trouve réduite forment en ce moment l'objet de tous les entretiens. Je vais avoir l'honneur de résumer aussi succinctement que possible les appréciations qui se font autour de moi sur cette question.

La chute du Prince de Bismarck a permis à l'Autriche de se dégager de l'étreinte qui paralysait ses mouvements et de chercher à nouer de meilleurs rapports avec la Russie. D'un autre côté, l'Italie ayant presque épuisé ses ressources, inquiète d'un rapprochement éventuel — et qui même, assure-t-on, est déjà conclu — entre les Cabinets de Vienne et de St. Pétersbourg, alarmée surtout par les soubresauts de la politique allemande, a voulu mettre un terme à l'éloignement qui la séparait de la France. Le raccommodement entre les deux pays n'a pas encore eu lieu; mais il a cessé d'être impossible, et, même, plusieurs indices le rendent fort probable. Ne pouvant plus compter sur l'asservissement de l'Autriche et de l'Italie, l'Allemagne a songé à pressentir le Cabinet de Paris sur le moyen de rendre moins hostiles les sentiments dont la République était animée contre elle. N'ayant pas tardé à se convaincre que des démarches dans ce sens échoueraient misérablement à moins de consentir à d'énormes sacrifices, elle manifeste aujourd'hui le désir de contracter une alliance intime avec l'Angleterre. Il va sans dire que celle-ci, dominée en ce moment par des considérations commerciales, se montre peu disposée à compromettre des intérêts de premier ordre en accueillant à la légère les propositions émanant d'un Souverain qui s'agite beaucoup, qui réfléchit peu, qui parle et écrit à tout propos et dont les vues politiques paraissent absolument dénuées de toute cohérence et de toute maturité.

En admettant l'exactitude de ce qui précède, on peut en conclure que, si M. de Bismarck avait réussi à isoler la Russie, l'Allemagne à son tour va se trouver très prochainement dans le même cas.

71.

Graf du Chastel, Geschäftsträger in Berlin.

Berlin, le 6 mars 1891.

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre confidentielle du 4 de ce mois que vous avez fait parvenir à la Légation par l'intermédiaire du courrier de S. M. britannique, et je vous en remercie.

Les renseignements qu'elle renferme, confirment en tout point ce que la Légation sait de la politique générale.

Bien que la Triple Alliance se maintienne, il est évident que la chute du Prince de Bismarck et celle de M. Crispi ont détaché quelques anneaux de la chaîne qui unait les trois Puissances entre elles. Le Comte Kalnoky resté seul des trois hommes d'Etat qui personnifiaient jusqu'à l'année dernière la Triple Alliance, a profité, si j'ose m'exprimer de la sorte, de son droit d'ancienneté vis-à-vis de ses nouveaux collègues d'Allemagne et d'Italie pour suivre une politique un peu plus personnelle.

L'Allemagne et l'Italie ont suivi l'exemple de l'Autriche et, sans entente préalable, ont tenté des rapprochements avec d'autres Puissances, moins en vue d'alliances que pour savoir à quoi s'en tenir au cas où par la force des circonstances, la Triple Alliance se dissoudrait. Il n'est cependant, s'il faut en croire les hauts personnages de l'Empire, nullement question d'un refroidissement dans les relations des trois Puissances alliées. La Triple Alliance est toujours debout.

En ce qui regarde le rapprochement tenté entre la France et l'Allemagne, s'il est vrai que cette dernière Puissance ait fait les premières avances, il est non moins vrai qu'elles n'avaient pas été repoussées par le Gouvernement de la République. Celui-ci, vous le savez par les confidences de M. de Holstein au sujet de la question égyptienne, avait espéré profiter des circonstances pour obtenir quelques concessions de l'Angleterre.

Il est toujours naturel, avec ce que l'on sait ici et après le mécontentement causé par les événements de Paris que l'Allemagne se rapproche de l'Angleterre. Elle sait que ce rapprochement est particulièrement désagréable à la France dans ce moment. Les relations entre l'Allemagne et l'Angleterre sont déjà sur un bon pied. Dans ces derniers jours la famille Royale d'Angleterre a été outrée de ce qui est arrivé à Paris à l'Impératrice Frédéric. L'Empereur et la Chancellerie de Berlin en profitent pour rendre plus intimes les liens entre les deux pays. L'Empereur, disent les journaux, a invité S. A. R. le Prince de Galles à faire avec lui une tournée en Alsace-Lorraine. Il l'a invité à venir dès maintenant le voir à Berlin.

Il n'est pas probable qu'on réponde avec le même élan du côté anglais aux avances de la Cour d'Allemagne. On dirait que l'on s'en doute déjà ici. Le premier mouvement de fureur contre la France est passé; l'Empereur recommence à être publiquement aimable pour l'Ambassadeur de France. A mon humble avis, il ne faut pas attacher une trop grande importance aux événements les plus récents. — Un fait important est acquis. C'est celui que vous constatez: c'est à dire que la Triple Alliance a perdu de sa force par la chute de MM. de Bismarck et Crispi et que les trois Puissances alliées ont repris, chacune de leur côté, un peu d'indépendance.

72.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 10 avril 1891.

A la suite des avances faites à la France par le Marquis de Rudini, aussitôt après son entrée au Ministère, il y a eu un échange d'explications entre les Cabinets de Rome et de Paris sur la position occupée par l'Italie dans la Triple Alliance. M. de Rudini interpellé par M. Billot a fait savoir que cette position est exclusivement pacifique et défensive.

On a répliqué de Paris que ce n'étaient là que des déclarations ministérielles et que pour inspirer une entière confiance, le Cabinet de Rome devrait communiquer le texte du traité d'alliance.

M. de Rudini s'y est refusé.

Il a alors été prié de dire au moins si dans le cas où la France s'emparerait de l'Alsace-Lorraine, l'Italie serait obligée de prendre les armes pour secourir l'Allemagne.

M. de Rudini n'a pas répondu.

En me rapportant ce qui précède, M. le Baron de Marschall m'a dit que cette demande indiscrète et frisant l'impertinence avait complètement guéri M. de Rudini de ses velléités de rapprochement avec la France. Il est aujourd'hui plus solidement attaché que jamais à la Triple Alliance.

Berlin, 10. 4. 1891.

Malgré la sécurité que lui inspire l'Italie et la prochaine conclusion du traité avec l'Autriche, le secrétaire d'Etat des Affaires Etrangères parle avec moins de confiance qu'auparavant du maintien de la paix. Son optimisme a commencé à baisser depuis le voyage de l'Impératrice Frédéric à Paris. Vous vous souviendrez, Mon Prince, qu'à cette époque il m'avait fait part de ses appréhensions. Il m'a dit hier que d'après ses informations, la grande majorité du peuple français veut la paix; mais que la crainte salutaire de la supériorité militaire de l'Allemagne qui a si longtemps contenu les exaltés, a tout à fait disparu. Les Français se croient maintenant en mesure de lutter à armes égales ou même ils pensent que la victoire leur serait assurée, même sans le concours de la Russie. Il suffirait donc du moindre incident pour faire éclater un conflit armé.

73.

Frédéric Hoorickx, Gesandter in Bukarest.

Très confidentielle. Bucarest, le 8 mai 1891.

M. de Giers vient d'avoir avec M. Emile Ghyka, Ministre de Roumanie à St. Pétersbourg, un entretien au cours duquel il a fait d'importantes déclarations, qui ont causé ici en haut lieu la plus vive satisfaction.

Voici à peu près dans quels termes cet homme d'Etat s'est exprimé:

«Je suis heureux d'avoir pu vous débarrasser de M. Hitrovo. Son successeur est un homme aimable, d'un caractère très conciliant (comme moi, il me ressemble), il ne vous causera aucun ennui. Il a pour unique instruction d'être agréable au Roi Charles et de ne lui créer aucune difficulté. Il nous est indifférent que ce soit M. Catasgi ou M. Bratiano qui soit au pouvoir. La Roumanie est en dehors de notre sphère d'action; peu nous importe la composition des Ministères. J'espère que vous n'aurez qu'à vous louer de la nomination de M. de Fonton.»

«La Russie veut sincèrement le maintien de la paix. Il est vrai que jamais elle ne reconnaîtra le Prince Ferdinand mais

elle entend laisser la Bulgarie livrée à elle-même. Ce pays la dégoûte.»

«On a beaucoup exagéré la portée de la récente distinction conférée à M. Carnot. Beaucoup de Grands Cordons de l'Ordre de St. André ont été donné en Europe. Il était naturel de reconnaître la réception courtoise faite à Paris à deux de nos Grands-Ducs.»

«La France nous a proposé de conclure un traité. Nous avons refusé. L'Empereur n'a pas voulu d'engagement avec la République qu'il n'aime pas, et puis les hommes qui sont à la tête du Gouvernement en France changent trop souvent. Pour ce qui est de nos rapports avec ce pays nous aurions mauvaise grâce de mépriser les avances et les amabilités dont il nous accable. Il nous est impossible de ne pas y répondre dans une certaine mesure; mais il y a loin de là à une entente.»

M. Hitrovo a quitté Bucarest le dimanche de Pâques (3 mai) sans prendre congé d'aucun de ses collègues du Corps Diplomatique alors qu'il leur devait une double visite. Trois jours avant son départ, il avait fait célébrer une messe de requiem pour le repos de l'âme du Grand Nicolas et m'avait prié d'avertir mes collègues de cette cérémonie à laquelle le Corps Diplomatique a assisté en uniforme et au grand complet. Nous n'avons appris le départ de notre ancien collègue que par des cartes p. p. c. expédiées par la poste. Dans le monde de Bucarest cette précipitation est attribuée à des craintes d'ennuis suscitées par des créanciers. Il est de fait que M. Hitrovo laisse derrière lui de nombreuses dettes.

74.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 14 mai 1891.

Le grand événement du jour, m'a dit hier M. le Baron de Marschall, est l'insuccès de l'emprunt russe. M. de Rothschild a pris pour prétexte les persécutions dirigées contre les juifs en Russie. Il y a aussi un danger pour les banquiers, dans

l'énorme influence que donne au Ministre des Finances de Russie, la créance de cinq ou six cents millions de Mark en or qu'il a contre les places étrangères; ils ne se soucient pas de l'augmenter.

Tout cela a pu contribuer à l'échec de l'emprunt. Néanmoins il est certain que M. de Rothschild n'a pas agi comme il l'a fait, sans l'assentiment du Gouvernement français. C'est un symptôme du mécontentement du cabinet de Paris contre celui de Saint-Pétersbourg.

D'après M. le Baron de Marschall le gouvernement français aurait sondé récemment le Gouvernement russe sur l'attitude que prendrait ce dernier, dans le cas d'une guerre entre la France et l'Allemagne. La réponse aurait été que si la France était attaquée par l'Allemagne, elle serait soutenue par la Russie; mais que si elle attaquait l'Allemagne, ce serait à ses risques et périls.

Le secrétaire d'Etat des Affaires Etrangères croit que c'est le dépit occasionné par cette déconvenue qui est la vraie cause de l'insuccès de l'emprunt.

M. le Baron de Marschall ne pense pas que ces dispositions du Cabinet de Saint-Pétersbourg risquent de changer. Il croit aussi que la France ne fera pas la folie d'attaquer l'Allemagne sans une promesse d'appui. Elle sait qu'il s'agirait cette fois d'une lutte pour l'existence, d'une guerre d'extermination. Le service général en France est aussi une garantie de paix. Il n'y a plus une seule famille qui n'ait quelqu'un des siens à l'armée et qui partant ne s'alarme d'une guerre inutile.

75.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

London, le 8 juillet 1891.

Bien que la nouvelle du renouvellement de l'alliance austro-italo-allemande ait été accueillie avec une vive satisfaction par le Gouvernement et la presse de ce pays, l'opinion publique ne se prononce nullement en faveur d'un rapprochement plus

étroit avec les trois alliés. Il est, dit-on, de bonne politique de leur être favorable, tant que leurs efforts tendront au maintien de la paix européenne; mais il serait souverainement contraire à notre dignité et à nos intérêts de se lier trop intimement à des Puissances qui d'un jour à l'autre pourraient vouloir prendre des mesures rendant la guerre inévitable. Il va sans dire que le jeune Empereur, alors même qu'on serait disposé à accueillir des avances qui ne sont un mystère pour personne, n'inspire pas une confiance suffisante. On le juge trop emporté, trop enclin aux résolutions extrêmes, trop désireux de signaler son règne par des faits éclatants. Aussi puis-je affirmer que toutes ses tentatives auprès de Lord Salisbury n'auront aucun succès, et que la haute raison de cet homme d'Etat ne se prêtera à aucune des combinaisons préparées à Berlin en vue d'induire l'Angleterre à renoncer à l'attitude strictement neutre qu'elle garde aujourd'hui. Toute alliance qui ne comporterait pas une politique active et une entrée en campagne immédiate, serait réfutée tant par le gros public que par le Gouvernement comme inutile et dangereuse.

76.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 11 juillet 1891.

Chaque fois qu'on m'a parlé de la Russie au Département des Affaires Etrangères, on a mis en relief la répugnance du Czar à s'entendre avec un Gouvernement comme celui de la France et la ferme volonté de Sa Majesté de conserver la paix; mais on ne s'y fiait qu'à moitié. Il ne venait pas à l'esprit de mettre en doute la loyauté et la sincérité du Czar; mais on se demandait combien de temps il pourrait résister à la pression de la camarilla panslaviste dont il est entouré. Les derniers événements sont faciles à exploiter dans un sens hostile à l'Allemagne et à l'Autriche. Le renouvellement de la Triple Alliance, l'attitude de l'Angleterre qui s'en est rapprochée, autant qu'il est possible de le faire sans y entrer formellement, les déclarations

de M. Fergusson relatives à l'échange d'idées qu'il y a eu entre l'Angleterre et l'Italie concernant le maintien du status quo dans la Méditerranée, l'accueil fait à la flotte anglaise pendant son voyage dans l'Adriatique, les démonstrations auxquelles a donné lieu le voyage de l'Empereur en Angleterre, n'ont pas pu manquer de faire une profonde impression à St. Pétersbourg. Il est aisé d'interpréter tout cela dans un sens inquiétant, de montrer au Czar que la ligue de l'Europe centrale a acquis une force telle qu'elle est capable d'imposer sa volonté au reste du monde et de lui faire craindre qu'elle n'en use au détriment des Etats qui sont restés en dehors de l'arrangement. Déjà une fois les panslavistes étaient parvenus à persuader le Czar, que l'Empereur d'Allemagne voulait la guerre. Le moment serait bien choisi pour recommencer cette manœuvre.

De là, à l'idée d'un rapprochement entre la France et la Russie, il n'y a qu'un pas. Vous aurez remarqué, mon Prince, l'article du Nord, aux allures officieuses, qui en parle. Le correspondant Pétersbourgeois de la Politische Correspondenz de Vienne, s'exprime dans le même sens. Les fêtes qu'on prépare pour la flotte française à Cronstadt et à Saint-Pétersbourg, seront certainement interprétées comme le gage d'une entente.

Enfin à Paris, on semble avoir repris confiance. Après une bouderie d'un instant, manifestée dans l'affaire de l'emprunt russe, on multiplie de nouveau les flagorneries à l'adresse de la Russie.

M. de Laboulaye est venu me voir, il y a deux jours, retournant à St. Pétersbourg, où il remettra ses lettres de rappel au Czar, immédiatement après le départ de la flotte française. Il ne m'a rien dit de positif; mais tout dans son attitude et son langage dénote qu'il a la conscience, ou du moins l'illusion, de terminer sa carrière diplomatique par un succès.

On devait plus ou moins s'y attendre ici. Il y a une incompatibilité trop absolue entre les intérêts de l'Angleterre et les ambitions de la Russie, pour qu'il soit possible de se rapprocher de l'une, sans s'éloigner de l'autre.

Ce qui rassure contre les conséquences immédiates de l'intimité entre les deux Puissances qui sont mécontentes de la

situation actuelle de l'Europe, c'est qu'on croit savoir que la Russie a encore besoin d'un certain temps pour achever la réorganisation de son armée.

77.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 1er août 1891.

La presse allemande fait tout ce qu'elle peut pour diminuer l'importance de la visite de la flotte française à Cronstadt. Elle met en relief tous les détails tels que le langage relativement calme du Journal de St. Pétersbourg, qui peuvent en amoindrir la signification. Le dépit que les journaux allemands ne parviennent pas à déguiser, prouve qu'ils n'ont eux-mêmes qu'une foi médiocre dans la thèse qu'ils soutiennent.

Le Gouvernement allemand ne se livre pas à cette affectation d'optimisme. Il est d'avis qu'il ne faut sans doute pas s'alarmer outre mesure des démonstrations de sympathie qui ont été échangées à Cronstadt; mais que c'est un symptôme qu'on doit noter avec soin.

Jusqu'à présent le Gouvernement allemand n'a jamais cru à la possibilité d'un traité d'alliance entre la France et la Russie. Il fondait sa confiance sur l'aversion du Czar pour la forme du Gouvernement français, sur la volonté arrêtée de Sa Majesté de conserver la paix, sur l'absence d'intérêt de la part de la Russie.

S'il convient à ce dernier pays de changer de politique et de se lancer de nouveau dans les aventures, il est certain d'obtenir, quand il le voudra, le concours de la France pour une agression contre l'Allemagne. Pourquoi irait-il donc se lier en vue de s'assurer une coopération qui ne peut pas lui faire défaut?

Ce dernier raisonnement a un côté défectueux. Ce n'est pas en général la raison; c'est la passion qui gouverne les affaires de Russie.

Les Gouvernements de la France et de la Russie sont faibles, l'un vis-à-vis de l'Assemblée, l'autre vis-à-vis du panslavisme. Ni la guerre de 1870 ni celle de 1878 n'ont été décidées par les

Gouvernements. La prochaine guerre sera de même provoquée en dehors d'eux par des irresponsables.

En admettant que la visite à Cronstadt ne conduise ni à une alliance, ni à une simple entente, elle aura néanmoins l'inconvénient d'alimenter les espérances des exaltés des deux pays. Elle accumule des matières explosibles, auxquelles certains gens ne demanderaient pas mieux que de mettre le feu. Le rapprochement n'est basé que sur la haine commune de la France et de la Russie contre l'Allemagne. Il ne peut donc avoir qu'un caractère agressif, malgré les efforts des officieux russes et français pour faire croire au monde qu'une alliance franco-russe ne serait qu'une seconde ligue de la paix.

On semble le comprendre même dans certains milieux français. Vous aurez remarqué, mon Prince, un article du journal Le Temps qui s'efforce de modérer l'enthousiasme et qui a pour but évident d'empêcher l'opinion en France de tirer des conséquences trop précipitées et trop pratiques de l'événement qui vient de s'accomplir.

La prochaine visite de la flotte française en Angleterre est sans doute inspirée par la même pensée que l'article du journal officieux.

Puis-je vous prier, mon Prince, de rapprocher la présente lettre de mon rapport du 11 juillet dernier, No. 1056/666 dont elle est le complément?

78.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 1er août 1891.

L'opinion publique en Angleterre ne se fait aucune illusion sur la signification de la visite de la flotte française à Cronstadt et des manifestations de tout genre qui se sont produites à cette occasion. Elle comprend que si l'accueil réservé à l'Amiral Gervais et à ses officiers ne doit pas faire appréhender un danger immédiat pour la paix de l'Europe, il est le présage d'un état de choses d'où peuvent naître des complications les plus graves.

On juge que l'entente qui vient d'être cimentée avec tant d'éclat entre la France et la Russie doit avoir pour première conséquence de permettre à chacune d'elles d'agir avec plus de promptitude et de décision que par le passé et de poursuivre leurs fins sans trop se préoccuper des obstacles que les autres puissances seraient disposées à leur susciter. Bien plus la triple alliance est de sa nature une association inerte, en ce sens qu'elle se tiendra sur la défensive et se gardera soigneusement des entreprises hasardeuses. L'alliance franco-russe a un caractère tout différent; elle ne se contentera pas de faire contrepoids à l'autre, car elle ne peut, sans manquer aux espérances qu'elle fait naître, ne pas être agressive. La France et la Russie cesseront de s'imposer toute réserve. L'une protestera avec plus de vivacité que jamais à propos de l'Alsace et de l'Egypte; l'autre exigera de nouvelles concessions de la Porte Ottomane. On prévoit déjà que celle-ci, devenant satellite après avoir été victime, finira par prêter aux deux puissants alliés le concours de ce qui lui reste de vigueur et de ressources.

A défaut du Prince de Bismarck éloigné pour le moment du théâtre de la grande politique, le devoir de faire face aux choses qui se préparent incombe à Lord Salisbury. On est convaincu qu'il sera à la hauteur de cette tâche.

J'ai entendu affirmer que c'est afin d'apaiser les alarmes qui commençaient à se répandre dans le monde des affaires que le chef du Cabinet anglais a proclamé récemment, non sans une certaine ostentation, que la paix de l'Europe était assurée. C'est probablement dans le même but que l'escadre française a été invitée à se rendre à Portsmouth lors de son retour de la Baltique.

79.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 5 août 1891.

Le succès de l'Exposition française à Moscou n'avait pas répondu aux espérances qu'on fondait ici sur elle; ni l'industrie,

ni la politique de rapprochement et d'union entre les deux nations n'avaient lieu d'être satisfaites. Le Czar s'était borné à rendre aux exposants une visite pour ainsi dire obligatoire. Aussi la réception de l'escadre à Cronstadt a-t-elle surpris à Paris le Gouvernement et le public. On ne s'attendait pas à ce que la Cour de Russie déployait à l'égard des marins français plus d'affabilité et de courtoisie que n'avaient fait les Souverains de Danemark et de Suède. Le Czar montant à bord du vaisseau amiral et écoutant sans sourciller la Marseillaise, c'était beaucoup plus qu'on eût jamais osé espérer. Comme il ne s'est pas départi de cette attitude bienveillante pendant tout le séjour de l'escadre, et que l'enthousiasme du peuple russe a pris, avec sa permission, des proportions extraordinaires, il n'est pas étonnant qu'on ait vu dans cet accueil un événement politique important.

En France naturellement les imaginations se sont montées, le langage de la presse a reflété immédiatement la joyeuse émotion du public, l'alliance avec la Russie est devenue un fait accompli, aussi certain que s'il existait sur le papier, et le maire de Cherbourg donnant la note de ces sentiments, s'est permis de télégraphier directement à l'Empereur à l'occasion de la présence d'un vaisseau russe dans le port. Le Ministre des Affaires Etrangères lui-même est sorti de sa réserve pour célébrer dimanche dernier à Saint-Omer, «l'éclatante manifestation de Cronstadt».

Il s'en faut cependant que tout le monde soit aussi exultant. Les hommes politiques français se rendent parfaitement compte des motifs qui ont amené ce revirement dans les dispositions d'Alexandre III vis-à-vis de la République: la bruyante réception de l'escadre est la contre-partie de la réception solennelle de Guillaume II à Londres, et les attentions prodiguées à l'Amiral Gervais et à ses officiers sont la réponse de l'autocrate russe aux sympathies témoignées par l'Angleterre à la Triple Alliance. Il n'y a pas de doute là-dessus à Paris, non plus que sur l'absurdité de la nouvelle, relevée par le correspondant du Times à Saint-Pétersbourg, d'un prétendu traité d'alliance, dont l'amiral aurait été porteur. Déjà le journal «Le Soir»

a signalé le danger qui peut résulter pour la France de l'exagération de ces manifestations après tout platoniques; la presse parisienne, à l'exception des journaux complètement dépourvus de bon sens politique, comme la «Lanterne», approuve hautement l'envoi de l'escadre à Portsmouth, comprenant qu'il est nécessaire d'atténuer aux yeux de l'Europe la vive impression produite par les fêtes de Cronstadt, et de ne pas froisser inutilement un voisin tel que l'Angleterre, avec lequel la République se trouve en contact presque sur tous les points du globe. Mais pour le peuple français, fort peu sensible aux politesses venant des Anglais, l'entraînement qui le porte vers la Russie ne peut plus être modéré. C'est là un des résultats de ce qui vient de se passer dans la Baltique; les autres seront sans doute une plus grande tension dans les rapports de la France avec l'Allemagne, et un état momentané de malaise et d'inquiétude, quoique rien au fond ne menace le maintien de la paix européenne.

80.

Graf de Jonghe d'Ardoye, Gesandter in Wien.

Vienne, le 6 août 1891.

Les manifestations bruyantes des sympathies franco-russes excitées en Russie par la présence de l'escadre française à Cronstadt ont donné lieu et donneront lieu longtemps encore à de nombreux commentaires, tant dans les cercles politiques que dans la presse européenne.

Cette explosion des sentiments d'intimité de deux grandes nations qui y voient le moyen de réaliser leurs aspirations particulières et nationales, ne saurait être indifférente et sans importance politique, ainsi que voudraient le démontrer une partie de la presse austro-hongroise et allemande.

D'après certains milieux cette apparition de l'escadre française ne serait que la contre-partie des récentes manifestations de la Triple Alliance à Fiume, à Venise et à Londres.

Mieux à même d'apprécier la valeur de la réception exception-

nellement empressée accordée à l'Amiral Gervais qui porte en elle les signes précurseurs d'une alliance formelle, le jour où les circonstances la réclameront, le Cabinet autrichien lui donne la portée qu'elle comporte.

M. le Comte Kalnoky ne voit pas que pour le moment, à part le diapason plus élevé de la surexcitation et du chauvinisme français et russe qui peut provoquer des conflits imprévus, l'état général de l'Europe se soit profondément modifié dans ces derniers jours ni que le maintien de la paix soit devenu plus précaire. Le Tsar resterait comme par le passé peu porté à la guerre et ne se serait lié par aucune convention qui aurait lié la Russie vis-à-vis de la France.

La Triple Alliance n'ayant en vue que le maintien de la paix ne menace personne et se concilie avec les tendances pacifiques de l'Empereur Alexandre.

Les avances françaises accueillies aujourd'hui par les applaudissements de la foule panslaviste servent la politique de la diplomatie russe, mais l'on se gardera bien à St. Pétersbourg de se lancer dans une politique d'aventure pour faciliter à la France la reprise de l'Alsace et de la Lorraine qui ne sera guère un objet de préoccupations sur les rives de la Néva, aussi longtemps que les intérêts directs et essentiels de la Russie ne seront pas en jeu.

81.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 9 août 1891.

Il y a quelque temps l'ambassadeur de Russie à Rome a demandé au Président du Conseil, s'il est vrai que l'Allemagne a notifié le renouvellement de la triple alliance à Londres et à Saint-Pétersbourg.

M. de Rudini a dit qu'il trouvait bizarre que la question n'ait pas été adressée par M. Vlangali, de préférence au gouvernement russe (?); mais qu'il profitait de l'occasion pour confirmer le fait et pour assurer l'ambassadeur de Russie que l'alliance nouvelle était pacifique et défensive comme la précédente.

L'ambassadeur d'Italie à Saint-Pétersbourg a été chargé d'une communication semblable et s'en est acquitté auprès de l'adjoint du ministre des Affaires Etrangères.

M. Chichkin a écouté le Baron Marochetti avec une extrême froideur et ne lui a pas caché que le renouvellement de la triple alliance avait causé une pénible impression au Gouvernement russe.

Le Baron Marochetti a dit que cette impression est sans cause, puisque la triple alliance n'est pas dirigée contre la Russie avec laquelle l'Italie a les meilleurs rapports et désire rester en amitié.

M. Chichkin a répliqué qu'on ne nierait pas cependant que c'est la triple alliance qui soutient en Bulgarie le prince Ferdinand notoirement désagréable à la Russie et qui sans cet appui, serait renversé en huit jours.

Du reste, dit l'adjoint, ce que la Russie a le plus vivement ressenti, n'est pas le renouvellement de la triple alliance, mais son entente avec l'Angleterre.

82.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 19 août 1891.

M. le Baron de Marschall m'a parlé des changements apportés à la situation politique par la visite de la flotte française à Cronstadt qui a eu lieu pendant le congé dont le Secrétaire d'Etat vient de jouir.

Le Tsar a fait savoir, dit-il, que c'est lui qui a donné le signal du bon accueil réservé aux Français. S. M. se fait illusion; c'est Elle qui a subi l'entraînement des masses. Il y a un an, lors de la visite de l'Empereur d'Allemagne en Russie, le Tsar manifestait sa profonde antipathie pour le Gouvernement républicain. Il a fait bien du chemin depuis. Tout le monde savait que, si la Russie attaquait l'Allemagne ou l'Autriche, les fusils Lebel partiraient tout seuls. Sous ce rapport il n'y a donc rien de changé, mais il n'en est pas de même pour une

guerre dont la France prendrait l'initiative. La France était forcément pacifique, parce qu'elle n'était pas sûre de l'appui de la Russie. Elle croit l'être aujourd'hui. M. le Baron de Marschall pense que c'est une illusion et que pas plus qu'auparavant le Tsar ne serait disposé à aider la France dans une guerre d'agression contre l'Allemagne, mais il suffit que cette illusion existe, pour surexciter les Français et les monter à un diapason des plus dangereux pour le repos de l'Europe. Les journaux français, même des journaux sérieux, publient des absurdités sur la santé et sur la conduite de l'Empereur qu'ils représentent comme une sorte d'énergumène. A l'occasion de l'ouverture des Conseils Généraux on a prononcé des discours où il est parlé des légitimes revendications de la France qui seront bientôt satisfaites. On dirait que les Français sont pris de vertige. Si une nouvelle affaire Schnäbele surgissait en ce moment, la guerre serait inévitable.

La visite de la flotte française à Cronstadt a donc diminué la sécurité. Elle a démontré combien la Triple Alliance est nécessaire. Si elle n'existait pas, il faudrait la conclure en ce moment.

M. le Baron de Marschall a eu divers entretiens avec Lord Salisbury, lorsqu'il a accompagné l'Empereur en Angleterre. «Vous savez«, m'a-t-il dit, «que les Anglais ne prennent pas d'engagements, mais j'ai acquis la conviction que Lord Salisbury regarde les intérêts de l'Angleterre et ceux de la Triple Alliance comme identiques«.

Ce que m'a dit le Baron de Marschall, est en d'autres termes la reproduction de l'opinion du Chancelier que je vous ai fait connaître par mon rapport du 6 de ce mois.

Le Secrétaire d'Etat dit que l'Allemagne ne sortira pas de son calme et continuera la politique pacifique qu'elle a toujours suivie.

D'après les rapports qui lui parviennent de St. Pétersbourg, le Baron de Marschall est autorisé à croire qu'il y a déjà en Russie une réaction contre l'engouement pour la France. On est inquiet des mouvements populaires que la police russe a été impuissante à contenir, et des exagérations des Français qui semblent vouloir entraîner la Russie plus loin qu'il ne lui plaît d'aller.

83.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 25 août 1891.

Selon l'expression de M. de Marschall, il y a lieu de croire que la Russie se prépare à verser de l'eau dans le vin français et que c'est dans ce but que M. le Baron de Mohrenheim a été mandé à St. Pétersbourg. Il parait que le Tsar a été peu édifié des insultes contre l'Empereur d'Allemagne qui ont paru dans les journaux français, et des exagérations auxquelles on se livre en France. M. de Marschall vient de dire à M. Herbette qui ne l'a pas contesté, que nous avons un nouveau boulangisme sans Boulanger. Cela frise le ridicule et n'est pas fait pour plaire au Gouvernement russe.

Celui-ci a cru devoir donner au Gouvernement allemand des explications sur ce qui s'est passé à Cronstadt, à St. Pétersbourg et à Moscou. Il a dit que le renouvellement de la Triple Alliance, le bruit fait autour de la visite de la flotte anglaise à Trieste et à Venise, le succès du voyage de l'Empereur Guillaume à Londres et la crainte de voir entrer l'Angleterre dans la Triple Alliance avaient causé du malaise en Russie. C'est ce qui a déterminé le Tsar à faire sortir son pays de l'isolement et à faire les avances dont on a été témoin, à la flotte française.

Cette explication n'est peut-être pas la vraie, mais le fait qu'on a cru devoir la donner, prouve qu'on ne veut pas d'une rupture.

La France n'a, dit M. le Baron de Marschall, aucune promesse d'appui de la part de la Russie. Ce serait folie aux hommes d'Etat français de se lancer dans la guerre sans alliance. Il est vrai que ce raisonnement s'appuie sur la supposition que la France sera raisonnable, ce qui n'est pas toujours le cas. Il est possible qu'elle s'imagine que, si la guerre éclate, la Russie suivra quand même sans engagement préalable. Cela se peut, mais le Secrétaire d'Etat ne croit cependant pas à une telle légèreté.

Reste le danger qu'un conflit soit provoqué par une agitation de la rue à la suite d'un incident quelconque, comme cela est arrivé en 1870. Sous ce rapport il n'y a pas à nier que la sé-

curité ne soit diminuée, mais encore le Baron de Marschall ne s'exagère pas le péril. Le service personnel l'a amoindri. Il ne s'agit plus aujourd'hui, comme en 1870, de faire de l'héroïsme à bon marché en envoyant à la frontière des soldats de profession; il faudrait y marcher soi-même. Cela donne à réfléchir aux plus exaltés. La génération des gens qui savent par expérience, ce que c'est qu'une guerre malheureuse, est encore nombreuse en France. Elle ne voudra pas s'exposer au retour des mêmes souffrances.

M. le Baron de Marschall espère que l'espèce d'entente franco-russe établie à Cronstadt est un joujou dont on est engoué maintenant, mais dont on finira par se lasser.

Vous remarquerez, Mon Prince, une différence dans le sens optimiste entre l'entretien dont je viens de vous rendre compte et le langage que m'a tenu le Secrétaire d'Etat le 19 août et que je vous ai rapporté par ma lettre du même jour. On dirait que la confiance du Baron de Marschall augmente, depuis qu'il a eu le loisir de se remettre au courant des affaires. Malgré ma très grande confiance dans le jugement du Secrétaire d'Etat et les informations dont il dispose, je ne peux me défendre de la crainte qu'il ne voit trop en beau.

84.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 19 septembre 1891.

Je vous remercie de ce que vous avez bien voulu m'écrire au sujet du voyage de M. le Baron de Mohrenheim à St. Pétersbourg.

Les informations qui vous ont été transmises, me paraissent d'autant plus vraisemblables, qu'elles coïncident avec celles qui sont parvenues à Berlin et avec le langage du Grashdanine qui est, comme l'on sait, l'organe officieux de la cour de Russie. Vous vous souviendrez que M. le Baron de Marschall m'a dit, vers la fin du mois dernier, qu'il croyait savoir que le cabinet de St. Pétersbourg avait engagé le gouvernement français au

calme. Ces conseils ont produit de l'effet, à en juger par les discours de M. de Freycinet et de M. Constans et par le ton des journaux parisiens, qui reçoivent leurs inspirations du gouvernement.

La Russie veut bien manifester sa sympathie pour la France et l'aider à reprendre en Europe la position qui lui revient; mais elle entend garder la direction de sa politique et ne pas se laisser entraîner, soit que les intentions pacifiques manifestées par elle soient sincères, soit parce qu'elle n'est pas prête. Vous savez en effet que l'armement de l'infanterie russe est à peine commencé.

D'après les renseignements du ministère des affaires étrangères, le moment serait d'ailleurs bien mal choisi pour s'exposer à une guerre. La disette grandit en Russie et il commence à s'y manifester des maladies, causées par la mauvaise nourriture. Les greniers de réserve, établis dans les villages, se sont trouvés vides quand on a voulu s'en servir. La défense d'exporter le seigle a eu pour conséquence d'en faire expédier d'énormes quantités vers l'Allemagne, entre la date de la publication de l'oukase et celle de son application.

Il n'y a que dix millions disponibles, sur le fonds de vingt-cinq millions destiné à remédier aux calamités publiques et les demandes de secours des provinces s'élèvent déjà à cent cinquante millions.

Enfin l'équilibre du budget et les succès financiers de M. Witchnegradski, n'auraient été obtenus, qu'en pressurant le contribuable de façon à réduire une grande partie de la population à la misère.

85.

Baron de Vinck, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 21 septembre 1891.

Pas plus en Russie qu'ailleurs, le discours adressé par M. de Freycinet à Vandeuvre, à l'issue de la première série des grandes manœuvres de l'Etat, n'a passé inaperçu. Des paroles comme

celles-ci: «Ne nous lassons pas de perfectionner et de fortifier notre armée.. Elle a sa part dans les événements dont se réjouit votre patriotisme», de telles paroles mettent implicitement en cause la diplomatie russe, et ne sauraient donc passer ici sans commentaires.

«Les événements dont se réjouit votre patriotisme»; il y a donc eu des événements: les fameux «événements de Cronstadt». Et ce n'est plus cette fois quelque maire méridional haranguant au passage M. de Mohrenheim, ou quelque boulangiste en disponibilité délirant en public, qui annonce au monde ces «événements» et leur suite: c'est le Président du Conseil, Ministre de la Guerre et ancien Ministre des Affaires Etrangères.

Ces événements, ils se sont passés sous le soleil; ils n'ont, de l'aveu général, rien eu de mystérieux; aucun corollaire secret n'en a modifié la nature; et c'est précisément leur caractère public, populaire, que l'on s'efforce d'exploiter en vue de la création d'une légende. Il sera donc permis à un témoin oculaire et attentif d'en dire, à son tour quelques mots; et je voudrais à cet effet reprendre d'un peu plus loin les relations franco-russes.

Nul n'ignore que les bruyantes manifestations russophiles dont Paris était à tout propos, et principalement hors de propos, depuis quelques années le théâtre, trouvaient en Russie peu d'écho.

Il semble même que plus là-bas les effusions devenaient tendres, plus grande était la réserve, la froideur même du Gouvernement Impérial.

M. Carnot attendait plusieurs années un cordon de St. André remis un an auparavant à M. de Caprivi, et que possède même à Pétersbourg l'Ambassadeur d'Allemagne; une musique militaire de la Garde Impériale dont le concours était demandé à Paris pour je ne sais plus quelle fête, et dont l'arrivée était bruyamment escomptée d'avance, recevait l'automne dernier l'interdiction de quitter Pétersbourg; et pendant que Guillaume II passait en revue le camp de Krasnoë-Zelo, la flotte allemande était à Cronstadt l'objet de brillantes fêtes officielles. Plus tard, les commissaires de l'Exposition française à Moscou, cette ex-

position patriotique qui, de l'aveu de ses organisateurs, n'avait et ne pouvait avoir qu'un but sentimental, se heurtaient à un mauvais vouloir insigné, traduit sous mille formes diverses, des fonctionnaires russes de tout ordre. Tout cela est encore fort près de nous; c'était hier.

Dans un seul ordre d'idées, le Gouvernement russe accueillait avec complaisance les avances de la France; c'était sur le terrain financier. Profitant de ce sourire de la fortune, M. Wichnegradsky, le très habile Ministre des Finances du Czar, s'empressait de convertir, de convertir à outrance, et de saturer le marché de Paris de valeurs russes, artificiellement discréditées en Allemagne, et que la guerre faite à Paris au crédit Italien rendait d'un placement aisé et, paraît-il, patriotique. L'opération réussit à merveille et le rouble atteignit l'an dernier des cours invraisemblables, supérieurs, de l'aveu de tous, au maximum de sa valeur.

Il faut ajouter pour être complet, que, de plus, dans quelques questions étrangères, là où l'attitude soit de la France soit de la Russie est d'ailleurs tout à fait expectante et passive (Egypte, Bulgarie), les deux Gouvernements se fortifiaient, dès lors comme à présent, l'un l'autre de leurs «vetos» identiques, se passant mutuellement et la rhubarbe et le séné.

Survint le renouvellement anticipé de la triple alliance. Survint aussi une légère bouderie du Gouvernement français qui semble craindre un instant de jouer décidément un rôle de dupe: la conséquence en fut le retrait d'une dernière et fructueuse opération de conversion que négociait cet hiver à Paris M. Wichnegradsky. MM. de Rotschild, invoquant divers prétextes, et conseillés, dit-on, par le Gouvernement français, se retirèrent au dernier moment, faisant s'évanouir en fumée roubles et conversion. L'on n'a jamais été tout à fait édifié sur le rôle exact de la diplomatie française dans cet incident; quoiqu'il en soit, le résultat fut parfaitement clair. — Le bruyant voyage de l'Empereur Guillaume à Londres, suivi des déclarations ambigues de Lord Salisbury, vint enfin tout dernièrement accentuer encore l'omnipotence de la Triple Alliance, et mécontenter par conséquent la Russie.

Il ne serait pas téméraire de penser que des considérations tirées de ce double ordre de faits, politiques et financiers, aient pu décider le Gouvernement Impérial — c'est à dire S. M. l'Empereur — à sortir quelque peu de sa réserve. La reprise des négociations relatives à la conclusion d'un nouvel emprunt russe 3%, dont les pourparlers ont lieu, paraît-il, en ce moment à Paris, serait, en ce cas, une assez amusante conclusion des «événements de Cronstadt».

Mais me voici arrivé à ces «événements»; je les cherche encore. Je ne pense pas faire tort à la nation française en disant que personne mieux que les Français ne s'entend à organiser la réclame et à exploiter au profit de la vanité nationale les choses même les plus insignificantes. Toute la presse française, sur la foi de télégrammes retentissants, s'est donc mise à gonfler à outrance les témoignages pourtant assez anodins de la courtoisie Impériale. En Russie l'on ne protesta pas; et voilà la légende lancée.

Quels sont ces événements? Ils sont trois: Visite gracieuse de l'Empereur à l'escadre et à l'amiral Gervais; la Marseillaise jouée à la Cour et écoutée debout par Sa Majesté; ovations populaires constantes et enthousiastes de la population. Je voudrais les reprendre en détail:

Quelles conclusions inattendues n'a-t-on pas tirées de la visite de l'Empereur à l'escadre, et quels airs de bravoure n'a-t-on pas entonnés à cette occasion. Ce fut le commencement de l'épopée. Je rappellerai simplement que l'été dernier une modeste corvette de la marine hollandaise vint jeter l'ancre dans la Néva. S. S. M. M. L'Empereur et l'Impératrice, alors comme à Cronstadt, vinrent personnellement visiter le navire, adressèrent la parole aux matelots, firent mille politesses au commandant et aux officiers, les invitèrent à Péterhof et les renvoyèrent comblés de décorations. En vérité, qu'ont-ils fait de plus pour l'escadre française? Mais les Hollandais, gens sensés et qui n'avaient pas une alliance russo-néerlandaise à exploiter, n'embouchèrent pas à cette occasion les trompettes de Jéricho: là fut toute la différence.

Que dit-on encore? «L'Autocrate de toutes les Russies a fait

jouer en Sa présence la Marseillaise des Sans-Culottes de 1793, et a paru y prendre un plaisir extrême.» La Marseillaise étant devenue le chant national, et accompagnant au palais d'hiver comme au Vatican la remise des lettres de créance des Ambassadeurs on n'eût pas bien compris que Sa Majesté fit jouer en cette occasion «Partant pour la Syrie». En revanche, ce que l'on ne dit pas, et ce qui ne manque pourtant pas d'intérêt, c'est que la Marseillaise, qu'il était strictement défendu de jouer en Russie soit dans les endroits publics soit même sur un simple piano qui peut être entendu de la rue, et pour laquelle la mise hors la loi ne fut levée qu'au moment même de l'arrivée de l'escadre, se voyait de nouveau, et non moins strictement, interdite pour l'avenir, dès le jour même du départ de la flotte. Un avis de la Préfecture de Police fut même inséré à cet effet dans les journaux.

Et voilà pourtant de quoi d'habiles gens en France, experts à crier de gros événements sensationnels, tirèrent la triomphante conclusion que toute glace était décidément rompue entre l'Empereur et les institutions républicaines.

Mais ce n'est pas seulement la Cour, c'est le peuple tout entier, ajoute-t-on, qui s'en est venu vers la France et a serré la République sur son cœur. Le peuple, c'est en Russie, vous le savez, le Moujik, qui en fait d'instruction et d'éducation ne dépasse guère le niveau du Fellah. Prétendre faire admettre qu'un Moujik puisse soupçonner ce que c'est que l'Europe, la République, la France ou l'Allemagne, c'est se moquer du monde. Il ne faut pas oublier que lorsqu'on voulut pousser ce «peuple» à la révolte pour arracher une Constitution à l'Empereur Nicolas, on dut persuader aux Moujiks que la «Constitution» c'était la Grande-Duchesse, femme du Grand-Duc Constantin, frère aîné de l'Empereur Nicolas, et dont la renonciation au trône n'avait pas paru complètement libre. Et les bons Moujiks s'en allaient hurlant par les rues: «Constitution, Constitution!» jusqu'au moment où ils furent balayés par la mitraille.

Ils ont, il est vrai, manifesté une joie assourdissante, et abondamment profité de la résolution qui avait été prise par la

Préfecture de Police de suspendre durant le séjour de l'escadre ces réglements d'une sévérité extrême qui donnent en temps ordinaire à Pétersbourg un aspect si sombre et si morne. Si l'on veut bien se souvenir que la capitale est, depuis le jour de la mort de feu l'Empereur, sous le régime légal de l'état de siège; que le Lieutenant-Général préfet de Police y règne en dictateur; que le moindre cri poussé en public, la moindre petite incartade est punie sur le champ, et sans qu'aucune autorité judiciaire ait à intervenir, soit par l'expulsion soit par la déportation; l'on ne s'étonnerai pas que l'occasion de s'ébattre plus à son aise ait été saisie avec enthousiasme par le peuple. Mais en vérité cette escadre eût été ou chinoise ou chilienne que, dans ces conditions, l'attendrissement populaire n'eût pas été moindre.

Ajoutons que l'Amiral Gervais, auquel toute justice doit être rendue, et qui m'a paru orateur prolixe fort entendu la réclame, s'est prodigué durant son séjour ici. Messieurs les Officiers de l'escadre allaient d'un jardin public à l'autre (ces endroits de réunion abondant à Pétersbourg), et sans se lasser du matin au soir, récoltant partout leur mission de bravos.

Voilà à quoi se réduisent les «événements de Cronstadt». D'alliance, de traité, d'entente nouvelle, point. M. de Giers, d'ordre de Sa Majesté, s'est soigneusement abstenu de participer en rien par sa présence à ces «événements», et ne s'est même rencontré avec l'Amiral qu'à la réception officielle du jour de fête de l'Impératrice. Et quant aux toasts ou harangues des fonctionnaires russes qui eussent pu compromettre en quoi que ce soit la politique du Gouvernement Impérial, vous savez qu'on eût soin de prendre en haut lieu des précautions de nature à les rendre absolument inoffensifs.

La presse française et le Gouvernement ont, il est vrai, modifié leur langage, et leur attitude depuis ces «événements». La France paraît devenue sinon plus agressive envers l'Allemagne, du moins plus indépendante, plus fière; l'on ne peut évidemment que s'applaudir en Russie d'en voir l'autorité de la Triple Alliance peut-être diminuée. C'est pourquoi on laisse

dire, n'ayant aucun intérêt à faire démentir des informations qui produisent un si heureux résultat. Il convient de dire aussi que la vanité nationale russe — et l'on doit compter avec elle — n'est pas médiocrement flattée de voir un pays comme la France dater son relèvement et l'ouverture d'une nouvelle période de son histoire, d'un sourire de l'Empereur et des applaudissements de quelques Moujiks.

Mais si l'on cherchait à en tirer à Paris les conséquences extrêmes, et si l'on prenait dans les régions officielles un ton menaçant vis-à-vis de l'Allemagne, M. de Giers rappellerait sans doute ce qu'il disait encore dernièrement au Ministre d'un Etat voisin, c'est-à-dire que la Russie ne sera jamais avec l'agresseur et que si l'on peut compter en France sur son secours en cas d'attaque, on la trouverait au contraire contre soi dans l'offensive. Déjà, à propos des manifestations dangereuses que l'on craignait de voir se produire à l'occasion de la représentation d'un opéra de Wagner à Paris, la presse officielle russe vient de faire entendre de salutaires avis en ce sens.

86.

Fürst von Chimay an Baron Greindl.

Bruxelles, le 11 novembre 1891.

Il m'a été fait part (Constantinople 5 novembre) au sujet de la situation intérieure de la Russie des appréciations que j'ai l'honneur de vous communiquer à titre très confidentiel.

L'armée russe n'est pas ce que l'on pense communément. Il y a trois choses à remarquer: 1. la garde qui est bonne et infiniment supérieure aux troupes de province, forme une quotité minime de l'ensemble; 2. les chiffres sur le papier et l'effectif diffèrent du tout au tout; 3. l'esprit militaire laisse beaucoup à désirer, et le commandement est fort défectueux. Envisagée dans son ensemble l'armée russe ne vaut pas grand'chose. La Triple Alliance n'a pas à la craindre.

L'administration russe est un édifice vermoulu. La corruption y atteint des proportions inouïes. Que peut-on en

attendre, une guerre survenant, en fait de discipline, de régularité, de dévouement?

Le peuple entièrement démoralisé par un clergé perverti, d'une ignorance généralement reconnue et dont toute la foi se borne à des pratiques extérieures, manquerait de ressort le jour où il devrait se sacrifier pour la patrie.

Le nihilisme, non tel qu'on l'entend en Europe, mais tel qu'il existe réellement en Russie, serait un grand danger pour les institutions régnantes. Tout ce qui est intelligent en Russie, nourrit des aspirations vers la liberté, désire se libérer de cette administration corrompue qui est un chancre pour la nation, et rêve une amélioration générale qui rapprocherait la Russie des nations européennes.

La famine, si horrible qu'elle soit, n'est qu'un accident. La question agraire est autrement redoutable. L'émancipation a été un grand acte philanthropique, mais elle a été mal exécutée et elle entraînera tôt ou tard des bouleversements. Toutes raisons suffisantes pour que ni le Tsar ni ses Conseillers ne méditent de lancer la Russie dans une aventure où ils pourraient sombrer.

Ces appréciations ont été prêtées à un homme d'Etat qui ne peut être soupçonné d'avoir des préférences marquées pour la Triple Alliance.

87.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 19 novembre 1891.

J'ai l'honneur de vous exprimer tous mes remercîments pour les considérations si intéressantes que vous avez bien voulu me transmettre sur les dangers qui menaceraient la Russie au cas où cette puissance voulût pour atteindre ses fins en Orient engager une nouvelle guerre.

Lors d'un entretien que j'ai eu récemment avec un homme d'Etat très versé dans tout ce qui rapporte à la Turquie (so!), j'ai abordé cette même question. L'Empereur Alexandre, m'a-t-il

répondu — et cela est évident pour tous ceux qui le connaissent bien — se rend parfaitement compte de la situation de son empire. Aussi évitera-t-il tant qu'il le peut, de se lancer dans des aventures. Nul ne sait mieux que lui les risques que sa personne et sa dynastie auraient à courir au moindre incident fâcheux. Mais l'Empereur ne s'appartient pas: il est l'esclave du parti panslaviste. Le jour où ce parti, qui a pour chefs les deux frères Ignatieff, décidera qu'il faut recourir aux armes, l'Empereur, se sentant trop faible pour résister à cette pression, fermera les yeux aux conséquences probables d'une nouvelle campagne, et il obéira aux hommes dont il connaît l'influence dans le pays et dont il redoute les entreprises criminelles.

88.[1])

Fürst von Chimay, an Baron Greindl.

Bruxelles, le 25 novembre 1891.

Je me trouve en mesure, M. le Baron, de vous communiquer quelques nouvelles considérations à ajouter à celles qui ont fait l'objet de ma dépêche du 11 de ce mois.

Récemment un homme d'Etat très versé dans tout ce qui se rapporte à la Russie, s'entretenant avec un de vos collègues, s'est exprimé en ces termes: «L'Empereur Alexandre se rend parfaitement compte de la situation de son Empire. Aussi évitera-t-il tant qu'il le peut, de se lancer dans des aventures. Nul se sait mieux que lui les risques que sa personne et sa dynastie auraient à courir au moindre incident fâcheux. Mais l'Empereur ne s'appartient pas. Il est l'esclave du parti panslaviste. Le jour où ce parti qui a pour Chefs les deux frères Ignatieff, décidera qu'il faut recourir aux armes, l'Empereur, se sentant trop faible pour résister à cette pression, fermera les yeux aux conséquences probables d'une nouvelle campagne et il obéira aux hommes dont il connaît l'influence dans le pays.«

[1]) Das Schreiben mag hier als Probe für die Art der Weitergabe einlaufender Berichte an andere Gesandtschaften Platz finden.

Londres, 27. 11. 1891.

89.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 27 novembre 1891.

Divers renseignements me permettent d'affirmer que la croyance au maintien de la paix n'est plus aussi entière qu'on le disait ou qu'on affectait de le dire il y a peu de temps.

Le Foreign Office a-t-il reçu des informations positives sur les arrangements conclus entre la France et la Russie? L'Autriche a-t-elle fait savoir que les dispositions militaires prises par l'autorité russe le long de la frontière polonaise ne laissent aucun doute sur la ferme volonté d'une entrée en campagne au printemps prochain? L'esprit de revanche qui n'a cessé d'animer la population française, mais que la peur d'une lutte prématurée a contenu jusqu'à présent, finira-t-il par exercer une influence irrésistible sur le Gouvernement et par le décider à attaquer un adversaire devenu moins redoutable?

Toujours est-il qu'à Londres on est convaincu que le moindre incident peut tout à coup servir de prétexte à un conflit qui, cette fois, embraserait l'Europe entière.

Il ne m'est pas possible d'apprécier le pourquoi de cette opinion. Je dois me borner à la constater.

90.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 6. décembre 1891.

M. de Giers a traversé Berlin parce que c'était la route la plus courte pour rentrer en Russie. S'il aurait évité par un détour la capitale de l'Empire allemand, il n'aurait pas été possible d'échapper aux commentaires alarmants.

Les correspondances officieuses de Berlin ont répété à satiété que M. de Giers n'était chargé d'aucune mission. Néanmoins il a donné l'assurance, dit M. le Baron de Marschall, que le Czar et son Gouvernement sont animés des intentions les plus pacifiques. M. de Giers a ajouté qu'il rapportait de Paris l'impres-

sion ou plutôt la certitude que le Gouvernement français est exactement dans les mêmes dispositions.

Il me semble qu'on répète bien souvent que la paix est assurée. On n'éprouverait pas le besoin de revenir tous les huit jours sur le même thème si l'on était bien certain qu'il est vrai.

La situation est fidèlement dépeinte par la conversation que vous avez bien voulu me rapporter. Les Gouvernements n'en sont pas maîtres. Le parti panslaviste plus fort que le Czar, décide de la guerre ou de la paix, et la garantie de tranquillité la plus solide que nous ayons, est la disette en Russie coïncidant avec l'échec du dernier emprunt russe à Paris.

C'est aussi le fond de la pensée du Gouvernement Impérial. Un des arguments qu'il a employés pour décider le Roi de Roumanie à s'entendre avec la triple alliance, lors du séjour de Sa Majesté à Berlin, a été que le moindre incident peut produire la guerre générale et qu'il est par conséquent de l'intérêt de la Roumanie d'avoir pris position avant que cette éventualité se produise.

91.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 13 février 1892.

Le Prince Royal de Suède a passé à son retour de St. Pétersbourg par Dresde et Berlin et a rapporté de son voyage en Russie des impressions qui me paraissent mériter d'être relatées.

Son Altesse Royale n'a naturellement pas pu parler de la situation intérieure de la Russie, sauf à une Grande-Duchesse d'origine allemande. Celle-ci lui a dit que toute la famille Impériale vit dans une inquiétude perpétuelle, comme si elle était à la veille d'une catastrophe. L'Empereur est, comme toujours, à la fois opiniâtre et indécis. Divers exemples montrent quelles difficultés en résultent pour le Gouvernement. Tout récemment le Sénat a été placé par l'Empereur dans une situation telle qu'il eût donné sa démission en masse, s'il l'eût osé.

Berlin, 13. 2. 1892.

Le Prince Royal de Suède a trouvé l'Empereur de Russie très monté contre l'Empereur d'Allemagne. Sa Majesté a été vivement blessée de l'éclat donné au renouvellement de la triple alliance. C'est la raison qui a conduit le Czar aux manifestations de Cronstadt. Toutefois le flot de l'opinion publique a porté Sa Majesté plus loin qu'Elle ne voulait aller.

Vous vous souviendrez, mon Prince, que cet été le Czar a dû traverser l'Allemagne pour se rendre en Crimée, à cause d'un triste événement de famille; il a fait un détour pour éviter Berlin. Sa Majesté n'a pas même donné signe de vie à la Cour, ne fût-ce que par un télégramme. L'Empereur d'Allemagne avait attribué ce procédé discourtois à une inadvertance. Le Prince Royal de Suède a appris à St. Pétersbourg que le Czar a été impoli de propos délibéré.

Son Altesse Royale a trouvé tout le monde à St. Pétersbourg dans la persuasion que l'Allemagne veut la guerre avec la Russie et en cherche l'occasion. L'absurdité de cette idée, démontrée par l'évidence des faits ne l'empêche pas d'avoir cours.

La plupart des observations qui précèdent ne sont pas nouvelles; néanmoins il est intéressant d'en entendre la confirmation. On peut le faire avec calme, puisque la détresse de la Russie lui interdit pour une période dont il est encore impossible de déterminer la durée, toute action sur le terrain de la politique extérieure.

Un article officieux de la Politische Correspondenz qui a paru avant-hier s'occupe des relations de l'Allemagne et de la Russie. Il avertit le Gouvernement du Czar que toute tentative d'emprunter en Allemagne aboutirait à un échec.

92.

Baron de Pitteurs-Hiegaerts, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 17 mars 1892.

Mercredi dernier 26 février/10 mars, jour de naissance de l'Empereur, ont eu lieu au palais d'hiver les réceptions et les présentations qui se font habituellement le jour du nouvel an.

Toute fête de Cour ayant été supprimée cette année tant à raison de la mort de la Grande-Duchesse Alexandra Géorgievna qu'à cause des calamités occasionnées par la disette, il a paru opportun que l'Empereur reçut au moins une fois le Corps diplomatique et les personnages qui ne font pas parti de son entourage intime ou de son Gouvernement. Je crois déjà avoir eu l'occasion de vous dire que pour les diplomates n'ayant pas rang d'Ambassadeur la réception du nouvel an (cette fois celle qui en a tenu lieu), est la seule occasion où le Souverain leur adresse la parole.

J'ai peu de choses à ajouter à ce que je vous écrivais dernièrement tant par rapport au nouveau Ministère français que relativement à ce qui se passe à Berlin. Je n'ai vu hier que quelques minutes M. de Giers qui n'avait pas reçu mercredi dernier (jour de naissance de l'Empereur). S. Ex. très préoccupée par l'état inquiétant de la santé de Madame de Giers atteinte d'une grave inflammation de poitrine, était pour ce motif très peu communicative. Il se dit satisfait de la composition du nouveau Cabinet français. Quant aux affaires allemandes, il s'est borné à dire qu'il ne sache pas se taire davantage en accompagnant cette réflexion d'un haussement significatif d'épaules.

Les paroles prononcées par l'Empereur d'Allemagne au sein de la Diète provinciale de Brandebourg avaient principalement trait à la politique intérieure et auraient tout au plus pu avoir une signification belliqueuse en interprétant dans ce sens la fin de son speach où il promet de mener l'Allemagne vers un avenir brillant. Néanmoins des bruits absurdes ont pendant plusieurs jours circulé à St. Pétersbourg, même dans des sphères qu'on croirait devoir être plus éclairées. On racontait que le jeune Empereur allait bientôt décréter des mesures indiquant son intention de faire la guerre le printemps prochain, que son antipathie contre la Russie était montée à un tel point qu'il voulait renvoyer les uniformes des régiments russes dont il est le Chef; on disait d'autre part que les premiers indices d'un dérangement mental commençaient à se manifester, que bientôt on devrait appeler le Prince Henri à la régence.

St. Pétersbourg, 17. 3. 1892.

Ces racontars absurdes sont cependant symptomatiques. Les esprits se font peu à peu à l'idée d'une lutte avec l'Allemagne dont l'échéance seule est plus ou moins rapprochée. Je crois superflu d'ajouter que je suis loin de croire à la proximité de la dite échéance à raison de la situation économique de la Russie et surtout parce que la transformation de l'armement des troupes n'est pas assez avancée pour pousser à la guerre. Ajoutons que les facteurs les plus importants c'est-à-dire l'Empereur et Son Ministre des Affaires Etrangères ne nourrissent pas, comme vous le savez, des idées belliqueuses.

93.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 30 mars 1892.

M. le Baron de Marschall m'a dit hier, que d'après un rapport de M. de Schweinitz, reçu le matin, M. de Giers est gravement indisposé. Il craint, vu l'âge avancé du ministre des Affaires Étrangères de Russie, que la maladie n'ait une issue fatale. La mort de M. de Giers serait une grande perte. C'est un homme expérimenté et sage, qui se sert de l'influence, malheureusement trop restreinte dont il jouit, pour empêcher la Russie de se lancer dans la voie des aventures.

La détresse dans laquelle se trouve actuellement la Russie et qui lui rend la guerre impossible, ne l'empêche pas de continuer ses intrigues dans la péninsule des Balkans. Aussi la fermentation qui règne en Bulgarie, s'explique-t-elle aisément. Elle a surtout gagné en intensité, depuis que l'ambassadeur de Russie a réclamé Chichmanow, l'instigateur présumé de l'assassinat de M. Vulkowitch, et que le gouvernement turc a consenti à le livrer. C'est une honte d'autant plus grande pour M. Nelidow et pour le Sultan, que cet individu n'est pas même sujet russe.

M. le Baron de Marschall a été informé par l'agent allemand à Sofia, de l'intention du gouvernement bulgare d'adresser une note à la Sublime Porte, pour demander que la puissance su-

zéraine veille à ce qu'on ne trouve plus sur le territoire turc, des complots contre la sûreté de la Bulgarie et contre la vie de ses hommes d'Etat. La note ne soulèvera pas précisément la question de la reconnaissance du Prince Ferdinand; mais priera le gouvernement ottoman de retirer l'acte par lequel il a, en 1888 ou 1889, déclaré illégal l'état de choses existant en Bulgarie.

Le comte Kalnoky et le comte de Caprivi trouvent tous les deux que cette démarche est inopportune. Ils l'ont fortement déconseillée. Ils sont d'avis qu'il ne faut pas fournir à la Russie l'occasion de faire diversion à ses embarras intérieurs et lui donner un prétexte de crier à la violation des traités, tandis que c'est elle seule qui sème le trouble dans la Péninsule des Balkans.

Le Gouvernement bulgare ne paraît pas disposé à écouter les conseils qui lui ont été donnés de Vienne et de Berlin. M. le Baron de Marschall le regrette, mais le comprend. La situation actuelle est intolérable et il faut absolument faire quelque chose pour en sortir. Quant à l'exaspération des Bulgares, elle est bien naturelle. Depuis des années, on ne cesse de travailler contre la tranquillité du pays et la diplomatie russe confesse elle-même qu'il existe, à sa connaissance, un centre de conspiration à Odessa.

M. le Baron de Marschall espère que la note bulgare n'aura pas de suites graves. La Sublime Porte n'osera pas faire droit aux réclamations du Gouvernement de Sofia, quelque fondées qu'elles soient. Elle usera des moyens dilatoires qui lui sont familiers et l'affaire sera oubliée.

Puisque je vous parle des affaires de Bulgarie, j'en veux profiter pour noter le changement qui s'est produit dans la politique de l'Allemagne en Orient, depuis que M. le Général de Caprivi est au pouvoir.

Le Prince de Bismarck se tenait soigneusement à l'écart de ces affaires et laissait l'Autriche et l'Italie en porter tout le poids. Il ne cessait de faire dire à St. Pétersbourg qu'il s'en désintéressait complètement. Elles n'avaient qu'une importance très secondaire pour l'Allemagne. Les traités d'alliance n'en parlent pas. Toute solution lui était donc indifférente.

Cette attitude répondait à la politique générale du Prince

de Bismarck qui cherchait à se ménager toujours la possibilité d'un rapprochement avec la Russie, ainsi qu'aux anciennes traditions de la Cour de Prusse. Elle présentait un double danger.

D'abord elle pouvait conduire l'Autriche à se demander si la triple alliance ne lui imposait pas plus de charges qu'elle ne lui procurait d'avantages.

Ensuite elle avait l'inconvénient d'encourager la Russie dans une politique qui doit nécessairement conduire à un conflit où l'Allemagne aurait été mêlée. Lorsque de l'intrigue et de la conspiration, la Russie passera à une action vigoureuse pour réaliser ses projets, l'Autriche devra s'y opposer par la force des armes. Entourée de trois côtés par la Russie ou ses vassaux, la Hongrie ne pourrait pas subsister avec ses nombreuses populations slaves. Elle n'est pas de force à résister à la Russie, même avec l'aide de l'Autriche. Liée ou non par un traité d'alliance, l'Allemagne aurait été forcée d'intervenir sous peine de voir détruire l'équilibre européen de la façon la plus périlleuse pour elle.

Le double jeu joué pendant si longtemps par le Prince de Bismarck ne pouvait pas convenir à la nature loyale du Comte de Caprivi. Depuis que le nouveau Chancelier est au pouvoir, l'Allemagne soutient beaucoup plus franchement l'Autriche-Hongrie en Orient. Elle le fait très discrètement et se tient toujours au second plan; mais son action n'en est pas moins efficace. J'ai appris qu'on lui en sait beaucoup de gré à Vienne et que le prix que le Gouvernement austro-hongrois attache à la triple alliance, s'en trouve considérablement augmenté.

Le présent rapport fait suite à celui que j'ai adressé à M. le Prince de Chimay le 22 de ce mois sous le No. 420/251.

94.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 27 juin 1892.

Je suppose que les journaux belges auront reproduit l'entrevue du Prince de Bismarck publiée par la nouvelle presse libre et

mon collègue de Vienne vous en aura certainement parlé. Je n'ai donc pas à analyser ce document. L'ex-Chancelier lance de nouveau contre le Gouvernement de l'Empire, c'est-à-dire contre l'Empereur et le Général de Caprivi les deux principales accusations qui défraient depuis longtemps la polémique des Hamburger Nachrichten et des autres journaux qui vont chercher leurs inspirations à Friedrichsruhe. Il leur fait un grief d'avoir conclu les traités de commerce et d'avoir gâté les relations de l'Allemagne avec la Russie.

Sur le premier point l'opinion publique a déjà répondu par l'organe du Reichstag qui a adopté les traités à une immense majorité.

Pour le second, le Prince de Bismarck est mal servi par sa mémoire.

Le refroidissement entre l'Allemagne et la Russie n'est pas le fait du Gouvernement actuel; il date du congrès de Berlin. L'opinion en Europe a été que dans cette assemblée, le Prince de Bismarck s'est montré aussi favorable à la Russie qu'il pouvait l'être; mais à Moscou on n'a pas été de cet avis. On y a accusé l'Allemagne d'avoir ravi à la Russie les fruits de la dernière guerre d'Orient.

L'irritation qui en est résultée, a été le motif déterminant de la conclusion de la triple alliance. L'ex-chancelier voyant que l'entente avec la Russie n'était plus possible, s'est rabattu, faute de mieux sur l'Autriche, à laquelle l'Italie est venue plus tard se joindre, lorsque l'annexion de Tunis lui a fait craindre que la France n'aspirât à la domination exclusive dans la Méditerranée. La fondation de la triple alliance est le second reproche que les panslavistes adressent à l'Allemagne.

La campagne entreprise pour chasser les fonds russes de l'Allemagne et qui a été couronnée de succès, est le troisième grief.

L'insolence de la presse officieuse allemande à l'égard de la Russie pendant les dix derniers années du gouvernement du Prince de Bismarck, n'était pas faite pour adoucir l'amertume de la déception qu'ont éprouvée les Russes qui s'attendaient à recueillir la complaisance ou même la complicité de l'Allemagne en Orient comme prix de leur attitude pendant les guerres de 1866 et de 1870.

L'indifférence affectée à Berlin pour les affaires des Balkans n'a pas effacé ces souvenirs. Le conseil donné aux Russes par le Prince de Bismarck d'occuper Constantinople n'a même servi à rien. On savait à St. Pétersbourg que ni l'Autriche, ni l'Italie, ni l'Angleterre ne permettraient qu'il fût suivi et qu'on ne le suggérait à Berlin que parce qu'on était assuré qu'il n'était pas exécutable.

Tout cela devait conduire logiquement et fatalement à l'entrevue de Cronstadt et au rapprochement entre la Russie et la France recherché par cette dernière puissance depuis 1872; mais ni l'Empereur, ni le Comte de Caprivi n'en sont responsables. Ils n'ont fait qu'hériter d'une situation créée déjà sous l'ancien régime et ils n'ont rien négligé pour l'améliorer. S'ils n'y ont pas réussi, c'est que les circonstances sont plus fortes que les hommes et que l'antagonisme inévitable de l'Autriche et de la Russie en Orient, ne permet pas d'être à la fois l'allié de l'une et l'ami de l'autre. Le double jeu du Prince de Bismarck n'a jamais réussi à masquer cette impossibilité et à Moscou et à St. Pétersbourg on ne peut pas savoir mauvais gré à son successeur d'agir avec plus de loyauté et de franchise.

Quelque injustes que soient les attaques du Prince de Bismarck, elles sont un sérieux embarras pour le Gouvernement. L'ex-Chancelier n'exerce sans doute aucune influence sur les sphères dirigeantes, comme le prouve le fait qu'il n'a pas été reçu à la Hofburg et que le Prince Régent de Bavière s'est absenté de Munich, mais sème l'inquiétude dans les masses et se sert du prestige énorme qu'il doit à la grandeur de son œuvre, pour grouper autour de lui tous les mécontents et pour recruter à l'intérieur et à l'extérieur des ennemis à son Souverain. Son travail de démolition est d'autant plus perfide qu'il s'était fait jusqu'ici dans des journaux qu'il désavoue au besoin. Il n'y avait donc pas moyen de discuter ouvertement et officiellement avec lui. Maintenant il donne plus de prise. En effet l'ex-Chancelier a fait siennes, en les répétant, les assertions des Hamburger Nachrichten; mais il se dérobe encore néanmoins autant qu'il le peut. Ce n'est pas au Reichstag qu'il fait entendre ses critiques, comme il conviendrait à un op-

posant loyal c'est encore dans les colonnes d'un journal et, qui est pis, d'un journal étranger.

L'Empereur et le Ministère ont fait preuve jusqu'à présent d'une très grande longanimité, mais peut-être leur patience est-elle à bout. Un télégramme aux allures officieuses, adressé de Berlin au Neues Wiener Tageblatt, laisse entrevoir la possibilité de révélations qui rétabliraient la vérité des faits.

Le Prince de Bismarck ne peut pas se faire l'illusion qu'il forcera l'Empereur à le rappeler dans ses conseils. Les gens qui l'acclament, ne désirent pas eux-mêmes l'y rappeler. Ils ont assez souffert du système de compression d'autrefois. Le Prince a du reste rendu une réconciliation avec Sa Majesté impossible. Il sait que ses conseils bruyamment donnés sont irréalisables, puisqu'il n'a pas pu y conformer sa propre politique. Son opposition a donc un caractère de vengeance mesquine et antipatriotique qui expliquerait des représailles quelque pénible qu'il soit d'avoir à rapetisser la figure historique du fondateur de l'unité allemande.

95.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 13 août 1892.

Vous vous souviendrez d'un article intitulé «alliance ou flirt« qui a paru dans le Figaro du 14 juillet dernier. C'était une sommation adressée au Gouvernement du Czar d'avoir à réaliser par une alliance formelle les espérances qu'a fait naître chez les Français la rencontre de Cronstadt. Cette mise en demeure n'a pas été du goût de la Russie, comme vous pouvez en juger par le ton des discussions qu'elle a soulevées dans la presse russe indépendante et officieuse. On croit savoir ici, mais sans en être sûr, que l'article du Figaro a été inspiré par M. Ribot pour préparer une démarche qu'il se proposait de faire à St. Pétersbourg.

D'après des informations plus positives reçues au Département Impérial des Affaires Etrangères, M. le Comte de Monte-

bello aurait, peu de temps après, été rechercher M. de Giers encore gravement malade dans sa terre en Finlande pour lui proposer la signature d'un traité d'alliance.

M. de Giers aurait répondu par une fin de non recevoir.

Ces nouvelles m'ont été données à titre strictement confidentiel, aussi vous serai-je obligé de n'en parler à personne, pas même à M. le Comte d'Alvensleben.

Il est intéressant de les rapprocher des ouvertures faites à Berlin en vue de la conclusion d'un traité de commerce entre l'Allemagne et la Russie.

96.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 14 janvier 1893.

Par mon rapport du 9 de ce mois No. 45/31, j'ai eu l'honneur de relater une conversation de l'Empereur avec le Prince Royal de Suède. Il en résulte que Sa Majesté ne veut faire aucune concession sur le projet de réforme de l'armée et que, si le Reichstag ne la vote pas, Elle a l'intention de dissoudre cette assemblée. Afin de ne pas vous adresser une trop longue lettre chiffrée, j'ai réservé pour le jour du courrier les réflexions que cette conversation me suggère.

A en juger par l'attitude des partis il n'y a pas de probabilité que la loi passe telle qu'elle a été présentée par le gouvernement. L'Allemagne est dans la situation d'esprit où était la France entre 1866 et 1870. Grisée par de longs et éclatants succès, elle considère l'idée d'une défaite comme absurde. Les arguments qu'emploie le Général de Caprivi ressemblent à s'y méprendre à ceux qu'apportait le Maréchal Niel à la tribune du corps législatif. On lui répond par les mêmes niaiseries patriotiques dont se servaient M. Jules Favre et ses amis pour préparer, à leur insu, la défaite de la France.

Ce sentiment d'orgueilleuse et fausse sécurité va diminuant à mesure que le Gouvernement multiplie ses explications sur l'état militaire comparé des diverses puissances de l'Europe

et sur la nature de leurs relations politiques. Ainsi que je vous l'écrivais hier le discours du Chancelier à la commission du Reichstag a fait sensation; mais nul ne sait jusqu'à quel point les masses ont été impressionnées. Les députés sont donc toujours sous le coup de la menace de perdre leur mandat s'ils émettent un vote désagréable à leurs électeurs. Ils sont choisis au suffrage universel; ils doivent donc plaire à la partie la moins intelligente de la nation.

Quoique l'Empereur, le Chancelier et le Baron de Marschall continuent à dire que le projet passera à une petite majorité, on peut donc douter que le but soit atteint sans concession de la part du Gouvernement. Il faut aux députés une transaction pour justifier leur vote favorable aux yeux de leurs mandats.

Il est donc à espérer que l'Empereur y consentira au dernier moment, s'il voit qu'il n'y a pas d'autre moyen d'obtenir l'agrément du Reichstag.

Sa Majesté se propose, dit-Elle, de dissoudre cette assemblée dans le cas où elle rejetterait la réforme militaire. Elle se fait illusion si Elle croit que de nouvelles élections lui amèneraient une majorité plus docile. Elles tourneraient vraisemblablement au profit des socialistes et des Freisinnige que l'Empereur considère, ainsi qu'il me l'a dit un jour, comme des républicains déguisés.

Je ne veux pas croire que l'Empereur nourrisse le projet d'accomplir la réforme militaire dans l'Empire, sans le parlement et malgré lui, comme son grand-père l'a fait en Prusse, en 1862. Ni l'Empereur ni le Gouvernement n'ont assez de prestige pour risquer une semblable aventure. D'ailleurs ces choses-là ne réussissent que quand elles aboutissent à Königgrätz.

L'adoption de la loi militaire est indispensable non seulement pour l'Allemagne, mais pour toute l'Europe. Il faut que l'Allemagne soit forte à l'intérieur et à l'extérieur dans l'intérêt de la conservation de la paix dont elle est le principal, sinon l'unique soutien.

Berlin, 24. 4. 1893.

97.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 24 avril 1893.

J'ai eu l'honneur de recevoir votre dépêche du 19 de ce mois A No. 2714 et je vous remercie d'avoir bien voulu me donner les renseignements si intéressants qu'elle contenait, sur les affaires de Bulgarie.

Je comprends la confiance de M. Stambouloff dans l'appui éventuel de l'Autriche-Hongrie au cas d'une intervention étrangère en Bulgarie. Il n'est pas nécessaire qu'elle repose sur une assurance positive, parce qu'elle est dans la force des choses.

L'intervention étrangère dont il s'agit, ne peut venir que de la Russie et impliquerait une idée de conquête. La principauté bulgare a été créée par la Russie pour être sa vassale de fait et pour lui servir d'avant-garde contre la Turquie. Elle n'était sans doute pas destinée dans la pensée des hommes d'état russes et spécialement du Général Ignatieff, à avoir une existence permanente. Si jamais le rêve séculaire de la conquête de Constantinople vient à se réaliser, la Russie ne pourrait pas tolérer que ses provinces du nord fussent séparées de celles du midi, par de petits Etats indépendants. L'annexion de la Bulgarie serait une nécessité politique de premier ordre. Pour la même raison, la Roumanie serait condamnée à disparaître. Pour les panslavistes, et tous les Russes le sont plus ou moins, le Czar est en vertu d'une prédestination divine, le souverain légitime de tous les Slaves et aussi de tous les peuples qui professent la religion grecque orthodoxe. La mission de la Russie est de les réunir un jour sous un même sceptre.

La réalisation de ce plan entraînerait la mine à bref délai de la Monarchie hongroise. Enserrée par la Russie de trois côtés, comment pourrait-elle, avec ses nombreuses populations slaves, résister à la pression? L'Autriche elle-même ne serait pas moins menacée. Elle souffre aussi du manque d'unité nationale. L'attachement personnel à un Empereur déjà vieux est le principal lien qui retient ensemble les divers peuples qui

la composent. Séparée de la Hongrie, il lui serait bien difficile de conserver une existence indépendante. Y réussit-elle, ce ne serait qu'en tombant au rang de puissance de second ordre.

La liberté des Etats des Balkans est donc une question de vie ou de mort pour l'Autriche-Hongrie. Si un conflit éclate, il est impossible qu'elle n'y prenne pas part. Il est impossible aussi que l'Allemagne s'en désintéresse. L'Empire ménage toujours la Russie autant qu'il le peut. Il évite de se mêler des questions orientales et lorsqu'il y est forcé, il prend un soin extrême de se tenir au second plan. Le traité d'alliance n'oblige pas l'Allemagne à intervenir pour appuyer l'Autriche-Hongrie dans une guerre entreprise pour défendre l'indépendance des Etats des Balkans. Néanmoins je ne doute pas un seul instant, qu'elle ne prenne parti, dans le cas probable où les forces de l'Autriche-Hongrie ne seraient pas en état de résister à celles de la Russie, dans un conflit dont le théâtre serait l'embouchure du Danube. Pour l'équilibre Européen et pour la sécurité de l'Allemagne, il est nécessaire que l'Autriche-Hongrie reste une grande puissance. La perspective d'un accroissement de territoire, pour le cas où la monarchie des Habsbourg viendrait à s'émietter, ne constituerait pas une compensation suffisante pour le péril dont l'Allemagne serait menacée par la réalisation de l'idée panslaviste.

98.

Baron Borchgrave, Gesandter in Wien[1]).

Très confidentielle. Vienne, le 12 juin 1893.

L'Ambassadeur de France a eu ces jours-ci à son retour de Paris un entretien avec le Comte Kalnoky dont il a bien voulu me rapporter la substance.

«Nos populations«, lui disait le Ministre Impérial, «s'inquiétant de plus en plus de l'augmentation périodique des armements, le moment paraissait venu de leur dire que la situation politique

[1]) Baron Emile de Borchgrave hatte am 29. 11. 1891 den Grafen de Jonghe d'Ardoye auf dem Gesandtenposten in Wien abgelöst.

est meilleure. L'Empereur avec sa haute expérience et le prestige de son nom le pouvait mieux que personne. Je l'ai répété aux Délégations qui l'ont appris avec satisfaction. Mon exposé a été accueilli partout avec faveur, à Rome comme à St. Pétersbourg, à Paris comme à Berlin, à Berlin aussi, je puis vous l'assurer.

«J'ai été très heureux du langage des journaux français et j'ai pu dire que nos rapports avec la Russie sont meilleurs, parce que telle est la vérité. C'est un fait tranquilisant, et il était opportun de le constater.«

Le Comte Kalnoky, disait M. Decrais, paraissait fort satisfait en tenant ce langage.

«Pour moi«, ajoutait S. E. «je l'ai trouvé naïf, je n'ose pas dire maladroit. Il ne nous déplaît pas que les rapports entre Vienne et Berlin soient de moins en moins cordiaux; c'est affaire à leurs hommes d'Etat. Il ne nous déplaît pas davantage que l'Autriche fournisse des armes à l'opposition en Allemagne. Les journaux français et russes sont dans leur rôle en chantant les louanges du Comte Kalnoky. Nous aurions mauvaise grâce à blâmer le Ministre dirigeant de l'Empereur François Joseph de faire pièce à ses amis de Berlin. Et cependant nous ne désirons pas le rejet de la loi militaire; notre presse que nous n'avons pas dans la main, pourrait se laisser aller à de tels accents d'allégresse que le moindre incident nous placerait peut-être devant l'incalculable . . .» J'affirme d'un autre côté qu'il n'y a rien de changé dans les rapports entre Vienne et St. Pétersbourg. L'irritation du Czar provoquée par la réception de M. Stambouloff persiste; la visite de l'Empereur à M. de Giers a produit plutôt un effet opposé à celui qu'on en attendait. On n'a pas su gré d'une visite qui devait fatiguer outre mesure un vieillard malade qui n'avait d'autre but qu'une démonstration ne rimant à rien et qui manquait peut-être un peu de dignité. On ne saura pas plus de gré à St. Pétersbourg des politesses qu'on vient de prodiguer au Prince de Monténégro «le meilleur ami du Czar« et dont le Prince a paru bien étonné n'étant pas gâté sous ce rapport. Si l'impression produite par la visite de M. de Giers avait été ce que l'on prétend, le Grand-Duc Wladimir aurait passé par Vienne à son retour de Rome.

On l'attendait. Le Prince Hohenlohe me disait qu'il arriverait entre le 8 et le 12 mai. Le Prince Reuss le croyait aussi. J'en parlais au Prince Lobanoff qui, se jugeant un peu mieux informé des choses de Russie que les personnages que je viens de citer, me donna l'assurance que le Grand-Duc ne passerait pas par Vienne, et il n'est pas venu . . .

La presse autrichienne qui a reçu pour mot d'ordre de faire des amours à la Russie, parce qu'on est à l'aigre avec Berlin, a un langage plus mesuré, plus poli.

C'est le seul changement qu'il y ait dans la situation . . .

Si le Grand-Duc héritier vient, comme on s'en flatte, assister aux manœuvres d'automne, c'est un fait dont il faudra tenir compte; mais on ne sait encore rien de précis à cet égard. Ce que je crois pour le moment, c'est qu'on n'a pas gagné Pétersbourg et qu'on a gravement froissé Berlin.

99.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 7 octobre 1893.

Le Gouvernement et le Conseil municipal de Paris, aidés d'un syndicat des principaux journaux de la capitale, mettent la dernière main au programme des fêtes, qui seront données dans la seconde quinzaine de ce mois en l'honneur de l'amiral Avelane et de ses officiers. Déjeuners et dîners suivis de réceptions, carrousel militaire, bals, illuminations, soirée de gala à l'opéra, le programme est dès à présent des plus chargés, et du moment où ils auront mis le pied à Toulon sur le sol français jusqu'à leur rembarquement, les marins russes n'auront guère le temps de respirer. Le Ministère a décidé de consacrer 300 000 francs à ces fêtes, le conseil municipal de Paris en a voté 350 000; les souscriptions particulières, ouvertes dans les colonnes des journaux, ont produit moins de 200 000 francs, ce qui laisserait supposer que les classes riches ne montrent pas un empressement exagéré à contribuer aux solennités qu'on prépare. Le total de l'argent à dépenser n'en formera pas moins

une somme d'environ un million, destinée à donner à l'Europe une éclatante idée des sentiments des Français à l'égard des Russes. Elle n'avait pas besoin de cette démonstration, à laquelle le Gouvernement s'efforcera d'attribuer un caractère pacifique. C'est dans ce but qu'il a résolu d'inviter le Corps diplomatique étranger aux réceptions officielles de l'Elysée et de quatre ministères.

Au milieu des articles dithyrambiques publiés depuis un mois en l'honneur de l'alliance franco-russe, quelques esprits prudents ou moins échauffés, ont essayé de glisser une note plus juste et plus modérée. Les uns, s'appuyant sur le langage de la presse de Saint-Pétersbourg, ont insinué que les futures manifestations de l'allégresse des Parisiens ne devaient pas dépasser la portée que désire y attacher le Czar; ils ont rappelé que ce Prince considère le rapprochement des deux nations comme un moyen de garantir la paix européenne. Les autres ont été plus loin: ils ont montré la situation de la France telle qu'elle est, c'est-à-dire plus exposée que jamais aux attaques de ses voisins, et la tension déplorable de ses rapports avec l'Italie; ils ont conseillé en conséquence de ne pas fournir de prétexte au conflit toujours prêt à éclater ni d'aliment au feu qui couve depuis si longtemps. Malgré la sagesse de ces paroles il est à craindre qu'aucune digue ne puisse arrêter le courant . . de sympathies, qu'entraînera la population de Paris à des excès d'enthousiasme: la majeure partie ne fera qu'obéir à un chauvinisme respectable, excité par la lecture d'une presse affolée, mais les bas-fonds de la grande ville, qui recèlent une tourbe innombrable de souteneurs et de camelots, anciens clients de Boulanger, personnel attitré des émeutes, apporteront l'appoint le plus bruyant aux démonstrations de la rue. Ce spectacle paraîtra sans doute regrettable à tous les Français vraiment soucieux de la dignité de leur patrie, et, en dépassant la mesure, il plaira médiocrement au Czar, la présence, par exemple à la tête du Conseil municipal chargé de recevoir les marins russes de M. Alphonse-Humbert, qui a salué l'avènement au trône d'Alexandre III par un article infâme signé de lui dans L'Intransigeant; il l'y qualifiait de «ganache aux mains sanglantes, d'éponge à boire

du sang, et non seulement lâche et assassin, mais bête et idiot»!

Il est impossible de ne pas se préoccuper de l'éventualité d'un incident imprévu pendant les fêtes prochaines. Un état de malaise plus prononcé, une situation politique générale plus embrouillée, c'est ce qui résulte le plus clairement de l'entente de la France avec la Russie. Les avantages que cette dernière en a retirés sont autrement palpables. Depuis 1888, le Gouvernement impérial a trouvé à emprunter 4 milliards, 800 millions d'argent français, presque le montant de la rançon payée à l'Allemagne, et si sa dernière opération, lancée un mois après Cronstadt, n'a pas réussi par la faute des banquiers auxquels il s'était adressé, il vient de faire un coup de maître cette fois-ci; il est parvenu ce qui ne s'était jamais vu, à se passer d'intermédiaires, à ne pas donner un sou à la presse ni aux courtiers, qui sont la plaie de la Bourse de Paris, en faisant coïncider la conversion en 4% d'un emprunt de 200 millions émis à 6% en 1883 avec la visite de l'amiral Avelane. Aucun journal financier n'a osé mener une campagne antipatriotique contre une manœuvre, qui le prive d'un bénéfice assuré.

100.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 14 octobre 1893.

Mon collègue de Belgrade aura certainement attiré votre attention sur les efforts de la presse serbe pour éveiller la défiance de la Sublime Porte contre l'Autriche-Hongrie au sujet de l'érection de fortifications dans le territoire de Lim, en vue, prétend-on, de projets d'annexion de la bande de terre qui s'étend de l'Herzégovine à Salonique. Un autre journal serbe engage à donner des armes aux habitants de la Bosnie pour secouer le joug de l'Autriche. Il y a eu des manifestations qui donnent à réfléchir, pendant le récent voyage du Roi de Serbie dans son Royaume.

Vous aurez remarqué l'article de l'officieuse «Fremdenblatt» qui est l'organe du ministère des affaires étrangères de Vienne.

Berlin, 14. 10. 1893.

Cet avertissement donné à la Serbie n'a pas été concerté avec Berlin; il n'a donc qu'une importance secondaire. Je ne vous en dirais rien s'il ne coïncidait pas avec un redoublement de violence de l'agitation des jeunes Tchèques et avec des mouvements semblables en Croatie et en Transsylvanie.

Je crois savoir que les Panslavistes de Moscou ne sont pour rien dans ce qui se passe en Bohème; mais il est probable, presque certain, qu'ils ont la main dans les événements de Serbie et de Croatie. Je dis les Panslavistes et non la Russie. En effet il n'est pas possible de faire remonter la responsabilité de ces intrigues au Czar et à ses conseillers. Le désir de Sa Majesté de conserver la paix est manifeste. Elle vient d'en donner la preuve par la correction de son attitude dans l'affaire de la visite de la flotte russe à Toulon. La loyauté du caractère du Czar est un sûr garant qu'il ne se prêterait pas à jouer double jeu.

Il serait du reste absurde de mécontenter la triple alliance au moment où la Russie cherche à conclure avec l'Allemagne un traité de commerce dont elle a un pressant besoin.

Mais ce qui se passe, prouve une fois de plus qu'il y a deux gouvernements en Russie, celui de l'Empereur et le gouvernement occulte de la société de bienfaisance de Moscou. Le premier n'est pas toujours le plus fort. C'est pourquoi les manifestations officielles et, je n'en doute pas, sincères du gouvernement du Czar, en faveur de la paix, ne peuvent jamais être accueillies qu'avec une certaine réserve. C'est pourquoi aussi la visite à Toulon ne laisse pas de causer quelque appréhension, malgré les efforts de l'Empereur de Russie et d'une partie de la presse française pour lui ôter son caractère dangereux.

101.

Baron Greindl, Gesandter in Berlin.

Berlin, le 25 octobre 1893.

Les avertissements donnés par le Czar ont atteint leur but. Les fêtes de Toulon et de Paris touchent à leur fin, et pas une seule parole imprudente n'a été prononcée par la France offi-

cielle. Elle s'est scrupuleusement conformée au mot d'ordre venu de St. Pétersbourg. Elle s'est évertuée à représenter la visite amicale de la flotte russe comme le gage d'une entente uniquement destinée à garantir la paix du monde.

M. le Baron de Marschall m'a dit hier qu'il se félicite que tout se soit si bien passé. Il craignait surtout quelque démonstration anti-italienne. Maintenant le danger immédiat semble écarté. L'enthousiasme a eu le temps de se manifester et ne peut pas se maintenir toujours au même diapason. Les toasts deviennent de plus en plus courts, donc de moins en moins périlleux. L'Amiral Avelane a beaucoup contribué, dit le Secrétaire d'Etat, à ce qu'il n'y eut pas d'incartade par son calme et la sobriété de sa parole.

La Russie a fait clairement voir qu'elle veut conserver sa liberté d'action, rester seule maîtresse de la direction de sa politique, qu'elle garantirait la France contre une agression au cas très improbable où la Triple Alliance songerait à l'attaquer, mais qu'elle refuse d'encourager la France à prendre l'offensive. En un mot, la Russie veut bien disposer de la France, mais ne veut pas que la France dispose d'elle.

Le Gouvernement français a accepté l'amitié russe dans les conditions où elle a été offerte. Je n'ai pas de raisons de croire qu'il manque de sincérité. La possession du pouvoir engendre le sentiment de la responsabilité. La République n'aurait d'ailleurs rien à gagner à une guerre. La défaite serait l'écrasement de la France, la victoire serait la fin du régime républicain qui ne pourrait pas subsister, s'il y avait un général, ayant assez de prestige pour s'emparer de la dictature. Je ne crois donc pas que la France officielle ait eu l'arrière-pensée de donner aux fêtes de Toulon et de Paris une autre portée que celle qu'on a voulu leur mesurer à St. Pétersbourg.

Mais la France non-officielle est-elle du même avis? Y a-t-il un seul Français qui ne souhaite pas la revanche? Les uns, les énergumènes, la veulent tout de suite. Ce sont les moins nombreux. Il y a d'ailleurs beaucoup d'exhibition théâtrale et de souci de se créer un piédestal dans la manifestation de leur patriotisme. Les autres, les sages, la méditent pour plus

tard, quand les conjonctures seront favorables. Ce sentiment est entretenu par l'humiliation de la défaite plus encore que par le regret des Provinces perdues. Il a trouvé son expression dans le délire de l'accueil fait aux marins russes et qui ne peut s'expliquer ni par la sympathie pour les institutions russes, ni par des traditions communes. Il n'y a de commun que la haine de l'Allemagne à qui l'on ne peut pas pardonner d'être la Puissance prépondérante dans le monde, comme la France l'a été et comme la Russie rêve de le devenir. Dans la bouche du peuple parisien le cri de «vive la Russie» a la même signification que le cri «à Berlin» qu'il poussait en 1870. Le peuple français a l'espoir que de gré ou de force le Czar l'aidera un jour à reprendre sa situation perdue.

La visite à Toulon a donc diminué la sécurité européenne en augmentant la confiance du peuple français en lui-même. La France est fière avec raison de la reconstitution de son armée. Elle sait par l'aveu du Chancelier au Reichstag qu'elle est en ce moment militairement plus forte que l'Allemagne. La sympathie de la Russie l'encouragera à le prendre de haut, lorsque surviendra un de ces frottements inévitables entre pays voisins.

Ma conviction a toujours été que la prochaine guerre ne sera pas déclarée par la volonté délibérée des Gouvernements, mais à la suite d'une émotion populaire à laquelle il est impossible de résister. Cette émotion se serait déjà produite, si la France avait encore, comme en 1870, des soldats de profession à envoyer à la frontière. On est devenu plus prudent, depuis que grâce au service personnel il faut y aller soi-même. Ce qui vient de se passer, rend un pareil mouvement plus facile.

L'isolement de la Russie et de la France, les deux Puissances mécontentes du partage politique de l'Europe, était salutaire. Il est fâcheux qu'il ait cessé d'exister. J'ai déjà eu l'honneur de vous écrire, ainsi qu'à M. le Prince de Chimay, pourquoi on ne croit pas à Berlin qu'il y ait une alliance formelle secrète entre la France et la Russie, mais c'est déjà trop d'entretenir dans le public français l'espérance qu'elle pourra naître un jour.

Je me suis assuré hier par une conversation avec M. le Baron

de Marschall que le Gouvernement Impérial juge les fêtes de Toulon et de Paris comme je viens de le faire.

Toutefois le Secrétaire d'Etat pense que l'Angleterre est plus menacée que la Triple Alliance par le rapprochement entre la France et la Russie. Elle s'en apercevra, dit-il, au ton que prendra la France, quand elle parlera de l'Egypte et de Siam. La Russie et la France n'ont pas en Europe d'intérêts communs. Peu importe à la Russie que l'Alsace et la Lorraine appartiennent à l'Allemagne ou à la France. Elle n'aiderait certainement pas les Français à récupérer ces Provinces. Elle n'a aucun motif non plus de chercher noise à l'Italie.

La France et la Russie ont au contraire un terrain d'entente en Égypte, au Siam, au Centre de l'Asie, c'est-à-dire dans la sphère des intérêts anglais et en dehors de ceux de la Triple Alliance. La presse anglaise commence à en avoir le sentiment. Elle s'apitoyait naguère sur le sort de l'Allemagne, quand l'intimité de la France et de la Russie se resserrait. Elle comprend maintenant qu'elle est plus atteinte que les Puissances du Continent. Il importe fort peu à l'Allemagne qu'il y ait une flotte russe dans la Méditerranée; elle doit donner à réfléchir au Gouvernement anglais. Le pis est qu'il ne peut chercher aucun appui à l'extérieur pour détourner le péril.

M. Gladstone voudrait avoir avec les Puissances du Centre de l'Europe des relations semblables à celles de la Russie avec la France, se faire aider par la Triple Alliance, si l'Angleterre est menacée, se réserver sa liberté d'action pour le cas où la Triple Alliance serait attaquée. Cela ne peut pas convenir aux Puissances de l'Europe Centrale, et l'Angleterre est hors d'état de contracter avec elles une union sur une base acceptable. Aucun Ministère anglais ne pourrait prendre d'engagements, quant à la politique extérieure. De leur côté les Puissances du Centre de l'Europe ne pourraient pas s'exposer à devoir guerroyer pour des intérêts qui leur sont aussi étrangers que ceux de l'extrême Orient. C'est ce qui rend la situation de l'Angleterre si difficile, depuis que la haine que nourrissent les Français contre elle, est plus profonde que celle dont ils sont animés contre l'Allemagne, dit M. de Marschall.

St. Pétersbourg, 30. 10. 1893.

102.

Baron de Vinck, Gesandter in Petersburg.

St. Pétersbourg, le 30 octobre 1893.

L'Escadre russe a quitté Toulon, et les dernières manifestations patriotiques qu'a provoquées en France sa visite viennent de prendre terme. Le télégramme de S. M. l'Empereur remerciant le Président de la République de l'accueil fait à Sa Marine, et insistant une fois de plus sur Son désir de maintenir la paix générale, a clos la série des fêtes franco-russes. L'enthousiasme ardent que devait éveiller en France la venue des marins du Czar était prévu par tout le monde: il n'en est ni plus explicable ni plus justifié.

Que certaines éventualités puissent se présenter où l'intérêt de la Russie serait de tirer son épée au secours de la France, c'est ce que l'état de l'Europe rend évident. Mais que la Russie qui ne tolérera pas un nouvel agrandissement de l'Allemagne, porte le moindre intérêt aux aspirations françaises concernant l'Alsace-Lorraine, la revanche de 1870, etc., c'est une illusion que l'on s'étonne de voir persister à Paris.

Si la Russie germanophile d'Alexandre II a disparu, ce n'a pas été pour faire place à un Empire gallophile. La Russie d'Alexandre III est russe sans épithète; sa politique est exclusivement et radicalement «nationale»; elle affecte même de paraître détourner les yeux de ce qui se passe hors de ses frontières, et de se consacrer toute entière à la renaissance de sa civilisation slave, presque étouffée de Pierre-le-Grand à Alexandre II. S. M. l'Empereur est la personnification vivante de cet état d'esprit qui a valu en peu d'années à Son règne une immense popularité dans les couches profondes de la nation.

Les avances de la France sont donc peine perdue. Le jour où les intérêts du Panslavisme pousseraient la Russie à une intervention à main armée en Europe, les manifestations de Cronstadt, de Toulon ou de Paris n'y seront pour rien. Si l'on se soutient et s'appuie réciproquement sur certains points du globe, et dans des questions relativement accessoires, tels qu'en Egypte et en Bulgarie, dans la Méditerranée, à Madagaskar ou dans

l'Abyssinie italienne, c'est que chacun des deux pays y trouve son compte: sur ce terrain des intérêts pratiques l'on ne voit vraiment pas la place des sympathies fraternelles et des dévoûments chevaleresques que viennent d'invoquer une fois de plus les exaltés français.

Traité d'alliance, engagements verbaux, pactes secrets ou secrets encouragements, tout cela n'a jamais existé que dans l'imagination des Parisiens: ce sont là des mirages dont s'illusionne le chauvinisme français. Il m'a paru qu'il ne serait pas inutile de vous rappeler brièvement cette situation, au moment où les manifestations russophiles viennent de prendre en France un développement et un éclat si disproportionnés.

La Russie a fêté hier l'anniversaire de l'heureuse préservation des jours de S. M. l'Empereur lors de l'accident de chemin de fer de Borki, près de Kharkow, le 17/29 Octobre 1888. Si je vous signale ce détail, c'est uniquement en raison du caractère particulier que tend à revêtir ce fait encore si rapproché de nous, et de la légende qui déjà l'enveloppe.

C'est ainsi que le communiqué inséré au «Messager Officiel», et conviant les corps constitués à assister au Te Deum chanté à la Cathédrale de St. Isaac par le Métropolite, porte les mots: «l'événement miraculeux de Borki». Un tableau exposé depuis cette année dans les appartements de réception du Palais d'Hiver, et dont les reproductions les plus humbles . . .[1]), consacre ce miracle par l'intervention directe de personnages surnaturels, sur le lieu de l'accident ou, pour mieux dire, de l'attentat. C'est là un symptôme entre mille du mysticisme officiel que j'avais l'occasion de vous signaler incidemment dans ma dernière lettre, et dont l'Etat encourage sans cesse les progrès.

103.

Baron Beyens, Gesandter in Paris.

Paris, le 30 octobre 1893.

Après huit jours de fêtes éclatantes et ininterrompues l'Amiral Avelane a quitté Paris avec ses officiers pour retrouver à Lyon,

[1]) Unleserlich.

à Marseille et à Toulon jusqu'à l'instant de son départ les mêmes démonstrations d'une amitié exubérante. La population parisienne n'a mêlé à ses vivats enthousiastes aucun cri haineux contre la Triple Alliance, dont la presse a rendu justice à l'apparence pacifique de l'accueil fait aux marins russes. Ainsi a été observé le mot d'ordre donné par le Gouvernement et les principaux journaux et inspiré par la Cour de Russie. Quant au programme, qui a été suivi, si chargé qu'il ait paru, il contenait sous certains rapports bien des lacunes. On a montré aux hôtes aimés, qu'on traitait magnifiquement, les habitants de tous les quartiers, on ne leur a pas fait voir toutes les merveilles de la capitale; pour complaire à quelques conseillers municipaux on les a promenés dans des arrondissements excentriques, mais on n'a pas poussé jusqu'à Saint-Germain et Versailles; on ne leur a pas épargné l'inspection des abattoirs, mais on a omis de leur ouvrir les portes des plus admirables musées; on ne leur a pas fait grâce du lycée Buffon et de ses installations toutes neuves, mais on n'a pas jugé à propos de les conduire sous les voûtes séculaires de Notre-Dame. La foule, qui se pressait autour d'eux les a fatigués de ses manifestations parfois ridicules à force d'être chaleureuses. Pourtant on n'a eu à déplorer aucun incident fâcheux, et c'est une bonne note à l'actif des Parisiens enclins aux exagérations et aux excès.

Le Gouvernement de la République ne peut se méprendre sur la portée de l'acte de courtoisie du Czar à l'égard de la France. retardé jusqu'à l'époque fixée pour l'établissement d'une station navale dans la Méditerranée. Eût-il été tenté de l'oublier que les télégrammes officiels d'Alexandre III à M. Carnot conçus en termes brefs et froids, et ne prêtant à aucune équivoque, ont dû la lui rappeler. Force a été aux inventeurs obstinés et aux partisans acharnés de l'alliance russe d'épiloguer sur le sens des derniers remerciements, un peu plus chauds que les premiers, envoyés de Gatschina au moment où l'escadre allait lever l'ancre. La Gazette de l'Allemagne du Nord semble avoir résumé exactement la situation en disant qu'on sait depuis longtemps que la Russie peut compter, le cas échéant sur l'appui militaire de la France, et que les Russes n'ont, par conséquent,

aucune raison pour payer, par la promesse de la réciprocité, cette amitié qui leur est accordée gratuitement.

Si l'absence de tout engagement secret paraît à peu près certaine, on est en droit de s'étonner, qu'une plus grande circonspection n'ait pas été prescrite à tous les chefs de l'armée russe; quelques uns d'entre eux ont adressé aux généraux ou aux colonels français de télégrammes bien propres à donner le change sur les intentions de leur Gouvernement, et faisant appel à une confraternité, qui n'a rien de pacifique. Dans les rues de Paris les jeunes officiers de marine se permettaient sous les yeux de leurs supérieurs des expansions ou une mimique beaucoup trop expressive; enfin la durée du séjour de l'amiral aurait pu être utilement abrégée; sa visite, en se prolongeant ainsi, risquait de perdre le caractère de stricte politesse qu'on veut lui attribuer à Saint-Pétersbourg.

Le danger du spectacle auquel nous venons d'assister peut, en effet, éclater plus tard; cette réception inoubliable a laissé les Français sous l'impression que l'alliance, ébauchée dans les serrements de mains échangés à Cronstadt, était scellée par les accolades de Toulon. Bien peu d'entre eux doutent encore aujourd'hui de l'union des deux peuples et surtout des deux armées en vue d'une action commune contre l'Allemagne et ses alliés. Il est à craindre que le Czar n'ait réussi, malgré lui, qu'à échauffer en France des sentiments qui n'avaient pas besoin d'excitation dans l'état de nerfs où se trouve actuellement cette nation impressionnable, ses gouvernants obtiendraient plus difficilement qu'il y a quelques semaines qu'elle garde son sang froid, si un incident tel que celui d'Aigues-Mortes, par exemple, venait à surgir. C'est le résultat, assurément regrettable, des brillantes réjouissances de ces jours passés.

104.

Baron Solvyns, Gesandter in London.

Londres, le 3 décembre 1893.

Les hommes politiques avec lesquels j'ai eu occasion de m'entretenir dans ces derniers temps paraissent appréhender,

pour l'année prochaine, les complications les plus sérieuses Voici, en résumé, les arguments qu'ils invoquent à l'appui de leur opinion:

«La triple alliance, qui a été fondée dans un but défensif et en vue de garantir le maintien de la paix, tend à se dissoudre; l'alliance franco-russe, au contraire, qui est franchement agressive, se resserre chaque jour et devient de plus en plus menaçante. En Autriche, la lutte de l'élément allemand avec l'élément slave; en Allemagne, l'importance grandissante du socialisme; en Italie, le délabrement des finances obligent les trois gouvernements à se préoccuper avant tout de leurs difficultés intérieures et doivent les disposer à ne pas remplir strictement les engagements qu'ils ont contractés. D'un autre côté, l'entente entre la France et la Russie, qui a eu pour premier résultat la présence permanente d'un escadre russe dans la Méditerranée, ne peut manquer de s'affirmer de nouveau par d'autres faits non moins graves et non moins alarmants pour les intérêts britanniques. Il nous importe donc de continuer sans relâche à augmenter nos ressources navales.»

Bien que ce langage ne soit pas tenu par des personnages officiels et que ceux-ci affectent même d'éprouver une confiance sereine dans le maintien de la paix, j'ai cru devoir vous rapporter ce qui se dit autour de moi.

VERZEICHNIS DER ANLAGEN

Lfd. Nr.	Name des Berichtenden	Ort	Datum	Seite
			1886	
1	Graf Errembault de Dudzeele	Petersburg	4. 7.	137
2	Generalkonsul (Name unleserlich)	Sofia	6. 7.	140
3	Graf Errembault de Dudzeele	Petersburg	27. 7.	142
4	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	7. 8.	144
5	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	23. 8.	146
6	Baron Solvyns	London	25. 8.	147
7	Graf Errembault de Dudzeele	Petersburg	5. 9.	148
8	Fürst von Chimay	Brüssel	18. 10.	151
9	Baron Solvyns	London	20. 10.	152
10	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	25. 10.	153
11	Graf Errembault de Dudzeele	Petersburg	3. 12.	155
12	Léon Maskens	Paris	4. 12.	157
13	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	27. 12.	161
14	Graf van der Straten Ponthoz	Berlin	31. 12.	164
			1887	
15	Graf van der Straten Ponthoz	Berlin	28. 1.	166
16	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	30. 1.	169
17	Baron Beyens	Paris	8. 2.	171
18	Graf van der Straten Ponthoz	Berlin	11. 2.	172
19	Graf Errembault de Dudzeele	Petersburg	18. 2.	177
20	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	21. 2.	178
21	Graf van der Straten Ponthoz	Berlin	18. 3.	179
22	Graf Errembault de Dudzeele	Petersburg	28. 3.	184
23	Graf van der Straten Ponthoz	Berlin	1. 4.	186
24	Baron Solvyns	London	24. 4.	190
25	Graf Errembault de Dudzeele	Petersburg	13. 5.	191
26	Baron Beyens	Paris	21. 5.	192
27	Baron Beyens	Paris	25. 5.	194
28	Graf Errembault de Dudzeele	Petersburg	2. 6.	197
29	Graf Errembault de Dudzeele	Petersburg	6. 6.	198
30	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	9. 7.	200
31	Graf van der Straten Ponthoz	Berlin	22. 7.	201

Lfd. Nr.	Name des Berichtenden	Ort	Datum	Seite
			1887	
32	Graf Errembault de Dudzeele	Petersburg	7. 11.	204
33	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	6. 12.	206
34	Graf van der Straten Ponthoz	Berlin	9. 12.	207
			1888	
35	Baron Beyens	Paris	4. 2.	212
36	Léon Maskens	Paris	2. 3.	213
37	Léon Maskens	Paris	4. 3.	214
38	Eygermont	Petersburg	6. 4.	218
39	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	4. 5.	221
40	Eygermont	Petersburg	28. 5.	223
41	Baron Greindl	Berlin	9. 6.	225
42	Eygermont	Petersburg	19. 6.	227
43	Eygermont	Petersburg	22. 6.	229
44	Baron Greindl	Berlin	23. 6.	230
45	Baron Greindl	Berlin	30. 6.	232
46	Eygermont	Petersburg	7. 8.	234
47	Baron Greindl	Berlin	11. 8.	238
48	Eygermont	Petersburg	13. 8.	239
49	Eygermont	Petersburg	27. 8.	242
50	Eygermont	Petersburg	11. 9.	244
51	Baron Greindl	Berlin	17. 11.	247
			1889	
52	Baron Solvyns	London	29. 1.	248
53	Baron de Pitteurs-Hiegaerts	Petersburg	1. 5.	249
54	Baron de Pitteurs-Hiegaerts	Petersburg	8. 5.	251
55	Graf Lichtervelde	Wien	3. 6.	253
56	Baron Greindl	Berlin	6. 6.	255
57	Baron Greindl	Berlin	14. 6.	256
58	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	19. 6.	257
59	Baron Greindl	Berlin	13. 7.	259
60	Baron Greindl	Berlin	12. 10.	261
61	Baron Greindl	Berlin	15. 10.	264
62	Baron Greindl	Berlin	23. 10.	264
63	Baron Greindl	Berlin	30. 11.	265
			1890	
64	Baron Greindl	Berlin	14. 8.	267
65	Baron Solvyns	London	28. 8.	268
66	Baron Greindl	Berlin	30. 8.	269
67	Baron de Vinck	Petersburg	2. 9.	271
68	Baron Greindl	Berlin	3. 9.	273
69	Baron Beyens	Paris	17. 9.	274

Lfd. Nr.	Name des Berichtenden	Ort	Datum	Seite
			1891	
70	Baron Solvyns	London	1. 3.	276
71	Graf du Chastel	Berlin	6. 3.	277
72	Baron Greindl	Berlin	10. 4.	279
73	Frédéric Hoorickx	Bukarest	8. 5.	280
74	Baron Greindl	Berlin	14. 5.	281
75	Baron Solvyns	London	8. 7.	282
76	Baron Greindl	Berlin	11. 7.	283
77	Baron Greindl	Berlin	1. 8.	285
78	Baron Solvyns	London	1. 8.	286
79	Baron Beyens	Paris	5. 8.	287
80	Graf de Jonghe d'Ardoye	Wien	6. 8.	289
81	Baron Greindl	Berlin	9. 8.	290
82	Baron Greindl	Berlin	19. 8.	291
83	Baron Greindl	Berlin	25. 8.	293
84	Baron Greindl	Berlin	19. 9.	294
85	Baron de Vinck	Petersburg	21. 9.	295
86	Fürst von Chimay	Brüssel	11. 11.	301
87	Baron Solvyns	London	19. 11.	302
88	Fürst von Chimay	Brüssel	25. 11.	303
89	Baron Solvyns	London	27. 11.	304
90	Baron Greindl	Berlin	6. 12.	304
			1892	
91	Baron Greindl	Berlin	13. 2.	305
92	Baron de Pitteurs-Hiegaerts	Petersburg	17. 3.	306
93	Baron Greindl	Berlin	30. 3.	308
94	Baron Greindl	Berlin	27. 6.	310
95	Baron Greindl	Berlin	13. 8.	313
			1893	
96	Baron Greindl	Berlin	14. 1.	314
97	Baron Greindl	Berlin	24. 4.	316
98	Baron Borchgrave	Wien	12. 6.	317
99	Baron Beyens	Paris	7. 10.	319
100	Baron Greindl	Berlin	14. 10.	321
101	Baron Greindl	Berlin	25. 10.	322
102	Baron de Vinck	Petersburg	30. 10.	326
103	Baron Beyens	Paris	30. 10.	327
104	Baron Solvyns	London	3. 12.	329

DRUCKFEHLERVERZEICHNIS

S. 149, Zeile 18 v. o., lies „devint" statt „devient".
„ 154, „ 6 „ u., „ „l'on n'avait pas toujours" statt „l'on avait toujours".
„ 155, „ 10 „ „ „ „pusillanimité" statt „pusillanimes".
„ 157, „ 2 „ „ „ „extérieure" statt „antérieur".
„ 158, „ 10/11 „ o., „ „battus en brèche" statt „lattus en Crèche".
„ 158, „ 13 „ „ „ „briser" statt „criser".
„ 159, „ 1 „ „ „ „désarroi parlamentaire".
„ 160, „ 19 „ „ „ „défaira" statt „déférait".
„ 162, „ 17 „ „ „ „rapportent" statt „rapportant".
„ 163, „ 18 „ „ „ „qui paraissent" statt „et paraissent".
„ 171, „ 6 „ u., „ im Anfang „acquis qu'à son occasion",
„ 173, letztes Wort, „ „renoncé" statt „renouée".
„ 177, Zeile 4 v. o., „ „Elle ne s'est pas rendue".
„ 180, „ 17 „ u., „ „unissait les deux Etats".
„ 180, „ 15 „ „ „ „accomplir" statt „accompter".
„ 185, „ 16 „ o., „ „publié" statt „publier".
„ 186, „ 10 „ u., „ „peut-être" statt „pu être".
„ 186, „ 4 „ „ „ „lutte" statt „lettre" und „crise" statt „cride".
„ 187, „ 2 „ o., „ „velléités" statt „veinerités".
„ 187, „ 14 „ u., „ „à" statt „vu".
„ 188, „ 13 „ o., „ „effrontées" statt „éhontés".
„ 188, „ 16 „ u., „ „mieux" statt „même".
„ 189, „ 9 „ „ „ „qu'il a eu exprimé".
„ 192, „ 10 „ o., „ „Il ne peut être pas".
„ 194, „ 10 „ „ „ „ne soit naturellement indiquée".
„ 194, „ 18 „ „ „ „réserve".
„ 194, „ 19 „ „ „ „empreint" statt „emprunt".
„ 195, „ 4 „ „ „ „inviter" statt „invité".
„ 195, „ 18 „ „ „ zu Anfang „de" statt „à".
„ 195, „ 11 „ u., „ „fréquentes" statt „formées".
„ 196, „ 14 „ „ „ „s'en" statt „sans".
„ 197, „ 1 „ o., „ „toutes des réflexions".
„ 199, „ 15 „ u., „ „mal gré" statt „malgré".
„ 202, „ 15 „ o., „ „contracter" statt „constater".
„ 208, „ 6 „ „ „ „Si en outre".
„ 212, „ 13 „ u., „ „inconvénient".
„ 213, „ 11 „ o., „ „L'organisateur".
„ 213, „ 13 „ „ „ „grave" statt „grade".
„ 213, „ 14 „ u., „ „D'aucuns pensent".
„ 222, „ 6 „ „ „ „verrait" statt „venait".
„ 226, „ 14 „ „ „ „pas à s'opposer".
„ 228, „ 17 „ o., „ „constaté".
„ 229, „ 4 „ u., „ „accueilli".
„ 237, „ 7 „ o., „ „le respect des clauses".

Druckfehlerberichtigung zu Band 4.

S. 34, Zeile 10/11 v. u., muß es heißen: „Datiert 4 Tage vor dem Attentat von Serajevo."

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Vorwort des Herausgebers V

Einleitung. Aufgabe und Quellen 1
Kapitel I. Die Revanche-Idee (1885—1889) 8
Kapitel II. Der Panslawismus (1885—1889) 31
Kapitel III. Der alte und der neue Kurs 59
Kapitel IV. Kronstadt (1891) 91
Kapitel V. Toulon und der Abschluß des Zweibundes (1892—1894) 121

Anlagen 1—106 135
Verzeichnis der Anlagen 331
Druckfehlerverzeichnis 334
Inhaltsverzeichnis 335

Spamersche Buchdruckerei in Leipzig.

BINDING LIST NOV 1 1931

HMod
S 4157z
261866
Author Schwertfeger, Bernhard (ed.)
Title Zur europäischer Politik 1897-1914. Vol.4-5.
NAME OF BORROWER.

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU